

Beteiligungsbericht 2022

Jahresabschluss
2021

der Stadt Frankfurt am Main



Kommunalwirtschaft –
Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit auch in Krisenzeiten

HERAUSGEBER

STADT  FRANKFURT AM MAIN

Der Magistrat
Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmanagement
Paulsplatz 9
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: info.beteiligungsmanagement@stadt-frankfurt.de
Internet: <https://beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de>



Redaktionsschluss: 30.06.2022

Beteiligungsbericht der Stadt Frankfurt am Main 2022

Kommunalwirtschaft – Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit auch in Krisenzeiten



Sehr geehrte Frankfurter:innen,
liebe Leser:innen,

im vorliegenden Beteiligungsbericht geht es um die notwendigen Grundlagen für unser Zusammenleben. Um eine leistungsstarke Infrastruktur. Um die Gesellschaften und Einrichtungen, die die Stadt Frankfurt am Main am Laufen halten. Die im Dienste des Gemeinwohls sicher, zuverlässig und nachhaltig für die Bürger:innen im Einsatz sind; rund um die Uhr, auch an Wochenenden und Feiertagen, an 8.760 Stunden im Jahr. Es geht um die Kommunalwirtschaft, die eine verantwortungsvolle und nachhaltige Daseinsvorsorge bietet.

In Frankfurt am Main wird neben den Leistungen der Kernverwaltung ein großer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge von Gesellschaften geleistet, an der die Stadt ganz oder teilweise beteiligt ist, außerdem von städtischen Eigenbetrieben. Unsere Beteiligungsunternehmen erbringen dabei zahlreiche Leistungen für ein lebenswertes Frankfurt, von denen die Frankfurter:innen Tag für Tag meist unbewusst gleich mehrere in Anspruch nehmen: Dazu zählen die störungsfreie Versorgung mit Wasser, Strom und Gas sowie die Müllabfuhr, die Stadtentwässerung, der öffentliche Nahverkehr und Kinderbetreuung ebenso wie Wohnungsbau, die Schwimmbäder, die Förderung von Wirtschaft und Tourismus, der Betrieb von Hafen und Märkten, die medizinische Versorgung oder das Kultur- und Freizeitangebot. Darüber hinaus ist die Stadt an international operierenden Firmen wie der Messe Frankfurt GmbH oder dem Flughafenbetreiber Fraport AG beteiligt. Sie alle stellen kommunale Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge der Frankfurter:innen zur Verfügung.

Beinahe 600 Unternehmen gehören mittlerweile zum Konzern Stadt Frankfurt am Main: Er umfasst 237 Gesellschaften, an denen die Kommune mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Hinzu kommen 362 Beteiligungen von weniger als 20 Prozent. In diesen insgesamt 599 Gesellschaften und Eigenbetrieben sind mehr als 16.800 Mitarbeitende beschäftigt. Das sind so viele Menschen, wie in einer Kleinstadt leben, und es sind zugleich deutlich mehr als in der städtischen Kernverwaltung.

Unsere Unternehmensbeteiligungen stellen somit einen ganz erheblichen Teil unseres kommunalen Vermögens dar, sie sind ein bedeutender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung und auch für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt. Deshalb ist es eine verantwortungsvolle und herausfordernde Aufgabe, diesen Konzern zu steuern. Das geschieht durch Aufsichtsräte und Betriebskommissionen, in die der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung Vertreter:innen entsenden. Wichtige Unterstützung bei dieser komplexen Steuerung leistet dabei die Abteilung Beteiligungsmanagement der Stadtkämmerei.

Wir sind neben der inhaltlichen und finanziellen Steuerung intensiv bemüht, auch die Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung stetig zu verbessern – und manchmal ermöglichen gerade schwierige Zeiten auch positive Veränderungen: So ist zu erwarten, dass alleine durch diese Anstrengungen im Beteiligungsmanagement insgesamt weit über 1 Million Blatt Papier jährlich eingespart werden können. Das ist – bei 0,1 mm Dicke pro Blatt – ein Stapel von mehr als 100 Metern Höhe und über fünf Tonnen Gewicht. Auf diese Weise leistet das Beteiligungsmanagement auch einen aktiven Beitrag zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Mit den jährlichen Berichten des Beteiligungsmanagements informieren wir die Bürger:innen umfassend über unsere Unternehmensbeteiligungen. Der aktuelle Bericht zeigt, wie die Unternehmen mit Unterstützung der Gesellschafterin Stadt Frankfurt am Main ein schwieriges Jahr bewältigt haben. Er enthält auch einen Blick nach vorn und stellt dar, wie die Beteiligungsunternehmen den Weg aus der Krise fortsetzen werden. Wir erleben gegenwärtig mit der Corona-Pandemie und den Folgen des Krieges in der Ukraine Herausforderungen, wie sie dieses Land seit Generationen nicht kannte. In diesen Zeiten zeigt sich, worauf man sich verlassen kann: Auf die kommunalen Unternehmen, die für eine nachhaltige Daseinsvorsorge und für Stabilität sorgen, auch in Krisenzeiten.

Die Beteiligungsgesellschaften werden auch künftig für die Menschen in unserer Stadt und im Sinne der Nachhaltigkeit arbeiten und mit ihrer gebündelten Kompetenz für Stabilität und Nachhaltigkeit sorgen. Dazu müssen sie leistungsfähig und gut aufgestellt sein. Dann ist die Kommunalwirtschaft ein zuverlässiger Partner in allen Lebenslagen; bei der Bewältigung von Krisen genauso wie bei der Gestaltung einer wachsenden, zukunftsfähigen, modernen Stadt. Jetzt und in Zukunft. Denn wie eingangs erwähnt: Sie bilden die dafür notwendigen Grundlagen.



Dr. Bastian Bergerhoff

Stadtkämmerer

Allgemeine Hinweise

Der **Beteiligungsbericht 2022**, der nunmehr **dreiundzwanzigste** in Folge, ist der zweite Bericht, der nicht gedruckt, sondern in rein digitaler Form vorgelegt wird. Inhaltlich folgt er der bewährten Struktur, wobei weiterhin gilt, dass aktuelle Entwicklungen nur bis zum **Redaktionsschluss (30.06.2022)** erfasst werden können.

Der Bericht enthält **eingangs im Allgemeinen Teil** übergeordnete Informationen wie z. B. gesetzliche Grundlagen, das Thema Nachhaltigkeit oder den Umsetzungsstand des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) und die Organisation des Beteiligungsmanagements. Außerdem bildet der Allgemeine Teil zusammenfassende Zahlenübersichten ab. Diese basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen 2021. Bei den wesentlichen Veränderungen im Beteiligungsbestand konzentriert sich die Darstellung auf Beteiligungen von mindestens 20 Prozent (Definition gemäß Hessischer Gemeindeordnung (HGO) unter Berücksichtigung der Auslegung durch den Stadtverordnetenbeschluss (§ 841 vom 15.12.2016) der Stadt Frankfurt am Main). Die Gesamtzahl wird nachrichtlich genannt. Einzeldarstellungen zu direkten Beteiligungen unter 20 Prozent sind in den Anlagen zusammen mit dem Gros der mittelbaren Beteiligungen zu finden.

Im **zweiten Abschnitt** enthält der Beteiligungsbericht die **Einzeldarstellungen** zu den **wesentlichen Beteiligungen**, d. h. zu allen direkten Beteiligungen ab 20 % sowie zu ausgewählten indirekten Beteiligungen:

- Die jeweilige **Eckdatentabelle** listet grundlegende Daten wie Anschrift, Gründung, Unternehmensgegenstand und Organmitglieder mit **Stand 31.12.2021** auf. Lediglich bei Firma, Anschrift und Telefonnummern sind die zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (30.06.2022) aktuellen Daten aufgeführt. Beiräte werden aufgeführt, wenn es sich um satzungsgemäß begründete Organe von Beteiligungen ab 20 % handelt (Pflichtangabe gemäß HGO). Soweit Gesellschaften ihrerseits Beteiligungen halten, werden (analog zur HGB-Regelung) nur die wesentlichen unmittelbaren Beteiligungen ab 20 % in der Tabelle dargestellt.
- Danach folgen der Ausblick auf 2022 (bzw. 2021/22) und Ausführungen über die Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021 (bzw. 2020/2021 bei den beiden Beteiligungen Städtische Bühnen und Frankfurt Ticket mit abweichendem Geschäftsjahr). Sofern die Mitglieder der Geschäftsführung der Veröffentlichung ihrer Vergütung im Beteiligungsbericht zugestimmt haben, wird die Gesamtvergütung aufgeführt (Gehälter, geldwerter Vorteil aus Dienstwagennutzung, Sozialversicherungsbeiträge, zusätzliche Altersversorgung u. ä.).
- Die Zahlentabelle mit den Jahresabschlussdaten und sonstigen Kennzahlen greift auf die softwaregestützte Datenbank des Beteiligungsmanagements zurück. Da die Angaben in Tausend-Euro erfolgen, können sich bei der Summenbildung umrechnungsbedingt Rundungsdifferenzen ergeben.
- Bei den Darstellungen von Bilanz und GuV kann es an einzelnen Stellen zu Abweichungen zum Jahresabschluss kommen. Dies liegt einerseits (softwarebedingt) an der standardisierten Gliederung im Beteiligungsbericht und fallweise an einer aus Sicht des Beteiligungsmanagements passenderen Umgliederung.
- Bis zum Redaktionsschluss nicht testierte Jahresabschlüsse sind als Entwurfsfassung gekennzeichnet.
- Wie jedes Jahr gilt: in Einzelfällen können sich Abweichungen vom Beteiligungsbericht des Vorjahres ergeben (ohne Ergebnisänderung), denn zum Zweck der Vergleichbarkeit wird im Falle von Änderungen die Struktur der GuV des Vorjahres an die veränderte Struktur des Geschäftsjahres angepasst. Die Änderung der Vorjahreswerte erfolgt jedoch nur, soweit sie auch im testierten aktuellen Jahresabschluss als Vergleichszahlen des Vorjahres ausgewiesen sind.

Der Beteiligungsbericht 2022 wurde wie in den Vorjahren ergänzt um den „Trägerbericht Nassauische Sparkasse“, der im **dritten Abschnitt** wiedergegeben ist.

Im **Nebenteil** werden seit der Änderung der HGO vom 16.12.2011 zusätzlich die **weiteren mittelbaren Beteiligungen** mit einem durchgerechneten Anteil ab 20 %, seit 2014 außerdem die direkten Beteiligungen unter 20 % dargestellt. Die Anlage enthält auch eine **grafische Darstellung** des **Gesamtportfolios**.

Inhaltsverzeichnis Hauptteil

I. Allgemeiner Teil

1.	Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main	5
2.	Gesetzliche Grundlagen	7
2.1	Europäisches Beihilferecht	10
2.2	Rechnungslegung in Krisenzeiten	12
2.3	Besonderheiten bei Sparkassen	13
2.4	Umsetzung Public Corporate Governance Kodex	14
2.5	Nachhaltigkeit	16
3.	Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2021	20
4.	Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe	24
5.	Verzinsung des eingesetzten Kapitals	36
6.	Bericht Frauenförderung 2019 bis 2021	37

II. Übersicht über die wesentlichen Beteiligungen

1. Wirtschaft und Stadtentwicklung

1.1	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	39
1.2	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	42
1.3	Dom Römer GmbH	46
1.4	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	49
1.5	FinTech Community Frankfurt GmbH	53
1.6	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	56
1.7	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	62
1.8	Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	65
1.8.1	Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH	68
1.9	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	72
1.10	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	77
1.11	Messe Frankfurt GmbH und Konzern	80
1.11.1	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	88
1.11.2	Messe Frankfurt Venue GmbH	93
1.12	Rebstock Projektgesellschaft mbH	97
1.13	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	100
1.14	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH	105
1.14.1	Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH	109

2. Verkehr, Ver- und Entsorgung

2.1	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern	112
2.2	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	121
2.3	RTW Planungsgesellschaft mbH	125
2.4	SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH	130
2.5	Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	134

2.6	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern	139
2.6.1	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	146
2.6.2	BäderBetriebe Frankfurt GmbH	150
2.6.3	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern	154
2.6.4	Mainova AG und Konzern	164
2.6.5	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	174
2.6.6	In-der-City-Bus GmbH	180
2.6.7	Main Mobil Frankfurt GmbH	184
2.7	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	187
3. Wohnungsbau		
3.1	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern	197
3.1.1	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	201
3.1.2	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	204
3.1.3	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	209
3.1.4	WOHNHEIM GmbH	212
3.2	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern	215
4. Kultur		
4.1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH	222
4.2	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	225
4.3	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	230
4.4	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	233
	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (siehe 3.1.4)	209
4.5	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	236
4.6	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	240
4.7	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	243
5. Freizeit und Bildung		
	BäderBetriebe Frankfurt GmbH (siehe 2.6.2)	150
5.1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	247
5.2	Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	251
5.3	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	258
5.4	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	261
6. Gesundheit und Soziales		
6.1	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH	266
6.1.1	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	271
6.1.1.1	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	276
6.1.1.2	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	279
6.2	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	283
6.3	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	289
III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse		293

IV. Anlagen

Abkürzungsverzeichnis	301
Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Hauptteil oder Nebenteil	308
Erläuterungen und Begriffsdefinitionen	325
Gesetzestexte, Internetfundstellen	329

V. Nebenteil

1. Übersicht über die direkten Beteiligungen unter 20 %
2. Übersicht über die weiteren mittelbaren Beteiligungen
3. Grafische Gesamtübersicht der Beteiligungen
 - 3.1. Gesamtportfolio der Stadt Frankfurt am Main
 - 3.2. Grafische Darstellungen der Einzelkonzerne

1. Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main

Das Beteiligungsmanagement, eine Abteilung im Zentralamt Stadtkämmerei, wirkt mit seinen derzeit 17 Mitarbeitenden (rd. 14 Vollzeitäquivalente) als zentrale Serviceeinheit bei der Aufgabe mit, die Beteiligungsunternehmen zu steuern und zu überwachen. Hierbei sind sowohl die Gemeinwohlorientierung als auch die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaften und Eigenbetriebe zu beachten. Im Rahmen des Beteiligungsmanagements werden die der Stadt Frankfurt am Main als Gesellschafterin obliegenden Funktionen ebenso wahrgenommen wie die Betreuung der städtischen Aufsichtsratsmitglieder. Das Beteiligungsmanagement arbeitet insbesondere bei der Gründung, Umwandlung, Auflösung und Umstrukturierung von Gesellschaften mit. Daneben ist das Beteiligungsmanagement zuständig für die Erstellung des jährlichen Beteiligungsberichts der Stadt Frankfurt am Main, der auf dem Stadtverordnetenbeschluss vom 22.10.1998 sowie auf den Vorgaben der im Jahr 2005 geänderten Hessischen Gemeindeordnung (§ 123 a HGO) basiert.

lignungsunternehmen erfolgte in der Vergangenheit in der Regel über E-Mail-Verkehr. Durch fortschreitende Digitalisierung und umfangreichere Datenmengen reicht die begrenzte Übertragungsgröße von 10 MB in Outlook nicht mehr aus. Der Einsatz der Microsoft SharePoint-Technologie hat zu einer erheblichen Verbesserung der Datenzugriffsgeschwindigkeit geführt. Darüber hinaus wird auch die Transparenz und Datenverfügbarkeit im Beteiligungsmanagement deutlich erhöht, was aufgrund des verstärkten mobilen Arbeitens der Mitarbeitenden des Beteiligungsmanagements unerlässlich ist. Dabei erfolgte der Aufbau des SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 durch kluge Prozessorganisation im laufenden Betrieb während der Phase des 2. Lockdowns ab Oktober 2020 in intensiver Zusammenarbeit mit dem städtischen Amt für Informations- und Kommunikationstechnik (16.6 Service Operation – Server und Dienste; Webservices 16.62.3) und ab März 2021 fachlich verstärkt durch T-System als externer Dienstleister.

Digitalisierung des Beteiligungsmanagements - Beteiligungsmanagement 4.0 -

Die Corona-Pandemie verstärkt und beschleunigt die Veränderungen der Kommunalverwaltung und öffentlichen Unternehmen. Wie wichtig die konsequente Digitalisierung der Arbeitsprozesse ist, haben nicht zuletzt auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Beteiligungsmanagement gezeigt, denn die Konzernsteuerung unterliegt gestiegenen Anforderungen. Neben dem Thema der Liquiditätssicherung für die Beteiligungsunternehmen erlangt auch die Kommunikation im Rahmen der Gremienbetreuung der Aufsichtsräte und Betriebskommissionen eine herausragende Funktion für die Steuerung des Konzernverbundes Stadt Frankfurt am Main. Der aktuelle Ukraine-Konflikt hat die gestiegene Anforderung an die Konzernsteuerung noch einmal deutlich gesteigert. Der Datenaustausch innerhalb des Beteiligungsmanagements sowie zwischen dem Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main und den städtischen Betei-



In der **ersten Projektphase** (Okt. 2020 bis Jan. 2021) wurde der SharePoint mit rd. 66 wesentlichen Beteiligungsgesellschaften aufgebaut. In der **zweiten Projektphase** (Feb. bis April 2021) wurden über 200 Mitarbeitende der städtischen Beteiligungsgesellschaften aus dem Bereich Gremienbüros in den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 aufgenommen. In der **dritten Projektphase** (April bis Juli 2021) wurden 51 Mitarbeitende der städtischen Verwaltung (Stadtkämmerei 20.2, 20.4 sowie 20.5 und Revisionsamt) in den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 aufgenommen. Zwar konnten

hier die Berechtigungen ohne sog. Token vergeben werden, da es sich um interne Kunden des SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 handelt, allerdings sind aufgrund des städtischen Aufgabenverteilungsplans und dem damit verbundenen rechtlichen Rahmen besondere Anforderungen an die Vertraulichkeit der Daten und den Datenschutz zu stellen. Insofern musste eine interne Überwachungssoftware installiert werden, die den Datenzugriff aus den Ämtern überwacht. In der **vierten Projektphase** (Aug. 2021 bis Juli 2022) wurden die Aufsichtsratsmitglieder der städtischen Beteiligungsunternehmen in den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 aufgenommen. Damit kommt es mindestens zu einer Verdreifachung der zu pflegenden Zugriffsberechtigungen, denn die Gesamtzahl aller Aufsichtsratsmandate (städtische Vertreter mit 267 Mandaten, Arbeitnehmer-Vertreter bei mitbestimmten Aufsichtsräten (über 100 Mandate) und externe Dritte (wie z. B. die Thüga-Vertreter bei der Mainova oder Remondis bei der FES)) beträgt 637 Mandate. Deshalb ist es notwendig in einer **fünften Projektphase** (ab Mai 2022) ein professionelles Berechtigungstool (sog. frame work) aufzubauen. Dazu wurde eine sog. App-Lösung von T-System ausgewählt, welche in einem agilen Projekt von Mitarbeitenden des Beteiligungsmanagements in Zusammenarbeit mit T-System als maßgeschneiderte Lösung für das Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main erstellt wird, so dass dieses Projekt bundesweit durchaus als Pilotprojekt verstanden werden kann. Der Einsatz des SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 hat zu einer erheblichen Verbesserung der Effizienz der Kommunikation des immer komplexer werdenden Konzernverbundes Stadt Frankfurt am Main geführt. Allerdings bedingt dies dann auch ein komplexes Berechtigungskonzept um die Vertraulichkeit der Daten zu gewährleisten. Außerdem sind hohe Anforderungen der IT-Sicherheit zu gewährleisten. In der **sechsten Projektphase** (ab Juni 2022) werden die Fachdezernate ebenfalls in den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 aufgenommen. Nach Aussage des Konzernbüros der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) sparen die SWFH sowie die Töchter In-der-City-Bus GmbH

(ICB) und AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA), deren Aufsichtsräte auch vom Konzernbüro der SWFH betreut werden rd. 125.000 Blatt Papier im Jahr durch den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 der Stadt Frankfurt am Main. Insofern ist für den Konzernverbund Stadt insgesamt mit einer Einsparung von weit über 1.000.000 Blatt Papier auszugehen. Damit leistet das Beteiligungsmanagement auch einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit.

Darüber hinaus wendet das Beteiligungsmanagement eine moderne datenbankorientierte Software bereits seit 2006 an, die regelmäßig aktualisiert wird und alle Informationen zum Beteiligungsportfolio der Stadt Frankfurt am Main aus einer Quelle bietet. Diese Spezialsoftware (Anteilsbesitz-Management-Informationssystem – „AMI“), die neben der Stammdatenverwaltung vor allem auch zum Beteiligungscontrolling genutzt wird, ermöglicht den Gesellschaften und Eigenbetrieben eine webbasierte Eingabe der Quartals- und Jahresabschlusszahlen sowie der mittelfristigen Planzahlen direkt in die Datenbank des Beteiligungsmanagements. Zur Unterstützung der Analyse entwickelte das Beteiligungsmanagement für die Gesellschaften und Eigenbetriebe sogenannte „Dashboards“. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenstellung wesentlicher Finanz-, Personal- sowie Leistungskennzahlen über mehrere Jahre, die visuell aufbereitet dem jeweiligen Adressaten einen schnellen Überblick über die Geschäftsentwicklung ermöglicht.

Den Beteiligungsbericht inkl. der mittelbaren Beteiligungen sowie der Grafikdarstellung mit Zoom-Funktion des städtischen Portfolios finden Sie im Internet unter:

<https://beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de/>



2. Gesetzliche Grundlagen

Das den Gemeinden durch Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz garantierte Selbstverwaltungsrecht umfasst auch das Recht auf wirtschaftliche Betätigung. Konkretisiert wird dieses Recht durch die §§ 121 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Hinter der dort normierten Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde steht das Ziel, ihr in möglichst optimaler Form zu ermöglichen, Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge zu erbringen. Zur Erfüllung dieses Zwecks darf die Gemeinde auch Gesellschaften gründen oder sich an solchen beteiligen, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet sind (§ 122 Abs. 1 HGO). Allerdings müssen die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllt sein, wonach für die wirtschaftliche Betätigung erforderlich ist, dass 1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und 3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Bereits keine wirtschaftliche Betätigung liegt vor, wenn 1. die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist oder 2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung oder 3. zur Deckung des Eigenbedarfs tätig ist.

Für den Bereich der erneuerbaren Energien ist die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung gegenüber der Subsidiaritätsklausel in § 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO gelockert. Die Gemeinde darf sich gemäß Abs. 1a auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien sowie der Verteilung von hieraus gewonnener thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn diese Betätigung innerhalb des Gemeindegebiets oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt.

Ausgenommen von Abs. 1a sind wie bei der allgemeinen Subsidiaritätsklausel in Abs. 1 Nr. 3 Tätig-

keiten, die vor dem 01.04.2004 bereits ausgeübt worden sind.

Neben den oben genannten drei Voraussetzungen des § 121 HGO muss sichergestellt sein, dass die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit begrenzt ist (§ 122 Abs. 1 Nr. 2 HGO) und die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält (§ 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO). Weiterhin muss gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt und geprüft werden kann (§ 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO). § 123 HGO installiert außerdem die Unterrichts- und Prüfungsrechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen gemäß §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG). Für die städtischen Mehrheitsbeteiligungen und die Beteiligungen, an denen die Stadt mit mindestens 25 % beteiligt ist und bei denen ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zusteht, ist im Rahmen der Abschlussprüfung insbesondere auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen. In den Satzungen ist zu verankern, dass Revisionsamt und Landesrechnungshof die Rechte nach § 54 HGrG zustehen, d. h., dass sie sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck auch den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen können.

Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen

Einige Regelungen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden gelten ausdrücklich für unmittelbare und für mittelbare Beteiligungen:

So ist die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 51 Ziffer 11 HGO für die Errichtung, Erweiterung, Übernahme und Veräußerung von öffentlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen sowie eine unmittelbare Beteiligung oder mittelbare Beteiligung von größerer Bedeutung an diesen gegeben. Auch die Umwandlung der

Rechtsform von Eigenbetrieben oder wirtschaftlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit größerer Bedeutung beteiligt ist, ist der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten (§ 51 Ziffer 12 HGO).

Die Stadt Frankfurt am Main hat den unbestimmten Rechtsbegriff „mittelbare Beteiligung von größerer Bedeutung“ mit **Stadtverordnetenbeschluss vom 15.12.2016 (§ 841)** näher konkretisiert:

Voraussetzung für eine mittelbare Beteiligung von größerer Bedeutung ist demnach, dass die Stadt Frankfurt am Main an dieser durchgerechnet mit mindestens 20 % beteiligt ist.

In der Gesetzesbegründung wird auf Holdingstrukturen und die Notwendigkeit verwiesen, in liberalisierten Märkten schnelle Entscheidungen zu treffen. Daher werden außerdem die Beteiligungsunternehmen der nachfolgenden (Teil-)Konzerne von der Vorlagepflicht gegenüber der Stadtverordnetenversammlung ausgenommen, sofern die Kapitalanteile an diesen sich auf jeweils nicht mehr als einen Betrag in Höhe von 20 % vom Eigenkapital (gemäß HGB-Definition zum Stand des letzten geprüften Jahresabschlusses) der jeweiligen Konzernmutter-Gesellschaft belaufen:

- Energiesektor: Mainova AG (inklusive Gas-Union GmbH u. a.)
- Luftfahrt: Fraport AG
- Verkehrsunternehmen im Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Konzern (insbes. Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH)
- Abfallwirtschaft/Entsorgung: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
- Gesundheitswesen: Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH (mit Klinikum Frankfurt Höchst GmbH)
- Messewesen: Messe Frankfurt GmbH
- Wohnungswirtschaft: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH.

Bei den Kapitalanteilen wird von durchgerechneten Anteilen, und zwar durchgerechnet auf die jeweilige (Teil-)Konzernmutter-Gesellschaft, ausgegangen.

Für alle mittelbaren Beteiligungen, die nicht unter diese Begriffsbestimmung fallen, liegt die Zuständigkeit beim Magistrat.

Die materiellen Voraussetzungen zur Gründung oder Beteiligung an Unternehmen in § 122 Abs. 1 bis 3 HGO gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (§ 122 Abs. 5 HGO).

Die Pflicht zur Sicherstellung der Unterrichts- und Prüfungsrechte nach § 123 HGO i. V. m. § 53 HGrG gilt ferner ebenfalls für mittelbare Beteiligungen, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 HGrG beteiligt ist.

In den innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellenden Beteiligungsbericht sind nach § 123 a HGO Informationen über unmittelbare und mittelbare Beteiligungen von mindestens 20 % aufzunehmen.

Gemäß § 124 HGO sind Veräußerungsgeschäfte und ähnliche Rechtsgeschäfte betreffend Mehrheitsgesellschaften nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt unabhängig von der Stufe der Mehrheitsbeteiligung (§ 124 Abs. 2 HGO).

Vorsitz des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin in den Gesellschaftsorganen (§ 125 HGO)

Nach § 125 Abs. 2 HGO führt der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin oder das von ihm/ihr bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands in den Gesellschaftsorganen der städtischen Eigengesellschaften und Mehrheitsbeteiligungen den Vorsitz, außer es gelten weitergehende gesetzliche Vorschriften oder andere gesetzliche Regelungen stehen dem entgegen (z. B. Wahl des/der Vorsitzenden nach § 107 AktG).

Paritätische Besetzung von Aufsichtsgremien (§ 125 Abs. 2 HGO)

Seit der Änderung der HGO zum 01.01.2016 soll der Gemeindevorstand darauf hinwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten wird. Für das Berichtsjahr 2016 ist diese Regelung erstmals zum Tragen gekommen. Auch das 2015 in Kraft getretene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG I) enthält Regelungen zu Frauen- bzw. Geschlechterquoten, betrifft aber nur einen Teil der städtischen Beteiligungsunternehmen. U. a. ist für Aufsichtsräte von Unternehmen, die börsennotiert und voll mitbestimmt sind, eine Geschlechterquote von 30 % vorgesehen, die seit dem 01.01.2016 sukzessive für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten zu beachten ist. Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmt sind, sind zudem verpflichtet, Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Management-Ebenen festzulegen. Die Frauenquoten sind zum Stichtag 31.12.2021 jeweils in den Einzelbeiträgen der Gesellschaften in der Stammdatentabelle unter der Liste der Aufsichtsratsmitglieder ausgewiesen.

Ferner gilt darüber hinaus seit Inkrafttreten des am 25.06.2021 beschlossenen Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG II) für Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern ein Mindestbeteiligungsgebot von einer Frau und einem Mann, wobei bestehende Mandate bis zu ihrem vorgesehenen Ende wahrgenommen werden können.

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts (§ 126 a HGO)

Den hessischen Gemeinden ist es erlaubt, Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu errichten oder Regie- oder Eigenbetriebe in eine solche umzuwandeln. § 126 a HGO enthält Regelungen zur Ausgestaltung, Organisation und Wirtschaftsführung sowie zu Befugnissen.

In dieser Rechtsform operiert die Nassauische Sparkasse. Der Träger des Geldinstituts (Eigentümerebene) ist seit 1989 der Sparkassenzweckverband Nassau, der von den Gebietskörperschaften des Rhein-Main-Gebiets gebildet wird. Neben den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Wiesbaden gehören dazu die Landkreise Hochtaunus, Main-Taunus, Rheingau-Taunus, Limburg-Weilburg sowie in Rheinland-Pfalz die Landkreise Rhein-Lahn und Westerwald. Die Bank selbst ist als Universalcreditbank eine Anstalt des öffentlichen Rechts in kommunaler Trägerschaft. Rechtsgrundlagen sind das Hessische Sparkassengesetz und die durch den Verwaltungsrat der Sparkasse erlassene Satzung.

2.1 Europäisches Beihilferecht

Die EU-Kommission führt nach Maßgabe des Artikel 108 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der EU, einer der Kernregelungen des sog. Lissabon-Vertrags; Amtsblatt der EU Nr. C 115 v. 09.05.2008) die Überprüfung der Vereinbarkeit von Einzelbeihilfen und Beihilfenregelungen mit dem Binnenmarkt durch. Dabei überprüft sie fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die bestehenden Beihilfenregelungen, zu denen auch etwaige Betrauungsakte hinsichtlich der Finanzierung von sog. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) gehören. Die Stadt Frankfurt am Main als Beihilfengeberin hat stets dafür Sorge zu tragen, dass die Betrauungsakte in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten sind gemäß Artikel 8 des DAWI-Beschlusses 2012/21/EU verpflichtet, während des gesamten Betrauungszeitraums und mindestens zehn Jahre nach Ende des Betrauungszeitraums alle Informationen verfügbar zu halten, die der EU-Kommission ermöglichen zu prüfen, ob die gewährten Ausgleichsleistungen mit dem DAWI-Beschluss 2012/21/EU vereinbar sind.

Beihilfeverbot (Art. 107 Absatz 1 AEUV)

Eine verbotene Beihilfe nach Artikel 107 Abs. 1 AEUV ist jeder gewährte wirtschaftliche Vorteil ohne angemessene Gegenleistung, den das (Beteiligungs-) Unternehmen unter marktüblichen Bedingungen nicht erhalten hätte. Als klassisches Beispiel für verbotene Beihilfen sind direkte Zuwendungen (z. B. Betriebsmittelzuschuss, Bürgschaft), aber auch indirekte Zuwendungen (wie z. B. Personalüberlassung zu marktunüblichen Konditionen, Grundstücksveräußerungen unter Wert) zu nennen.

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI)

Gemäß Artikel 106 Abs. 2 AEUV gilt auch für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, also mit der klassischen Daseinsvorsorge, wie die städtischen Beteiligungsunternehmen, befasst sind - und oftmals strukturell defizitär arbeiten -, das Beihilfeverbot. Allerdings

hält das EU-Beihilferecht hier Erleichterungen bereit z. B. mit dem Freistellungsbeschluss, dem Kern des sog. Almunia-Pakets (Mitteilung der EU-Kommission 2012/C 8/02). Danach können tatbestandsmäßige Beihilfen mittels eines Betrauungsaktes legitimiert werden. Ziel des Betrauungsverfahrens ist es, eine Überkompensation bzw. eine Quersubventionierung anderer erwerbswirtschaftlicher Unternehmensbereiche durch staatliche Zuwendungen zu verhindern. Dementsprechend wichtig sind Dokumentation und Kontrolle. Der Betrauungsakt muss an ein bestimmtes Unternehmen gerichtet und rechtlich verbindlich sein.

Umsetzung durch die Stadt Frankfurt am Main

Die Umsetzung des EU-Beihilfenrechts hat das Beteiligungsmanagement in den letzten Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Denn mit dem Erlass eines Betrauungsakts allein ist es nicht getan. Trennungsrechnung und Überkompensationskontrolle beispielsweise zählen zu den laufenden Aufgaben, deren Überprüfung durch den/die Abschlussprüfer:in im Zusammenhang mit der jährlichen Abschlussprüfung daher auch bereits im Frühjahr 2014 vom Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main auf den Weg gebracht wurde. Basierend auf den gewonnenen Erfahrungen in den ersten Jahren der Geltung des Prüfungsstandard (PS) 700 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) hat das Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main das Prozedere im Zusammenhang mit der Jahresabschlussprüfung optimiert, um für alle Seiten das Handling transparenter zu gestalten. Dazu wurde ein Prüfungsstandard für die Jahresabschlussprüfung betrauter Beteiligungsunternehmen von dem Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main (mit Wirkung zum 01.01.2015) entwickelt.

Die Jahresabschlussprüfung ist für das Beteiligungsmanagement eines der wichtigsten Instrumente im Rahmen der Überkompensationskontrolle als beihilfengewährende Stelle. Insofern ist die

Dokumentation der Abschlussprüfung von besonderer Bedeutung. Mit dem Frankfurter Prüfungsstandard für die Jahresabschlussprüfung von betrauten städtischen Beteiligungsunternehmen wurde durch eine klare Strukturierung der Anforderungen an das Berichtswesen ein hohes Maß an Transparenz geschaffen, um den gesetzlichen Anforderungen des europäischen Beihilfenrechts Rechnung zu tragen.

Wie wichtig dieses Thema ist, wurde durch das Prüfverfahren der EU-Kommission im Bereich Wirtschaftsförderung (SA.44264/MX) deutlich. Im Schreiben vom 31.01.2019 weist die EU-Kommission ausdrücklich darauf hin, dass „...insbesondere eindeutige Betrauungsakte, die eine Beschreibung des Ausgleichsmechanismus und ex ante aufgestellte Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen umfassen (häufig in Deutschland; Verf.) fehlen.“ Diese generelle Aussage der EU-Kommission trifft für die Betrauungen der Stadt Frankfurt am Main jedoch nicht zu, die alle Anforderungen der DAWI-Vorschriften erfüllen.

Ausblick

Kommunale Beteiligungsunternehmen sind seit März 2020 von der **Corona-Pandemie** ebenso betroffen wie private Unternehmen. Dabei hatten sie zunächst in der Regel keinen Zugang zu Förderprogrammen, müssen also vom jeweiligen Träger unterstützt werden. Die städtischen Beteiligungsunternehmen wurden insbesondere darauf hingewiesen, ihre Wirtschaftsplanung 2020 und 2021 zu überprüfen und bei Bedarf auch unterjährig anzupassen, um im nächsten Frühjahr/Sommer bei Aufstellung des Jahresabschluss 2020 bzw. 2021 keine zu großen Abweichungen zum ursprünglich geplanten maximalen Soll-Ausgleich 2020 bzw. 2021, mit entsprechenden rechtlichen Folgen für die Überkompensationskontrolle der beihilfengewährenden Stelle (Anteilseigner Stadt Frankfurt am Main) und des betrauten städtischen Unternehmens, zu haben. Das gleiche gilt nun - aufgrund der fortdauernden Pandemie-Lage - auch für die Wirtschaftsplanung 2022.

Die EU-Kommission wertet die Corona-Pandemie als Fall des Art. 107 Abs. 2 b) AEUV, so dass Beihilfen, die den Ausgleich von Schäden durch die Corona-Pandemie gewährleisten sollen, mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Ebenfalls anwendbar in der Krise sind Beihilfen zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaates (Art. 107 Abs. 3 b) AEUV) und Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete (Art. 107 Abs. 3 c) AEUV).

Am 30.06.2022 war Meldetermin gemäß Artikel 9 des Freistellungsbeschlusses (für die Jahre 2020 u. 2021). Der Trend der Europäischen Kommission geht klar zu einer Verdichtung der Kontrolle. So gibt es bei dem Legitimationsinstrument der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) keine Meldetermine mehr, sondern es tritt an deren Stelle eine Veröffentlichungspflicht sowie eine Meldepflicht an die EU-Kommission binnen 20 Arbeitstagen. Die AGVO kommt in Frankfurt am Main schwerpunktmäßig bei den Beteiligungen im Kulturbereich zur Anwendung. Dabei erfolgt die Kurzmeldung der Stadt Frankfurt am Main an das Hessische Landwirtschaftsministerium, das über eine elektronische Webanwendung (SANI – State Aid Notification Interactive) die Weiterleitung an das Bundeswirtschaftsministerium veranlasst, welches die Daten ebenfalls durch Freigabe (Validierung) an die EU-Kommission übermittelt.

Weitere Informationen sowie den Frankfurter Prüfungsstandard für die Jahresabschlussprüfung betrauter Beteiligungsunternehmen und das Handbuch „EU-Beihilferecht für Kommunen und kommunale Unternehmen“ finden Sie im Internet unter www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de



2.2 Rechnungslegung in Krisenzeiten

Auch in den Jahresabschlüssen zum 31.12.2021 werden die Auswirkungen der Corona-Pandemie bei vielen Unternehmen ersichtlich sein, so dass dies ggf. die Vergleichbarkeit oder Aussagekraft der Jahresabschlüsse bei den einzelnen Positionen und Kennzahlen im Zeitablauf nach wie vor einschränkt. Im letzten Beteiligungsbericht wurde hierüber ausführlich berichtet.

Der IDW hat sich in zwei fachliche Hinweisen zum Angriff Russlands auf die Ukraine und deren Auswirkungen auf die Rechnungslegung deutscher Unternehmen beschäftigt. Zwar war bereits zum Stichtag 31.12.2021 ein russischer Aufmarsch an der ukrainischen Grenze zu beobachten, aber da nur von Manövern gesprochen wurde und als Kriegsbeginn der 24.02.2022 angesehen wird, besteht nach HGB keine Möglichkeit, die ab Kriegsbeginn ggf. sichtbar werdenden ökonomischen Folgen bereits in den Stichtagswerten 31.12.2021 als wert-aufhellendes Ereignis einzustufen. Es liegen zum 31.12.2021 somit keine Gründe für die Bildung einer Rückstellung nach § 249 HGB oder ein Abwertungsbedarf bei Vermögensgegenständen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 und Abs. 4 Satz 1 HGB vor. Wertbegründende Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die von besonderer Bedeutung sind und soweit sie zwischen Bilanzstichtag und Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses eingetreten sind, sind in einem Nachtragsbericht (Bestandteil des Anhangs) darzustellen. Ein allgemeiner Hinweis auf den Ausbruch des Ukraine-Krieges ist dabei ausreichend. Konkrete quantitative Angaben sind nicht erforderlich, eine qualitative Berichterstattung ist ausreichend. Es sind aber hinreichend die Auswirkungen

auf die wirtschaftliche Lage des Unternehmens insgesamt bzw. die drei Teillagen (Vermögens-, Finanz- und Ertragslage) zu machen. In vielen Fällen dürfte sich der Ausbruch des Krieges auch in den Risikenberichten oder Prognoseberichten als Bestandteil des Lageberichts wiederfinden. Verweise sind bei ansonsten Doppelungen möglich. Der deutsche Gesetzgeber hat vor dem Hintergrund der in den letzten beiden Jahren gesammelten, grundsätzlich positiven Erfahrungen mit den virtuellen Hauptversammlungen eine dauerhafte Regelung geschaffen, die das Abhalten von Hauptversammlungen im virtuellen Format erlaubt. Das Aktiengesetz soll insbesondere um die §§ 118a und 130a erweitert werden (Bundestagsbeschluss 08.07.2022). Anders als noch in 2021 fanden bei unseren nachfolgend genannten Beteiligungen nicht immer virtuelle Hauptversammlungen statt: Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide am 24.05.2022 (virtuell), Süwag Energie AG am 01.06.2022 (in Präsenz) und Mainova AG am 02.06.2022 (in Präsenz).

Nahezu unbemerkt hat die EU im April 2021 einen Entwurf einer Corporate Sustainability Reporting Directive veröffentlicht, die per 01.12.2022 von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umzusetzen ist. Alle als groß geltenden Kapitalgesellschaften (hier reicht ein Verweis in dem Gesellschaftsvertrag mit: „Rechnungslegung wie eine große Kapitalgesellschaft“ aus) haben einen sogenannten Nachhaltigkeitsbericht aufzustellen, der im Lagebericht veröffentlicht werden soll. Diese Regelung soll für die Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2023 beginnen, gelten.

2.3 Besonderheiten bei Sparkassen

Bei den Bankenbeteiligungen der Stadt Frankfurt am Main handelt es sich in erster Linie um die kommunalen Beteiligungen an Sparkassen. Historisch betrachtet und im Sparkassengesetz verankert liegt der öffentliche Auftrag darin, die Bevölkerung im Geschäftsgebiet mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu versorgen (Kontoführung, Zahlungsverkehr, Kreditvergabe, Wertpapiergeschäfte) sowie die allgemeine Vermögensbildung zu fördern. Sparkassen sind dem Gemeinnutz verpflichtet, doch nicht gemeinnützig im steuerlichen Sinn. Der Verpflichtung, dem Gemeinwohl zu dienen, werden sie durch ihre Bankleistungen gegenüber der Bevölkerung und dadurch gerecht, dass Teile ihres Jahresüberschusses über Spenden für gemeinnützige, kulturelle, wissenschaftliche oder soziale Zwecke in ihrem Geschäftsgebiet der breiten Bevölkerung zufließen.

Eine wesentliche Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main liegt bei der **Nassauischen Sparkasse**. Der aus kommunalen Gebietskörperschaften gebildete Träger des Geldinstituts (Eigentümerebene) ist seit 1989 der Sparkassenzweckverband Nassau. Die Sparkasse selbst ist als Universalkreditbank eine Anstalt des öffentlichen Rechts in kommunaler Trägerschaft. Rechtsgrundlagen sind das Hessische Sparkassengesetz und die durch den Verwaltungsrat der Sparkasse erlassene Satzung. Der Sparkassenzweckverband Nassau wird von Gebietskörperschaften des Rhein-Main-Gebiets getragen. Neben den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Wiesbaden gehören dazu die Landkreise Hochtaunus, Main-Taunus, Rheingau-Taunus, Limburg-Weilburg sowie in Rheinland-Pfalz die Landkreise Rhein-Lahn und Westerwald.

Für die Verbindlichkeiten des Sparkassenzweckverbandes haften die Verbandsmitglieder gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau untereinander „nach dem

Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Verbandsmitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse sowie aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Maßgebend ist für jeweils fünf Jahre der Stand am 31. Dezember desjenigen Geschäftsjahres, das dem Beginn einer neuen Wahlzeit vorausgeht.“

Hieraus ergibt sich die Besonderheit, dass das Eigentümergehälsnis im Zweckverband keine feste GröÙe auf der Basis erworbener Gesellschafteranteile darstellt. Vielmehr wird es regelhaft alle fünf Jahre nach dem obigen Schema neu ermittelt. Seit 31.12.2015 lag der Haftungs- und Stimmanteil der Stadt Frankfurt am Main bei rd. 10 %. Die Neuberechnung erfolgte auf Grundlage der Jahresabschlusszahlen per 31.12.2020 und damit wie satzungsgemäß vorgeschrieben vor Beginn der neuen Wahlzeit. Der neu berechnete Haftungs- und Stimmanteil der Stadt Frankfurt am Main am Sparkassenzweckverband Nassau betrögt seit 31.12.2020 rd. 13 %. Der größte Haftungsanteil entfällt auf die Stadt Wiesbaden mit rd. 30 %, den geringsten Anteil mit rd. 7 % hält der Landkreis Hochtaunus.

Trotz derlei Besonderheiten sind Sparkassen im Grundsatz an die Regelwerke für Kreditinstitute gebunden, die nach der Bankenkrise 2008/2009 nochmals umfassender ausgestaltet worden sind. Hierzu gehören die Regeln der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), die Regelungen zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Basel I – IV), umfangliche Regelwerke zur Liquiditätsausstattung und zum Risikomanagement sowie Verhaltens-, Anzei- und Meldepflichten.

2.4 Umsetzung Public Corporate Governance Kodex

Die Stadt Frankfurt am Main hat bereits im März 2010 einen Public Corporate Governance Kodex (kurz: PCGK) erlassen und mit dieser frühen Verabschiedung eine Vorreiterrolle übernommen. Grob vereinfacht befasst sich Public Corporate Governance mit „Spielregeln“ guter Organisationsführung. Der PCGK als zentrales Instrument der Public Corporate Governance verfolgt die Zusammenstellung und Koordinierung von verschiedenen Grundsätzen, Standards und Prinzipien verantwortungsvoller Unternehmensführung zur Unterstützung der Leitung und Steuerung, Überwachung und Kontrolle sowie Transparenz von und in öffentlichen Unternehmen, um eine effiziente und effektive Aufgabenerbringung sicherzustellen. Der PCGK Frankfurt am Main zeichnet sich durch seine Konkretheit hinsichtlich Regelungstiefe bzw. –umfang einzelner Regelungsfelder aus. Der Konkretisierungsgrad in vielen Bereichen der Ausgestaltung der Aufgaben und Zuständigkeiten der Organe der städtischen Beteiligungsunternehmen sowie der Beteiligten der Stadt ist im Vergleich zur PCGK Landschaft Deutschlands beispielhaft. Hervorzuheben ist die umfangreiche Berichterstattung der Organe untereinander sowie die klare Kodifizierung von Umfang, Abläufen und Fristen der Berichtspflichten. Mit der „Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main“ (PCGK) verpflichtet sich die Stadt Frankfurt am Main (auf der Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses § 7856 vom 25.03.2010), eine gute, verantwortungsvolle Unternehmensführung und -kontrolle bei ihren Beteiligungsunternehmen zu sichern. Neben der Aufgabe, die Unternehmen bei der Erfüllung des Unternehmenszwecks zu unterstützen und die wirtschaftliche Effizienz zu optimieren, hat die Stadt daher im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung gleichzeitig zu gewährleisten, dass bei der Leitung, Steuerung und Überwachung der Unternehmen insbesondere die öffentlichen Belange, d. h. die Daseinsvorsorge, angemessen berücksichtigt werden. Gemäß Abschnitt A 3.4 des (PCGK) ist im Beteiligungsbericht

jährlich zusammenfassend über die Einhaltung des Kodex zu berichten.

In den städtischen Mehrheitsbeteiligungen wurden bereits zum zehnten bzw. elften Mal in Folge die im PCGK (Abschnitt B 1.4) eingeführten jährlichen Wirtschaftsplangespräche durchgeführt, nämlich im Berichtsjahr das elfte Plangespräch über den Wirtschaftsplan 2021 und bereits im Vorjahr das zehnte Plangespräch über den Wirtschaftsplan des Berichtsjahres 2020. Grundlage der Gespräche ist jeweils der Entwurf des Wirtschaftsplans mit ausführlichen Erläuterungen zu den Planungsgrundlagen (gem. Abschnitt B 1.3 PCGK). Im Wirtschaftsplangespräch werden die Planungsprämissen mit zugrundeliegenden unternehmensspezifischen Annahmen von den zuständigen Beschäftigten des Unternehmens erläutert.

Da gemäß PCGK (vgl. Abschnitt B 2.2) die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften über die Einhaltung des PCGK berichten und die Abschlussprüfungen der städtischen Mehrheitsbeteiligungen von diversen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchgeführt werden, die zudem nach spätestens fünf Jahren jeweils wechseln müssen, wurde mit Unterstützung einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Prüfkatalog „Umsetzungsprüfung PCGK“ als Arbeitshilfe erstellt. Die Durchführung der PCGK-Prüfung wird in den Wirtschaftsprüferberichten über die testierten Jahresabschlüsse dokumentiert und dem Aufsichtsrat jeweils im Rahmen seiner Bilanzsitzung vorgestellt. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen 2020 keine gravierenden Verstöße bei der Einhaltung des Kodex festgestellt wurden.

Der PCGK Frankfurt am Main stellt insbesondere die regelmäßige, zeitnahe und umfassende Information des Aufsichtsrates sicher (A 3.3.2). Der hohe Konkretisierungsgrad wird deutlich durch die Berichterstattungspflichten der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat, u. a. durch Quartalsberichte (A 3.3.2), explizite Empfehlungen zur Orientierung an § 90 AktG. bzgl. Inhalt und Turnus der Berichtspflichten (A 2.3.2), einen Bericht über die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems

(A 3.3.2) sowie eine Nachhaltigkeitsberichterstattung (A 3.3.2), welche einzigartig in der deutschen PCGK Landschaft ist. Die umfangreiche Informiertheit des Aufsichtsrates ist die Grundlage für eine effektive Ausübung der Kontrollfunktion des Aufsichtsrates. Die Regelungen über die Arbeit des Aufsichtsrates, wie u. a. die Verpflichtung zur Kenntnis bzw. zum Erwerb erforderlichen Fachwissens und die Organisation regelmäßiger Fort- und Weiterbildungsangebote (A 3.2.6) sowie die effiziente Ausgestaltung der Sitzungen durch einen zeitgerechten Unterlagenversand (A 3.2.4) oder die Protokollierung des wesentlichen Sitzungsverlaufes (A 3.2.4) trägt zur Professionalisierung der Aufsichtsratsarbeit bei.

Eine regelmäßige Effizienzprüfung der Aufsichtsratsarbeit wird nicht nur vom Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK), sondern auch von zahlreichen Public Corporate Governance Kodizes und dem Kreditwesengesetz empfohlen bzw. gefordert. Sie ist ein bewährtes Instrument für das Kollegialorgan Aufsichtsrat, um die Gremienarbeit sowie die interne Kommunikation zu analysieren und zu verbessern. Für die Gremienmitglieder sieht das Konzept der webbasierten Effizienzprüfung einen deutlich vereinfachten Prozess und somit eine Reduzierung des zeitlichen Aufwands (ca. 30 Minuten) vor. Die Aufsichtsratsmitglieder können zeitlich flexibel und mit jedem Endgerät (Smartphone, Laptop, etc.) an der Online-Befragung teilnehmen. Das entwickelte Konzept sieht die Integration von zusätzlichen Informationen in die eigentliche Befragung vor (z. B. Begriffserklärungen, Verweise auf Handbücher des Beteiligungsmanagements usw.). Somit kann die Effizienzprüfung auch dazu genutzt werden, den Gremienmitgliedern wichtige Informationen und Hinweise zielgerichtet zu übermitteln, so dass die Effizienzprüfungen auch einen Fortbildungscharakter aufweisen.

Überarbeitung des PCGK

In einem Forschungsprojekt mit Prof. Dr. Ulf Papenfuß, Inhaber des Lehrstuhls für Public Management & Public Policy an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen wurde das Weiterentwicklungspotenzial des PCGK der Stadt Frankfurt am Main anhand der aktuellen Entwicklungen der (Public) Corporate Governance aufgegriffen und konkrete Weiterentwicklungsvorschläge gemacht. Der vorliegende Forschungsbericht verdeutlicht, dass der PCGK Frankfurt am Main aufgrund der konkreten Ausarbeitung zentraler Regelungsfelder und seiner Umsetzungsorientierung besondere Potenziale zur Weiterentwicklung besitzt. Die Analyse zeigt auch, dass einige Jahre nach der Etablierung angesichts zwischenzeitlicher Entwicklungen in der Public Corporate Governance Überarbeitungen nützlich erscheinen. Der PCGK Frankfurt am Main bietet in seiner jetzigen Form eine konkrete und umsetzungsorientierte Grundlage zur Weiterentwicklung der Beteiligungssteuerung in Frankfurt am Main. Diese Weiterentwicklung ist angesichts der sich wandelnden Rahmenbedingungen und Anforderungen vielversprechend; eine Neufassung des PCGK der Stadt Frankfurt am Main befindet sich in der Abstimmung.

Weitere Informationen sowie den Wortlaut des Public Corporate Governance Kodex finden Sie im Internet unter

www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de



2.5 Nachhaltigkeit

Nach Ziffer A.3.3.2 des PCGK „Aufgaben und Zuständigkeiten“ sollte von der Geschäftsführung eine Nachhaltigkeitsberichterstattung verlangt werden. Nachhaltigkeitsberichte stellen die Tätigkeiten und Leistungen von Organisationen für eine nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf Ökonomie, Ökologie und Soziales dar und sind neben dem Geschäftsbericht wichtiger Bestandteil der Informationspolitik von Unternehmen. Neben den Kurzberichten an die Organe über Projekte und Maßnahmen, die auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen und bei allen Beteiligungsunternehmen erfolgen, erstellen im Bereich der städtischen Beteiligungen vor allem die großen Konzernunternehmen eigenständige Nachhaltigkeitsberichte.

Die **Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH** (Nassauische Heimstätte) gibt seit 2015 jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht heraus, der auf der Homepage des Unternehmens unter Engagement/Nachhaltigkeit zu finden ist. Die Gesellschaft hat sich der Global Reporting Initiative und dem branchenspezifischen Standard des Gesamtverbands der Wohnungswirtschaft verschrieben und berücksichtigt die Anforderungen des Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Die Nassauische Heimstätte hat mit der Hessischen Landesregierung eine Zielvereinbarung zur Klimaneutralität bis 2050 unterzeichnet. Der Konzern ist somit das erste Wohnungsunternehmen in Deutschland, das sich zu den langfristigen Zielen des Paris-Abkommens bekennt. Für das Geschäftsjahr 2021 gibt es erstmals nur noch einen Bericht, der digital als Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht auf der Homepage des Unternehmens zur Verfügung gestellt ist.

(<https://berichte.naheimst.de/2021/>)

Die **Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH** (SWFH) ist als Finanzholding ohne operatives Geschäft unter dem Aspekt Nachhaltigkeit ein kleines Unternehmen. Der Nachhaltigkeitsbericht ist als integrierter Teil des Konzerngeschäftsberichts unter <https://stadtwerke-frankfurt.de/publikationen> abrufbar. Die SWFH wurde 2021 erneut als Ökoprot-Betreiber ausgezeichnet. Die Gesellschaft nutzt die

Prinzipien nachhaltigen Gebäudemanagements im Sinn von ökologischen und ökonomischen Vorteilen, das ist Ökoprot. Die SWFH ist Eigentümerin der Gebäudekomplexe Kurt-Schumacher-Straße 8 und 10 (KSS 8/KSS 10), zwei große Immobilien mitten in Frankfurt am Main zwischen Konstablerwache und Mainufer. Die Energieverbrauchsdaten der SWFH weisen den Verbrauch von Wasser, Strom und Wärme im Berichtszeitraum in den Liegenschaften KKS 8 und KSS 10 aus. Zusammengenommen wird eine Nettogeschossfläche von ca. 57.000 qm bewirtschaftet. Das SWFH Immobilienmanagement hat den Energieverbrauch in den letzten Jahren durch konsequent umgesetzte Energiesparprojekte deutlich reduziert. Der Fünfjahres-Vergleich vergegenwärtigt, dass Schwankungen bei einzelnen Verbrauchswerten vor allem auf äußere Faktoren wie Hitzeperioden im Sommer, kalte Wintermonate oder verändertes Nutzerverhalten durch Verdichtung und längere Betriebszeiten zurückzuführen sind (zu den Verbrauchswerten 2021 im Einzelnen vgl. Konzerngeschäftsbericht Seite 56).

Der Austausch herkömmlicher Leuchtstofflampen durch LED-Beleuchtung eröffnet Energieeinsparpotenziale von bis zu 70 Prozent. Mit Blick auf den Klimawandel und steigende Energiekosten stellt sich also nicht die Frage, ob LED eingesetzt werden sollen, sondern wann. Das vom SWFH Immobilienmanagement bereits 2019 ausgearbeitete Konzept für den Austausch konventioneller Flur- und Bürobeleuchtung durch zukunftsweisende LED-Technologie konnte 2020 und 2021 aufgrund der Pandemie nicht wie geplant vorangetrieben werden. Aber die Detailplanung liegt vor, beim BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) wurde ein Förderantrag gestellt und die erforderliche Ausschreibung am Markt platziert. Sobald ein Unternehmen beauftragt und die erforderlichen Komponenten geliefert werden können, startet der Austausch von rd. 2.800 Leuchten. Das Immobilienmanagement geht davon aus, dass noch 2022 umweltfreundlich illuminiert und das gesamte Projekt bis Mitte 2023 abgeschlossen werden kann. Die Pro-

jektkosten belaufen sich auf etwa 2,3 Mio. € inklusive Baunebenkosten.

Die **Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH** (VGF) hat mit dem Nachhaltigkeitsbericht 2021 bereits den elften Nachhaltigkeitsbericht herausgebracht. Der Nachhaltigkeitsbericht ist auch auf der Internetseite des Unternehmens zu finden. Für die VGF bedeutet Nachhaltigkeit, in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht verantwortungsvoll zu handeln. Die Geschäftsführung verfolgt das Ziel, durch den Bericht einen schnellen Überblick über die Entwicklungen der VGF hin zu einem nachhaltigen Unternehmen zu geben. Wichtige Kennzahlen und ergänzende Begleittexte sollen die entsprechenden Informationen liefern. Als Kennzahlen werden z. B. das Durchschnittsalter der aktiven Mitarbeitenden von 44,3 Jahren (2020: 44,7 Jahre) und deren durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von 14,2 Jahren (2020: 14,9 Jahre) angegeben. Weiterhin werden u. a. die Entwicklung der Kundenzufriedenheit (Globalzufriedenheit 2021 von 2,60, Vj. 2,54), der Personenkilometer (438,5 Pkm in 2021, 494,9 Mio. Pkm in 2020, im Vergleich dazu 841,0 Mio. Pkm in 2019), der CO₂-Emissionen (62.700 t in 2021, 64.300 t in 2020), des Energieverbrauchs (174,3 GWh in 2021 davon 10,8 GWh Erdgas) und des Kostendeckungsgrades (69,2 % in 2021, 73,7 % in 2020) dargestellt.

Für ein Busunternehmen wie die **In-der-City-Bus GmbH** (ICB) ist Nachhaltigkeit fester Bestandteil des Geschäftszwecks. Immerhin sind in den über 200 Fahrzeugen, welche die ICB jeden Tag in den Frankfurter Stadtverkehr einsteuert, zahlreiche Fahrgäste umweltfreundlich unterwegs. Welche Entwicklungen und Ziele die ICB in den Kernbereichen soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit verfolgt, ist im Bericht „Nachhaltigkeit bei der ICB (2020-2021)“ dokumentiert. Diesen Bericht erhält man unter folgendem Link: <https://www.icb-ffm.de/nachhaltigkeit>.

Nachhaltigkeit hat für die **traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH** (traffiQ) einen hohen Stellenwert. Als Aufgabenträgerorganisation der Stadt für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nimmt das Unternehmen deutli-

chen Einfluss auf die nachhaltige Mobilität in Frankfurt am Main. Die traffiQ berichtet ausführlich über Nachhaltigkeitsaspekte im jährlichen Geschäftsbericht, welcher auch auf der Internetseite des Unternehmens veröffentlicht wird (<https://www.traffiq.de/traffiq/medien/veroeffentlichungen.html>). Die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs ist nicht nur Reaktion auf die in den zurückliegenden Jahren stetige Zunahme der Fahrgastzahlen, mit der nach Abklingen der Corona-Pandemie wieder fest gerechnet wird. Es bestehen gute Chancen, die Kundinnen/Kunden durch Attraktivitätssteigerungen bei Bahn und Bus und überzeugende Hygienekonzepte zurückgewinnen zu können. Angestrebt wird daher, die Zahl der Fahrten mit Bus und Bahn mittelfristig wieder aktiv zu steigern. Ziel ist es insbesondere, auch Autofahrer:innen zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen: Der Anteil von Bus- und Bahnfahrten am Modal Split soll deutlich steigen. Maßnahmen auf diesem Weg sind Kapazitätserweiterungen, Lückenschlüsse, Netzerweiterungen und attraktive Tarifangebote. Die damit einhergehende stärkere Auslastung des Nahverkehrssystems, verbunden mit neuen Formen der Finanzierung und zielgruppenspezifischen Ticketangeboten, kann Mehreinnahmen generieren und so den bislang guten Kostendeckungsgrad des Frankfurter Nahverkehrs weiter steigern. So wird ein konkreter Beitrag zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Systems geleistet. Effizienzsteigerungen, etwa durch Bevorrechtigung des ÖPNV, Einrichtung zusätzlicher Busspuren oder digitale Zugsicherungstechnik, tragen ebenfalls zu einem wirtschaftlicheren Nahverkehr bei.

Die ökonomisch motivierte Zielsetzung, durch einen attraktiven Nahverkehr mehr Fahrgäste für den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen, hat eine deutlich ökologische Komponente. Denn Frankfurts Busse und Bahnen leisten mit einem dichten Netz und modernen Fahrzeugen schon jetzt einen wichtigen Beitrag zur umwelt- und kundenfreundlichen Mobilität in Deutschlands Pendlerhauptstadt. Der Großteil der Nahverkehrsleistung – rund 80 % der Fahrgastfahrten – wird schon seit Jahrzehnten mit

S-Bahnen, U-Bahnen und Straßenbahnen elektrisch erbracht.

Öffentlicher Nahverkehr ist durch die Bereitstellung bezahlbarer Mobilität ein Garant für die Teilhabe am sozialen Leben. In den zurückliegenden zwei Jahren kam ihm eine besondere Bedeutung zu. Galt es doch, auch unter Pandemiebedingungen alle Menschen, die auf ein öffentliches Mobilitätsangebot angewiesen waren, zuverlässig und sicher an ihr Ziel zu bringen. Ein nahezu uneingeschränktes ÖPNV-Angebot, systematische Hygienemaßnahmen, eine konsequente Durchsetzung der Gebote zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung und schließlich der 3G-Regelung leisteten hierzu einen wichtigen Beitrag. Die hohe Akzeptanz dieser Maßnahmen unter den Fahrgästen tragen zu einem geringen Infektionsrisiko in Bahnen und Bussen bei. In der Stadt Frankfurt am Main besteht rund um die Uhr ein dichtes Nahverkehrsnetz (Konzept 24/7), mit dem alle Ziele erreichbar sind und dessen Leistungen zu günstigen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Die Reduzierung von Fahrpreisen fördert diese Absicht. Besondere Angebote für bestimmte Zielgruppen wie Schüler:innen, Auszubildende, Studierende, Berufstätige und ältere Menschen werden weiter ausgebaut.

Die **Mainova AG** sieht die Nachhaltigkeit als einen zentralen Bestandteil ihres Handelns an. Aus diesem Grund ist die Nachhaltigkeit als weiteres Querschnittsthema in der Strategie „Mainova 2028“ verankert. In einem Wort übersetzt versteht die Mainova AG unter Nachhaltigkeit Zukunftssicherung. Die Mainova AG veröffentlicht im Geschäftsbericht den nichtfinanziellen Bericht (ab S. 156), um den Anforderungen des CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes zu entsprechen. Daneben erstellt die Gesellschaft einen separaten Nachhaltigkeitsbericht, der auf der Homepage unter dem Link [nachhaltigkeitsbericht-2021-data.pdf \(mainova.de\)](#) veröffentlicht wird, in dem über 542.080,4 t vermiedenes CO₂ berichtet wird. Weitere Themen sind die Beteiligung an einem der größten deutschen Solarparks im Boitzenburger Land mit einer geplanten installierten Kapazität von etwa 175 MW, was rechnerisch dem Bedarf von 64.000 Haushalten entspricht. Die Mainova AG hat zum Jahresbeginn 2022 die kom-

plette Privatkundschaft auf nachweislich CO₂-neutral produzierten Strom aus europäischer Erzeugung umgestellt. Das Mitarbeitenden Restaurant ist biozertifiziert und setzt auf regionale Produkte sowie eine Reduzierung von To-go-Bechern. Auch die Verpackungen wurden dort auf ein Minimum reduziert. Zum Thema Nachhaltigkeit gehört laut Mainova AG auch, dass sich ihre Mitarbeitenden im Alltag rechtskonform verhalten. Die Beschäftigten sind verpflichtet, an einer Schulung zum Thema Compliance-Grundlagen teilzunehmen.

2020 wurde die Mainova AG erstmals von EcoVadis in Sachen Nachhaltigkeitsrating beurteilt und erhielt die Bronze-Medaille. In 2021 konnte das Rating verbessert werden und die Mainova AG wurde mit der Silber-Medaille ausgezeichnet.

Seit dem Jahr 2010 erstellt die **FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH** (FES) (seinerzeit als erstes Beteiligungsunternehmen der Stadt Frankfurt am Main) einen Nachhaltigkeitsbericht. Er erscheint alle zwei Jahre. Seit dem Jahr 2016 ist der Bericht ausschließlich online abrufbar unter <https://nhb.fes-frankfurt.de/>.

Das Nachhaltigkeitsmanagement des Unternehmens erstreckt sich über alle relevanten Bereiche, von Umweltschutz über Soziales bis hin zu wirtschaftlichen Aspekten. Als kommunales Unternehmen für Entsorgung und Sauberkeit trägt das Unternehmen zum Gemeinwohl der Stadt und damit auch zu ihrer zukünftigen Entwicklung bei. Seit dem Jahr 2014 ist Nachhaltigkeitsmanagement bei der FES organisatorisch verankert. Seit 2018 gibt es einen Nachhaltigkeitsbeauftragten, der alle Themen im Unternehmen zentral zusammenführt. Mit seiner Mitgliedschaft im ÖKOPROFIT-Klub bekennt sich die FES zum nachhaltigen Wirtschaften. Jedes Jahr setzt sich das Unternehmen Ziele, um weitere Verbesserungen zu erreichen.

Seit Jahren gelingt es der FES-Gruppe, einen großen Anteil ihrer benötigten Energie selbst herzustellen. So deckte 2020 der selbst erzeugte Strom 70 % des Eigenbedarfs, 2021 waren es 71 %. Dafür sorgen gleich mehrere Wege der regenerativen Stromerzeugung. Zum einen sind da die inzwischen neun Photovoltaikanlagen an unterschiedlichen Standorten, zum anderen der Anteil am Solarpark der

Rhein-Main Solarpark GmbH (RMS) in Dreieich. So wird Sonnenenergie zum wichtigen Baustein der Energieversorgung der FES. Desweiteren liefert die Bioabfallbehandlungsanlage der Rhein-Main Biokompost GmbH (RMB) mit ihren drei Blockheizkraftwerken Strom und Wärme aus Biogas, das bei der Verarbeitung von Bioabfall entsteht. Der eigene Wärmebedarf wird damit komplett abgedeckt. Zusätzlich entsteht ein Überschuss von durchschnittlich 140 % Strom, der ins öffentliche Netz eingespeist wird.

Thermische Verwertung von Restmüll spart wertvolle Ressourcen wie Erdöl, Kohle oder Erdgas. Das leistungsfähige moderne Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main versorgt die Nordweststadt, den Campus Westend, die Stadtteile Riedberg, Eschersheim und Bockenheim mit Strom und Fernwärme. Eine effiziente Rauchgasreinigung sorgt dabei kontinuierlich für eine Unterschreitung der Emissionsgrenzwerte. Neben der alltäglichen Aufgabe unterstützt das Unternehmen unterschiedliche Projekte, die sich mit den Themen der Nachhaltigkeit beschäftigen. Die FES engagiert sich auf vielfältige Weise für eine saubere Stadt. So motiviert und unterstützt das Unternehmen aktiv alle Bürger:innen, die über Partnerschaften und Sammeltage ihrerseits etwas mehr tun wollen. Unter dem Motto #cleanffm startete die Stadt Frankfurt am Main 2017 eine breit angelegte Kampagne für mehr Sauberkeit. Die FES unterstützt die Aktionen aktiv als Kooperationspartner. Die Gesellschaft unterstützt mit ihrem Sponsoring langfristig zahlreiche Vereine und Initiativen in der Stadt Frankfurt am Main. Besonders im Fokus stehen dabei Nachhaltigkeit und sinnvolle Ideen für Kinder und Jugendliche. Als Leuchtturmprojekt im Bildungsbereich hat sich das Frankfurter Kooperationsprojekt „Schuljahr der Nachhaltigkeit“, das im Rahmen der Frankfurter Bewerbung zur „European Green Capital“ entwickelt wurde, etabliert. Die FES ist seit dem Start im Schuljahr 2012/13 Hauptsponsor und Partner des Projektes.

Neben der weiteren Teilnahme am UN Global Compact, dessen Systematik derzeit von der UN überar-

beitet wird, hat sich die **Messe Frankfurt GmbH** zudem entschlossen, den Themenkomplex Nachhaltigkeit als zentrale Säule der Unternehmensstrategie zu verankern. Hierzu und um nachhaltiges Handeln in allen Unternehmensbereichen und auf den weltweit stattfindenden Veranstaltungen voranzutreiben, hat die Messe Frankfurt im März 2022 das unternehmenseigene Sustainability Board (SB) ins Leben gerufen. Das SB ist ein fachübergreifendes Gremium, dessen Kern mit Mitarbeitenden aus der obersten Managementebene besetzt ist. Gemeinsam mit den zuständigen Fachabteilungen und mit Unterstützung eines internen Projektbüros soll das SB Ziele hin zu einem nachhaltigen unternehmerischen Handeln formulieren, daraus passende Maßnahmen ableiten, diese priorisieren, auf wirtschaftliche Machbarkeit überprüfen und umsetzen. Grundlage für die Messe Frankfurt und die Arbeit des SBs ist dabei der intern entwickelte Sustainability Governance Codex (SGC). Der SGC schafft für alle Unternehmensaktivitäten der Messe Frankfurt einen Handlungsrahmen, definiert sich in einer Balance zwischen ökologischem und ökonomischem Handeln, Governance („Steuerung“) sowie sozialer Verantwortung mit besonderem Fokus auf den Heimatstandort Frankfurt am Main. Im Rahmen der Eurobike erfolgte am 15.07.2022 zudem die offizielle Übergabe des Silber-Zertifikats (eine Initiative von EU und ADFC) „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ an die Messe Frankfurt. Als eines der ersten zu rezertifizierenden Unternehmen in Hessen besitzt die Messe Frankfurt GmbH bereits fünf Jahre Erfahrung in der Fahrradförderung. Seit vielen Jahren betreibt die Messe Frankfurt ein nachhaltiges Mobilitätsmanagement für ihre Kundschaft und Mitarbeitenden und trägt so dazu bei, die Umweltbelastung am Heimatstandort zu verringern. Auf ihrer Website berichtet die Messe Frankfurt darüber hinaus, welche konkreten Maßnahmen sie im Hinblick auf [die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen \(messefrankfurt.com\)](#) umsetzt.

3. Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2021

Entsprechend der Vorgabe nach § 123 a HGO konzentriert sich der Beteiligungsbericht auf die 237 Beteiligungen (Vj. 231), an denen die Stadt Frankfurt am Main mit mindestens 20 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist (analog § 271 HGB). Alle anderen 362 (Vj. 352) direkten und indirekten Beteiligungen unter 20 % werden zusammengefasst in der Tabelle sowie im Gesamtstrukturbericht (Anlage IV 2. Gesellschaftenverzeichnis) aufgeführt.

Die Anzahl der darin enthaltenen direkten Beteiligungen unter 20 % beträgt hierbei zwölf (Vj. zwölf) und enthält acht Gesellschaften sowie vier Genossenschaften. Diese zwölf Unternehmen werden auch weiterhin in Einzeldarstellungen erläutert, finden sich aber im Nebenteil zum Beteiligungsbericht wieder. Die Zahl aller Beteiligungen der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2021 beträgt 599 (Vj. 583).

Anzahl der Beteiligungen ab 20 %

Zur Ermittlung der Anzahl der Beteiligungen wird die Tatsache berücksichtigt, dass aufgrund der komple-

xen Struktur des städtischen Beteiligungsportfolios eine Reihe von Gesellschaften mehrere Mütter haben. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden daher Gesellschaften mit Mehrfachbeziehungen der obersten Ebene zugeordnet. So ist z. B. die Stadt Frankfurt am Main an der WOHNHEIM GmbH und der Frankfurter Aufbau-AG (FAAG) sowohl direkt mit geringen Anteilen als auch indirekt über die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) mit höheren Anteilen beteiligt. Aufgrund der direkten Anteile der Stadt Frankfurt am Main werden diese Gesellschaften unter den direkten Minderheitsbeteiligungen ausgewiesen.

Zum 31.12.2021 war die Stadt Frankfurt am Main an 237 Gesellschaften direkt oder indirekt mit einem Anteil von mindestens 20 % beteiligt (Vj. 231). Im Jahr 2021 ergaben neun Zugänge und drei Abgänge die Zunahme von sechs gegenüber dem Vorjahr. Im Einzelnen sind diese Gesellschaften aus der Tabelle am Ende dieses Abschnitts namentlich ablesbar.

Anzahl der Beteiligungen >= 20 %	2021		2020	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Direkte Beteiligungen >= 20 %	44	18,6%	43	18,6%
Direkte Mehrheitsbeteiligungen*	25	10,5%	25	10,8%
Direkte Minderheitsbeteiligungen**	19	8,0%	18	7,8%
Indirekte Beteiligungen >= 20 %	193	81,4%	188	81,4%
Beteiligungen 2. Grades	43	18,1%	44	19,0%
Beteiligungen 3. Grades	100	42,2%	95	41,1%
Beteiligungen 4. Grades	37	15,6%	35	15,2%
Beteiligungen ab 5. Grades	13	5,5%	14	6,1%
Beteiligungen mit einem Anteil von mindestens 20 % nach § 123 a HGO	237	100,0%	231	100,0%
<i>Andere Beteiligungen < 20 %</i>	<i>362</i>		<i>352</i>	
<i>davon direkt***</i>	<i>12</i>		<i>12</i>	
Beteiligungen gesamt	599		583	

* Anzahl inklusive sechs Eigenbetriebe, ** Anzahl inklusive einer Genossenschaft, *** Anzahl inklusive vier Genossenschaften

Von den 237 Gesellschaften entfallen mit 44 Gesellschaften (Vj. 43) 18,6 % auf die direkten Beteiligungen; hiervon sind unverändert 25 Gesellschaften direkte Mehrheitsbeteiligungen, d. h. Gesellschaften, an denen die Stadt Frankfurt am Main Anteile am Stammkapital von über 50 % hält. Die Anzahl der direkten Mehrheitsbeteiligungen beinhaltet auch die sechs Eigenbetriebe. Unter den 19 (Vj. 18) Minderheitsbeteiligungen werden auch vier Gesellschaften (Rebstock Projektgesellschaft mbH, KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH und Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH) mit einem Stammkapitalanteil von genau 50,0 % ausgewiesen. Zudem werden unter den 19 direkten Minderheitsbeteiligungen weitere vier Gesellschaften (WOHNHEIM GmbH, FAAG, Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG und Klinikum Frankfurt Höchst GmbH) mit einem Stammkapitalanteil von unter 20 % ausgewiesen, bei denen aber die Gesamtquote aufgrund weiterer indirekter Anteile größer/gleich 20 % beträgt. Bei den Minderheitsbeteiligungen ist als Zugang die Genossenschaftliche Immobilienagentur eG enthalten. Die Stadt Frankfurt am Main und die KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH sind jeweils mit 20 % an dieser Genossenschaft beteiligt.

Die Zahl der indirekten Beteiligungen ab 20 % beträgt 193 (Vj. 188). Die Anzahl der Beteiligungen 2. Grades (Enkelgesellschaften) beträgt 43 (Vj. 44); die Beteiligungen 3. Grades (Urenkelgesellschaften) summieren sich auf 100 (Vj. 95). Daneben bestehen 37 (Vj. 35) Beteiligungen 4. Grades und 13 (Vj. 14) Beteiligungen mit einem Grad größer gleich fünf.

Struktur nach Bereichen

Aufgrund der Konzernstrukturen besteht mehr als die Hälfte der Beteiligungen (133; Vj. 128) ab einem Anteil von 20 % in den Bereichen Verkehr, Ver- und Entsorgung, gefolgt von 48 (Vj. 47) Beteiligungen (20,3 %) im Bereich Wirtschaft und Stadtentwicklung sowie von 26 (Vj. 26) Beteiligungen (11,0 %) im Wohnungsbau. Für die Bereiche Gesundheit und Soziales mit 16 (Vj. 16) Beteiligungen sowie Kultur, Freizeit und Bildung mit 14 (Vj. 14) Beteiligungen ergeben sich Anteile von 6,8 % bzw. 5,9 %.

Wesentliche Portfolioveränderungen 2021

In der Tabelle am Ende dieses Abschnitts sind alle Zu- und Abgänge der Beteiligungen ab 20 % aufgeführt. Nachfolgend werden zunächst die dort ausgewiesenen wesentlichen Zugänge, im Weiteren dann die Abgänge erläutert; die Tabelle verweist darüber hinaus auf die Fundstellen im Beteiligungsbericht, an denen hierzu jeweils weitere Informationen zu finden sind.

Portfolioveränderungen – Zugänge:

Die Mainova AG hat in 2021 weiter in erneuerbare Energien investiert (Solarpark Boitzenburger Land). Die 25 %-Anteile an **SEBG Energiepark GmbH** wurden aber von der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG erworben.

Die WPE Hessische Windpark Entwicklungs GmbH hat zusammen mit zwei weiteren Partner die **WP – Fischborn GmbH & Co. KG** und **WP Fischborn Verwaltungs GmbH** gegründet. Der Anteil der WPE an diesen beiden Gesellschaften beträgt jeweils 33,3 %. Die Gesellschaft beabsichtigt einen Windpark in Birstein zu errichten.

Ende 2021 hat Mainova 49,9 % der Anteile an der **Lorenz Energie GmbH** erworben. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und Vertrieb von Umwelanlagen, Solaranlagen und ähnlichen Einrichtungen auf eigenen oder fremden Gebäuden und damit zusammenhängende Rechtsgeschäfte. In einem ersten Schritt hat Mainova jeweils sämtliche Anteile der **eserv GmbH & Co. KG** und **eserv Verwaltungsgesellschaft mbH** von der Gas-Union GmbH erworben. Der Gesellschaftszweck wurde geändert und die Gesellschaft in **Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH** und **Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG** umfirmiert sowie jeweils 49,9 % der Anteile an beiden Gesellschaften an die Stadtwerke Hanau GmbH veräußert. Neuer Gegenstand des Unternehmens ist die umfassende Erzeugung von und Versorgung mit Energie und Wärme sowie Erbringung energienaher Dienstleistungen. Es soll ein Gasmotoren Blockheizkraftwerk auf der Konversionsfläche in Hanau errichtet werden.

Per 17.11.2021 hat die Messe Frankfurt Exhibition GmbH 49 % der Anteile an der **fainamic GmbH**

erworben. Es handelt sich um ein Joint Venture mit der Messe Friedrichshafen GmbH, die die Veranstaltungscluster AERO/ Aviation und Eurobike/ Urban Mobility in das Unternehmen eingelegt hat. Die Stadt Frankfurt am Main und die KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH sind Gründungsmitglieder der am 12.11.2021 neu gegründeten **Genossenschaftlichen Immobilienagentur Frankfurt am Mai eG (GIMA Frankfurt eG)**. Die Genossenschaft dient der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für den Gebrauch von Grund und Boden zum Wohle der Allgemeinheit. Sie engagiert sich für eine selbstorganisierte, koproduzierte, gemeinwohlorientierte, emanzipatorische und demokratische Stadtentwicklung.

Die Fraport AG hat in 2021 die **Fraport Antalya Havalimanı İşletme ve Yatırım A.S.** gegründet. Die

Gesellschaft verfügt derzeit über keine operative Geschäftstätigkeit und wird als potentielle Investmentholding für die neue Antalya Betriebsgesellschaft aufrechterhalten.

Portfolioveränderungen – Abgänge:

Bei der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ist ferner im Unternehmensbereich Asien zum 01.01.2021 die Gesellschaft **Messe Frankfurt New Era Business Media Ltd., Hongkong/China** auf die Muttergesellschaft Messe Frankfurt (H.K.), Hongkong/China verschmolzen worden, um eine höhere Kosteneffizienz zu erreichen.

Zugänge Beteiligungen mit >= 20 % Anteilsbeteiligung in 2021	Beitrag in V. Nebenteil	Abgänge/Verschmelzungen
WP Fischborn Verwaltungs GmbH	6.44.2	Messe Frankfurt New Era Business Media Ltd.
WP Fischborn GmbH & Co. KG	6.44.1	eserv GmbH & Co. KG
fairnamic GmbH	2.1.1	eserv Verwaltungsgesellschaft mbH
Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	6.45	
Lorenz Energie GmbH	6.19	
Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG	1.9	
Fraport Antalya Havalimanı İşletme ve Yatırım A.S., Istanbul/Türkei	5.7	
Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	6.13	
Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	6.14	

Portfolioveränderungen: Ausblick

Die Stadt Frankfurt am Main hat gemäß Kauf- und Abtretungsvertrag, der am 05.08.2014 unter der aufschiebenden Bedingung der Zustimmung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung geschlossen wurde, sämtliche Geschäftsanteile an der **Frankfurter Hippodrom GmbH (FHG)** übernommen; die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ist am 16.10.2014 (§ 5166) erfolgt. Das Stammkapital der Gesellschaft betrug 2,00 Mio. €. Gegenstand des Unternehmens waren gemäß Gesellschaftsvertrag der Betrieb und die Entwicklung der als Galopprennbahn Frankfurt am Main bekannten Liegenschaft. Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat und keine Unternehmensbeteiligungen. Der Kauf- und Abtretungsvertrag über

Geschäftsanteile und die Vereinbarung über die Aufhebung eines Mietvertrags zwischen der Stadt Frankfurt am Main und dem früheren alleinigen Gesellschafter der FHG wurden vor dem Hintergrund der Neuordnung des Areals zur Sicherung der uneingeschränkten Verfügbarkeit über das Gelände geschlossen. Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigte nicht, die FHG operativ fortzuführen. Der Magistrat wurde beauftragt und ermächtigt, die Vorbereitungen für eine Auflösung der FHG, der gleichzeitig zugestimmt wurde, aufzunehmen und umzusetzen. Am 05.12.2016 hat der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main den formalen Beschluss zur Auflösung der nicht mehr operativ tätigen Gesellschaft mit Wirkung zum 31.12.2016 gefasst. Ab dem Auflösungszeitpunkt firmiert die Gesellschaft

mit dem Zusatz „i. L.“ (in Liquidation). Zum 01.01.2018 hat Herr Jochen Strack die Liquidationsgeschäftsführung übernommen. Die Gesellschaft wurde mittlerweile zur Löschung im Handelsregister angemeldet.

Mainova AG hat zu Beginn des Jahres 2022 die 50 % Anteile an der **Service4EVU** von ihrer 100 %-Tochtergesellschaft Mainova Service-Dienst Gesellschaft mbH (MSD) übernommen. Daneben hat die Mainova AG auch das Geschäft mit mobilen Energiezentralen ausgebaut und hat sich über eine Holding, an der sie knapp 94 % der Anteile hält, an der **mobiheat GmbH** beteiligt. In die Holding (**Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH**) werden auch die Anteile der Hotmobil, die bislang noch von der Mainova AG direkt gehalten werden, übertragen. Ferner hat sich Mainova AG mit 12,5 % als Kommanditistin an der **TAP Steuerungsgesellschaft GmbH & Co. KG** beteiligt. Die TAP erbringt

Serviceleistungen im Zusammenhang mit dem Aufbau und Betrieb von Plattformen für die Energiewirtschaft.

Aufgrund der Sanktionen gegen Russland hat sich die Messe Frankfurt Exhibition GmbH im Frühjahr 2022 über ein Management-Buy-Out von ihrer russischen Landesgesellschaft **O.O.O. Messe Frankfurt RUS** (sowie deren 50 %-Beteiligung an der russischen **ITEMF**, ein joint venture zwischen O.O.O. Messe Frankfurt RUS und HYVE Expo International LLC) getrennt.

Die FES hat in 2022 als eine neue Tochtergesellschaft die **FES Wohnen und Leben GmbH** gegründet. Geschäftszweck ist der Bau und Betrieb von Betriebswohnungen. Der Handelsregistereintrag erfolgte zum 01.06.2022.

4. Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe

Die nachfolgenden Darstellungen geben einen kurzen Einblick in die Ertrags- sowie die Vermögens- und Finanzlage der wesentlichen (bemessen an Anteil, Bilanz- und GuV-Werten) städtischen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe.

Von 25 direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben der Stadt Frankfurt am Main werden 20 (darunter fünf aktive Eigenbetriebe) sowie 16 weitere Gesellschaften mit ihren Kennzahlen in den folgenden Tabellen 1 bis 4 berücksichtigt. Der Eigenbetrieb Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst sowie die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, die Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH, die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH sowie die Frankfurter Hippodrom GmbH i. L. finden aufgrund des Wesentlichkeitsprinzips keine Berücksichtigung.

Neben den direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben werden die Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, die Wohnheim GmbH, Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) und die Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG (mit geringen direkten, aber hohen indirekten Anteilen) sowie zwölf wesentliche mittelbare Mehrheitsgesellschaften in die Betrachtungen mit aufgenommen.

Um die gesamte Breite des Betätigungsfelds der in städtischem Besitz stehenden Gesellschaften möglichst adäquat darstellen zu können, wurden bei der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (Wohnungsbau), der

Messe Frankfurt GmbH (Wirtschaft), der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (Entsorgung) und der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (Verkehr, Versorgung) zusätzlich zu den Einzelabschlüssen der Gesellschaften die jeweiligen Konzernabschlüsse abgebildet.

Für die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (Kultur) enthalten die Übersichten die Abschlussdaten des abweichenden Geschäftsjahres vom 01.09.2020 bis zum 31.08.2021 (Vorjahr 01.09.2019 bis zum 31.08.2020). Für die übrigen aufgeführten Beteiligungen gilt Geschäftsjahr gleich Kalenderjahr. Die Bilanzkennzahlen stellen Stichtagswerte zum 31.12. (bzw. 31.08. Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH) dar, während sich die Kennzahlen der GuV auf den Zeitraum eines Geschäftsjahres beziehen.

Die hier dargestellten Kennzahlen 2021 für die Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) beziehen sich auf die Entwurfsfassung des Jahresabschlusses 2021.

Eine Erläuterung zur Berechnung der Kennzahlen finden Sie am Ende des Beteiligungsberichts.

Erläuterungen zu Tabelle 1

(Gesamtleistung und Jahresergebnis)

Tabelle 1 sowie die Abbildungen 1.1. - 1.3 geben einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtleistung und der Jahresergebnisse der einzelnen Gesellschaften zusammengefasst nach Unternehmensbereichen. Die Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main erbringen ihre Leistungen auf vielen verschiedenen Gebieten. So resultiert die Leistung der Gesellschaften des Kulturbereichs unter anderem aus verkauften Eintrittskarten, die des Krankenhauses überwiegend aus Erstattungen der Krankenkassen, während die Wohnungsunternehmen ihre Gesamtleistung zu einem großen Teil aus Mieteinnahmen erzielen.

Die Zahlen der Unternehmen im Kultur- und Sozialbereich zeigen, dass die monetäre Bewertung der Leistungen oft in keiner angemessenen Relation zu den tatsächlich anfallenden Kosten steht. Dem gegenüber steht jedoch der tatsächliche gesellschaftliche Nutzen der betreffenden Betriebe für die Stadt Frankfurt am Main und die Region. Gleiches gilt für die im Wirtschaftssektor angesiedelten Unternehmen zur Förderung des Tourismus und zur Stärkung der Wirtschaftskraft sowie für den öffentlichen Nahverkehr.

Einige der in der Tabelle 1 aufgeführten Gesellschaften schließen das Geschäftsjahr scheinbar „erfolglos“ ab, was in einem Jahresergebnis von Null zum Ausdruck kommt. Diese Gesellschaften hätten im Jahr 2021 Jahresüberschüsse (AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, Frankfurter Aufbau AG, Mainova AG, SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH) oder Jahresfehlbeträge (Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Messe Frankfurt Venue GmbH, Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH (VGF), BäderBetriebe Frankfurt GmbH) erwirtschaftet, die im Rahmen von Ergebnisabführungsverträgen an die jeweilige Muttergesellschaft überwiesen oder von dieser durch Verlustübernahme ausgeglichen wurden. Bei der VGF, der Mainova AG, der AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH und der Bäder-

Betriebe Frankfurt GmbH handelt es sich um Gesellschaften, die unter dem Dach der Stadtwerke Holding einen steuerlichen Querverbund bilden.

Beim Vergleich der Jahresergebnisse der Kulturgesellschaften Alte Oper und Städtischen Bühnen (SBF) ist zu berücksichtigen, dass die SBF über eigenes und gestelltes Personal verfügt, während die Alte Oper über kein eigenes Ensemble verfügt. Der größte Verlustbringer der hier dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe ist der Eigenbetrieb Kita Frankfurt mit einem Jahresfehlbetrag von -136,56 Mio. € (Vj. -134,11 Mio. €). Der Eigenbetrieb ist damit auch der größte Zuschussempfänger der Stadt Frankfurt am Main. Zu den Aufgaben des Eigenbetriebs gehören die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab acht Wochen bis zehn bzw. zwölf Jahren in Kindertageseinrichtungen. Aufgrund des sehr personalintensiven Betriebs sind die Personalaufwendungen von 146,81 Mio. € (Vj. 144,16 Mio. €) der größte Kostenfaktor.

Aufgrund der Corona-Pandemie hat die Messe Frankfurt GmbH in 2021 – wie auch bereits im Vorjahr - mit dem zweithöchsten Jahresfehlbetrag (-120,56 Mio. €) im Vergleich mit den anderen in der Tabelle abgebildeten Beteiligungen abgeschlossen. In den Jahren vor Corona wurde jeweils ein Jahresüberschuss erwirtschaftet.

Die VGF schließt ihr Geschäftsjahr grundsätzlich mit einem Fehlbetrag ab. Im Jahr 2021 wurde ein Ergebnis vor Verlustübernahme (nicht in Tabelle 1 abgebildet) von -116,58 Mio. € (Vj. -92,48 Mio. €) erreicht. Dem folgt die SBF mit einem Jahresfehlbetrag von -75,07 Mio. € (Vj. -75,34 Mio. €).

Zu den größten Gewinnbringern zählen die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit einem Jahresüberschuss von 83,55 Mio. € (Vj. 82,83 Mio. €) und die Mainova AG mit einem Ergebnis vor Gewinnabführung (nicht in Tabelle 1 abgebildet) von 60,77 Mio. € (Vj. 87,81 Mio. €).

	Gesamtleistung (in T€)		Veränderung	Jahresergebnis (in T€)		Veränderung
	2021	2020	(in %)	2021	2020	(in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	13.447	12.269	9,61	-71	33	-311,46
Dom Römer	967	3.559	-72,83	-1.291	-840	53,72
Hafen und Markt (EB)	5.225	5.153	1,38	1.067	2.724	-60,84
HFM	22.760	21.920	3,83	4.880	4.080	19,62
Messe Frankfurt	42.864	45.935	-6,68	-120.563	-104.588	15,27
Messe Frankfurt Exhibition	20.719	129.415	-83,99	0	0	-
Messe Frankfurt Venue	49.708	77.818	-36,12	0	0	-
TCF	2.177	931	133,94	-4.511	-5.110	-11,73
WIFÖ	1.085	181	498,48	-6.381	-6.606	-3,40
Gesamt (nicht konsolidiert)	158.953	297.181	-46,51	-126.870	-110.308	15,01
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	26.408	30.378	-13,07	0	0	-
BäderBetriebe	4.780	5.731	-16,59	0	0	-
FES	238.793	223.024	7,07	16.158	14.121	14,42
ICB	25.934	29.519	-12,14	451	-739	-160,97
Mainova	2.860.185	2.314.508	23,58	0	0	-
Stadtentwässerung (EB)	133.654	124.889	7,02	6.680	5.629	18,67
SWFH	13.717	13.743	-0,19	-59.104	-30.633	92,94
traffiQ	511	509	0,49	-10.675	-10.919	-2,24
VGf	175.098	175.091	0,00	0	0	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	3.479.080	2.917.392	19,25	-46.490	-22.541	106,25
Wohnungsbau						
ABG	267.589	260.814	2,60	83.546	82.829	0,87
Bäderbau KG	0	0	-	-134	-140	-3,95
FAAG	99.296	96.934	2,44	0	0	-
Hellerhof	47.766	45.223	5,62	6.964	10.431	-33,23
MIBAU	14.008	13.583	3,13	3.220	3.200	0,62
SAALBAU	8.151	8.058	1,15	0	0	-
WOHNHEIM	115.381	111.952	3,06	8.784	10.068	-12,75
Gesamt (nicht konsolidiert)	552.191	536.564	2,91	102.380	106.388	-3,77
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	3.765	5.355	-29,69	-7.681	-8.676	-11,47
Kita (EB)	60.057	55.706	7,81	-136.556	-134.110	1,82
Mousonturm	4.256	1.512	181,55	-4.382	-4.175	4,97
SBF	1.504	9.154	-83,57	-75.070	-75.339	-0,36
Schirn Kunsthalle	1.253	2.315	-45,85	-4.821	-4.032	19,58
Sportpark Stadion	6.435	1.426	351,29	-4.942	-8.520	-41,99
VHS (EB)	6.074	6.131	-0,92	-12.928	-13.807	-6,37
Gesamt (nicht konsolidiert)	83.344	81.599	2,14	-246.380	-248.658	-0,92
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	8.868	8.806	0,71	-14.700	-14.871	-1,15
Klinikum FH	221.281	217.250	1,86	-4.490	-1.137	294,76
Medizinisches Versorgungszentrum	2.148	1.621	32,54	-235	-59	294,86
ZEG	866	648	33,72	10	3	220,94
Gesamt (nicht konsolidiert)	233.164	228.325	2,12	-19.414	-16.065	20,85
Summe dargestellter Beteiligungen	4.506.733	4.061.062	10,97	-336.774	-291.183	15,66

Tabelle 1: Gesamtleistung/Jahresergebnis

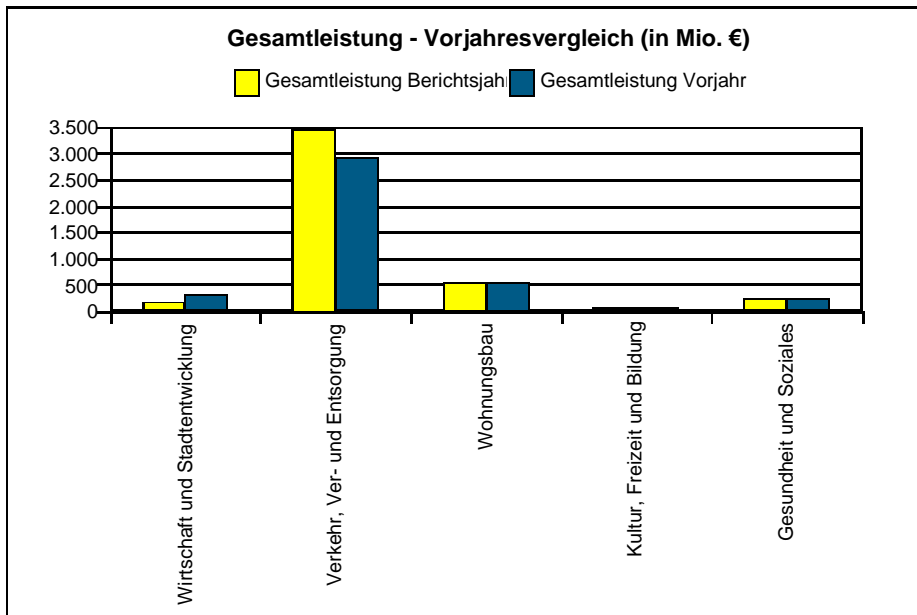


Abb. 1.1

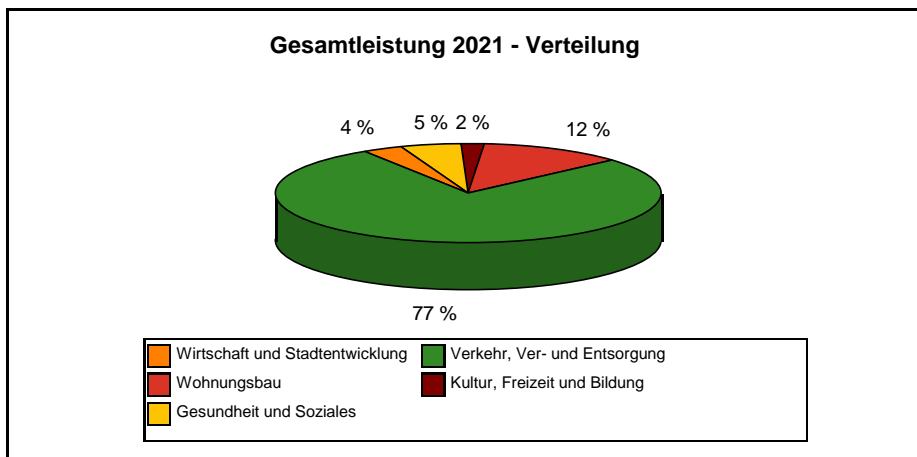


Abb. 1.2

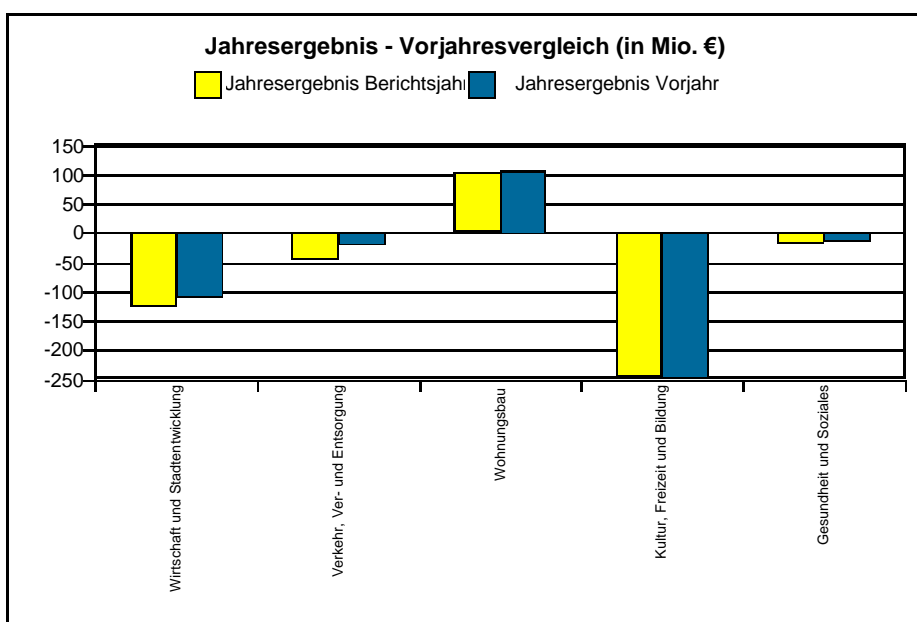


Abb. 1.3

Erläuterungen zu den Tabellen 2 und 3

(Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital,
Zahl der Mitarbeitenden)

Die Tabellen 2 und 3 sowie die Abbildungen 2.1. - 2.3 und 3 fassen Daten zu Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital und Mitarbeitenden der Beteiligungen zusammen, teilweise ergänzt durch die Bildung von Kennzahlen: Eigenkapitalquote, Anlagenintensität und Produktivität. Zur Bewertung der Eigenkapitalquote der Gesellschaften wird häufig auf einen in anderen Wirtschaftsbereichen als ausreichend angesehenen Wert (z. B. mehr als 30,0 % der Bilanzsumme) verwiesen. Dabei ist jedoch einerseits zu beachten, dass diese Vergleichswerte sehr von der jeweiligen Branche geprägt sind und dass andererseits viele Unternehmen der öffentlichen Hand aufgrund ihres Gesellschaftszweckes durch Zuschüsse finanziert werden und sich somit nicht über den Kapitalmarkt refinanzieren müssen. Die größte Eigenkapitalquote mit über 86,2 % besitzen die Hafен- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb). Die Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum- Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG (BKRZ KG) folgt mit einer Eigenkapitalquote von 75,8 %. Die MIBAU GmbH hat ebenfalls eine hohe Eigenkapitalquote von 70,6 %.

Wie im Vorjahr weist die Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH in der Bilanz einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ aus. Hierdurch wird kein negatives Eigenkapital auf der Passivseite ausgewiesen, sondern das Eigenkapital beträgt Null. Mittelfristig ist hier ein Ausgleich beim Eigenkapital anteilig über die Zuschussentwicklung und Reduzierungen beim Fehlbetrag angestrebt. Die Dom Römer GmbH weist ebenfalls ein Eigenkapital von Null und einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 12,16 Mio. € aus. Zum Ausgleich sind zukünftig weitere Einzahlungen in die Kapitalrücklage beabsichtigt. Die Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG hat ebenfalls ein Eigenkapital von Null und einen nicht

durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteil der Kommanditisten von 445 T€. Den größten Wert beim Eigenkapital weist die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) mit 1,06 Mrd. € (Vj. 988,89 Mio. €) aus. Die ABG, die Mainova AG und die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) weisen ein Anlagevermögen von über 1 Mrd. € aus. Die ABG hat eine Bilanzsumme von über 2 Mrd. € und die Mainova AG von fast 2 Mrd. € und die SWFH von über 1 Mrd. €. Die größte Anlagenintensität (Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme) mit über 90 % errechnet sich bei folgenden Unternehmen: Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum- Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG, Messe Frankfurt Venue GmbH, Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb), Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH sowie Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH (ZEG).

Im Berichtsjahr 2021 liegt die durchschnittliche Anzahl von Mitarbeitenden bei den hier dargestellten Gesellschaften und Eigenbetrieben in Summe bei 16.814 (Vj. 16.728). Jeweils über 2.000 Mitarbeitenden sind bei der Mainova AG, der Kita Frankfurt (Eigenbetrieb), der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) sowie dem Klinikum Frankfurt Höchst GmbH (gestellte und GmbH-eigene Mitarbeitende) beschäftigt. Mit durchschnittlich jeweils über 1.000 (aber unter 2.000) Mitarbeitenden folgen die FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (SBF) (gestellte und GmbH-eigene Mitarbeitende). Abbildung 3 zeigt, wie sich die Mitarbeitenden auf die betrachteten Unternehmenssektoren verteilen.

	Anlagevermögen (in T€)		Veränderung	Eigenkapital (in T€)		Veränderung
	2021	2020	(in %)	2021	2020	(in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	134.833	136.364	-1,12	103.489	103.640	-0,15
Dom Römer	12.253	12.712	-3,61	0	0	-
Hafen und Markt (EB)	30.975	31.506	-1,68	37.099	36.759	0,93
HFM	2.294	2.208	3,88	8.105	7.305	10,96
Messe Frankfurt	621.860	645.827	-3,71	285.143	405.706	-29,72
Messe Frankfurt Exhibition	133.430	91.887	45,21	46.637	46.637	0,00
Messe Frankfurt Venue	782.918	751.845	4,13	402.862	402.862	0,00
TCF	364	437	-16,63	1.376	1.815	-24,15
WIFÖ	181	167	7,91	2.444	2.726	-10,32
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.719.106	1.672.954	2,76	887.157	1.007.450	-11,94
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	8.372	12.924	-35,22	403	403	0,00
BäderBetriebe	51.200	53.123	-3,62	37.710	37.710	0,00
FES	66.037	68.142	-3,09	45.528	37.491	21,44
ICB	33.415	35.027	-4,60	5.155	4.704	9,58
Mainova	1.338.353	1.257.093	6,46	356.679	356.679	0,00
Stadtentwässerung (EB)	690.970	680.466	1,54	174.072	169.504	2,70
SWFH	1.020.944	911.713	11,98	363.158	350.990	3,47
traffiQ	751	678	10,79	951	787	20,85
VGf	892.305	848.488	5,16	35.840	35.840	0,00
Gesamt (nicht konsolidiert)	4.102.348	3.867.655	6,07	1.019.495	994.108	2,55
Wohnungsbau						
ABG	1.850.670	1.775.809	4,22	1.064.120	988.890	7,61
Bäderbau KG	12.465	5.015	148,55	0	0	-
FAAG	462.684	446.684	3,58	105.545	105.545	0,00
Hellerhof	133.242	137.928	-3,40	78.793	91.828	-14,20
MIBAU	16.751	17.236	-2,81	24.053	23.833	0,92
SAALBAU	6	7	-24,36	25	25	0,00
WOHNHEIM	376.438	387.141	-2,76	135.218	126.434	6,95
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.852.256	2.769.820	2,98	1.407.755	1.336.557	5,33
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	2.235	2.578	-13,30	717	2.897	-75,26
Kita (EB)	156.605	155.122	0,96	57.429	51.985	10,47
Mousonturm	284	291	-2,51	0	0	-
SBF	20.601	22.505	-8,46	24.523	22.224	10,35
Schirn Kunsthalle	167	143	16,75	2.044	662	208,64
Sportpark Stadion	115.490	118.792	-2,78	64.163	62.881	2,04
VHS (EB)	680	709	-4,13	2.576	2.737	-5,87
Gesamt (nicht konsolidiert)	296.063	300.141	-1,36	151.453	143.387	5,63
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	1.928	2.049	-5,91	2.430	1.881	29,22
Klinikum FH	18.815	15.937	18,06	21.445	25.934	-17,31
Medizinisches Versorgungszentrum	1.083	1.295	-16,43	83	318	-73,85
ZEG	264.143	251.315	5,10	59	49	19,85
Gesamt (nicht konsolidiert)	285.968	270.597	5,68	24.017	28.182	-14,78
Summe dargestellter Beteiligungen	9.255.741	8.881.168	4,22	3.489.877	3.509.684	-0,56

Tabelle 2: Anlagevermögen / Eigenkapital

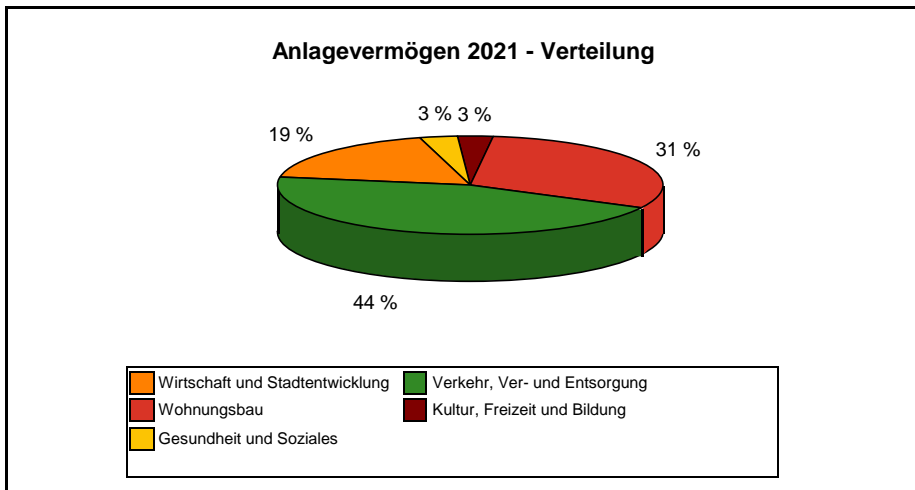


Abb. 2.1

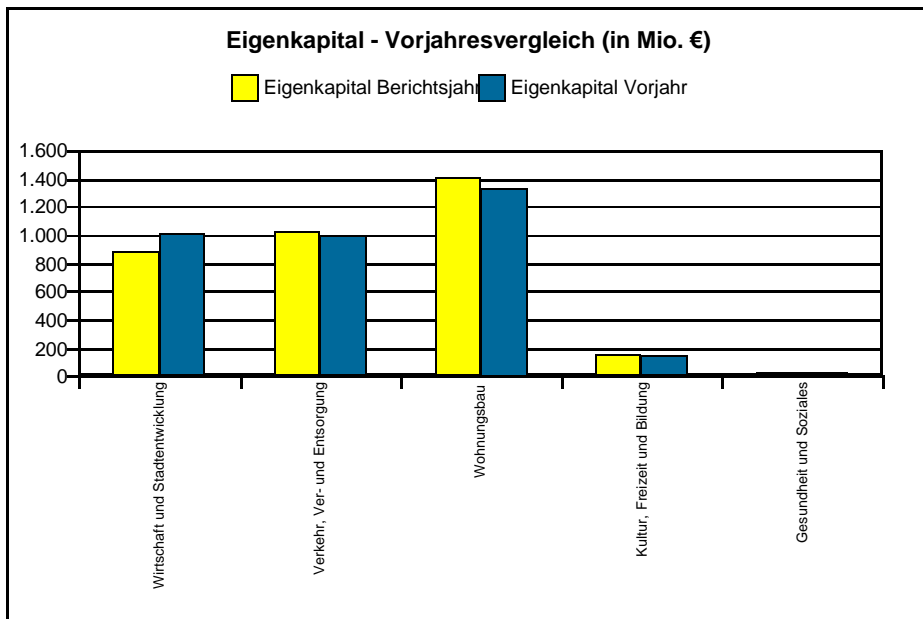


Abb. 2.2

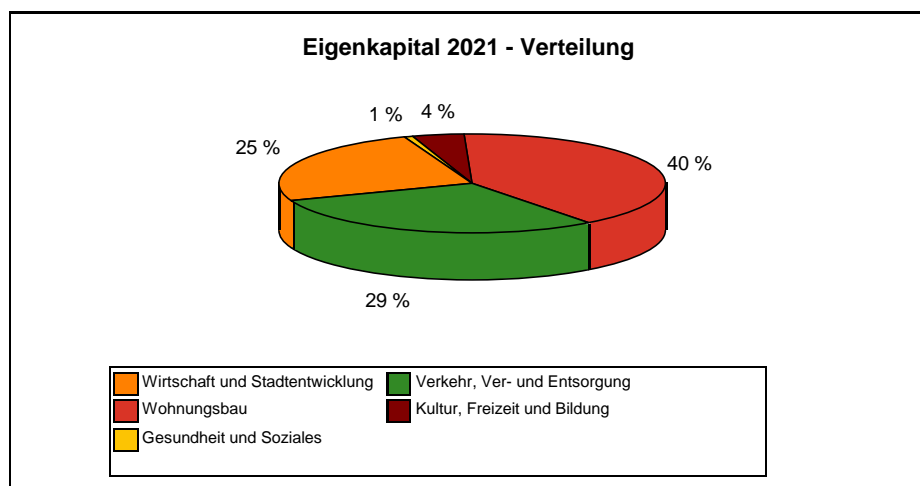


Abb. 2.3

	Bilanzsumme 2021 (in T€)	Eigenkapital- quote (in %)	Anlagen- intensität (in %)	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt 2021	Produktivität (in T€)
Wirtschaft und Stadtentwicklung					
BKRZ KG	136.514	75,81	98,77	18	747
Dom Römer	31.910	0,00	38,40	8	121
Hafen und Markt (EB)	43.034	86,21	71,98	36	145
HFM	13.526	59,92	16,96	51	446
Messe Frankfurt	780.673	36,53	79,66	268	160
Messe Frankfurt Exhibition	158.095	29,50	84,40	321	65
Messe Frankfurt Venue	796.273	50,59	98,32	221	225
TCF	3.881	35,47	9,39	66	33
WIFÖ	4.238	57,67	4,26	50	22
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.968.144	45,08	87,35	1.039	153
Verkehr, Ver- und Entsorgung					
AVA	16.707	2,41	50,11	0	-
BäderBetriebe	91.171	41,36	56,16	315	15
FES	119.891	37,97	55,08	1.324	180
ICB	43.894	11,74	76,13	574	45
Mainova	1.967.515	18,13	68,02	2.773	1.031
Stadtentwässerung (EB)	722.607	24,09	95,62	464	288
SWFH	1.349.396	26,91	75,66	84	163
traffiQ	29.939	3,18	2,51	99	5
VGf	1.018.444	3,52	87,61	2.619	67
Gesamt (nicht konsolidiert)	5.359.565	19,02	76,54	8.252	422
Wohnungsbau					
ABG	2.150.926	49,47	86,04	344	778
Bäderbau KG	15.307	0,00	81,43	0	-
FAAG	524.897	20,11	88,15	97	1.024
Hellerhof	180.839	43,57	73,68	0	-
MIBAU	34.048	70,65	49,20	0	-
SAALBAU	1.687	1,48	0,33	98	83
WOHNHEIM	453.342	29,83	83,04	63	1.831
Gesamt (nicht konsolidiert)	3.361.047	41,88	84,86	602	917
Kultur, Freizeit und Bildung					
Alte Oper	7.672	9,34	29,13	38	99
Kita (EB)	187.367	30,65	83,58	2.686	22
Mousonturm	1.359	0,00	20,90	38	112
SBF	71.816	34,15	28,69	1.137	1
Schirn Kunsthalle	4.309	47,44	3,88	40	31
Sportpark Stadion	118.924	53,95	97,11	9	715
VHS (EB)	16.663	15,46	4,08	145	42
Gesamt (nicht konsolidiert)	408.110	37,11	72,54	4.093	20
Gesundheit und Soziales					
KKJF (EB)	14.164	17,16	13,61	307	29
Klinikum FH	118.351	18,12	15,90	2.485	89
Medizinisches Versorgungszentrum	1.641	5,07	65,98	33	65
ZEG	266.764	0,02	99,02	3	289
Gesamt (nicht konsolidiert)	400.920	5,99	71,33	2.828	82
Summe dargestellter Beteiligungen	11.497.786	30,35	80,50	16.814	268

Tabelle 3: Bilanzsumme / EK-Quote / Anlagenintensität / Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt / Produktivität

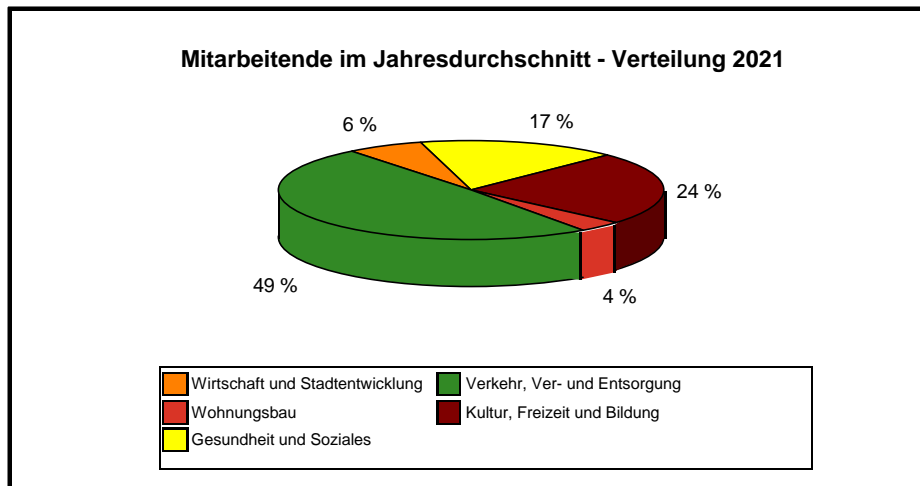


Abb.3

Erläuterungen zu Tabelle 4

(Verbindlichkeiten)

Tabelle 4 gibt Auskunft über den Schuldenstand der einzelnen Gesellschaften und den Anteil der Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten. Die Abbildungen 4.1 und 4.2 stellen die Bankverbindlichkeiten dar. Beim Vergleich der Werte wird grundsätzlich deutlich, dass Unternehmen mit Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main zur Finanzierung hoher Anlageintensitäten

ebenso auf Fremdkapital zurückgreifen wie Unternehmen ohne öffentliche Beteiligung. Sofern Tochtergesellschaften in ein Cash-Pooling mit ihrer Muttergesellschaft eingebunden sind, können auch Finanzierungen über Kreditaufnahmen durch die Muttergesellschaft stattfinden.

Zusätzlich wird für jeden Unternehmensbereich die Summe aller Verbindlichkeiten (nicht konsolidiert) ausgewiesen.

	Verbindlichkeiten gesamt (in T€)			Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€)		
	2021	2020	Veränderung (in %)	2021	2020	Veränderung (in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	27.614	29.227	-5,52	25.614	26.996	-5,12
Dom Römer	28.759	62.904	-54,28	-	-	-
Hafen und Markt (EB)	148	4.848	-96,94	0	3.500	-100,00
HFM	769	898	-14,39	-	-	-
Messe Frankfurt	480.888	380.590	26,35	323.948	346.947	-6,63
Messe Frankfurt Exhibition	94.119	42.624	120,81	-	-	-
Messe Frankfurt Venue	344.162	304.667	12,96	-	-	-
TCF	1.698	678	150,40	-	-	-
WIFÖ	375	349	7,51	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	978.532	826.786	18,35	349.563	377.443	-7,39
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	16.224	21.351	-24,02	3.019	5.032	-40,00
BäderBetriebe	44.579	43.599	2,25	-	-	-
FES	28.113	21.898	28,38	0	0	-
ICB	34.960	38.407	-8,98	28.322	26.216	8,03
Mainova	886.223	655.728	35,15	8.751	18.430	-52,52
Stadtentwässerung (EB)	364.212	352.286	3,39	278.489	292.342	-4,74
SWFH	959.637	739.556	29,76	786.970	545.404	44,29
traffiQ	27.393	25.463	7,58	-	-	-
VGf	867.529	757.046	14,59	361.419	381.407	-5,24
Gesamt (nicht konsolidiert)	3.228.871	2.655.334	21,60	1.466.969	1.268.830	15,62
Wohnungsbau						
ABG	1.018.420	1.040.354	-2,11	443.685	444.784	-0,25
Bäderbau KG	15.292	6.293	143,00	-	-	-
FAAG	348.736	335.791	3,86	254.193	262.416	-3,13
Hellerhof	94.525	94.996	-0,50	36.693	37.899	-3,18
MIBAU	8.239	8.255	-0,19	2.150	2.333	-7,87
SAALBAU	1.469	638	130,11	-	-	-
WOHNHEIM	304.517	310.251	-1,85	163.019	173.642	-6,12
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.791.198	1.796.578	-0,30	899.740	921.075	-2,32
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	2.704	1.451	86,39	-	-	-
Kita (EB)	12.719	12.881	-1,26	841	1.207	-30,29
Mousonturm	1.167	1.190	-1,93	-	-	-
SBF	20.483	22.078	-7,22	-	-	-
Schirn Kunsthalle	1.300	1.704	-23,67	-	-	-
Sportpark Stadion	40.732	44.081	-7,60	31.264	33.892	-7,75
VHS (EB)	2.032	1.624	25,10	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	81.137	85.009	-4,56	32.105	35.099	-8,53
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	934	977	-4,42	566	692	-18,18
Klinikum FH	47.332	30.723	54,06	-	-	-
Medizinisches Versorgungszentrum	1.433	1.390	3,13	-	-	-
ZEG	1.880	3.505	-46,35	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	51.580	36.595	40,95	566	692	-18,18
Summe dargestellter Beteiligungen	6.131.318	5.400.302	13,54	2.748.944	2.603.139	5,60

Tabelle 4: Verbindlichkeiten gesamt/Verbindlichkeiten Kreditinstitute

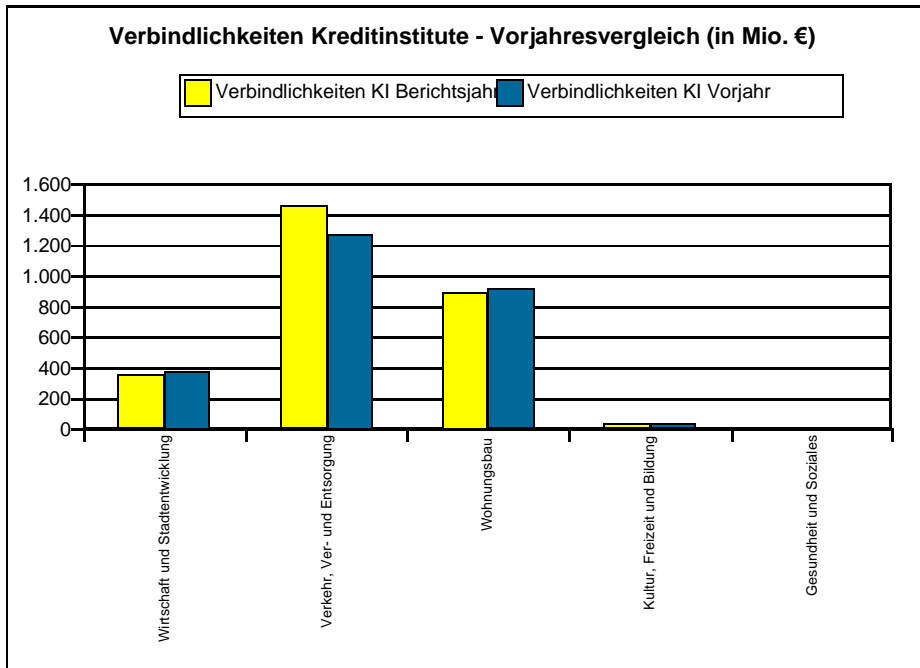


Abb. 4.1

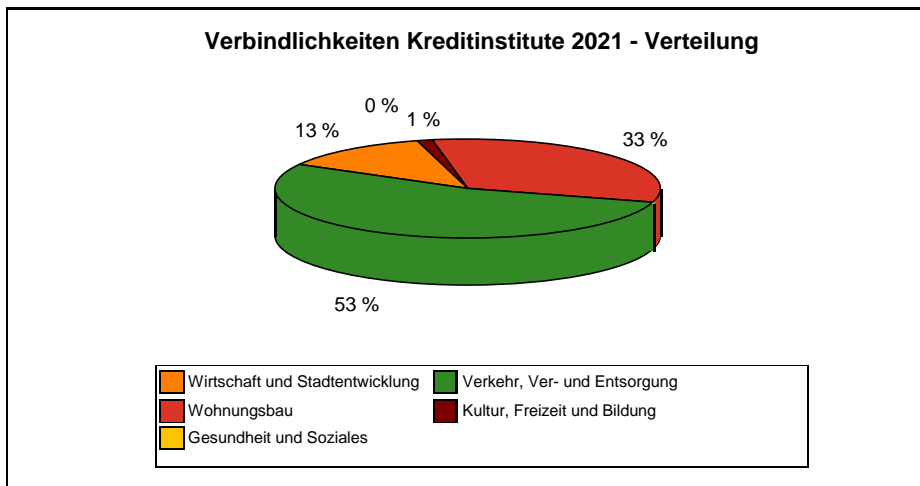


Abb. 4.2

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 8
(Ergebnisse der Konzerne)

Die Tabellen 5 bis 8 zeigen die o. g. Kennzahlen auf der Ebene der vier Konzerne. Bei den Werten der einzelnen Konzerne handelt es sich um konsolidierte Angaben der Muttergesellschaft und ihrer verbundenen Unternehmen. Die jeweiligen internen Finanzbeziehungen sind darin entsprechend der Einheitstheorie eliminiert. Im Unterschied dazu stellen die ebenfalls ausgewiesenen Summen in den Tabellen keine Konsolidierung zwischen den Konzernen dar.

Den Kern des städtischen Beteiligungsportfolios bilden die vier Konzerne ABG (Wohnungsbau), FES (Entsorgung), Messe Frankfurt (Wirtschaft) und SWFH (Verkehr), auf die ca. 80 % des Vermögens und ca. 90 % der gesamten Leistung (bezogen auf die in den Tabellen 1 - 4 aufgeführten Gesellschaften und Eigenbetriebe) entfallen.

Konzerne	Gesamtleistung (in T€)		Veränderung (in %)	Jahresergebnis (in T€)		Veränderung (in %)
	2021	2020		2021	2020	
ABG	533.508	518.367	2,92	76.444	73.682	3,75
FES	261.641	249.543	4,85	17.676	14.713	20,13
Messe Frankfurt	153.927	256.054	-39,88	-141.056	-128.699	9,60
SWFH	3.088.098	2.563.980	20,44	-7.959	-186.951	-95,74
Summe dargestellter Beteiligungen	4.037.175	3.587.945	12,52	-54.896	-227.255	-75,84

Tabelle 5: Gesamtleistung/Jahresergebnis (bei ABG, Messe und SWFH nach Anteilen anderer Gesellschafter)

Konzerne	Anlagevermögen (in T€)		Veränderung (in %)	Eigenkapital (in T€)		Veränderung (in %)
	2021	2020		2021	2020	
ABG	2.703.528	2.641.150	2,36	1.256.930	1.188.782	5,73
FES	80.091	83.128	-3,65	66.778	57.223	16,70
Messe Frankfurt	856.759	788.007	8,72	317.380	457.208	-30,58
SWFH	3.617.059	3.485.801	3,77	1.105.011	1.048.617	5,38
Summe dargestellter Beteiligungen	7.257.437	6.998.086	3,71	2.746.099	2.751.831	-0,21

Tabelle 6: Anlagevermögen/Eigenkapital

Konzerne	Verbindlichkeiten gesamt (in T€)		Veränderung (in %)	Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€)		Veränderung (in %)
	2021	2020		2021	2020	
ABG	1.666.899	1.686.164	-1,14	942.582	965.435	-2,37
FES	22.621	18.242	24,00	3.656	4.469	-18,18
Messe Frankfurt	605.630	443.937	36,42	326.637	346.947	-5,85
SWFH	2.436.712	2.155.115	13,07	1.532.778	1.336.603	14,68
Summe dargestellter Beteiligungen	4.731.863	4.303.459	9,95	2.805.653	2.653.455	5,74

Tabelle 7: Verbindlichkeiten gesamt/Verbindlichkeiten Kreditinstitute

Konzerne	Bilanzsumme 2021 (in T€)	Eigenkapital- quote (in %)	Anlagen- intensität (in %)	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt (2021)	Produktivität (in T€)
ABG	3.072.536	40,91	87,99	780	684
FES	140.101	47,66	57,17	1.773	148
Messe Frankfurt	1.054.358	30,10	81,26	2.224	69
SWFH	4.505.731	24,52	80,28	6.500	475
Summe dargestellter Beteiligungen	8.772.726	31,30	82,73	11.277	358

Tabelle 8: Bilanzsumme/EK-Quote/Anlagenintensität/Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt/Produktivität

5. Verzinsung des eingesetzten Kapitals

Zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit wird der Zinsfuß angesetzt, der sich aus dem Mittelwert der Kämmererschuldzinsen (Investitionskredite Hoheitsbereich) der letzten zehn Jahre ergibt. Dieser beträgt 2,250 % p.a. für die Jahre 2012 - 2021. Im Vorjahr betrug der Zinssatz für die letzten zehn Jahre 2,493 % p.a.

Die Aufstellung beruht auf der Methode der Opportunitätsanlagebetrachtung, bei der die Eigenkapitalbindung in dem entsprechenden Unternehmen mit einer Anlage am Kapitalmarkt verglichen wird.

Dabei ist zu beachten, dass rein erwerbswirtschaftliche Betätigungen, die ausschließlich darauf gerichtet sind, die finanzielle Situation der Gemeinde zu verbessern, nach einhelliger Meinung in Literatur und Rechtsprechung grundsätzlich nicht zulässig sind. Das Unternehmen muss unmittelbar durch seine Leistung, nicht nur durch seine Gewinne und Erträge, dem Wohl der Gemeindegänger:innen dienen. Maßgeblich ist deshalb, dass ein wirtschaftliches Unternehmen so zu führen ist, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird und ein Ertrag nur dann ausgeschüttet werden soll, wenn dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht gefährdet wird. Ausnahmsweise darf aber auch eine gewinnorientierte Tätigkeit bei einer rechtlich legitimierten Sachaufgabe wahrgenommen werden, insbesondere um sonst brachliegendes Wirtschaftspotenzial auszu-

nutzen. Eine gewinnorientierte Betrachtung ist für eine Vielzahl der Unternehmen im städtischen Portfolio nicht angezeigt. Es handelt sich oftmals um Unternehmen – hierzu zählen auch die defizitären Eigenbetriebe –, die als reine Zuschussgesellschaften geführt werden. Ihr Geschäftszweck ist nicht auf wirtschaftlichen Erfolg ausgelegt, die Eigenkapitalausstattungen sind in der Regel stark beschränkt bzw. negativ. Nicht betrachtet werden auch gemeinnützige Gesellschaften.

Die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH entzieht sich ebenfalls der Betrachtung, da sie lediglich einen gesellschaftsrechtlichen Rahmen zur Realisierung des steuerlichen Querverbands zwischen Verkehr, Bäderbetrieben und Energieversorgung darstellt. Insofern werden nur die Gesellschaften bzw. Eigenbetriebe der geforderten Betrachtung unterworfen, die neben der Erfüllung des öffentlichen Zwecks eine Gewinnerzielungsabsicht vorweisen. Unabhängig von der Möglichkeit oder Zulässigkeit einer Gewinnerzielung sind alle Gesellschaften beauftragt, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wirtschaftlich einzusetzen. Projektentwicklungsgesellschaften werden ebenfalls nicht in die Betrachtung einbezogen.

Eigenkapitalverzinsung 2021	durchschnittliches		
	Eigenkapital (in T€)	Jahresüberschuss* (in T€)	Eigenkapitalrendite (in %)
ABG (Konzern)*	1.222.856	76.573	6,3%
BKRZ GmbH	26	2	7,7%
FES (Konzern)*	62.001	17.676	28,5%
Frankfurt Ticket	364	71	19,5%
Frischezentrum	9.415	1.069	11,4%
Hafen- und Markt (EB)	36.929	1.067	2,9%
HFM	7.705	4.880	63,3%
Nassauische Heimstätte (Konzern)*	1.147.142	57.070	5,0%
Stadtentwässerung (EB)	171.788	6.680	3,9%

* Bei den Konzernen ABG, FES und Nassauische Heimstätte wird der Konzern-Jahresüberschuss inkl. der Anteile anderer Gesellschafter dargestellt.

6. Bericht Frauenförderung 2019 bis 2021

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main berichtet im 3-Jahres-Rhythmus über den Fortgang der Gleichstellung von Frauen und Männern bei städtischen Mehrheitsgesellschaften als auch über den Sachstand der Entwicklung des Frauenanteils auf Führungsebenen bei städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben. Die Berichterstattung basiert auf entsprechenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung aus den Jahren 2002, 2011 und 2013. Die letzte Berichterstattung umfasst die Jahre 2019 bis 2021. Die Abfrage erfolgt für die Mehrheitsgesellschaften erstmalig über die AMI-Datenbank, hier wurden entsprechende Datenfelder hinterlegt, die durch die Gesellschaften ausgefüllt werden.

Gleichstellung von Frauen und Männern bei Mehrheitsgesellschaften (ohne Eigenbetriebe)

Der Frauenanteil bei den Mitarbeitenden der Mehrheitsgesellschaften reduziert sich von 37,2 % im Jahr 2019 auf rund 36 % zum Jahresende 2021. Betrachtet man die einzelnen Bereiche, liegt der Frauenanteil nach wie vor lediglich im Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung mit sinkender Tendenz bei rund 13 % unter den angestrebten 30 %, was auf die klassischen Männerberufe (z. B. Berufskraftfahrer, Müllabfuhr, Straßenreinigung) zurückzuführen ist. Mit einem unveränderten Frauenanteil von rund 76 % liegt der Bereich Gesundheit überdurchschnittlich hoch, hier spiegeln sich die klassischen Frauenberufe im Bereich Krankenpflege wider. Während im Bereich Wirtschaft eine steigende Tendenz von rund 60 % (2019: 58,5 %) erkennbar ist, stagniert der Bereich Kultur und Freizeit bei rd. 46 % und der Bereich Wohnungsbau ist mit rd. 37 % in 2019 auf rd. 35 % rückläufig.

Bei den Einstellungen lag der Frauenanteil 2019 noch bei 45,7 % und entwickelt sich zum Jahresende 2021 mit 38,5 % rückläufig.

Hier sind mit Ausnahme des Bereiches Wirtschaft und Stadtentwicklung (2019: 57,7 %; 2021: 65,6 %) alle Bereiche rückläufig. Auch hier liegt der Bereich Verkehr, Ver- u. Entsorgung mit 11,5 % in 2021

(2019: 16,5 %) besonders zurück, während der Bereich Gesundheit trotz rückläufiger Tendenz mit 72,3 % in 2021 (2019: 74,6 %) besonders hoch liegt.

Entwicklung des Frauenanteils auf Führungsebenen bei städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben

Der Frauenanteil auf Führungsebenen liegt insgesamt bei über 30 %, und steigt im Jahresvergleich von 38,0 % in den Jahren 2019 und 2020 auf 38,4 % zum Jahresende 2021.

Auch hier zeigt sich der Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung mit dem niedrigsten Frauenanteil von rd. 24 %, während der Bereich Bildung und Freizeit einen Frauenanteil von über 70 % aufweist. Der Bereich Gesundheit und Soziales hat im 3-Jahresvergleich die größte Steigerung des Frauenanteils auf Führungsebenen zu verzeichnen, hier lag der Anteil 2019 bei 42,0 % und zum Jahresende 2021 bei 50,4 %, das ist eine Steigerung um 8,4 %-Punkte.

Bei Betrachtung der einzelnen Führungspositionen liegt der weibliche Anteil bei der Geschäftsführung zum Jahresende 2021 im Durchschnitt bei 21,7 % (2019: 20,5 %, 2020: 19,8 %). Die 30 %-Marke wird hier nur von den Bereichen Kultur sowie Bildung und Freizeit erreicht bzw. überschritten. Eine steigende Tendenz ist in allen Bereichen festzustellen, der geringste Wert zum Jahresende 2021 mit 7,7 % findet sich im Bereich Wohnungsbau, hier ist auch eine leicht steigende Tendenz im 3-Jahresvergleich zu erkennen.

Der Frauenanteil auf der ersten Führungsebene erhöht sich insgesamt von 35,6 % in 2019 auf 36,2 % in 2020 sowie in 2021 auf 36,9 % und überschreitet die 30 % mit steigender Tendenz. Lediglich der Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung liegt mit 27,0 % unter der 30 %-Marke, aber auch hier ist im Jahresvergleich bereits eine Steigerung von 25,7 % im Jahr 2019 auf die vorgenannten 27,0 % zum Jahresende 2021 festzustellen. Der größte Frauenanteil findet sich im Bereich Kultur mit 52,6 %, dicht gefolgt vom Bereich Bildung mit 51,0 %.

Der Frauenanteil auf der zweiten Führungsebene liegt mit minimalen Schwankungen bei rd. 41 % (2019: 41,5 %; 2020: 41,0 %) und variiert zwischen 24,0 % im Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung bis hin zu 87,8 % im Bereich Bildung und Freizeit.

1.1 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH

Anschrift: Feuerwehrstraße 1 60435 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-72 80 05 0 69/2 12-72 80 0	E-Mail/Internet: --- ---
Gründung: 21.12.1999	Unternehmensgegenstand: Beteiligung an der Firma "Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungszentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG" in Frankfurt am Main als persönlich haftende Gesellschafterin. Ferner der Bau von Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main durch Drittfirmen sowie die Vermietung solcher Gebäude an die Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Jackel Herr Prof. Reinhard Ries		

A. Ausblick 2022

Auch im Jahr 2022 wird die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (BKRZ GmbH) die Aufgabe der Geschäftsführung für die Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG (BKRZ KG) wahrnehmen. Für das Jahr 2022 wird wieder von einem ausgeglichenen Ergebnis in etwa auf dem Niveau des Vorjahres ausgegangen. Besondere Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung bestehen derzeit nicht. Da das Geschäftsfeld der BKRZ-Gesellschaften zur kritischen Infrastruktur zählt, sind wesentliche Abweichungen von den Planungsannahmen und eine Gefährdung der Liquidität durch die Corona-Pandemie aktuell nicht erkennbar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die BKRZ GmbH hat im Geschäftsjahr 2021 ihre Aufgabe der Geschäftsführung der BKRZ KG wahrgenommen. Für die Aufgabe der Geschäftsführung wird ein seit 2018 hauptamtlicher Geschäftsführer beschäftigt. Darüber hinaus hat die Gesellschaft seit 01.07.2020 mit Herrn Thomas Jackel einen zweiten, nebenamtlichen Geschäftsführer. Ansonsten beschäftigt die Gesellschaft kein Personal.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme zeigt sich im Geschäftsjahr 2021 gegenüber dem Vorjahr fast unverändert und beträgt 37 T€ (Vj. 37 T€). Die Vermögenslage wird auf der Aktivseite ausschließlich durch liquide Mittel bestimmt. Die Passivseite enthält neben dem Eigenkapital (25 T€) und den Rückstellungen (8 T€) für die Jahresabschluss- und Prüfkosten nur kurzfristige Verbindlichkeiten (3 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 67 % (Vj. 67 %).

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 2 T€ (Vj. 380 €) ab. Die Erträge setzen sich aus der Haftungsvergütung von 8 T€ und der Tätigkeitsvergütung von knapp 33 T€ zusammen, die beide von der BKRZ KG gezahlt werden. Der Personalaufwand betrifft ausschließlich die Geschäftsführerbezüge. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen die Aufwendungen für die extern durchgeführte Buchführung und die Erstellung des Jahresabschlusses 2021.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Ries betragen im Geschäftsjahr 24 T€, die von Herrn Geschäftsführer Jackel 5 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststel-

lungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch für das Planjahr 2021 fand am 03.11.2020 und das Wirtschaftsplangespräch für das Planjahr 2022 fand am 04.11.2021 statt. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 30.05.2022 aufgrund von Pandemie-Einschränkungen als Videokonferenz durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücks-
verwaltungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	37	37	1	1,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0	23,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	37	37	1	1,8
Bilanzsumme	37	37	1	1,8
PASSIVA				
Eigenkapital	27	25	2	8,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-0	-1	0	-45,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	2	0	2	429,7
Rückstellungen	8	7	0	5,4
Verbindlichkeiten	3	5	-2	-35,3
Bilanzsumme	37	37	1	1,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	41	38	3	8,7
Gesamtleistung	41	38	3	8,7
sonstige betriebliche Erträge	3	1	2	292,1
Personalaufwand	-33	-30	-3	10,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8	-8	-0	1,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2	0	2	505,6
Finanzergebnis	-0	0	-0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2	0	2	429,7
Ergebnis nach Steuern	2	0	2	429,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	2	0	2	429,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2	0	2	429,7
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.2 Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG

Anschrift: Feuerwehrstraße 1 60435 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-72 80 05 0 69/2 12-72 80 09	E-Mail/Internet: --- ---
Gründung: 21.12.1999	Unternehmensgegenstand: Bau von Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main sowie deren Vermietung an die Stadt.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum- Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 % 0 € = 0,00 % 50.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Jackel Herr Prof. Reinhard Ries		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	5 Mitglieder Frau StRin Annette Rinn Herr Stv Jan Klingelhöfer Frau Stv Dana Kube Frau Stv Anna Pause Frau StRin Annette Rinn Herr Stv Dr. Christoph Rosenbaum	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 60,00 %		

A. Ausblick 2022

Für die Gesellschaft wird für das Geschäftsjahr 2021 mit einer ausgeglichenen Ertrags- und Aufwandssituation sowie mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Wesentliche Abweichungen von den Annahmen der Planung sind, trotz der weiter anhaltenden Corona-Pandemie, derzeit nicht erkennbar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Geschäfte werden von der Komplementärin BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (BKRZ GmbH) geführt. Grundsätzlich werden die Bau- und Sanierungsmaßnahmen durch die Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG (BKRZ KG) an Drittfirmen vergeben.

Die Finanzierung erfolgt generell durch die Inanspruchnahme von Zuschüssen des Landes Hessen, Darlehensaufnahmen bei Kreditinstituten, Einlagen der Stadt Frankfurt am Main sowie durch die Vermarktung von Grundstücken. Im Geschäftsjahr 2021 wurden keine Mittel des Landes in Anspruch genommen. Die Finanzierung der laufenden Instandhaltungs- und Betriebskosten erfolgt im Wesentlichen über die Vermietung an die Stadt Frankfurt am Main. Im Geschäftsjahr wurde der in 2018 begonnene Umbau der Leitstelle der Branddirektion auf die technisch aktuellen Standards weitergeführt und der erste Bauabschnitt 2020 abgeschlossen. Der zweite Bauabschnitt wird im ersten Quartal 2022 beginnen. Das Projekt wird sich über mehrere Jahre erstrecken. Für die Sanierung und Weiterentwicklung der Feuer- und Rettungswache (FRW) 2 in der Heinrichstraße/Frankenallee wurde die Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) im Jahr 2021 abge-

schlossen und der Bauantrag im vierten Quartal 2021 eingereicht. Gemeinsam mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) wird zudem Wohnraum auf dem Gelände geschaffen. Dabei sollen Teile der alten Wache aus Denkmalschutzgründen erhalten werden. Für die Sanierung der FRW 2a ist ebenfalls eine Kooperation mit der ABG geplant, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Der Standort soll nach Ertüchtigung für die dritte Staffel Innenstadt zur Verfügung stehen. Ende 2021 stand die Leistungsphase 2 (Vorentwurfsplanung und Kostenschätzung) kurz vor dem Abschluss. Für die FRW 3 (Nied) waren wegen dort aufgetretener Wasserschäden und anderer Mängel ein Rechtsstreit sowie ein Mediationsverfahren anhängig. Das Verfahren wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2021 durch Vergleich abgeschlossen, nachdem Mängel beseitigt und abgegolten wurden.

Auf dem Gelände der ehemaligen Gibbs-Kaserne ist die Entwicklung der Flächen weitestgehend abgeschlossen. Das BKRZ-Gebäude und das FRTC sollen wegen des hohen Personalbestandes erweitert werden. Ein im letzten Jahr erworbenes Bestandsgebäude auf dem Gelände wird auf seine Weiterverwendbarkeit überprüft. Die Entscheidung über die weitere Verwendung des ehemaligen Stabsgebäudes („Adlerbau“) ist noch nicht abschließend getroffen. Die Erschließungsmaßnahmen für das weitere Gelände wurden fortgesetzt. Auf einem BIMA-Grundstück in der Feuerwehrstraße wurde schon im letzten Jahr eine Containeranlage zur Erweiterung der Umkleide- und Sanitätskapazitäten erreicht, um den Bedarf durch die hohe Ausbildungsquote in der Feuerwehr- und Rettungsdienst Akademie der Branddirektion zu decken. Für die Freiwillige Feuerwehr Fechenheim wurde im zweiten Quartal 2021 mit dem Bau eines neuen Feuerwehrgerätehauses begonnen, das im dritten Quartal 2022 fertig gestellt sein soll. In Griesheim wurde der Bau des Feuerwehrgerätehauses kapazitätsbedingt zunächst zurückgestellt und wird nach dem Vorhaben in Fechenheim beginnen. In Harheim wurde ein geeignetes Grundstück für einen Neubau gefunden, die Verhandlungen über das Grundstück dauern noch an.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,25 Mio. € auf 136,51 Mio.€ verringert. Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen dadurch begründet, dass das Anlagevermögen bei Grundstücken gesunken ist (-3,06 Mio. €) und die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau (+1,87 Mio. €) anstiegen. Im Umlaufvermögen ist der Rückgang von 718 T€ hauptsächlich auf geringere Forderungen gegen Gesellschafter (-754 T€) zurückzuführen. Bei den Passiva hat das Eigenkapital um 151 T€ auf 103,49 Mio. € abgenommen, während sich die Verbindlichkeiten von 29,23 Mio. € auf 27,61 Mio. € verringerten. Der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sank um 248 T€ auf 4,90 Mio. € und die Rückstellungen verringerten sich um 233 T€ auf 473 T€. Die Eigenkapitalquote liegt bei 75,8 % (Vj. 74,7 %).

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gegeben. Im Geschäftsjahr 2021 betrug der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit 4,44 Mio. €, der Cashflow aus Investitionstätigkeit -3,68 Mio. € und der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit -1,46 Mio. €, so dass der Finanzmittelfonds von 1,93 Mio. € um 705 T€ auf 1,23 Mio. € abschmolz.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft verzeichnete im Vorjahr einen Jahresüberschuss von 33 T€, im Geschäftsjahr 2021 erzielte die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von -71 T€.

Die Umsatzerlöse von 13,45 Mio. € lagen um 1,18 Mio. € über dem Vorjahr (12,27 Mio. €). Davon entfielen 6,63 Mio. € auf Mieteinnahmen (Vj. 6,15 Mio. €) und 4,51 Mio. € (Vj. 4,16 Mio. €) auf Nebenkosten. Dazu kamen Bauunterhalt (1,19 Mio. €, Vj. 1,67 Mio. €), Einspeisevergütungen (92 T€, Vj. 99 T€) und übrige Erträge (1,03 Mio. €, Vj. 194 T€). Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 428 T€ um 705 T€ unter dem Vorjahr (1,13 Mio. €), hauptsächlich durch geringere Erträge aus dem Abgang von Anlagen (-774 T€).

Der Materialaufwand lag mit 5,86 Mio. € um 217 T€ unter dem Vorjahr (6,08 Mio. €). Bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für

bezogene Waren nahmen insbesondere die Grundstücksaufwendungen deutlich ab (-555 T€), während andere Positionen anstiegen (+199 T€). Bei den bezogenen Leistungen stiegen die umlagefähigen Kosten (+163 T€) und Reinigungsleistungen (+57 T€), während der Bauunterhalt um 80 T€ zurückging. Der Personalaufwand lag mit 1,23 Mio. € auf Vorjahresniveau. Die Abschreibungen stiegen um 371 T€ auf 5,20 Mio. € (Vj. 4,83 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 440 T€ auf 1,33 Mio. € (Vj. 890 T€). Die Aufwendungen für Zinsen sanken leicht um 14 T€ auf 320 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin BKRZ GmbH. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 03.11.2020 für das Planjahr 2021 und am 04.11.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 fand am 30.05.2022 aufgrund von Pandemie-Einschränkungen als Videokonferenz statt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft
mbH & Co. KG**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	134.833	136.364	-1.532	-1,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	15	26	-10	-40,5
Sachanlagen	134.817	136.339	-1.521	-1,1
Umlaufvermögen	1.681	2.399	-718	-29,9
Vorräte	383	383	0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	962	1.715	-754	-43,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	337	301	35	11,7
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	-
Bilanzsumme	136.514	138.764	-2.250	-1,6
PASSIVA				
Eigenkapital	103.489	103.640	-151	-0,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	50	50	0	0,0
Kapitalrücklage	106.159	106.240	-81	-0,1
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-2.650	-2.683	33	-1,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-71	33	-104	-311,5
Sonderposten	4.902	5.151	-248	-4,8
Rückstellungen	473	706	-233	-33,0
Verbindlichkeiten	27.614	29.227	-1.613	-5,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.614	26.996	-1.382	-5,1
Rechnungsabgrenzungsposten	36	40	-4	-10,0
Bilanzsumme	136.514	138.764	-2.250	-1,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	13.447	12.269	1.179	9,6
Gesamtleistung	13.447	12.269	1.179	9,6
sonstige betriebliche Erträge	428	1.132	-705	-62,2
Materialaufwand	-5.864	-6.081	217	-3,6
Personalaufwand	-1.227	-1.227	-0	0,0
Abschreibungen	-5.205	-4.834	-371	7,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.329	-890	-440	49,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	250	369	-119	-32,3
Finanzergebnis	-320	-335	14	-4,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-70	34	-105	-306,1
Ergebnis nach Steuern	-70	34	-105	-306,1
Sonstige Steuern	-0	-1	1	-81,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-71	33	-104	-311,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-71	33	-104	-311,5
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	18	18	0	0,0

1.3 Dom Römer GmbH

Anschrift: Liebfrauenberg 39 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/6 53 00 07 40	E-Mail/Internet: kontakt@domroemer.de www.domroemer.de
Gründung: 28.07.2009	Unternehmensgegenstand: Projektentwicklung und Baureifmachung, sowie die Bebauung und Vermarktung des Dom Römer Areals sowie die Verwaltung und Vermietung eigenen und fremden Grundbesitzes, insbesondere auf dem Dom Römer Areal.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Regina Fehler		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	8 Mitglieder Herr StR Mike Josef Herr Stv Ulrich Baier Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr StR Mikael Horstmann Herr StR Mike Josef Frau Stv Viktoria Krzelj Frau Brigitte Helene Reifschneider-Groß Frau Stv Julia Roshan Moniri	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem Verlust von rund -1,5 Mio. € gerechnet, der aus der operativen Tätigkeit der betrauten Gesellschaft resultiert. Die Planungen im Zusammenhang mit dem Projekt „Domplatz“ werden weiter vorangetrieben. Im Vermietungsgeschäft besteht weiterhin das Risiko, dass aufgrund des pandemiebedingten Rückgangs der Tourismuszahlen im Bereich der neuen Altstadt Mieter:innen vermehrt Schwierigkeiten bekommen könnten, die vereinbarten Mieten zu zahlen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft wurde gegründet, um das neue Altstadtquartier zwischen Dom, Schirn Kunsthalle und Römerberg zu entwickeln. Auf dem Areal wurden das Stadthaus und 35 Altstadthäuser gebaut, davon 15 Rekonstruktionen und 20 Neubauten. Ein historisches Netz aus Gassen und Plätzen ein-

schließlich des historischen Krönungswegs verbindet die Gebäude.

Die Gesellschaft ist mit der Bebauung, Vermarktung und dem Gewährleistungsmanagement für das Dom-Römer-Areal sowie der Umgestaltung des Domplatzes befasst. Der Geschäftszweck wurde um die Verwaltung und die Vermietung des eigenen und fremden Grundbesitzes, insbesondere auf dem Dom-Römer-Areal, erweitert. Die Gesellschaft ist ausschließlich für die alleinige Gesellschafterin tätig.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beträgt 31,91 Mio. € (Vj. 67,05 Mio. €). Während die Bilanzsumme sich aufgrund der fortschreitenden Bauarbeiten bis 2017 kontinuierlich erhöht hat, sinkt sie seitdem aufgrund der zunehmenden Projektfertigstellung und Veräußerung von rund 159 Mio. € in 2017 über rund 103 Mio. € in 2018 und 77 Mio. € in 2019 auf das vorstehend genannte Niveau.

Im Anlagevermögen (12,25 Mio. €) sind im Wesentlichen die bei der Gesellschaft verbleibenden Gewerbeflächen aktiviert.

Die Gesellschaft weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus, dem aber Gesellschafterdarlehen und der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.12.2020 (§ 6835) zum M-Vortrag „Dom Römer GmbH: Grundlagen der Neuaufstellung“ (M 173 vom 30.10.2020) zum Ausgleich gegenüberstehen. Darin hat die Stadt Frankfurt am Main beschlossen, der Gesellschaft gemäß der Betrauungsergänzung weitere Zahlungen bis zu einem Höchstbetrag von 26,36 Mio. € zu gewähren. 2020 ist eine Forderung von 6,6 Mio. € über eine erste Teilzahlung in die Kapitalrücklage entsprechend des Stadtverordnetenbeschlusses vom 10.12.2020 aktiviert worden. Weitere Zahlungen folgen; bis dahin stehen Gesellschafterdarlehen zur Verfügung. Die Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin von rund 27,6 Mio. € zum 31.12.2021 (davon 12,2 Mio. € Gesellschafterdarlehen zur Finanzierung der Gewerbeflächen).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -1,29 Mio. € (Vj. -840 T€) ab. Damit liegt das Ergebnis im geplanten Rahmen. Da im Berichtsjahr die letzten Einheiten des Dom-Römer-Areals an die Käufer:innen fakturiert worden sind, fallen die Umsatzerlöse deutlich höher aus als im Vorjahr. Dem stehen entsprechende Bestandsveränderungen gegenüber. Der Materialaufwand ist aufgrund der Fertigstellung der zu errichtenden Einheiten weiter gesunken.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge der Geschäftsführerin 133 T€.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Berichtsjahr Sitzungsgelder von insgesamt rund 1 T€ gezahlt (50 € pro Person und Sitzung).

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 13.11.2020 für das Planjahr 2021 sowie am 21.10.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 20.06.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Dom Römer GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	12.253	12.712	-459	-3,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	-0	-56,5
Sachanlagen	12.253	12.711	-459	-3,6
Umlaufvermögen	7.488	42.679	-35.191	-82,5
Vorräte	456	31.631	-31.175	-98,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.176	9.471	-7.295	-77,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.855	1.576	3.279	208,0
Rechnungsabgrenzungsposten	7	98	-91	-92,5
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	12.162	11.564	598	5,2
Bilanzsumme	31.910	67.054	-35.143	-52,4
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	53.419	52.726	693	1,3
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-64.315	-63.475	-840	1,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-1.291	-840	-451	53,7
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	12.162	11.564	598	5,2
Rückstellungen	3.142	4.143	-1.001	-24,2
Verbindlichkeiten	28.759	62.904	-34.145	-54,3
Rechnungsabgrenzungsposten	10	7	3	45,3
Bilanzsumme	31.910	67.054	-35.143	-52,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	32.142	8.337	23.804	285,5
Bestandsänderung UE / FE	-31.175	-4.779	-26.396	552,4
Gesamtleistung	967	3.559	-2.592	-72,8
sonstige betriebliche Erträge	152	71	82	115,0
Materialaufwand	-521	-1.749	1.228	-70,2
Personalaufwand	-683	-680	-3	0,4
Abschreibungen	-469	-462	-6	1,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-506	-971	465	-47,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.059	-232	-827	357,0
Finanzergebnis	-232	-608	376	-61,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-1.290	-840	-451	53,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-0	0	-
Ergebnis nach Steuern	-1.290	-840	-451	53,7
Sonstige Steuern	-0	0	-0	-30.730,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-1.291	-840	-451	53,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.291	-840	-451	53,7
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	8	8	0	0,0

1.4 FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH

Anschrift: Altenhöferallee 3 60438 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/80 08 65-0 0 69/80 08 65-19	E-Mail/Internet: info@FIZ-biotech.de www.FIZ-biotech.de
---	--	---

Gründung: 25.06.2002	Unternehmensgegenstand: Die Unterstützung der Entwicklung der Biotechnologiewirtschaft im Rhein-Main-Gebiet, die Förderung und Erhaltung der in der Region vorhandenen Biotechnologie-Potenziale, die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie in der Region und die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in diesem Bereich, insbesondere durch den Betrieb eines Zentrums für biotechnologieorientierte Existenzgründer und Unternehmen.
--------------------------------	---

Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Land Hessen Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 40.000 € = 40,00 % 40.000 € = 40,00 % 20.000 € = 20,00 % 100.000 € = 100,00 %
--	--

Geschäftsführung: Herr Dr. Christian Garbe
--

Aufsichtsrat:	11 Mitglieder
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau StRin Ina Hauck Herr Prof. Dr. Stefan Schreiber Frau StRin Stephanie Wüst
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Ulrich Caspar Frau Staatsmin Angela Dorn Frau Dr. Anna Carina Eichhorn Herr Prof. Dr. Sven Klimpel Herr Detlev Osterloh Frau Staatsmin Prof. Dr. Kristina Sinemus Herr Staatssekr Dr. Martin Worms

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %
--

Beirat:	8 Mitglieder
	Herr Dr. Artem Andrianov Herr Dr. Malik Larak Herr Dr. Jens Maier Frau Dr. Bella Nissan Herr Dr. Björn Rotter Herr Prof. Dr. Günter K. Stahl Herr Prof. Dr. Gerhard Gustav Steinmann Herr Arvind Varchaswi

A. Ausblick 2022

Die von der Gesellschaft erzielten Umsatzerlöse stammen aus der Vermietung von Büro- und Laborräumen vorwiegend an Biotechnologie Unternehmen. Die Corona-Pandemie hat die Wahrnehmung und Wertschätzung der Biotechnologie Branche in Politik und der Öffentlichkeit schlagartig

erhöht. Notwendig wären aber weitere Änderungen bei den Rahmenbedingungen, wie z. B. einen internationalen Zugang zu Produkt- und Kapitalmärkten oder internationale Unternehmenskooperationen, damit im Rhein-Main-Gebiet erfolgreich forschende Unternehmen entstehen. In der Rhein-Main-Region wie in ganz Deutschland fehlt es an

einer ausreichenden Finanzierung von biotechnologischer Forschung, die über die Gründungsphase hinausgeht. Hier sind Finanzierungen für die Wachstumsphase einschließlich klinischer Studien bis hin zum Konzeptbeweis betroffen. Um diese Defizite im Rhein-Main-Gebiet zu kompensieren, wurde in den letzten Jahren mit einer konsequenten, inhaltlich fokussierten Internationalisierung der Netzwerke sowie Unterstützung der kleineren Unternehmen im Frankfurter Innovationszentrum (FIZ) bei dem Markteintritt in Schwellenländern entgegengewirkt. Diese Netzwerke bilden auch in Zukunft für die Akquisition von Gründungsunternehmen und die Bindung der FIZ-Mieter:innen einen belastbaren Standortvorteil.

Das FIZ verfügt über einen Positionierungsvorteil, da a) die im FIZ angesiedelten Analyse- und Laborkompetenzen und b) die dateninfrastrukturellen Voraussetzungen in Frankfurt am Main sich in idealer Weise ergänzen.

Die Auswirkungen des russischen Krieges in der Ukraine könnten sowohl bei der Beschaffung von energieintensiven Vorleistungsprodukten in der biotechnologischen Forschung, als auch dem Absatz von Dienstleistungen und Produkten der Biotechnologie in Russland einen negativen Einfluss auf die Entwicklung der Unternehmen im FIZ haben.

Durch die Finanzierungszusage des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt am Main ist die Liquidität der Gesellschaft jedoch auch künftig sichergestellt. Für das Geschäftsjahr 2022 werden Umsatzerlöse aus der Vermietungstätigkeit einschließlich Bestandsveränderungen von rund 5,63 Mio. € und ein Jahresfehlbetrag von -1,96 Mio. € erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Folgen der Corona-Pandemie sind für die FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH (FIZ GmbH) nicht von besonderer Bedeutung. Die Mietflächen in den Gebäudekomplexen FIZ 1, FIZ 2 und FIZ 3 waren im abgelaufenen Geschäftsjahr vollständig ausgelastet. Neue Mieterin wurde das Start-up Unternehmen Perspix Biotech

GmbH. Die Außenterrasse im Innenhof wurde saniert. Anfang des Jahres wurde das Catering von der Karst Catering GmbH übernommen. Die Netzwerkinfrastruktur im FIZ 1 wurde modernisiert. Die Sanierung der Unterkonstruktion der Dachterrasse im Modul F01 wurde durchgeführt. Das FIZ 3 wurde im Geschäftsjahr durch die Swiss Life Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH erworben, die in den Mietvertrag mit der FIZ GmbH eintrat.

Mit Tishman Speyer wurde eine Absichtserklärung mit dem Ziel des Aufbaus eines Life Science Campus in Frankfurt am Main abgeschlossen. Eine weitere Absichtserklärung wurde mit dem All Indian Institute of Ayurveda für ein Forschungsprojekt im Bereich COVID Therapien geschlossen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanz der FIZ GmbH mit einer Bilanzsumme von 4,57 Mio. € (Vj. 5,06 Mio. €) ist weiterhin von einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag geprägt, der zum Bilanzstichtag 191 T€ beträgt. Der Fehlbetrag ergibt sich im Wesentlichen aus der Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste aus der Vermietung des Gebäudekomplexes FIZ 1. Diese Rückstellung wurde gebildet, da die finanziellen Verpflichtungen aus den abgeschlossenen Leasingverträgen die geplanten eigenen Mieteinnahmen übersteigen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich durch den Jahresfehlbetrag von -878 T€ sowie durch die Einzahlungen in die Kapitalrücklage von 1,85 Mio. € um 972 T€ verringert.

Der Rückgang der Bilanzsumme ist auf der Aktivseite auf den geringeren Fehlbetrag sowie das gesunkene Anlagevermögen (im Wesentlichen durch Abschreibungen, die die Zugänge übertreffen) zurückzuführen. Erhöht hat sich das Umlaufvermögen. Auf der Passivseite wird unverändert ein Eigenkapital von Null ausgewiesen. Wesentlich verringert haben sich die Rückstellungen. Die Drohverlustrückstellung für den Gebäudekomplex FIZ 1 verminderte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 1,06 Mio. € auf 833 T€.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresfehlbetrag von -878 T€ ab. Das Jahresergebnis hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 145 T€ und gegenüber der Planung um 952 T€ verbessert. Dies ist im Wesentlichen auf den Ergebniseffekt aus der Veränderung der Drohverlustrückstellung zurückzuführen. Bereinigt um diesen Effekt hätte sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um rund 175 T€ verschlechtert.

Im Geschäftsjahr 2021 beliefen sich die Umsatzerlöse auf 5,70 Mio. € (Vj. 6,25 Mio. €). Die Umsatzerlöse aus Vermietungstätigkeit zusammen mit der Bestandsveränderung der unfertigen Leistungen aus der Vermietungstätigkeit betrugen 5,96 Mio. € und lagen damit leicht über dem Vorjahresniveau von 5,79 Mio. €. Die Verringerung der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus geringeren Gebäudeebenenkostenabrechnungen. Die Bestandsveränderung betrifft die Veränderung der unfertigen Leistungen.

Der Materialaufwand ist um 244 T€ gestiegen. Dies resultiert insbesondere aus um 150 T€ höheren, nicht umlegbaren Instandhaltungsaufwendungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Finanzierung der FIZ GmbH ist durch eine Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt am Main gewährleistet, in der sich beide verpflichten, die Risiken der Gesellschaft jeweils zur Hälfte zu tragen. Für die FIZ GmbH standen im Produkthaushalt 2021 Mittel von 1,27 Mio. € zur Verfügung, die als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von rund 925 T€ erfolgt. Des Weiteren hat die Stadt Frankfurt am Main gemeinsam mit dem Land Hessen Sicherheiten (Patronatserklärung) von 18,95 Mio. € (Stand 31.12.2021) gewährt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung sowie ein Beirat. Im Geschäftsjahr 2021 betrugen die Bezüge des Geschäftsführers 281 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.015	1.138	-123	-10,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	22	11	11	99,1
Sachanlagen	992	1.127	-134	-11,9
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	3.309	2.681	628	23,4
Vorräte	1.923	1.659	263	15,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	409	653	-244	-37,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	977	369	608	165,0
Rechnungsabgrenzungsposten	56	74	-18	-24,6
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	191	1.163	-972	-83,6
Bilanzsumme	4.570	5.056	-486	-9,6
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	100	100	0	0,0
Kapitalrücklage	49.807	47.957	1.850	3,9
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-49.220	-48.198	-1.022	2,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-878	-1.022	145	-14,1
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	191	1.163	-972	-83,6
Rückstellungen	1.042	2.189	-1.147	-52,4
Verbindlichkeiten	3.216	2.867	349	12,2
Rechnungsabgrenzungsposten	312	0	312	-
Bilanzsumme	4.570	5.056	-486	-9,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.696	6.249	-554	-8,9
Bestandsänderung UE / FE	263	-464	727	-156,8
Gesamtleistung	5.959	5.786	173	3,0
sonstige betriebliche Erträge	1.240	966	274	28,4
Materialaufwand	-6.127	-5.883	-244	4,1
Personalaufwand	-894	-854	-40	4,6
Abschreibungen	-230	-224	-5	2,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-583	-521	-63	12,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-635	-731	96	-13,1
Finanzergebnis	-242	-290	48	-16,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-877	-1.022	145	-14,2
Ergebnis nach Steuern	-877	-1.022	145	-14,2
Sonstige Steuern	-1	-1	0	-1,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-878	-1.022	145	-14,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-878	-1.022	145	-14,1
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	10	8	2	25,0

1.5 FinTech Community Frankfurt GmbH

Anschrift: Platz der Einheit 2 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/90 01 60 50	E-Mail/Internet: hello@techquartier.com www.techquartier.com
---	-------------------------------------	---

Gründung: 22.07.2016	Unternehmensgegenstand: Der Aufbau und die Pflege eines Netzwerkes der Start-Up und insbesondere FinTech Community sowie der Tech-Unternehmen in Frankfurt am Main und der Rhein-Main-Region. Auf diese Weise soll für die Start-Up Stakeholder eine Plattform bzw. ein Schau-fenster geschaffen werden, mit dessen Hilfe die Entwicklung und die Präsentation von Start-Up und insbesondere FinTech Innovationen erleichtert werden kann.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	30.000 € = 25,00 %
Johann Wolfgang Goethe-Universität	30.000 € = 25,00 %
Technische Universität Darmstadt	30.000 € = 25,00 %
Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	30.000 € = 25,00 %
	120.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Peter Neu
Herr Dr. Sebastian Schäfer

Beirat:	26 Mitglieder
Mandatsträger der Stadt:	Frau StR Stephanie Wüst
Weitere Beiratsmitglieder:	Herr Olaf Badstübner
	Herr Andre M. Bajorat
	Frau Sandra Bauer
	Herr Marc Billeb
	Herr Dr. Stephan Bredt
	Herr Tobias Czekalla
	Herr Dr. Henning Dankenbring
	Herr Peter Fricke
	Herr Prof. Dr. Andreas Hackethal
	Herr Axel Hellmann
	Frau Karmela Holtgreve
	Herr Dr. Daniel Höfelmann
	Herr Prof. Dr. Michael Huth
	Herr Philipp Kaiser
	Herr Matthias Lais
	Herr Staatssekr Dr. Philipp Nimmermann
	Herr Dr. Francesco Pisani
	Herr Michael Prifling
	Herr Dr. Michael Reckhard
	Herr Christopher Schmitz
	Herr Oliver Schwarz
	Herr Daniel Unkelhäußer
	Herr Franz Sebastian Welter
	Herr Kai Werner
	Herr Prof. Dr. Joachim Wuermeling

A. Ausblick 2022

Auch in 2022 wird mit einem negativen Jahreser-gebnis von -29 T€ gerechnet. Es wird mit 10 %

mehr Erträgen gerechnet, durch neue Projekte jedoch mit 23 % höherem Aufwand, der aufgrund des Fördercharakters lediglich teilfinanziert ist.

Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sind noch nicht absehbar.

An der Mitarbeitenden Zufriedenheit wird weiter gearbeitet und sie wird wieder abgefragt werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Fünf neue Partner konnten in 2021 gewonnen werden. Die Mitgliederzahl ist bis Ende des Jahres auf 508 (Vj. 428) angewachsen. Übergangsweise konnte ein großes namhaftes Unternehmen als Mieter gewonnen werden. Der Bereich Veranstaltungsmanagement war wie auch im Vorjahr stark rückläufig.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 330 T€ auf insgesamt 1,3 Mio. € gesunken. Auf der Aktivseite ist dies auf planmäßige Abschreibungen des Anlagevermögens und eine Verringerung des Kassenbestands und der Bankguthaben zurückzuführen. Auf der Passivseite ist die Bilanzsumme durch sonstige Rückstellungen von rund 251 T€ gesunken. Rückstellungen für Rückbau und mietfreie Zeit konnten aufgelöst werden. Die Verbindlichkeiten reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 111 T€.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr (-2 T€) auf -30 T€ verschlechtert. Hierbei sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Geschäftsjahr 2020 um 360 T€ (rund 11 %) gesunken. Dieser Rückgang ist Corona bedingt. Die Personalkosten sind wie im Vorjahr um 150 T€ auf 1,41 Mio. € gestiegen. Diese Zunahme ist bedingt durch Gehaltsanpassungen und die Aufwertung einer Stelle. Durchschnittlich hatte die Gesellschaft unverändert 24 Mitarbeitende. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um rund 119 T€ auf 1,96 Mio. €. Dies resultiert aus Rechts- und Beratungsaufwand, EDV-Software und Fortbildungskosten bedingt durch die Projekte.

Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Beirat (Steering Committee).

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
FinTech Community Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	305	439	-134	-30,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	28	43	-15	-35,5
Sachanlagen	277	396	-119	-30,0
Umlaufvermögen	901	1.145	-244	-21,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	363	422	-58	-13,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	537	723	-185	-25,7
Rechnungsabgrenzungsposten	95	47	48	102,3
Bilanzsumme	1.300	1.630	-330	-20,2
PASSIVA				
Eigenkapital	191	223	-32	-14,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	120	120	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	103	104	-2	-1,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-32	-2	-30	1.865,5
Rückstellungen	627	878	-251	-28,6
Verbindlichkeiten	276	387	-111	-28,6
Rechnungsabgrenzungsposten	206	142	64	45,0
Bilanzsumme	1.300	1.630	-330	-20,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.984	3.344	-360	-10,8
Gesamtleistung	2.984	3.344	-360	-10,8
sonstige betriebliche Erträge	658	5	653	14.424,7
Materialaufwand	-160	-90	-71	78,4
Personalaufwand	-1.411	-1.260	-150	11,9
Abschreibungen	-147	-156	9	-5,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.959	-1.840	-119	6,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-36	2	-39	-1.578,9
Finanzergebnis	5	-17	22	-126,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-32	-15	-17	117,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	13	-13	-100,0
Ergebnis nach Steuern	-32	-2	-30	2.017,0
Sonstige Steuern	-0	-0	-0	3,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-32	-2	-30	1.865,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-32	-2	-30	1.865,5
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	24	24	0	0,0

1.6 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Anschrift: Unterschweinstiege 8 60549 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/68 60 3 8-0	E-Mail/Internet: info@frm-united.com www.frm-united.com
Gründung: 24.03.2005	Unternehmensgegenstand: Internationales Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein-Main. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	93.750 € =	37,50 %
IHK Frankfurt am Main	12.500 € =	5,00 %
Stadt Wiesbaden	10.000 € =	4,00 %
Landkreis Hochtaunus	8.750 € =	3,50 %
Landkreis Main-Kinzig	8.750 € =	3,50 %
Landkreis Main-Taunus	8.750 € =	3,50 %
Landkreis Offenbach	8.750 € =	3,50 %
Land Hessen	8.125 € =	3,25 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	7.500 € =	3,00 %
IHK Darmstadt Rhein Main Neckar	7.500 € =	3,00 %
IHK Forum Rhein-Main	6.250 € =	2,50 %
Landkreis Groß-Gerau	6.250 € =	2,50 %
Stadt Darmstadt	5.000 € =	2,00 %
Stadt Eschborn	5.000 € =	2,00 %
Stadt Offenbach am Main	5.000 € =	2,00 %
Stadt Raunheim	5.000 € =	2,00 %
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	5.000 € =	2,00 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Gießen	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Limburg-Weilburg	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Rheingau-Taunus	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Wetterau	2.500 € =	1,00 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 € =	1,00 %
Stadt Gießen	2.500 € =	1,00 %
Stadt Hanau	2.500 € =	1,00 %
Stadt Rüsselsheim	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Bergstraße	2.500 € =	1,00 %
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V.	2.500 € =	1,00 %
Rheinhessen Standortmarketing GmbH	2.500 € =	1,00 %
Eigener Anteil	1.875 € =	0,75 %
Landkreis Odenwald	1.250 € =	0,50 %
Stadt Dreieich	1.250 € =	0,50 %
Stadt Neu-Isenburg	1.250 € =	0,50 %
Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	1.250 € =	0,50 %
IHK Wiesbaden	1.250 € =	0,50 %
	250.000 € =	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Eric Menges

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitz:

Mandatsträger der Stadt:

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

34 Mitglieder

Herr OB Peter Manuel Feldmann

Herr OB Peter Manuel Feldmann

Frau StRin Stephanie Wüst

Frau Stv Tina Zapf-Rodriguez

Herr OB Udo Bausch

Herr Prof. Dr. Wilhelm Bender

Herr BM Martin Burlon

Herr Ulrich Caspar

Herr LRat Michael Cyriax

Herr LRat Christian Engelhardt

Herr BM Dr. Oliver Franz

Frau Susanne Haus

Herr OB Alexander Hetjes

Herr Verb.dir. Thomas Horn

Herr BM Herbert Hunkel

Herr BM Thomas Jühe

Herr LRat Frank Kilian

Herr LRat Michael Köberle

Herr Karl Koob

Herr Präs. Matthias Martiné

Herr LRat Frank Matiaske

Herr StR Thomas Morlock

Herr Staatssekr Dr. Philipp Nimmermann

Herr OB Jochen Partsch

Herr Gunther Quidde

Herr LRat Oliver Quilling

Frau LRätin Dorothea Schäfer

Herr LRat Jens Marco Scherf

Frau LRätin Anita Schneider

Herr Erste KrBg Thorsten Schorr

Herr OB Dr. Felix Schwenke

Herr BM Adnan Shaikh

Herr LRat Thorsten Stolz

Herr LRat Jan Weckler

Herr LRat Thomas Will

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

66,67 %

Beirat:

20 Mitglieder

Herr Dr. Oliver Dany

Herr Prof. Dr. Theodor Dingeremann

Frau Gabriele Eick

Frau Tanja Birkholz

Herr Baki Irmak

Herr Thorsten N. Kern

Herr Peter Knapp

Herr Ulrich Kreimeyer
 Herr Karl Heinz Krug
 Herr Matthias Lechner
 Herr Christian F. Mühlhäuser
 Herr Jürgen Pascoe
 Herr Dr. Quintus Russe
 Herr Markus Sandhöfner
 Herr Volker Schier
 Herr Prof. Tom Sommerlatte
 Frau Lilly Vasanthini
 Herr Jürgen Walther
 Frau Marion Weigand
 Herr Gerhard Wiesheu

Beteiligungen:

FrankfurtRheinMain Corp.

Kapitalanteile:

10.000 USD = 100,00 %

A. Ausblick 2022

Auch zukünftig wird die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region (FRM) aufgabenbedingt nur einen kleinen Teil der Kosten durch Erlöse decken können. Der Gesellschaft steht nach aktueller Planung im Jahr 2022 durch die Zuzahlungen der Gesellschafter:innen ein Budget in Höhe von 3,97 Mio. € zur Verfügung. Die Chancen für die Entwicklung von Ansiedlungsprojekten bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen werden von der Gesellschaft als sehr positiv bewertet.

Die makroökonomischen Rahmenbedingungen aufgrund der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft müssen beobachtet werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Corona-Pandemie und die globalen wirtschaftlichen Auswirkungen sind auch im Jahr 2021 deutlich zu Tage getreten. Da für den Erfolg im Bereich Standortmarketing auch die Möglichkeit zur Direktansprache, Netzwerke und anderen Kontaktformen gehört, sind Maßnahmen wie Reise- oder Kontaktbeschränkungen für die Aktivitäten der Gesellschaft durchaus einschneidend. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen wie des Krieges in der Ukraine und der Effekte der Pandemie und deren Aus-

wirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft müssen beobachtet werden. Im Jahr 2021 beschäftigte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region im Durchschnitt 32 Mitarbeitende.

Der Rhein-Lahn-Kreis musste die im Vorjahr erworbenen Geschäftsanteile an der Gesellschaft zum 01.07.2021 wieder zurückgeben. Aufgefangen werden konnte diese Entwicklung jedoch unter anderem durch den Neueintritt der IHK Wiesbaden zum 01.07.2021 mit 0,5 %. Unterm Strich ergibt sich daher mit Blick auf die vergangenen Jahre ein kontinuierliches Anwachsen des Gesellschafterkreises und damit eine noch stärkere Verankerung der Gesellschaft in der Region. Aufgrund der Anteilsrückgabe des Rhein-Lahn-Kreises zum 01.07.2021 verfügt die Gesellschaft über freie Anteile in Höhe von 0,75 %. Die Geschäftsführung führt Gespräche mit neuen potenziellen Gesellschaftern und ist zuvorsichtlich, die freien Anteile im Laufe des Jahres 2022 neu vergeben zu können.

Im Jahr 2021 hatte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region etwa 14 Mio. zielgruppenrelevante Medienkontakte. 62.636 Unternehmensvertreter:innen wurden im In- und Ausland mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht. 39 Unternehmen wurden bei der Ansiedlung in die Region FrankfurtRheinMain begleitet.

Die FrankfurtRheinMain GmbH hatte geplant, wie in den Jahren zuvor, wieder als Premium Plus Partner an der Immobilienmesse MIPIM in Cannes teilzu-

nehmen (über die Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH). Pandemiebedingt wurde die Messe ins nächste Jahr verschoben; die geleistete Anzahlung an die Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH konnte entsprechend übertragen werden.

Auch im Jahr 2021 wurden durch das Kompetenzzentrum der FRM GmbH (virtuelle) „Arbeitstreffen des Kompetenzzentrums“ durchgeführt.

Die Immobilienmesse EXPO REAL (Europas größte Fachmesse für Immobilien und Investitionen) in München fand vom 11. bis 13.10.2021 statt. In diesem Jahr hat die FRM GmbH von der Präsenz mit einem eigenen Messestand aus ökonomischen Gründen absehen müssen. Stattdessen war die FRM GmbH Standpartner der Stadt Frankfurt am Main.

Neben der Expo Real war die FRM GmbH auf den folgenden digitalen Messen und Kongressen vertreten:

- Curious Future Insight Preisverleihung 2021: virtuelle Preisverleihung für herausragende, zukunftssträchtige Forschung. Die physische Konferenz wurde auf 2022 verlegt.
- Newcomers Festival Reception: Veranstaltung zum „Willkommen heißen“ der internationalen Community in der Metropolregion Frankfurt-RheinMain.
- Buchmesse 2021: Standbeteiligung auf dem Stand der HA Hessen Agentur.
- Hypermotion 2021: Messe zu Mobilität, Verkehr und Logistik; Tech Talks, Konferenzen und Start-Up Pitches zu aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Verkehr, Transport, Infrastruktur, Mobilität und Logistik standen hierbei im Mittelpunkt.
- Formnext 2021: führende Fachmesse für Additive Fertigung inkl. vor- und nachgelagerter Prozesse, Standbeteiligung bei der Hessen Trade & Invest GmbH.

Die Tochtergesellschaft FrankfurtRheinMain Corporation in Chicago (FRM Corp.) erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 10.618 USD. Zum 31.12.2021 weist die FRM Corp. einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von -4.485 USD aus. Der Buchwert der Beteiligung ist daher auf 1 € abgeschrieben. Die Tochter-

gesellschaft finanziert sich durch Zuschüsse der FRM GmbH. Die Zuzahlungen sind im jeweiligen Wirtschaftsplan der FRM GmbH im Materialaufwand budgetiert.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 714 T€ auf 681 T€ verringert. Aktivisch haben sich die immateriellen Vermögensgegenstände um 76 T€ auf 50 T€ verringert. Die liquiden Mittel haben sich demgegenüber um 68 T€ auf 445 T€ erhöht.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 223 T€ auf 248 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote stieg damit von 3,5 % im Vorjahr auf 36,4 %. Die Rückstellungen haben sich um 267 T€ auf 194 T€ (davon 157 T€ für ausstehende Rechnungen) verringert.

Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,89 Mio. € sowie der Investitionstätigkeit in Höhe von 14 T€ wurde durch die Zuzahlungen der Gesellschafter kompensiert. Zum Jahresende betrug der Finanzmittelfonds (liquide Mittel) 445 T€ (Vj. 377 T€).

Zur Erfolgslage

Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 schließt mit einem Fehlbetrag von -3,75 Mio. €. Gegenüber 2020 bedeutet dies eine Verbesserung um 520 T€. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen haben sich um 352 T€ verringert. Dies betraf insbesondere die Kosten der Auslandsbüros. Auch der Personalaufwand lag um 124 T€ niedriger. Im Vorjahr war aufgrund des Ausscheidens einer Mitarbeiterin ein höherer Personalaufwand angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2021 Mittel von 1,47 Mio. € zur Verfügung. Bis zum Jahresende wurden 1,50 Mio. € entsprechend der Verpflichtung aus der Satzung als Gesellschafterzahlung an die FRM geleistet. Der Differenzbetrag zum Haushaltsansatz wird aus dem Budget des Fachdezernats gedeckt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.

Die Gesamtbezüge von Herrn Menges betragen im Geschäftsjahr 200 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	125	200	-75	-37,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	50	125	-76	-60,3
Sachanlagen	75	74	1	1,2
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	481	427	54	12,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	36	50	-14	-27,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	445	377	68	18,0
Rechnungsabgrenzungsposten	75	88	-13	-14,3
Bilanzsumme	681	714	-33	-4,7
PASSIVA				
Eigenkapital	248	25	223	904,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	250	250	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	2	0	2	-
Kapitalrücklage	23.560	23.857	-297	-1,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-23.560	-24.082	522	-2,2
Rückstellungen	194	461	-267	-57,8
Verbindlichkeiten	239	224	15	6,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	5	-5	-
Bilanzsumme	681	714	-33	-4,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	241	263	-21	-8,1
Gesamtleistung	241	263	-21	-8,1
sonstige betriebliche Erträge	60	63	-3	-4,8
Materialaufwand	-1.002	-1.354	352	-26,0
Personalaufwand	-2.005	-2.129	124	-5,8
Abschreibungen	-89	-96	8	-7,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-951	-1.012	61	-6,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-3.745	-4.265	520	-12,2
Finanzergebnis	0	0	0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-3.745	-4.265	520	-12,2
Ergebnis nach Steuern	-3.745	-4.265	520	-12,2
Sonstige Steuern	-0	-2	2	-85,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-3.745	-4.267	522	-12,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-3.745	-4.267	522	-12,2
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-24.082	-24.589	507	-2,1
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	4.267	4.774	-507	-10,6
Bilanzergebnis	-23.560	-24.082	522	-2,2
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	32	35	-3	-8,6
Zahl der Neuansiedlungen	39	23	16	69,6

1.7 Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH

Anschrift: Speicherstraße 55 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/9 17 32-01	E-Mail/Internet: info@gateway-gardens.de www.gateway-gardens.de
---	------------------------------------	---

Gründung: 27.09.2004	Unternehmensgegenstand: Technische und planerische Koordination der Entwicklung und Baureifmachung von Grundstücken mit den zu beteiligenden Behörden als Dienstleistung für Dritte, insbesondere im Gebiet Gateway Gardens am Flughafen in Frankfurt am Main. Nach § 34 c GewO erlaubnispflichtige Geschäfte sind ausgeschlossen. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Unternehmenszweck zunächst durch die Koordination von Planungs- und Realisierungskonzepten für das Gebiet Gateway Gardens für die gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main zu entwickelnde Bauleitplanung als Dienstleistung für die Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	100.000 € = 50,00 %
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	100.000 € = 50,00 %
	200.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Kevin Meyer
Frau Carolyn von Monschaw

Aufsichtsrat:	12 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Mike Josef
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Ulrich Baier
	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff
	Frau Stv Julia Frank-Millman
	Herr Sven Holm
	Herr StR Mike Josef
	Herr Stv Simon Witsch
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Karl-Heinz Dietrich
	Herr Jürgen Groß
	Herr Klaus Kirchberger
	Herr Felix Kreutel
	Herr Peter Matteo
	Herr Fritz Müller

Frauenquote:
Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)
16,67 %

A. Ausblick 2022

Die weitere Entwicklung der Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH (GGP) bleibt eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Projekts „Gateway Gardens“ verbunden. Aufgrund von gesamtwirtschaftlichen und durch den S-Bahn-Bau bedingten Verzögerungen im Abverkauf wurde 2019 durch die Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH der Beschluss gefasst, die Projektlaufzeit um weitere fünf Jahre von 2021 auf 2026 zu verlängern. Auswirkungen aufgrund der aktuellen Corona-

Pandemie werden vor allem darin gesehen, dass sich die geplante Projektlaufzeit des Projektes voraussichtlich verlängern wird.

Auch in 2022 wird die Gesellschaft planmäßig ihre Geschäftsbesorgungsleistungen gegenüber der Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH erbringen und abrechnen. Daher erwartet die Geschäftsführung für das Jahr 2022 ein positives Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Am 12.09.2013 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss § 3631 die Aufstellung des Änderungsplanes 851 Ä zum Bebauungsplan 851 beschlossen. Unter Beibehaltung aller Elemente der äußeren Erschließung ist Gegenstand der Planaufstellung im Wesentlichen die Anhebung der Ausnutzung auf bis zu 740.000 qm Geschossfläche (GF) bei Umsetzung aller Hochhäuser. Der Änderungsbebauungsplan 851 Ä wurde am 06.08.2019 beschlossen und erhielt damit Rechtskraft, im August 2020 erhielt der Änderungsbebauungsplan Rechtsbeständigkeit.

Zur Vervollständigung der Erschließung mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wurde der GGP die Koordination des Controllings der DB-Anlage mit Station für die S-Bahn übertragen.

Die S-Bahn-Station wurde am 15.12.2019 in Betrieb genommen. Allerdings wird das Stationsdach voraussichtlich erst bis Ende 2022 fertiggestellt sein. Im Geschäftsjahr 2021 wurden keine Grundstücksverträge beurkundet. Damit sind nach wie vor ca. 63 % der Flächen, bezogen auf die derzeitige Gesamt-GF von 726.305 qm GF, beurkundet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 39 T€ auf 388 T€ (Vj. 348 T€). Die Aktivseite weist vor allem Forderungen gegen Gesellschafter von 250 T€ aus. Diese beinhalten die dem Gesellschafter Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH gegenüber erbrachten und abgerechneten Dienstleistungen. Weiterhin werden sonstige Vermögensgegenstände von 23 T€ (Vj. 25 T€) ausgewiesen. Diese resultieren aus Steuerforderungen gegen das Finanzamt sowie aus weiteren Steuerforderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main. Die Guthaben bei Kreditinstituten haben sich um 209 T€ auf 114 T€ reduziert.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital auf 310 T€ erhöht (Vj. 308 T€). Dies ist im Wesentlichen

auf den Jahresüberschuss von über 1 T€ zurückzuführen, der jedoch unter dem Niveau des Vorjahres liegt. Die Rückstellungen werden mit 28 T€ (Vj. 35 T€) und die Verbindlichkeiten mit 50 T€ (Vj. 5 T€) ausgewiesen.

Zur Erfolgslage

Gemäß vertraglicher Vereinbarung werden die Aufwendungen der GGP in der entstandenen Höhe von der Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH übernommen. Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 210 T€ (Vj. 360 T€) und standen im Wesentlichen Materialaufwendungen für bezogene Leistungen von 74 T€ (Vj. 192 T€) und Personalaufwendungen von 123 T€ (Vj. 133 T€) gegenüber. Die Umsatzerlöse aus Geschäftsbesorgung variieren jährlich im Wesentlichen bedingt durch die im Geschäftsjahr angefallenen externen Projektsteuerungsleistungen sowie die angefallenen Personalaufwendungen. Aufgrund der geringen Material- und Personalaufwendungen ergab sich somit auch ein Rückgang der Umsatzerlöse. Die Gesellschaft schließt mit einem Jahresüberschuss von 1 T€ (Vj. 10 T€) ab.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	0	0	-0	-
Sachanlagen	0	0	-0	-
Umlaufvermögen	387	348	39	11,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	273	25	248	1.004,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	114	323	-209	-64,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	388	348	39	11,3
PASSIVA				
Eigenkapital	310	308	1	0,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	108	98	10	10,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1	10	-9	-85,8
Rückstellungen	28	35	-7	-20,0
Verbindlichkeiten	50	5	45	860,1
Bilanzsumme	388	348	39	11,3
Gewinn- und Verlustrechnung				
	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	210	360	-150	-41,7
Gesamtleistung	210	360	-150	-41,7
sonstige betriebliche Erträge	7	3	4	141,1
Materialaufwand	-74	-192	118	-61,6
Personalaufwand	-123	-133	10	-7,3
Abschreibungen	-0	-0	0	-7,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-17	-21	5	-21,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2	15	-13	-86,1
Finanzergebnis	0	0	0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2	15	-13	-86,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1	-5	5	-86,7
Ergebnis nach Steuern	1	10	-9	-85,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1	10	-9	-85,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1	10	-9	-85,8
Kennzahlen				
	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.8 Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 36 97	E-Mail/Internet: info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de
Gründung: 01.01.1976	Unternehmensgegenstand: Vorhalten und Betreiben der städtischen Häfen, der Hafen- und Industriebahn einschließlich der dazugehörigen Einrichtungen, die Abhaltung und Unterstützung sowie Förderung von Märkten (Großmarkt für Lebensmittel, insbesondere für Obst und Gemüse, Einzelhandelsmarkthallen in der Innenstadt und im Stadtteil Höchst sowie offene Märkte) nach Maßgabe der Satzung zur Regelung des Marktwesens (Marktordnung) für die Märkte der Stadt Frankfurt am Main sowie die Bereitstellung von Gewerbe- und sonstigen Flächen, inklusive deren Erwerb, Entwicklung und Verkauf.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 11.500.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Ralf Karpa		
Betriebskommission:	10 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Frau StRin Stephanie Wüst	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Frau Stv Monika Christann	
	Frau StRin Ina Hauck	
	Frau Stv Natascha Kauder	
	Herr StR Claus Möbius	
	Herr Stv Frank Nagel	
	Herr StR Sieghard Pawlik	
	Herr Stv Nathaniel Ritter	
	Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch	
	Frau StRin Stephanie Wüst	
Beteiligungen: Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH	Kapitalanteile: 1.688.100 € = 25,00 %	

A. Ausblick 2022

Sowohl das Jahresergebnis als auch das Risikofrüherkennungssystem stehen in engem Zusammenhang mit der HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung (HFM). So existiert ein informelles System zur Risikofrüherkennung über die HFM, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung des Hafens und der Märkte durch das Controlling fortlaufend beobachtet wird. Die künftige Umsatz- und Ergebnisentwicklung der Hafen- und Marktbetriebe ist aufgrund der Verpachtung auch weiterhin von der HFM abhängig. Liquiditätsrisiken und Risiken aus Zahlungsstromschwankungen sind nicht ersichtlich. Mittelfristig bestehen keine Risiken und Chancen, welche sich direkt auf die Hafen- und Marktbetriebe auswirken. Auf die Darstellung bei der HFM wird ergänzend verwiesen.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem positiven Geschäftsergebnis (634 T€) gerechnet, im Bereich Hafen mit 1,04 Mio. € und im Bereich Markt mit -404 T€.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Hafenbetriebe führen aufgrund des mit der HFM geschlossenen Betriebspachtvertrags seit Juli 2002 keine eigenen Hafenaktivitäten mehr durch, die Marktbetriebe aus gleichem Grund seit Januar 2007 keine Marktaktivitäten. Ihre Unternehmenstätigkeit beschränkt sich im Wesentlichen auf die Vermögensverwaltung, die Aufgaben der Hafenbehörde als Ordnungsbehörde und die Betreuung des an die HFM gestellten Personals. Die Erlöse des Eigenbe-

etriebes werden ausschließlich aus dem Pachtzins und der Erstattung der unmittelbaren Personalkosten erwirtschaftet.

Mit Wirkung zum 01.01.2018 wurden die beiden Eigenbetriebe Hafengebiete und Marktbetriebe zu einem Eigenbetrieb „Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main“ zusammengefasst. Dieser unterteilt sich in die Betriebszweige Hafen und Markt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 48,20 Mio. € auf 43,03 Mio. € gesunken. Die Aktivseite ist durch ein hohes langfristiges Vermögen i.H.v. 30,98 Mio. €, vor allem durch hohe Sachanlagen (29,26 Mio. €) und Forderungen von 11,56 Mio. € an die Stadt Frankfurt am Main (Stadtkassenkonto) geprägt. Die Passivseite ist durch das Eigenkapital (37,10 Mio. €, Vj. 36,76 Mio. €) geprägt. Dieses hat sich bedingt durch den Jahresgewinn und einen höheren Gewinnvortrag gegenüber dem Vorjahr um 340 T€ erhöht. Die Rückstellungen nahmen um 788 T€ auf 2,96 Mio. € ab, die Verbindlichkeiten nahmen um 4,70 Mio. € ab, davon 3,50 Mio. € durch die Rückführung von Darlehen und 1,21 Mio. € bei den Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt zum Abschlussstichtag 86,2 % (Vj. 76,3 %).

Die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit (40 T€, Vj. 929 T€) lagen unter dem Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit (-213 T€, Vj. -1,02 Mio. €) und der Finanzierungstätigkeit (-4,51 Mio. €, Vj. -1,16 Mio. €), sodass sich der Finanzmittelfonds um 4,68 Mio. € verringerte. Zum Stichtag 31.12.2021 betrug der Finanzmittelbestand 11,55 Mio. € (Vj. 16,24 Mio. €). Die Liquidität des Eigenbetriebes war während des Geschäftsjahres jederzeit gesichert.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte der Eigenbetrieb einen Gewinn in Höhe von 1,07 Mio. € (Vj. 2,72 Mio. €). Auf die Sparte Hafen entfallen 1,00 Mio. € (Vj. 1,32 Mio. €) und auf die Sparte Markt 66 T€ (Vj. 1,40 Mio. €). Das Ergebnis ist um 1,66 Mio. € geringer als im Vorjahr, übertraf aber

den geplanten Gewinn von 252 T€ um 814 T€. Im Plan ging man aufgrund des geplanten Verkaufs des Grundstücks des Frischezentrums nicht mehr von Einnahmen aus Erbpachterträgen aus. Die Umsatzerlöse liegen bei 5,23 Mio. € (Vj. 5,15 Mio. €) und bestehen aus Personalkostenerstattungen (2,41 Mio. €), Pächterlösen aus Anlagevermögen (522 T€) und übrigen Pachteinahmen (2,29 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken von 2,65 Mio. € im Vorjahr auf 375 T€, hauptsächlich bedingt durch die im Vorjahr erfolgte Auflösung von Rückstellungen (2,34 Mio. €), die dieses Jahr mit 329 T€ deutlich niedriger ausfiel, sowie im Vorjahr erzielten Erträgen aus Anlagenverkauf (270 T. Der Personalaufwand hat sich zum Stichtag bei einer Mitarbeiterzahl von 36 (Vj. 35) um 48 T€ auf 2,56 Mio. € leicht verringert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen um 60 T€ auf 432 T€, dabei nahmen die Beratungskosten stark ab und die Aufwendungen für Rückstellungen wegen Altlastsanierung stiegen deutlich an. Das Finanzergebnis zeigt sich mit -362 T€ um 312 T€ verschlechtert (Vj. -49 T€). Die Verschlechterung ist auf geringere Zinsen und ein Aufhebungsentgelt für die Rückzahlung eines Darlehens zurückzuführen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangesprache fanden statt am 16.05.2019 für die Planjahre 2020 und 2021 und am 27.05.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 06.05.2022 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	30.975	31.506	-530	-1,7
Sachanlagen	29.260	29.788	-527	-1,8
Finanzanlagen	1.715	1.718	-3	-0,2
Umlaufvermögen	12.058	16.692	-4.633	-27,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.597	16.582	-4.985	-30,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	461	109	352	322,6
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	-0	-91,5
Bilanzsumme	43.034	48.197	-5.164	-10,7
PASSIVA				
Eigenkapital	37.099	36.759	340	0,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	11.500	11.500	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	20.435	20.435	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	4.098	2.100	1.998	95,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1.067	2.724	-1.657	-60,8
Rückstellungen	2.964	3.752	-788	-21,0
Verbindlichkeiten	148	4.848	-4.699	-96,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	3.500	-3.500	-
Passive latente Steuern	2.740	2.733	7	0,2
Rechnungsabgrenzungsposten	82	105	-23	-22,2
Bilanzsumme	43.034	48.197	-5.164	-10,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.225	5.153	71	1,4
Gesamtleistung	5.225	5.153	71	1,4
sonstige betriebliche Erträge	375	2.652	-2.278	-85,9
Personalaufwand	-2.562	-2.610	48	-1,9
Abschreibungen	-743	-880	137	-15,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-432	-492	60	-12,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1.862	3.823	-1.961	-51,3
Finanzergebnis	-362	-49	-312	636,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	1.501	3.774	-2.273	-60,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-434	-1.050	616	-58,7
Ergebnis nach Steuern	1.067	2.724	-1.657	-60,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.067	2.724	-1.657	-60,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.067	2.724	-1.657	-60,8
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	36	35	1	2,9

1.8.1 Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH

Anschrift: Josef-Eicher-Straße 10 60437 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/50 77 598-00	E-Mail/Internet: info@frische-zentrum-frankfurt.de www.frische-zentrum-frankfurt.de
Gründung: 29.01.2002	Unternehmensgegenstand: Betrieb eines Frischezentrums mit allen dafür erforderlichen Teilfunktionen.	
Gesellschafter: Händler Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main Interessengemeinschaft Großmarkt Frankfurt e. V.	Kapitalanteile: 5.060.450 € = 74,94 % 1.688.100 € = 25,00 % 4.150 € = 0,06 % 6.752.700 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Silke Pfeffer		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	12 Mitglieder Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr OB Peter Manuel Feldmann Frau StRin Anna Grundel Frau StRin Stephanie Wüst	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Clemens Götzinger Herr Peter Grundhöfer Herr Aaron Jurk Herr Wolfgang Lindner Herr Thomas Reitmeier Herr Erkan Satir Herr Ralf Wisser Frau Halime Yalcin Herr Ruhi Yavuz	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 66,67 %		

A. Ausblick 2022

Der Grundstückskauf des Geländes des Frischezentrums von den Hafen- und Marktbetrieben der Stadt Frankfurt am Main konnte im Januar 2022 vollzogen werden. Es wird von einer gleichbleibenden Umsatzentwicklung und Ergebnisentwicklung ausgegangen. Vor diesem Hintergrund sind notwendige Investitionen und Instandhaltungen in größerem Umfang beabsichtigt. Die Sanierung der Rampenflächen an der Lagerhalle soll im 1. Halbjahr des Geschäftsjahres realisiert werden. Die vorbereitenden Arbeiten zur Erneuerung der zentralen Kälteanlage werden abgeschlossen werden. In Kooperation mit einem Contractingpartner

und mit neuen Kälteanlagen soll ins Geschäftsjahr 2023 gestartet werden. Die Umrüstung der Beleuchtungsanlage auf LED-Beleuchtung und der Austausch der Sicherheitsbeleuchtung werden ebenfalls in 2022 abgeschlossen werden.

Die Geschäftsführung erwartet eine positive Geschäftsentwicklung für das Jahr 2022. Der Wirtschaftsplan sieht dabei einen Jahresüberschuss für das Jahr 2022 von ca. 1 Mio. € bei Umsatzerlösen von 8,20 Mio. € vor.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie können die Zahlungsfähigkeit von Mietern negativ beeinflussen, so dass die Mieterträge des Frischezentrums hinsichtlich Höhe und Zahlungszeitpunkt in Mitleidenschaft gezogen werden können. Daneben

könnten auch die knappen personellen Ressourcen der Gesellschaft negativ beeinflusst werden, so dass die ordnungsgemäße Fortführung der Geschäftstätigkeit beeinflusst sein könnte.

Es wird von einer stabilen Vermietungsquote ausgegangen, da bereits mehr Flächen nachgefragt werden, als zur Verfügung gestellt werden können.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft hat mit den früheren Marktbetrieben einen Erbbaurechtsvertrag über das Gelände des Frischezentrums geschlossen. Im Januar 2021 hat die Stadtverordnetenversammlung dem Verkauf des Grundstücks an das Frischezentrum zugestimmt. Das Jahr 2021 war durch Bemühungen zum Abschluss des Grundstückskaufs geprägt, konnte im Geschäftsjahr 2021 aber nicht notariell beurkundet werden.

Die Vermietungssituation der Gesellschaft entwickelte sich im Jahr 2021 stabil auf hohem Niveau. Zum 31.12.2021 wurde eine Auslastungsquote von insgesamt 95,1% erreicht. In der Lagerhalle ist derzeit noch eine größere Mietfläche verfügbar, für die es aber Mietinteressenten gibt. Die Vermietung der Büroflächen entwickelt sich ebenfalls erfreulich. Lediglich die Vermietung einer Etage im Bürogebäude C/E gestaltet sich weiterhin anspruchsvoll. Fehlende Parkmöglichkeiten vor dem Gebäude sind der Grund für den fehlenden Anreiz an diesen Flächen. In der Verkaufshalle ist die Vollvermietung erreicht, die Vermietungsquote beträgt hier 100%. Das technische Gebäudemanagement wurde bis zum 30.06.2021 durch die Wisag Gebäudetechnik-Hessen GmbH & Co. KG durchgeführt. Seit dem 01.07.2021 wird die Haustechnik des Frischezentrums in Eigenregie erbracht.

Das Jahresergebnis 2021 konnte im operativen Bereich (ohne Risikovorsorge) an die Entwicklung des Vorjahres anschließen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich geringfügig von 21,86 Mio. € auf 21,76 Mio. € verringert. Auf der Aktivseite ist insbesondere das Anlagevermögen aufgrund außerplanmäßiger Abschreibungen um

4,16 Mio. € auf 11,97 Mio. € (Vj. 16,29 Mio. €) gesunken. Das Umlaufvermögen stieg dagegen von 4,09 Mio. € auf 8,24 Mio. € an. Die liquiden Mittel stiegen um 3,95 Mio. €. Passivisch hat sich das Eigenkapital um 1,07 Mio. € erhöht, bedingt durch höhere Gewinnrücklagen, einen höheren Gewinnvortrag und ein leicht verbessertes Jahresergebnis. Die Verbindlichkeiten haben sich um 744 T€ auf 11,57 Mio. € (Vj. 12,31 Mio. €) verringert. Dabei sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 847 T€ und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen um 73 T€. Nur die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (9,55 Mio. €, Vj. 9,52 Mio. €) haben eine Laufzeit von länger als einem Jahr.

Die Rückstellungen nahmen um 422 T€ auf 239 T€ ab (Vj. 661 T€), da nach dem Abschluss von Rechtsstreitigkeiten Rückstellungen aufgelöst werden konnten.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2021 hat sich ein um 137 T€ verbessertes Jahresergebnis mit einem Jahresüberschuss von 1,07 Mio. € (Vj. 932 T€) ergeben. Die Umsatzerlöse (8,17 Mio. €) gingen um 885 T€ zurück, davon entfielen 814 T€ auf Nebenkostenerlöse, die in 2020 als Einmaleffekt für Vorjahre anfielen. Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 4,25 Mio. € um 3,34 Mio. € über dem Vorjahr, hauptsächlich bedingt (3,20 Mio. €) durch einen Vergleich über die Sanierung von Bodenbelägen in und vor den Hallen. Zudem wurden Rückstellungen aufgelöst (410 T€), Wertberichtigungen für Vorjahre in Höhe von 418 T€ aufgehoben und Schadensersatz vereinnahmt (221 T€). Die Vermietungsquote lag insgesamt bei 95,1%, in der Verkaufshalle (Halle A) ist mit 100 % eine Vollvermietung erreicht.

Der Personalaufwand hat sich leicht verringert, die Zahl der durchschnittlichen Mitarbeitenden blieb mit 11 konstant.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (5,41 Mio. €, Vj. 6,28 Mio. €) gingen um 869 T€ zurück. Vor allem der niedrigere Aufwand an Rechtsberatung (490 T€, Vj. 952 T€) sowie um 350 T€ geringere Aufwendungen für Einstellungen und Einzelwertberichtigung trugen zum Rückgang

bei. Außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen von 3,20 Mio. € (entsprechend der Höhe der Einnahmen aus dem Vergleich zur Bodensanierung) erhöhten die Abschreibungen auf 4,22 Mio. € (Vj. 1,02 Mio. €). Das Finanzergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von Tilgungen und günstigeren Finanzierungskonditionen leicht verbessert werden (-395 T€, Vj. -456 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Er wird belegt durch die Struktur der Gesellschaft mit mehrheitlicher Beteiligung diverser privater, am Markt tätiger Firmen. Hierin zeigen sich die Akzeptanz und die Bedeutung des Frischezentrums für den Wirtschaftszweig.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	11.970	16.129	-4.159	-25,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0,0
Sachanlagen	11.970	16.129	-4.159	-25,8
Umlaufvermögen	8.242	4.090	4.151	101,5
Vorräte	43	23	20	85,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.882	2.698	184	6,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	5.317	1.369	3.948	288,4
Aktive latente Steuern	0	3	-3	-
Rechnungsabgrenzungsposten	1.546	1.633	-87	-5,3
Bilanzsumme	21.758	21.856	-98	-0,4
PASSIVA				
Eigenkapital	9.949	8.880	1.069	12,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	6.753	6.753	0	0,0
Kapitalrücklage	227	227	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.000	250	750	300,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	901	719	182	25,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1.069	932	137	14,7
Rückstellungen	239	661	-422	-63,9
Verbindlichkeiten	11.570	12.314	-744	-6,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.564	2.411	-847	-35,1
Bilanzsumme	21.758	21.856	-98	-0,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.168	9.053	-885	-9,8
Gesamtleistung	8.168	9.053	-885	-9,8
sonstige betriebliche Erträge	4.249	912	3.337	365,7
Personalaufwand	-688	-710	22	-3,1
Abschreibungen	-4.220	-1.019	-3.201	314,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.407	-6.276	869	-13,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2.102	1.960	142	7,2
Finanzergebnis	-395	-456	62	-13,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	1.707	1.504	203	13,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-536	-470	-66	14,1
Ergebnis nach Steuern	1.171	1.034	137	13,3
Sonstige Steuern	-103	-103	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.069	932	137	14,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.069	932	137	14,7
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	11	11	0	0,0
Vermietungsstand (in %)	95	95	0	0,0

1.9 HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung

Anschrift: Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 36 97	E-Mail/Internet: info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de
Gründung: 02.04.2001	Unternehmensgegenstand: Die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Hafeneinrichtungen der Stadt Frankfurt am Main sowie die Durchführung eines Hafensbetriebs in all seinen Bereichen der Güterlogistik und der Lagerung. Außerdem die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Kleinmarkthallen und Wochenmärkte der Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Ralf Karpa		
Aufsichtsrat:	5 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Stephanie Wüst	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Mike Josef	
	Frau Stv Natascha Kauder	
	Herr StR Claus Möbius	
	Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch	
	Frau StRin Stephanie Wüst	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 60,00 %		
Beirat:	5 Mitglieder	
	Herr Michael Loulakis	
	Herr Rudolf Sehring	
	Herr Roger Simak	
	Herr Dr. Alexander theiss	
	Herr Eberhard Weiß	

A. Ausblick 2022

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie treffen auch die HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH (HFM).

Im Bereich Hafen hat das Jahr 2022 für die Güter-Binnenschifffahrt ohne Beeinträchtigung begonnen. Lieferkettenengpässe könnten aber die Containerschifffahrt negativ beeinflussen, internationale Krisen die im Hafen umgeschlagenen Mengen an fossilen Brennstoffen. Für den Hafensbetrieb wird von einer vergleichbaren Umschlagsleistung wie 2021 ausgegangen, sofern es nicht zu einer Niedrig- oder Hochwasserperiode kommt. Bei stabiler Lage werden etwas höhere Umschlagwerte als im Vorjahr erwartet. Es wird davon ausgegangen, dass der Bahnbetrieb auf dem Niveau von 2021 verbleibt,

bei einigen Teilbereichen ist aufgrund des anhaltenden Baubooms sogar mit Steigerungen zu rechnen. Ab dem Frühjahr 2022 werden die staatlichen Beschränkungen aufgehoben und mit einer langsamen Erholung des Marktbetriebs wird gerechnet. Im Projekt „Sanierung der Haustechnik der Kleinmarkthalle“ soll eine Bau- und Finanzierungsvorlage in die städtischen Gremien eingebracht werden.

Im Immobilienmanagement werden in 2022 voraussichtlich einige Mietverträge neu abgeschlossen, was zu höheren Einnahmen und Investitionen der Mieter in ihre Anlagen führen wird. Für einen insolventen Mieter wurde bereits ein Nachmieter gefunden. Auch Erneuerungen bzw. Abschlüsse von Erbbaurechtsverträgen sind vorgesehen. Die Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt

GmbH hat zu Anfang Januar 2022 die vereinbarte Kaufoption für das Grundstück wahrgenommen. Mit Zahlung des Kaufpreises entfällt der Erbbauzins bei der HFM. Die Geschäftsanteile der Hafen- und Marktbetriebe am Frischezentrum könnten weiterhin veräußert oder entsprechend dem Gesellschaftsvertrag nach einem Kauf des Grundstücks durch die Frischezentrum GmbH gegen Wertausgleich (Verkehrswert) innerhalb von sechs Monaten eingezogen werden. Zudem kommt es vielleicht zu weiteren Grundstücksverkäufen in den Stadtteilen Riederwald und Seckbach.

Der Wirtschaftsplan für das laufende Geschäftsjahr 2022 weist einen Jahresüberschuss von 1,18 Mio. € aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Seit dem 01.07.2002 hat die HFM den gesamten Geschäftsbetrieb der Hafenbetriebe (Eigenbetrieb) gepachtet. Analog dazu hat die HFM zum 01.01.2007 auch den Geschäftsbetrieb der Marktbetriebe (Eigenbetrieb) übernommen. Mit Wirkung zum 01.01.2018 wurden die beiden Eigenbetriebe Hafenbetriebe und Marktbetriebe zu einem Eigenbetrieb „Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main“ zusammengefasst.

Im Geschäftssegment Hafen liegt der Fokus der HFM auf der Stärkung der Gewerbe- und Industriegebiete im Osthafen und Gutleuthafen, der Attraktivitätssteigerung des Hafenstandortes und darauf, zur Ver- und Entsorgung des Wirtschaftsraumes Frankfurt am Main beizutragen. Hierzu unterstützt die Gesellschaft die Entwicklung und Realisierung logistischer Konzepte der Hafenwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsträger Binnenschiff und Bahn.

Im Schiffsverkehr wurden in 2021 Güter mit 2.931.308 t (Vj. 3.260.563 t) umgeschlagen (-10,1 %). Der Rückgang des Umschlagvolumens entstand vor allem in den Bereichen Mineralölerzeugnisse, Baustoffe sowie Container und ist überwiegend in der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung begründet. Einschränkungen durch die Corona-Pandemie waren nicht festzustellen. Gestiegen ist der Umschlag von festen mineralischen

Brennstoffen (+302,2 %) sowie Erz- und Metallabfällen (11,6 %). Rückläufig waren insbesondere Maschinen und sonstige Güter (-24 %), Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase (-15,8 %) sowie Steinen und Erde (einschließlich Baustoffe, -13 %).

Der Schiffscontainerumschlag (twenty-foot equivalent unit = tEU) ist gegenüber dem Vorjahr um 11,9 % gefallen, es wurden insgesamt 164.381 t (Vj. 216.288 t) Material umgeschlagen. Containertransporte per Bahn stiegen um 5,5 % auf 527.824 t (Vj. 500.409 t), die Anzahl der tEU um 6,5 % auf 59.719 (Vj. 56.096 tEU).

Beim Hafengebäudeverkehr wurde ein Zuwachs von 27,6 % auf 1.567.100 t (Vj. 1.227.807 t) erzielt. Dabei stiegen der Transport von Steinen und Erden (einschließlich Baustoffen) um +54 %, Erze und Metallabfälle um 37,9 %, besonders stark, feste mineralische Brennstoffe um 11,5 %, Maschinen um 7,8 % und Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase um 6,4 %. Eisen- und Stahlerzeugnisse fielen um -1 %, chemische Erzeugnisse um -17 %.

Im Geschäftssegment Markt wurden durch die HFM 24 Wochenmarktveranstaltungen auf 19 Marktplätzen im Stadtgebiet Frankfurt organisiert. Die Frankfurter Wochenmärkte und Markthallen waren in der Pandemie für Versorgungseinkäufe unter Beachtung von Maskenpflicht sowie Abstands- und Hygieneregeln geöffnet, teils mit angepasstem Angebot. Größere Veranstaltungen sowie der Betrieb von Spezialmärkten wie etwa Flohmärkten waren in 2021 erheblich beschränkt oder untersagt. Ab Juli 2021 durfte der Flohmarkt wieder durchgeführt werden. Die Märkte und Markthallen waren durch die Pandemie ungleich stärker belastet und eingeschränkt als dies im Geschäftsbereich Hafen oder Immobilien der Fall war, freigewordene Standflächen wurden durch Interessenten nicht abgefragt, so dass keine Neuvermietungen erfolgten.

Im Immobilienmanagement sind die Flächenkapazitäten im Hafen unverändert komplett ausgeschöpft und die vermietbaren Grundstücke zu 98 % vergeben. Im Bereich Bau sollen die Beton-Kaimauern und Sandsteinwände im Gebiet Osthafen sowie im Bereich der Liegeplätze für Hotel- und Flusskreuzfahrtschiffe abschnittsweise saniert werden. Zudem sind weitere Umgestaltungen und Umbauten an den

Liegenschaften in Planung bzw. Beauftragung Die Straßenbeleuchtung soll auf energiesparende LED-Leuchten umgerüstet werden. An der Landstromversorgung an fünf innerstädtischen Liegeplätzen für Fluss- und Hotelschiffe wird weiterhin gearbeitet. In der Kleinmarkthalle werden laufend einzelne Maßnahmen zur Verbesserung des organisatorischen und baulichen Brandschutzes sowie zum Bestandserhalt der gebäudetechnischen Einrichtungen umgesetzt. Die Intzestraße ist sanierungsbedürftig, kann wegen gleichzeitiger Sanierung der Franziusstraße aber nicht gesperrt werden. Es werden daher nur Reparaturarbeiten ausgeführt, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 10,70 Mio. € auf 13,53 Mio. € gestiegen. Bei den Aktiva wuchs das Anlagevermögen ganz leicht um 86 T€, das Umlaufvermögen dagegen stieg um 2,74 Mio. €. Der Zuwachs beim Umlaufvermögen (11,23 Mio. €, Vj. 8,49 Mio. €) ist bedingt durch die Zunahme der Forderungen an die Stadt Frankfurt am Main (Stadtkassenkonto) und einen Anstieg der Kassenbestände. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 800 T€ erhöht (8,11 Mio. €, Vj. 7,31 Mio. €). Dies ergibt sich aus dem Jahresüberschuss 2021 und unter Berücksichtigung der Ausschüttung des Vorjahrsergebnisses. Gleichzeitig stiegen die Rückstellungen um 2,13 Mio. €, bedingt durch höhere Steuerrückstellungen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt zum Abschlussstichtag 59,9 % (Vj. 68,2 %).

Der Finanzmittelfonds hat sich um 3,12 Mio. € auf 8,78 Mio. € erhöht. Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 7,47 Mio. € hat ausgereicht, die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (265 T€) und Finanzierungstätigkeit (4,08 Mio. €) vollständig auszugleichen.

Zur Erfolgslage

Zum 31.12.2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 4,88 Mio. € aus und liegt um 800 T€ über dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse stiegen um 840 T€ auf 22,76 Mio. € (Vj. 21,92 Mio. €), mit den größten Zuwächsen bei Hafengebühren (+209 T€), Platzmieten (+330 T€) und Raummieten (+137 T€). Dem gegenüber steht ein Rückgang (-135 T€) der sonstigen betrieblichen Erträge. Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 307 T€ auf 10,90 Mio. € gesunken. Am stärksten gingen Aufwendungen bei den Uferanlagen (-860 T€) zurück, während Kosten für Maschinen und Anlagen (+213 T€) und Bahnanlagen (+61 T€) stiegen. Viele andere Positionen haben sich gegeneinander verschoben. Der Personalaufwand bewegt sich mit 3,08 Mio. € in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (3,02 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 462 T€ auf 1,30 Mio. €, den größten Rückgang verzeichneten Prüfungs- und Beratungskosten (-344 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2021 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2020 von 3,43 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.

Im Geschäftsjahr betragen die Bezüge des Geschäftsführers 184 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der

Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 16.05.2019 für die Planjahre 2020 und 2021 sowie am 27.05.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 06.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.294	2.208	86	3,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	259	215	44	20,4
Sachanlagen	2.035	1.993	42	2,1
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	11.226	8.487	2.739	32,3
Vorräte	287	278	9	3,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.140	7.353	1.786	24,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.799	855	944	110,3
Rechnungsabgrenzungsposten	7	9	-2	-21,2
Bilanzsumme	13.526	10.704	2.822	26,4
PASSIVA				
Eigenkapital	8.105	7.305	800	11,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	675	675	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.525	2.525	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	4.880	4.080	800	19,6
Rückstellungen	4.612	2.482	2.130	85,8
Verbindlichkeiten	769	898	-129	-14,4
Rechnungsabgrenzungsposten	40	19	21	114,0
Bilanzsumme	13.526	10.704	2.822	26,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	22.760	21.920	840	3,8
Gesamtleistung	22.760	21.920	840	3,8
sonstige betriebliche Erträge	291	426	-135	-31,6
Materialaufwand	-10.900	-11.206	307	-2,7
Personalaufwand	-3.084	-3.021	-62	2,1
Abschreibungen	-180	-186	6	-3,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.296	-1.758	462	-26,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	7.592	6.175	1.417	23,0
Finanzergebnis	-7	-6	-1	17,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	7.585	6.169	1.416	23,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.356	-1.740	-616	35,4
Ergebnis nach Steuern	5.229	4.429	800	18,1
Sonstige Steuern	-349	-349	0	-0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	4.880	4.080	800	19,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.880	4.080	800	19,6
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	51	52	-1	-1,9
Schiffsgüterumschlag (in t)	2.931.308	3.260.563	-329.255	-10,1
Hafenbahnverkehr (in t)	1.567.100	1.227.807	339.293	27,6

1.10 KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Anschrift: Uhlandstraße 11 60314 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/40 58 73-12	E-Mail/Internet: info@keg-frankfurt.de www.keg-frankfurt.de
Gründung: 26.01.1995	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Entwicklung und Veräußerung von Flächen, vorrangig im Stadtgebiet Frankfurt am Main, deren bisherige, insbesondere militärische Nutzung für andere Zwecke, vornehmlich den Wohnungsbau, geändert werden soll. Soweit es wirtschaftlich und städteplanerisch zweckmäßig erscheint, ist die Gesellschaft zudem berechtigt, mittel- und ggf. auch längerfristige Nutzungsverhältnisse (bspw. Vermietung an Dritte) zu begründen. Die Gesellschaft kann auch zum Zwecke der Errichtung von öffentlich geförderten Wohngebäuden Flächen erwerben, bebauen, verwalten und vermieten.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH	Kapitalanteile: 40.000 € = 50,00 % 40.000 € = 50,00 % 80.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Klaus-Peter Kemper		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	10 Mitglieder Frau StRin Sylvia Weber Herr StR Mike Josef Herr Stv Johannes Lauterwald Herr Arndt Seeger Frau StRin Elke Voitl Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Robert Faktor Herr Heinrich Liman Herr Gerald Lipka Frau Gaby Morr Herr Wolfgang Rhein	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 40,00 %		

A. Ausblick 2022

Alle Bevölkerungsprognosen bis zum Jahr 2030 beinhalten die Aussage, dass der Wohnungsmarkt in der Stadt Frankfurt am Main durch starke Nachfrage geprägt sein wird. Es wird daher erwartet, dass auch in 2022 alle Liegenschaften der KEG vermietet werden können. Die Instandhaltungskosten werden auch in 2022 wegen des guten Zustandes der Immobilien gering sein.

Die politische Entwicklung wirkt sich aufgrund des Krieges in der Ukraine und daraus resultierender Flüchtlingsströme sowie wirtschaftlicher Auswirkungen auch auf die Entwicklung der KEG aus. Insbesondere verschärfte Lieferkettenrisiken, höhere

Energiepreise und Risiken der Kreditversorgung können die Gesellschaft treffen.

Für das Jahr 2022 wird ein leicht erhöhter Jahresüberschuss erwartet. Die Fertigstellung weiterer Projekte und die Veräußerung von Bauland sind vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH, Mitgesellschafterin der KEG, fungiert als Geschäftsbesorgerin. Ein neuer Flächen- oder Objekterwerb hat in 2021 nicht stattgefunden, ebenso wurden keine Flächen oder

Objekte veräußert. Folgende wesentliche Projekte wurden im Berichtsjahr weiter vorangetrieben bzw. fertiggestellt:

- Ehemalige Breuerwerke: Übergabe der Neubauten an die Nutzer:innen und Inbetriebnahme des Wertstoffhofes
- Projekt Opel Bucher: Planung und Abstimmung mit Ämtern und Nachbarn
- Milchsackgelände: Instandhaltungsmaßnahmen
- Parkstadt II: Investorengespräche und Abstimmungen wg. B-Plan
- Mertonstraße: Verlängerung Anhandgabeverfahren und Zwischennutzung
- Gebäude ehemalige Taunussparkasse in Höchst: Beginn der Bauarbeiten
- Liegenschaftsfonds: Untersuchungen potentieller Projekte

Neben dem Geschäftsführer hatte die KEG im Berichtsjahr drei geringfügig Beschäftigte.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,76 Mio. € auf 204,72 Mio. € erhöht. Dies beruht passivisch im Wesentlichen auf erhöhten Kreditverbindlichkeiten (+11,23 Mio. €). Aktivisch hat sich das Anlagevermögen aufgrund der Investitionstätigkeit um 7,19 Mio. € auf 188,17 Mio. € erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt 4,9 %.

Die zum Vorjahresstichtag bestehende Finanzierungslücke hat sich zum Stichtag um 1,20 Mio. € auf 11,54 Mio. € verringert. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 15,46 Mio. € konnte durch den Finanzierungszufluss von 9,13 Mio. € sowie den Zufluss aus dem laufenden Geschäft von 7,52 Mio. € kompensiert werden.

Ursächlich für die Finanzierungslücke ist im Wesentlichen die in der Kapitalflussrechnung zu erfassende jederzeit fällige Zwischenfinanzierung im Projekt Breuerwerke/FES in Höhe von 10,69 Mio. €. In 2022 soll diese durch ein langfristiges Darlehen ersetzt werden. Die Aktivierung der Bauzeitzinsen hat sich verbessernd auf das Zinsergebnis ausgewirkt. Gleichwohl stellt das negative Zinsergebnis von 2,60 Mio. € (Vj. 2,49 Mio. €) nach wie vor eine

erhebliche Belastung dar.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss von 190 T€ (Vj. 63 T€). Im Berichtsjahr verzeichnete die Ertragslage einen leichten Umsatzrückgang. Die Umsätze verringerten sich um 489 T€ auf 16,35 Mio. €. Zu dieser Entwicklung haben um 173 T€ gesunkene Erlöse aus der Hausbewirtschaftung und um 316 T€ gesunkene Erlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen beigetragen. Die gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Zuschussansprüchen (1,07 Mio. €). Die den Erlösen gegenüberstehenden Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen aus Hausbewirtschaftung betragen 4,04 Mio. € zuzüglich der Abschreibungen von 7,69 Mio. €. Letztere erhöhten sich vor allem aufgrund der Fertigstellung von im Vorjahr noch im Bau befindlichen Objekten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Gegenüber der Stadt Frankfurt am Main bestanden zum Stichtag Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 37,83 Mio. € (Vj. 40,60 Mio. €), die in Höhe von 17,75 Mio. € mit Grundpfandrechten besichert waren.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	188.173	180.989	7.184	4,0
Sachanlagen	188.149	180.965	7.184	4,0
Finanzanlagen	24	24	0	0,0
Umlaufvermögen	16.122	16.637	-515	-3,1
Vorräte	12.527	12.024	504	4,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.500	2.454	45	1,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.095	2.159	-1.063	-49,3
Rechnungsabgrenzungsposten	423	336	87	25,9
Bilanzsumme	204.718	197.962	6.756	3,4
PASSIVA				
Eigenkapital	10.027	9.773	254	2,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	80	80	0	0,0
Kapitalrücklage	2.065	2.000	65	3,2
Gewinnrücklagen / variables Kapital	3.905	3.905	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	3.788	3.724	63	1,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	190	63	126	199,0
Sonderposten	724	0	724	-
Rückstellungen	4.854	5.452	-598	-11,0
Verbindlichkeiten	185.414	178.183	7.231	4,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	143.688	132.462	11.226	8,5
Passive latente Steuern	2.578	2.407	171	7,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.122	2.146	-1.025	-47,7
Bilanzsumme	204.718	197.962	6.756	3,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	16.349	16.838	-489	-2,9
Bestandsänderung UE / FE	504	787	-283	-36,0
Gesamtleistung	16.853	17.625	-772	-4,4
sonstige betriebliche Erträge	1.183	173	1.011	585,1
Materialaufwand	-5.486	-6.214	728	-11,7
Personalaufwand	-30	-24	-7	28,0
Abschreibungen	-7.686	-7.218	-468	6,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.492	-1.374	-119	8,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	3.342	2.968	374	12,6
Finanzergebnis	-2.596	-2.485	-111	4,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	746	483	263	54,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-279	-157	-122	77,9
Ergebnis nach Steuern	467	326	141	43,2
Sonstige Steuern	-277	-263	-15	5,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	190	63	126	199,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	190	63	126	199,0
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	3	2	1	50,0

1.11 Messe Frankfurt GmbH und Konzern

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/75 75-0	E-Mail/Internet: info@messefrankfurt.com www.messefrankfurt.com
--	---------------------------------	---

Gründung: 22.11.1907	Unternehmensgegenstand: Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland, durch Veranstaltung oder Durchführung von Kongressen und Tagungen und durch alle mit den Messe-, Ausstellungs-, Kongress- und Tagungsgeschäften zusammenhängenden Tätigkeiten. Zur Erfüllung dieses Zwecks unterhält die Gesellschaft Messe- und Ausstellungsanlagen sowie Kongress- und Tagungsräume, die sie für die Veranstaltungen nutzt oder gegen angemessenes Entgelt vermietet. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, auf ihrem Gelände Veranstaltungen sportlicher, kultureller oder sonstiger Art durchzuführen oder ihre Anlagen für solche Zwecke zu vermieten.
--------------------------------	---

Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Land Hessen	Kapitalanteile: 108.000.000 € = 60,00 % 72.000.000 € = 40,00 % 180.000.000 € = 100,00 %
--	---

Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin
--

Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	21 Mitglieder Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr StR Mike Josef Frau StRin Stephanie Wüst
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Staatsmin Tarek Al-Wazir Herr Staatsmin Peter Beuth Frau Britta Böcher (AN) Herr Staatsmin Michael Boddenberg Herr Wolfgang Dimmer (AN) Herr Bernd Dombek (AN) Herr Bernd Ehinger Herr Klaus Gravemann Frau Dr. Isabella-Afra Holst Herr Andreas Pipperek (AN) Herr Dr. Lutz Raettig Herr Thomas Rathgeber (AN) Frau Christiane Rüdiger (AN) Frau Ute Schuchardt (AN) Herr Jürgen Vormann Herr Hamid Yazdtschi

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
40,00 %	28,57 %	14,00 %

Beteiligungen:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main
 Messe Frankfurt Venue GmbH

Kapitalanteile:

25.000.000 € = 100,00 %
 151.000.000 € = 100,00 %

A. Ausblick 2022

Nicht nur das Geschäft mit Messen, Ausstellungen und Events ist seit 2020 global massiv von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Aufgrund der weltweit wiederkehrenden Infektionswellen und den damit einhergehenden Beschränkungen haben sich die Voraussetzungen für die Durchführung internationaler Großveranstaltungen seither nicht grundlegend verbessert. Deshalb mussten im Frühjahr 2022 abermals bedeutende internationale Leitmesse am Standort Frankfurt am Main (Ambiente, Heimtextil, Light + Building sowie Christmas-, Paper- und Creativworld) abgesagt bzw. verschoben werden. Ab dem zweiten Quartal war die Durchführung von Messeveranstaltungen am Standort Frankfurt am Main zwar wieder möglich, jedoch bleiben mit Blick auf den Herbst/ Winter 2022 große Unsicherheiten. International problembehaftet sind für 2022 auch die Entwicklungen in Asien und insbesondere China, da die großräumig verhängten Lockdowns zu einem temporären Veranstaltungsverbot und massiver Reisebeschränkung geführt haben. Die als Ersatz angebotenen digitalen Events werden von ausstellenden Firmen und Besuchenden als nicht gleichwertig zu einer analogen Messe angesehen, aus der Sicht der Messe Frankfurt gilt dies vor allem nicht in wirtschaftlicher Hinsicht. Perspektivisch können diese lediglich als Ergänzung des Angebots betrachtet werden. Auf die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie hat die Messe Frankfurt neben einem konzernübergreifenden Kostensenkungsprogramm mit umfassenden Liquiditätssicherungsmaßnahmen reagiert und diese weitergeführt. Trotz der Rahmenbedingung ist es der Tochtergesellschaft Messe Frankfurt Exhibition GmbH gelungen, die Weltleitmesse Eurobike an den Standort Frankfurt am Main zu holen. Sie wird ab dem Jahr 2022 jährlich stattfinden. Im Gegensatz dazu hat im Januar 2022 ein Kooperationspartner der Frankfurt Fashion Week entschieden, den Standort Frankfurt am Main wieder zu verlassen.

Der seit Februar 2022 bestehende Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat weitreichende Sanktionen der westlichen Staaten gegenüber Russland zur Folge. In diesem Zusammenhang hat die Messe Frankfurt entschieden, sich aus dem russischen Markt zurückzuziehen und die Anteile an ihrer russischen Gesellschaft zu verkaufen. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die Entwicklung der Weltwirtschaft auch wesentlich durch den derzeitigen Krieg zwischen Russland und der Ukraine beeinträchtigt wird. Die weltweiten Sanktionen gegen Russland, die Auswirkungen auf die weltweite konjunkturelle Lage und auf Rohstoff- und Energiepreise sowie die Inflation können derzeit noch nicht abschätzbare Folgen für die Veranstaltungsbranche nach sich ziehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die weltweite Durchführung von Messen und Ausstellungen ist das Kerngeschäft der Messe Unternehmensgruppe, die an rund 50 Standorten nahezu 150 Veranstaltungen durchführt. Sie werden von der Messe Frankfurt Exhibition GmbH und ihren Tochtergesellschaften im In- und Ausland veranstaltet. Des Weiteren vermarktet der Konzern über die Messe Frankfurt Venue GmbH Eventflächen für Messen, Kongresse, Konzerte, Sport- und Kulturveranstaltungen und stellt hierfür Infrastruktur (Messehallen, Kongressräume) und zahlreiche Serviceleistungen bereit. Das gemeinsame Dach der Unternehmensgruppe bildet die Messe Frankfurt GmbH, die in ihrer Funktion als Holding der Konzernsteuerung dient sowie zentrale Verwaltungsfunktionen bereitstellt.

Die Unternehmensgruppe Messe Frankfurt GmbH verfügt neben der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH über sechs inländische, 22 ausländische Tochtergesellschaften, sechs Niederlassungen sowie 53 Sales Partner, die weltweit aktiv waren. In dem durch die Corona-Pandemie geprägten Geschäftsjahr 2021 führte die Unternehmensgruppe

insgesamt 187 Veranstaltungen (Vj. 153) mit 1.396.282 Besucher:innen durch (Vj. 1.390.732). Darunter waren 64 Messen und Ausstellungen (Vj. 46), zu denen 29.757 Ausstellende (Vj. 33.301) und 1.352.448 Besucher:innen (Vj. 1.200.305) teilnahmen. Es wurden insgesamt 885.266 qm Nettofläche vermietet (Vj. 1.051.671 qm). Von den Messen fanden 53 (Vj. 34) im Ausland statt - mit 25.206 Ausstellenden (Vj. 20.410) und 1.228.910 Besucher:innen (Vj. 895.584) auf 754.341 qm (Vj. rund 558.777 qm). Regionaler Schwerpunkt des Auslandsgeschäfts ist Asien. Neben den Messeveranstaltungen gab es 123 Kongresse und andere Events (Vj. 107). Davon fanden im Berichtsjahr am Messeplatz Frankfurt 100 Kongresse und Events (Vj. 93) statt mit 42.046 Besucher:innen (Vj. 184.210). Zu den Events rechnen auch elf internationale German Pavillons (Vj. 4). Dies sind Gemeinschaftsausstellungen im Ausland, die mit und für deutsche Unternehmen im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie konzipiert und durchgeführt werden.

Im Folgenden werden die wirtschaftlichen Eckdaten der Messe Frankfurt GmbH (Holding) sowie im Schwerpunkt für den Messe Frankfurt Konzern dargestellt. Wegen des fehlenden operativen Geschäfts der Holding ist deren Beteiligungsergebnis und das Zinsergebnis von zentralem Interesse. Die Messe Frankfurt Holding GmbH übt für die Unternehmen der Gruppe die Funktion einer „internen Bank“ aus, sie vereinnahmt nach festgelegten Regeln zum Zweck des konsolidierten Cashmanagements die liquiden Mittel der Tochtergesellschaften und beschafft sich ggf. Liquidität für die Unternehmensgruppe durch externe Kapitalaufnahmen (Cash Pooling).

Zur Vermögens- und Kapitallage / Messe Frankfurt GmbH (Holding)

Die Bilanzsumme der Messe Frankfurt GmbH beträgt 780,67 Mio. € (Vj. 801,24 Mio. €). Das Anlagevermögen der Holding in Höhe von 621,86 Mio. € (Vj. 645,83 Mio. €) ist im Wesentlichen geprägt durch die Finanzanlagen, die mit 615,04 Mio. € (Vj. 636,08 Mio. €) rund 78,8 % der Bilanzsumme ausmachen. Die Position beinhaltet überwiegend die

von der Holding gehaltenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie langfristige Ausleihungen an verbundene Unternehmen. Der Rückgang der Ausleihungen im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich insbesondere aus den geleisteten Darlehenstilgungen der Messe Frankfurt Venue GmbH. Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 157,16 Mio. € erhöht (Vj. 154,18 Mio. €). Der Anstieg des Umlaufvermögens ist auf eine deutliche Zunahme der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 48,49 Mio. € bei einer gleichzeitigen Abnahme der Wertpapiere um 44,97 Mio. € zurückzuführen. Die Zunahme der Forderungen ist insbesondere auf die Forderungen aus Cash Pool gegenüber der Tochtergesellschaft Messe Frankfurt Venue GmbH zurückzuführen.

Auf der Passivseite ergibt sich aus dem hohen Jahresfehlbetrag 2021 in Höhe von -120,56 Mio. € per Saldo ein verringertes Eigenkapital von 285,14 Mio. € (Vj. 405,71 Mio. €). Hieraus errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 36,5 % (Vj. 50,6 %). Die Verbindlichkeiten der Holding erhöhen sich im Geschäftsjahr 2021 auf 480,89 Mio. € (Vj. 380,59 Mio. €), was vor allem auf die pandemiebedingte Aufnahme von Darlehen zurückzuführen ist. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen haben sich ebenfalls erhöht, da sich die dort ausgewiesenen Cash Pool-Guthaben der Tochtergesellschaften erhöht haben.

Zur Erfolgslage/ Messe Frankfurt GmbH (Holding)

Die Messe Frankfurt GmbH (Holding) weist im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag von -120,56 Mio. € aus, welcher um 15,98 Mio. € schlechter ausfällt als im Vorjahr. Im Jahr 2019 hatte die Messe Frankfurt GmbH noch einen Jahresüberschuss in Höhe von 56,27 Mio. € ausgewiesen. Zentrale Bedeutung hat dabei das Finanzergebnis, das auf -117,38 Mio. € (Vj. -100,94 Mio. €) zurückgegangen ist. In dieser Position spiegeln sich die Ergebnisse der unmittelbaren Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Exhibition GmbH und Messe Frankfurt Venue GmbH wider, mit denen die Messe Frankfurt GmbH Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen hat. Als Ma-

nagementholding der Unternehmensgruppe Messe Frankfurt hat die Messe Frankfurt GmbH selbst kein operatives Geschäft, sondern vereint zentrale Verwaltungsfunktionen auf sich, die den Tochtergesellschaften gegen Umlage zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der negativen Jahresergebnisse der genannten Tochtergesellschaften (vgl. 1.11.1 und 1.11.2) ergibt sich wegen der Verpflichtung zum Ergebnisausgleich durch die Muttergesellschaft ein entsprechender Fehlbetrag im Finanzergebnis der Holding.

Ergebnisse des Konzerns Messe Frankfurt

Das Anlagevermögen des Konzerns beläuft sich auf 856,76 Mio. € (Vj. 788,01 Mio. €) und ist geprägt durch die in der Position Sachanlagen befindlichen Grundstücke und Gebäude des Messeplatzes Frankfurt, die überwiegend von der „Besitzgesellschaft“ Messe Frankfurt Venue GmbH gehalten werden. Die bauliche Entwicklung für den Messeplatz Frankfurt wird ausführlich in Abschnitt 1.11.2 dargestellt. Das Umlaufvermögen des Konzerns ist um 45,10 Mio. € auf 192,92 Mio. € zurückgegangen. Dabei haben sich pandemiebedingt Forderungen und Wertpapiere verringert.

Auf der Passivseite ergibt sich aufgrund des ausgewiesenen Konzernjahresfehlbetrages im Berichtsjahr per Saldo ein vermindertes Eigenkapital von 317,38 Mio. € (Vj. 457,21 Mio. €). In der Konzernbetrachtung geht die Eigenkapitalquote auf 30,1 % (Vj. 44,4 %) zurück. Wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie war zur Liquiditätssicherung die Aufnahme von langfristigen Darlehens notwendig. Per Saldo steigen die Verbindlichkeiten auf 605,63 Mio. € (Vj. 443,94 Mio. €).

In der Betrachtung der Ertragslage weist der Konzern im Berichtsjahr einen Konzernjahresfehlbetrag von -139,20 Mio. € aus (Vj. -121,94 Mio. €). Pandemiebedingt verringert sich dabei der Konzernumsatz um 102,84 Mio. € (-40,1 %) auf nur noch 153,83 Mio. €.

Im Inland sind die Umsatzerlöse um 89,70 Mio. € (-58,7 %) auf 63,2 Mio. € zurückgegangen. Hiervon entfallen rund 54,3 Mio. € auf den Standort Frankfurt am Main. Trotz eines konzernweiten Kostensenkungsprogramms konnten die betrieblichen

Aufwendungen nicht im gleichen Umfang wie die Umsatzerlöse gedrückt werden. Die betrieblichen Konzernaufwendungen gehen um 54,56 Mio. € (-13,5 %) auf insgesamt 350,17 Mio. € zurück. Dabei verringern sich die in der Position Materialaufwand abgebildeten veranstaltungsbezogenen Aufwendungen um 20,01 Mio. € (-15,4 %) auf insgesamt 110,28 Mio. €. Der Personalaufwand sinkt insbesondere wegen des Rückgangs der Anzahl an Mitarbeitenden sowie bestehendem Einstellungsstopp, Kurzarbeit und Gehaltsverzicht um 7,10 Mio. € von 132,33 Mio. € auf 125,23 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gehen von 76,98 Mio. € auf 56,91 Mio. € zurück, vor allem aufgrund niedrigerer Aufwendungen aus Kursdifferenzen, niedrigeren Abschreibungen auf Umlaufvermögen und niedrigeren übrigen Aufwendungen. Das Finanzergebnis aus Konzernsicht verschlechtert sich auf -6,83 Mio. € (Vj. -4,98 Mio. €), worin sich die höhere Zinslast aus der Darlehensaufnahme im Berichtsjahr widerspiegelt. Die maßgeblichen Zinsaufwendungen entfallen auf die Messe Frankfurt GmbH (Holding).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschaft hat im Jahr 2021 keine Dividende ausgeschüttet.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge von Herrn Marzin 466 T€, von Herrn Behm 420 T€ und von Herrn Braun 417 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 45 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Stadt Frankfurt am Main verpflichtete sich in 2010 auf die Richtlinien verantwortungsbewusster Unternehmensführung für ihre Beteiligungsunternehmen (PCGK). Zeitversetzt dazu hat die Hessische Landesregierung in 2015 die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Landes Hessen verabschiedet. Nach dem Inkrafttreten des Landeskodex sollen perspektivisch

aus beiden Richtlinien, d. h. der des Landes Hessen und der der Stadt Frankfurt am Main ein gemeinsamer Kodex entwickelt werden. Ziel ist es, gemeinsame „Standards“ und Regelungen guter Unternehmensführung und damit ein spezifischer Public Corporate Governance Kodex für die Messe Frankfurt GmbH zu formulieren. Eine entsprechende Empfehlung hat auch der Hessische Landesrechnungshof ausgesprochen.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Messe Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	621.860	645.827	-23.968	-3,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.674	5.361	-1.687	-31,5
Sachanlagen	3.150	4.389	-1.239	-28,2
Finanzanlagen	615.036	636.077	-21.041	-3,3
Umlaufvermögen	157.162	154.179	2.983	1,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	100.516	52.027	48.489	93,2
Wertpapiere	20.010	64.983	-44.974	-69,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	36.636	37.169	-533	-1,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1.652	1.234	418	33,9
Bilanzsumme	780.673	801.240	-20.567	-2,6
PASSIVA				
Eigenkapital	285.143	405.706	-120.563	-29,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	85.219	85.219	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	57.000	57.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	83.487	188.076	-104.588	-55,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-120.563	-104.588	-15.975	15,3
Rückstellungen	14.641	14.943	-302	-2,0
Verbindlichkeiten	480.888	380.590	100.298	26,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	323.948	346.947	-22.999	-6,6
Bilanzsumme	780.673	801.240	-20.567	-2,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	42.864	45.935	-3.071	-6,7
Gesamtleistung	42.864	45.935	-3.071	-6,7
sonstige betriebliche Erträge	1.893	4.223	-2.330	-55,2
Materialaufwand	-3.393	-3.187	-205	6,4
Personalaufwand	-23.906	-25.304	1.398	-5,5
Abschreibungen	-3.603	-4.121	518	-12,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-16.760	-21.617	4.857	-22,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-2.904	-4.071	1.167	-28,7
Finanzergebnis	-117.379	-100.937	-16.442	16,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-120.284	-105.008	-15.276	14,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-279	465	-744	-160,0
Ergebnis nach Steuern	-120.563	-104.543	-16.020	15,3
Sonstige Steuern	0	-45	45	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-120.563	-104.588	-15.975	15,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-120.563	-104.588	-15.975	15,3
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	268	289	-21	-7,3
Anzahl der Messen u. Ausstellungen in Frankfurt	10	9	1	11,1
Anzahl der Aussteller:innen in Frankfurt	4.045	11.519	-7.474	-64,9
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm) in Frankfurt	112	445	-333	-74,8
Besucher:innen (in Tsd.) in Frankfurt	116	269	-153	-56,9
Kongresse, Events und weitere Veranstaltungen in Frankfurt	100	93	7	7,5

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Messe Frankfurt GmbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	856.759	788.007	68.751	8,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	72.552	30.551	42.001	137,5
Sachanlagen	784.187	756.039	28.147	3,7
Finanzanlagen	20	1.417	-1.397	-98,6
Umlaufvermögen	192.918	238.019	-45.101	-18,9
Vorräte	1.142	1.104	37	3,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	43.540	49.760	-6.220	-12,5
Wertpapiere	20.010	64.983	-44.974	-69,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	128.227	122.172	6.055	5,0
Rechnungsabgrenzungsposten	4.682	4.110	572	13,9
Bilanzsumme	1.054.358	1.030.136	24.222	2,4
PASSIVA				
Eigenkapital	317.380	457.208	-139.829	-30,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	112.203	112.196	7	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	85.889	89.183	-3.294	-3,7
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	84.621	212.930	-128.309	-60,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-141.056	-128.699	-12.357	9,6
Anteile anderer Gesellschafter	3.281	3.735	-454	-12,2
Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-7.558	-12.137	4.578	-37,7
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	1.147	1.563	-416	-26,6
Sonderposten	8.232	10.379	-2.147	-20,7
Rückstellungen	100.010	97.833	2.178	2,2
Verbindlichkeiten	605.630	443.937	161.692	36,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	326.637	346.947	-20.310	-5,9
Passive latente Steuern	8.996	2.985	6.011	201,3
Rechnungsabgrenzungsposten	12.963	16.231	-3.267	-20,1
Bilanzsumme	1.054.358	1.030.136	24.222	2,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	153.834	256.671	-102.837	-40,1
Bestandsveränderung UE / FE	94	-617	710	-115,2
Gesamtleistung	153.927	256.054	-102.127	-39,9
sonstige betriebliche Erträge	67.269	34.597	32.672	94,4
Materialaufwand	-110.284	-130.293	20.009	-15,4
Personalaufwand	-125.226	-132.325	7.099	-5,4
Abschreibungen	-57.751	-65.129	7.378	-11,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-56.905	-76.975	20.070	-26,1
Betriebsergebnis	-128.970	-114.070	-14.899	13,1
Finanzergebnis	-6.828	-4.978	-1.851	37,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-135.798	-119.048	-16.750	14,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	312	431	-119	-27,6
Ergebnis nach Steuern	-135.486	-118.617	-16.869	14,2
Sonstige Steuern	-3.718	-3.326	-392	11,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-139.204	-121.943	-17.261	14,2
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-1.852	-6.756	4.904	-72,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-141.056	-128.699	-12.357	9,6

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	2.224	2.458	-234	-9,5
Anzahl der gesamten Messen u. Ausstellungen	64	46	18	39,1
Anzahl der Aussteller:innen	29.757	33.301	-3.544	-10,6
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm)	885	1.052	-167	-15,9
Besucher:innen (in Tsd.)	1.352	1.200	152	12,7

1.11.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/75 75-0	E-Mail/Internet: info@messefrankfurt.com www.messefrankfurt.com
Gründung: 18.12.2003	Unternehmensgegenstand: Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland und alle mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft zusammenhängenden Tätigkeiten. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen. Sie darf daneben alle Geschäfte vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar förderlich sind.	
Gesellschafter: Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000.000 € = 100,00 % 25.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin		
Beteiligungen: MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong Messe Frankfurt France S. A. S., Paris Messe Frankfurt Inc., Atlanta Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City Messe Frankfurt Middle East GmbH Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd., Johannesburg Messe Frankfurt UK Limited, Godalming Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires fairnamic GmbH nmedia GmbH	Kapitalanteile: 77.000 € = 100,00 % 389.727.618 HKD = 100,00 % 50.000 € = 100,00 % 30.000 USD = 100,00 % 11.000 € = 100,00 % 8.290.714 MXN = 100,00 % 75.000 € = 100,00 % 26.763.502 ZAR = 100,00 % 100 GBP = 100,00 % 370.000 TL = 99,99 % 23.518.000 RUB = 99,99 % 127.500 ARS = 85,00 % 24.500 € = 49,00 % 24.548 € = 20,00 %	

A. Ausblick 2022

Das Kerngeschäft der Messe Frankfurt Exhibition GmbH liegt in der weltweiten Durchführung von Messen und Ausstellungen. Die Corona-Pandemie hat auch für das Jahr 2022 signifikante negative Auswirkungen auf Messe-Dienstleistungen. Bereits im Winter/Frühjahr 2022 mussten bedeutende internationale Leitmesse (Ambiente, Heimtextil, Light + Building, sowie Christmas-, Paper- und Creativworld) abgesagt bzw. verschoben werden. Erst ab dem zweiten Quartal konnten am Standort Frankfurt wieder Messen durchgeführt werden, wie z. B. erstmals in Frankfurt die Eurobike. Eine gegenläufige Entwicklung ist in China zu erkennen, da die verhängten Lockdowns in großen Metropolregionen

zu einem temporären Verbot geführt haben. Auch deshalb ist für das Beteiligungsergebnis 2022, das sich hinsichtlich des internationalen Geschäfts der Messe-Tochtergesellschaften im Finanzergebnis der Messe Frankfurt Exhibition GmbH abbildet, mit deutlichen Belastungen zu rechnen. Dies gilt auch wegen der unklaren Entwicklung der Corona-Pandemie für die geplanten Veranstaltungen im Herbst/Winter 2022. Durch Beteiligung an der fairnamic GmbH, Friedrichshafen, konnte die internationale Leitmesse Eurobike erfolgreich an den Standort Frankfurt am Main geholt werden und wird ab dem Jahr 2022 jährlich stattfinden. Im Gegensatz dazu hat im Januar 2022 ein Kooperationspartner der Frankfurt Fashion Week

entschieden, den Standort Frankfurt mit sofortiger Wirkung wieder zu verlassen. Belastungen ergeben sich auch durch den im Februar 2022 ausgebrochenen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, der schwere Sanktionen der westlichen Staaten gegenüber Russland zur Folge hatte. Zur Unterstützung der Sanktionen hat die Messe Frankfurt im Frühjahr 2022 sämtliche Aktivitäten in Russland eingestellt und entschieden, sich über Anteilsverkauf aus dem russischen Markt zurückzuziehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

In den Zuständigkeitsbereich der Messe Frankfurt Exhibition GmbH fallen sämtliche Eigenveranstaltungen im In- und Ausland. Für den weltweiten Vertrieb ihrer Messeveranstaltungen kann sie auf 22 ausländische Tochtergesellschaften und Beteiligungen, sechs Niederlassungen sowie ein internationales Netz mit 53 Sales Partnern zurückgreifen. Im Zuge der Corona-Pandemie ist das Veranstaltungsgeschäft zu einem erheblichen Teil weltweit weggebrochen. Das zweite Jahr der Corona-Pandemie hat die Lage für das Messegeschäft im Vergleich zum Vorjahr nochmals verschärft. Aufgrund der zum Teil faktisch bestehenden Veranstaltungsverbote, Reisebeschränkungen und Quarantänebestimmungen und der weiteren bekannten und fortdauernden Pandemiebeschränkungen konnten im Jahr 2021 auf dem Messegelände in Frankfurt keine wesentlichen Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden. Aufgrund der weltweiten Beschränkungen konnten die Messe Frankfurt Exhibition GmbH und ihre Tochtergesellschaften im Berichtsjahr nur 57 Messen und Ausstellungen (Vj. 42) durchführen, davon 53 Messen im Ausland (Vj. 34). Zudem fanden zwölf Kongresse, Konferenzen und weitere Aktivitäten (Vj. zehn) sowie elf German Pavillons (Vj. vier) statt. Die Messen und Veranstaltungen zählten 26.497 Ausstellende (Vj. 32.294) sowie 1,26 Mio. Besucher:innen (Vj. 1,17 Mio.). Dabei wurde eine Nettofläche von 799 Tqm (Vj. 1,03 Mio. qm) belegt. Im Berichtsjahr wurden vier Präsenzmessen (Vj. acht) am Messeplatz Frankfurt bzw. in Deutschland durchgeführt. Als Teilnehmende

wurden 1.291 Ausstellende (Vj. 11.884) und 27.596 Besucher:innen (Vj. 276.586) begrüßt. Dabei wurden 44.529 qm Ausstellungsfläche (Vj. 469.769 qm) vermietet. Bei den durchgeführten Messeveranstaltungen der Messe Frankfurt Exhibition GmbH und ihrer Tochtergesellschaften bewegte sich die Anzahl der Aussteller:innen, Besucher:innen und Nettofläche analog zu den finanziellen Leistungskennziffern deutlich unter dem Niveau des Vorjahres und des Plans. So hat es im Vergleichsjahr 2020 noch ein weitgehend störungsfreies erstes Quartal gegeben, in dem die besucherstarken Messen am Heimatstandort noch stattfinden konnten. Dagegen mussten in 2021 bedeutende internationale Leitmessen (Ambiente, Heimtextil, Light + Building, sowie Christmas-, Paper- und Creativworld) abgesagt werden. Konnten Messen stattfinden waren diese von erheblichen Reisebeschränkungen (z. B. Quarantänepflicht bei Rückkehr) betroffen sowie der Zurückhaltung bei ausstellenden Unternehmen und Besucher:innen. Im Jahr 2021 konnten im Ausland mehr Veranstaltungen als im Inland durchgeführt werden: Auf 53 Veranstaltungen (Vj. 34) zeigten 25.206 Ausstellende (Vj. 20.410) den 1,23 Mio. Besucher:innen (Vj. 895.854) auf 754.341 qm Ausstellungsfläche (Vj. 558.777 qm) ihr Leistungsspektrum. Regionaler Schwerpunkt des Auslandsgeschäfts war abermals Asien mit 33 Veranstaltungen (Vj. 26), von denen allein 21 auf China (Vj. 19) entfielen. Neben der Konzeption und Durchführung von Eigenveranstaltungen wurden elf German Pavillons (Vj. vier) auf Auslandsmessen organisiert. Dabei handelt es sich um Messebeteiligungen, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durchgeführt werden, um kleinen und mittleren deutschen Unternehmen den Eintritt in ausländische Märkte zu erleichtern. Unter den vorherrschenden Pandemie-Bedingungen fanden im Berichtszeitraum zahlreiche Veranstaltungen digital statt. Im Jahr 2021 wurden drei digitale Events durchgeführt. So z. B. die Hypermotion 2021 im Zusammenspiel mit der Automechanika „digital plus“, die sowohl als Präsenzveranstaltung als auch im digitalen Format realisiert wurden. Von den 331 Ausstellenden präsentierten sich 170 ausschließlich digital. Insgesamt

wurden 174 Streamings ca. 21.000-mal angeklickt. Die ISH, Weltleitmesse für Wasser, Wärme und Klima fand im Jahr 2021 erstmalig digital statt. Auf der Plattform waren insgesamt rund 372 registrierte Aussteller und 77.736 Teilnehmende aktiv. Ergänzt wurde die Plattform um das ISH Radio, das rund 29.000 Hörende erreichte. Unterschiedlich präsentierten sich diesbezüglich die Tochtergesellschaften der Messe Frankfurt Exhibition GmbH. Während die Tochtergesellschaft in Stuttgart vier digitale Events/Konferenzen durchführte, fanden im Wirtschaftsraum EMEA (Europe, Middle East, Africa) sechs digitale Events/Konferenzen, in Indien zehn und auf den amerikanischen Kontinenten drei statt. Insgesamt wurden 26 digitale Events durchgeführt, und es wurden dabei 1.945 digitale Ausstellende und 112.652 digitale Teilnehmende gezählt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 158,10 Mio. € (Vj. 103,97 Mio. €). Die Vermögenslage der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ist im Wesentlichen geprägt durch die Finanzanlagen in Beteiligungen an Tochtergesellschaften im In- und Ausland. Per 31.12.2021 wird ein Anlagevermögen von 133,43 Mio. € (Vj. 91,89 Mio. €) ausgewiesen, was einem Anteil von rund 84,4 % an der Bilanzsumme entspricht. Die Zunahme des Anlagevermögens bzw. Finanzanlagevermögens ist auf den Erwerb von Gesellschaftsanteilen in Höhe von 49,0 % an der fairnamic GmbH zurückzuführen. Das Umlaufvermögen ergibt sich vor allem aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 20,64 Mio. € (Vj. 4,44 Mio. €). Die Cash Pool-Forderungen gegen die Muttergesellschaft stellen dabei eine Art Geschäftskontenguthaben der Tochtergesellschaften bei der Muttergesellschaft dar. Die noch bestehenden Forderungen resultieren aus der Verrechnung der Verlustübernahme mit den Verbindlichkeiten aus Cash Pool. Auf der Passivseite bleibt das Eigenkapital (46,64 Mio. €) zum Vorjahr aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages unverändert, wobei die Eigenkapitalquote wegen der gestiegenen Bilanzsumme von 44,9 % auf 29,5 % rechnerisch gesunken ist. Die Rückstellungen fallen zum Bilanzstichtag mit insgesamt 15,71 Mio. € hö-

her aus als im Vorjahr (11,99 Mio. €). Der Anstieg ergibt sich insbesondere aus der Rückstellung für eine Earn-Out Zahlung für eine im Berichtsjahr getätigte Akquisition. Die Verbindlichkeiten, die sich vornehmlich aus der Saldierung von Cash Pool-Verbindlichkeiten ergeben, sind im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 42,62 Mio. € auf 94,12 Mio. € angestiegen, vor allem bedingt durch die Verbindlichkeiten aus einer Akquisition sowie aus Verbindlichkeiten an Ausstellende, die bereits eine Vorauszahlung für die abgesagten Frühjahresmessen des Jahres 2022 geleistet hatten.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2021 errechnet sich für die Messe Frankfurt Exhibition GmbH ein Ergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von -49,39 Mio. € (Vj. -31,34 Mio. €). Infolge des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages wird es von der Muttergesellschaft, Messe Frankfurt GmbH, ausgeglichen. Der Umsatz der Messe Frankfurt Exhibition GmbH liegt mit 20,72 Mio. € um 84,0 % deutlich unter dem Vorjahr (129,42 Mio. €). Ursächlich für diese Negativentwicklung ist die andauernde Corona-Pandemie und daraus resultierend der Ausfall zahlreicher Veranstaltungen, der mehrheitlich auf ein Verbot der Veranstaltungsdurchführung zurückzuführen ist. Die im zweiten Halbjahr durchgeführten Messen waren aufgrund der Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Auswirkungen deutlich weniger besucht und konnten den weiteren Rückgang der Umsatzerlöse nicht kompensieren. Die im Materialaufwand abgebildeten veranstaltungsbezogenen Aufwendungen fielen um 66,9 % auf 30,33 Mio. €. Der Personalaufwand in Höhe von 22,13 Mio. € hat sich u. a. durch Kurzarbeit sowie der geringeren Anzahl an durchschnittlich beschäftigten Mitarbeitenden im Vergleich zum Vorjahr um 1,77 Mio. € bzw. 7,4 % verringert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 31,42 Mio. € und sind um 4,51 Mio. € durch reduzierte Mieten, Werbeaufwendungen, Aufwendungen für Beratungsleistungen sowie insbesondere durch geringere Konzernumlagen gesunken. Das Finanzergebnis, in dem sich vor den Pandemie Jahren die Gewinnausschüttungen der Tochtergesellschaften

niederschlagen, ist mit -11,93 Mio. € negativ und um rd. 100 T€ leicht besser als im Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft in 2021 keinerlei Beteiligungserträge vereinnahmen (Vj. rd. 2 Mio. €). Zudem muss die Berichtsgesellschaft aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages das negative Ergebnis vor Gewinnverwendung der deutschen Tochtergesellschaft MESAGO Messe Frankfurt GmbH ausgleichen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung obliegt der Messe Frankfurt GmbH mit den Geschäftsführern der Holding. Als Aufsichtsrat fungiert ebenfalls der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Messe Frankfurt GmbH. Diese werden anteilig umgelegt. Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei den Tochtergesellschaften keine zusätzliche Vergütung. Der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH erhält für die Behandlung von Themen, die die Tochtergesellschaften betreffen, ebenfalls keine gesonderte Vergütung.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Messe Frankfurt Exhibition GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	133.430	91.887	41.543	45,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.317	9.409	-3.092	-32,9
Finanzanlagen	127.113	82.478	44.635	54,1
Umlaufvermögen	24.593	11.994	12.599	105,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.629	10.951	12.678	115,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	964	1.042	-79	-7,5
Rechnungsabgrenzungsposten	72	86	-14	-15,9
Bilanzsumme	158.095	103.967	54.128	52,1
PASSIVA				
Eigenkapital	46.637	46.637	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25.000	25.000	0	0,0
Kapitalrücklage	6.234	6.234	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	15.403	15.403	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	15.708	11.986	3.721	31,0
Verbindlichkeiten	94.119	42.624	51.495	120,8
Rechnungsabgrenzungsposten	1.632	2.719	-1.088	-40,0
Bilanzsumme	158.095	103.967	54.128	52,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	20.719	129.415	-108.696	-84,0
Gesamtleistung	20.719	129.415	-108.696	-84,0
sonstige betriebliche Erträge	28.806	6.003	22.804	379,9
Materialaufwand	-30.332	-91.775	61.443	-66,9
Personalaufwand	-22.134	-23.902	1.767	-7,4
Abschreibungen	-3.092	-3.092	-0	0,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-31.420	-35.933	4.513	-12,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-37.453	-19.284	-18.168	94,2
Finanzergebnis	-11.934	-12.052	118	-1,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-49.387	-31.337	-18.050	57,6
Ergebnis nach Steuern	-49.387	-31.337	-18.050	57,6
Sonstige Steuern	0	-3	3	-
Erträge aus Verlustübernahme	49.387	31.340	18.046	57,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	321	331	-10	-3,0

1.11.2 Messe Frankfurt Venue GmbH

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/75 75-0	E-Mail/Internet: info@messefrankfurt.com www.messefrankfurt.com
Gründung: 17.12.2002	Unternehmensgegenstand: Erbringung und Vermarktung sämtlicher Serviceleistungen, insbesondere die Durchführung von Messen, Kongressen und Tagungen sowie Einrichtung, Erwerb, Besitz, Verwaltung und Vermietung von Immobilien. Die Gesellschaft betreibt das gesamte Facility-Management einschließlich Baumanagement, Logistik und Baueinkauf und erbringt alle Service- und Technikaufgaben im Zusammenhang mit dem vorher beschriebenen Gegenstand des Unternehmens.	
Gesellschafter: Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 151.000.000 € = 100,00 % 151.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin		
Beteiligungen: Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 260.000 € = 100,00 % 26.000 € = 100,00 %	

A. Ausblick 2022

Das Kerngeschäft der Messe Frankfurt Venue GmbH, einer 100-prozentigen Tochter der Messe Frankfurt GmbH, besteht in der Vermarktung von Ausstellungsflächen und Services. Pandemiebedingt ist dieses Geschäft das zweite Jahr in Folge stark beeinträchtigt gewesen. Aufgrund der vierten Corona-Welle im Winter 2021/2022 startete auch das erste Quartal 2022 mit der Verschiebung und Absage bedeutender Messen am Standort Frankfurt. Nach Aufhebung der Corona-Beschränkungen plant die Messe Frankfurt Venue GmbH ab dem zweiten Quartal ein äußerst veranstaltungsstarkes Jahr, das auch neu akquirierte Messeveranstaltungen enthält. Gleichwohl wird in 2022 abermals ein Jahresfehlbetrag erwartet (Wirtschaftsplan 2022 in Höhe von -42,26 Mio. €). Wie im vergangenen Jahr werden die Strategien Kostensenkung und Liquiditätssicherung weiterverfolgt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Für ihr Kerngeschäft steht der Gesellschaft ein Messegelände mit einer Gesamtgröße von rund 591.000 qm zur Verfügung, wovon sich rund 416.000 qm im Eigentum der Gesellschaft befinden

und rund 177.000 qm über Erbbaurechtsverträge zur Verfügung gestellt werden. Das Gelände bietet (in maximaler Ausbaustufe) zehn Messehallen mit einer Bruttohallenfläche von rund 372.000 qm sowie zwei eigene Kongresszentren. Die Messe Frankfurt Venue GmbH ist unmittelbar zu jeweils 100 % an zwei Servicegesellschaften beteiligt: der Messe Frankfurt Medien und Service GmbH mit den Bereichen Messestandbau, Verlag und Werbeservice sowie der Accente Gastronomie Service GmbH mit den Bereichen Gastronomieservice, Möbelverleih und Standbewachungsgewerbe. Im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Messestandortes befindet sich die letzte Stufe des Masterplans mit dem Neubau der Halle 5 in Umsetzung. Die Halle kann aller Voraussicht nach mit den Frühjahrmessen 2023 in Betrieb genommen werden. Bereits im September 2020 ist ein Teilgrundstück an der Europa-Allee verkauft worden, wo bis 2025 ein neuer südlicher Messeeingang und ein Büro- und Hotelurm entstehen wird. Während der Büro- und Hotelurm auf dem an die Gustav-Zech-Stiftung verkauften Grundstücksteil errichtet wird, wird der neue Eingang auf dem im Eigentum der Messe Frankfurt GmbH verbliebenen Grundstücksteil geschaffen. Coronabedingt haben im Berichtsjahr 2021 lediglich zehn

Messen und Ausstellungen (Vj. neun) stattgefunden bei einer (zum Teil behördlicherseits eingeschränkten) Besucherzahl von 115.837 (Vj. 269.020). Dabei wurden rund 255.968 Brutto-Quadratmeter (Vj. 785.100) vermietet. Dazu zählte auch die Frankfurter Buchmesse, die nach einjähriger coronabedingter Pause in 2021 wieder stattfinden durfte. Im Berichtszeitraum fanden darüber hinaus am Messeplatz Frankfurt 100 Kongresse und Events (Vj. 93) mit insgesamt 42.046 (Vj. 184.210) Teilnehmenden statt. Die Schwerpunkte der Kongresse lagen in den Bereichen Wissenschaft, Medizin, IT und Finanzen. Darunter fallen auch solche Veranstaltungen, die unter die Ausnahmeregelung der Coronaschutzverordnung fielen, wie z. B. Prüfungen der Frankfurt University of Applied Sciences. Den in dieser Phase geltenden hohen Hygienevoraussetzungen konnte die Messegesellschaft im vollen Umfang entsprechen. Die Festhalle war Veranstaltungsort für 43 kulturelle, sportliche oder gesellschaftliche Events (Vj. 49) mit einer Besucherzahl von 18.341 (Vj. 162.234). Hierzu gehören u. a. das Konzert von Roland Kaiser, die Show Let's Dance und die Deutschland Military Tattoo. Außerdem beherbergte die Festhalle bis September 2021 das zentrale Impfzentrum der Stadt Frankfurt am Main, das später in der Messehalle 1 untergebracht werden konnte.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 796,27 Mio. € (Vj. 756,77 Mio. €). Die Vermögenslage des Unternehmens ist geprägt durch die im Anlagevermögen aktivierten Grundstücke und Gebäude (hohe Anlageintensität). Zum Jahresende 2021 wird ein Anlagevermögen von 782,92 Mio. € bilanziert nach 751,85 Mio. € im Vorjahr. Dies entspricht einem Anteil von 98,3 % an der Bilanzsumme. Maßgeblich für den Anlagenzugang sind die Investitionen auf dem Messegelände, die sich im Berichtsjahr auf 70,97 Mio. € (Vj. 78,34 Mio. €) beliefen. Der wesentliche Teil entfällt mit rund 65 Mio. € auf den Neubau der Halle 5. Beim Umlaufvermögen weist die Gesellschaft zum Bilanzstichtag mit 11,31 Mio. € einen gegenüber dem Vorjahr um nahezu 9 Mio. € höheren Wert aus. Maßgeblich hierfür ist der Anstieg bei

den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen, also gegen die Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Medien und Service GmbH und Accente Gastronomie Service GmbH. Auf der Passivseite bleibt das Eigenkapital mit 402,86 Mio. € unverändert. Das negative Ergebnis vor Verlustübernahme des Berichtsjahres wird aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages von der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH ausgeglichen. Für die Eigenkapitalquote errechnet sich im Berichtsjahr ein Anteil von 50,6 % (Vj. 53,2 %). Die Verbindlichkeiten sind mit 344,16 Mio. € (Vj. 304,67 Mio. €) deutlich angestiegen. Sie beinhalten mit 243,00 Mio. € zwei langfristige Darlehen der Muttergesellschaft für den Neubau der Halle 12 bzw. für die Sanierung der Halle 6 sowie ein weiteres langfristiges Darlehen zur Liquiditätssicherung als Folge der Corona-Pandemie.

Zur Erfolgslage

Die pandemiebedingt wechselnden Veranstaltungsvorgaben hatten wie im Vorjahr auch in 2021 gravierenden Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Messe Frankfurt Venue GmbH. Insgesamt errechnet sich ein Jahresergebnis vor Verlustübernahme von -70,07 Mio. € (Vj. -69,90 Mio. €). Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Umsatzerlöse auf 49,71 Mio. € (Vj. 77,82 Mio. €) verringert. Dabei sind sämtliche Umsatzarten (Hallen-, Geländemieten sowie Serviceleistungen) auf einem annähernd gleichen Niveau betroffen. Während in 2020 die bedeutenden Frühjahrmessen bis März 2020 noch durchgeführt werden konnten, waren in 2021 nur wenige und an Ausstellern und Besuchenden vergleichsweise kleine Messeveranstaltungen möglich. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um knapp 7 Mio. € auf 17,09 Mio. €. Ursächlich hierfür sind die in 2021 ausgezahlten staatlichen Wirtschaftshilfen, insbesondere „Novemberhilfe/Dezemberhilfe Extra“. Die veranstaltungsbezogenen Aufwendungen im Materialaufwand reduzieren sich auf 33,32 Mio. € (Vj. 44,42 Mio. €). Grund sind die größenreduzierten Veranstaltungen und die daraus resultierenden geringeren Beauftragungen gegenüber externen Dritten im Berichtsjahr. Die Verände-

rung der veranstaltungsbezogenen Aufwandsquote ist im Vergleich mit der Veränderung der Umsatzerlöse unterproportional und beträgt 67,0 % (Vj. 57,1 %). Der Personalaufwand von 13,75 Mio. € hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 9 % verringert (Vj. 15,11 Mio. €), was auf die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld und verringerter Anzahl von Mitarbeitenden zurückzuführen ist. Die Abschreibungen liegen mit auf 39,96 Mio. € in etwa auf Vorjahresniveau (Vj. 40,79 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (u. a. Verwaltungsumlagen der Messe Frankfurt GmbH, Raumnebenkosten sowie Aufwendungen aus Miete und Pachten) konnten im Zuge von Kosteneinsparungen auf 31,75 Mio. € (Vj. 38,80 Mio. €) gesenkt werden.

Ergebnisse der Beteiligungen

Aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge schlagen sich die negativen Ergebnisse der Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Medien und Service GmbH mit -5,79 Mio. € (Vj. -4,26 Mio. €) und Accente Gastronomie Service GmbH mit -2,41 Mio. € (Vj. -6,39 Mio. €) als Belastung im Finanzergebnis der Messe Frankfurt Venue GmbH nieder. Ursächlich für den Rückgang sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie mit diversen Absagen von Messen, wodurch auch das Service- und Gastronomiegeschäft beeinträchtigt wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung obliegt der Messe Frankfurt GmbH mit den Geschäftsführern der Holding. Als Aufsichtsrat fungiert ebenfalls der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Messe Frankfurt GmbH. Diese werden anteilig umgelegt. Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei den Tochtergesellschaften keine zusätzliche Vergütung. Der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH erhält für die Behandlung von Themen, die die Tochtergesellschaften betreffen, ebenfalls keine gesonderte Vergütung.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Messe Frankfurt Venue GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	782.918	751.845	31.073	4,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.694	1.706	-12	-0,7
Sachanlagen	772.438	741.353	31.085	4,2
Finanzanlagen	8.786	8.786	0	0,0
Umlaufvermögen	11.306	2.637	8.669	328,7
Vorräte	64	74	-11	-14,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.241	2.560	8.681	339,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1	2	-1	-55,0
Rechnungsabgrenzungsposten	2.049	2.286	-237	-10,4
Bilanzsumme	796.273	756.769	39.504	5,2
PASSIVA				
Eigenkapital	402.862	402.862	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	151.000	151.000	0	0,0
Kapitalrücklage	208.430	208.430	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	23.000	23.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	20.433	20.433	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	8.232	10.379	-2.147	-20,7
Rückstellungen	29.711	25.455	4.256	16,7
Verbindlichkeiten	344.162	304.667	39.494	13,0
Rechnungsabgrenzungsposten	11.307	13.405	-2.099	-15,7
Bilanzsumme	796.273	756.769	39.504	5,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	49.708	77.818	-28.110	-36,1
Gesamtleistung	49.708	77.818	-28.110	-36,1
sonstige betriebliche Erträge	17.089	10.166	6.922	68,1
Materialaufwand	-33.324	-44.416	11.091	-25,0
Personalaufwand	-13.753	-15.112	1.359	-9,0
Abschreibungen	-39.959	-40.791	833	-2,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-31.750	-38.795	7.045	-18,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-51.989	-51.130	-859	1,7
Finanzergebnis	-14.664	-15.512	848	-5,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-66.653	-66.642	-11	0,0
Ergebnis nach Steuern	-66.653	-66.642	-11	0,0
Sonstige Steuern	-3.416	-3.262	-155	4,7
Erträge aus Verlustübernahme	70.069	69.904	165	0,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	221	237	-16	-6,8

1.12 Rebstock Projektgesellschaft mbH

Anschrift: Leonardo-da-Vinci-Allee 20 60486 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/71 67 38-0	E-Mail/Internet: info@rebstockpark-ffm.de www.rebstockpark-ffm.de
Gründung: 21.02.1995	Unternehmensgegenstand: Entwicklung, Baureifmachung und Erschließung der Grundstücke auf dem Rebstockgelände in Frankfurt am Main sowie die wirtschaftliche und technische Baubetreuung von Bauvorhaben auf den dort gelegenen Grundstücken und die Vermarktung der Wohnbauflächen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Euroga B.V. Concret Vermittlungs- und Verwaltungsgesellschaft für Geschäftsimmobilien mbH	Kapitalanteile: 1.278.230 € = 50,00 % 958.672 € = 37,50 % 319.557 € = 12,50 % 2.556.459 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Thomas Berge		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	12 Mitglieder Herr StR Mike Josef Herr Stv Ulrich Baier Herr OV Thomas Gutmann Frau StRin Rosemarie Heilig Herr StR Mike Josef Herr Stv Sebastian Papke Herr Stv Simon Witsch Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Herr Dr. Frank Büchler Herr Peter Jürges Herr Dr. Bastian Messow Herr Sebastian Netzel N.N. Herr Carsten Schumacher	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 16,67 %		

A. Ausblick 2022

Nach dem die grundlegenden BauGB-Verfahren im Berichtszeitraum erfolgreich abgeschlossen wurden und die Erschließung der Hochbauvorhaben gesichert ist, ist das Ende der „Bauentwicklung Rebstock“ zeitlich absehbar. Als limitierender Faktor übriggeblieben ist die Räumung der Stadtplatzfläche, die gemäß städtebaulichem Vertrag noch bis Mitte 2024 einem Hochinvestor als Baustelleneinrichtungsfläche zur Verfügung steht. Unter Einrechnung einer sich anschließenden einjährigen Bauzeit könnte das Rebstockprojekt Ende 2025/Anfang 2026 schlussgerechnet werden.

Im stadtplanerischen Aufgabenfeld wird die Gesellschaft das Workshopverfahren zur Gestaltung des Stadtplatzes weiter betreuen. Die Ertragslage wird in den nächsten Jahren beeinflusst durch die Entwicklung im Erschließungsabschnitt „Nord-Ost“. Die Gesellschaft weist in der gültigen Planung für die Jahre 2022 bis 2026 Verluste aus. Für das Jahr 2022 sind gemäß Wirtschaftsplan Umsatzerlöse von 295 T€ vorgesehen. Die kumulierten Erlöse der Folgejahre liegen bei 2,53 Mio. € und werden nach Abschluss der Erschließungsleistungen einschließlich des Stadtplatzes zum Ende der Gesellschaft erwirtschaftet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der erste Erschließungsabschnitt „Nord-Ost“ ist fertig gestellt und bis auf das Straßenbegleitgrün an die Stadt Frankfurt am Main übergeben. Im zweiten Erschließungsabschnitt „Nord-Ost“ wurde die nördliche Angelika-Machinek-Straße als Baustraße hergestellt. Am 02.09.2020 wurde die Übernahme des Kanals bei der Stadt Frankfurt am Main beantragt, die formale Bestätigung des Amtes für Straßenbau und Erschließung (ASE) hierzu steht bis zur Eintragung der Umlegungsergebnisse im Grundbuch noch aus. Der weitere Ausbau erfolgt in Abstimmung mit den benachbarten Hochbaumaßnahmen voraussichtlich ab Ende 2023. Hinsichtlich der Planstraße 6b im Erschließungsabschnitt „Nord-West“ wurden die Arbeiten bereits zum Jahreswechsel 2019/2020 mit Aufbringung der Deckschicht abgeschlossen. Die Kostenträgerschaft liegt bei den Anrainern. Die Übernahme wurde Ende 2020 bei der Stadt Frankfurt am Main beantragt, die formale Bestätigung hierzu steht aber bis zur Eintragung des vollständigen Eigentumsübergangs auf das ASE im Grundbuch noch aus.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der RPG hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4,62 Mio. € auf 3,97 Mio. € reduziert. Die Gesellschaft weist zum Stichtag ein Eigenkapital von 2,44 Mio. € aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 61,3 %. Die Forderung aus ausstehendem Ausgabeaufgeld gegen die Stadt Frankfurt am Main in Höhe von 1,92 Mio. € wurde bis auf einen Erinnerungswert wertberichtigt. Die Anteile der privaten Gesellschafter wurden bereits in 2001 und 2005 wegen der jeweiligen Insolvenzen abgeschrieben. Das Ausgabeaufgeld der Stadt wird weder gebraucht, da sich die Finanzlage der Gesellschaft mit

hoher Wahrscheinlichkeit bis zum Abschluss als stabil darstellt, noch ist ein einstimmiger Gesellschafterbeschluss zu dessen Inanspruchnahme realistisch.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse sind in Höhe von 2,30 Mio. € (Vj. 542 T€) ausgewiesen. Der Anstieg resultiert zum Teil aus der Abrechnung von Baumaßnahmen im Nord-Osten mit den Grundstückseigentümern ABG Frankfurt Holding GmbH und der Sapphire Immobilien Investment. Im Berichtszeitraum wird ein Jahresfehlbetrag von -2,14 Mio. € (Vj. -267 T€) ausgewiesen. Dieser setzt sich aus einem negativen Betriebsergebnis sowie der Abschreibung des städtischen Anteils des Ausgabeaufgeldes und nicht mehr einbringlichen allgemeinen Projektkosten zusammen. Das Finanzergebnis beläuft sich auf -10 T€ (Vj. -8 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Rebstock Projektgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1	1	-0	-34,2
Sachanlagen	1	1	-0	-34,2
Umlaufvermögen	3.972	8.588	-4.616	-53,7
Vorräte	1.090	3.356	-2.267	-67,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7	1.974	-1.967	-99,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.876	3.259	-383	-11,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0,0
Bilanzsumme	3.973	8.590	-4.616	-53,7
PASSIVA				
Eigenkapital	2.439	4.578	-2.139	-46,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	2.556	2.556	0	0,0
Kapitalrücklage	7.669	7.669	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	579	579	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-6.227	-5.960	-267	4,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.139	-267	-1.872	701,6
Rückstellungen	27	92	-65	-71,0
Verbindlichkeiten	1.507	3.920	-2.412	-61,5
Bilanzsumme	3.973	8.590	-4.616	-53,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.303	542	1.761	324,9
Bestandsänderung UE / FE	-2.267	18	-2.284	-12.722,2
Gesamtleistung	36	560	-524	-93,5
sonstige betriebliche Erträge	159	56	103	186,2
Materialaufwand	-111	-579	469	-80,9
Personalaufwand	-193	-187	-7	3,5
Abschreibungen	-1.918	-0	-1.917	702.329,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-102	-108	6	-5,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-2.128	-258	-1.870	723,6
Finanzergebnis	-10	-8	-2	24,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-2.139	-267	-1.872	701,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	0	-0	-
Ergebnis nach Steuern	-2.139	-267	-1.872	701,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.139	-267	-1.872	701,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.139	-267	-1.872	701,6
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2	2	0	0,0

1.13 Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

Anschrift: Kaiserstraße 56 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/24 74 55 - 400	E-Mail/Internet: info@infofrankfurt.de www.frankfurt-tourismus.de
Gründung: 07.06.1995	Unternehmensgegenstand: Vermarktung der Segmente Tourismus und Kongresse, Vermittlung und Erbringung von touristischen Dienstleistungen im Incoming-Management sowie der Kartenvorverkauf für Dritte, Einführung und Betrieb von City Soft Frankfurt am Main, die Durchführung von Volks- und Stadtfesten, Erbringung von touristischen und werblichen Leistungen für Dritte.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 51.130 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Feda		
Aufsichtsrat:	10 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Gregor Amann	
	Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
	Frau StRin Rosemarie Heilig	
	Herr StR Mikael Horstmann	
	N.N.	
	Frau Stv Lena-Sophie Ulrich	
	Frau StRin Stephanie Wüst	
	Frau Stv Tina Zapf-Rodriguez	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 66,66 %		
Beteiligungen: Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	Kapitalanteile: 5.200 € = 20,00 %	

A. Ausblick 2022

Die Pandemie-Lage entwickelte sich weiter dynamisch mit Auswirkungen auf die möglichen touristischen Angebote. Ende Dezember 2021 wurde die hessische Corona-Schutzverordnung angepasst und eine Verschärfung der Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum auf Gruppen von maximal zehn geimpften oder genesenen Personen beschlossen sowie die Zahl der Teilnehmer:innen für Veranstaltungen im Innen- und Außenbereich auf 250 begrenzt. Danach wurden die Beschränkungen sukzessive gelockert. Ab dem 07.02.2022 entfiel die 2G-Regel im Einzelhandel, es galt eine allgemeine Maskenpflicht. Für öffentliche Veranstaltungen wurden die Teilnahmebeschränkungen gelockert. Ab dem 22.02.2022 entfielen die Kontaktbeschränkungen für Nicht-Geimpfte und Nicht-Genese. Ab dem

04.03.2022 wurden bei Veranstaltungen mehr Teilnehmer:innen zugelassen. Für den Zugang zu Hotels sowie zur Gastronomie reichte nun ein 3G-Nachweis. Ab dem 19.03.2022 entfielen die Kontaktbeschränkungen für Nicht-Geimpfte.

Es gab Anfang 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum kein Übernachtungsverbot für Touristinnen und Touristen, so dass in Frankfurt am Main in den ersten beiden Monaten 2022 mit 355.895 Gästen (+157 %) und 682.368 Übernachtungen (+125 %) eine deutliche Steigerung verzeichnet werden konnte. Davon waren 467.027 (+125,7 %) Übernachtungen von Gästen aus Deutschland. 215.341 Mal (+ 122,7 %) übernachteten Gäste aus dem Ausland (31,6 %, Vj. 44,8 %). 267 Beherbergungsbetriebe waren im Monat Februar 2022 geöffnet. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach das einem Zuwachs

von 50 Betrieben. Das Bettenangebot lag mit 55.577 Betten 31,8 % über dem Angebot des Vorjahres. In welcher Höhe das Pandemiegeschehen auch zu einer dauerhaften Reduzierung der Hotel- und Bettenanzahl in Frankfurt am Main führen wird, ist noch nicht absehbar. Die durchschnittliche Bettenauslastung der buchbaren Betten lag bei 20,8 %. Die Verweildauer sank im Durchschnitt von 2,2 auf 1,9 Tage. Dies ist primär auf die Zunahme kürzerer Geschäftsreisen zurückzuführen. Grundsätzlich wird in Anlehnung an Prognosen der Deutschen Zentrale für Tourismus eine schrittweise Rückkehr in die Märkte geplant. Zu Beginn des Jahres 2022 liegt ein Schwerpunkt im deutschen Markt. Beim Inlandmarketing wird das Thema Kunst und Kultur in den Mittelpunkt gestellt und die Stadt Frankfurt am Main mit ihrer Kulturlandschaft, den Ausstellungen und dem Museumsufer beworben. Die Bearbeitung der Auslandsmärkte wird für 2022 unter Berücksichtigung der aktuellen Lage angepasst. Der Fokus im ersten Quartal 2022 lag auf den europäischen Nachbarländern. Eine aktive Marktbearbeitung der Überseemärkte ist nach derzeitiger Ausgangslage nur reduziert umsetzbar. Nach einer Entspannung der Lage ist aber die Wiederaufnahme der Marketingaktivitäten in den wichtigsten Überseemärkten geplant.

Ein weiteres Risiko für den Tourismus in der Region ergibt sich durch den Krieg in der Ukraine mit all seinen Konsequenzen und durch die stark ansteigende Inflation.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Frankfurt am Main erreichte in der vergangenen Dekade einen jährlichen Übernachtungsrekord. Dies wurde durch die Corona-Pandemie unterbrochen. Auch 2021 wurde von der Pandemie geprägt und die Gäste- und Übernachtungszahlen konnten sich nicht erholen. Im Jahr 2021 hatten 2,1 Mio. Gäste rund 4,2 Mio. Übernachtungen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dieses Ergebnis einer Steigerung von 2,5 % bei den Übernachtungen (-65,5 % im Vergleich zu 2019) und einem Rückgang von -1,2 % bei den Übernachtungsgästen (-61,2 % im Vergleich zu 2019). Im Binnenmarkt verharrte der Wert der

Gäste bei rund 1,5 Mio. (+3,7 % gegenüber dem Vorjahr, -58,4 % gegenüber 2019), während die Übernachtungen auf knapp 2,9 Mio. (+7,8 % gegenüber dem Vorjahr, -52,6 % verglichen mit 2019) anstiegen. Bei den 1,3 Mio. Übernachtungen ausländischer Besucher:innen wurde ein Minus von -0,1 Mio. (-7,4 %) gegenüber dem Vorjahr (-72,2 % gegenüber 2019) verzeichnet. Die Zahl der ausländischen Gäste sank auf gut 617.000 (-11,6 % gegenüber dem Vorjahr, -75,8 % gegenüber 2019). Das Bettenangebot stieg 2021 von 42.178 Betten auf 55.702 Betten in 275 Betrieben (+51 im Vergleich zum Vorjahr). Die Bettenauslastung im Jahr 2021 lag bei 20,6 % (Vorjahr: 26,7 %) und ist im Vergleich zu 2020 um 22,8 % gesunken. Die Verweildauer ist dagegen auf 1,96 Tage (Vj. 1,89 Tage) angestiegen.

Im Bereich Zimmerreservierung sind die Umsatzerlöse erneut gesunken (105 T€, Vj. 121 T€) Die reinen Provisionserlöse sind in diesem Posten mittlerweile unbedeutend. Durch die Verlagerung des Schwerpunkts aus dem reinen Vermittlungsgeschäft in die verstärkte Vermarktung der Partner und dem Angebot an Serviceleistungen wurden im Jahr 2021 fast ausschließlich nur die konstanten Jahresmarketingbeträge eingenommen.

Im Kernbereich Marketing wurden Umsatzerlöse von 572 T€ (Vj. 585 T€) erzielt. Die Anzeigenverkäufe sind aufgrund der Pandemielage und reduzierter Marketingmaßnahmen gesunken. In den Erlösen aus Kooperationen mit Partnern sind hauptsächlich Abrechnungen für Dienstleistungen für das Netzwerk Tourismus und die Destination Frankfurt am Main sowie Kooperationserlöse für den Inklusiven Pilgerweg in Frankfurt enthalten. Etliche Fachmessen wurden erneut abgesagt. Ersatzweise wurden digitale Webinare, virtuelle Messen und Workshops durchgeführt.

Die Umsatzerlöse aus Gästeführungen, Souvenirverkauf, Verkauf von Frankfurt Card und Rhein-MainCard sowie Weekends wurden erst ab dem 25.04.2021 erzielt und lagen auf Vorjahresniveau, mit Ausnahme der Gästeführungen, die sofort wieder nachgefragt wurden. Im Vergleich zum Vorjahr konnten hier trotz kleinerer Gruppengröße die Umsatzerlöse verdoppelt werden.

Wie im Vorjahr führte die Corona-Pandemie auch 2021 zur teilweise kurzfristigen Absage fast aller Volksfeste und Veranstaltungen der TCF, hierunter auch die großen Feste Dippemess im Frühjahr, Wäldchestag, Museumsuferfest und Mainfest. Vom Jahresanfang bis zum Herbst ließen die bestehenden Beschränkungen keine Durchführung der Feste zu. Als Alternative zur Dippemess im Herbst wurde als erstes Fest des Jahres ein temporärer Freizeitpark auf dem Festplatz mit entsprechendem Hygienekonzept durchgeführt, am Jahresende konnten die Weihnachtsmärkte in Frankfurt und in Birmingham unter Auflagen stattfinden. Die Umsatzerlöse bei den Volksfesten beliefen sich insgesamt auf 1,28 Mio. €, die Materialaufwendungen auf 1,62 Mio. €.

Mit der Projektgesellschaft Project M und dem Institut dwif wurde der Masterplan „Tourismus der Stadt Frankfurt am Main 2030“ entwickelt, der Mitte März 2021 veröffentlicht wurde. Mithilfe des Masterplans soll der Tourismus als Image- und Wirtschaftsfaktor für die Stadt gestärkt und weiterentwickelt werden, was für die Gesellschaft eine Chance durch Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeiten darstellt. Die Pandemielage konnte in den Masterplan aufgenommen werden, so dass der Stadt Frankfurt am Main und der Gesellschaft bereits richtungsweisende Handlungsempfehlungen zur Rückgewinnung des Tourismus in Frankfurt am Main vorliegen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 669 T€ auf 3,88 Mio. € (Vj. 3,21 Mio. €) erhöht. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen auf 364 T€ reduziert (Vj. 437 T€). Das Umlaufvermögen ist auf 3,49 Mio. € gestiegen (Vj. 2,65 Mio. €), vor allem Forderungen gegen die Gesellschafterin (2,85 Mio. €, Vj. 1,56 Mio. €) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (309 T€, Vj. 200 T€) nahmen zu, Vorräte (48 T€, Vj. 128 T€) und flüssige Mittel (236 T€, Vj. 580 T€) gingen zurück. Auf der Passivseite sank das Eigenkapital um 438 T€ auf 1,38 Mio. € (Vj. 1,82 Mio. €), die Rückstellungen nahmen auf 737 T€ (Vj. 608 T€) zu und die Verbindlichkeiten stiegen auf 1,70 Mio. € (Vj. 678 T€), letztere vor allem durch die Durchführung des Frankfur-

ter Weihnachtsmarktes und des Frankfurt Christmas Markets in Birmingham, da die Abrechnung der Dienstleister:innen größtenteils im Januar und Februar des Folgejahres erfolgte.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2021 ist, wie das Jahr 2020, mit den Vorjahren bis 2019 durch die Corona-Pandemie nicht vergleichbar. Das Geschäftsjahr 2021 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von -4,51 Mio. € (Vj. -5,11 Mio. €) ab, eine Ergebnisverbesserung von 599 T€. Die Umsatzerlöse stiegen um 1,25 Mio. € und betragen 2,18 Mio. € (Vj. 931 T€). Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang pandemiebedingten Beschränkungen zurückzuführen, wodurch im Vorjahr sämtliche Veranstaltungen und Feste abgesagt wurden. Durch den Rückgang der Infektionszahlen in der zweiten Jahreshälfte 2021 entspannte sich die allgemeine Lage und Veranstaltungen konnten unter Einhaltung von Hygienekonzepten wieder, teilweise beschränkt, stattfinden. Übernachtungen zu touristischen Zwecken wurden wieder gestattet. Die TCF konnte daraufhin erstmals Veranstaltungen wie den „Dippemesspark“ sowie die Weihnachtsmärkte in Frankfurt am Main und in Birmingham mithilfe besonderer Hygienekonzepte durchführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um 342 T€ auf 489 T€ (Vj. 831 T€), dies resultiert insbesondere aus niedrigeren Erträgen aus der Frankfurt RheinMain Card und aus im Jahr 2020 aufgelösten Rückstellungen für Großkongresse, die pandemiebedingt nicht stattgefunden haben. In 2021 sind keine wesentlichen Erträge aus Rückstellungsaufösungen angefallen.

Der Materialaufwand stieg um 939 T€ auf 2,85 Mio. € (Vj. 1,92 Mio. €). Die pandemiebedingten Einschränkungen führten im gesamten Jahresverlauf 2021 zu Absagen von Messen und Workshops im Marketing und Kongressbereich mit geringeren Aufwendungen von 468 T€. Der Anstieg des Materialaufwands resultiert hauptsächlich aus der Durchführung der Dippemess im Herbst als „Dippemess-Park“, des Frankfurter Weihnachtsmarktes und des Frankfurt Christmas Markets in Birmingham.

Der Personalaufwand lag mit 3,00 Mio. € um 496 T€ unter dem Vorjahr (3,50 Mio. €), bedingt durch drei Pensionszusagen für Beamte im Vorjahr (einmaliger Sonderaufwand in 2020). Von Januar 2021 bis einschließlich September 2021 wurde aus pandemiebedingten Gründen für einen Teil der Mitarbeitenden Kurzarbeit angemeldet, die Aufwendungen lagen daher unter Plan (3,42 Mio. €). Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 16 T€ auf 106 T€ gesunken. Investitionen wurden verhaltener durchgeführt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 1,20 Mio. € (Vj. 1,32 Mio. €). Die Einsparungen von 124 T€ ergeben sich, weil im Netzwerk Tourismus und der Destination Frankfurt RheinMain aufgrund der Corona-Pandemie Marketingmaßnahmen für regionale Tätigkeiten reduziert wurden. Zudem reduzierten sich die Aufwendungen durch die Integration einer eigenen Telefonanlage und die Umstellung auf Voice-over-IP. Die restlichen Einsparungen ergaben sich aufgrund der wirtschaftlich unsicheren Lage der Corona-Pandemie im Jahr 2021.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2021 Mittel von 6,47 Mio. € sowie Reste i. H. v. 482 T€ zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 4,07 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge des Geschäftsführers 175 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2020 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK fanden die Wirtschaftsplangespräche am 17.11.2020 für das Planjahr 2021 statt und am 25.11.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 20.06.2022 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	364	437	-73	-16,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	19	36	-17	-47,2
Sachanlagen	345	401	-56	-13,9
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	3.493	2.650	842	31,8
Vorräte	48	128	-80	-62,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.209	1.942	1.267	65,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	236	580	-344	-59,3
Rechnungsabgrenzungsposten	24	125	-101	-80,8
Bilanzsumme	3.881	3.212	669	20,8
PASSIVA				
Eigenkapital	1.376	1.815	-438	-24,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	51	51	0	0,0
Kapitalrücklage	5.836	6.874	-1.037	-15,1
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.511	-5.110	599	-11,7
Rückstellungen	737	608	129	21,2
Verbindlichkeiten	1.698	678	1.020	150,4
Rechnungsabgrenzungsposten	70	111	-42	-37,5
Bilanzsumme	3.881	3.212	669	20,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.177	931	1.247	133,9
Gesamtleistung	2.177	931	1.247	133,9
sonstige betriebliche Erträge	489	831	-342	-41,2
Materialaufwand	-2.854	-1.916	-939	49,0
Personalaufwand	-3.005	-3.501	496	-14,2
Abschreibungen	-106	-122	16	-13,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.200	-1.324	124	-9,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.498	-5.100	602	-11,8
Finanzergebnis	-11	-10	-1	12,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-4.509	-5.110	601	-11,8
Ergebnis nach Steuern	-4.509	-5.110	601	-11,8
Sonstige Steuern	-2	-0	-1	339,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.511	-5.110	599	-11,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.511	-5.110	599	-11,7
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	66	73	-7	-9,6
Anzahl der Messeauftritte	20	18	2	11,1
Anzahl der Stadtrundfahrten und -rundgänge	662	295	367	124,4
Anzahl der Kundenkontakte in den Touristinfos	203.011	152.388	50.623	33,2
Anzahl der durchgeführten Feste	4	2	2	100,0
Anzahl der vermittelten Übernachtungen	2.710	3.099	-389	-12,6

1.14 Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH

Anschrift: Hanauer Landstraße 126-128 60314 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 62 09	E-Mail/Internet: info@frankfurt-business.net www.frankfurt-business.net
Gründung: 27.04.1987	Unternehmensgegenstand: Förderung aller Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt Frankfurt am Main dienen. Die Gesellschaft soll insbesondere im In- und Ausland für die Neuansiedlung von Unternehmen werben und bereits in der Stadt Frankfurt am Main ansässige Unternehmen zur Sicherung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraten.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Oliver Schwebel		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Frau StRin Stephanie Wüst Herr Stv Gregor Amann Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Ina Hauck Frau StRin Gabriele C. Klug Herr Stv Uwe Paulsen Frau StRin Stephanie Wüst	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 66,67 %		
Beteiligungen: Kompass - Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main - gemeinnützige GmbH	Kapitalanteile: 27.500 € = 100,00 %	

A. Ausblick 2022

Unverändert stehen auch im Jahr 2022 die Services für ansässige Unternehmen sowie Investierende, Startups und Existenzgründer:innen im Fokus der Aktivitäten.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2022 ist die Gesellschaft davon ausgegangen, dass wesentliche Projekte, insbesondere die Immobilienmessen, das Frankfurter Gründerzentrum und der Frankfurter Gründerfonds sowie der Masterplan Industrie fortgeführt werden. Bei Fortführung der im Berichtsjahr wesentlichen Projekte sind rund 69 % des regulären Projektkostenbudgets gebunden. Der Wirtschaftsplan 2022 sieht einen Gesellschafterzuschuss von 6,02 Mio. € vor bei einem geplanten Jahresfehlbetrag von 7,13 Mio. €. Die Differenz ist aus vorhandenen Rücklagen zu decken.

Der städtische Haushalt sieht in der mittelfristigen Finanzplanung auch in den Jahren 2023 ff. einen

verringerten Zuschuss zur Verlustdeckung vor. Um die seitens des Gesellschafter priorisierten Projekte sowie die Entwicklung der Personalkosten adäquat bedienen zu können, ist es erforderlich, den Zuschuss zur Verlustdeckung auf dem Niveau des Haushaltsjahres 2021 zu belassen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Jahr 2021 wurden 2.397 Unternehmensfälle gezählt (Vj. 1.851). Neun Unternehmen wurden mit aktiver Unterstützung durch die Gesellschaft in Frankfurt angesiedelt (Vj. acht). 39 Immobilienanfragen aus dem Ausland und 333 aus dem Inland wurden bearbeitet. Die Gesellschaft präsentierte den Standort Frankfurt am Main auf zwei Messen und war Gastgeberin für vier Delegationen.

Folgende wesentliche Projekte wurden im Berichtsjahr (weiter-)verfolgt:

- Über 1.000 proaktive Unternehmensgespräche zur Corona-Krise
- Masterplan Kreativwirtschaft für Frankfurt am Main
- Gründungsfinanzierung: Jubiläum des Frankfurter Gründerfonds
- Erstberatungsangebot Elektromobilität für Frankfurter Unternehmen
- Digitale Plattform Frankfurt.MeineStadt.digital
- Pilotstandorte Elektro-Ladeinfrastruktur im Öffentlichen Raum

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 225 T€ auf 4,24 Mio. € verringert. Auf der Aktivseite sind die Forderungen gegen die Gesellschafterin um 59 T€ auf 875 T€ (davon rund 875 T€ Stadtkassenkonto) und die liquiden Mittel um 298 T€ auf 2,37 Mio. € gesunken.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 281 T€ auf 2,44 Mio. € verringert. Ursächlich ist der über dem städtischen Zuschuss liegende Jahresfehlbetrag.

Der Finanzmittelfonds hat sich um rd. 349 T€ auf 3,24 Mio. € verringert. Der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (-6,34 Mio. €) sowie aus Investitionstätigkeit (rd. -75 T€) wurden durch die unterjährigen Kapitaleinlagen der Stadt Frankfurt am Main (6,10 Mio. €) nicht vollständig gedeckt.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von -6,38 Mio. € (Vj. -6,61 Mio. €). Die Verringerung des Jahresfehlbetrages gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf dem deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse um 904 T€ auf 1,09 Mio. € (Vj. 181 T€). Ursache für den Anstieg der Umsatzerlöse sind die kurzfristigen, pandemiebedingten Absagen der Immobilienmesse von Seiten der Veranstalter:innen im Vorjahr, wohingegen im Berichtsjahr die Immobilienmesse „Expo Real“ durchgeführt und lediglich die geplante „MIPIM“-Messe pandemiebedingt von Seiten des Veranstalters abgesagt wurde. Die Zunahme der betrieblichen Aufwendungen um 678 T€ auf 7,44 Mio. € (Vj. 6,76 Mio. €) ist insbesondere auf höhere Aufwendungen für Mieten bei

Messeveranstaltungen, Projektorganisation sowie Agenturleistungen zurückzuführen. Die Personalaufwendungen haben sich aufgrund der im Wirtschaftsplan genehmigten personellen Verstärkung in Verbindung mit Gehaltsanpassungen um 86 T€ erhöht. Die Projektaufwendungen (2,85 Mio. €) konnten im Verhältnis zu den Projekterträgen (1,12 Mio. €) zu 39,3 % durch Kostenumlagen an Dritte finanziert werden (Vj. 0,09 %).

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2021 Mittel von rund 6,52 Mio. € sowie Reste von 35 T€ zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Einzahlungen in die Kapitalrücklage von 6,10 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat. Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge des Geschäftsführers 183 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten keine Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des

Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 08.10.2020 für das Planjahr 2021 und am 28.10.2021 für das

Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 26.04.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	181	167	13	7,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	5	-5	-
Sachanlagen	153	135	18	13,6
Finanzanlagen	28	28	0	0,0
Umlaufvermögen	3.645	3.868	-223	-5,8
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.276	1.201	75	6,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.369	2.667	-298	-11,2
Rechnungsabgrenzungsposten	413	428	-15	-3,5
Bilanzsumme	4.238	4.464	-225	-5,0
PASSIVA				
Eigenkapital	2.444	2.726	-281	-10,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	8.800	9.306	-506	-5,4
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-6.381	-6.606	225	-3,4
Rückstellungen	879	858	21	2,4
Verbindlichkeiten	375	349	26	7,5
Rechnungsabgrenzungsposten	540	531	9	1,7
Bilanzsumme	4.238	4.464	-225	-5,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.085	181	904	498,5
Gesamtleistung	1.085	181	904	498,5
sonstige betriebliche Erträge	63	57	5	8,9
Personalaufwand	-3.720	-3.665	-55	1,5
Abschreibungen	-58	-41	-17	42,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.735	-3.121	-614	19,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-6.365	-6.588	222	-3,4
Finanzergebnis	-16	-19	2	-13,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-6.381	-6.606	225	-3,4
Ergebnis nach Steuern	-6.381	-6.606	225	-3,4
Sonstige Steuern	0	-0	0	-112,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-6.381	-6.606	225	-3,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6.381	-6.606	225	-3,4
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	50	50	0	0,0
Zahl der Neuansiedlungen (durch Vermittlung Wifö)	9	8	1	12,5
Begleitete Firmenfälle/-beratungen gesamt	2.397	1.851	546	29,5
davon Existenzgründungen	108	280	-172	-61,4
Anteil Drittfinanzierung der Projekte (in %)	39	0	39	39.200,0

1.14.1 Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH

Anschrift: Hanauer Landstraße 521 60386 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 19-78-0	E-Mail/Internet: info@kompassfrankfurt.de www.kompassfrankfurt.de
Gründung: 25.05.2000	Unternehmensgegenstand: Die Qualifizierung und Bildung von Arbeitslosen und/oder von Arbeitslosigkeit Bedrohten zur beruflichen Selbständigkeit besonders im Dienstleistungssektor als Alternative zur Arbeitslosigkeit.	
Gesellschafter: Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development GmbH	Kapitalanteile: 27.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Ellen Katharina Bommersheim		

A. Ausblick 2022

Der Fokus liegt auf der verstärkten Bündelung der städtischen Gründungsaktivitäten und der Verstärkung innovativer Förderangebote sowie auf der Akquise von EU-, Bundes- und Landesmitteln, vorbehaltlich einer Bereitstellung beantragter Haushaltsmittel. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, weitere Aufgaben der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH (Wifö) zu übernehmen. Ebenso gilt die Fortführung der bestehenden und erfolgreichen Durchführung von Arbeitsmarktprojekten im Auftrag der FRAP Agentur gemeinnützige Gesellschaft im Rahmen des Frankfurter Arbeitsmarktprogrammes. Im Geschäftsjahr 2022 geht die Geschäftsführung der Kompass gGmbH von etwas niedrigeren Umsatzerlösen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 aus. Des Weiteren rechnet die Gesellschaft mit nahezu gleichbleibenden Personalaufwendungen und mit leicht höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Insgesamt geht die Geschäftsführung von einem Jahresfehlbetrag zum Ende des Geschäftsjahres 2022 in Höhe von -30 T€ aus, wenn es nicht gelingt, weitere Projekte zu akquirieren.

Ein nicht absehbares Risiko stellen für die Gesellschaft die Auswirkungen der unverändert anhaltenden Corona-Pandemie dar und die daraus resultierende Frage, inwiefern die Corona-Pandemie Auswirkungen auf die Akquise von Projektmitteln und Fördermittelbereitstellungen durch die öffentlichen Haushalte mit sich bringt. Der Ukraine Konflikt und die unabsehbaren Folgen auf die öffentlichen Haushalte stellen ein zusätzliches Risiko dar. Die Ge-

schäftsführung kann nicht ganz ausschließen, dass Prognosen oder Ziele der Gesellschaft bei einzelnen Projekten sich zu Ungunsten der Gesellschaft entwickeln.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Wifö hat zum 01.01.2018 die Anteile an der Kompass gGmbH komplett übernommen.

In 2021 beriet die Kompass gGmbH 792 Start-ups und Unternehmen (Vj. 676); 78 starteten in die Selbständigkeit. In den Jahren 2000 bis 2020 betrug die Gesamtzahl der beratenen Personen 28.167; 6.049 Personen wurden in die Gründung geführt.

Folgende wesentliche Projekte wurden im Berichtsjahr durchgeführt:

- Kompass-Mix
- #gemeinsamdeins-enabling future digital Business
- Plan-B
- Start Smart - Durchstarten im Nebenerwerb

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 145 T€ auf 1,08 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite sind die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 133 T€ auf 3 T€ gesunken und die flüssigen Mittel um 306 T€ auf 1,04 Mio. € gestiegen. Passivisch ist das Eigenkapital um den Jahresüberschuss von 116 T€ auf 689 T€ gestiegen. Die Verbindlichkeiten sind um 27 T€ auf 131 T€ gesunken.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 116 T€ (Vj. 20 T€). Der Anstieg der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus dem Beratungsprojekt mit der JP Morgan Foundation (219 T€), den Projekten mit der FRAP Agentur gmbH (282 T€) und den Projekten mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (334 T€).

Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten betrug im Berichtsjahr neun (Vj. sieben).

Der Anstieg des Personalaufwandes lässt sich durch zusätzlich geleistete und vergütete Arbeitsstunden erklären. Der Materialaufwand besteht aus Aufwendungen für bezogene Leistungen für Referentenhonorare. Die Erhöhung des Steueraufwandes beruht auf den Steuerzahlungen für den Veranlagungszeitraum 2021.

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätte. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch fand statt am 27.08.2020 für das Planjahr 2021 und am 21.10.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 23.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	16	13	4	29,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0	2	212.500,0
Sachanlagen	14	13	2	13,0
Umlaufvermögen	1.065	922	143	15,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30	194	-163	-84,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.035	729	306	42,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1	2	-1	-67,3
Bilanzsumme	1.082	937	145	15,5
PASSIVA				
Eigenkapital	689	573	116	20,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	28	28	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	546	546	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	-20	20	-100,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	116	20	96	488,6
Rückstellungen	106	31	74	237,2
Verbindlichkeiten	131	158	-27	-17,1
Rechnungsabgrenzungsposten	156	174	-18	-10,1
Bilanzsumme	1.082	937	145	15,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.042	775	267	34,5
Gesamtleistung	1.042	775	267	34,5
sonstige betriebliche Erträge	10	2	9	496,6
Materialaufwand	-145	-110	-34	31,0
Personalaufwand	-565	-419	-146	34,9
Abschreibungen	-43	-15	-28	182,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-181	-213	32	-14,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	119	19	99	521,7
Finanzergebnis	0	0	-0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	119	19	99	520,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3	1	-4	-672,7
Ergebnis nach Steuern	116	20	96	488,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	116	20	96	488,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	116	20	96	488,6
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	9	7	2	28,6
Zahl der beratenen Gründer:innen und Unternehmen	792	676	116	17,2
davon erfolgreich gestartete Existenzgründungen	78	93	-15	-16,1
Zahl der beratenen Gründer:innen und Unternehmen seit 200	28.167	27.375	792	2,9
davon erfolgreich gestartete Existenzgründungen	6.049	5.971	78	1,3

2.1 FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern

Anschrift: Weidenbornstraße 40 60389 Frankfurt am Main	Telefon: 08 00/2 00 80 07-0	E-Mail/Internet: services@fes-frankfurt.de www.fes-frankfurt.de
Gründung: 03.07.1995	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt- und sonstigen Flächenreinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main REMONDIS GmbH & Co KG - Region Süd, München	Kapitalanteile: 5.151.000 € = 51,00 % 4.949.000 € = 49,00 % 10.100.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dirk R Emmert Herr Benjamin Scheffler		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	16 Mitglieder Frau StRin Rosemarie Heilig Frau StRin Rosemarie Heilig Herr Stv Dr. Julian Langner Herr Stv Roger Podstatny Herr Stv Thomas Schlimme Frau Bettina Brauburger (AN) Frau Katrin Büttner-Hoppe (AN) Herr Thomas Conzendorf Frau Cornelia Dörries (AN) Herr Thomas Drewer Herr Oliver Dziuba (AN) Herr Stv Abdenassar Gannoukh (AN) Herr Michael Gremm (AN) Herr Sevket Ölcek (AN) Herr Siegfried Rehberger Herr Marcel Reisch (AN) Herr Christian Tauchmann	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
25,00 %	25,00 %	30,00 %
Beteiligungen:	Kapitalanteile:	
FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG, Frankfurt am Main	1.200.000 € = 100,00 %	
RMB Rhein-Main Biokompost GmbH, Frankfurt am Main	51.129 € = 100,00 %	
FES Abfallmanagement- und Service GmbH, Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %	
FFR GmbH, Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %	
RMS Rhein-Main-Solarpark GmbH	50.000 € = 50,00 %	
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	12.500 € = 50,00 %	
TRAPP Handelsgesellschaft mbH	12.500 € = 50,00 %	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft ist grundsätzlich stets Risiken aus der Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf dem Entsorgungsmarkt ausgesetzt. Allerdings kann sie auch im Einzelfall an sich daraus ergebenden Chancen teilhaben. So lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht hinreichend bestimmen, welche Auswirkungen die neue Gewerbeabfallverordnung auf die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen haben wird. Um die vom Gesetzgeber vorgegebene Getrennthaltungsquote von 90 % zu realisieren, wird es großer Anstrengungen beim Vollzug der Verordnung bedürfen. Auch fehlen bei der Entsorgung vor allem bei kleineren Gewerbebetrieben in vielen Fällen die technischen Voraussetzungen zur Bilanzierung der erfassten Abfallströme.

Preisänderungsrisiken bestehen bei der Vermarktung von Sekundärrohstoffen und Strom sowie bei Abfallverwertungsleistungen. Hier unterliegt die Gesellschaft der allgemeinen Marktentwicklung und den Einflüssen der Gesetzgebung.

Die Gesellschaft und der Konzern erzielen einen großen Teil der Umsatzerlöse aus langfristig angelegten Geschäftsbeziehungen mit den Gesellschaftern der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES). Mit dem Abschluss der neuen Leistungsverträge über Abfallentsorgung und Stadtreinigung, die eine Laufzeit von 20 Jahren ab dem 01.01.2021 haben, ist ein maßgeblicher Teil der Beschäftigung der Gesellschaft langfristig gesichert. Der Konsortialvertrag zwischen den beiden Gesellschaftern von FES, der im Rahmen der Neuvergabe des 49%-Anteils an FES im Jahr 2020 abgeschlossen wurde, beinhaltet ein Konzept, das u. a. zahlreiche Einzelmaßnahmen umfasst, um die Gesellschaft zukunftsfähig aufzustellen. So soll die FES eine führende Position in der Entsorgungsbranche bei der Digitalisierung anstreben, die Schadstoff- und Lärmemissionen des Fuhr- und Geräteparks weiter reduzieren und zum Vorreiter bei der nachhaltigen Beschaffung werden. Zur Organisation der Umsetzung dieser Anforderungen wurde eine zusätzliche Organisationseinheit geschaffen. Außerdem wurden die Personalkapazitäten für IT und

Projektmanagement aufgestockt. Mit weiteren Kosten muss bei Umsetzung der Maßnahmen selbst bzw. als deren Folge gerechnet werden.

Die Gesellschaft nutzt ein formalisiertes Risikomanagementsystem zur systematischen Erfassung von Risiken und Chancen. Zu diesem Zweck werden regelmäßige Risikoinventuren durchgeführt und die Ergebnisse zu Risikoberichten zusammengefasst. Die TOP-5-Risiken für 2022 betreffen die Entwicklung der Marktpreise für Sekundärrohstoffe, Änderungen der rechtlichen Vorgaben zur Verwertung von Verbrennungsschlacken, die CO₂-Bepreisung von Müllverbrennungsanlagen, den Verlust von Datenbeständen und die Manipulation von Datenbeständen.

Infolge des Ukraine-Krieges erwartet die Gesellschaft zwar Preiserhöhungen, z. B. für Treibstoffe, Abfallbehälter und Fahrzeuge, die die Aufwendungen bei der Leistungserbringung erhöhen. Gleichzeitig jedoch wird auch auf der Absatzseite mit steigenden Preisen für Strom, Altpapier und Almetall gerechnet. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich beide Entwicklungen in etwa ausgleichen und keinen wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns haben werden.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Risikosituation der Gesellschaft und des Konzerns relativ konstant entwickelt. Aufgrund des Geschäftsmodells sowie basierend auf der Erfahrung des vergangenen Geschäftsjahres wird auch für die Zukunft keine wesentliche Beeinflussung durch die Coronapandemie erwartet.

Die Gesellschaft und der Konzern wollen in den kommenden Jahren ihre führende Position in der Rhein-Main-Region bei kommunalen und gewerblichen Entsorgungs- und Flächenreinigungsdienstleistungen behaupten. Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von rd. 16,7 Mio. € und Umsätze von rd. 232 Mio. €. Für Investitionen sind Mittel von rd. 29 Mio. € vorgesehen. Die größten Einzelposten betreffen Ersatzinvestitionen in den Fuhrpark, die Modernisierung von Abfallbehandlungsanlagen und IT-Projekte.

Der konsolidierte Wirtschaftsplan 2022 für den Konzern sieht einen Jahresüberschuss von rd. 18 Mio. € und Umsätze von rd. 256 Mio. € vor. Für Investitionen sind 2022 Mittel von insgesamt rd. 35 Mio. € eingeplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Die allgemeine Entwicklung des Entsorgungsmarktes und der Realwirtschaft hat sich auch auf das Rhein-Main-Gebiet ausgewirkt. Der Preiswettbewerb bei Entsorgungs- und Reinigungsleistungen hält ungebrochen an. Insgesamt hat die FES-Gruppe im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 ihre führende Marktposition in der Region behaupten können.

Für die Entsorgungsbranche wurde auch das Geschäftsjahr 2021 von einem anhaltend hohen Wettbewerbsdruck geprägt. Ebenso setzte sich der Trend zur Konzentration fort. Entsorgungskapazitäten für Abfälle aus Haushalten und Gewerbe waren nach wie vor knapp. Insbesondere die Sperrmüllmengen, die im Juli bei der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen anfielen, haben in der zweiten Jahreshälfte über diese Bundesländer hinaus zur Vollausslastung von Abfallverbrennungsanlagen beigetragen. Die durch die Corona-Pandemie ausgelösten Störungen der globalen Lieferketten und die damit einhergehende Verknappung von Rohstoffen und Produkten wirkten sich auch auf den Entsorgungsmarkt aus. So stiegen auf der einen Seite die Beschaffungskosten, z. B. für Kraftstoffe und Abfallsammelbehälter, und die Lieferfristen, vor allem für Nutzfahrzeuge, während auf der anderen Seite die Marktpreise und damit die Erlöse für Sekundärrohstoffe wie Altpapier, Altmetall und Altholz ebenfalls deutlich anzogen. Zahlreiche Entsorgungsunternehmen nutzten das Wiederaufleben der Inflation, um bei ihren Kunden Preiserhöhungen durchzusetzen, die im Einzelfall bei mehr als 10 % liegen.

Die Corona-Pandemie hat weder den Konzern noch die Gesellschaft wesentlich negativ beeinflusst. Bis zum Bilanzstichtag hatten sich zwar 137 Beschäftigte der FES-Gruppe (Vj. 105), davon 95 (Vj. 88) FES Beschäftigte, nachweislich mit dem Corona-Virus infiziert. Dies hatte jedoch keinerlei

negative Auswirkungen auf die Leistungserbringung. Die Anzahl der Kundenaufträge in der gewerblichen Abfallsammlung und bei Dienstleistungen im Rahmen von Veranstaltungen ging zwar zurück, dadurch kam es jedoch nicht zu einer Unterbeschäftigung und zu Kurzarbeit; denn auf der anderen Seite stiegen als Folge der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung die Abfallmengen aus Haushalten und die Verunreinigungen im öffentlichen Raum.

Im Laufe des Geschäftsjahres traten diverse neue bzw. geänderte Gesetze und Verordnungen in Kraft, die für die Abfallwirtschaft relevant sind. Hierzu zählt das novellierte Kreislaufwirtschaftsgesetz, das u. a. strengere Recyclingquoten und einen verbindlichen Modus für deren Berechnung anhand des Inputs in die finale Verwertungsanlage vorgibt. Weitere Novellierungen betreffen z. B. die Altölverordnung, das Verpackungsgesetz, die Düngeverordnung, die Deponieverordnung und die Abfallverzeichnis-Verordnung. Von den neuen Regelungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Impulse für die Kreislaufwirtschaft in Deutschland ausgehen.

Als Reaktion auf die stark veränderten Anforderungen, die der Megatrend Digitalisierung an die FES stellt, wurde 2019 die Stabstelle Innovationsmanagement geschaffen, die die Themen Innovation und digitaler Wandel vorantreibt. Zu den Innovationen, die 2021 bis zur Marktreife gebracht wurden, zählt die automatische Verkehrszeichenerkennung „Data Fleet“, ein von REMONDIS entwickeltes KI-basiertes System, das mittels in Müllsammelfahrzeugen installierten Kameras alle Verkehrszeichen in einer Stadt erkennt, verortet und deren Zustand bewertet. Mit Hilfe dieser Daten, die tagtäglich aktualisiert werden, können beschädigte, zugewachsene, stark verunreinigte sowie nicht mehr den aktuellen Vorgaben entsprechende Verkehrszeichen erkannt und diese Mängel zeitnah und effizient behoben werden.

Im Frankfurter Stadtgebiet wurden von der FES im Jahr 2021 insgesamt rd. 155.800 t Restabfälle aus Haushalten und Gewerbe (Vj. 159.300 t) gesammelt. Die Abfallmenge an Papier, Pappe und Kartonnagen (PPK) aus Haushalten und Gewerbe nahm im Konzern auf insgesamt rund 67.200 t (Vj.

62.000 t) zu. Die von der FES gesammelte PPK-Menge aus Frankfurter Haushalten sank gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % (Vj. -2,5 %), dabei blieb das Volumen in etwa unverändert, da sich die Zusammensetzung des Inhalts der PPK-Tonnen verschiebt; weg von Deinking (Zeitungen, Zeitschriften, Werbebeilagen usw.) hin zu Kartonagen aus dem Versandhandel (Pakete, Päckchen usw.). Die Menge der organischen Abfälle ist auf rund 80.600 t (Vj. ca. 78.200 t) gestiegen. Die Menge der separat gesammelten Bioabfälle aus Frankfurter Haushalten nahm auf rd. 30.400 t (Vj. 28.000 t) zu. Wesentliche Ursache für den Mengenzuwachs dürften die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie gewesen sein, die u. a. bewirkt haben, dass auch 2021 mehr Speisen zuhause zubereitet wurden, sowie ein Modellversuch zur wöchentlichen Bioabfallsammlung im Sommerhalbjahr. Die Sperrmüllmenge aus Haushalten und Gewerbe hat gegenüber dem Vorjahr um 8,8 % (Vj. +11,1 %) auf ca. 31.000 t (Vj. ca. 34.000 t) abgenommen. Im Sammelergebnis enthalten sind ca. 12.000 t (Vj. ca. 12.400 t) Altholz, das in Frankfurt am Main separat erfasst und verwertet wird.

Das stete Wachstum von Frankfurt am Main, der damit einhergehende Anschluss von immer neuen Haushalten an die Hausmüllsammlung und der Trend bei Neubauprojekten weg von wenigen gemeinsam genutzten Abfallgroßgefäßen hin zu einer Vielzahl individuell genutzter Abfallbehälter für jeden einzelnen Haushalt bedingen einen anhaltenden Rationalisierungsdruck auf die Entsorgungslogistik von FES. Auch in der Stadtreinigung müssen die zusätzlich entstehenden Flächen mit den vorhandenen Ressourcen ohne Qualitätsverluste gereinigt werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr um 13,30 Mio. € auf 119,89 Mio. € gestiegen. Im Rahmen der Umsetzung des Konsortialvertrages zwischen den Gesellschaftern der FES erfolgte Anfang 2021 eine Aufstockung des gezeichneten Kapitals der Gesellschaft um 6,0 Mio. € durch Bareinlage. Die Eigenkapitalquote stieg von 35,1 % im Vorjahr auf 38,0 %. Die Eigenkapitalren-

tabilität lag bei 35,5 % (Vj. 37,7 %). Die Investitionen lagen mit 12,4 Mio. € um 29,2 % über dem Vorjahresniveau von 13,0 Mio. €. Der überwiegende Teil der Investitionen floss in die Erneuerung des Fuhrparks.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft erzielte im Wirtschaftsjahr einen Jahresüberschuss von 16,16 Mio. € (Vj. 14,12 Mio. €). Das Ergebnis liegt damit über dem Vorjahresniveau und um 128 % über dem in der Planung 2021 festgelegten Ergebnisziel von 7,1 Mio. €. Die erhebliche Abweichung zwischen Ist- und Planergebnis ist in erster Linie auf den Anstieg der Marktpreise für Sekundärrohstoffe zurückzuführen und auf die deutlich unter den Erwartungen liegenden Abschreibungen, die Folge der geringer als geplanten Investitionen sind.

Die Umsatzerlöse der FES betragen 238,73 Mio. € (Vj. 223,03 Mio. €) und liegen damit um 7,5 % über dem für 2021 geplanten Umsatz von 222,0 Mio. €. Der maßgebliche Teil der Umsatzerlöse entfällt mit rund. 111,6 Mio. € bzw. 46,7 % (Vj. 102,7 Mio. € bzw. 46,1 %) weiterhin auf die Einzelleistungsverträge mit der Stadt Frankfurt am Main. Die zusätzlichen Umsatzerlöse sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Stadt seit dem 01.01.2021 Leistungen, die von der Rhein-Main-Biokompost GmbH (RMB) bzw. FFR GmbH erbracht werden, über die FES abrechnet. Der zweitgrößte Kunde ist die RMA Rhein-Main Abfall GmbH (RMA). Auf den Entsorgungsvertrag mit der RMA für die Verbrennung von kommunalen Abfällen aus dem Rhein-Main-Gebiet im MHKW entfallen Umsätze in Höhe von 49,8 Mio. € (Vj. 52,2 Mio. €) bzw. 20,9 % (Vj. 23,4 %). Der Umsatz der FES im Drittgeschäft, d. h. mit allen übrigen kommunalen, gewerblichen und privaten Kunden, stieg um 13,5 % auf 77,3 Mio. € (Vj. 68,1 Mio. €) bzw. 32,4 % aller Umsätze (Vj. 30,5 %). Deutliche Mehrerlöse konnten vor allem bei der Vermarktung von Sekundärrohstoffen erzielt werden. Außerdem trugen neue Geschäftsfelder, eine höhere Auslastung von Entsorgungsanlagen und Preiserhöhungen zum Umsatzwachstum bei.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der Konzernabschluss bildet neben allen Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie allen Erträgen und Aufwendungen der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) auch die der Tochterunternehmen RMB Rhein-Main Biokompost GmbH (RMB), FES Abfallmanagement- und Service GmbH (FAS), FFR GmbH (FFR) und FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7, Wiesbaden KG (FFR KG) ab.

Die MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW), an der die Mainova AG zu 50 % beteiligt ist, wird als assoziiertes Unternehmen gemäß § 312 Abs.1 Nr. 2 HGB at equity in den Konzernabschluss einbezogen. Die RMS Rhein-Main-Solarpark GmbH (RMS), an der die FES und die Stadtwerke Dreieich GmbH zu gleichen Teilen beteiligt sind, sowie die TRAPP Handelsgesellschaft mbH (TRAPP Handel) werden ebenfalls als assoziierte Unternehmen gemäß § 312 Abs.1 Nr. 2 HGB at equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Konzernbilanz weist eine Bilanzsumme von 140,10 Mio. € (Vj. 125,79 Mio. €) aus. Die Konzerneigenkapitalquote beträgt 47,7 % (Vj. 45,5 %). Der Konzernumsatz ist auf 261,58 Mio. € (Vj. 249,55 Mio. €) gestiegen. Der Konzernüberschuss beträgt 17,68 Mio. € (Vj. 14,71 Mio. €). Der Konzern investierte im Geschäftsjahr 12,4 Mio. € (Vj. 17,1 Mio. €).

Die FAS war im Geschäftsjahr auf zwei Geschäftsfeldern, der Entsorgungslogistik und dem Betrieb von Abfallaufbereitungsanlagen, tätig. Die Umsatzerlöse der Gesellschaft betragen 13,36 Mio. € (Vj. 12,33 Mio. €). Die Gesellschaft erzielte einen Jahresüberschuss von 179 T€ (Vj. -55 T€). Zum Bilanzstichtag wurden 160 Mitarbeitende (Vj. 159) beschäftigt.

Die FFR hat im Geschäftsjahr die marktführende Stellung in der Region bei gewerblichen Winterdienst- und Flächenreinigungsleistungen, in der Eventbetreuung sowie bei Verkehrssicherungsmaßnahmen behaupten können. Die FFR erzielte einen Jahresüberschuss von 1,21 Mio. € (Vj. 1,0 Mio. €). Die Umsatzerlöse stiegen auf 30,26 Mio. € (Vj.

26,47 Mio. €). Zum Bilanzstichtag wurden 277 Mitarbeitende (Vj. 279) beschäftigt.

Gegenstand der FFR KG ist die Verwaltung, Vermietung und Entwicklung des Grundstücks Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7 in Wiesbaden. Mieter des Grundstücks ist Remondis. Die FFR KG hat Umsätze von 100 T€ (Vj. 100 T€) und ein Ergebnis von 50 T€ (Vj. 49 T€) erzielt.

Die RMB, Betreiberin einer Bioabfallbehandlungsanlage, erzielte im Geschäftsjahr bei Umsätzen von 10,43 Mio. € (Vj. 10,81 Mio. €) einen Jahresüberschuss von 1,25 Mio. € (Vj. 1,32 Mio. €). Der Betrieb der Bioabfallbehandlungsanlage der RMB verlief auch im Geschäftsjahr stabil. Insgesamt wurden ca. 70.900 t (Vj. ca. 69.507 t) Bio-, Grün- und andere organische Abfälle angeliefert. Von den angelieferten Abfällen wurden ca. 50.200 t (Vj. ca. 47.900 t) der Anlage zur Verarbeitung zugeführt. Die Anlage war damit auch im Geschäftsjahr 2021 sehr gut ausgelastet. Auf dem von der Gesellschaft betriebenen Biomasseaufbereitungsplatz wurden ca. 10.898 t Grünabfälle (Vj. ca. 11.729 t) aufbereitet und je nach Eignung entweder zu Brennstoff für Biomasseanlagen, zu Erds substrat oder zu Strukturmaterial verarbeitet. Zum Bilanzstichtag wurden 16 Mitarbeitende (Vj. 18) beschäftigt.

Die MHKW GmbH wird von der FES und der Mainova Aktiengesellschaft zu gleichen Teilen gehalten. Unternehmensgegenstand der MHKW GmbH ist die Betriebsführung des MHKW Frankfurt am Main. Die MHKW GmbH hat im Geschäftsjahr 2021 ein ausgeglichenes Ergebnis (Vj. 0 €) erzielt. Die Umsatzerlöse betragen 56,41 Mio. € (Vj. 61,02 Mio. €). Zum Bilanzstichtag wurden 81 eigene Mitarbeitende (Vj. 76) beschäftigt. Das übrige Personal wurde von der FES zur Verfügung gestellt. Der Betrieb des MHKW Frankfurt am Main verlief im Geschäftsjahr 2021 überwiegend stabil. Auf Veranlassung der RMA Rhein-Main Abfall GmbH (RMA), Offenbach, der Dachorganisation für die Beseitigung der hoheitlichen Abfälle in der Region Rhein-Main, wurden ca. 348.700 t Beseitigungsabfälle (Vj. 352.700 t) ins MHKW disponiert. Die übrige Verbrennungskapazität wurde von der FES mit ca. 160.200 Abfällen (Vj. 160.200 t) aufgefüllt.

Gegenstand der RMS ist der Betrieb einer Photovoltaikanlage (PVA) auf der ehemaligen Mülldeponie Dreieich-Buchsschlag. Die RMS hat ca. die Hälfte dieser PVA erworben. Die RMS wird von der FES und der Stadtwerke Dreieich GmbH zu gleichen Teilen gehalten. Die PVA hat 2021 insgesamt 8.368 MWh Strom (Vj. 8.783 MWh) in das Netz der öffentlichen Versorgung eingespeist und damit die geplante Stromeinspeisemenge um 5,6 % (Vj. +11,2 %) überschritten. Die RMS hat im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 185 T€ (Vj. 222 T€) erzielt. Die Umsatzerlöse betragen 2,0 Mio. € (Vj. 2,09 Mio. €).

Die TRAPP Handel wird von der FES und der KG Ludwig Melosch Vertriebs-GmbH & Co. zu gleichen Teilen gehalten. Gegenstand der TRAPP Handel ist der internationale Handel mit hochwertigen Altpapiersorten. Die Menge des im Geschäftsjahr 2021 gehandelten Altpapiers beträgt rund 155.500 t und liegt damit um 4,0 % über der Vorjahresmenge (Vj. ca. 144.700 t). Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 516 T€ (Vj. 412 T€) erzielt. Die Umsätze im Geschäftsjahr betragen 29,74 Mio. € (Vj. 17,33 Mio. €). Zum Bilanzstichtag hatte TRAPP Handel fünf Mitarbeitende (Vj. fünf).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der FES handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2021 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2020 von 6,06 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 21 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten.

Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 12.11.2020 für das Planjahr 2021 und am 12.11.2021 für das Planjahr 2022 statt. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 10.03.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	66.037	68.142	-2.105	-3,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.705	1.666	39	2,4
Sachanlagen	59.365	61.510	-2.144	-3,5
Finanzanlagen	4.966	4.966	0	0,0
Umlaufvermögen	46.021	31.303	14.718	47,0
Vorräte	1.609	1.265	344	27,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.879	27.747	-4.868	-17,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	21.532	2.291	19.241	839,9
Aktive latente Steuern	6.884	6.165	718	11,7
Rechnungsabgrenzungsposten	950	979	-29	-3,0
Bilanzsumme	119.891	106.589	13.302	12,5
PASSIVA				
Eigenkapital	45.528	37.491	8.037	21,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.100	4.100	6.000	146,3
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	12.531	12.531	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	16.158	14.121	2.037	14,4
Rückstellungen	46.036	47.200	-1.164	-2,5
Verbindlichkeiten	28.113	21.898	6.215	28,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	-
Rechnungsabgrenzungsposten	214	0	214	132.296,7
Bilanzsumme	119.891	106.589	13.302	12,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	238.732	223.029	15.703	7,0
Bestandsänderung UE / FE	61	-5	66	-1.282,8
Gesamtleistung	238.793	223.024	15.769	7,1
sonstige betriebliche Erträge	1.341	6.185	-4.844	-78,3
Materialaufwand	-85.591	-81.938	-3.654	4,5
Personalaufwand	-88.337	-87.825	-512	0,6
Abschreibungen	-11.265	-11.625	360	-3,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-32.998	-29.978	-3.020	10,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	21.943	17.842	4.100	23,0
Finanzergebnis	1.253	1.548	-295	-19,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	23.196	19.391	3.805	19,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6.701	-4.938	-1.763	35,7
Ergebnis nach Steuern	16.495	14.453	2.042	14,1
Sonstige Steuern	-337	-332	-5	1,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	16.158	14.121	2.037	14,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	16.158	14.121	2.037	14,4
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	1.324	1.319	5	0,4
Auszubildende	28	28	0	0,0

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	80.091	83.128	-3.036	-3,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.723	2.742	-18	-0,7
Sachanlagen	75.799	78.966	-3.167	-4,0
Finanzanlagen	1.569	1.420	149	10,5
Umlaufvermögen	51.985	35.235	16.751	47,5
Vorräte	1.891	1.427	464	32,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.555	31.512	-2.957	-9,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	21.540	2.296	19.244	838,1
Aktive latente Steuern	7.071	6.385	686	10,7
Rechnungsabgrenzungsposten	953	1.044	-92	-8,8
Bilanzsumme	140.101	125.792	14.308	11,4
PASSIVA				
Eigenkapital	66.778	57.223	9.555	16,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.100	4.100	6.000	146,3
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	6.681	6.681	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	25.582	24.989	592	2,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	17.676	14.713	2.962	20,1
Rückstellungen	49.304	50.213	-910	-1,8
Verbindlichkeiten	22.621	18.242	4.379	24,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.656	4.469	-813	-18,2
Passive latente Steuern	85	85	0	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1.313	28	1.284	4.528,6
Bilanzsumme	140.101	125.792	14.308	11,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	261.580	249.548	12.032	4,8
Bestandsveränderung UE / FE	61	-5	66	-1.282,8
Gesamtleistung	261.641	249.543	12.098	4,8
sonstige betriebliche Erträge	1.808	6.480	-4.672	-72,1
Materialaufwand	-73.661	-75.706	2.045	-2,7
Personalaufwand	-109.145	-108.118	-1.027	1,0
Abschreibungen	-15.368	-15.399	31	-0,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-39.179	-35.383	-3.797	10,7
Betriebsergebnis	26.097	21.418	4.679	21,8
Finanzergebnis	18	-212	230	-108,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	26.115	21.206	4.909	23,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-8.024	-6.074	-1.950	32,1
Ergebnis nach Steuern	18.091	15.133	2.958	19,5
Sonstige Steuern	-415	-420	4	-1,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	17.676	14.713	2.962	20,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	17.676	14.713	2.962	20,1

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	1.773	1.773	0	0,0
Auszubildende	30	28	2	7,1
Gesammelter Restmüll (aus Haushalten u.Gewerbe) (t)	155.800	159.300	-3.500	-2,2
Gesammeltes Altpapier (aus Haushalten u.Gewerbe) (t)	67.200	62.000	5.200	8,4
Gesammelte organische Abfälle (aus Haushalten u. Gewerbe)	80.600	78.200	2.400	3,1
Sperrmüllmenge (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	31.000	34.000	-3.000	-8,8

2.2 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

Anschrift: Bessie-Coleman-Straße 7 60549 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/66 07 59-0	E-Mail/Internet: info@ivm-rheinmain.de www.ivm-rheinmain.de
---	------------------------------------	---

Gründung: 13.05.2002	Unternehmensgegenstand: Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland - Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	60.500 € = 25,10 %
Land Hessen	30.500 € = 12,66 %
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	30.000 € = 12,45 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Groß-Gerau	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Hochtaunus	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Main-Kinzig	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Main-Taunus	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Offenbach	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Rheingau-Taunus	7.500 € = 3,11 %
Land Rheinland-Pfalz	7.500 € = 3,11 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	7.500 € = 3,11 %
Stadt Darmstadt	7.500 € = 3,11 %
Stadt Hanau	7.500 € = 3,11 %
Stadt Mainz	7.500 € = 3,11 %
Stadt Offenbach am Main	7.500 € = 3,11 %
Stadt Rüsselsheim	7.500 € = 3,11 %
Stadt Wiesbaden	7.500 € = 3,11 %
Eigener Anteil	7.500 € = 3,11 %
	241.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Frau Heike Mühlhans

Aufsichtsrat:	19 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr LRat Ulrich Krebs
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Stefan Majer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Erster KrBg Robert Ahrnt Herr KrBg Johannes Baron Herr Staatssekr Jens Deutschendorf Frau Bg Katrin Eder Frau StRin Marianne Flörsheimer Frau StRin Sabine Groß Herr MinDir Gerhard Harmeling Frau Erste KrBg Claudia Jäger Herr LRat Frank Kilian Herr StR Wolfram Kister Herr StR Andreas Kowol Herr StR Thomas Morlock Herr KrBg Winfried Ottmann Herr OB Jochen Partsch Herr Prof. Knut Ringat Herr LRat Thomas Will Herr Staatssekr Dr. Martin Worms

Frauenquote:Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

0,00 %

A. Ausblick 2022

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der Jahresabschluss 2021 noch nicht vor. Daher erfolgt eine Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres. Die ivm GmbH erarbeitet Handlungsansätze für eine zukunftsfähige, effiziente und nachhaltige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain. Aufgrund des gegebenen Budgetrahmens und der Vorgaben des Gesellschaftsvertrages ergeben sich für die Gesellschaft keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen. Die Projektarbeit wird auch im Jahr 2022 auf den bisher erfolgreichen Ansätzen, insbesondere im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement, aufbauen. Vor allem aktuelle Entwicklungen prägen hierbei die Ausrichtung der Unternehmensaktivitäten, welche das Thema einer nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität in den Fokus rücken. Ein wichtiger Handlungsschwerpunkt wird dabei auf der Verbreitung und Nutzbarmachung der vorliegenden Grundlagen und Angebote zur Erreichung der verkehrs- und umweltpolitischen Zielstellungen der Gesellschafter liegen. Das Einbinden und Begleiten der Prozesse zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler und regionaler Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität auf kommunaler und regionaler Ebene gewinnt daher immer weiter an Bedeutung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2020**Allgemeines**

Im Geschäftsjahr 2020 beschäftigte sich die Gesellschaft mit Aufgaben und Projekten, die der Förderung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements für die Region Frankfurt RheinMain dienen. Die Projekte lassen sich in insgesamt sieben Bereiche einteilen: Betriebliches und schulisches Mobilitätsmanagement, Begleitung und Erarbeitung von Mobilitätskonzepten (z. B. Runde Tische Radverkehr), Inter- und Multimodalität (z. B. Bike-und-Ride Konzept), Mobilitätsdienste und Da-

tenmanagement (z. B. Radroutenplaner Hessen), Verkehrsmanagement (z. B. LKW-Empfehlungsnetz für die Region) sowie Innovationsprojekte. Hervorzuheben sind die Projekte „Jobticket und Mobilitätskonzept Gateway Gardens“, das Beratungsprogramm „Besser zur Schule“ und diverse Programme über „Verkehrsmittelwahl“/„Nahmobilitäts-Check“, bei denen das Fahrrad als selbstverständlich nutzbarer Baustein etabliert werden soll.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 994 T€ im Vorjahr auf 986 T€ im Berichtsjahr leicht gesunken. Die Erhöhung der immateriellen Vermögensgegenstände auf 320 T€ (Vj. 308 T€) resultiert aus Aktivierungen in unterschiedlichen Projekten. Dem gegenüber stehen planmäßige Abschreibungen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind projektabhängig. Der Rückgang um 237 T€ ist im Wesentlichen auf enthaltene Forderungen gegen den RMV aus Umlagen und auf zeitliche Unterschiede im Zahlungsverhalten zurückzuführen. Die Veränderung der liquiden Mittel wird in der Kapitalflussrechnung deutlich (+235 T€). Er lässt sich auf erhaltene Anzahlungen für 2021 zurückführen.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital unverändert zum Vorjahr (234 T€). Wesentliche Veränderungen sind bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zu erkennen (119 T€; Vj. 362 T€). Dies ist auf die Verbindlichkeiten gegen eine Firma zurückzuführen und auf das veränderte Zahlungsverhalten der Gesellschaft sowie Rechnungseingänge der Lieferanten zum Ende des Geschäftsjahres. Weitere wesentliche Veränderungen sind bei der Position „erhaltene Anzahlungen“ (166 T€; Vj. 0 €) zu erkennen. Hier ist bereits ein Zahlungseingang für das Projekt Fachzentrum Schulisches Mobilitätszentrum 2021 zu verzeichnen.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis 2020 ist wie im Vorjahr ausgeglichen. Die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen der Gesellschaft werden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen sowie vom Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und durch Kofinanzierung Dritter ausgeglichen. Im Wirtschaftsjahr 2020 wurden hierfür Finanzierungsbeiträge der kommunalen Aufgabenträger von 904 T€ (Vj. 844 T€) vereinnahmt. Das Land Hessen beteiligte sich mit 451 T€ (Vj. 420 T€); der RMV beteiligte sich mit einer projektbezogenen Umlage. Darüber hinaus wurden Erträge aus der Kofinanzierung von Dritten vereinnahmt. Hierbei handelt es sich um Fördermittel (EU, Bund, Land) sowie um Mittel im Rahmen von projektbezogener Kooperation mit Dritten (898 T€; Vj. 880 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gründung der Gesellschaft erfolgte im Jahr 2002 (zunächst als Vorbereitungsgesellschaft) auf der Grundlage des hessischen Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main vom 19.12.2000 (BallrG), damit diese die Aufgaben des integrierten Verkehrsmanagements in der Region Frankfurt Rhein-Main (§ 1 Abs. 1 Ziffer 8 BallrG) übernimmt. Zum 01.04.2011 ging der Regelungsgehalt des Ballungsraumgesetzes im „Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (MetropolG)“ vom 08.03.2011 auf.

Der öffentliche Zweck der ivm GmbH ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der ivm GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschaft finanziert sich durch Zuschüsse der Gesellschafter sowie durch Drittmittel. Das Land Hessen leistet seinen Beitrag im Rahmen einer anteiligen Fehlbedarfsfinanzierung. Die Stadt Frankfurt am Main steuert einen jährlichen Betrag von rd. 645 T€ bei. Den restlichen Finanzierungsanteil leisten die beteiligten Gebietskörperschaften, mit Ausnahme des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Mainz, in Form einer einwohnerbezogenen Umlage von 0,13 € pro Einwohner. Das Land Rheinland-Pfalz leistet seinen Finanzierungsanteil in Form einer Projektfinanzierung, die Stadt Mainz durch eine Personalabstellung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 1 T€. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

**Jahresabschluss zum 31.12.2020 der
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)**

Bilanz	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	379	372	7	1,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	320	308	12	3,8
Sachanlagen	59	64	-4	-6,9
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	582	603	-21	-3,5
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23	280	-256	-91,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	558	323	235	72,7
Rechnungsabgrenzungsposten	25	19	6	34,0
Bilanzsumme	986	994	-8	-0,8
PASSIVA				
Eigenkapital	234	234	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	241	241	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Sonderposten	379	372	7	1,9
Rückstellungen	60	24	35	146,5
Verbindlichkeiten	314	364	-50	-13,8
Bilanzsumme	986	994	-8	-0,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	2.630	2.730	-100	-3,7
Materialaufwand	-854	-956	102	-10,7
Personalaufwand	-670	-708	37	-5,3
Abschreibungen	-350	-403	53	-13,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-756	-663	-92	13,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1	1	-0	-20,7
Finanzergebnis	-0	-0	0	-35,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	0	0	0	0,0
Ergebnis nach Steuern	0	0	0	0,0
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2020	2019	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	8	11	-3	-27,3

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH

Anschrift: Stiftstraße 9-17 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/94 51 568 – 00	E-Mail/Internet: projekt@regionaltangente-west.de www.regionaltangente-west.de
--	--	---

Gründung: 27.11.2008	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	10.000 € = 33,33 %
Land Hessen	5.000 € = 16,67 %
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	5.000 € = 16,67 %
Landkreis Hochtaunus	2.500 € = 8,33 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 € = 8,33 %
Landkreis Offenbach	2.100 € = 7,00 %
Landkreis Main-Taunus	900 € = 3,00 %
Stadt Eschborn	400 € = 1,33 %
Stadt Neu-Isenburg	400 € = 1,33 %
Stadt Schwalbach	400 € = 1,33 %
Stadt Bad Soden	400 € = 1,33 %
Gemeinde Sulzbach	400 € = 1,33 %
	30.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Horst Amann
--

Aufsichtsrat:	15 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Kristina Luxen Herr StR Stefan Majer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr KrBg Johannes Baron Herr BM Dr. Frank Blasch Herr BM Elmar Bociek Herr MinDirigent Elmar Damm Herr BM Herbert Hunkel Herr BM Alexander Immisch Frau Erste KrBg Claudia Jäger Herr BM Oliver Jedynak Herr Dr. Andre Kawai Herr MinDirigent Bernhard Maßberg Herr Prof. Knut Ringat Herr Erste KrBg Thorsten Schorr Herr BM Adnan Shaikh

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %
--

A. Ausblick 2022

Der Erfolgsplan basiert auf dem genehmigten Wirtschaftsplan für das Jahr 2022. Der Wirtschaftsplan wurde im November 2021 durch die Gesellschafter

genehmigt. Demnach wird mit Aufwendungen in Höhe von 63,31 Mio. € gerechnet.

Die Aufwendungen sollen über die Gesellschafterumlage in Höhe von 30,94 Mio. € sowie aus EU-Fördermitteln und Fördermitteln des Bundes bzw.

des Landes gedeckt werden. Darüber hinaus werden Honorareinnahmen für Dienstleistungen für externe Projekte erwartet. Der Restbetrag wird über einen Mittelübertrag aus den im Vorjahr nicht verbrauchten Mitteln sowie der Auflösung von Sonderposten gedeckt, so dass der Erfolgsplan für 2022 ausgeglichen bleibt.

Die RTW GmbH hat zusätzliche EU-Fördermittel für die Ausführungs- und Vergabeplanung akquiriert. Durch ergänzende Maßnahmen/Projekte (z. B. Verlängerung U2, Verkehrsplanung Neu-Isenburg, Linie 11, Erweiterung Langen) sollen Synergieeffekte und vorhandene Kompetenzen genutzt sowie ein Know-how-Aufbau für die RTW erzielt werden, der das Projekt wiederum zusätzlich befördern soll. Weitere Synergieeffekte sollen durch eine sehr enge Kooperation mit der DB AG durch Synchronisierung der jeweiligen Baumaßnahmen und gemeinsamen Nutzung von Sperrpausen bei Baumaßnahmen im Bereich der DB AG erreicht werden. In Abhängigkeit von der Projektentwicklung werden fortlaufend die Bauabläufe überprüft und optimiert, um Beschleunigungspotenziale zu identifizieren oder mögliche Terminverzögerungen zu vermindern.

Potenzielle Risiken könnten den weiteren Projektverlauf negativ beeinflussen. Dazu zählen u. a. eine nicht rechtzeitige Fertigstellung der Planung aufgrund fehlender Planungskapazitäten bei den Ingenieurbüros als auch aufgrund geänderter Anforderungen durch die Gesellschafter:innen, Kapazitätsengpässe bei den Baufirmen sowie bauaufschiebende Klagen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 wurden die Planungen in den einzelnen Planfeststellungsabschnitten (PFA) weiter vertieft und vorangetrieben, so dass wesentliche Meilensteine abgeschlossen werden konnten. Prägnante Meilensteine waren die Offenlage der Planfeststellungsunterlagen im PFA Mitte im November/Dezember 2021, die Aufnahme des Projektes in das Bundes-GVFG (Kategorie B) und Einreichung des Detailantrages zum PFA Süd 1, der Abschluss der Einwandsbearbeitung im PFA Nord,

als auch die abschließenden Abstimmungen mit den Einwendern im Planfeststellungsverfahren Süd 1, so dass hier der Planfeststellungsabschluss Anfang 2022 erlassen werden konnte. Im Planfeststellungsabschnitt Mitte konnte nach Einreichung der Planfeststellungsunterlagen beim Regierungspräsidium Darmstadt zur Vollständigkeitsprüfung im Mai 2021 und Einarbeitung der Prüfergebnisse die Offenlage im Abschnitt Mitte vom November bis Dezember 2021 stattfinden. In Nord wurde die Einwandsbearbeitung nach intensiven Abstimmungen mit den Beteiligten abgeschlossen, so dass im Dezember 2021 die Erwidernungen an das Regierungspräsidium Darmstadt übergeben werden konnten.

In den Planfeststellungsabschnitten Nord und Süd 1 wurden die Ausführungsplanung weiter vertieft und die ersten Ausschreibungsunterlagen im Abschnitt Süd 1 fertiggestellt und bekanntgegeben, so dass im Jahr 2021 die Vorbereitungen für einen Baubeginn des Projektes im PFA Süd 1 im Jahr 2022 begonnen werden konnten.

Auf Grundlage der aktuellen Kostenermittlung ergeben sich reine Baukosten für die Schieneninfrastruktur i. H. v. 720 Mio. € netto, Preisstand 2019. Zu den reinen Bauinvestitionskosten kommen rund 192 Mio. € Baunebenkosten sowie 144 Mio. € für Unvorhergesehenes und 68 Mio. € Reserve für Baupreissteigerungen. Vor diesem Hintergrund belaufen sich die Gesamtkosten der RTW Infrastruktur – ohne Fahrzeuge – bis zur Inbetriebnahme inklusive Baunebenkosten, Baupreissteigerung und Unvorhergesehenes auf 1,12 Mrd. € netto. Zwischenzeitlich wurde ein Höchstsatz an Fördermitteln von bis zu 95 % insgesamt in Aussicht gestellt.

Für die Finanzierung des Projektes wurde sowohl der Rahmenfinanzierungsantrag zur Aufnahme des Projektes in die Bundes-GVFG-Finanzierung (Kategorie B), als auch der Detailantrag für den PFA Süd 1 im vierten Quartal 2021 eingereicht. Mit Schreiben vom 22.12.2021 wurde vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) die Aufnahme des Projektes in das Bundes-GVFG (Kategorie B) bestätigt. Der Detailantrag für den PFA Süd 1 wird derzeit durch das Kompetenzzentrum Schieneninfrastrukturförderung geprüft. Der Zuwendungsbescheid wird im dritten Quartal 2022 erwartet.

Der Antrag der RTW GmbH auf Bezuschussung der Planungskosten durch die EU, abgegeben im Januar 2015, wurde von der EU-Kommission positiv beschieden. Die RTW GmbH erhielt als Zuschuss zu den Planungskosten für die HOAI (Honorarordnung für Architekten- und Ingenieurleistungen)-Leistungsphasen 1-4 eine Summe von 7,68 Mio. €. Im Februar 2020 hat die RTW GmbH eine weitere Bezuschussung für die Planungskosten der HOAI Leistungsphasen 5-7 durch die EU beantragt. Der Förderantrag wurde von der EU-Kommission positiv beschieden. Der Vertrag für das GRANT-Agreement mit der EU wurde am 12.11.2020 geschlossen. Die RTW GmbH erhält einen weiteren Zuschuss zu den Planungskosten für die HOAI Leistungsphasen 5-7 von bis zu 20,0 Mio. €. Eine erste Abschlagszahlung für die Jahre 2020 und 2021 in Höhe von 4,57 Mio. € ist bereits im November 2020 durch die EU erfolgt. Eine weitere Abschlagszahlung über 0,65 Mio. € wurde im April 2021 durch die EU bewilligt.

Trotz der weiterhin andauernden Corona-Pandemie konnten in allen Planfeststellungsabschnitten die geplanten Themen abgearbeitet und mit den Beteiligten abgestimmt werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Das Finanzierungsmodell der RTW GmbH sieht einen Finanzierungsmix aus Umlagezahlungen der kommunalen Gesellschafter, EU-Fördermitteln sowie Fördermitteln des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland vor. Die Zahlungsfähigkeit ist mit der Genehmigung des Wirtschaftsplans durch die Gesellschafterversammlung über das gesamte Jahr gesichert.

Die Bilanzsumme hat sich zum Berichtszeitpunkt um 9,18 Mio. € auf 40,81 Mio. € erhöht. Dies resultiert auf der Aktivseite auf der einen Seite aus der Reduktion der Bankguthaben einschließlich der Wertpapiere um 7,17 Mio. € und auf der anderen Seite aus der Erhöhung der Sachanlagen (im Wesentlichen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau) um 15,50 Mio. € sowie einer Erhöhung der Forderungen und sonstiger Vermögensgegenstände um 849 T€. Dem gegenüber stehen auf der Passivseite höhere Zuführungen zum Sonderposten mit

Rücklageanteil in Höhe von 15,49 Mio. € sowie eine Erhöhung der Rückstellungen um 951 T€. Die Verbindlichkeiten haben sich um 7,27 Mio. € reduziert. Die Eigenkapitalquote beträgt inklusive des Sonderpostens 71,89 %.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung führt im Berichtsjahr zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Die Mehraufwendungen aus der Geschäftstätigkeit werden durch Beiträge der Gesellschafter ausgeglichen. Die sonstigen betrieblichen Erträge (inkl. Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter) haben sich um 2,37 Mio. € erhöht, was im Wesentlichen auf höhere Gesellschafterbeiträge (+1,83 Mio. €) zurückzuführen ist. Die Betriebsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 3,29 Mio. € auf 20,54 Mio. € gestiegen. Dies betrifft mit 1,82 Mio. € die sonstigen betrieblichen Aufwendungen aufgrund der deutlich höheren Aufwendungen aus der Zuführung zum Sonderposten für Investitionszuschüsse (+1,83 Mio. €). Ferner haben sich die Personalaufwendungen im Zusammenhang mit der gestiegenen Mitarbeiterzahl um 1,08 Mio. € auf 3,10 Mio. € erhöht. Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen (+330 T€) steht im Zusammenhang mit den gestiegenen Projekterträgen der Gesellschaft. Insgesamt ergibt sich ein Mehraufwand aus der Geschäftstätigkeit von 18,48 Mio. €, der sich um 1,83 Mio. € gegenüber dem Vorjahr erhöht hat.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der RTW GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2021 betragen die Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter insgesamt 18,48 Mio. €

(Vj. 16,65 Mio. €), wovon auf die Stadt Frankfurt am Main ein Anteil von 11,47 Mio. € (Vj. 10,45 Mio. €) fällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
RTW Planungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	29.312	13.819	15.493	112,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	30	41	-11	-26,2
Sachanlagen	29.281	13.778	15.503	112,5
Umlaufvermögen	11.467	17.792	-6.325	-35,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.338	1.489	849	57,1
Wertpapiere	0	2.475	-2.475	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	9.128	13.828	-4.699	-34,0
Rechnungsabgrenzungsposten	26	18	8	44,6
Bilanzsumme	40.805	31.629	9.176	29,0
PASSIVA				
Eigenkapital	22	22	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	30	30	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-8	-8	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	29.312	13.819	15.493	112,1
Rückstellungen	2.413	1.462	951	65,0
Verbindlichkeiten	9.058	16.325	-7.268	-44,5
Bilanzsumme	40.805	31.629	9.176	29,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
andere aktivierte Eigenleistungen	920	0	920	-
Gesamtleistung	920	0	920	-
sonstige betriebliche Erträge	19.617	17.250	2.366	13,7
Materialaufwand	-330	0	-330	-
Personalaufwand	-3.101	-2.019	-1.082	53,6
Abschreibungen	-94	-42	-53	125,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-17.011	-15.190	-1.821	12,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	0	-0	0	-141,0
Finanzergebnis	0	-0	0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	0	-0	0	-140,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-0	-
Ergebnis nach Steuern	0	-0	0	-142,8
Sonstige Steuern	-0	0	-0	-142,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	33	19	14	73,7

2.4 SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH

Anschrift: Mainzer Landstraße 191 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 13-2 98 50 0 69/2 13-2 99 74	E-Mail/Internet: info@sbev-frankfurt.de www.sbev-frankfurt.de
Gründung: 05.08.2015	Unternehmensgegenstand: Realisierung des Neubaus der Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel in Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 12.750 € = 51,00 % 12.250 € = 49,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Florian Habersack Herr Ingo Kühn		

A. Ausblick 2022

Aufgrund des weiteren Bevölkerungs- und Beschäftigungswachstums der Stadt Frankfurt am Main bedarf es einer zukünftigen Stadtentwicklung. Mit der dringenden Aufgabe der Schaffung neuen Wohnraums und der Entwicklung neuer Stadtquartiere muss die Infrastruktur Schritt halten. Mit der Förderung des öffentlichen Personennachverkehrs (ÖPNV) und zukunftsfähigen Infrastrukturmaßnahmen schafft die Stadt Frankfurt am Main die erforderliche Grundlage für eine moderne Stadtentwicklung und klimafreundliche Verkehrswende. Konkret ist derzeit erkennbar, dass sich das starke Bevölkerungswachstum in Frankfurt am Main zu großen Teilen im Norden der Stadt vollzieht (z. B. auf dem Riedberg). Die unter anderem daraus resultierende Belastungszunahmen der Stadtbahnlinien U1, U2, U3, und U8 zeigt deutlich, dass in Richtung Innenstadt mittelfristig Bedarf für eine zweite Nord-Süd-Verbindung im Stadtbahnnetz besteht.

Aktuell befindet sich mit dem Neubau der „Stadtbahnstrecke B, TA 3 – Europaviertel („Stadtbahn Europaviertel“) eines der größten Infrastrukturprojekte der Stadt Frankfurt seit den 90er Jahren im Bereich des ÖPNV in der Realisierung.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.07.2022 (§ 2012) wurde die SBEV beauftragt für das Projekt U4 Lückenschluss (Neubau der U4 Stadtbahnverbindung Ginnheim – Bockenheim) die Machbarkeit sowie die Vorplanung zu erstellen. Mit dieser Neuausrichtung der SBEV entfällt die

Beschränkung ausschließlich auf den Neubau der Stadtbahn Europaviertel. Gesellschaftsgegenstand ist vielmehr (allgemein) die Realisierung von Bauprojekten im Bereich der bestehenden oder zukünftigen Schieneninfrastruktur der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH (VGF). Um die Durchführung des Bauprojektes U4 Lückenschluss aus einer Hand zu ermöglichen, wird der VGF aufgrund bestehender personenbeförderungsrechtlicher Genehmigungen die Befugnis eingeräumt, die Planung und die Baumaßnahmen U4 Lückenschluss einschließlich sämtlicher Bauwerke, Anlagen und Tunnelbauwerke im eigenen Namen und auf eigene Rechnung auszuführen. Zudem soll bei der VGF das Eigentum an den von ihr zu diesem Zweck hergestellten Bauwerken und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke entstehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Zur Realisierung des Neubaus der Stadtbahnstrecke (B, Teilabschnitt 3) Europaviertel in Frankfurt am Main wurde von der VGF gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2015 die SBEV gegründet. Die Gesellschaft erstellt die Bauwerke und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke der Stadtbahn Europaviertel als Totalübernehmerin „schlüsselfertig“ und vergibt die dafür notwendigen Bau- und Planungsleistungen vollständig im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Planungs- und Bauleistungen erbringt die Gesellschaft in Ei-

genleistung nicht. Vorhabenträgerin (im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes) des Baus der Stadtbahn Europaviertel ist die VGF, die Eigentümerin der zu diesem Zweck herzustellenden Bauwerke und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke wird. Die Gesellschaft baut die Bauwerke und Anlagen somit für die VGF und erlangt weder Eigentums- noch Nutzungsrechte daran.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Durch die im Berichtsjahr umgesetzten Planungs- und Bauleistungen steigt die Bilanzsumme im Geschäftsjahr auf 152,21 Mio. € (Vj. 116,00 Mio. €). Das Umlaufvermögen setzt sich überwiegend aus unfertigen Leistungen zusammen, die die bisher angefallenen Herstellungskosten aus dem Projekt Stadtbahn Europaviertel umfassen. Da die SBEV im Auftrag der VGF tätig wird und kein Eigentum erwirbt, erfolgt der Ausweis der Baumaßnahme während der Projektlaufzeit in den unfertigen Leistungen der SBEV. Dem stehen die von der VGF erhaltenen Anzahlungen gegenüber. Der Posten unfertige Leistungen beträgt 150,53 Mio. € (Vj. 106,59 Mio. €) und macht 99 % (Vj. 92 %) der Bilanzsumme aus. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten weiterhin den Bestand der Mietkaution, der Steuerforderungen und Skonto. Derzeit besteht ein Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 1,37 Mio. €, das entspricht 0,9 % (Vj. 1,52 Mio. €, 1,43% der Bilanzsumme). Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen den Anstieg der Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitenden (83 T€; Vj. 65 T€) sowie Jahresabschlusskosten (15 T€; Vj. 16 T€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.95 Mio. € (Vj. 913 T€) bestehen zum Bilanzstichtag hauptsächlich aus Projektkosten. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin VGF (148,52 Mio. €; Vj. 114,26 Mio. €) beinhalten zum einen die von der VGF erhaltenen Anzahlungen abzüglich des Verrechnungskontos der Umsatzsteuer für erhaltene Anzahlungen (148,49 Mio. €; Vj. 114,21 Mio. €). Darüber hinaus wurden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hiermit verrechnet. Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten vor allem die Umsatzsteuerzahl last (582 T€; Vj. 690 T€).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt unverändert gegenüber dem Vorjahr mit einem Jahresüberschuss von 1 T€. Die Entwicklung der Ertragslage ist geprägt durch den Projektfortschritt im Berichtsjahr. Dies spiegelt sich in der Veränderung der einzelnen Ertrags- und Aufwandsposten wider. Die VGF vereinnahmt als Antragstellerin und Begünstigte die Zuwendungen gemäß den Zuwendungsbescheiden von Bund/Land und der Stadt Frankfurt am Main. Die Refinanzierung der SBEV erfolgt durch die Weiterleitung der Mittel gemäß Projektfortschritt. Die VGF zahlt an die SBEV dazu auf Basis einer zu generierenden Zahlungsvorschlagsliste Abschläge. Diese sollen die SBEV in die Lage versetzen, die von ihr insbesondere gegenüber den bauausführenden Unternehmen und den sonstigen Projektbeteiligten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen vertragstreuenachzukommen. Die Darstellung des Mittelabrufes seitens der SBEV ergibt sich aus den erhaltenen Anzahlungen. Die bei ihr selbst entstehenden Kosten (Verwaltungskosten) stellt die SBEV der VGF monatlich in Rechnung. Diese Kostenerstattung sowie die Abrechnung der an die VGF erbrachten Dienstleistungen werden seitens der SBEV unter den Umsatzerlösen (1,69 Mio. €; Vj. 842 T€) ausgewiesen. Der deutliche Anstieg der Umsatzerlöse resultiert aus der vereinbarten Rückzahlung einer erhaltenen Vertragsstrafe an einen Auftragnehmer. Dies führt zu einer höheren Inanspruchnahme der o. g. Leistungen gegenüber der VGF im Jahr 2021. Weitere Komponenten der Umsatzerlöse sind übrige Erlöse, die überwiegend die Vermietung der Büroausstattung an Dritte (37 T€, Vj. 73 T€) sowie übrige Erlöse aus dem dem Vorjahr (1 T€; Vj. 20 T€), die die Leistungserbringung an Dritte umschließt, beinhalten. Des Weiteren enthalten die übrigen Erlöse Positionen aus der gewerblichen Vermietung (14 T€; Vj. 17 T€). Wesentliche Komponenten der Materialaufwendungen sind die sonstigen Fremdleistungen (43,08 Mio. €, Vj. 22,36 Mio. €), die sich zum größten Teil auf projektbezogene Leistungen für die Herstellung der Stadtbahn Europaviertel beziehen. Weitere Bestandteile sind die Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Leistungen gemäß Dienstvertrag

mit der VGF aus den Bereichen Rechnungswesen, Controlling, Einkauf, Personalverwaltung und Personalabrechnung (161 T€, Vj. 155 T€) sowie das Entgelt für im Rahmen der Personalgestellung von der VGF überlassene Mitarbeitende für das Projektleitungsteam (40 T€, Vj. 147 T€). Der Rückgang dieser Aufwendungen ist auf das Auscheiden eines Mitarbeitenden zurück zu führen. Zudem beinhalten die Materialaufwendungen die Abrechnung von IT-Leistungen (80 T€, Vj. 86 T€). Die Personalaufwendungen beziehen sich auf elf Angestellte mit originärem Arbeits-/Dienstvertrag mit der SBEV einschließlich der Geschäftsführung. Den wesentlichen Hauptbestandteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen stellen die übrigen betrieblichen Aufwendungen dar, die sich vor allem aus der Rückzahlung einer erhaltenen Vertragsstrafe im Zusammenhang mit dem Schneidradschaden an einem Auftragnehmer zusammensetzen (824 T€). Weitere Komponenten sind die Aufwendungen für die Anmietung der Liegenschaft in der Mainzer Landstraße (131 T€; Vj. 158 T€), Aufwendungen für Prüfungs-, Gerichts- und Notarkosten (25 T€; Vj. 0,1 T€), deren Anstieg auf eine Gerichtskostenrechnung im Zuge des Beweisverfahrens zum Schneidradschaden zurückgeht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Herstellung der Stadtbahn Europaviertel sah der städtische Haushalt für das Jahr 2019 einen Investitionszuschuss von 3,51 Mio. € (bei einem geplanten Volumen von 92,7 Mio. €) vor. Tendenziell werden die Kosten steigen, im Haushalt 2021 wurden bereits ein Gesamtvolumen von 177 Mio. € veranschlagt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge von Herrn Habersack 34 T€ (Aufwandsentschädigung) und von Herrn Kühn 184 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorbesprochen werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 24.09.2020 für das Planjahr 2021 und am 05.10.2021 für das Planjahr 2022 statt. Das Jahresabschlussgespräch 2021 fand am 26.04.2022 statt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	152.209	115.996	36.213	31,2
Vorräte	150.527	113.588	36.939	32,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	310	886	-576	-65,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.372	1.523	-150	-9,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	152.209	115.996	36.213	31,2
PASSIVA				
Eigenkapital	34	33	1	3,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	8	6	1	20,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1	1	0	0,0
Rückstellungen	100	82	18	22,4
Verbindlichkeiten	152.075	115.882	36.193	31,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	152.209	115.996	36.213	31,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.740	956	783	81,9
Bestandsänderung UE / FE	43.940	23.472	20.468	87,2
Gesamtleistung	45.680	24.428	21.252	87,0
sonstige betriebliche Erträge	10	833	-823	-98,8
Materialaufwand	-43.551	-23.206	-20.345	87,7
Personalaufwand	-1.011	-971	-40	4,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.128	-1.082	-46	4,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-0	2	-2	-107,7
Finanzergebnis	-0	0	-0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-0	2	-2	-107,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	-1	2	-253,4
Ergebnis nach Steuern	1	1	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1	1	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1	1	0	0,0
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	9	9	0	0,0

2.5 Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Goldsteinstraße 160 60528 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 46 66 0 69/2 12-3 79 45	E-Mail/Internet: poststelle.eb68@stadt-frankfurt.de www.stadtentwaesserung-frankfurt.de
Gründung: 17.12.1998	Unternehmensgegenstand: Reinhaltung und naturnahe Entwicklung der Gewässer in Frankfurt am Main durch umweltschützende Ableitung und Reinigung des Abwassers, durch naturgerechte Gewässerunterhaltung und naturnahen Gewässerausbau bei angemessenem Hochwasserschutz.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 7.669.378 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Karsten Jost Herr Roland Kammerer		
Betriebskommission:	13 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau StRin Ina Hauck Herr Stv Dr. Julian Langner Herr StR Stefan Majer Herr StR Sieghard Pawlik Herr Stv Roger Podstatny Frau StRin Annette Rinn Herr Stv Martin-Benedikt Schäfer Herr Stv Thomas Schlimme Frau Stv Friederike von Franqué Herr Stv Eyup Yilmaz	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder:	Herr Uwe Geider (AN) Herr Volker Überall (AN)	

A. Ausblick 2022

Da die Leistungen der Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF) im Hoheitsbereich erbracht werden, werden keine unmittelbaren wirtschaftlichen Risiken gesehen. Ein Verzicht auf die Dienstleistung Abwasserentsorgung dem Grunde nach ist nicht vorstellbar. Entsprechend den Satzungsregelungen müssen anfallende Abwässer aus Hygiene- und Umweltgründen in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage eingeleitet werden.

Aufgrund der hoheitlichen Aufgaben der SEF sind zurzeit keine monetären Auswirkungen und eine Gefährdung der Liquidität durch die Corona-Pandemie erkennbar. Die geplanten Investitionen werden voraussichtlich nicht in der vorgesehenen Höhe erreicht werden können.

Um die ständige Betriebsbereitschaft zu erhalten, sind die Anlagen mit entsprechenden Redundanzen

ausgelegt. Die SEF unterhält zu diesem Zweck außerdem eigene Werkstätten für die Wartung, Instandhaltung und Reparatur der Anlagen. Der ständige Betrieb der Anlagen wird durch Schichtdienste im Bereich der Anlagen und durch Rufbereitschaften für besondere Betriebssituationen sichergestellt. Darüber hinaus ist der laufende Betrieb durch ein umfassendes technisches Sicherheitsmanagement (TSM) gewährleistet.

Für die kommenden Jahre ist die Entsorgungssicherheit durch die geplanten Investitionen und Sanierungen gewährleistet. Durch Benchmarking und betriebswirtschaftliche Instrumente wird laufend geprüft, welche Möglichkeiten für einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen gegeben sind. Die Umsatzerlöse in 2022 als auch im Planungshorizont basieren auf der Veranlagung getrennter Abwassergebühren für die Schmutzwasserbeseitigung (Schmutzwassergebühr) und die Niederschlags-

wasserbeseitigung (Niederschlagswassergebühr). Ab dem 01.01.2019 wurden durch die SEF getrennte Abwassergebühren eingeführt. Für die Schmutzwasserbeseitigung wird eine Gebühr in Höhe von 1,45 € pro m³ veranlagtem Frischwasserbezug erhoben. Für Niederschlagswasserbeseitigung wird eine Gebühr in Höhe von 0,50 € je m² versiegelter und angeschlossener Grundstücksfläche erhoben. Der Eigenbetrieb erbringt die kommunale Pflichtaufgabe der Abwasserentsorgung im Hoheitsbereich der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der Daseinsvorsorge. Aus derzeitiger Sicht werden keine bestandsgefährdenden Markt- oder Betriebsrisiken gesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Jahresabschluss und der Lagebericht über das Geschäftsjahr 2021 lagen zum Redaktionsschluss nur im Entwurf vor.

Die SEF hat die gesetzlichen Pflichtaufgaben der ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung im Stadtgebiet durch Sammlung, Ableitung und Reinigung des anfallenden Abwassers und der Unterhaltung der fließenden Gewässer zweiter und dritter Ordnung, jeweils entsprechend den wasserrechtlichen Vorschriften. Zur Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes betreibt die SEF öffentliche Entwässerungskanäle mit einer Gesamtlänge von 1.619 km ebenso wie zahlreiche Pumpwerke, Regenentlastungen, Regenüberlaufbecken und Stauraumkanäle sowie zwei Abwasserreinigungsanlagen (ARA) mit einer Gesamtkapazität von ca. 2 Mio. Einwohnergleichwerten. Die Entsorgung der anfallenden Schlämme erfolgt in einer Schlammmentwässerungs- und -verbrennungsanlage (SEVA). Neben der Entsorgung im Einzugsgebiet der Stadt Frankfurt am Main erfolgt die Entsorgung der Abwässer der Städte Maintal (Stadtteil Bischofsheim), Neu-Isenburg, Offenbach, Kelsterbach und Steinbach sowie der in den Abwasserverbänden Main-Taunus und Westerbach zusammengeschlossenen Kommunen. Darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben der SEF, zahlreiche Gewässer mit einer Gesamtlänge von ca. 160 km zu unterhalten. Es handelt sich dabei um kleine Gräben und Bäche und den Fluss Nidda, der

im Stadtgebiet Frankfurt durch fünf bewegliche Wehre staugeregelt ist.

Für den Betrieb der Kanalisation wurden der zweite Durchgang der flächendeckenden Inspektion der Kanäle, die Erarbeitung von Sanierungskonzepten und die Wiederherstellung eines einwandfreien Zustandes schadhafter Kanalabschnitte fortgesetzt. Bis Ende 2021 waren ca. 78 % des gesamten Kanalnetzes in diesem Wiederholungszyklus inspiziert. Der Rückgang des Inspektionsfortschritts gegenüber dem Vorjahr ist auf Auswirkungen der Coronapandemie, aber auch auf verschärfte verkehrsrechtliche Randbedingungen sowie einer im Berichtszeitraum angespannten Personalsituation zurückzuführen. Neben der Inspektion der öffentlichen Kanäle wurde auch die systematische Untersuchung der Zuleitungskanäle fortgesetzt. Außerdem wurde auch die seit 2016 neue Aufgabe zur Untersuchung der Kanäle auf städtischen Grundstücken fortgeführt. Im Jahr 2021 wurden eine Reihe von Kanalbaumaßnahmen durchgeführt. Im Bereich der Abwasserab- leitung ereigneten sich im Jahr 2021 keine gravierenden Betriebsstörungen mit wesentlichen Auswirkungen auf Gewässer oder Siedlungsbereiche.

Für die beiden Abwasserreinigungsanlagen stehen zwei wesentliche und zukunftsweisende Projekte an. Als erster Teil der zukünftigen Klärschlammbehandlung steht das Projekt Klärschlammfäulung an, die die Verfahrensschritte Fäulung und Verbrennung in zwei getrennten Anlagen umfasst. Die SEF hat im Dezember 2021 den Genehmigungsbescheid für den Bau der Klärschlammfäulungsanlage mit Blockheizkraftwerk und Prozesswasserbehandlung erhalten.

Für die Klärschlammverbrennungsanlage, die die zweite Stufe der künftigen Klärschlammbehandlung bildet und die bestehende SEVA ersetzen soll, wurde die Entwurfsplanung durchgeführt, die voraussichtlich 2022 abgeschlossen und nach Prüfung durch die SEF und das Revisionsamt der Betriebskommission zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Dabei wird nochmals untersucht, ob der Bau einer eigenen Verbrennungsanlage oder die Entsorgung des ausgefaulten Schlammes durch Dritte und Berücksichtigung aller Kriterien verfolgt werden soll.

Die steigenden Belastungen im Zulauf zu den Abwasserreinigungsanlagen Niederrad/Griesheim und Sindlingen führten im Jahr 2021 zu einer hohen Auslastung bei dem Parameter Stickstoff. Um die hohe Auslastung zu reduzieren und die geforderte Reinigungsleistung sicher zu erzielen, wurde das Projekt Erweiterung 2. Biologische Stufe und Nachklärung auf der ARA Niederrad gestartet. Die von dem Gesetzgeber geforderte Optimierung für die Elimination des Gesamtphosphors ist bei beiden Anlagen in Bearbeitung. Dazu wurde für die ARA Niederrad das Projekt Neubau einer Filtration mit Kosten in Höhe von rd. 110 Mio. € begonnen. Im Rahmen der Planung wird optional geprüft, ob in diesem Verfahrensschritt auch Spurenstoffe (so genannte 4. Reinigungsstufe) entfernt werden können.

Im Jahr 2021 konnte durch die Mitarbeitenden der Gewässerunterhaltung der SEF ein sicherer Betrieb der Wehre gewährleistet werden. Auch die Arbeiten zur Wegeunterhaltung, Baumpflege und die Reinigungs- und Mäharbeiten wurden vollständig durchgeführt.

Im gesamten Berichtsjahr musste aufgrund der Corona-Pandemie die Aufgabenabwicklung laufend den neuen Randbedingungen angepasst werden. Durch Bildung von festen Arbeitsteams, die im Wechsel vor Ort tätig waren, und eine weitgehende räumliche Trennung der Einsatzorte wurden die hygienischen Schutzmaßnahmen umgesetzt. In den Verwaltungs- und Planungsbereichen arbeiteten ebenfalls im Wechsel ca. 50 % der Mitarbeitenden von zu Hause. Im Sommer 2021 konnten die Maßnahmen teilweise wieder rückgängig gemacht werden, bis die Verschärfung der Lage im Herbst 2021 weitere Schutzmaßnahmen erforderlich machte. Insbesondere der Anteil des mobilen Arbeitens von zu Hause wurde ausgeweitet.

Der Betrieb der Abwasseranlagen und die Gewässerunterhaltung konnten aber im gesamten Jahr 2021 im Wesentlichen im vollem Umfang aufrechterhalten werden. Die begonnenen Baumaßnahmen wurden, teilweise mit Terminverzögerungen wegen der Personalverfügbarkeit bei den Auftragnehmern und Lieferengpässen bei Baumaterialien, weitergeführt.

Über den Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hatte die SEF im Juli 2021 eine Anfrage zur Unterstützung der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler bei der Bewältigung der Folgen der Flutkatastrophe erreicht. Benötigt wurde Unterstützung zur Reinigung der Kanalisation, die durch Schlamm- und Geröllmassen sowie Trümmer vollständig verstopft und somit außer Funktion war. Ab dem 26.07.2021 befanden sich insgesamt 16 Mitarbeitende zum Teil mehrfach für jeweils eine Woche vor Ort im Einsatz, um auch mit Mitarbeitenden anderer Stadtentwässerungen bei den Reinigungsarbeiten zu unterstützen.

Das Konzept Abwasser 2035 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 23.09.2021 beschlossen. Zu den Zielen des Abwasserkonzepts zählen u. a. die nachhaltige Sicherung der Substanz der vorhandenen Abwasseranlagen, ein geänderter Umgang mit Regenwasser als Beitrag zum Schutz des Wasserhaushalts und zur Klimawandelanpassung, die Umsetzung der verschärften Anforderungen des Umwelt- bzw. Ressourcenschutzes sowie der Ausbau der Anlagen entsprechend dem Wachstum der Stadt Frankfurt am Main.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 8,65 Mio. € auf 722,61 Mio. € gestiegen. Mit einem Anteil von 95,6 % (Vj. 95,31 %) machte das Sachanlagevermögen den überwiegenden Teil der Bilanzsumme aus. Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr um 10,50 Mio. € auf 690,97 Mio. € erhöht. Die Veränderung des Anlagevermögens betrifft im Wesentlichen die Zugänge im Bereich der Abwasserableitung. Die Eigenkapitalquote betrug 24,1 % (Vj. 23,7 %). Der Sonderposten beinhaltet die empfangenen Ertragszuschüsse und hat sich um 1,61 Mio. € auf 136,98 Mio. € verringert. Die satzungsgemäß erhobenen Kanalanschlussbeiträge der Einleiter sowie Investitionskostenanteile der Nachbargemeinden und Investitionskosten für übertragene Anlagen im Zusammenhang mit Erschließungsverträgen werden als Ertragszuschüsse passiviert und entsprechend der Regelung gemäß § 23 EigBGes mit jährlichen Teilbeträgen aufgelöst. Die Verringerung der Zuführung gegenüber dem Wirt-

schaftsjahr 2020 betrifft hauptsächlich die Investitionskostenzuschüsse zur Kanalneubaumaßnahme Riederwaldtunnel – Nordsammler in 2020. Die Minderung der Rückstellungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Entnahme der Rückstellungen wegen Rückzahlungsverpflichtungen für Kostenüberdeckung.

Zur Erfolgslage

Mit der Novellierung des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) in Hessen zum 01.01.2013 wurde in § 10 ausdrücklich geregelt, dass bei Kostenüberdeckungen auch in der handelsrechtlichen Rechnungslegung entsprechende Verbindlichkeiten und Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen auszuweisen sind. Im Rahmen der mitlaufenden Gebührenkalkulation des laufenden Kalkulationszeitraums 2019 bis einschließlich 2021 waren für das Berichtsjahr 2021 Kostenunterdeckungen in Höhe von 7,87 Mio. € (Vj. Kostenüberdeckung von 5,64 Mio. €) festzustellen. Die in diesem Umfang aufzulösende Rückstellung für Rückzahlungsverpflichtung wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2021 in der Position „Umsatzerlöse“ ertragserhöhend berücksichtigt. Der Jahresverlust vor Zuführung zu Rückstellungen wegen Rückzahlungsverpflichtungen belief sich auf 1,19 Mio. € und lag damit unter dem bereinigten Jahresergebnis des Vorjahres (11,26 Mio. €). Unter Berücksichtigung der Entnahme aus den Rückstellungen wegen Zahlungsverpflichtungen von 7,87 Mio. € (Vj. Zuführung 5,64 Mio. €) belief sich der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr auf 6,68 Mio. € (Vj. 5,63 Mio. €). Die Steigerung der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus der Entnahme aus der Rückstellung wegen Kostenüberdeckungen aufgrund der mitlaufenden Gebührenkalkulation für 2021. Insgesamt zeigt sich im Berichtsjahr 2021 eine Verringerung der veranlagten Frischwassermenge um 2,72 Mio. m³, auf 45,00 Mio. m³ (Vj. 47,72 Mio. m³). Ebenso verringern sich die Gebühreneinnahmen durch die Niederschlagswasserveranschlagung um 1,71 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen im Wesentlichen aufgrund der höheren Auslösungen von Rückstellungen über dem Vorjahresniveau. Die Erhöhung des Material-

aufwandes ergab sich aus höheren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie aus höheren Aufwendungen für bezogene Leistungen. Der Personalaufwand erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund von Tarifsteigerungen, der zugehörigen Sozialabgaben und des höheren Personalbestandes. Die Abschreibungen erhöhten sich um 779 T€ auf 26,34 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 623 T€ auf 15,99 Mio. €. Der Rückgang des negativen Finanzergebnisses ergab sich im Wesentlichen aus verringerten Zinsaufwendungen wegen eines insgesamt niedrigeren Bedarfs an Kreditmitteln und aus der Umschuldung von Darlehen mit zinsgünstigeren Konditionen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 14.08.2019 für die Planjahre 2020 und 2021, sowie am 13.09.2021 für das Planjahr 2022 statt. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 13.09.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) (Entwurfsfassung)**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	690.970	680.466	10.504	1,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.708	2.577	-869	-33,7
Sachanlagen	689.262	677.889	11.373	1,7
Umlaufvermögen	31.637	33.495	-1.857	-5,5
Vorräte	6.954	6.990	-36	-0,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.220	26.009	-1.788	-6,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	463	496	-33	-6,6
Bilanzsumme	722.607	713.961	8.646	1,2
PASSIVA				
Eigenkapital	174.072	169.504	4.568	2,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	7.669	7.669	0	0,0
Kapitalrücklage	151.376	149.684	1.692	1,1
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	8.347	6.522	1.825	28,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	6.680	5.629	1.051	18,7
Sonderposten	136.984	138.597	-1.613	-1,2
Rückstellungen	42.723	49.437	-6.714	-13,6
Verbindlichkeiten	364.212	352.286	11.927	3,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	278.489	292.342	-13.853	-4,7
Rechnungsabgrenzungsposten	4.616	4.138	479	11,6
Bilanzsumme	722.607	713.961	8.646	1,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	131.394	122.797	8.598	7,0
andere aktivierte Eigenleistungen	2.260	2.093	167	8,0
Gesamtleistung	133.654	124.889	8.765	7,0
sonstige betriebliche Erträge	1.600	731	869	118,9
Materialaufwand	-45.785	-40.942	-4.843	11,8
Personalaufwand	-35.352	-33.456	-1.896	5,7
Abschreibungen	-26.336	-25.557	-779	3,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-15.985	-15.362	-623	4,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	11.797	10.303	1.494	14,5
Finanzergebnis	-3.687	-4.624	937	-20,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	8.110	5.679	2.431	42,8
Ergebnis nach Steuern	8.110	5.679	2.431	42,8
Sonstige Steuern	-1.430	-50	-1.380	2.779,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	6.680	5.629	1.051	18,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	6.680	5.629	1.051	18,7
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	464	430	34	7,8
Öffentliche Entwässerungskanäle in km (ca.)	1.619	1.619	0	0,0

2.6 Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern

Anschrift: Kurt-Schumacher-Straße 8 60311 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 13-01	E-Mail/Internet: info@stadtwerke-frankfurt.de www.stadtwerke-frankfurt.de
Gründung: 01.01.1995	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Halten und Verwalten von Beteiligungen jeder Art an Unternehmen, deren Gegenstand die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser, Telekommunikation sowie artverwandten Dienstleistungen und das Erbringen von Verkehrs- und Verkehrsdienstleistungen ist.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 52.001.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Peter Arnold Herr Thomas Wissgott		
Aufsichtsrat:	20 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Dimitrios Bakakis Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Herr Rachid Boumart Frau Stv Ursula Busch Frau Stv Martina Düwel Herr OB Peter Manuel Feldmann Frau StRin Ina Hauck Herr StR Stefan Majer Herr StR Claus Möbius Herr Stv Yanki Pürsün	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Karl-Heinz Dauth (AN) Frau Tanja Hauch (AN) Herr Matthias Jost (AN) Herr Eckehard Kalweit (AN) Frau Cornelia Kröll (AN) Herr Sebastian Marten (AN) Frau Saskia Schnee-Wiese (AN) Herr Athanasios Stavrakidis (AN) Herr Armin Vessali (AN) Herr Ernst-Alfred Zang (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
30,00 %	30,00 %	30,00 %
Beteiligungen:	Kapitalanteile:	
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	25.500 € = 100,00 %	
BäderBetriebe Frankfurt GmbH	26.600 € = 100,00 %	
In-der-City-Bus GmbH	10.572.000 € = 100,00 %	
Main Mobil Frankfurt GmbH	145.100 € = 100,00 %	
Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	25.000 € = 100,00 %	
Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	25.565 € = 100,00 %	
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	11.000.000 € = 100,00 %	
Mainova AG	107.062.963 € = 75,22 %	
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	191.502.686 € = 20,71 %	

A. Ausblick 2022

Am 18.03.2022 liefen die Bestimmungen des Infektionsschutzgesetzes und der Corona-Arbeitschutzverordnung aus. Dennoch wird die Corona-Pandemie auch im Jahr 2022 noch Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit fast aller in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen haben. Dies betrifft sowohl den investiven Bereich als auch den Instandhaltungsbereich, z. B. durch Verzögerungen und Verschiebungen von Baumaßnahmen. Auf der Einnahmenseite kann es zu weiteren Umsatzeinbußen durch eine weiterhin geringere Nachfrage sowie durch die Aufrechterhaltung der Einstellung einzelner Angebote wie dem Ebbelwei-Express und dem Verkehrsmuseum kommen.

Des Weiteren sind die Folgen des am 24.02.2022 ausgebrochenen militärischen Konflikts zwischen Russland und der Ukraine nur schwer abzuschätzen. Direkte vertragliche Beziehungen seitens der Konzerngesellschaften nach Russland oder der Ukraine bestehen zwar nicht, jedoch werden sich die gegenüber Russland und Belarus erhobenen Sanktionen und die damit verbundenen Einschränkungen mittelbar und deutlich auf dem Beschaffungs- und Energiemarkt bemerkbar machen. Die Preise für Strom, Gas und Kohle haben sich vervielfacht und erreichen täglich neue Höchststände. Ein Versorgungsengpass ist zwar noch nicht absehbar, jedoch ist mit drastisch steigenden Energiekosten zu rechnen. Zum anderen ist der Konflikt in der Ukraine mit erhöhtem Aufwand für die Beschaffung der Konzerngesellschaften verbunden.

Wie das abgelaufene Berichtsjahr 2021 und auch das Vorjahr gezeigt haben, können nicht planbare Effekte jederzeit zu einer erheblichen Ergebnisveränderung führen. Für das Wirtschaftsjahr 2022 erwartet die Geschäftsführung gemäß genehmigten Wirtschaftsplan einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -134,2 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Unter dem Dach der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) erbringen operativ selbständige Tochtergesellschaften Leistungen der Daseinsvorsorge im Bereich Energie, Verkehr, Ba-

den und Abfallverbrennung, die Tag für Tag von hunderttausenden Menschen genutzt werden. Zu den operativen Aufgaben der Gesellschaft zählen neben der Vermietung des Verwaltungsgebäudes weitere Konzernaufgaben, vor allem in den Bereichen Rechnungswesen, Treasury, Betriebsrestauration, betriebsärztlicher Dienst sowie Revision.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 233,95 Mio. € auf 1,35 Mrd. € gestiegen. Dies ergab sich aus dem Anstieg des Anlagevermögens, der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Guthaben bei Kreditinstituten auf der Aktivseite und der Zunahme von Eigenkapital, Rückstellungen und Verbindlichkeiten auf der Passivseite. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,1 Prozentpunkte auf 75,7 % erhöht. Dies hat seinen Ursprung in erneuten Aktienkäufen der Fraport AG und einem im Berichtsjahr gewährten weiteren Darlehen an die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Auf der Passivseite erhöhten sich vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch die Aufnahme langfristiger Darlehen ebenso wie kurzfristiger Termingelder. Zusätzlich sind die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bedingt durch das gemeinsame Cash Pooling-Verfahren gestiegen. Das Eigenkapital hat sich unter Berücksichtigung eines Anspruchs auf Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 71,27 Mio. € auf Basis des Gesellschafterbeschlusses vom 15.11.2021 durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von -59,10 Mio. € insgesamt zwar um 12,17 Mio. € erhöht, aber durch die gestiegene Bilanzsumme ist der Eigenkapitalanteil um 4,6 Prozentpunkte auf 26,9 % gesunken. Unverändert bilden auf der Vermögensseite die Finanzanlagen den wichtigsten Aktivposten, darunter im Wesentlichen die Beteiligungen an der Mainova AG, der Fraport AG, der Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (eingelegte Süwag-Anteile), sowie die stille Beteiligung an der Nassauischen Sparkasse und Ausleihungen an verbundenen Unternehmen mit zusammen rund 998 Mio. €.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2021 weist die SWFH einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -59,10 Mio. € aus (Vj. -30,63 Mio. €), dies bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr um 28,47 Mio. €. Die Ertragslage der Gesellschaft ist maßgeblich durch das Finanzergebnis geprägt, welches wiederum im Wesentlichen von dem Beteiligungsergebnis bestimmt wird. Das Beteiligungsergebnis verringerte sich um 29,67 Mio. € auf -50,95 Mio. €. Dazu haben die um 13,55 Mio. € niedrigeren Erträge aus Gewinnabführung sowie die um 16,17 Mio. € gestiegenen Aufwendungen aus Verlustübernahmen beigetragen. Die Mainova AG (-12,46 Mio. €) und die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA) (1,09 Mio. €) erzielten im Vergleich zum Vorjahr ein niedrigeres Ergebnis, dies wurde verstärkt durch den höheren Verlust der VGF (+24,11 Mio. €), der Verlust der BäderBetriebe Frankfurt GmbH (BäderBetriebe) ging im Vorjahresvergleich leicht zurück (-7,93 Mio. €).

Innerhalb der übrigen Erträge und Aufwendungen sind die Umsatzerlöse um 26 T€ leicht gesunken, was fast ausschließlich aus den gesunkenen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen resultiert. Der Materialaufwand verringerte sich im Berichtsjahr um 87 T€. Dies ist hauptsächlich auf die geringeren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe zurückzuführen. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 181 T€ verringert. Die Abweichung resultiert überwiegend aus der geringeren Gesamtvergütung der Angestellten. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 430 T€ resultiert vor allem aus den geringeren periodenfremden Aufwendungen und denen für Gutachten und Beratungen.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die SWFH leistet – zusammen mit ihren direkten und indirekten Beteiligungsgesellschaften – als wesentliche städtische Beteiligung einen nachhaltigen Beitrag für die Anteilseignerin Stadt Frankfurt am Main. Die gemeinsame Konzernrichtlinie inklusive der Planungs- und Berichtsrichtlinie soll das Zusammenwirken der im Konzern verbundenen

Unternehmen fördern und die Strategie und Geschäftspolitik der einzelnen Unternehmen in die finanziellen Ziele des „Gesamtkonzerns Stadt Frankfurt am Main“ integrieren. Die Koordinierung erfolgt mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit im Sinne der Ergebnissicherung und Substanzerhaltung zu gewährleisten.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Konzernbilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 478,05 Mio. € auf 4,51 Mrd. € erhöht. Auf der Aktivseite haben sich die immateriellen Vermögensgegenstände um 10,47 Mio. € erhöht. Das Sachanlagevermögen ist bei Abschreibungen von rund 138,3 Mio. € um 97,91 Mio. € gestiegen. Im Konzern wurden im Berichtsjahr rund 245,6 Mio. € (Vj. 217,6 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Die Zugänge bei den Sachanlagen (einschließlich der hierfür geleisteten Anzahlungen) betreffen im Wesentlichen die Erweiterung und Erneuerung der Verteilungsanlagen im Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmebereich, die Neuanschaffung von Fahrzeugen für den Personennahverkehr, die Erweiterung der Gleisanlagen, Streckenausrüstungen und Sicherungsanlagen, den barrierefreien Umbau von oberirdischen Stadtbahn- und Straßenbahnstationen sowie Brandschutzmaßnahmen in unterirdischen Verkehrsbauwerken. Die Abgänge resultierten im Wesentlichen aus der Verschrottung von Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie aus dem Verkauf bzw. der Verschrottung von älteren Fahrzeugen für den Personennahverkehr. Das Finanzanlagevermögen verringerte sich um 22,88 Mio. €. Im Wesentlichen resultiert die Veränderung aus gestiegenen Bilanzansätzen bei den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen. Der Anstieg bei den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen resultiert aus der Fortschreibung des Equity-Buchwerts um die Jahresergebnisse. Dies ist im Wesentlichen auf das positive Ergebnis aus der at-Equity-Bewertung der Fraport AG (+23,1 Mio. €) zurückzuführen. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um rd. 56 Mio. € auf 1,11 Mrd. € erhöht. Der Anstieg resultiert vor allem aus der Berücksichtigung eines Anspruchs auf Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von

71,27 Mio. € auf Basis des Gesellschafterbeschlusses vom 15.11.2021. Die Eigenkapitalquote ist mit 24,5 % leicht gesunken. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 2815,6 Mio. € auf 2,44 Mrd. €. Der Anstieg resultiert vor allem aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten. Die Verbindlichkeiten haben einen Anteil von 54,1 % (Vj. 53,5 %) an der Bilanzsumme. Den größten Anteil an den Verbindlichkeiten haben mit 62,9 % (Vj. 62,0 %) die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; ihr Anteil an der Bilanzsumme beläuft sich auf 34,0 % (Vj. 33,2 %).

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss des Konzerns beträgt 5,13 Mio. € (Vj. Jahresfehlbetrag -173,86 Mio. €). Nach Verrechnung des auf die Nicht beherrschenden Anteile entfallenden Gewinns ergibt sich ein negatives Konzernergebnis von -8,00 Mio. € (Vj. -187,00 Mio. €). Gegenüber der Vorjahresprognose für das Jahr 2021 hat sich das Konzernergebnis verbessert. Dies ist im Wesentlichen auf das positive Ergebnis aus der at-Equity-Bewertung der Fraport AG (23,1 Mio. €) zurückzuführen.

Die Konzernumsatzerlöse beliefen sich im Berichtszeitraum auf 3,06 Mrd. € und lagen damit um 513,07 Mio. € bzw. 20,1 % über den Vorjahreserlösen. Der Materialaufwand betrifft überwiegend den Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmebezug, die Kosten für den Gas-, Kohle- und Heizöleinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Materialaufwand um 528,15 Mio. € (+27,6 %) auf 2,44 Mrd. € erhöht. Der Anstieg resultiert vor allem aus gestiegenen Strom- und Gasbezugskosten, die mit den Handelserlösen korrespondieren. Hinzu kam ein höherer Aufwand für Kohle sowie für Emissionsrechte. Der Personalaufwand lag mit 478,63 Mio. € um 14,62 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg beruht vor allem auf der Tarifierhöhung des Berichtsjahres und dem Anstieg der Beschäftigtenzahl. Im Jahresdurchschnitt waren 6.500 (Vj. 6.131) Mitarbeitende beschäftigt; dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 369 Mitarbeitenden. Die Abschreibungen sind mit 149,16 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 8,88 Mio. € gesunken. Der Rückgang resultiert überwiegend aus geringeren außer-

planmäßigen Abschreibungen (3,1 Mio. €; Vj. 7,9 Mio. €). Dies beruht aus der beabsichtigten Außerbetriebnahme des Panoramabades und des Kassensystems Ticos zum 31.12.2023. Der Vorjahreswert beruht auf der Außerbetriebnahme des Rebstockbades zum 30.04.2021. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr auf 205,42 Mio. € (-6,9 %). Die Veränderung resultiert vor allem aus geringeren Zuführungen zu Rückstellungen. Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen ergibt sich aus Erträgen und Aufwendungen durch die Fortschreibung des Equity-Buchwerts um die Jahresergebnisse und beträgt -82,8 Mio. € (Vj. -112,9 Mio. €). Dies war auf deutlich höhere Ergebnisse der Beteiligungen zurückzuführen. Der Vorjahreswert war insbesondere aus dem negativen Konzernergebnis der Fraport AG auf Grund der Folgen durch die Coronapandemie geprägt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum profitierte der Flugverkehr in Frankfurt und den internationalen Flughäfen vor allem im dritten Quartal von einer Erholung des Passagieraufkommens (+32,2 %).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaft) belaufen sich zum 31.12.2021 auf 57,58 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen). Weiterhin hat die SWFH GmbH eine Garantie von 8 Mio. € für die Stille Einlage bei der Nassauischen Sparkasse erhalten. Im Haushalt 2021 wurden 92,00 Mio. € zur Verlustübernahme des geplanten Jahresfehlbetrages der SWFH, der sich aus den Verlustübernahmen gegenüber der VGF und der BBF ergibt und nicht durch die Erträge der gewinnbringenden SWFH-Tochtergesellschaften und Betei-

ligungsunternehmen gedeckt ist, eingestellt. Hiervon wurden basierend auf der Hochrechnung des 4. Quartals 2021 und unter Verrechnung der Spitzabrechnung für 2020 rund 71,27 Mio. € ausgezahlt. Die Spitzabrechnung für das Jahr 2021 erfolgt mit dem testierten Jahresabschluss 2021.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge von Herrn Arnold 44 T€ und von Herrn Wissgott 52 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 15 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 29.10.2020 für das Planjahr 2021 und am 27.10.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 23.05.2022 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.020.944	911.713	109.231	12,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	10	12	-3	-22,5
Sachanlagen	22.731	23.463	-732	-3,1
Finanzanlagen	998.204	888.238	109.966	12,4
Umlaufvermögen	328.451	203.738	124.714	61,2
Vorräte	11	10	1	5,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	283.746	203.629	80.117	39,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	44.695	99	44.596	44.921,5
Bilanzsumme	1.349.396	1.115.451	233.945	21,0
PASSIVA				
Eigenkapital	363.158	350.990	12.168	3,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	486.074	414.802	71.271	17,2
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-115.813	-85.180	-30.633	36,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-59.104	-30.633	-28.471	92,9
Rückstellungen	26.410	24.904	1.506	6,0
Verbindlichkeiten	959.637	739.556	220.081	29,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	786.970	545.404	241.565	44,3
Rechnungsabgrenzungsposten	190	0	190	-
Bilanzsumme	1.349.396	1.115.451	233.945	21,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	13.717	13.743	-26	-0,2
Gesamtleistung	13.717	13.743	-26	-0,2
sonstige betriebliche Erträge	780	824	-44	-5,3
Materialaufwand	-5.616	-5.702	87	-1,5
Personalaufwand	-8.704	-8.884	181	-2,0
Abschreibungen	-940	-890	-50	5,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.556	-3.986	430	-10,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.318	-4.896	578	-11,8
Finanzergebnis	-54.380	-24.998	-29.383	117,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-58.699	-29.894	-28.805	96,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-136	-413	277	-67,0
Ergebnis nach Steuern	-58.835	-30.307	-28.528	94,1
Sonstige Steuern	-269	-326	57	-17,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-59.104	-30.633	-28.471	92,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-59.104	-30.633	-28.471	92,9
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	84	84	0	0,0

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	3.617.059	3.485.801	131.257	3,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	47.967	37.504	10.463	27,9
Sachanlagen	2.166.776	2.068.864	97.911	4,7
Finanzanlagen	1.402.316	1.379.433	22.883	1,7
Umlaufvermögen	882.008	539.026	342.982	63,6
Vorräte	177.193	73.425	103.768	141,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	644.192	445.509	198.683	44,6
Wertpapiere	0	0	0	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	60.623	20.092	40.531	201,7
Rechnungsabgrenzungsposten	6.664	2.858	3.807	133,2
Bilanzsumme	4.505.731	4.027.685	478.046	11,9
PASSIVA				
Eigenkapital	1.105.011	1.048.617	56.394	5,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	486.074	414.802	71.271	17,2
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	396.053	597.800	-201.748	-33,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-7.959	-186.951	178.992	-95,7
Anteile anderer Gesellschafter	178.842	170.965	7.878	4,6
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	72.033	72.033	0	0,0
Sonderposten	273.755	244.372	29.382	12,0
Rückstellungen	599.828	489.006	110.823	22,7
Verbindlichkeiten	2.436.712	2.155.115	281.597	13,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.532.778	1.336.603	196.175	14,7
Rechnungsabgrenzungsposten	18.392	18.542	-150	-0,8
Bilanzsumme	4.505.731	4.027.685	478.046	11,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	3.061.543	2.548.476	513.067	20,1
Bestandsveränderung UE / FE	1.434	-1.370	2.804	-204,7
andere aktivierte Eigenleistungen	25.120	16.873	8.247	48,9
Gesamtleistung	3.088.098	2.563.980	524.118	20,4
sonstige betriebliche Erträge	164.849	193.620	-28.771	-14,9
Materialaufwand	-2.444.213	-1.916.067	-528.145	27,6
Personalaufwand	-478.633	-464.016	-14.617	3,2
Abschreibungen	-149.160	-158.042	8.882	-5,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-205.417	-220.706	15.289	-6,9
Betriebsergebnis	-24.476	-1.232	-23.245	1.887,1
Finanzergebnis	39.443	-163.184	202.626	-124,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	14.966	-164.415	179.382	-109,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.829	-3.274	444	-13,6
Ergebnis nach Steuern	12.137	-167.689	179.826	-107,2
Sonstige Steuern	-7.011	-6.174	-837	13,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	5.127	-173.863	178.989	-102,9
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-13.085	-13.088	3	-0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-7.959	-186.951	178.992	-95,7
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	6.500	6.131	369	6,0

2.6.1 AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH

Anschrift: Kurt-Schuhmacher-Straße 8 60311 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/213-266 56	E-Mail/Internet: info@ava-gmbh.net www.stadtwerke-frankfurt.de/energie#AVA
Gründung: 02.04.2001	Unternehmensgegenstand: Sanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt in Frankfurt am Main zur Sicherstellung der Entsorgungssicherheit in der Region. Dies umfasst auch die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung, die Projektsteuerung und das Projektcontrolling der Sanierungsmaßnahmen. Die Gesellschaft ist Eigentümerin der Anlage. Sie ist berechtigt, alle im Zusammenhang mit der Erhaltung der Betriebsbereitschaft der Anlage und der Sicherstellung der operativen Entsorgungstätigkeit erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen. Die Gesellschaft kann mit dem Betrieb der Anlage Dritte beauftragen oder den Betrieb in eigenem Namen und für eigene Rechnung durchführen.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 25.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Udo Findt		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Rosemarie Heilig	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Julia Eberz	
	Frau StRin Rosemarie Heilig	
	Herr StR Sieghard Pawlik	
	Herr Stv Roger Podstatny	
	Herr Stv Thomas Schlimme	
	Frau Dr. Therese Schwager	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		

A. Ausblick 2022

Aufgrund der langfristigen Unternehmensplanungen, deren Planungshorizont bis zum Ende der Vertragslaufzeit des Pachtvertrages mit der MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW GmbH) im Jahr 2029 läuft, werden die Verbindlichkeiten weiter kontinuierlich reduziert. Dies erfolgt entweder aus Mittelrückflüssen aus der Vermietung und Verpachtung und/oder über das Cash-Pooling der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH).

Die Gesellschaft sieht keine bestandsgefährdenden Risiken, hat jedoch in der Risikoinventur zum 31.12.2021 die Risiken im technischen Bereich analysiert und deren Schadenserwartungswert mit insgesamt 3,1 Mio. € für die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA GmbH) eingestuft.

Die Planung für das Jahr 2022 sieht Investitionen in die Anlage von rund 6,8 Mio. € vor. Davon entfallen

6,7 Mio. € auf Erweiterungsmaßnahmen in die Anlage. Ziel ist es, dass diese Investitionen, die gemeinsam mit der Betreiber-Gesellschaft MHKW festgelegt werden, das Müllheizkraftwerk auf dem jetzigen hohen technischen Stand halten. Damit soll auch zukünftig eine hohe Anlagenverfügbarkeit erreicht werden.

Aufgrund des Geschäftsmodells der AVA GmbH ist weiterhin nicht mit Auswirkungen durch die Coronapandemie sowie den militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine auf die künftige wirtschaftliche Lage der AVA GmbH zu rechnen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Gesellschaftszweck ist, nach Beendigung der Sanierung der vier Verbrennungslinien der Abfallverbrennungsanlage in der Nordweststadt in Frankfurt am Main im Jahr 2009, alle im Zusammenhang mit der Erhaltung der Betriebsbereitschaft der Anlage

und der Sicherstellung der operativen Entsorgungstätigkeit erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen. Seit Beendigung der Sanierung der vier Verbrennungslinien steht der Stadt Frankfurt am Main und der Region eine genehmigte Kapazität von 526.600 Jahrestonnen für die Verbrennung von Haus- und Gewerbemüll zur Verfügung.

Die AVA GmbH hat die Abfallverbrennungsanlage sowie das angrenzende Heizkraftwerk (HKW) der Mainova Aktiengesellschaft Frankfurt am Main (Mainova AG) langfristig an die MHKW GmbH verpachtet. Die MHKW GmbH ist eine jeweils 50 %ige Tochtergesellschaft der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES GmbH) und der Mainova AG. Neben den vier fertiggestellten Verbrennungslinien betreibt die MHKW GmbH auch das an die Abfallverbrennungsanlage angrenzende Heizkraftwerk der Mainova AG.

Auf Grund der geschäftlichen Aktivitäten der AVA GmbH haben sich durch die weltweite Coronapandemie im Berichtsjahr keine Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der AVA GmbH ergeben. Der Betriebsfahrplan der Betreibergesellschaft (MHKW) sah für 2021 eine Müllmenge von 514.037 Tonnen vor. Erreicht wurden 509.454 Tonnen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich gegenüber dem gegenüber dem Vorjahr um 5,14 Mio. € auf 16,71 Mio. €. Der Rückgang des Sachanlagevermögens um 2,55 Mio. € resultiert vor allem aus den Abschreibungen des Geschäftsjahres. Der Anteil des Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme macht 32,2 % (Vj. 36,3 %) aus. Die Finanzanlagen resultieren aus einem an die Gesellschafterin gewährten langfristigen Darlehen und haben einen Anteil von 18,0 % (Vj. 22,9 %). Im Berichtsjahr erfolgte eine planmäßige Tilgung von **2,0 Mio. €**. Das Umlaufvermögen ist in 2021 geringfügig um 591 T€ auf 8,34 Mio. € gesunken und macht nun 49,9 % (Vj. 40,9 %) der Bilanzsumme aus. Ursächlich für diese Veränderung ist vor allem der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen hauptsächlich eine zum Stichtag noch nicht beglichene Rechnung an die

MHKW GmbH für eine Sonderpacht für das Jahr 2021 von rund 6,0 Mio. € (Vj. 8,9 Mio. €).

Auf der Passivseite verringerten sich die Verbindlichkeiten um 5,13 Mio. € auf 16,22 Mio. €. Dabei beruht die Veränderung vor allem auf dem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin um rund 3 Mio. € und den gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber der den Kreditinstituten um 2,01 Mio. €.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beruht fast ausschließlich auf planmäßigen Tilgungsleistungen des Berichtsjahres (2,0 Mio. €; Vj. 2,0 Mio. €). Die zur Finanzierung der Sanierung der Abfallverbrennungsanlage aufgenommenen Darlehen machen auf der Passivseite 18,1 % (Vj. 23,0 %) der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin SWFH wurden wie im Vorjahr mit den entsprechenden Forderungen verrechnet und setzen sich u. a. aus dem positiven Stichtagswert des gemeinsamen Konzern-Cash-Poolings (3,7 Mio. €, Vj. 1,9 Mio. €) und dem abzuführenden Gewinn (15,61 Mio. €, Vj. 16,70 Mio. €) gemäß des mit der SWFH geschlossenen Gewinnabführungsvertrages zusammen.

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von 15,61 Mio. € (Vj. 16,70 Mio. €) liegt über dem geplanten Jahresergebnis von 12,4 Mio. €. Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags mit der SWFH wird der Jahresüberschuss vollständig abgeführt. Die positive Abweichung des Jahresergebnisses im Vergleich zum geplanten Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung ist vor allem auf den Anstieg der Umsatzerlöse aufgrund einer Sonderpacht der MHKW GmbH (5,0 Mio. €) zurückzuführen.

Die Gesellschaft hat Umsatzerlöse in Höhe von 26,41 Mio. € (Vj. 30,38 Mio. €) aus der Verpachtung der Verbrennungslinien 11 bis 14 an die MHKW GmbH erzielt. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert fast ausschließlich aus der gegenüber dem Vorjahr geringeren Sonderpacht der MHKW von rund 5 Mio. € (Vj. 7,5 Mio. €).

Der Materialaufwand beinhaltet ausschließlich Aufwendungen aus bezogenen Leistungen, die im Rahmen der Anmietung des Heizkraftwerkes der Mainova anfallen. Die Abschreibungen sanken gegenüber dem Vorjahr um 3,08 Mio. €, da die Verbrennungslinien 13 und 14 in der Mitte des Berichtsjahres vollständig abgeschrieben waren.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der AVA GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2021 auf 3,00 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge von Herrn Findt 49 T€.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 27.10.2020 für das Planjahr 2021 und am 26.10.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 12.04.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	8.372	12.924	-4.553	-35,2
Sachanlagen	5.372	7.924	-2.553	-32,2
Finanzanlagen	3.000	5.000	-2.000	-40,0
Umlaufvermögen	8.335	8.926	-591	-6,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.335	8.926	-591	-6,6
Bilanzsumme	16.707	21.850	-5.144	-23,5
PASSIVA				
Eigenkapital	403	403	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	377	377	0	0,0
Rückstellungen	80	95	-15	-15,6
Verbindlichkeiten	16.224	21.351	-5.128	-24,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.019	5.032	-2.013	-40,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1	2	-1	-66,7
Bilanzsumme	16.707	21.850	-5.144	-23,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	26.408	30.378	-3.970	-13,1
Gesamtleistung	26.408	30.378	-3.970	-13,1
sonstige betriebliche Erträge	664	639	25	3,9
Materialaufwand	-7.008	-6.720	-287	4,3
Personalaufwand	-50	-45	-5	10,1
Abschreibungen	-3.743	-6.826	3.083	-45,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-573	-643	70	-10,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	15.699	16.783	-1.084	-6,5
Finanzergebnis	-7	-18	11	-62,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	15.692	16.765	-1.073	-6,4
Ergebnis nach Steuern	15.692	16.765	-1.073	-6,4
Sonstige Steuern	-78	-66	-12	18,2
Gewinnabführung	-15.614	-16.699	1.085	-6,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

2.6.2 BäderBetriebe Frankfurt GmbH

Anschrift: Am Hauptbahnhof 16 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/27 10 89-10 10 0 69/27 10 89-10 09	E-Mail/Internet: info@frankfurter-baeder.de www.frankfurter-baeder.de
Gründung: 02.01.2003	Unternehmensgegenstand: Bau, Unterhaltung und Betrieb von Hallen- und Freibädern sowie die Durchführung von Veranstaltungen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 26.600 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Boris Zielinski		
Aufsichtsrat:	9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Mike Josef	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Julia Eberz Herr StR Mike Josef Frau Stv Natascha Kauder Herr Stv Jan Klingelhöfer Frau Stv Isabel Schnitzler Herr Stv Emre Telyakar	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Harald Kümbel (AN) Herr Markus Rolle (AN) Herr Armin Vessali (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		

A. Ausblick 2022

Der Erfolgsplan für 2022 sieht bei Umsatzerlösen von 6,00 Mio. € einen von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) auszugleichenden Fehlbetrag von -39,4 Mio. € vor. Der Vermögensplan umfasst für 2022 Investitionen in Höhe von 49,70 Mio. €. Da es auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2022 zu coronabedingten Einbußen kam und ein Ende der Pandemie noch nicht belastbar absehbar ist, könnte es weiterhin zu entsprechenden Abweichungen von der erwarteten Besucher- und Ertragsstruktur kommen. Die Geschäftsführung hat bereits in 2020 und 2021 Maßnahmen ergriffen, um die laufenden Kosten so weit wie möglich zu reduzieren, z. B. durch Kurzarbeit und reduzierte Betriebskosten, insbesondere im Dienstleisterbereich. Es könnte sein, dass aufgrund von Begrenzungen bei der Zahl der Besucher:innen die Umsatzerlöse niedriger ausfallen und durch

zusätzliche Überwachungs- und Hygienemaßnahmen höhere Kosten entstehen werden.

Bei den Bauprojekten hat der Abriss des alten Rebstockbades im Frühjahr 2022 begonnen. In der neuen Freizeit- und Saunalandschaft sollen die einzelnen Nutzungsbereiche (Sport, Freizeit, Erlebnis) alle bisherigen Angebote (Schwimmbecken, Sauna, Erlebnisbad) verbinden. Für Ende 2025 ist die Fertigstellung anvisiert. Während der Bauzeit für das neue Rebstockbad soll eine Traglufthalle im Freibad Hausen einen teilweisen Ersatz für die Schwimmmöglichkeiten im Rebstockbad bieten. Das Riedbad Bergen-Enkheim soll ab September 2022 bis Mai 2023 saniert werden. Installiert werden neue Edelstahlauskleidungen für Schwimmer-, Nichtschwimmer- und Sprungbecken, die Allwetter- und Sommerumkleide werden erneuert und die Beckenaufteilung in Lehrschwimmbecken und Erlebnisbecken wird erfolgen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt sieben Freibäder und sechs Hallenbäder, einschließlich der Erlebnisbäder Rebstockbad, Titus Thermen und Panoramabad. Das Gartenbad Fechenheim (Hallenbad) wird von der TG Bornheim als Vereinsbad betrieben. Auch im Jahr 2021 war der Betrieb der Frankfurter Schwimmstätten deutlich beeinflusst von der Corona-Pandemie. So konnten die Bäder dem zahlenden Publikum erst ab dem 7. Juni zur Verfügung gestellt werden. Die den Badegästen bereits im Jahr 2020 auferlegten besonderen Maßgaben für die Nutzung der Einrichtungen galten auch 2021 fort. Dazu gehörten Mund-Nasen-Schutzmasken im Eingangsbereich und regelmäßiges Händewaschen und –desinfizieren. Die Schließung in der Mittagszeit sorgte für umfangreiche Desinfektionen, außerdem wurde eine Online-Buchung für den Eintritt zur Kontaktnachverfolgung weitergeführt.

Die Zahl der Besucher:innen lag mit 983.105 um 234.633 unter dem Vorjahr (1.217.738). Gründe hierfür waren der abermalige Rückgang durch die Schließzeiten aufgrund der Corona-Pandemie sowie die ebenfalls dadurch erforderlichen Zugangsbeschränkungen zu den Frankfurter Bädern und das Schließen des Rebstockbades zum 01.05.2021. Die Freibadsaison erzielte unter diesen Umständen mit 530.666 Badegästen (Vj. 503.701) ein gutes Ergebnis, die Hallenbadbesuche verringerten sich um 261.598 auf 452.439 Besucher:innen (Vj. 714.037).

Die besucherstärksten Bäder waren erneut die Erlebnisbäder, an erster Stelle die Titus Thermen (119.432) gefolgt vom Panoramabad (113.279).

26.873 Personen nahmen an Schwimmkursen teil, 123.731 Vereinsschwimmer:innen und 63.114 Schulkinder beim Schulschwimmunterricht besuchten die Frankfurter Bäder. Beim Neubauprojekt Familienbad Bornheim wurden im Jahr 2021 weitere Abstimmungen mit der das Bad errichtenden Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG getätigt und die Bauarbeiten haben zwischenzeitlich begonnen. Nach aktueller Erwartungshaltung soll eine Eröffnung des neuen Bades Anfang 2024 erfolgen. Für das Neubauprojekt Rebstockbad wurde nach einem Planerwettbewerb und einem Vergabeverfahren der

Planungsauftrag erteilt. Die Traglufthalle im Freibad Hausen, die einen teilweisen Ersatz für die Schwimmmöglichkeiten im Rebstockbad bieten soll, ging am 15.11.2021 in Betrieb.

Das Freibad Nieder-Eschbach wurde nach der Freibadsaison 2020 saniert und in 2021 in erneuertem Zustand wiedereröffnet.

Die Belegschaft der Gesellschaft vergrößerte sich im Jahresdurchschnitt um 34 Beschäftigte auf 315.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 2,39 Mio. € auf 91,17 Mio. € (Vj. 93,56 Mio. €) zurückgegangen. Das Anlagevermögen ist abschreibungsbedingt um 1,92 Mio. € gesunken. Auf Grund der beabsichtigten Außerbetriebnahme des Panoramabades zum Jahresende 2023 wurde eine entsprechende Sonderabschreibung in Höhe von 3,07 Mio. € im Jahresabschluss berücksichtigt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 56,2 % verringert. Das Umlaufvermögen (39,97 Mio. €) hat sich um 467 T€ gegenüber dem Vorjahr verringert. Die Eigenkapitalquote steigt auf 41,4 % (Vj. 40,3 %). Das Jahresergebnis hat sich deutlich verbessert. Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags und der jeweiligen Verlustübernahme durch die SWFH ist das Eigenkapital unverändert. Die Rückstellungen gingen im Vergleich zum Vorjahr von 10,01 Mio. € auf 6,26 Mio. € zurück. Hier konnte eine langjährige Abrechnungsfrage in Zusammenhang mit der Liegenschaft Titus Therme abschließend geklärt werden. Die Verbindlichkeiten (44,58 Mio. €, Vj. 43,60 Mio. €) nahmen leicht um 980 T€ zu, hierbei handelt es sich hauptsächlich um neu aufgenommene Darlehen. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten, der weiter angestiegen ist, enthält fast ausschließlich Einnahmen aus dem Verkauf von Vorteilskarten für künftige Eintritte.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Ergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von -30,72 Mio. € ab, eine Verbesserung von 7,93 Mio. € zum Vorjahr und um 14,73 Mio. € besser als im Wirtschaftsplan vorgesehen (-45,45 Mio. €).

Die Umsatzerlöse liegen entsprechend der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie in den Hallen-, Freibädern und Saunen mit 4,78 Mio. € um 951 T€ unter dem Vorjahr (5,73 Mio. €). Die geplanten Leistungen für die Schulschwimmbäder konnten abermals nicht im vollen Umfang erbracht werden, da das Stadtschulamt unter anderem aus baulich-technischen Gründen weiterhin mit der Übergabe der Betreuung an die BäderBetriebe Frankfurt GmbH (BäderBetriebe) im Verzug ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (5,16 Mio. €, Vj. 1,81 Mio. €) stiegen deutlich, hauptsächlich durch die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (4,25 Mio. €) und der Erstattung von Miet- und Nebenkosten (819 T€). Sonderleistungen aufgrund der Corona-Pandemie, wie die November- und Dezemberhilfen 2020, gab es im Geschäftsjahr nicht.

Der Materialaufwand von 9,70 Mio. € ist um 1,26 Mio. € geringer als im Vorjahr. Dies resultiert fast ausschließlich aus den pandemiebedingten Einschränkungen und den daraus resultierenden Außerbetriebnahmen der Schwimmbäder. Außerdem führte der Einsatz von eigenem Personal anstelle der Inanspruchnahme von Fremddienstleistern zu einem geringeren Materialaufwand. Der Personalaufwand sank leicht um 344 T€ auf 14,06 Mio. €, wobei ein Betrag von 1,85 Mio. € aus Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Kurzarbeitergeld bereits in Abzug gebracht wurde. Durch die größere Belegschaft wäre der Personalaufwand ohne diesen Sondereffekt insgesamt gestiegen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (9,38 Mio. €, Vj. 8,42 Mio. €) sind unter anderem 608 T€ für Rückstellungen aus den im Vorjahr vereinnahmten November- und Dezemberhilfen des Bundes enthalten, für die noch nicht abschließend geklärt ist, ob eine Rückzahlungspflicht besteht. Geringeren Aufwendungen für Online-Ticketing, Entwässerung, Beratung und Altersteilzeit stehen höhere Aufwendungen hauptsächlich aus Anlagenabgängen gegenüber.

Die Abschreibungen sanken um 4,91 Mio. € auf 5,87 Mio. €. Dies resultiert vornehmlich aus einer Sonderabschreibung auf Grund der beabsichtigten

Außerbetriebnahme des Panoramabads (3,07 Mio. €) im Geschäftsjahr 2021, während das Vorjahr eine höhere Sonderabschreibung für das Rebstockbad enthielt (7,85 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der BäderBetriebe Frankfurt GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr betragen die Bezüge von Herrn Dr. Zielinski 183 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betragen im Geschäftsjahr 1 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 21.10.2020 für das Planjahr 2021 sowie am 21.10.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 16.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
BäderBetriebe Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	51.200	53.123	-1.923	-3,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	27	-13	-48,9
Sachanlagen	51.186	53.096	-1.910	-3,6
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	39.971	40.438	-467	-1,2
Vorräte	230	281	-52	-18,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.677	40.086	-409	-1,0
Wertpapiere	0	0	0	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	64	71	-7	-9,6
Bilanzsumme	91.171	93.561	-2.390	-2,6
PASSIVA				
Eigenkapital	37.710	37.710	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	37.683	37.683	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	6.261	10.009	-3.748	-37,4
Verbindlichkeiten	44.579	43.599	980	2,2
Rechnungsabgrenzungsposten	2.622	2.244	378	16,8
Bilanzsumme	91.171	93.561	-2.390	-2,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.780	5.731	-951	-16,6
Gesamtleistung	4.780	5.731	-951	-16,6
sonstige betriebliche Erträge	5.157	1.810	3.347	185,0
Materialaufwand	-9.704	-10.960	1.257	-11,5
Personalaufwand	-14.057	-14.401	344	-2,4
Abschreibungen	-5.871	-10.783	4.912	-45,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.381	-8.416	-964	11,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-29.075	-37.020	7.945	-21,5
Finanzergebnis	-1.590	-1.598	7	-0,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-30.665	-38.617	7.952	-20,6
Ergebnis nach Steuern	-30.665	-38.617	7.952	-20,6
Sonstige Steuern	-51	-31	-20	64,8
Erträge aus Verlustübernahme	30.716	38.648	-7.932	-20,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	315	281	34	12,1
Besucher:innen insgesamt	983.105	1.217.738	-234.633	-19,3
Besucher:innen Erlebnis- und Hallenbäder	452.439	714.037	-261.598	-36,6
Besucher:innen Freibäder	530.666	503.701	26.965	5,4

2.6.3 Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern

Anschrift: Flughafen 60547 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/6 90-0	E-Mail/Internet: info@fraport.de www.fraport.de
Gründung: 02.07.1924	Unternehmensgegenstand: Der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main. Der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau anderer Flughäfen im In- und Ausland und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen sowie die Nutzung und Vermarktung der dabei gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten im In- und Ausland.	
Gesellschafter: Streubesitz (einschl. Fraportmitarbeitende) Land Hessen Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 443.664.842 € = 47,98 % 289.519.512 € = 31,31 % 191.502.686 € = 20,71 % 924.687.040 € = 100,00 %	
Vorstand: Frau Anke Giesen Herr Michael Müller Herr Dr. Pierre Dominique Prümm Herr Dr. Stefan Schulte Herr Dr. Matthias Zieschang		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	20 Mitglieder Herr Staatsmin Michael Boddenberg Herr BM und StK a. D. Uwe Becker Herr OB Peter Manuel Feldmann Frau Claudia Amier (AN) Herr Devrim Arslan (AN) Herr Hakan Bölükmeşe (AN) Herr Hakan Cicek (AN) Herr Detlev Drahts (AN) Herr Peter Gerber Frau Dr. Margarete Haase Herr Frank-Peter Kaufmann Herr Dr. Ulrich Kipper (AN) Herr Staatsmin a. D. Lothar Klemm Frau Brigit Kother (AN) Herr Staatssekr a. D. Michael Odenwald Herr Qadeer Rana (AN) Herr Mathias Venema (AN) Frau Sonja Wärntges Frau Katharina Wesenick Frau Prof. Dr.-Ing. Katja Windt	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
00,00 %	30,00 %	30,00 %

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Afriport S. A., Luxemburg	1.850.000 € = 100,00 %
AirIT Services GmbH, Lautzenhausen	500.000 € = 100,00 %
Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	52.000 € = 100,00 %
Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	25.564 € = 100,00 %
FraAlliance GmbH	= 100,00 %
FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH	50.000 € = 100,00 %
Fraport Antalya Havalimani Isletme ve Yatirim A.S., Istanbul/Türkei	7.351.200 TRL = 100,00 %
Fraport Asia Ltd., Hong Kong	895 € = 100,00 %
Fraport Ausbau Süd GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	75.000 € = 100,00 %
Fraport Beteiligungs-Holding GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Brasil Holding GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza	151.477.225 € = 100,00 %
Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre	133.149.550 € = 100,00 %
Fraport Casa Commercial GmbH	250.000 € = 100,00 %
Fraport Casa GmbH	1.000.000 € = 100,00 %
Fraport Facility Services GmbH	1.025.000 € = 100,00 %
Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %
Fraport Malta Investment Ltd.	25.658.750 € = 100,00 %
Fraport Passenger Services GmbH	50.000 € = 100,00 %
Fraport Philippines Services Inc. i. L. , Manila/ Philippinen	26.180.300 PHP = 100,00 %
Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %
Fraport Slovenija	15.842.626 € = 100,00 %
Fraport Turkey Havalimani Yatirimlan A.S., Antalya/Türkei	68.372.538 TRL = 100,00 %
Fraport USA, Inc.	3.000 USD = 100,00 %
FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	470.450 € = 100,00 %
FRA - Vorfeldkontrolle GmbH	25.000 € = 100,00 %
VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH, Frankfurt am Main	26.000 € = 100,00 %
Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	34.999 PEN = 100,00 %
Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	1.499 € = 99,93 %
Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	480.000 USD = 90,00 %
Lima Airport Partners S. R. L. (LAP), Lima/Peru	37.220.230 € = 80,01 %
Fraport Regional Airports of Greece A S.A.	17.616 € = 73,40 %
Fraport Regional Airports of Greece B S.A.	17.616 € = 73,40 %
Fraport Regional Airports of Greece Management Company S.A.	17.616 € = 73,40 %
Fraport Twin Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	3.898.345 € = 60,00 %
NICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	676.000 € = 52,00 %
FraCareServices GmbH	25.500 € = 51,00 %
Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	133.015 € = 51,00 %
AirIT Systems GmbH	1.000.000 € = 50,00 %
Frankfurt Airport Retail GmbH & Co. KG	1.249.221 € = 50,00 %
Frankfurt Airport Retail Verwaltungs GmbH	12.500 € = 50,00 %
Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	19.175 € = 50,00 %
operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	62.500 € = 50,00 %
Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	103.043 € = 50,00 %

Terminal for Kids gGmbH	12.500 € =	50,00 %
FCS Frankfurt Cargo Services GmbH	3.174.048 € =	49,00 %
ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	127.400 € =	49,00 %
Fraport TAV Antalya Yatirim, Yapim ve Isletme A.S., Istanbul/Türkei	=	49,00 %
Airmail Center Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	104.000 € =	40,00 %
Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	6.067.151 € =	38,56 %
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	100.000 € =	33,33 %
Thalita Trading Limited	68.825 € =	25,00 %
Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	38.391 € =	20,00 %
Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	121.359 € =	20,00 %
Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	154.308 € =	20,00 %
Ineuropa Handling Teneriffa U.T.E., Santa Cruz/Spanien	538.439 € =	20,00 %

A. Ausblick 2022

Der Flughafen Frankfurt ist mit fast 81.000 Beschäftigten die größte lokale Arbeitsstätte Deutschlands. Zusätzliche Beschäftigungseffekte entstehen unter anderem in Unternehmen, die durch die Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide (Fraport AG) zum Bau und zur Modernisierung der Flughafen-Infrastrukturen beauftragt werden. Mit einem Einzugsgebiet von rund 38 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in einem Umkreis von etwa 200 Kilometern und durch seine Funktion als zweitgrößter Cargo-Flughafen in Europa zählt der Standort Frankfurt am Main zu den bedeutendsten Wirtschaftsstandorten des Landes. Der Erfolg eines internationalen Flughafens ist neben einem attraktiven Infrastrukturangebot abhängig von seiner Airline-Kundenstruktur und dem damit verbundenen weltweiten und dichten Streckennetzwerk, der Flottenstruktur und den Tarifangeboten durch die Fluggesellschaften.

Je nach Pandemiesituation und Regulierungen in den jeweiligen Heimatmärkten, aber auch in den jeweiligen Herkunftsmärkten der Passagiere, gestaltet sich die Erholungsphase an den Konzern-Flughäfen unterschiedlich. Auf Basis der aktuellen Entwicklung und des aktuellen Marktumfelds ist im Jahr 2022 mit der im Folgenden beschriebenen Erholung des Passagiervolumens in Frankfurt und an den internationalen Konzern-Flughäfen zu rechnen. Grundsätzlich ist in der deutschen Bevölkerung eine wieder wachsende Bereitschaft zum Fliegen deutlich wahrnehmbar. Jedoch ist die Erholung der Passagiernachfrage in Frankfurt maßgeblich vom Impffortschritt beziehungsweise der Immunisierung der Bevölkerung, potenziellen weiteren Virusmutationen und den politi-

schen Regulierungen in Deutschland und der Erholung des Geschäftsreiseverkehrs sowie der für Fraport relevanten Märkte Europa, Nordamerika und Fernost abhängig. Ausgehend von der derzeitigen Nachfragedynamik ist eine kräftige Erholung des Passagieraufkommens im Laufe des Jahres 2022 wahrscheinlich. Insgesamt wird für den Flughafen Frankfurt daher im Geschäftsjahr 2022 ein Passagieraufkommen in der Bandbreite von 55 % bis 65 % des Volumens von 2019 erwartet. Dies entspricht einer Bandbreite von circa 39 bis etwa 46 Mio. Passagieren. An den internationalen Konzern-Flughäfen ist aufgrund der höheren Bedeutung von touristischen Kurzstrecken- und ethnischen Verkehren im Vergleich zu Geschäftsreisen insgesamt mit einer dynamischeren Erholung des Passagierverkehrs im Jahr 2022 zu rechnen, die sich im Einzelnen wie folgt darstellt: Als Folge der andauernden Corona-Pandemie wird für den Standort Ljubljana mehr als 50 % des Passagiervolumens des Jahres 2019 erwartet. An den brasilianischen Konzern-Flughäfen Fortaleza und Porto Alegre wird erwartet, dass im Geschäftsjahr 2022 wieder rund 80 % der Passagiere des Vorkrisenniveaus begrüßt werden können. Am Flughafen Lima hingegen wird von einer Passagiermenge von rund 70 % im Vergleich zu 2019 ausgegangen. Für die 14 griechischen Regionalflughäfen werden mindestens 80 % des Passagiervolumens des Jahres 2019 prognostiziert. Für den Flughafen Xi'an wird erwartet, dass die Passagierzahl auf circa 75 % des Niveaus von 2019 zurückkehrt. Aufgrund des hohen Anteils russischer Passagiere an den Standorten in Varna und Burgas, Antalya sowie St. Petersburg hat der Vorstand am 14.03.2022 beschlossen, keine

Verkehrsprognose für diese Konzern-Flughäfen abzugeben. In Abhängigkeit vom weiteren Verlauf des Kriegs in der Ukraine sowie der Corona-Pandemie, sind Abweichungen von den gegebenen Prognosen möglich.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Fraport AG zählt mit ihrem internationalen Portfolio zu den weltweit führenden Flughafen-Betreiber-gesellschaften. Die Stärke der Fraport AG basiert auf dem integrierten Geschäftsmodell im Flughafenmanagement, das ein umfassendes Know-how bei allen Flughafendienstleitungen garantiert. Hauptstandort ist der Flughafen Frankfurt am Main, einer der größten Passagier- und Fracht-Flughäfen der Welt.

Zum Erhalt und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition tragen insbesondere die Ausbau- und Modernisierungsprogramme am Standort Frankfurt am Main bei. Die bereits fertiggestellte Landebahn Nordwest oder auch der Flugsteig A-Plus sowie insbesondere das Terminal 3, das im Jahr 2026 in Betrieb gehen soll, sichern langfristig die Flughafenkapazitäten und das erforderliche Spektrum der angebotenen Infrastruktur, um den Standort dauerhaft erfolgreich im Wettbewerb zu positionieren. Zudem gewinnt der Low-Cost-Verkehr am Flughafen Frankfurt am Main an Bedeutung. Die Fraport AG trägt der Passagiernachfrage mit dem vorgezogenen Bau des Flugsteigs G aus dem zweiten Bauabschnitt des Terminals 3 Rechnung. Der Bau des Terminal 3 inklusive des Flugsteigs G und des Passagier-Transport-Systems umfasst ein Investitionsvolumen von rund 4 Mrd. €.

Der Flughafen Frankfurt am Main war im vergangenen Geschäftsjahr mit 24,8 Mio. Passagieren nach Istanbul (36,9 Mio.), Moskau-Sheremetyevo (30,9 Mio.), Istanbul-Sabiha Gökçen (24,9 Mio.) und vor Paris-Charles de Gaulle (22,3 Mio.), Amsterdam-Schiphol (20,9 Mio.), Moskau-Domodedowo (19,8 Mio.) der siebtgrößte Passagierflughafen Europas. Das Geschäftsjahr 2021 war bereits von Jahresbeginn an von der Corona-Pandemie geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Anfangsmonate noch nicht in vollem Maße belastet waren, nahm das Passagieraufkommen um rund 32 % auf 24,8 Mio

Passagiere zu. Hinter dem Vorkrisenniveau von 2019 blieben die Passagierzahlen jedoch weiterhin mit -64,8 % signifikant zurück.

In Deutschland war der Flughafen Frankfurt mit deutlichem Abstand der größte Passagierflughafen vor München (12,5 Mio. Passagiere). Bezogen auf seinen Cargo- (Luftfracht- und Luftpost-) Umschlag von 2,3 Mio. t war Frankfurt der größte Flughafen Europas. Im internationalen Vergleich zählt der Flughafen Frankfurt am Main zu den größten Passagier- und Cargo-Flughäfen der Welt. 2021 standen besonders im Inlandverkehr (+8,9 %) die primären Verbindungen mit Berlin, Hamburg, München und Düsseldorf im Vordergrund. Während der Europaverkehr (+43,4 %) zu Jahresbeginn zunächst schwächer anlief, führte die Rückkehr der Urlaubsreisenden zu einem deutlichen Anstieg im Verkehr mit klassischen Urlaubsdestinationen in Süd- und Südosteuropa. Die Kanaren, Griechenland und Zypern näherten sich mit ihrem Passagiervolumen bereits wieder den Aufkommenswerten von 2019 an.

Der Interkontinentalverkehr (+20,5 %) blieb bis zur Öffnung des nordamerikanischen Marktes im vierten Quartal weit von einer Normalisierung entfernt. Die Öffnung sorgte dann für ein schnelles Anziehen der Nachfrage im Verkehr mit Nordamerika. Dagegen blieb Fernost aufgrund strikter Reisebeschränkungen und einer ausgeprägten Reisezurückhaltung deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Zur Vermögens- und Kapitallage (Konzern)

Die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns liegt bezogen auf die Bilanzsumme deutlich über dem Vorjahr (+2,16 Mrd. €). Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen aufgrund der Investitionen im Rahmen des Projekts Ausbau Süd. Darüber hinaus stiegen die Investments in Flughafen-Betreiberprojekte um 195,2 Mio € primär aufgrund der voranschreitenden Ausbaurbeiten bei der Konzern-Gesellschaft Lima. Demgegenüber verringerten sich die Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen (-94,2 Mio €) überwiegend durch die Umgliederung der Anteile an der Konzern-Gesellschaft Xi'an in die zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte.

Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital auf 3,91 Mrd. €. Dies ist im Wesentlichen auf das positive Konzern-Ergebnis von 91,8 Mio. € sowie die Veränderung der Währungsrücklage zurückzuführen. Aufgrund des positiven Ergebnisses im Geschäftsjahr 2021, das unter anderem durch die zahlungswirksamen Einmaleffekte im Zusammenhang mit erstatteten Vorhaltekosten und verrechneten Sicherheitsdienstleistungen der Vorjahre sowie durch die Auszahlungen in Verbindung mit dem Programm „Zukunft FRA – Relaunch 50“ beeinflusst war, wurde ein Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit (Operativer Cash Flow) von 392,6 Mio. € (Vj. 236,2 Mio. €) erzielt. Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit ohne Geld- und Wertpapieranlagen lag im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 1,13 Mrd. € leicht unter Vorjahresniveau (Vj. 1,14 Mrd. €). Höheren Mittelabflüssen für Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen am Standort Frankfurt sowie Investitionen in Flughafen-Betreiberprojekte standen gestiegene Mittelzuflüsse aus Dividenden von at-Equity bewerteten Unternehmen gegenüber.

Zur Erfolgslage (AG)

Die Gesellschaft hat einen Jahresüberschuss von 76,5 Mio. € (Vj. -591,1 Mio. €) und einen Bilanzgewinn von 38,3 Mio. € (Vj. 0,00 Mio. €) erwirtschaftet. Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die Fraport AG Umsatzerlöse von 1,25 Mrd. €. Die positive Entwicklung ist auf die Verkehrserholung sowie die erzielte Einigung mit der Bundespolizei im Zusammenhang mit verrechneten Luftsicherheitsleistungen der vergangenen Jahre in Höhe von 30,5 Mio. € zurückzuführen. Die Parkierungserlöse stiegen um 18,2 % auf 51,4 Mio. €. Trotz des Umsatzanstiegs reduzierte sich der Netto-Retail-Erlös je Passagier im Berichtszeitraum rechnerisch auf 3,30 € (Vj. 4,73 €). Wie in den Vorjahren erzielte die Fraport AG auch im vergangenen Geschäftsjahr einen wesentlichen Teil ihrer Umsatzerlöse (mehr als ein Drittel) mit Kunden am Standort Frankfurt am Main.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzern-GuV

Der Konzernumsatz stieg im Geschäftsjahr 2021 um 27,8 % auf 2,14 Mrd. € (Vj. 1,68 Mrd. €). Die positive

Entwicklung ist dabei insbesondere auf die konzernweite Verkehrserholung im Geschäftsjahr 2021 zurückzuführen, die am Standort Frankfurt zu einem deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse aus Flughafenentgelten (+73,1 Mio. €) und Bodenverkehrsdienstleistungen (+43,3 Mio. €) führte. Darüber hinaus wirkte sich die erzielte Einigung mit der Bundespolizei im Zusammenhang mit verrechneten Luftsicherheitsleistungen der vergangenen Jahre mit 57,8 Mio. € umsatz erhöhend aus. Außerhalb von Frankfurt trugen insbesondere Fraport Greece (+120,0 Mio. €) und die Konzern-Gesellschaft Lima (+36,3 Mio. €) zum bereinigten Umsatzwachstum bei. Aufgrund der Anwendung von IFRIC 12 enthielt der Konzernumsatz Erlöse im Zusammenhang mit kapazitativen Investitionsmaßnahmen i. H. v. 449,1 Mio. € (Vj. 446,3 Mio. €). Die Gesamtleistung lag um 466,3 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Der Personalaufwand sank gegenüber dem Personalaufwand vor Sondereinflüssen des Vorjahres aufgrund der Reduzierung des Personalbestands sowie weiterer personalwirtschaftlicher Gegensteuerungsmaßnahmen um 28,8 Mio. € auf 884,3 Mio. € (- 3,2 %). Unter Berücksichtigung der im Vorjahr angefallenen Aufwendungen für das Programm „Zukunft FRA – Relaunch 50“ am Standort Frankfurt sowie der Aufwendungen aus personalwirtschaftlichen Maßnahmen der übrigen Konzern-Gesellschaften in Höhe von 299,0 Mio. € ergab sich im Berichtszeitraum ein Rückgang von 327,8 Mio. € (-27,0 %).

Der Sachaufwand (Material- und sonstiger betrieblicher Aufwand) erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 59,4 Mio. € auf 894,6 Mio. € (+7,1 %). Bereinigt um die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Anwendung von IFRIC 12 stiegen die Aufwendungen um 42,2 Mio. € (+6,9 %). Der Anstieg resultiert dabei insbesondere aus höheren Konzessionsabgaben an den ausländischen Konzern-Flughäfen aufgrund der positiven Verkehrsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr. Die Abschreibungen lagen mit 443,3 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Das Konzern-EBT verbesserte sich auf 116,4 Mio. € (Vj. -933,2 Mio. €). Bei einem Ertragssteueraufwand von 24,6 Mio. € (Vj. 242,8 Mio. €) erreichte das Konzernergebnis einen Wert von 91,8 Mio. € (Vj. -690,40 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im Geschäftsjahr 6,32 Mio. €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 1,30 Mio. € (Vj. 1,33 Mio. €).

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	9.736.600	8.673.200	1.063.400	12,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	35.400	40.800	-5.400	-13,2
Sachanlagen	6.643.800	6.134.500	509.300	8,3
Finanzanlagen	3.057.400	2.497.900	559.500	22,4
Umlaufvermögen	2.539.100	1.758.300	780.800	44,4
Vorräte	13.800	12.700	1.100	8,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	298.000	314.700	-16.700	-5,3
Wertpapiere	75.100	60.100	15.000	25,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.152.200	1.370.800	781.400	57,0
Aktive latente Steuern	340.000	197.300	142.700	72,3
Rechnungsabgrenzungsposten	39.900	39.000	900	2,3
Bilanzsumme	12.655.600	10.667.800	1.987.800	18,6
PASSIVA				
Eigenkapital	2.964.400	2.887.900	76.500	2,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	924.700	924.700	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	800	800	0	0,0
Kapitalrücklage	606.300	606.300	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.395.900	1.357.700	38.200	2,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	38.300	0	38.300	-
Sonderposten	7.300	6.100	1.200	19,7
Rückstellungen	484.200	691.300	-207.100	-30,0
Verbindlichkeiten	9.153.900	7.048.200	2.105.700	29,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.416.000	5.472.400	943.600	17,2
Passive latente Steuern	10.000	3.000	7.000	233,3
Rechnungsabgrenzungsposten	35.800	31.300	4.500	14,4
Bilanzsumme	12.655.600	10.667.800	1.987.800	18,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.249.000	1.063.300	185.700	17,5
andere aktivierte Eigenleistungen	28.200	28.300	-100	-0,4
Gesamtleistung	1.277.200	1.091.600	185.600	17,0
sonstige betriebliche Erträge	194.000	33.400	160.600	480,8
Materialaufwand	-513.400	-539.600	26.200	-4,9
Personalaufwand	-509.600	-847.500	337.900	-39,9
Abschreibungen	-315.300	-331.900	16.600	-5,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-112.100	-129.100	17.000	-13,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	20.800	-723.100	743.900	-102,9
Finanzergebnis	-65.100	2.300	-67.400	-2.930,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-44.300	-720.800	676.500	-93,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	120.800	129.700	-8.900	-6,9
Ergebnis nach Steuern	76.500	-591.100	667.600	-112,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	76.500	-591.100	667.600	-112,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	76.500	-591.100	667.600	-112,9
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	0	591.100	-591.100	-
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-38.200	0	-38.200	-
Bilanzergebnis	38.300	0	38.300	-

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	7.893	9.344	-1.451	-15,5
Passagiere (Mio.)	25	19	6	31,6
Cargo (Fracht+Post, ohne Transit, in Tsd. t)	2.275	1.900	375	19,7
Flugzeugbewegungen (ohne Militärflüge, in Tsd.)	262	212	50	23,6
Passagiere/Flugbew. (Linien- u. zivil. Charter-Verk.)	95	90	5	5,6

**Jahresabschluss zum 31.12.2021
der Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	12.991.300	11.738.000	1.253.300	10,7
Immaterielle Vermögenswerte	3.541.500	3.359.600	181.900	5,4
Sachanlagen	7.898.400	7.330.300	568.100	7,8
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	88.600	123.300	-34.700	-28,1
At-Equity bilanzierte Beteiligungen	71.300	165.500	-94.200	-56,9
Übrige langfr. Ford. u. finanzielle Vermögenswerte	1.208.900	583.500	625.400	107,2
Latente Steueransprüche	182.600	175.800	6.800	3,9
Kurzfristige Vermögenswerte	3.248.700	2.343.200	905.500	38,6
Vorräte	20.300	22.300	-2.000	-9,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	152.300	125.400	26.900	21,5
Sonstige Vermögensgegenstände	293.600	331.100	-37.500	-11,3
Flüssige Mittel	2.662.800	1.864.400	798.400	42,8
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	119.700	0	119.700	-
Bilanzsumme	16.240.000	14.081.200	2.158.800	15,3
PASSIVA				
Eigenkapital	3.909.000	3.758.700	150.300	4,0
Anteile des Konzerns	3.753.100	3.618.800	134.300	3,7
Gezeichnetes Kapital	923.900	923.900	0	0,0
Kapitalrücklage	598.500	598.500	0	0,0
Gewinnrücklage	2.230.700	2.096.400	134.300	6,4
Minderheitenanteile	155.900	139.900	16.000	11,4
Langfristige Schulden	10.895.400	8.460.700	2.434.700	28,8
Langfristige Finanzschulden	9.306.400	6.936.500	2.369.900	34,2
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	1.265.200	1.190.300	74.900	6,3
Latente Steuerverpflichtungen	37.700	39.700	-2.000	-5,0
Pensionsrückstellungen	41.700	46.700	-5.000	-10,7
Andere langfristige Rückstellungen	244.400	247.500	-3.100	-1,3
Kurzfristige Schulden	1.435.600	1.861.800	-426.200	-22,9
Kurzfristige Finanzschulden	627.600	810.700	-183.100	-22,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	298.800	294.600	4.200	1,4
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	218.900	426.100	-207.200	-48,6
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	282.200	330.400	-48.200	-14,6
Schulden im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten	8.100	0	8.100	-
Bilanzsumme	16.240.000	14.081.200	2.158.800	15,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.143.300	1.677.000	466.300	27,8
Bestandsveränderungen UE/FE	0	0	0	-
Andere aktivierte Eigenleistungen	38.000	37.900	100	0,3
Gesamtleistung	2.181.300	1.714.900	466.400	27,2
Sonstige betriebliche Erträge	354.600	81.800	272.800	333,5
Materialaufwand	-750.700	-688.600	-62.100	9,0
Personalaufwand	-884.300	-1.212.100	327.800	-27,0
Abschreibungen	-443.300	-457.500	14.200	-3,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-143.900	-146.600	2.700	-1,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	313.700	-708.100	1.021.800	-144,3
Finanzergebnis	-197.300	-225.100	27.800	-12,4
Ergebnis vor Steuern	116.400	-933.200	1.049.600	-112,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-24.600	242.800	-267.400	-110,1
Ergebnis nach Steuern	91.800	-690.400	782.200	-113,3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (incl. Minderheiten)	91.800	-690.400	782.200	-113,3
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	9.000	-32.800	41.800	-127,4
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	82.800	-657.600	740.400	-112,6

Kennzahlen	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen Konzern (Jahresdurchschnitt)	18.419	21.164	-2.745	-13,0
davon in Frankfurt beschäftigt	15.599	18.364	-2.765	-17,7

2.6.4 Mainova AG und Konzern

Anschrift: Solmsstraße 38 60486 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/8 00 88 00 00	E-Mail/Internet: info@mainova.de www.mainova.de
--	---------------------------------------	--

Gründung: 23.10.1998	Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Energie und Wasser, insbesondere die Erzeugung, Gewinnung, Beschaffung, Nutzung, Fortleitung, Übertragung, Verteilung, der Transport, Handel und Vertrieb und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen, die Planung, Errichtung und der Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen.
--------------------------------	--

Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Thüga Aktiengesellschaft Streubesitz	Kapitalanteile: 107.062.963 € = 75,22 % 34.829.056 € = 24,47 % 443.981 € = 0,31 % 142.336.000 € = 100,00 %
--	---

Vorstand: Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Martin Giehl Frau Diana Rauhut

Aufsichtsrat:	20 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr BM und StK a. D. Uwe Becker Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr StR a. D. Markus Frank Frau StRin Rosemarie Heilig Herr StR Claus Möbius Herr StR a. D. Eugenio Muñoz del Rio Herr Stv Roger Podstatny
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Gabriele Aplenz Herr Dr. Jörg Becker (AN) Herr Thomas R. Becker (AN) Frau Nicole Brunner (AN) Herr Dr. Matthias Cord Herr Thomas Dumke (AN) Herr René Gehringer (AN) Herr Uwe Hartmann (AN) Herr Holger Klingbeil (AN) Frau Cornelia Kröll (AN) Frau Beate Mensch (AN) Herr Ralf-Rüdiger Stamm (AN)

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
25,00 %	30,00 %	30,00 %

Beirat:	40 Mitglieder
Beiratsvorsitz:	Herr OB Claus Kaminsky
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich
Weitere Beiratsmitglieder:	Herr Dr. Jochen Ahn Herr BM Dr. Frank Blasch Herr BM Martin Burlon

Herr Dr. Udo Corts
Herr LRat Michael Cyriax
Herr Dr. Jürgen Dieter
Herr Holger Follmann
Herr Dr. Christian Garbe
Herr Prof. Dr. med. Jürgen Graf
Frau Susanne Haus
Herr BM Leonard Helm
Herr OB Alexander W. Hetjes
Herr Verb. Dir. Thomas Horn
Herr Frank Junker
Herr BM Lars Keitel
Frau Prof. Dr. Martina Klärle
Herr BM Christoph König
Herr LRat Ulrich Krebs
Herr Dr. Joachim Kreysing
Herr Matthias Kruse
Herr BM Albrecht Kündiger
Herr LRat Dr. Alexander Legler
Herr Wolfgang Marzin
Herr Stefan Messer
Herr Frank Nickel
Herr BM Klaus Schindling
Herr OB Dr. Felix Schwenke
Herr BM Christian Seitz
Herr BM Adnan Shaikh
Herr BM Gregor Sommer
Herr Stephan Sturm
Herr BM Christian Vogt
Herr LRat Jan Weckler
Herr BM Dirk Westedt
Herr Dr. Andreas Widl
Herr Dr. Ingo Wiedemeier
Herr Claus Wisser
Herr Dr. Matthias Zieschang

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg	5.000.000 € = 100,00 %
Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	52.000 € = 100,00 %
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen	7.300.000 € = 100,00 %
Ferme Eolienne de Migé SARL	100 € = 100,00 %
Hotmobil Deutschland GmbH, Gottmadingen	26.000 € = 100,00 %
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	1.000 € = 100,00 %
Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	10.000 € = 100,00 %
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	10.000 € = 100,00 %
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	50.000 € = 100,00 %
Mainova WebHouse GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
Mainova WebHouse Management GmbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	6.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	500.000 € = 100,00 %
REmain GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
REmain Management GmbH	25.000 € = 100,00 %
SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	25.000 € = 100,00 %
WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 € = 100,00 %
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	5.740.200 € = 90,00 %
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	4.250 € = 85,00 %
Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	20.040 € = 50,10 %
Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	12.525 € = 50,10 %
ABGnova GmbH	50.000 € = 50,00 %
Chargemaker GmbH	15.000 € = 50,00 %
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH i. L., Eisenach	12.500 € = 50,00 %
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	4.300.000 € = 50,00 %
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	12.500 € = 50,00 %
Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	1.800.000 € = 50,00 %
Infranova Bioerdgas GmbH	49.900 € = 49,90 %
Lorenz Energie GmbH	154.500 € = 49,90 %
Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau	7.485.023 € = 49,90 %
Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	6.000.000 € = 36,36 %
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	11.100 € = 36,33 %
book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	16.873 € = 33,00 %
CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG, Hamburg	1.500 € = 30,00 %
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	307.970 € = 29,90 %
Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich	2.100.000 € = 26,25 %
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	6.508 € = 26,03 %
Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach	2.566.740 € = 25,10 %
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	2.510.000 € = 25,10 %
Syneco Verwaltungs GmbH i.L. München	6.275 € = 25,10 %
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	10.000 € = 20,00 %

A. Ausblick 2022

Die Mainova AG (Mainova) rechnet für das Geschäftsjahr 2022 sowohl im Einzelabschluss nach HGB als auch im Konzernabschluss nach IFRS, letzteres bereinigt um Derivate, mit einem deutlich unter dem Vorjahr liegenden EBT. Hierbei ist aber zur berücksichtigen, dass zum Zeitpunkt der Erstellung und Prüfung des Jahres- bzw. Konzernabschlusses Anfang März 2022 die Auswirkungen des Ende Februar ausgebrochenen geopolitischen Konflikts in der Ukraine auf die Geschäftstätigkeit der Mainova nicht absehbar sind.

Auf Konzernebene erwartet der Mainova-Konzern Investitionen von fast 390 Mio. €. Zur Finanzierung der geplanten Investitionen rechnet die Gesellschaft mit Finanzmittelaufnahmen von 350 Mio. €.

Bezogen auf ihre Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit geht die Mainova im Geschäftsjahr 2022 von einem in etwa gleichbleibenden Niveau aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Geschäftsbericht der Mainova stand 2021 unter dem Motto „Auf Kurs“. Die Mainova verweist dabei auf die sehr erfolgreiche Geschäftsentwicklung in 2021 und sieht sich auf einem guten Weg hin zur Vision: „Erste Wahl für Energielösungen“. Diese Entwicklung ermöglicht hohe Investitionen in die Energiewende, in eine zuverlässige Energieversorgung und einen wirksamen Klimaschutz. Der Wertbeitrag, den die Mainova für die Stadt Frankfurt am Main generierte, lag in 2021 bei 131 Mio. € und somit über dem 10-Jahresdurchschnitt von 126 Mio. €. Der Wertbeitrag setzt sich zusammen aus Gewinnabführung, Steuerumlage und Konzessionsabgabe. Das Handeln der Mainova kommt somit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Frankfurt am Main zugute.

Die Mainova hat auch in 2021 weitere Investitionen in erneuerbare Energien getätigt. So wurden über eine Tochtergesellschaft rund 25 % der Anteile an der SEBG Energiepark GmbH erworben. Die Gesellschaft entwickelt einen Solarpark in der Gemarkung Boitzenburger Land und betreibt ihn anschlie-

ßend auch. Im August wurde die WP Fischborn GmbH & Co. KG von der WPE-Hessische Windpark Entwicklungs GmbH (100 % Tochtergesellschaft der Mainova AG) mit zwei weiteren Gesellschaftern gegründet. Es soll ein Windpark in Fischborn errichtet und betrieben werden. Auch der Erwerb von 49,9 % der Anteile an der Lorenz Energie GmbH dient dem Voranschreiten des Energieumbaus, da die Gesellschaft Umwelanlagen und Solaranlagen betreibt und vertreibt.

Eine wesentliche Grundlage, um die zukünftigen vielfältigen Herausforderungen stemmen zu können, ist, dass die Mainova als eine attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. So konnte die Mainova die Zahl der Mitarbeitenden im Konzern aufbauen: im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl auf Konzernebene 2.946 (Vj. 2.798).

Herr Martin Giehl hat zum 01.10.2021 seine Tätigkeit als neues Mitglied des Vorstands aufgenommen. Er verantwortet unter anderem den Bereich Erzeugung Wärme und Strom und damit einen für die Dekarbonisierung der Energieerzeugung in Frankfurt am Main maßgeblichen Bereich.

Die Mainova versorgt rund eine Million Menschen mit Strom und Gas und die Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt am Main mit Wärme und Wasser.

Das operative Kerngeschäft nehmen im Wesentlichen die börsennotierte Mainova AG und ihre nachfolgend genannten Tochtergesellschaften (die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, die Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH, die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH) wahr. Die Hotmobil Deutschland GmbH vermietet und vertreibt Anlagen zur dezentralen Energieversorgung. In Ergänzung dazu hat die Mainova AG die Mehrheitsanteile an der mobiheat erworben. Hierzu hat die Bundeskartellbehörde am 15.02.2022 die Freigabe erteilt. Die Aktivitäten im Bereich erneuerbare Energien bündelt die Mainova in Tochter- und Beteiligungsunternehmen, wobei der Schwerpunkt auf Onshore-Windparks und Photovoltaik-Anlagen liegt. Der Bereich Bau und Betrieb von Rechenzentren wird über die Mainova Webhouse GmbH & Co. KG abgedeckt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Mainova stellte ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des AktG und des EnWG (Energiewirtschaftsgesetz) auf. Die Bilanzsumme hat sich um 21 % auf 1,97 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr erhöht. Auf der Aktivseite sind sowohl das Anlage- als auch das Umlaufvermögen gestiegen. Das Anlagevermögen erhöhte sich um 81,26 Mio. € insbesondere durch Investitionen in Netze mit dem Schwerpunkt auf das Stromnetz im Frankfurter Osten und Norden. Das Finanzanlagevermögen stieg durch die Zuschreibungen insbesondere bei der Beteiligung am Gaskraftwerk Irsching. Die Erhöhung des Umlaufvermögens ist auf einen höheren Bestand an Emissionsrechten und den Anstieg von Forderungen aus Lieferung und Leistung zurückzuführen. Der Anteil des Anlagenvermögens ist gegenüber dem Vorjahr wegen des überproportional starken Anstiegs des Umlaufvermögens deutlich auf 68,0 % (Vj. 77,3 %) gesunken.

Auf der Passivseite bestand das Eigenkapital in gleicher Höhe wie im Vorjahr, da es einen Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) gibt; dies bedeutet aufgrund des Bilanzsummenwachstums eine gesunkene Eigenkapitalquote von 18,1 % (Vj. 21,9 %). Die Erhöhung der Bilanzsumme spiegelte sich in einem Anstieg der Verbindlichkeiten aus dem Cash Pooling sowie höheren Abgabeverpflichtungen von Emissionsrechten wider. Gegenläufig wirkten geringere Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer und durch planmäßige Tilgungen reduzierte Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die finanziellen Mittel (Finanzmittelfonds) setzten sich zusammen aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung abzüglich der Verbindlichkeiten aus Konzernfinanzierung sowie Guthaben bei Kreditinstituten. In Summe ergab dies -361,50 Mio. €. Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit verminderte sich um rund 28 Mio. € auf 73,50 Mio. € aufgrund von Veränderungen im Working Capital (gestiegener Bestand an Emissionszertifikaten und höhere Forderungen aus Lieferung und Leistung). Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (-72,40 Mio. €) resultierte aus der Gewinnabführung an die SWFH

und der Tilgung von Krediten und ist im Vergleich zum Vorjahr durch eine höhere Gewinnabführung gekennzeichnet. Die Erhöhung der Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit von -62,10 Mio. € auf -123,70 Mio. € war maßgeblich durch höhere Investitionen in das Anlagevermögen und den im Vorjahr angefallenen Ertrag aus dem Verkauf von Anteilen an der Gas-Union GmbH bedingt.

Zur Erfolgslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Mainova AG ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von 99,13 Mio. € erzielen, welches um 11,58 Mio. € unter dem des Vorjahres, aber über Plan lag. Die Umsatzerlöse haben sich ebenso wie der Materialaufwand deutlich erhöht. Dies ist insbesondere auf stark gestiegene Handelserlöse und zusätzlich den witterungsbedingten Absatzanstieg beim Gasvertrieb sowie die zum 01.01.2022 eingeführte Umlage im Rahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes zurückzuführen. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge resultierte aus dem im Vorjahr abgewickelten Verkauf der Anteile der Gas-Union GmbH, geringeren Rückstellungsaufösungen und gesunkenen Zuschreibungen auf Finanzanlagen. Trotz eines höheren Personalbestands sank der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr, da der Personalaufwand in 2020 durch Zuführungen zu Rückstellungen für Energiedeputate beeinflusst war. Von den im Durchschnitt 2.773 (Vj. 2.637) Beschäftigten waren 666 (Vj. 632) weiblichen Geschlechts. Wesentlich für die Reduzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren vor allem geringere Zuführungen zu den Rückstellungen sowie geringere Leistungsverrechnungen innerhalb des Konzerns.

Das Finanzergebnis war im Gegensatz zum Vorjahr positiv aufgrund gestiegener Erträge aus Gewinnabführungen und Beteiligungen. Nur leicht gegenläufig war von der Netzgesellschaft ein höherer Verlust zu übernehmen.

Trotz eines geringeren EBT fielen höhere Ertragsteuern an. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch den steuerbegünstigten Veräußerungserlös der Gas-Union-Anteile im Vorjahr.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die Finanzanlagen der Mainova AG erhöhten sich um 16,52 Mio. €. Dies resultierte im Wesentlichen aus der Zuschreibung der Beteiligung Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH. Das Ergebnis aus Finanzanlagen (ohne Zinsergebnis) stieg von 7,77 Mio. € auf 15,78 Mio. €.

Der Konzernabschluss der Mainova wurde unverändert nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. In den Mainova Konzern wurden aufgrund des Beteiligungszuwachses 32 (Vj. 29) Tochterunternehmen, 17 (Vj. 14) assoziierte Unternehmen und neun (Vj. zehn) Gemeinschaftsunternehmen einbezogen. Neben den unter Allgemeines dargestellten Veränderungen hatten noch die beiden Gemeinschaftsunternehmen eserv GmbH & Co. KG sowie die eserv Verwaltungsgesellschaft mbH ihre ursprüngliche Tätigkeit eingestellt und firmieren jetzt als Tochterunternehmen (50,1 % Anteil hält die Mainova AG, die restlichen 49,9 % die Stadtwerke Hanau GmbH) Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG sowie Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH. Sie sind auf dem Gebiet der Energie- und Wärmeversorgung tätig.

Die Konzern-Bilanzsumme nach IFRS hat sich fast verdoppelt. Dies ist in erster Linie auf derivative Finanzinstrumente zurückzuführen. Der Anstieg der langfristigen Vermögenswerte entfiel mit 2,44 Mrd. € auf derivative Finanzinstrumente und auf der Passivseite ist der Anstieg der langfristigen Schulden mit 2,12 Mrd. € ebenfalls auf die derivativen Finanzinstrumente zurückzuführen. Auch bei den kurzfristigen Vermögenswerten und den kurzfristigen Schulden stiegen die derivativen Finanzinstrumente. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 84,1 % (Vj. 84,9 %) und wurde zu 31,1 % (Vj. 46,2 %) durch das Eigenkapital gedeckt. Die Eigenkapitalquote sank deutlich auf 26,2 % (Vj. 39,2 %) infolge des großen Bilanzsummenwachstums, obwohl das Ergebnis im Konzernabschluss deutlich die Gewinnabführung an die Muttergesellschaft überstieg.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) des Konzerns lag bei 507,51 Mio. € (Vj. 220,47 Mio. €) und war maß-

geblich durch die Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IFRS 9 beeinflusst. Nach Bereinigung um diese Effekte belief sich das EBT auf 165,82 Mio. € (Vj. 160,02 Mio. €). Da die Umsatzerlöse, der Materialaufwand, das sonstige betriebliche Ergebnis und das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen durch die Derivatebilanzierung stark verzerrt sind, hat die Mainova diese Positionen bereinigt im Lagebericht dargestellt: Im Vergleich 2021 zu 2020 stiegen die Umsatzerlöse nur um 536,00 Mio. €, die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um 61,70 Mio. €, der Materialaufwand stieg um 511,90 Mio. €, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um 9,80 Mio. € und das Ergebnis aus nach der Equity Methode bilanzierten Finanzanlagen erhöhte sich um 33,30 Mio. €.

Im Nachfolgenden wird auf die Segmentberichterstattung abgestellt, um Wiederholungen zum Einzelabschluss zu vermeiden. Die Abgrenzung der Segmente basiert verpflichtend auf der intern vom Management zur Steuerung des Konzerns verwendeten Berichtsstruktur. Es wird das bereinigte Ergebnis vor Steuern des jeweiligen Segments dargestellt. Der Ergebnisbeitrag der Stromversorgung (+28,12 Mio. €) lag deutlich über Vorjahr (+6,30 Mio. €) und dem geplanten Niveau. Hierfür waren im Wesentlichen positive Ergebniseffekte aus dem Verkauf von Strommengen am Spotmarkt und ein wachsender Kundenbestand im Haushaltskundenbereich verantwortlich. Gegenläufig erhöhte sich der Personalaufwand durch den Personalaufbau im Zusammenhang mit dem Ausbau und der Erneuerung des Stromnetzes. Im Vorjahr war das Segment durch die Corona-Pandemie belastet. Das Ergebnis der Gasversorgung (45,17 Mio. €) lag aufgrund der kühleren Witterung leicht über Vorjahr (40,37 Mio. €) und dem geplanten Ergebnis. Demgegenüber wirkten die Bautätigkeiten im Netzgeschäft sowie die aktuelle Situation an den Beschaffungsmärkten ergebnismindernd.

Das Segment Erzeugung und Fernwärme hat sich wie geplant deutlich reduziert (21,96 Mio. €; Vj. 55,75 Mio. €). Witterungsbedingt war zwar das Ergebnis der Fernwärme gestiegen, aber in 2021 war eine Erhöhung der Risikovorsorge für den

Strombezug aus dem Gemeinschaftskraftwerk Bremen erforderlich, während im Vorjahr ein deutlich positiver Effekt aus dem Gemeinschaftskraftwerk Irsching durch die Wiederinbetriebnahme zu verzeichnen war.

Nahezu auf Vorjahres- und Planniveau lag das Segment Erneuerbare Energien und Energiedienstleistung (+8,68 Mio. €; Vj. +9,56 Mio. €). Positiv wirkte die Ergebnisverbesserung des Biomassekraftwerks in Fechenheim während geringere Erträge aus den Windparks durch ein gesunkenes Windaufkommen sowie der Aufbau des Energiedienstleistungsgeschäfts belastend wirkten.

Das Ergebnis der Wasserversorgung (+3,54 Mio. €; Vj. +1,63 Mio. €) verbesserte sich wie prognostiziert leicht gegenüber dem Vorjahr, da positive Effekte aus der im zweiten Halbjahr 2020 vorgenommenen Preiserhöhung die durch Corona-Pandemie geprägten Mengenrückgänge im Geschäftskundenbereich überkompensierten. Geringere Aufwendung für Wartung und Instandhaltung trugen ebenfalls positiv zum Ergebnis bei.

Das Segment Beteiligungen (76,80 Mio. €; Vj. 77,08 Mio. €) konnte ein deutlich über Plan aber auf Vorjahresniveau liegendes Ergebnis erzielen. Deutlich höhere Ergebnisse der Beteiligungen konnten den Ertrag aus dem Verkauf der Anteile an der Gas-Union GmbH fast kompensieren.

Das „Restsegment“ Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung zeigte sich verbessert mit -18,44 Mio. € nach -30,68 Mio. € im Vorjahr. Rückstellungszuführungen für rechtliche Risiken, die im Vorjahr zu

bilden waren, waren im Wesentlichen dafür verantwortlich.

Das Ergebnis je Aktie betrug unverwässert für die Muttergesellschaft SWFH 86,96 € (Vj. 39,82 €). Die Dividende je Anteil für die SWFH belief sich auf 11,40 €/Stück und für außenstehenden Aktionäre lag sie unverändert bei 10,84 €/Stück.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaft) belaufen sich zum 31.12.2021 auf rund 4,01 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat, der Beirat und die Hauptversammlung. Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 2,26 Mio. €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 356 T€.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Mainova AG

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.338.353	1.257.093	81.260	6,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	30.278	25.308	4.970	19,6
Sachanlagen	974.754	914.986	59.767	6,5
Finanzanlagen	333.322	316.800	16.522	5,2
Umlaufvermögen	623.946	367.004	256.943	70,0
Vorräte	139.641	43.049	96.592	224,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	482.622	321.181	161.441	50,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.683	2.773	-1.090	-39,3
Rechnungsabgrenzungsposten	5.215	1.583	3.632	229,4
Bilanzsumme	1.967.515	1.625.680	341.835	21,0
PASSIVA				
Eigenkapital	356.679	356.679	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.083	207.083	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	7.260	7.260	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	300.594	288.393	12.201	4,2
Rückstellungen	423.726	323.635	100.090	30,9
Verbindlichkeiten	886.223	655.728	230.494	35,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.751	18.430	-9.679	-52,5
Rechnungsabgrenzungsposten	295	1.245	-950	-76,3
Bilanzsumme	1.967.515	1.625.680	341.835	21,0
Gewinn- und Verlustrechnung				
	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.856.481	2.311.616	544.866	23,6
Bestandsänderung UE / FE	-374	505	-879	-174,1
andere aktivierte Eigenleistungen	4.078	2.387	1.690	70,8
Gesamtleistung	2.860.185	2.314.508	545.677	23,6
sonstige betriebliche Erträge	35.083	92.435	-57.353	-62,0
Materialaufwand	-2.298.572	-1.763.550	-535.022	30,3
Personalaufwand	-241.713	-246.766	5.053	-2,0
Abschreibungen	-71.605	-72.537	932	-1,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-190.379	-211.456	21.077	-10,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	92.999	112.634	-19.636	-17,4
Finanzergebnis	6.134	-1.922	8.056	-419,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	99.132	110.712	-11.580	-10,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-32.153	-17.567	-14.586	83,0
Ergebnis nach Steuern	66.980	93.146	-26.166	-28,1
Sonstige Steuern	-6.212	-5.332	-880	16,5
Gewinnabführung	-60.768	-87.814	27.047	-30,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Bilanzergebnis	0	0	0	-
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.773	2.637	136	5,2

**Konzernabschluss zum 31.12.2021
der Mainova AG**

Bilanz Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	in %
	T€	T€	in T€	
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	5.353.791	2.774.574	2.579.217	93,0
Immaterielle Vermögenswerte	61.836	50.882	10.954	21,5
Sachanlagen	1.772.505	1.724.531	47.974	2,8
nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	830.067	763.081	66.986	8,8
Übrige langfr. Ford. u. finanzielle Vermögenswerte	2.687.634	231.471	2.456.163	1061,1
Latente Steueransprüche	1.749	4.609	-2.860	-62,1
Kurzfristige Vermögenswerte	1.015.129	494.364	520.765	105,3
Vorräte	158.653	57.113	101.540	177,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	488.109	309.082	179.027	57,9
Forderungen aus Ertragsteuern	6.102	10.354	-4.252	-41,1
Sonstige Vermögensgegenstände	350.115	101.324	248.791	245,5
Flüssige Mittel	12.150	16.491	-4.341	-26,3
Bilanzsumme	6.368.920	3.268.938	3.099.982	94,8
PASSIVA				
Eigenkapital	1.666.575	1.282.242	384.333	30,0
Anteile des Konzerns	1.665.008	1.281.301	383.707	29,9
Gezeichnetes Kapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.082	207.082	0	0,0
Sonstige Rücklagen	1.315.590	931.883	383.707	41,2
Nicht beherrschende Anteile	1.567	941	626	66,5
Langfristige Schulden	3.556.787	1.343.459	2.213.328	164,7
Erhaltene Zuschüsse	323.498	321.081	2.417	0,8
Langfristige Finanzschulden	366.065	378.748	-12.683	-3,3
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	2.329.740	213.304	2.116.436	992,2
Latente Steuerverpflichtungen	273.663	168.929	104.734	62,0
Pensionsrückstellungen	104.434	123.363	-18.929	-15,3
Andere langfristige Rückstellungen	159.387	138.034	21.353	15,5
Kurzfristige Schulden	1.145.558	643.237	502.321	78,1
Kurzfristige Finanzschulden	123.833	45.616	78.217	171,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	346.236	248.543	97.693	39,3
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	101.705	93.230	8.475	9,1
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	573.784	255.848	317.936	124,3
Bilanzsumme	6.368.920	3.268.938	3.099.982	94,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	in %
	T€	T€	in T€	
Umsatzerlöse	3.742.095	2.264.027	1.478.068	65,3
Bestandsveränderungen UE/FE	2.151	-1.073	3.224	-300,5
Andere aktivierte Eigenleistungen	21.553	13.997	7.556	54,0
Gesamtleistung	3.765.799	2.276.951	1.488.848	65,4
Sonstige betriebliche Erträge	3.892.254	311.307	3.580.947	1150,3
Materialaufwand	-3.471.135	-1.673.560	-1.797.575	107,4
Personalaufwand	-259.208	-242.009	-17.199	7,1
Abschreibungen	-109.488	-105.145	-4.343	4,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.408.995	-400.397	-3.008.598	751,4
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bil. Finanzanlagen	106.379	72.747	33.632	46,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	515.606	239.894	275.712	114,9
Finanzergebnis	-8.093	-19.425	11.332	-58,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	507.513	220.469	287.044	130,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-130.456	-40.662	-89.794	220,8
Ergebnis nach Steuern	377.057	179.807	197.250	109,7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (incl. Minderheiten)	377.057	179.807	197.250	109,7
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	288	196	92	46,9
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	376.769	179.611	197.158	109,8

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	2.946	2.798	148	5,3
Absatz Gasverkauf (o. Betriebsverbrauch) (Mio. kWh)	20.179	16.760	3.419	20,4
Absatz Stromverkauf (Mio. kWh)	16.748	12.282	4.466	36,4
Gasversorgungsnetz (km)	5.095	5.074	21	0,4
davon Verbund	4.500	4.487	13	0,3
Stromversorgungsnetz (km)	7.653	7.619	34	0,4
davon Verbund	7.653	7.619	34	0,4

2.6.5 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Anschrift: Kurt-Schumacher-Straße 8 60311 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 13-03	E-Mail/Internet: info@vqf-ffm.de www.vqf-ffm.de
Gründung: 15.12.1995	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Verkehrsdienstleistungen beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs, von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern. Darüber hinaus obliegen der Gesellschaft die Planung, der Bau und die Instandhaltung der oberirdischen Straßen- und Stadtbahnstrecken und der unterirdischen Stadtbahnstrecken inklusive der Tunnelbauwerke.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 11.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Raasch Herr Michael Rüffer Herr Thomas Wissgott		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	20 Mitglieder Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau Stv Ursula Busch Frau Stv Julia Eberz Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr Stv Martin Huber Frau Stv Dr. Katharina Knacker Frau Stv Kristina Luxen Herr StR Stefan Majer Herr Stv Nathaniel Ritter Herr Stv Hüseyin Sitki Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Frau Tülay Cesur (AN) Herr Thomas Heimbürger (AN) Herr Eric Hermann (AN) Herr Eckehard Kalweit (AN) Herr Jochen Koppel (AN) Herr Michael Kraus (AN) Herr Olaf Schüssler (AN) Herr Richard Senf (AN) Herr Athanasios Stavrakidis (AN) Frau Pia Tegeler (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
40,00 %	30,00 %	30,00 %
Beteiligungen: SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH	Kapitalanteile: 12.750 € = 51,00 %	

A. Ausblick 2022

In Anbetracht des zunehmenden Klima- und Umweltschutzbewusstseins gewinnt der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt und in der

Region weiter an Bedeutung. Zudem steigt trotz der anhaltenden Auswirkungen der Corona-Pandemie sowohl aufgrund der Bevölkerungsentwicklung als auch der zunehmenden Anzahl an Berufspendlern

und -pendlerinnen der Bedarf nach Angebots- und Leistungsausweitungen. Die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) agiert somit in einem dynamischen Umfeld mit Wachstumspotential.

Die Direktvergabe schafft mit einer Laufzeit bis 31.01.2031 für die nächsten Jahre Planungssicherheit für das Kerngeschäft der VGF als integriertes Schienenverkehrsunternehmen zur Erbringung der Verkehrsleistung, zur Instandhaltung und zum Ausbau der Infrastruktur sowie zur Gewährleistung des Vertriebs für die Stadtbahn- und Straßenbahnlinien im lokalen Verkehr Frankfurts.

Darüber hinaus nimmt die VGF weiterhin die Aufgaben eines zentralen Infrastruktur- und Vertriebsdienstleisters für den gesamten lokalen Busverkehr Frankfurts wahr, die über eine mit der traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) geschlossene Vereinbarung vertraglich gesichert sind.

Die VGF wird im Jahr 2022, wie auch in den Jahren zuvor, einen bedarfsgerechten und attraktiven öffentlichen Personennahverkehr mit einer Reihe von Änderungen und Neuerungen in Frankfurt am Main anbieten.

Für 2022 sind eine Vielzahl von Projekten, wie z. B. die Beschaffung des Digital Train Control, die Verstärkung der Fahrstromversorgung, die Beschaffung von neuen Speziialschienenfahrzeugen, der barrierefreie Ausbau und die Erneuerung der Fahrtreppenanlagen in Verkehrsbauwerken, die Beschaffung von neuen Straßenbahnfahrzeugen und U5-Mittelteilwagen sowie Sanierungen und Brandschutzmaßnahmen in unterirdischen Verkehrsbauwerken vorgesehen.

Eine wesentliche Auswirkung auf die Geschäftsentwicklung der VGF hat der aktuelle Krieg in der Ukraine. Zum einen ist die VGF von der dramatischen Entwicklung am Energiemarkt unmittelbar betroffen. Ein Versorgungsengpass liegt bisher noch nicht vor, jedoch ist mit drastisch steigenden Energiekosten zu rechnen. Zum anderen ist der Konflikt in der Ukraine mit erhöhtem Aufwand für die Beschaffung der VGF verbunden.

Die VGF rechnet für das Jahr 2022 im Vergleich zum Niveau vor der Pandemie mit reduzierten

Fahrgeldeinnahmen. Der Koalitionsvertrag 2021 bis 2025 lässt eine Fortführung der Ausgleichszahlungen von Bund und Land Hessen für das Jahr 2022 vermuten, konkrete Vereinbarungen stehen noch aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die VGF ist tätig als Verkehrsdienstleisterin beim Betrieb des ÖPNV, von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen. Sie ist eingebunden in den Konzern der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH), mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen ist. Nach wie vor richtungsweisend für die weitere Entwicklung des Unternehmens ist die im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main erfolgte Direktvergabe Schiene, die der VGF ein ausschließliches Recht zur Erbringung von Schienenverkehrsleistungen (Straßen- und Stadtbahnen) in ihrem Zuständigkeitsgebiet gewährt. Die Übertragung dieser gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen erfolgte im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags nach den Artikeln 3 bis 5 VO (EG) Nr. 1370/2007 ab dem 01.02.2011 für die Dauer von 20 Jahren.

Nach Ausgliederung der In-der-City-Bus GmbH (ICB) unter das Dach der SWFH erbringt die VGF weiterhin Infrastrukturdienstleistungen sowie Kundendienst- und Vertriebsleistungen im Busbereich und stellt der ICB im Rahmen einer Personalüberlassung das Werkstattpersonal sowie das Werkstattgebäude einschließlich des Betriebshofes Rebstock zur Verfügung.

Das Geschäftsjahr 2021 war erneut geprägt durch die Corona-Pandemie. Bereits im Vorjahr 2020 führten die verschiedenen Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung zur Kontaktreduzierung zu einem stark verringerten Fahrgastaufkommen von über 41 % im Vergleich zum Jahr 2019. Dieser Rückgang setzte sich in 2021 mit weiteren 12 % im Vergleich zum Vorjahr fort. In der Folge waren auch in 2021 hohe Einbrüche der Tarifeinnahmen zu verzeichnen. Diese Einbrüche wurden durch Billigkeitsleistungen von Bund und Land ausgeglichen. Die Billigkeitsleistungen betragen im Berichtsjahr 37,74 Mio. €.

Die Fahrgastzahlen sind aufgrund der Corona-Pandemie im Vergleich zum Vorjahr 2020 um 13,78 Mio. auf 106,05 Mio. Personenfahrten zurückgegangen.

Die Arbeiten zur Verlängerung der Stadtbahnlinie U5 über den Hauptbahnhof hinaus in das Europaviertel (Erschließung und Bebauung des ehemaligen Güterbahnhofsgeländes in zentraler Lage) wurden in 2021 durch die Tochtergesellschaft SBEV GmbH weiter fortgeführt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beträgt 1,02 Mrd. € (Vj. 899,19 Mio. €). Die Erhöhung um 119,25 Mio. € resultiert aus der Steigerung des Anlagevermögens um 43,82 Mio. € sowie der Erhöhung des Umlaufvermögens in Höhe von 75,43 Mio. €. Der Anteil des Anlagevermögens beträgt mit 892,31 Mio. € (Vj. 848,49 Mio. €) rund 87,6 % (Vj. 94,4 %) der Bilanzsumme. Das Umlaufvermögen in Höhe von 125,93 Mio. € (Vj. 50,50 Mio. €) beinhaltet neben den Vorräten in Höhe von 17,47 Mio. € (Vj. 15,48 Mio. €) und den liquiden Mitteln von 2,34 Mio. € (Vj. 1,90 Mio. €) insbesondere die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 106,12 Mio. € (Vj. 33,13 Mio. €). Die Passivseite setzt sich aus dem Eigenkapital in Höhe von 35,84 Mio. € (Vj. 35,84 Mio. €), Rückstellungen in Höhe von 100,20 Mio. € (Vj. 91,59 Mio. €) und Verbindlichkeiten i. H. v. 867,53 Mio. € (Vj. 757,05 Mio. €) sowie Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 14,87 Mio. € (Vj. 14,71 Mio. €) zusammen. Zum Bilanzstichtag beträgt die Eigenkapitalquote 3,5 % (Vj. 4,0 %), bei unverändertem Eigenkapital und einer Erhöhung der Bilanzsumme um 119,25 Mio. €. Die Anlagenintensität sinkt gegenüber dem Vorjahr um 6,75 Prozentpunkte auf 87,6 %. Unter Einbeziehung des langfristigen Fremdkapitals ergibt sich eine Finanzierung des Anlagevermögens in Höhe von rd. 79 % (Vj. 70,4 %).

Zur Erfolgslage

Die Gesamterträge verzeichnen eine leichte Erhöhung um rd. 2,7 Mio. € auf 261,67 Mio. €. Dem Rückgang der Erlöse aus Verkehrsleistungen (als

Hauptbestandteil der Umsatzerlöse) um 1,79 Mio. € auf 142,45 Mio. € steht ein Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um 2,27 Mio. €, im Wesentlichen aufgrund höherer erfolgswirksamer Zuschüsse, sowie ein Anstieg der aktivierten Eigenleistungen um 1,64 Mio. € gegenüber. Den Erträgen standen Gesamtaufwendungen inkl. Steuern in Höhe von 378,25 Mio. € (Vj. 351,46 Mio. €) gegenüber. Der nicht durch Erträge gedeckte Aufwand nach Abschreibungen und Zinsen führt zu einer Unterdeckung in Höhe von 116,58 Mio. € (Vj. 92,48 Mio. €). Für das Berichtsjahr 2021 ergibt sich somit ein Kostendeckungsgrad von 69,2 % (Vj. 73,7 %). Das Jahresergebnis liegt um rd. 900 T€ unter dem Planansatz von 116,67 Mio. €. Der Verlust wird von der SWFH übernommen.

Ergebnisse der Beteiligungen

Zur Realisierung des Neubaus der Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel in Frankfurt am Main „Stadtbahn Europaviertel“ wurde in 2015 gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main die Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH (SBEV) gegründet. Die Beteiligungshöhe der VGF an der SBEV beträgt 51 %, während die Stadt Frankfurt am Main mit 49 % beteiligt ist. Zur Durchführung des Bauprojektes aus einer Hand wurden zwischen der VGF und der SBEV ein Dienstleistungs- und Totalübernahmevertrag abgeschlossen. Die SBEV schloss das Geschäftsjahr 2021 wie im Vorjahr mit einem Jahresüberschuss von rund 1 T€ ab. Weiterhin ist die VGF mit 0,16 % an der beka GmbH beteiligt. Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf aller für den Bau, die Erhaltung und den Betrieb in Verkehrsunternehmen und ähnlichen Unternehmungen erforderlichen Wirtschaftsgüter. Die beka GmbH wies zum 31.12.2021 einen vorläufigen Jahresfehlbetrag von 90 T€ aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2021 auf knapp 237,70 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge von Herrn Raasch 115 T€, von Herrn Ruffer 247 T€ und von Herrn Wissgott 251 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 30 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 24.09.2020 für das Planjahr 2021 und am 05.10.2021 für das Planjahr 2022 statt. Das Abschlussgespräch für den Prüfbericht 2021 wurde am 26.04.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	892.305	848.488	43.816	5,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	657	818	-161	-19,7
Sachanlagen	891.633	847.656	43.977	5,2
Finanzanlagen	14	14	0	0,0
Umlaufvermögen	125.928	50.501	75.426	149,4
Vorräte	17.469	15.476	1.993	12,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	106.124	33.127	72.996	220,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.335	1.898	437	23,0
Rechnungsabgrenzungsposten	211	202	9	4,5
Bilanzsumme	1.018.444	899.192	119.252	13,3
PASSIVA				
Eigenkapital	35.840	35.840	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	11.000	11.000	0	0,0
Kapitalrücklage	16.591	16.591	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	8.249	8.249	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	100.202	91.592	8.609	9,4
Verbindlichkeiten	867.529	757.046	110.483	14,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	361.419	381.407	-19.988	-5,2
Rechnungsabgrenzungsposten	14.873	14.713	160	1,1
Bilanzsumme	1.018.444	899.192	119.252	13,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	171.809	173.023	-1.214	-0,7
Bestandsänderung UE / FE	-717	-296	-421	141,9
andere aktivierte Eigenleistungen	4.006	2.365	1.641	69,4
Gesamtleistung	175.098	175.091	6	0,0
sonstige betriebliche Erträge	86.149	83.879	2.270	2,7
Materialaufwand	-122.716	-106.748	-15.968	15,0
Personalaufwand	-165.091	-155.595	-9.496	6,1
Abschreibungen	-46.457	-45.349	-1.108	2,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-23.595	-22.402	-1.193	5,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-96.613	-71.125	-25.488	35,8
Finanzergebnis	-19.712	-21.092	1.379	-6,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-116.325	-92.217	-24.109	26,1
Ergebnis nach Steuern	-116.325	-92.217	-24.109	26,1
Sonstige Steuern	-259	-259	-0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	116.584	92.476	24.109	26,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.619	2.517	102	4,1
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	29.561	28.914	647	2,2
davon Straßenbahn	7.970	7.684	286	3,7
davon U-Bahn	21.591	21.230	361	1,7
Platzkilometer (in Mio.)	5.590	5.456	134	2,5
davon Straßenbahn	1.441	1.382	59	4,3
davon U-Bahn	4.149	4.074	75	1,8
Anzahl der Fahrten (beförderte Personen) (in Mio.)	106	120	-14	-11,7
davon Straßenbahn	32	36	-4	-11,1
davon U-Bahn	78	89	-11	-12,4

2.6.6 In-der-City-Bus GmbH

Anschrift: Am Römerhof 27 60486 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-4 34 00	E-Mail/Internet: info@icb-ffm.de www.icb-ffm.de
Gründung: 08.09.1992	Unternehmensgegenstand: Verkehrsbedienung in Frankfurt am Main im Umfang der jeweiligen Betrauung. Darüber hinaus ist die Gesellschaft tätig als Verkehrsdienstleisterin beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern im Rhein-Main-Gebiet.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 10.572.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Christian Schaefer Frau Stephanie Schramm		
Aufsichtsrat:	9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Julia Eberz Frau Stv Kristina Luxen Herr StR Stefan Majer Herr Stv Nathaniel Ritter Herr Stv Omar Shehata Herr Stv Hüseyin Sitki	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Tayar Isilti (AN) Herr Mustapha Kadar (AN) Herr Ali Yasar (AN)	

A. Ausblick 2022

Hinsichtlich der aktuellen Entwicklung in Folge der Corona-Pandemie ist die In-der-City-Bus GmbH (ICB) durch einen erhöhten Krankenstand und zusätzliche Kosten für Schutzmaßnahmen betroffen. Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine wesentlichen Einschränkungen im Leistungsumfang zu erwarten. Die ICB hat in den bestehenden Verkehrsverträgen keine Risiken aus Fahrgelderlösen. Aufgrund der Corona-Pandemie und den daraus entstandenen Veränderungen im Messengeschäft ist geplant, die Fahrzeugvorhaltung für Messeverkehre zu reduzieren. Die Planung sieht demnach nur noch einen unwesentlichen Ergebnisbeitrag für diese Leistungen vor.

Der Kriegsausbruch in der Ukraine und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Auswirkungen führen zu einem deutlichen Anstieg der Energie- und Baupreise. Negative Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit bei Energie, Rohstoffen oder Ersatzteilen sind nicht auszuschließen. Des Weiteren warnt das Bundesamt für Sicherheit und Infor-

mationstechnik im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzung vor möglichen Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen und Unternehmen der Daseinsvorsorge. Die skizzierten Risiken können zu Einschränkungen bzw. Ausfällen der Verkehrsleistungen führen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Bis zum 31.08.2014 war die ICB GmbH ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Zum 01.09.2014 wurden sämtliche Anteile an der Gesellschaft im Zuge einer Neuausrichtung der Busaktivitäten im Konzern von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) übernommen. Mit der Betrauung nach EU-Verordnung 1370/2007 für das Bündel D zum Fahrplanwechsel 2015 änderte sich die rechtliche Grundlage der Geschäftstätigkeit der ICB insofern, als mit der Betrauung eine Teilnahme am Wettbewerb nicht mehr möglich ist. Durch die zusätzliche Betrauung

mit dem Bündel E zum Fahrplanwechsel 2017 am 11.12.2016 wurde die Geschäftstätigkeit im Stadtgebiet ausgeweitet. Zudem betreibt die ICB Sonderlinien- und Gelegenheitsverkehre. Hierunter fällt insbesondere die Durchführung von Verkehren für die Messe Frankfurt.

Die Geschäftstätigkeit der ICB war im Geschäftsjahr 2021 im Wesentlichen durch den Ausbau der Unternehmensstrukturen, resultierend aus der Betriebsaufnahme im Linienbündel C zum 13.12.2020 bestimmt. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurde dafür die Anzahl der Mitarbeitenden im Fahrdienst um weitere 94 Personen erhöht.

Im Zuge der o. g. Umstrukturierung im Jahr 2014 wurde der Werkstattbereich von der Schwestergesellschaft VGF übernommen und mit deren Mitarbeitenden im Rahmen der Konzernleihe betrieben. Im Jahresdurchschnitt 2021 waren 25 Mitarbeitende der VGF im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung bei der ICB beschäftigt.

Auch im Jahr 2021 erfolgte die Inbetriebnahme weiterer Busse. Es konnten neun Batterie Gelenkbusse (Hersteller Irizar) und zwei Batteriesolobusse (Hersteller Caetano) sowie die dazugehörige Ladeinfrastruktur in Betrieb genommen werden.

Im Wesentlichen hat sich an den bekannten Einflussfaktoren der Pandemie nichts geändert. Aufgrund der deutlichen Rückgänge der Fahrgastzahlen korrigierte die traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) im Juni 2021 die Einnahmenprognosen nach unten. Wie im Vorjahr konnten die geringeren Einnahmen durch Billigkeitsleistungen des Landes Hessen kompensiert werden. Coronabedingte Mehraufwendungen, die nicht durch sonstige Zuschüsse gedeckt werden konnten, wurden insbesondere durch die verpflichtende Ausgabe von Selbsttests und Masken, sowie die Sonderreinigung in den Bussen verursacht.

Zum Ende des Geschäftsjahres konnte zudem ein europaweites Ausschreibungsverfahren für Planung, Bau und Inbetriebnahme sowie Wartung und Instandhaltung einer Wasserstofftankstelle und für die Belieferung mit Wasserstoff erfolgreich abgeschlossen werden. Darüber hinaus konnte der Vertrag für das Linienbündel D im Rahmen seiner Revi-

sion überarbeitet, vereinheitlicht und in Form eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags gemäß Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (vorher Dienstleistungskonzession) mit einer Laufzeit bis 13.12.2031 neu abgeschlossen werden. Die ICB betreibt somit nun alle drei Linienbündel im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 2,76 Mio. € auf 43,89 Mio. € (Vj. 46,65 Mio. €) gesunken.

Durch planmäßige Abschreibungen ist das Anlagevermögen im Berichtsjahr von 35,03 Mio. € im Vorjahr auf 33,42 Mio. € zum Bilanzstichtag gesunken. Es wurden im Berichtsjahr 2,79 Mio. € (Vj. 24,76 Mio. €, jeweils nach Verrechnung mit Zuschüssen) in Sachanlagen, im Wesentlichen in neue Elektrobusse und Ladeinfrastruktur, investiert.

Das Umlaufvermögen reduzierte sich von 11,63 Mio. € im Vorjahr auf 10,48 Mio. €. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind von 2,45 Mio. € auf 4,21 Mio. € gestiegen. Diese Forderungen ergeben sich vorwiegend aus der Verrechnung mit dem Aufgabenträger traffiQ. Darüber hinaus verringerten sich die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 1,60 Mio. € auf 1,81 Mio. € (Vj. 3,41 Mio. €). Dies resultiert insbesondere aus den Forderungen aus Cashpooling gegen die Gesellschafterin, die um 1,28 Mio. € auf 1,56 Mio. € (Vj. 2,85 Mio. €) zurückgingen. Förderungen des Bundes für die neu beschafften Batterie Gelenkbusse wurden zum Teil bereits im Dezember 2020 ausgezahlt, der Mittelabfluss erfolgte jedoch erst im Jahr 2021. Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen im Berichtsjahr 3,61 Mio. €. Im Vorjahr betragen diese 5,21 Mio. €. Die Differenz in Höhe von 1,60 Mio. € betrifft im Wesentlichen die Vorsteuer für die Busbeschaffung 2020. Das Eigenkapital der Gesellschaft steigt nach Verrechnung mit dem Jahresüberschuss zum 31.12.2021 auf 5,16 Mio. € (Vj. 4,70 Mio. €). Die Eigenkapitalquote hat sich aufgrund des Jahresüberschusses um 1,7 %-Punkte auf 11,8 % gesteigert.

Darüber hinaus werden auf der Passivseite Rückstellungen in Höhe von 3,71 Mio. € (Vj. 3,46 Mio. €) ausgewiesen. Die Rückstellungen betreffen über-

wiegend die durch traffiQ prognostizierte Erlöskürzung über 2,48 Mio. € sowie Personalverpflichtungen und ausstehende Rechnungen. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen 28,32 Mio. € (Vj. 26,22 Mio. €). Die Finanzierung der im Berichtsjahr zugegangenen Busse und Ladegeräte wurde mit 5,10 Mio. € (davon 4,86 Mio. € für Busse und 245 T€ für Ladeinfrastruktur) über die Deutsche Leasing Finance GmbH finanziert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind von 9,92 Mio. € auf 3,74 Mio. € gesunken, da im Vorjahr Verbindlichkeiten aus der Lieferung von Bussen in Höhe von 6,35 Mio. € enthalten waren. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind um 621 T€ auf 2,90 Mio. € gestiegen (Vj. 2,28 Mio. €). Nicht mehr enthalten sind Fördermittel des Bundes (Vj. 1,17 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,19 Mio. € auf 451 T€. Der Rückgang der Umsatzerlöse um 3,59 Mio. € beruht im Wesentlichen auf dem coronabedingten Rückgang der Fahrgastzahlen und den ausbleibenden Erträgen aus Meserverkehren. Die übrigen betrieblichen Erträge sind durch Zuschüsse im Rahmen der Corona-Pandemie Billigkeitsleistung in Höhe von 8,20 Mio. € sowie gestiegene Zuschüsse für die Linienbündel C, D und E (+15,20 Mio. €) angestiegen. Die um 9,17 Mio. € gestiegenen Personalaufwendungen resultieren vor allem aus der Erweiterung des Personalbestands mit der Betriebsaufnahme des Bündels C am 13.12.2020, aus tariflichen Lohnerhöhungen und der Umsetzung der tariflich vereinbarten betrieblichen Altersversorgung. Der Anstieg der Abschreibungen um 1,77 Mio. € ist im Wesentlichen auf den Erwerb der 67 neuen Busse im Jahr 2020 sowie weiterer 11 Elektrobusse und der zugehörigen Ladeinfrastruktur im Jahr 2021 zurückzuführen. Innerhalb der übrigen betrieblichen Aufwendungen kompensieren sich der Rückgang periodenfremder Aufwendungen und zusätzlicher Schutz- und Hygienemaßnahmen mit dem Anstieg der Mietkosten für den Betriebshof Flinschstraße.

Aufgrund der im Berichtsjahr neu aufgenommenen Darlehen sind die Zinsaufwendungen um 162 T€ auf 304 T€ angestiegen.

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden insgesamt 4 T€ ohne Umsatzsteuer vergütet.

Für die Geschäftsführer wurde im Jahr 2021 eine Jahresvergütung - bestehend aus laufendem Gehalt, Tantieme, Sachbezügen sowie Zuschüssen zur privaten Altersversorgung - von 298 T€ verbucht.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätte. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Gemäß PCGK fanden die Wirtschaftsplangespräche am 29.10.2020 für das Planjahr 2021 statt und am 29.09.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 18.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
In-der-City-Bus GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	33.415	35.027	-1.612	-4,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	15	-8	-54,9
Sachanlagen	33.409	35.012	-1.604	-4,6
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	10.479	11.627	-1.148	-9,9
Vorräte	832	545	287	52,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.641	11.073	-1.432	-12,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	6	9	-3	-38,1
Bilanzsumme	43.894	46.654	-2.760	-5,9
PASSIVA				
Eigenkapital	5.155	4.704	451	9,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.572	10.572	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	29	29	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-5.897	-5.158	-739	14,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	451	-739	1.190	-161,0
Rückstellungen	3.706	3.461	245	7,1
Verbindlichkeiten	34.960	38.407	-3.447	-9,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.322	26.216	2.106	8,0
Rechnungsabgrenzungsposten	73	82	-9	-10,7
Bilanzsumme	43.894	46.654	-2.760	-5,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	25.934	29.519	-3.585	-12,1
Gesamtleistung	25.934	29.519	-3.585	-12,1
sonstige betriebliche Erträge	38.245	18.087	20.158	111,5
Materialaufwand	-26.695	-22.369	-4.326	19,3
Personalaufwand	-29.438	-20.272	-9.166	45,2
Abschreibungen	-4.396	-2.623	-1.773	67,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.892	-2.936	44	-1,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	757	-595	1.352	-227,3
Finanzergebnis	-304	-141	-162	114,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	453	-736	1.190	-161,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-0	0	-
Ergebnis nach Steuern	453	-736	1.190	-161,6
Sonstige Steuern	-3	-3	-0	2,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	451	-739	1.190	-161,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	451	-739	1.190	-161,0
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	574	442	132	29,9
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	10.079	6.211	3.868	62,3
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	9.688	6.021	3.667	60,9
davon ICB in Subunternehmerleistung	390	190	200	105,3
Platzkilometer (in Mio.)	1.088	619	469	75,8
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	1.065	598	467	78,1
davon ICB in Subunternehmerleistung	23	21	2	9,5

2.6.7 Main Mobil Frankfurt GmbH

Anschrift: Am Römerhof 27 60486 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-4 34 00	E-Mail/Internet: www.stadtwerke-frankfurt.de/verkehr
Gründung: 10.12.2004	Unternehmensgegenstand: Betrieb eines Verkehrsunternehmens zur Personenbeförderung nach dem Personenbeförderungsgesetz im Sinne der §§ 42 und 43 PBefG, die Planung, Organisation und Durchführung von Linienverkehr, die Durchführung von Fernlinien, von Ausflugs- und Reiseverkehr und die Erbringung anderer Sonderverkehrsleistungen mittels Omnibussen und anderen, dem Personenverkehr dienenden, straßengebundenen und schienengebundenen Verkehrsmitteln.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 204.100 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Christian Schäfer Frau Stephanie Schramm		

A. Ausblick 2022

Die Risiken hinsichtlich des Ukraine Konflikts sowie weiterer Entwicklungen in Folge der Corona-Pandemie werden, bedingt durch das Geschäftsmodell, durch die In-der-City-Bus GmbH (ICB) getragen.

Im Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2022, bei gleichbleibendem Leistungsvolumen, ein Jahresüberschuss von 5 T€ prognostiziert. In der mittelfristigen Planung erwartet die Gesellschaft eine Ergebnisentwicklung auf gleichbleibendem Niveau. Die wesentliche Herausforderung für die Geschäftsführung ist es, den Krankenstand bei der Main Mobil Frankfurt GmbH (MMF) zu senken und die Produktivität der MMF zu steigern.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Bis zum 31.08.2014 war die MMF ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Zum 01.09.2014 wurden sämtliche Anteile an der Gesellschaft im Zuge einer Neuausrichtung der Busaktivitäten im Konzern von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) übernommen. Der Betriebsstandort der Gesellschaft ist in der Flinschstraße in Frankfurt am Main. Seit dem 01.01.2015 wird die kaufmännische und betriebliche Betreuung von der Konzernschwester ICB wahrgenommen. Bestandteil der Abläufe zwischen der MMF und der ICB ist der Austausch und die Verrechnung von

Verkehrsdienstleistungen, die die Schaffung und Nutzung von Synergien durch gegenseitige Personalgestellung zur Vermeidung von Engpässen gewährleistet. Das Geschäftsmodell der MMF hat dazu geführt, dass die MMF in geringem Umfang von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen war, da Engpässe durch Personalgestellung der ICB ausgeglichen werden. Im Krankheitsgeschehen der MMF ist zu erkennen, dass die Krankenzahlen den Infektionswellen der Pandemie folgen und zum Jahresende ihr Hoch erreichen. Im restlichen Jahresverlauf ist ein leichter Anstieg der Krankenzahlen im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten.

Die gefahrene Kilometerleistung der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 147 Tausend Nutzwagenkilometer (TNwkm) auf 1.040 TNwkm verringert. Sie wurde dem Personalbestand der MMF angepasst.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 465 T€ auf 655 T€ (Vj. 1,12 Mio. €) gesunken. Die Quote des gezeichneten Kapitals im Verhältnis zur Bilanzsumme hat sich demzufolge rechnerisch von 18,2 % zum Vorjahresstichtag auf nun 31,1 % zum 31.12.2021 erhöht. Die Quote für das Gesamteigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme hat sich bei deutlich geringerer Bilanzsumme und geringfügig gemindertem Verlustvortrag auf 23,7 % erhöht (Vj. 13,4 %).

Auf Grund nur geringer Investitionen ist das Sachanlagevermögen zurückgegangen. Es beträgt 17 T€ bzw. 2,6 % der Bilanzsumme und ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen und betragen zum Bilanzstichtag 613 T€ (einschließlich Cashpool 59 T€). Liquide Mittel werden jeweils zum Monatsende vollständig in den mit der ICB bestehenden Cashpool abgeführt, somit weist die Gesellschaft zum Bilanzstichtag nur in geringem Umfang liquide Mittel aus.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um 401 T€ auf 87 T€ (Vj. 488 T€) verringert. Die sonstigen Rückstellungen haben sich um 21 T€ auf 302 T€ (Vj. 323 T€), die sonstigen Verbindlichkeiten um 15 T€ auf 79 T€ (Vj. 94 T€) verringert. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um 26 T€ auf 39 T€ (Vj. 65 T€) zurückgegangen.

Die Liquidität der Gesellschaft war während des Geschäftsjahres jederzeit gewährleistet.

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss der Gesellschaft erreicht mit 5 T€ (Vj. 5 T€) das geplante Ergebnis. Der Umsatz aus Fahrleistungen ist um 1,32 Mio. € bzw. 20,1 % auf 5,26 Mio. € gesunken (Vj. 6,59 Mio. €). Der Rückgang resultiert aus der reduzierten Beauftragung durch die ICB. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten in diesem Jahr Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 26 T€, Versicherungsentschädigungen in Höhe von 5 T€ und periodenfremde Erträge in Höhe von 1 T€. Der Materialaufwand beträgt insgesamt 1,16 Mio. € (Vj. 2,50 Mio. €). Dieser gliedert sich in Aufwendungen für Treibstoffe 522 T€ (Vj. 524 T€), Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung der Busse 466 T€ (Vj. 1,05 Mio. €), sowie sonstige bezogene Leistungen in Höhe von 167 T€ (Vj. 923 T€). Unter die sonstigen bezogenen Leistungen fallen neben den Verwaltungstätigkeiten der ICB und der SWFH mit zusammen 15 T€ (Vj. 473 T€) die Übernahme von Fahrdienstleistungen durch die ICB in Höhe von 118 T€ (Vj. 317 T€) sowie die Busreinigung durch einen Dienstleister in Höhe von 35 T€.

Die Personalaufwendungen sind auf Grund der Tarifierhöhung sowie der Einführung der betrieblichen Altersvorsorge auf 3,84 Mio. € (Vj. 3,75 Mio. €) gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen in diesem Geschäftsjahr 282 T€, insbesondere bedingt durch hohe Rechtsanwalts- und Gerichtskosten; sie sind im Vorjahresvergleich jedoch rückläufig (Vj. 323 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der ICB. Für ihre Tätigkeit bei der MMF erhalten sie keine zusätzliche Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätte. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Gemäß PCGK fanden die Wirtschaftsplangespräche am 29.10.2020 für das Planjahr 2021 statt und am 29.09.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 18.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Main Mobil Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	17	20	-3	-14,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	17	20	-3	-14,6
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	638	1.100	-462	-42,0
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	638	1.100	-462	-42,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	1	-0	-35,4
Bilanzsumme	655	1.120	-465	-41,5
PASSIVA				
Eigenkapital	155	150	5	3,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	204	204	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-54	-59	5	-8,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	5	5	-0	-0,5
Rückstellungen	302	323	-21	-6,6
Verbindlichkeiten	199	647	-448	-69,3
Bilanzsumme	655	1.120	-465	-41,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.263	6.585	-1.322	-20,1
Gesamtleistung	5.263	6.585	-1.322	-20,1
sonstige betriebliche Erträge	32	1	31	5.000,5
Materialaufwand	-1.156	-2.501	1.345	-53,8
Personalaufwand	-3.844	-3.745	-99	2,6
Abschreibungen	-7	-11	4	-34,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-282	-323	41	-12,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	6	5	0	4,1
Finanzergebnis	0	0	0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	6	5	0	4,1
Ergebnis nach Steuern	6	5	0	4,1
Sonstige Steuern	-1	-0	-0	76,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	5	5	-0	-0,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5	5	-0	-0,5
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	84	90	-6	-6,7
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	1.040	1.187	-147	-12,4
Platzkilometer (in Mio.)	71	80	-9	-11,3

2.7 traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Anschrift: Stiftstraße 9-17 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-2 44 24	E-Mail/Internet: info@traffiQ.de www.traffiQ.de
Gründung: 31.08.2001	Unternehmensgegenstand: Die Wahrnehmung der im Allgemeininteresse liegenden, nicht gewerblichen Aufgaben der Stadt Frankfurt am Main als Aufgabenträgerin im öffentlichen Personennahverkehr und in sonstigen Verkehren, soweit nicht öffentlich-rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen. Die Gesellschaft soll die der Stadt Frankfurt am Main zugewiesenen Aufgaben gemäß § 5 und § 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz sicherstellen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.600 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Prof. Dr. Tom Reinhold		
Aufsichtsrat:	9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Julia Eberz	
	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
	Frau Stv Dr. Katharina Knacker	
	Herr Stv Johannes Lauterwald	
	Frau Stv Kristina Luxen	
	Herr StR Stefan Majer	
	Herr Nico Richter	
	Herr Stv Dr. Uwe Schulz	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Holger Reich (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 37,50 %		

A. Ausblick 2022

Seit März 2020 führt die Corona-Pandemie zu signifikanten Belastungen des öffentlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens, mit entsprechenden Auswirkungen auch auf das Mobilitätsverhalten und damit den gesamten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Ein massiver Rückgang der Fahrgastzahlen mit entsprechenden Einnahmenverlusten ist in den Jahren 2020 und 2021 eingetreten. Ab dem Frühjahr 2022 rechnet die Branche wieder mit Fahrgast- und Einnahmezuwächsen.

Angesichts der bis zum Jahr 2019 stark gestiegenen Fahrgastzahlen in Frankfurt am Main erscheint es geraten, den bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie an seinen Grenzen arbeitenden öffentlichen Nahverkehr weiter konsequent auszubauen – dies allein schon vor dem Hintergrund der Heraus-

forderungen, denen sich die Stadt Frankfurt am Main im Klimaschutz stellen muss.

Der Nahverkehr bildet die Lebensadern einer pulsierenden Stadt wie Frankfurt am Main. Die Aufgabe, den mehr als einer Million Menschen, die in Frankfurt am Main leben und arbeiten, ein attraktives und nachhaltiges Mobilitätsangebot zu unterbreiten, nimmt die Stadt mit Nachdruck an.

Um diese Herausforderung zu bewältigen, sind finanzielle Mittel und qualifiziertes Personal notwendig. Gut ausgebildetes Personal ist der Erfolgsfaktor eines guten und zuverlässigen ÖPNV, da er von Menschen für Menschen gemacht wird. Der Fachkräftemangel hinterlässt auch in der ÖPNV-Branche seine Spuren. Dies betrifft nicht nur die Busfahrer:innen, sondern auch Menschen, die für die Fahr- und Leistungsplanung, Vergabe von Verkehrsleistungen, Finanzierung des ÖPNV und Kun-

dendienst benötigt werden. Es bedarf einer angemessenen korrespondierenden Mittelausstattung für Sach- und Personalaufwendungen, um die hiermit verbundenen Aufgaben weiterhin zeitnah und in angemessener Qualität gewährleisten zu können. Der Finanzbedarf aus städtischen Mitteln für den lokalen Verkehr Bus hat sich im Jahr 2021 durch die Pandemiefolgen erhöht und wird auch in den Folgejahren zu einer Mehrbelastung für den städtischen Haushalt führen. Ein weiteres in dieser Höhe nicht absehbares Finanzierungsrisiko im Aufwand für den lokalen Verkehr Bus dürfte sich aufgrund der seit Beginn des Jahres 2022 stark steigenden Preise im Energiesektor (Strom, Gas, Öl) ergeben.

Zentrale Aufgabe der traffiQ ist es, die Kosten für die Allgemeinheit gering zu halten, die bereits erreichte hohe Qualität im gesamten Frankfurter Nahverkehr unabhängig von Vergabeart und Auftragnehmer:in zu sichern und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Eine der Kernaufgaben der traffiQ in den kommenden Jahren wird es sein, die steigende Bedeutung des ÖPNV in der wachsenden Stadt Frankfurt am Main verkehrsplanerisch zu gestalten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) nimmt im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main die Aufgaben und Befugnisse wahr, die nach dem Hessischen ÖPNV-Gesetz dem Aufgabenträger zugewiesen sind (Aufgabenübertragungs- und Beleihungsvertrag zwischen der traffiQ und der Stadt Frankfurt am Main). Dazu gehören insbesondere die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die traffiQ ist zudem das Bindeglied zum Rhein-Main-Verkehrsverbund, der für den regionalen Nahverkehr verantwortlich ist.

Die Stadt Frankfurt am Main hat die Schienenverkehrsleistungen (U-Bahn und Straßenbahn, seit 01.02.2011 an die Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)) sowie die Busverkehrsleistungen im Linienbündel D (Ost, seit 01.08.2015), im Linienbündel E (Stadtzentrum, seit 11.12.2016) und im Linienbündel C (seit 13.12.2020) – und damit die Hälfte der lokalen Busverkehrsleistungen – direkt an

das kommunale Busunternehmen, die In-der-City-Bus GmbH (ICB) vergeben (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main vom 13.10.2016). Damit soll sichergestellt werden, dass bei der Stadt Frankfurt am Main die Kompetenz und Fähigkeit vorgehalten werden, Busverkehrsleistungen neben der wettbewerblichen Vergabe auch in Eigenregie erbringen zu können. Der Wettbewerb sichert die Qualität für die Bürger:innen, und mit der teilweisen Direktvergabe werden zusätzlich stadtnahe Arbeitsplätze gesichert.

Die Corona-Pandemie seit Beginn des Jahres 2020 führte zu einem signifikanten Rückgang der Fahrgastzahlen. Insgesamt wurden im Jahr 2021 in den Frankfurter Bussen und Bahnen rund 130,7 Mio. Personenfahrten durchgeführt. Die Veränderung betrug -11,6 % gegenüber dem Vorjahr (147,9 Mio.) und -48,0 % gegenüber dem Vorpandemiejahr 2019 (251,4 Mio.). Es wurden 562,7 Mio. Personenkilometer (Pkm) geleistet. Im Vergleich zum Vorjahr (636,6 Mio.) bedeutet dies eine Veränderung um -11,6 %, im Vergleich zum Jahr 2019 (1.073,5 Mio.) bedeutet das ein Rückgang von rund -47,6 %.

Bei gleichbleibenden Kosten für das nahezu uneingeschränkte ÖPNV-Angebot im Rahmen der Daseinsvorsorge und zur Einhaltung der jeweiligen Corona-Verordnungen (Abstand halten, Hygiene beachten, medizinische Maske tragen, 3G-Regelungen) konnten diese Einnahmenverluste von der Stadt Frankfurt am Main nicht alleine getragen werden. Der Bund hat einen ÖPNV-Rettungsschirm gespannt, der durch das Land Hessen mit dem Erlass über „die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 (Erlass Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV HE)“ vom 04.09.2020 (veröffentlicht am 28.09.2020) für das Jahr 2020 und mit dem Folgeerlass vom 30.06.2021 (veröffentlicht am 05.07.2021) für das Jahr 2021 umgesetzt wurde. Für das Jahr 2020 konnten mit den auf Basis des Antrags vorläufig erhaltenen Zahlungen die Einnahmenverluste ausgeglichen werden. Nach fristgerechter Einreichung des endgültigen Nach-

weises beim Land Hessen, wird im Frühjahr 2022 der endgültige Bescheid und damit die endgültige Höhe der Billigkeitsleistungen für das Jahr 2020 erwartet. Für das Jahr 2021 konnten mit den auf Basis des Antrags vorläufig erhaltenen Zahlungen die Einnahmenverluste zunächst teilweise ausgeglichen werden; ein weitgehend vollständiger Schadensausgleich wird über die endgültige Nachweissführung im Herbst 2022 erwartet.

Die Folgen der Corona-Pandemie werden sich bei den Fahrgastzahlen sowie bei der Einnahmementwicklung auch in den Folgejahren negativ bemerkbar machen. traffiQ geht – wie die Mobilitätsbranche insgesamt – davon aus, dass erst ab dem Jahr 2024 wieder das Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019 erreicht werden kann.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 beträgt 29,94 Mio. € (Vj. 27,84 Mio. €). Die Erhöhung der Bilanzsumme um rund 2,10 Mio. € gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus den zum Bilanzstichtag einzubeziehenden Treuhandaktiva (Forderungen gegen die Gesellschafterin) und -verbindlichkeiten (gegenüber Verkehrsunternehmen und aus Einnahmenmanagement) in Höhe von jeweils 23,14 Mio. € (+391 T€) sowie in der Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+1,33 Mio. €). Nimmt man eine Bereinigung der Bilanzsumme um das Treuhandvermögen vor, so erhöht sich die Bilanzsumme von 5,09 Mio. € im Vorjahr auf dann 6,80 Mio. €.

Auf der Vermögensseite entfallen 751 T€ (2,5 %) auf das Anlagevermögen sowie 29,19 Mio. € (97,5 %) auf das Umlaufvermögen inkl. Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen wird zum Bilanzstichtag durch Eigenkapital zu 126,5 % gedeckt.

Die unterjährige Liquidität war jederzeit gesichert. Sämtliche Verbindlichkeiten konnten stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden.

Insgesamt wurden für das Jahr 2021 im Eigenbedarfsbereich Mittel in Höhe von 11,60 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main an traffiQ in die Kapitalrücklage gezahlt.

Die Alleingeschafterin hat durch Beschluss vom 02.08.2021 die Kapitalrücklage aus dem Jahr 2020 in Höhe von 11,68 Mio. € zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages in Höhe von 10,92 Mio. € und zur Rückzahlung an die Gesellschafterin in Höhe von 761 T€ aufgelöst; diese sind an die Stadt Frankfurt am Main zurückgeflossen.

Auf der Finanzierungsseite entfallen 1,60 Mio. € (5,3 %) auf Rückstellungen, 27,39 Mio. € (91,5 %) auf die Verbindlichkeiten sowie 951 T€ auf das Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 3,2 %.

Die Finanzierung der traffiQ erfolgt, soweit nicht durch eigene Erträge erwirtschaftet, durch Zuweisungen der Gesellschafterin, die seit dem Geschäftsjahr 2004 in die Kapitalrücklage eingestellt werden.

Zur Erfolgslage

Da die traffiQ alle Aufgaben und Befugnisse des Aufgabenträgers (Stadt Frankfurt am Main) gemäß dem Hessischen ÖPNV-Gesetz wahrnimmt und insofern kein wesentliches eigenes operatives Geschäft hat, ist das Ergebnis der traffiQ in erster Linie durch die Aufwendungen für den sog. Eigenbedarf geprägt. traffiQ weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -10,68 Mio. € (Vj. -10,92 Mio. €) aus. Den Erträgen (Ergebnis aus Verkehrsleistung, Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Erträge und Zinserträge) in Höhe von 768 T€ (Vj. 761 T€) stehen Betriebsaufwendungen (Materialaufwand/Bezogene Leistungen, Personalaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen, Zinsaufwand und sonstige Steuern) in Höhe von 11,44 Mio. € (Vj. 11,68 Mio. €) gegenüber.

Das Jahresergebnis hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um 244 T€ bzw. 2,2 % verbessert, was im Wesentlichen auf geringere sonstige betriebliche Aufwendungen (-381 T€) zurückzuführen ist. Der am 14.12.2020 vom Aufsichtsrat beschlossene Wirtschaftsplan sah einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -12,76 Mio. € vor, das Jahresergebnis fällt somit rund 2,09 Mio. € bzw. 16,4 % besser aus als geplant.

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresfehlbetrag des Ge-

schäftsjahres 2021 in Höhe von -10,68 Mio. € durch Auflösung der Kapitalrücklage auszugleichen. Die restliche Kapitalrücklage (925 T€) wird wieder von der Gesellschafterin Stadt Frankfurt per Gesellschafterbeschluss zurückgefordert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der traffiQ handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Haushalt 2021 der Stadt Frankfurt am Main standen für die traffiQ Mittel von 70,96 Mio. € zur Verfügung, davon 10,21 Mio. € für den Eigenbedarfsbereich und 58,07 Mio. € für den Treuhandbereich. Zudem standen der Gesellschaft Budgetüberträge von 2,68 Mio. € zur Verfügung. Insgesamt wurden für das Jahr 2021 im Eigenbedarfsbereich Mittel von 11,60 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage gezahlt. An Treuhandmitteln wurden insgesamt 45,69 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main angefordert.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge von Herrn Dr. Reinhold 210 T€.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 3 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 12.11.2020 für das Planjahr 2021 sowie am 18.11.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 11.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	751	678	73	10,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	203	206	-3	-1,6
Sachanlagen	548	472	76	16,2
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	29.111	27.037	2.075	7,7
Vorräte	4	4	-0	-11,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.104	26.048	2.056	7,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.004	985	20	2,0
Rechnungsabgrenzungsposten	76	121	-44	-36,8
Bilanzsumme	29.939	27.836	2.103	7,6
PASSIVA				
Eigenkapital	951	787	164	20,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	11.600	11.680	-80	-0,7
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-10.675	-10.919	244	-2,2
Rückstellungen	1.595	1.587	9	0,5
Verbindlichkeiten	27.393	25.463	1.931	7,6
Bilanzsumme	29.939	27.836	2.103	7,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	511	509	2	0,5
Gesamtleistung	511	509	2	0,5
sonstige betriebliche Erträge	256	252	4	1,8
Materialaufwand	-297	-284	-13	4,6
Personalaufwand	-7.126	-7.075	-52	0,7
Abschreibungen	-188	-135	-53	39,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.579	-3.960	381	-9,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-10.422	-10.693	270	-2,5
Finanzergebnis	-44	-43	-1	2,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-10.466	-10.735	269	-2,5
Ergebnis nach Steuern	-10.466	-10.735	269	-2,5
Sonstige Steuern	-209	-184	-25	13,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-10.675	-10.919	244	-2,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-10.675	-10.919	244	-2,2

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	99	96	3	3,1
Verwaltete Treuhandgelder (in T€)	369.705	345.993	23.712	6,9
Anzahl d. Linien d. gesamten integr. ÖV auf dem Stadtgebiet	159	153	6	3,9
Angebotskilometer pro Jahr (in Mio. NutzkM*)	48	45	3	6,7
Anzahl der Haltestellen**	794	792	2	0,3

Anmerkung zu den Kennzahlen:

Die verwalteten Treuhandgelder sind um die verrechneten kassentechnischen Einnahmen bereinigt. Die Anzahl der Linien des gesamten integrierten ÖV auf dem Stadtgebiet bezieht sich auf den Lokalen und den Regionalen Verkehr. Für den Regionalverkehr ist der RMV verantwortlich.

*Nutzzugkm (Schiene) bzw. Nutzwagenkm (Bus) ohne Regionalen Verkehr

**Doppelnennungen der verschiedenen Betriebszweige wurden herausgerechnet, eine Haltestelle kann aus mehreren Steigen bestehen. Die Anzahl bezieht sich auf den Lokalen und den Regionalen Verkehr.

3.1 ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/26 08-10 00	E-Mail/Internet: post@abg.de www.abg.de
---	-------------------------------------	---

Gründung: 16.01.1890	Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben, Verwaltung von Beteiligungen.
--------------------------------	--

Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Frankfurter Sparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts	Kapitalanteile: 102.530.260 € = 99,99 % 1.970 € = 0,01 % 102.532.230 € = 100,00 %
---	---

Geschäftsführung: Herr Frank Junker

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Beatrix Baumann Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr StR Stefan Majer N.N. N.N. N.N. N.N. N.N. N.N. N.N. N.N. N.N.
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Karima Akil (AN) Frau Susanne Bachmann (AN) Frau Berit Beierlein (AN) Herr Mike Blanc (AN) Frau Andrea Emmerich (AN) Frau Brigitte Feik (AN) Frau Elvira Häuser (AN) Herr Hans Peter Kemmer (AN) Frau Iris Marquardt (AN) Herr Claus Tischer (AN)

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
33,33 %	61,54 %	30,00 %

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
Bäderbaugesellschaft mbH	25.000 € = 100,00 %
SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	25.000 € = 100,00 %
WOHNHEIM GmbH	34.103.200 € = 98,81 %
Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	14.125.056 € = 96,80 %
ABG Riedberg GmbH & Co. KG	23.725 € = 94,90 %
Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	9.400 € = 94,00 %
MIBAU GmbH	4.285.050 € = 92,09 %
Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	22.250 € = 89,00 %
Hellerhof GmbH	13.238.050 € = 86,83 %
ABGnova GmbH	50.000 € = 50,00 %
CP Campus Projekte GmbH	12.500 € = 50,00 %
EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH Wiesbaden	12.500 € = 50,00 %
Merton-Wohnprojekt GmbH	25.600 € = 50,00 %
Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH	12.500 € = 50,00 %
book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	16.873 € = 33,00 %
Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	5.200 € = 20,00 %

A. Ausblick 2022

Die Wirtschaftspläne der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) für die Jahre 2022 bis 2026 sehen Überschüsse ohne Sondereffekte zwischen 48 Mio. € und 67 Mio. € vor. Die Entwicklung der Sollmiete wird in den Jahren 2022 und 2023 sehr moderat ausfallen und im Wesentlichen durch Erstbezüge beeinflusst sein. Im Bereich Instandhaltung und Modernisierung sind in 2022 rund 62 Mio. € eingeplant. In den Folgejahren sind Instandhaltungen auf ähnlichem Niveau vorgesehen. Die Nachfrage nach Wohnraum in Frankfurt am Main ist unverändert. Um auch künftig Neubaumaßnahmen in ausreichendem Maße realisieren zu können, stehen Verhandlungen über den Ankauf mehrerer Grundstücke sowohl innerhalb als auch außerhalb von Frankfurt am Main kurzfristig an. Darüber hinaus bestehen erhebliche Nachverdichtungspotentiale bei den Bestandsimmobilien durch Neubauten und Dachgeschossaufstockungen.

Durch die Corona-Krise werden sich im Geschäftsjahr 2022 weiterhin negative Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage ergeben. Bei der Vermietung der Saalbauten und dem Betrieb der Parkhäuser sind Umsatzeinbußen zu erwarten. Dies führt zu geringeren Umsatzerlösen und Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen. Lieferengpässe und

Preissteigerungen bei Baumaterialien können zu Verzögerungen bei Neubau- und Modernisierungsprojekten führen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der von der ABG betreute und bewirtschaftete eigene Bestand belief sich auf 24.328 Wohnungen, 280 gewerbliche und 506 sonstige Objekte, 40 soziale Einrichtungen sowie 7.711 Garagen und Kfz-Stellplätze. Die ABG wickelt für folgende Tochterunternehmen das komplette operative Geschäft im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags ab: Hellerhof GmbH, MIBAU GmbH, Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG, ABG Riedberg GmbH & Co. KG, Frankfurter Aufbau AG (FAAG) und WOHNHEIM GmbH. Die Gesellschaften verfügen über kein eigenes Personal oder es wird gestellt. Rund 53,9 Mio. € wurden in Modernisierung und Instandhaltung des Wohnungsbestands investiert. 152 Neubauten wurden in Bornheim, Heddernheim, Nied und Oberrad 1 fertiggestellt. Bei Neubauten wird ein Anteil von deutlich über 40 % an gefördertem Wohnungsbau realisiert. Bei Neubauten und Sanierungen werden wirtschaftlich vertretbare energieeffiziente Lösungen umgesetzt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich auf 2,15 Mrd. € unwesentlich erhöht (Vj. 2,10 Mrd. €). Das Reinvermögen ist um rund 75,2 Mio. € auf 1,06 Mrd. € gestiegen. Das Anlagevermögen ist zu 57,9 % durch eigene Mittel finanziert. Die eigenen Mittel und die mittel- bis langfristig zur Verfügung stehenden Fremdmittel decken das Anlagevermögen zu 99,1 % (Vj. 99,4 %). Es ergibt sich eine bilanzielle Eigenkapitalquote von 49,5 % (Vj. 47 %).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 83,55 Mio. € (Vj. 82,83 Mio. €). Die Umsatzerlöse belaufen sich auf insgesamt 261,55 Mio. € (Vj. 275,99 Mio. €). Im Vorjahr enthielt der Betrag den Verkauf von Grundstücken. Die Hausbewirtschaftung macht 88,1 % der Umsätze aus. Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind im Wesentlichen auf Grund von Erstvermietungen bei Neubauten gestiegen. Coronabedingt stiegen die Erlöse aus der kurzfristigen Vermietung der Saalbauten noch nicht auf vor Corona-Niveau. Die Gesamtleistung im Bereich der Bau-träger-tätigkeit sank gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. € auf rund 1 Mio. €. Dies resultiert aus verschiedenen Projekten im Stadium der Vorbereitung. Das Finanzergebnis hat sich um ca. 1 Mio. € auf rund 43,9 Mio. € verbessert. Die Eigenkapitalrentabilität hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 8,4 % auf 7,9 % verringert.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der vom Konzern betreute und bewirtschaftete eigene Bestand umfasst 53.870 Wohnungen, 940 gewerbliche und sonstige Objekte sowie 36.026 Garagen und Stellplätze. In den Konzernabschluss der ABG wurden außer der ABG die Abschlüsse von elf weiteren Gesellschaften als vollkonsolidierte Unternehmen einbezogen: Hellerhof GmbH, FAAG, MIBAU GmbH, WOHNHEIM GmbH, Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG, ABG Riedberg GmbH & Co. KG, SAALBAU Betriebs-gesellschaft mbH und die Töchter der FAAG, die Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH, die

FAAG Technik GmbH, die ABG Projekte GmbH. Nicht berücksichtigt im Konzernabschluss wurden wegen untergeordneter Bedeutung die übrigen Gesellschaften. Die Konzernbilanzsumme im Berichtsjahr beträgt 3,07 Mrd. € (Vj. 3,03 Mrd. €). Der Konzernjahresüberschuss beläuft sich auf 76,57 Mio. € (Vj. 73,81 Mio. €). Der Konzernbilanzgewinn beträgt 179,69 Mio. €. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 309 Neubauwohnungen fertiggestellt. Für rund 121,3 Mio. € wurden im Bestand Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt. Das Gesamtinvestitionsvolumen betrug fast 140 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2021 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2020 von 7,00 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 4 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt

hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Für das Planjahr 2021 konnten coronabedingt schriftlich

Fragen eingereicht werden und das Wirtschaftsplangespräch für das Planjahr 2022 fand am 11.11.2021 statt. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 08.06.2022 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.850.670	1.775.809	74.862	4,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	953	766	187	24,4
Sachanlagen	1.595.516	1.536.907	58.609	3,8
Finanzanlagen	254.201	238.135	16.066	6,7
Umlaufvermögen	296.368	322.531	-26.163	-8,1
Vorräte	49.318	43.645	5.673	13,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	241.498	253.011	-11.513	-4,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	5.552	25.875	-20.322	-78,5
Rechnungsabgrenzungsposten	3.888	4.027	-140	-3,5
Bilanzsumme	2.150.926	2.102.367	48.559	2,3
PASSIVA				
Eigenkapital	1.064.120	988.890	75.230	7,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	0	0	0	-
Kapitalrücklage	38.016	38.016	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	839.995	765.495	74.500	9,7
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	29	17	12	73,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	83.546	82.829	717	0,9
Sonderposten	7.395	7.617	-221	-2,9
Rückstellungen	48.604	53.621	-5.017	-9,4
Verbindlichkeiten	1.018.420	1.040.354	-21.934	-2,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	443.685	444.784	-1.098	-0,2
Rechnungsabgrenzungsposten	12.387	11.885	502	4,2
Bilanzsumme	2.150.926	2.102.367	48.559	2,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	261.549	275.989	-14.441	-5,2
Bestandsänderung UE / FE	5.668	-15.447	21.115	-136,7
andere aktivierte Eigenleistungen	372	271	101	37,3
Gesamtleistung	267.589	260.814	6.776	2,6
sonstige betriebliche Erträge	8.518	8.515	3	0,0
Materialaufwand	-130.228	-126.678	-3.550	2,8
Personalaufwand	-27.212	-24.517	-2.695	11,0
Abschreibungen	-35.716	-33.699	-2.017	6,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-21.937	-24.750	2.814	-11,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	61.014	59.685	1.329	2,2
Finanzergebnis	43.934	42.907	1.027	2,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	104.948	102.591	2.356	2,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-21.383	-19.813	-1.570	7,9
Ergebnis nach Steuern	83.565	82.778	787	1,0
Sonstige Steuern	-18	51	-70	-136,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	83.546	82.829	717	0,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	83.546	82.829	717	0,9
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	29	17	12	73,8
Bilanzergebnis	83.576	82.846	730	0,9

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	344	301	43	14,3
Anzahl Wohnungen preisfrei	19.023	18.923	100	0,5
Anzahl Wohnungen preisgebunden	5.305	5.256	49	0,9
Anzahl Wohnungen gesamt	24.328	24.179	149	0,6
davon Neubaufertigstellungen	152	364	-212	-58,2

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.703.528	2.641.150	62.378	2,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.100	830	270	32,5
Sachanlagen	2.679.442	2.622.193	57.249	2,2
Finanzanlagen	22.986	18.127	4.859	26,8
Umlaufvermögen	363.901	380.227	-16.326	-4,3
Vorräte	133.173	120.381	12.791	10,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	224.615	233.446	-8.831	-3,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	6.113	26.400	-20.286	-76,8
Rechnungsabgrenzungsposten	5.107	4.612	495	10,7
Bilanzsumme	3.072.536	3.025.989	46.547	1,5
PASSIVA				
Eigenkapital	1.256.930	1.188.782	68.148	5,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
Kapitalrücklage	48.040	48.040	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	919.343	844.843	74.500	8,8
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	103.249	112.377	-9.128	-8,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	76.573	73.682	2.890	3,9
Anteile anderer Gesellschafter	7.194	7.308	-114	-1,6
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	47.443	47.443	0	0,0
Rückstellungen	75.184	85.389	-10.205	-12,0
Verbindlichkeiten	1.666.899	1.686.164	-19.265	-1,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	942.582	965.435	-22.854	-2,4
Rechnungsabgrenzungsposten	26.080	18.211	7.869	43,2
Bilanzsumme	3.072.536	3.025.989	46.547	1,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	514.832	527.918	-13.086	-2,5
Bestandsveränderung UE / FE	12.786	-15.059	27.844	-184,9
andere aktivierte Eigenleistungen	5.891	5.508	383	7,0
Gesamtleistung	533.508	518.367	15.141	2,9
sonstige betriebliche Erträge	15.585	15.504	81	0,5
Materialaufwand	-277.071	-264.843	-12.228	4,6
Personalaufwand	-58.497	-59.729	1.233	-2,1
Abschreibungen	-73.556	-71.819	-1.737	2,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-17.613	-16.655	-958	5,8
Betriebsergebnis	122.356	120.826	1.531	1,3
Finanzergebnis	-23.856	-26.226	2.371	-9,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	98.501	94.599	3.901	4,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-21.905	-20.831	-1.074	5,2
Ergebnis nach Steuern	76.596	73.768	2.828	3,8
Sonstige Steuern	-23	47	-69	-149,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	76.573	73.814	2.758	3,7
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-129	-132	3	-2,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	76.444	73.682	2.761	3,7
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	103.249	112.377	-9.128	-8,1
Bilanzergebnis	179.693	186.059	-6.367	-3,4

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	780	771	9	1,2
Anzahl Wohnungen preisfrei	37.457	37.187	270	0,7
Anzahl Wohnungen preisgebunden	16.413	16.376	37	0,2
Anzahl Wohnungen gesamt	53.870	53.563	307	0,6
davon Neubaufertigstellungen	309	649	-340	-52,4

3.1.1 Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/26 08-10 00	E-Mail/Internet: post@abg.de www.abg.de
Gründung: 11.07.2017	Unternehmensgegenstand: Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, der Bau und der Betrieb des Familienbads Bornheim.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Stadt Frankfurt am Main Bäderbaugesellschaft mbH (Komplementärin)	Kapitalanteile: 22.250 € = 89,00 % 2.750 € = 11,00 % 0 € = 0,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Bäderbaugesellschaft mbH, vertreten durch Herrn Frank Junker		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Herr StR Mike Josef Frau Stv Julia Eberz Herr StR Mike Josef Frau Stv Natascha Kauder Herr Stv Jan Klingelhöfer Herr Thorsten Sinning Herr Stv Emre Telyakar	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2022

Zur Finanzierung der Herstellkosten für die Errichtung des Familienbades in Bornheim ist die Aufnahme von weiterem Fremdkapital erforderlich. Zur vorläufigen Zwischenfinanzierung hat die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) der Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG (Bäderbau KG) ein Darlehen in Höhe von bis zu 24,00 Mio. € gewährt. Bis zum 31.12.2021 waren 11,70 Mio. € ausgezahlt. Erträge werden erst nach Fertigstellung des Bades im Jahr 2024 aus dessen Betrieb bzw. dessen Vermietung erzielt. Für die Geschäftsjahre 2022 und 2023 werden daher Jahresfehlbeträge in Höhe von jährlich rd. 133 T€ erwartet. Nennenswerte Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft sind zurzeit nicht erkennbar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG wurde am 11.07.2017 gegründet. Das Kommanditkapital beträgt 25 T€ und ist in voller Höhe eingezahlt. Die Stadt Frankfurt am Main war bis zum 22.10.2018 alleinige Kommanditistin der Bäderbau KG. Mit Kaufvertrag vom 22.10.2018 erwarb die ABG 89 % der Kommanditanteile. Die Eintragung im Handelsregister ist am 05.11.2018 erfolgt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 die Entwicklung ihres Projektes im Bereich des Familienbades Bornheim weitergeführt. Die Übernahme eines Erbbaurechtes ist bereits im Jahr 2018 erfolgt. Ende 2019 wurde der Bauantrag für das Familienbad eingereicht. Die Baugenehmigung liegt inzwischen vor. Der Baubeginn erfolgte im August 2021. Die Fertigstellung ist für Anfang 2024 vorgesehen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 die Maßnahmen zur Entwicklung des Projekts Familienbad in Bornheim weitergeführt und Investitionen in das Anlagevermögen getätigt. Auf der Aktivseite prägen der nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteil der Kommanditisten (445 T€, Vj. 311 T€), die Sachanlagen mit 12,47 Mio. € (Vj. 5,02 Mio. €) und die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (2,34 Mio. €, Vj. 973 T€) das Bild. Auf der Passivseite betragen die Rückstellungen 16 T€ (Vj. 11 T€) und die Verbindlichkeiten 15,29 Mio. € (Vj. 6,29 Mio. €). Dabei belaufen sich die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung auf 3,24 Mio. € (Vj. 418 T€) und die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen auf 12,06 Mio. € (Vj. 5,87 Mio. €.). Dies resultiert aus dem Darlehen der ABG zur Zwischenfinanzierung des Neubaus des Familienbades Bornheim. Die Zahlungsfähigkeit war in 2021 stets gegeben, die Gesellschaft konnte ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit fristgerecht erfüllen. Zum Bilanzstichtag betrug der Zahlungsmittelbestand 59 T€ (Vj. 5 T€).

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft erzielte in 2021 mit 307 € keine nennenswerten sonstigen betrieblichen Erlöse (Vj. 0 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 54 T€ (Vj. 51 T€), Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Form von Erbbauzinsen für das Gelände am Ratsweg und Hausbewirtschaftung betragen 71 T€ (Vj. 79 T€). Nach Abschreibungen (2 T€), Zinsaufwendungen (1 T€) und Steuern (7 T€) schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 134 T€ (Vj. -140 T€) ab. Die Belastung erfolgt anteilig auf den Verlustvortragskonten der Gesellschafter.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO**Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch für das Planjahr 2021 erfolgte schriftlich. Für das Planjahr 2022 fand es am 21.10.2021 statt. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 18.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	12.465	5.015	7.450	148,5
Sachanlagen	12.465	5.015	7.450	148,5
Umlaufvermögen	2.397	978	1.420	145,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.339	973	1.366	140,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	59	5	54	1.078,5
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	445	311	134	43,2
Bilanzsumme	15.307	6.304	9.004	142,8
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	-445	-311	-134	43,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	445	311	134	43,2
Rückstellungen	16	11	5	46,0
Verbindlichkeiten	15.292	6.293	8.999	143,0
Bilanzsumme	15.307	6.304	9.004	142,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	-
Materialaufwand	-71	-79	8	-10,4
Abschreibungen	-2	-2	0	0,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-54	-51	-3	5,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-126	-132	6	-4,2
Finanzergebnis	-1	-1	0	0,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-127	-133	6	-4,2
Ergebnis nach Steuern	-127	-133	6	-4,2
Sonstige Steuern	-7	-7	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-134	-140	6	-4,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-134	-140	6	-4,0
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

3.1.2 Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/26 98-1000	E-Mail/Internet: info-faaq@abg.de www.abg.de
---	------------------------------------	---

Gründung: 15.08.1947	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Bebauung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgrundstücken in der Stadt Frankfurt am Main und ihrer näheren Umgebung sowie die Ausführung von Architekten- und Ingenieurleistungen für öffentliche und private Bauherren und die Durchführung aller damit zusammenhängenden Aufgaben, auch über die Grenzen der Stadt Frankfurt am Main hinaus.
--------------------------------	---

Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 14.125.056 € = 96,80 % 466.944 € = 3,20 % 14.592.000 € = 100,00 %
---	---

Vorstand: Herr Frank Junker

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Sylvia Weber
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Ulrich Baier Frau Stv Julia Frank-Millman Herr Stv Johannes Hauenschild Herr Sven Holm Herr StR Stefan Majer Frau Stv Julia Roshan Moniri Herr Dr. Stefan Schwaneck Herr Stv Holger Tschierschke Frau StRin Elke Voitl Frau StRin Sylvia Weber Herr Stv Simon Witsch
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Markus Buschwa (AN) Herr Wolfram Dittmar (AN) Frau Andrea Emmerich (AN) Frau Petra Granatella (AN) Frau Heike Heeg (AN) Frau Yvonne Köhler (AN) Herr Norbert Kreile (AN) Frau Iris Marquardt (AN) Herr Daniel Sterner (AN) Frau Petra Weigert (AN)

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
36,36 %	47,62 %	30,00 %

Beteiligungen: ABG Projekte GmbH FAAG Technik GmbH Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH Hofgarten Projektgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 4.000.000 € = 100,00 % 26.000 € = 100,00 % 25.000 € = 50,00 %
---	--

A. Ausblick 2022

In Frankfurt am Main übersteigt die Nachfrage nach Wohnimmobilien nach wie vor das Angebot. Die nachhaltige Vermietbarkeit des Bestands wird durch Investitionen von jeweils rund 20 Mio. € in 2022 und 2023 in die Instandhaltung und Modernisierung gesichert. Zum Jahresende betrug die Leerstandsquote bei Wohnungen 0,7 %. Bei Gewerbeimmobilien liegt die Leerstandsquote bei 3 %. Die Neuvermietungen gestalten sich unverändert schwieriger. Im Rahmen von Mietvertragsabschlüssen werden hohe Incentives in Form von mietfreien Zeiten, Ausbaurückstellungen u. ä. eingefordert. Für das Jahr 2022 ist ein Jahresergebnis von über 36 Mio. € geplant. Für 2023 sieht die Planung ein Jahresergebnis von rund 37 Mio. € vor. Es ist absehbar, dass das für 2022 geplante Ergebnis nicht erreicht werden kann, da in den Parkhäusern nicht die Auslastung wie vor Corona erreicht wird und sich dies auch negativ auf die umsatzabhängigen Pachterträge der Frankfurter Aufbau-AG (FAAG) auswirkt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft betreute im Geschäftsjahr 6.105 eigene Wohneinheiten inkl. Wohnheimplätze, 399 Gewerbeobjekte, 2.137 Garagen und Stellplätze sowie die an die Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH (PBG) verpachteten Parkhäuser. Zum 01.01.2020 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag für die Verwaltung der Immobilien und aller damit zusammenhängenden Tätigkeiten mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) abgeschlossen. Die Beschäftigten der FAAG werden hierzu an die ABG abgestellt. Die FAAG ihrerseits hat mit ihren Töchtern PBG, ABG Projekte GmbH und FAAG Technik GmbH jeweils einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag geschlossen.

Um die Mietobjekte weiterhin marktgerecht zu erhalten, investierte die FAAG mehr als 17 Mio. € (Vj. rund 21,8 Mio. €) in Instandhaltungen und Modernisierungen. Neubauten werden grundsätzlich im Passivhausstandard errichtet. Im Stadtteil Ginnheim werden die Baumaßnahmen zur Nachverdichtung

der Platensiedlung weiter fortgeführt. Die Aufstockungen sind erfolgt. Von den insgesamt 680 neu entstehenden Wohnungen, davon 50 % öffentlich gefördert, wurden 86 in 2021 fertiggestellt.

In Griesheim „Am Wingertsgrund“ entstehen 67 Wohnungen und eine Tiefgarage.

In der Nordendstraße wurden 55 Wohnungen im Rahmen einer schlüsselfertig errichteten Baumaßnahme fertiggestellt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme liegt um 13,62 Mio. € höher als im Vorjahr und beträgt 524,90 Mio. €. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 462,68 Mio. €, rund 16 Mio. € mehr als im Vorjahr, was im Wesentlichen auf die Bautätigkeit zurückzuführen ist. Das Eigenkapital beläuft sich unverändert auf 105,55 Mio. €. Es errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 20,1 % (Vj. 20,6 %) ohne Sonderposten mit Rücklageanteil. Der Finanzmittelbestand ist nach Mittelzuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit und Mittelabflüssen aus der Investitionstätigkeit von 31,61 Mio. € auf 18,11 Mio. € gesunken.

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die ABG betrug 32,90 Mio. € (Vj. 27,31 Mio. €). Die Hausbewirtschaftung, die rund 89 % der Gesamtleistung ausmacht, stieg auf 88,3 Mio. € und somit um 3,1 Mio. €. Grund sind im Wesentlichen fertiggestellte Neubauten.

Das Bauträgersgeschäft ruhte im Berichtsjahr wie bereits in den Vorjahren. Im Architekten- und Ingenieurgeschäft der FAAG sank die Gesamtleistung auf rund 10,9 Mio. €. Grund hierfür sind geringere Erlöse aus der Abstellung der Beschäftigten an die ABG durch Wechsel von der FAAG zur ABG. Die Eigenkapitalrentabilität lag bei mehr als 31,2 % (Vj. rund 26 %).

Ergebnisse der Beteiligungen

Die PBG betreibt und verwaltet Parkhäuser. Die Gesellschaft hat einen Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von -201 T€ (Vj. -430 T€) erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse liegen coronabedingt mit 31,4 Mio. € auf Vorjahresniveau. Die Bilanzsumme

ist von 6,89 Mio. € im Vorjahr auf 11,03 Mio. € gestiegen. Durchschnittlich hatte die Gesellschaft unverändert 42 Mitarbeitende.

Die FAAG Technik GmbH erbringt Architekten- und Ingenieurleistungen. Sie hat im Geschäftsjahr ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 0,82 Mio. € (Vj. 0,74 Mio. €) erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse sanken von 16,14 Mio. € auf 15,66 Mio. €. Die Bilanzsumme ist auf 32,4 Mio. € (Vj. 34,25 Mio. €) gesunken. Durchschnittlich hatte die Gesellschaft 114 (Vj. 121) Mitarbeitende.

Die ABG Projekte GmbH erbringt Projektmanagementleistungen für den Konzernverbund. Sie erwirtschaftete ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 47,67 T€ (Vj. 4,56 T€). Die Bilanzsumme ist auf 490 T€ (Vj. 457 T€) gestiegen. Durchschnittlich hatte die Gesellschaft unverändert 17 Mitarbeitende.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für die Gesellschaft erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 3 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Für das Planjahr 2021 konnten coronabedingt schriftlich Fragen eingereicht werden. Das Wirtschaftsplangespräch fand statt am 11.11.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 01.06.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	462.684	446.684	16.000	3,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	458.601	442.601	16.000	3,6
Finanzanlagen	4.083	4.083	0	0,0
Umlaufvermögen	61.821	64.142	-2.321	-3,6
Vorräte	16.757	15.435	1.322	8,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	45.063	48.707	-3.644	-7,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1	1	0	17,4
Rechnungsabgrenzungsposten	392	448	-56	-12,6
Bilanzsumme	524.897	511.275	13.623	2,7
PASSIVA				
Eigenkapital	105.545	105.545	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	14.592	14.592	0	0,0
Kapitalrücklage	88.813	88.813	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.141	2.141	0	0,0
Sonderposten	60.190	62.065	-1.875	-3,0
Rückstellungen	3.895	4.179	-284	-6,8
Verbindlichkeiten	348.736	335.791	12.945	3,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	254.193	262.416	-8.223	-3,1
Rechnungsabgrenzungsposten	6.531	3.694	2.837	76,8
Bilanzsumme	524.897	511.275	13.623	2,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	97.945	95.579	2.366	2,5
Bestandsänderung UE / FE	1.322	1.338	-16	-1,2
andere aktivierte Eigenleistungen	29	17	12	67,7
Gesamtleistung	99.296	96.934	2.362	2,4
sonstige betriebliche Erträge	3.435	3.886	-451	-11,6
Materialaufwand	-37.944	-41.405	3.461	-8,4
Personalaufwand	-7.697	-8.677	980	-11,3
Abschreibungen	-11.129	-10.587	-542	5,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.846	-8.494	-352	4,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	37.115	31.657	5.458	17,2
Finanzergebnis	-4.210	-4.343	133	-3,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	32.905	27.314	5.591	20,5
Ergebnis nach Steuern	32.905	27.314	5.591	20,5
Sonstige Steuern	-1	-1	-0	3,7
Gewinnabführung	-32.904	-27.313	-5.591	20,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	97	111	-14	-12,6
Anzahl Wohnungen preisfrei	5.426	5.356	70	1,3
Anzahl Wohnungen preisgebunden	679	602	77	12,8
Anzahl Wohnungen gesamt	6.105	5.958	147	2,5
davon Neubaufertigstellungen	141	230	-89	-38,7

3.1.3 SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main		Telefon: 0 69/26 08-4757	E-Mail/Internet: info-saalbau@abg.com www.saalbau.com
Gründung: 12.05.2011	Unternehmensgegenstand: Verwaltung und Vermietung von Bürgergemeinschaftshäusern, Volksbildungsheimen und Saalbauten sowie Vermietung und Vermittlung externer Räumlichkeiten im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main und die Einziehung fremder Forderungen. Dieser Unternehmensgegenstand soll vorwiegend den Zwecken der Gemeinschaftspflege, der Förderung des kulturellen Lebens, der Volksbildung, der Heimatpflege, der Jugendpflege, der Gesundheitspflege, der Förderung des Sports und der sozialen Betreuung dienen.		
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH		Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker			
Aufsichtsrat:		6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
Mandatsträger der Stadt:		Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
		Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
		Frau StRin Dr. Renate Sterzel	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Markus Debus	
		Herr Stefan Goslar (AN)	
		Herr Claus Tischer (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %			

A. Ausblick 2022

Die Anmietungen der Saalbauten nimmt nach Lockerung der Coronamaßnahmen wieder kontinuierlich zu. Wachsende Einwohner:innenzahlen generieren Chancen mit einhergehender steigender Nachfrage für Veranstaltungsräume. Dies bietet gegebenenfalls auch die Möglichkeit, sich als Betreiberin weiterer Veranstaltungsräume zu positionieren. Für das Jahr 2022 wird wieder mit einem negativen Ergebnis vor Verlustausgleich von -700 T€ gerechnet. Ab 2023 ff. wird ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von rund -0,8 Mio. € bis -1,2 Mio. € erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Zum 01.04.2011 ist die 1859 gegründete SAALBAU GmbH auf die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) verschmolzen worden. Gleichzeitig wurde die neue SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (SAALBAU) gegründet, die das operative Geschäft weiter betreibt sowie die auf die ABG übergegangenen Liegenschaften verwaltet und vermietet. Zwischen der ABG und der SAALBAU bestehen ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag sowie ein entgeltlicher Geschäftsbesorgungsvertrag, in dem auch das Betreiberentgelt von mittlerweile 7,8 Mio. € vereinbart ist. Die Bürgergemeinschaftseinrichtungen werden überwiegend durch von der Stadt Frankfurt am Main bezuschusste Vereine und Organisationen genutzt. Weitere Kunden/Kundinnen sind im geringeren Umfang Privat- und Firmenkun-

den/Firmenkundinnen. Im Rahmen der Vermietungstätigkeit bietet die Gesellschaft damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen wie Veranstaltungstechnik oder die Vermittlung von Cateringleistungen an. Für das Bildungs- und Kulturzentrum Höchst existiert ein Betreuungsvertrag mit der Stadt Frankfurt am Main.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 1,69 Mio. € (Vj. 831 T€) und ist somit wieder gestiegen. Das Anlagevermögen von 6 T€ ist durch das Eigenkapital von 25 T€ gedeckt. Das kurzfristige Fremdkapital von 1,66 Mio. € (Vj. 0,8 Mio. €) ist durch kurzfristiges Umlaufvermögen von 1,68 Mio. € (Vj. 0,8 Mio. €) gedeckt. Der Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit ist positiv (1,55 Mio. €; Vj. 0,1 Mio. €).

Zur Erfolgslage

2021 schließt die SAALBAU mit einem positiven Ergebnis von 1,2 Mio. € ab. Dies resultiert aus der Schließung der Einrichtungen aufgrund der Coronapandemie. Die Beschäftigten waren in Kurzarbeit. Dies führte zu einer Verringerung der Personalkosten. Diese bewirkte eine Verbesserung des Ergebnisses. Die Umsätze waren mit 8,15 Mio. € leicht verbessert im Vergleich zum Vorjahr. Hierbei entfallen 96 % auf das Betreiberentgelt, die übrigen Anteile auf Dienstleistungen für das Bildungs- und Kulturzentrum, auf Cateringservice und andere Leistungen in Zusammenhang mit der Vermietungstätigkeit.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Gemeinschaftspflege, die Förderung des kulturellen Lebens, der Volksbildung, der Heimatpflege, der Jugendpflege

und der Gesundheitspflege sowie die Förderung des Sports und der sozialen Betreuung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der SAALBAU handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

An Bezügen für die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Geschäftsjahr 360 € gezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Für das Planjahr 2021 konnten coronabedingt schriftlich Fragen eingereicht werden. Das Wirtschaftsplangespräch fand statt am 11.11.2021 für das Planjahr 2022 und das Abschlussgespräch 2021 wurde am 18.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	6	7	-2	-24,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	6	7	-2	-24,4
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	1.682	824	858	104,1
Vorräte	8	8	-0	-2,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.674	816	858	105,1
Bilanzsumme	1.687	831	856	102,9
PASSIVA				
Eigenkapital	25	25	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	193	168	25	14,9
Verbindlichkeiten	1.469	638	831	130,1
Bilanzsumme	1.687	831	856	102,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.151	8.058	93	1,2
Gesamtleistung	8.151	8.058	93	1,2
sonstige betriebliche Erträge	6	1	5	405,8
Materialaufwand	-935	-1.082	147	-13,6
Personalaufwand	-4.332	-4.862	530	-10,9
Abschreibungen	-2	-2	0	0,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.681	-1.649	-33	2,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1.206	465	742	159,6
Finanzergebnis	-10	-3	-8	266,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	1.196	462	734	159,0
Ergebnis nach Steuern	1.196	462	734	159,0
Sonstige Steuern	-0	-0	0	-60,2
Gewinnabführung	-1.196	-462	-734	159,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	98	103	-5	-4,9
Besucher:innen	252.752	404.263	-151.511	-37,5

3.1.4 WOHNHEIM GmbH

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/26 08-10 00	E-Mail/Internet: post-wohnheim@abg.de www.abg.de
Gründung: 11.09.1951	Unternehmensgegenstand: Zum Zwecke der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung kann die Gesellschaft geeignete Bauten errichten, betreiben und verwalten und alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben erfüllen.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Stadt Frankfurt am Main Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 34.103.200 € = 98,81 % 367.200 € = 1,06 % 42.000 € = 0,12 % 34.512.400 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	17 Mitglieder Frau StRin Elke Voitl Frau Stv Julia Frank-Millman Herr Stv Abdenassar Gannoukh Frau Stv Lara Goertz Herr Stv Johannes Lauterwald Herr Stv Holger Tschierschke Frau StRin Elke Voitl Herr Rolf Würz	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Heike Bandze (AN) Herr Stefan Bund Frau Katharina Bundschuh (AN) Herr StK a. D. Dr. h. c. Ernst Gerhardt Herr Hans Peter Kemmer (AN) Herr Patrick Matzner (AN) Herr Frank Möhler (AN) Frau Sonia Ries (AN) Herr Karl-Heinz Rimkus (AN) Herr Mirko Streipert (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
42,86 %	35,29 %	30,00 %

A. Ausblick 2022

Alle finanziellen Mittel werden in die Instandhaltung und Modernisierung investiert, um den Wohnungsbestand marktgängig zu erhalten. In 2022 sind rund 30 Mio. € für aktivierungspflichtige Neubaumaßnahmen geplant.

Für die Jahre 2022 und 2023 sind Jahresüberschüsse von rund 1 Mio. € und 3 Mio. € geplant. Von der Corona-Pandemie ist die Gesellschaft so gut wie nicht betroffen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der seit dem 01.01.1992 bestehende Unternehmensvertrag bindet die WOHNHEIM GmbH (WOHNHEIM) in den Konzernkreis der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) ein. Mit Wirkung zum 31.12.2000 besteht der Vertrag als isolierter Beherrschungsvertrag ohne Ergebnisabführungsvertrag fort. Zwischen der WOHNHEIM und der

ABG besteht seit dem 01.01.2020 ein Geschäftsbe-
 sorgungsvertrag, wonach das gesamte operative
 Geschäft durch die ABG abgewickelt wird. Die Be-
 schäftigten der Wohnheim sind an die ABG abge-
 stellt.

Die Gesellschaft bewirtschaftet in Frankfurt am Main
 15.001 Wohneinheiten (14.370 Wohnungen und
 631 Wohnheimplätze), außerdem 98 Gewerbeein-
 heiten, 67 soziale Einrichtungen sowie
 5.144 Garagen und Abstellplätze. Die von der Ge-
 sellschaft bewirtschafteten Wohnungen sind zu
 51,6 % preis- und belegungsgebunden und werden
 überwiegend durch die kommunale Wohnungsver-
 mittlungsstelle der Stadt Frankfurt am Main belegt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 2,88 Mio. € auf
 453,34 Mio. € gestiegen. Das Anlagevermögen ist
 um rund 11 Mio. € gesunken, weil die Abschreibun-
 gen die Investitionen überstiegen. Das Eigenkapital
 ist um 8,78 Mio. € gestiegen, so dass sich eine
 Eigenkapitalquote von 29,8 % (Vj. 28,1 %) errech-
 net.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Jah-
 resüberschuss von 8,78 Mio. € aus. Mit dem Ge-
 winnvortrag von 41,50 Mio. € ergibt sich ein Bilanz-
 gewinn von 50,28 Mio. €.

Die Bewirtschaftung des Hausbesitzes macht den
 größten Teil des Umsatzes der Gesellschaft aus,
 das entspricht 107,40 Mio. €. Das Betriebsergebnis
 vor Zinsen verringerte sich um 1,64 Mio. € auf
 12,38 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der sicheren und
 sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung brei-
 ter Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfül-
 lung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen
 für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2022 wurde eine Nettodividende für das
 Geschäftsjahr 2021 von 12 T€ an den Haushalt der
 Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterver-
 sammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichts-
 rat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird
 gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im
 Geschäftsjahr 1 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen
 der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststel-
 lungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass
 die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane
 der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in
 Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt
 hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der
 Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresab-
 schlussunterlagen an das zuständige Organ die
 Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des
 Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Für das
 Planjahr 2021 konnten coronabedingt schriftlich
 Fragen eingereicht werden. Das Wirtschaftsplange-
 spräch für das Planjahr 2022 fand statt am
 11.11.2021. Das Abschlussgespräch 2021 wurde
 am 18.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
WOHNHEIM GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	376.438	387.141	-10.704	-2,8
Sachanlagen	376.438	387.141	-10.704	-2,8
Umlaufvermögen	76.056	63.156	12.900	20,4
Vorräte	32.094	28.896	3.198	11,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	43.816	34.108	9.708	28,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	145	152	-6	-4,3
Rechnungsabgrenzungsposten	848	169	680	403,0
Bilanzsumme	453.342	450.466	2.876	0,6
PASSIVA				
Eigenkapital	135.218	126.434	8.784	6,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	34.512	34.512	0	0,0
Kapitalrücklage	2.147	2.147	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	48.276	48.276	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	41.499	31.431	10.068	32,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	8.784	10.068	-1.284	-12,8
Rückstellungen	7.782	11.782	-4.000	-33,9
Verbindlichkeiten	304.517	310.251	-5.734	-1,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	163.019	173.642	-10.623	-6,1
Rechnungsabgrenzungsposten	5.824	1.998	3.826	191,5
Bilanzsumme	453.342	450.466	2.876	0,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	112.182	112.634	-452	-0,4
Bestandsänderung UE / FE	3.198	-682	3.880	-569,3
Gesamtleistung	115.381	111.952	3.428	3,1
sonstige betriebliche Erträge	2.925	3.061	-136	-4,4
Materialaufwand	-72.702	-65.996	-6.706	10,2
Personalaufwand	-4.415	-6.178	1.763	-28,5
Abschreibungen	-17.563	-18.145	581	-3,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.243	-10.668	-574	5,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	12.382	14.025	-1.643	-11,7
Finanzergebnis	-3.527	-3.681	154	-4,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	8.855	10.345	-1.490	-14,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-71	-277	206	-74,4
Ergebnis nach Steuern	8.784	10.068	-1.284	-12,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	8.784	10.068	-1.284	-12,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	8.784	10.068	-1.284	-12,8
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	63	87	-24	-27,6
Anzahl Wohnungen preisfrei	7.257	7.261	-4	-0,1
Anzahl Wohnungen preisgebunden	7.744	7.728	16	0,2
Anzahl Wohnungen gesamt	15.001	14.989	12	0,1
davon Neubaufertigstellungen	16	26	-10	-38,5

3.2 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern

Anschrift: Schaumainkai 47 60596 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/67 86 74-0	E-Mail/Internet: post@naheimst.de www.naheimst.de
---	------------------------------------	---

Gründung: 26.06.1928	Unternehmensgegenstand: Zweck der Gesellschaft ist eine sichere und sozial verantwortungsbewusste Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten. Dabei sind im Besonderen auch Wohnungssuchende zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet, verwaltet und veräußert Wohnungen und sonstige bauliche Anlagen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen, in allen Rechts- und Nutzungsformen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, bei der Wohnungs- und Städtepolitik des Landes Hessen mitzuwirken.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Land Hessen	78.281.811 € = 61,43 %
Stadt Frankfurt am Main	34.762.988 € = 27,28 %
WIM Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH	7.908.420 € = 6,21 %
Sonstige	6.476.851 € = 5,08 %
	127.430.070 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Frau Monika Fontaine-Kretschmer
Herr Dr. Thomas Hain
Herr Dr. Constantin Westphal

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Staatsmin Tarek Al-Wazir
Mandatsträger der Stadt:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr Stv Sebastian Papke
	Frau StRin Elke Voitl
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Oliver Baltès (AN)
	Herr Jens Bersch (AN)
	Frau MinR Dagmar Brinkmann
	Herr MinDirigent Dr. Michael Bruder
	Herr Ulrich Caspar
	Herr MinDirigent Elmar Damm
	Herr Uwe Eckart (AN)
	Frau LAbg Hildegard Förster-Heldmann
	Herr Guido Jurock (AN)
	Herr RegD Dr. Johannes Kalusche
	Herr LAbg Heiko Kasseckert
	Herr RegPrä Herrmann-Josef Klüber
	Herr Wolfgang Koberg (AN)
	Herr MinR Dr. Frank Roland
	Frau Simone Stock (AN)
	Herr Ulrich Türk (AN)
	Frau LAbg Astrid Wallmann

Frauenquote:
Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)
33,33 %

Beteiligungen:

NH ProjektStadt GmbH

Bauland-Offensive Hessen GmbH

WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH

Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH

Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH

Kapitalanteile:

200.000 € = 100,00 %

198.000 € = 99,00 %

36.722.950 € = 88,95 %

15.600 € = 60,00 %

1.710.500 € = 33,33 %

A. Ausblick 2022

Die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Nassauische Heimstätte) wird weiterhin in den Bestand investieren und die Neubautätigkeit fortsetzen. Neben der Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes wird in 2022 der Vertrieb von mehreren Eigentumsprojekten im Schönhof-Viertel beginnen.

Auch in 2022 sind für Instandhaltungen rund 79 Mio. € und für Modernisierungen von rund 72 Mio. € vorgesehen. Für 2022 sieht die Gesellschaft den Baubeginn von 272 Wohnungen und einer Gewerbeeinheit für den eigenen Bestand vor. 23 Wohneinheiten hiervon werden durch Aufstockungen geschaffen. Im Umlaufvermögen ist eine Baumaßnahme mit 269 Eigentumswohnungen und einer Gewerbeeinheit geplant. Es ist ein Jahresüberschuss vor Steuern von rund 4 Mio. € geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Nassauische Heimstätte ist in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Bewirtschaftung ihrer 43.462 Wohnungen, 8.294 Gewerbeeinheiten und Garagen- und Abstellplätze. In Frankfurt am Main hält die Gesellschaft 16.575 Wohnungen. Rund 67 Mio. € wurden in mietwirksame und nicht mietwirksame Instandhaltungen und Modernisierungen investiert. Zudem wurden in aktivierungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen rund 48,6 Mio. € aufgewandt. 115 Wohnungen wurden im Rahmen der Portfolioentwicklung veräußert. Für den eigenen Bestand wurden 194 Wohnungen in Neu-Isenburg gekauft. 2021 waren 1.522 Wohneinheiten für den eigenen Bestand im Bau. Darüber hinaus befanden sich weitere Projekte im Planungsprozess. Mit dem Bau von 50 Wohnungen für den Bestand in Form von Aufstockungen wurde begonnen. Darüber hinaus begann der Bau von 589 Mietwohnungen und

14 Gewerbeeinheiten. Fertiggestellt wurden 216 Mietwohnungen und eine KITA. Außerdem betätigt sich die Gesellschaft als Bauträgerin. Ein Reihenhäuser und 56 Eigentumswohnungen wurden fertig gestellt und an die Erwerber:innen übergeben.

Das Unternehmen ist treuhänderisch oder beratend und als Projektentwickler in 55 Städten und Gemeinden mit 112 Aufträgen tätig.

Es besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH (WOHNSTADT), der NH ProjektStadt GmbH, der Bauland-Offensive Hessen GmbH, der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH, der Arbeitsgemeinschaft großer Wohnungsunternehmen und der Initiative Wohnen.2050 e. V. sowie ein Büroführungsvertrag mit der Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH. Mit der Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH (MET), einer Tochter der WOHNSTADT, sind Rahmenverträge zur Multi-Mediaversorgung, Wärmeversorgung, Netzüberlastung und zur Anmietung von Rauchmeldern geschlossen worden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 159,42 Mio. € auf 2,65 Mrd. € gestiegen. Das Anlagevermögen hat sich erhöht, resultierend im Wesentlichen aus der Erhöhung des Sachanlagevermögens um 183,23 Mio. €. Dem steht ein Rückgang des Umlaufvermögens um 24,84 Mio. € gegenüber. Der Anstieg des Sachanlagevermögens resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte mit Wohnbauten. Das Umlaufvermögen hat sich vermindert aufgrund der Investitionen in Sachanlagen. Auf der Passivseite stiegen im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die Eigenkapitalquote ist von 41,9 % auf 40,96 % gesunken.

Die Kapitalstruktur ist von dem positiven Jahresergebnis geprägt. Die Kapitalflussrechnung weist für die laufende Geschäftstätigkeit einen Cashflow aus, der nicht vollständig ausreichte, um die planmäßigen Tilgungen von Krediten und die Zinszahlungen zu bestreiten.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit führte zu Mittelzuflüssen.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 42,83 Mio. € (Vj. 40,83 Mio. €). Der Anstieg des Jahresüberschusses gegenüber der Planung ergibt sich aus dem Verkauf von Anlagevermögen und Umlaufvermögen. Gestiegene Mieten ergeben sich aus dem Ankauf von Mieteinheiten Neubauprojekten und Mieterhöhungen. Die Instandhaltungsaufwendungen fielen aufgrund von Bauverschiebungen geringer aus als geplant. Der um 5,18 Mio. € gestiegene Personalaufwand resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Beschäftigtenzahl und Tarifierhöhungen. Mit rund 9,1 Mio. € konnte ein Ertrag aus Gewinnabführung der NH ProjektStadt GmbH ausgewiesen werden durch Rückstellungsauflösung, der im Wesentlichen zu dem besseren Jahresergebnis der NH beigetragen hat.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die WOHNSTADT bewirtschaftet 15.652 Wohnungen. 199 Wohnungen wurden im Rahmen der Portfolioentwicklung veräußert. 121 Wohnungen wurden für den Bestand gekauft, 92 Wohnungen fertig gestellt und 59 Wohnungen befinden sich im Bau. Sieben Wohnungen wurden durch Aufstockungen geschaffen. Für Instandhaltungen und Modernisierungen wurden 24,3 Mio. € aufgewendet. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um fast 7 Mio. € auf 499,6 Mio. € erhöht. Das Jahresergebnis belief sich auf rund 9,5 Mio. €.

Die NH ProjektStadt GmbH arbeitet begonnene Vorhaben noch ab, zukünftige Projekte werden wieder von der Nassauischen Heimstätte selbst erstellt. Das Geschäftsjahr schloss mit einer Bilanz-

summe von 53,43 Mio. € ab. Das Jahresergebnis belief sich auf 9,49 Mio. €, die an die Nassauische Heimstätte abgeführt werden.

Aufgabe der MET ist es, immobiliennahe Dienstleistungen zu erbringen. Das Geschäftsjahr schloss mit einer Bilanzsumme von rund 24 Mio. € ab. Das Jahresergebnis belief sich auf 5,72 Mio. €, wovon 2,24 Mio. € an die WOHNSTADT abgeführt werden. Die Bauland-Offensive Hessen GmbH (Bauland) soll den Städtebau und die Entwicklung von Bauland in Gebieten mit Wohnraumdefiziten fördern. In 2021 wurden acht Machbarkeitsstudien finalisiert. Zwei Kommunen haben Anteile an der Gesellschaft erworben. Das Geschäftsjahr schloss mit einer Bilanzsumme von 502 T€ ab. Für 2021 ergab sich ein Jahresüberschuss von 4,1 T€.

In den Konzernabschluss mit einbezogen wurden neben der Nassauischen Heimstätte die WOHNSTADT, die NH ProjektStadt GmbH und die MET.

Konzernweit vermietete die Nassauische Heimstätte 59.114 Wohnungen in ganz Hessen. Schwerpunkt der Tätigkeit des Konzerns ist die Bewirtschaftung der eigenen Wohnungen. Die Bilanzsumme beträgt 2,95 Mrd. € (Vj. 2,79 Mrd. €). Die Konzerneigenkapitalquote beträgt 39,8 % (Vj. 40,1 %).

Der Konzernabschluss schließt mit einem Konzernjahresüberschuss von 57,07 Mio. € (Vj. 57,24 Mio. €), der Konzernbilanzgewinn beträgt 96,67 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main liegen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2021 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2020 von 793 T€ an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2021 betragen die Bezüge von Herrn Dr. Hain 315 T€, von Frau Fontaine-Kretschmer 265 T€ und von Herrn Dr. Westphal 282 T€.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 44 T€.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.243.482	2.060.113	183.370	8,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	788	629	159	25,3
Sachanlagen	2.086.460	1.903.231	183.230	9,6
Finanzanlagen	156.234	156.253	-20	-0,0
Umlaufvermögen	406.302	431.143	-24.840	-5,8
Vorräte	177.847	165.871	11.976	7,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	117.524	104.089	13.435	12,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	110.932	161.183	-50.251	-31,2
Rechnungsabgrenzungsposten	2.608	1.717	891	51,9
Bilanzsumme	2.652.393	2.492.973	159.420	6,4
PASSIVA				
Eigenkapital	1.086.330	1.045.013	41.317	4,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	127.430	127.430	0	0,0
Kapitalrücklage	392.821	392.821	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	523.250	483.936	39.314	8,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	42.829	40.826	2.003	4,9
Rückstellungen	30.835	27.253	3.583	13,1
Verbindlichkeiten	1.520.049	1.405.628	114.421	8,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	922.109	834.856	87.253	10,5
Rechnungsabgrenzungsposten	15.179	15.080	99	0,7
Bilanzsumme	2.652.393	2.492.973	159.420	6,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	368.933	366.884	2.048	0,6
Bestandsänderung UE / FE	-3.686	-5.277	1.591	-30,1
andere aktivierte Eigenleistungen	11.846	7.169	4.677	65,2
Gesamtleistung	377.092	368.777	8.316	2,3
sonstige betriebliche Erträge	4.722	1.402	3.320	236,7
Materialaufwand	-172.071	-163.235	-8.837	5,4
Personalaufwand	-69.118	-63.938	-5.179	8,1
Abschreibungen	-58.224	-52.448	-5.776	11,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-25.812	-25.950	138	-0,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	56.590	64.609	-8.019	-12,4
Finanzergebnis	-11.024	-22.010	10.986	-49,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	45.566	42.599	2.968	7,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.432	-1.669	-764	45,8
Ergebnis nach Steuern	43.134	40.930	2.204	5,4
Sonstige Steuern	-305	-104	-201	193,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	42.829	40.826	2.003	4,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	42.829	40.826	2.003	4,9
Bilanzergebnis	42.829	40.826	2.003	4,9
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	801	767	34	4,4
Anzahl Wohnungen preisfrei	31.661	30.920	741	2,4
Anzahl Wohnungen preisgebunden	11.801	11.942	-141	-1,2

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.621.969	2.427.795	194.174	8,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	788	629	159	25,3
Sachanlagen	2.579.064	2.385.029	194.034	8,1
Finanzanlagen	42.117	42.137	-20	-0,0
Umlaufvermögen	326.883	363.768	-36.885	-10,1
Vorräte	202.603	190.868	11.735	6,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.281	11.643	1.638	14,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	111.000	161.258	-50.258	-31,2
Rechnungsabgrenzungsposten	1.659	1.399	260	18,6
Bilanzsumme	2.950.510	2.792.962	157.549	5,6
PASSIVA				
Eigenkapital	1.174.921	1.119.363	55.558	5,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	127.430	127.430	0	0,0
Kapitalrücklage	392.821	392.821	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	543.466	501.133	42.333	8,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	96.671	84.469	12.201	14,4
Anteile anderer Gesellschafter	14.533	13.509	1.024	7,6
Rückstellungen	45.711	49.826	-4.115	-8,3
Verbindlichkeiten	1.714.125	1.608.039	106.086	6,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.118.573	1.038.338	80.235	7,7
Rechnungsabgrenzungsposten	15.754	15.734	20	0,1
Bilanzsumme	2.950.510	2.792.962	157.549	5,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	448.787	451.665	-2.878	-0,6
Bestandsveränderung UE / FE	-3.913	-6.420	2.507	-39,0
andere aktivierte Eigenleistungen	13.002	8.487	4.515	53,2
Gesamtleistung	457.876	453.732	4.144	0,9
sonstige betriebliche Erträge	14.609	1.934	12.675	655,3
Materialaufwand	-212.444	-205.420	-7.024	3,4
Personalaufwand	-69.289	-64.064	-5.224	8,2
Abschreibungen	-78.891	-72.865	-6.026	8,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-28.112	-28.086	-26	0,1
Betriebsergebnis	83.750	85.231	-1.481	-1,7
Finanzergebnis	-23.235	-25.602	2.367	-9,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	60.515	59.629	886	1,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.125	-2.267	-859	37,9
Ergebnis nach Steuern	57.390	57.362	27	0,0
Sonstige Steuern	-320	-119	-201	169,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	57.070	57.243	-174	-0,3
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-1.024	-1.728	704	-40,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	56.046	55.516	530	1,0
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	40.625	28.954	11.671	40,3
Bilanzergebnis	96.671	84.469	12.201	14,4

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	775	767	8	1,0
Anzahl Wohnungen preisfrei	42.792	42.079	713	1,7
Anzahl Wohnungen preisgebunden	16.322	16.520	-198	-1,2
Anzahl Wohnungen gesamt	59.114	58.599	515	0,9
davon Neubaufertigstellungen	402	699	-297	-42,5

4.1 Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH

Anschrift: Opernplatz 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/13 40-0	E-Mail/Internet: info@alteoper.de www.alteoper.de
Gründung: 02.10.1978	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch Betrieb und Unterhaltung der Alten Oper Frankfurt, verwirklicht durch Darbietungen künstlerischer, kultureller, wissenschaftlicher oder sozialer Art und Berücksichtigung der Interessen aller Bevölkerungskreise, insbesondere durch Konzerte und Theateraufführungen (mit Vorrang von Konzerten) sowie durch Kongressveranstaltungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 255.650 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Markus Fein		
Aufsichtsrat:	9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Thomas Böppler-Wolf	
	Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
	Frau Stv Mirriane Mahn	
	Herr Stv Uwe Paulsen	
	Herr Wolfgang Weyand	
	Frau Stv Britta Wollkopf	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Daniela Fliege (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		

A. Ausblick 2022

Das Geschäftsjahr 2022 ist erneut durch die Corona-Pandemie belastet. Ob bzw. wie schnell nach Ende der Pandemie das Kaufverhalten des Publikums wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht, kann derzeit schwer prognostiziert werden. Die Risikolage verschärft sich durch die Folgen des Kriegs in der Ukraine (verschärfte Lieferkettenrisiken, höhere Energiebezugskosten, Absatzrisiken und deutlich steigende Preise).

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Während im Gebäude der Alten Oper bis zur Zerstörung im Zweiten Weltkrieg tatsächlich die Frankfurter Oper residierte, verbirgt sich seit der Wiedereröffnung 1981 hinter der historischen Fassade ein modernes Konzert- und Kongresshaus.

Das Geschäftsjahr 2021 war, wie bereits das Vorjahr, in starkem Maße durch die Corona-Pandemie geprägt. Dies führte dazu, dass die Alte Oper von November 2020 bis zum Beginn der Theaterferien Anfang Juli 2021 (mit Ausnahme weniger Veranstaltungen im Juni) durchgehend geschlossen und in der Folge eine Wiederaufnahme des Spielbetriebs nur unter Einschränkungen möglich war.

Die Alte Oper konnte vor diesem Hintergrund 2021 lediglich 164 Veranstaltungen durchführen (nach 199 im ersten Coronajahr 2020 und 445 im „normalen“ Geschäftsjahr 2019). Die Besucherzahl betrug 77 Tsd. (Vj. 143 Tsd., 2019: 449 Tsd.).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme von 7,67 Mio. € zeigt sich gegenüber dem Vorjahr (7,70 Mio. €) nahezu unverändert. Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen

(2,24 Mio. €) bei Abschreibungen von 646 T€ und Investitionen von 304 T€ gesunken, nachdem im Vorjahr aufgrund des Umbaus des Foyers Ebene 2 vergleichsweise hohe Investitionen getätigt wurden. Auf der Passivseite ist das Eigenkapital durch den geringeren Abruf von Betriebsmitteln in Folge der Corona-Bundesmittel (November- und Dezemberhilfen) gesunken. Im Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen werden die Stiftungszuschüsse für den Umbau des Foyers auf der Ebene 2 erfasst. Die Rückstellungen stiegen aufgrund der Pensionsrückstellungen.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Fehlbetrag von -7,68 Mio. € (Vj. -8,68 Mio. €) ab und zeigt sich damit um rund 1,9 Mio. € verbessert gegenüber dem Wirtschaftsplan. Die Verbesserung ist auf die im Zuge der Corona-Pandemie erhaltenen Bundesmittel von 1,97 Mio. € (November- und Dezemberhilfen) zurückzuführen, die noch unter dem Vorbehalt der endgültigen Festsetzung stehen.

Die Umsätze fallen aufgrund des langen Lockdowns im ersten Halbjahr und der Beschränkungen im zweiten Halbjahr noch niedriger aus als 2020. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten die oben genannten Bundesmittel.

Das Pandemie-bedingt geringere Veranstaltungsvolumen führt zu reduzierten Materialaufwendungen (insbesondere bei Honoraren, technischen Veranstaltungskosten, Dienstleistungen Kartenverkauf und Tantiemen). Der Anstieg des Personalaufwands geht auf Pensionsrückstellungen (infolge des Geschäftsführerwechsels) zurück. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen kommt es ebenfalls zu einem Corona-bedingten Rückgang (insbesondere Hosts/Hostessen, Marketing/Werbung, Energie, Bewachung, Reinigung/Raumkosten; gegenläufig: höhere Rechts- und Beratungskosten für beihilfe-rechtliche Beratung (Corona-Sonderlage)).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2021 Mittel von 7,50 Mio. € sowie Reste von rund 3,11 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 5,50 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Der Geschäftsführer erhielt im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 195 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (aus Sitzungsgeldern von 35,79 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr rund 1 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangesprache fanden statt am 14.10.2020 für das Planjahr 2021 sowie am 12.10.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 16.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.235	2.578	-343	-13,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	27	38	-10	-27,2
Sachanlagen	2.207	2.540	-333	-13,1
Umlaufvermögen	5.024	4.748	275	5,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.917	1.349	568	42,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.107	3.399	-292	-8,6
Rechnungsabgrenzungsposten	5	26	-21	-80,5
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	409	343	66	19,3
Bilanzsumme	7.672	7.695	-23	-0,3
PASSIVA				
Eigenkapital	717	2.897	-2.181	-75,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	8.142	11.317	-3.176	-28,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-7.681	-8.676	995	-11,5
Sonderposten	878	645	233	36,1
Rückstellungen	3.274	2.697	578	21,4
Verbindlichkeiten	2.704	1.451	1.253	86,4
Rechnungsabgrenzungsposten	99	5	94	1.889,4
Bilanzsumme	7.672	7.695	-23	-0,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	3.765	5.355	-1.590	-29,7
Gesamtleistung	3.765	5.355	-1.590	-29,7
sonstige betriebliche Erträge	2.472	519	1.952	376,1
Materialaufwand	-2.672	-3.483	810	-23,3
Personalaufwand	-3.890	-3.722	-168	4,5
Abschreibungen	-646	-604	-43	7,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.572	-6.648	76	-1,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-7.544	-8.583	1.039	-12,1
Finanzergebnis	-55	-49	-5	10,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-7.599	-8.632	1.033	-12,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-66	-28	-37	131,3
Ergebnis nach Steuern	-7.665	-8.661	996	-11,5
Sonstige Steuern	-16	-15	-1	3,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-7.681	-8.676	995	-11,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-7.681	-8.676	995	-11,5
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	38	35	3	8,6
Veranstaltungen	164	199	-35	-17,6
Besucher:innen	76.810	142.817	-66.007	-46,2

4.2 Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1-5 61352 Bad Homburg v. d. Höhe	Telefon: 0 61 72/99 94 69 2	E-Mail/Internet: kontakt@kulturfonds-frm.de www.kulturfonds-frm.de
---	---------------------------------------	---

Gründung: 20.12.2007	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kultur und Kunst in der Region Frankfurt Rhein Main mit nationaler und internationaler Bedeutung insbesondere durch Fortführung und Durchführung sowie Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte sowie Unterstützung steuerbegünstigter Träger und Veranstalter einschließlich Öffentlichkeitsarbeit.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	30.000 € = 23,08 %
Land Hessen	30.000 € = 23,08 %
Landkreis Hochtaunus	15.000 € = 11,54 %
Landkreis Main-Taunus	15.000 € = 11,54 %
Stadt Wiesbaden	15.000 € = 11,54 %
Stadt Darmstadt	10.000 € = 7,69 %
Stadt Offenbach am Main	8.000 € = 6,15 %
Stadt Hanau	5.000 € = 3,85 %
Stadt Bad Vilbel	1.000 € = 0,77 %
Stadt Oestrich-Winkel	1.000 € = 0,77 %
	130.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Frau Karin Wolff
--

Aufsichtsrat:	26 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Staatssekriin Ayse Asar
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau Stv Natascha Kauder Frau StRin Gabriele C. Klug Frau Stv Mirriane Mahn Herr Stv Hüseyin Sitki Herr Wolfgang Weyand
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Dr. Ulrich Adolphs Frau StRin Iris Bachmann Herr Staatsmin Jürgen Banzer Herr MinDirigent Elmar Damm Herr BM Hans Franssen Frau KrBg Ingrid Hasse Herr StK Axel Imholz Frau Dr. Doris Jentsch Herr OB Claus Kaminsky Frau Christa Knauer Herr KrBg Wolfgang Kollmeier Herr Rolf Krämer Herr LRat Ulrich Krebs Herr Claus Kunzmann Herr BM Dr. Stefan Naas Herr OB Jochen Partsch Frau Carolina Romahn Herr MinDirigent Johannes Stein Herr Dr. Ralph Philipp Ziegler

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

66,67 %

Kuratorium:

16 Mitglieder

Kuratoriumsvorsitz:

Herr Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann

Weitere Kuratoriumsmitglieder:

- Frau Bar Avni
- Frau Anett Baumeister
- Frau Claudia Dillmann
- Frau Prof. Dr. Barbara Dölemeyer
- Herr Dr. Michael Eissenhauer
- Herr Prof. Dr. August Heuser
- Herr Prof. Dr. Klaus Honnef
- Herr Peter Michalzik
- Herr Dr. Helmut Müller
- Frau Madeline Ritter
- Frau Gabriele Röthemeyer
- Frau Daniela Seel
- Herr Dr. Thomas Sparr
- Frau Dr. Rena Wandel-Hoefer
- Herr Feridun Zaimoglu

A. Ausblick 2022

Die Corona-Pandemie berührt auch das Geschäftsjahr 2022. Insbesondere lässt sich nicht ausschließen, dass im Herbst 2022 erneut mit Wellen von Infektionen zu rechnen ist und damit auch mit Restriktionen für Veranstaltungen, wenngleich weniger mit vollständigen Schließungen. Im Frühling und Sommer kann aber mit vielen nahezu vollbesetzten Veranstaltungen gerechnet werden. Damit besteht die Chance, dass Veranstaltungen sich wieder tragen können. Es kann noch nicht als gesichert angenommen werden, dass das europäische oder gar interkontinentale Publikum sich schnell wieder in der Rhein-Main-Region einfindet, wie dies vor der Pandemie der Fall war. Dieses betrifft eher die größeren Ausstellungen und Konzerte.

Es besteht die Chance der Gewinnung neuer Gesellschafter, da die Kreistage des Kreises Offenbach und des Rheingau-Taunus-Kreises die Probemitgliedschaft ab dem 01.07.2022 beschlossen und die Gesellschafter dem einstimmig zugestimmt haben.

Die Folgen des Kriegs in der Ukraine sind nicht absehbar. Dies erstreckt sich auf die Preisentwicklung, die Sicherheitslage, auf die Reisemöglichkeiten beziehungsweise den Aufenthaltsort russischer

und ukrainischer Künstler:innen sowie Besucher:innen wie auch auf den internationalen Leihverkehr für Kunstwerke.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft wurde 2007 von fünf Gründungsgesellschaftern (Land Hessen, Stadt Frankfurt am Main, Landkreise Hochtaunus und Main-Taunus, Stadt Darmstadt) mit dem Zweck gegründet, Kunst und Kultur in der Region Frankfurt Rhein-Main zu fördern. Die Gesellschafter:innen zahlen hierfür Beiträge auf der Grundlage einer Finanzierungsvereinbarung. Als neue Gesellschafter:innen sind seit der Gründung die Städte Wiesbaden (2012), Hanau (2013), Bad Vilbel (2020), Oestrich-Winkel (2020) und Offenbach (2020) hinzugekommen.

Das Jahr 2021 war erneut stark durch die Pandemiesituation geprägt. Im Vergleich zu 2020 galt dies noch verstärkt, da seit dem 02.11.2020 der Kulturbetrieb bis Mitte Juni fast ausschließlich auf den digitalen Raum beschränkt war. Ab Juni war es möglich, dass erste Veranstaltungen wieder stattfanden – verbunden mit der Herausforderung für die Veranstalter:innen, dass schrittweise von Zeit zu Zeit mehr Besucher:innen zugelassen werden konn-

ten. Im Sommer fiel zunehmend auf, dass längerfristig geplante Veranstaltungen mit verschobenen aus dem Vorjahr zeitlich zusammentrafen – ergänzt noch durch schnell ermöglichte Sonderveranstaltungen, zum Teil gezielt als Freiluftveranstaltungen oder in gesondert erstellten Bauten wie dem Sommerbau zwischen Frankfurt und Offenbach. Die Veranstalter:innen planten bei zunehmender Inzidenz im Herbst vorsichtig und setzten bereits vor Erlass der rechtlichen Vorgabe die doppelte Impfung – gelegentlich sogar noch erweitert durch einen Test – voraus, um eine angemessene Zahl von Besucher:innen zulassen zu können. Dies wurde dann durch die Landesverordnungen überholt, so dass im Gegensatz zum Frühjahr die Zahl der Besucher:innen mehrfach reduziert und bereits verkaufte Karten zurückgefordert werden mussten. Die Veranstalter:innen organisierten das in unterschiedlicher Weise. Die Gesellschaft begleitete die Projektpartner:innen wie im Vorjahr sehr individuell, unterstützte bei Verschiebung, Wiederaufnahme und neuer Planung intensiv durch Rat und bei Bedarf auch gemäß dem Beschluss der Gremien durch zusätzliche Finanzierung.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist leicht um 181 T€ auf 13,79 Mio. € gestiegen.

Auf der Aktivseite sind die flüssigen Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) weiterhin dominierend. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital durch höhere Entnahmen aus und geringere Zuführungen zur Kapitalrücklage (Maßnahmenrücklage) reduziert; dafür sind die Rückstellungen angestiegen. Bei den Projekten werden nach jedem Gremienbeschluss Rücklagen (gebundene Maßnahmenrücklage) gebildet, die nach der vertraglichen Fördervereinbarung unmittelbar in Rückstellungen umgewandelt werden. Bei beiden Positionen ergeben sich jährliche Schwankungen (u. a. abhängig davon, wie hoch die Gremienbeschlüsse insgesamt ausfallen und in welchem Umfang Fördervereinbarungen noch im Jahr des Gremienbeschlusses abgeschlossen werden können).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -2,37 Mio. €. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr (3,97 Mio. €) sowie der Entnahmen und Einstellungen in die Rücklage ergibt sich ein Bilanzgewinn von 3,11 Mio. €, der zur Verstärkung der Projektmittel 2022 auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Auch im Geschäftsjahr 2021 war der Kulturbetrieb in starkem Maße von der Corona-Pandemie betroffen. Die Erträge der Gesellschaft beinhalten im Wesentlichen die Gesellschafterbeiträge (wie im Vorjahr 7,25 Mio. €). Diese belaufen sich gemäß der Finanzierungsvereinbarung und den Kooperationsvereinbarungen unverändert auf 1,60 € pro Einwohner für die Kreise und auf 2 € pro Einwohner:innen für die Städte; das Land verdoppelt die Summe der Beiträge der kommunalen Gesellschafter:innen und Kooperationspartner:innen.

Der Materialaufwand beinhaltet im Wesentlichen die Projektaufwendungen; aufgrund des hohen Gewinnvortrags des Vorjahres konnte der Planansatz erhöht werden.

Der Personalaufwand berücksichtigt eine Ausweitung der Arbeitszeit. Im Berichtsjahr waren wie im Vorjahr acht Personen (Köpfe) bei der Gesellschaft beschäftigt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge bei, die in der

Finanzierungsvereinbarung festgelegt sind (Stadt Frankfurt am Main 1,47 Mio. €).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Kulturausschuss (Aufsichtsrat), die Geschäftsführung und das Kuratorium (Beirat).

Die Geschäftsführerbezüge betragen im Geschäftsjahr insgesamt 171 T€.

Die Kulturausschussmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	10	17	-7	-42,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	3	-2	-74,9
Sachanlagen	9	14	-5	-35,7
Umlaufvermögen	13.779	13.591	188	1,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	2.004	-2.004	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	13.779	11.587	2.192	18,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	-0	-
Bilanzsumme	13.789	13.608	181	1,3
PASSIVA				
Eigenkapital	5.100	7.465	-2.365	-31,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	130	130	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.858	3.367	-1.508	-44,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3.112	3.969	-857	-21,6
Rückstellungen	8.647	6.094	2.553	41,9
Verbindlichkeiten	42	49	-7	-14,5
Bilanzsumme	13.789	13.608	181	1,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	7.264	7.268	-3	-0,0
Gesamtleistung	7.264	7.268	-3	-0,0
sonstige betriebliche Erträge	482	74	408	550,0
Materialaufwand	-9.299	-4.661	-4.638	99,5
Personalaufwand	-596	-549	-47	8,5
Abschreibungen	-8	-10	2	-17,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-230	-209	-21	10,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-2.387	1.913	-4.300	-224,7
Finanzergebnis	22	-11	33	-292,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-2.365	1.902	-4.267	-224,3
Ergebnis nach Steuern	-2.365	1.902	-4.267	-224,3
Sonstige Steuern	-0	-0	0	-9,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.365	1.902	-4.267	-224,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.365	1.902	-4.267	-224,4
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	3.969	1.762	2.207	125,3
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	2.831	2.146	685	31,9
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-1.323	-1.841	518	-28,2
Bilanzergebnis	3.112	3.969	-857	-21,6
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	8	8	0	0,0

4.3 Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH

Anschrift: Marktstraße 30 60388 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-4 12 76/4 12 40	E-Mail/Internet: info@kulturgesellschaft-bergen-enkheim.de www.kulturgesellschaft-bergen-enkheim.de
Gründung: 16.12.1976	Unternehmensgegenstand: Durchführung kultureller Veranstaltungen: Die Förderung und Pflege von Kulturwerten durch Dichterlesungen, Konzerte, Theater- und Jugendveranstaltungen, die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, die Pflege des Liedgutes und des Chorgesanges in Bergen-Enkheim.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Vereinsring Bergen-Enkheim e. V. Evangelische Kirchengemeinde Bergen-Enkheim	Kapitalanteile: 15.600 € = 60,00 % 7.800 € = 30,00 % 2.600 € = 10,00 % 26.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Peter Ließmann		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	9 Mitglieder Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr Mark Gläser Frau Marion Kling Herr Günther Kraus Herr Frank Weil Frau OV Alexandra Weizel	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Walter Fix Frau Beatrix Müller-Mamerow Frau Christine Schmidt-Gärtner	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2020

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lagen weder der Jahresabschluss 2020 noch der Jahresabschluss 2021 vor. Daher erfolgt eine Darstellung des Geschäftsjahres 2019.

Da der Ausgang der Corona-Pandemie ungewiss ist, bleibt abzuwarten, welche Veranstaltungen durchgeführt werden und welche abzusagen sind. Für den Berger Markt wurden bereits einige Verträge, für das Kinder-Kultur-Programm ab Oktober 2020 bis März 2021 wurden alle Verträge abgeschlossen.

Die gesteckten Leistungs- und Ergebnisziele werden voraussichtlich nicht erreicht werden können.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2019

Allgemeines

Die ursprünglich selbständige Stadt Bergen-Enkheim hat 1976 zusammen mit dem Vereinsring und der Evangelischen Kirchengemeinde Bergen-Enkheim die Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH gegründet. Ziel der Gesellschaft ist es, das kulturpolitische Konzept kontinuierlich in größtmöglicher Eigenständigkeit, nach der Eingemeindung nach Frankfurt am Main im Jahr 1977, fortzusetzen. Nach § 6 Abs. 2 des Eingemeindungsvertrags vom 07.08.1974 zwischen der Stadt Frankfurt am Main und der früheren Stadt Bergen-Enkheim ist der Ortsbeirat 16 verfügungsberechtigt über die städtischen Mittel der Gesellschaft. Auch im Berichtsjahr hat der Fokus der Geschäftstätigkeit auf dem Stadt-

schreiberfest, in dessen Rahmen der Literaturpreis „Stadtschreiber von Bergen“ verliehen wird, und dem Rahmenprogramm zum anschließenden traditionellen Heimatfest „Berger Markt“ gelegen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr (66 T€) um 7 T€ auf 59 T€ gesunken. Auf der Aktivseite dominiert der Bestand an liquiden Mitteln (57 T€), auf der Passivseite das Eigenkapital (42 T€). Zur Sicherstellung der gesetzlichen Kapitalerhaltungsvorschriften hat die Geschäftsführung die Mittel aus den Stammkapitaleinlagen in Höhe von 26 T€ auf einem gesondert geführten Sparkonto angelegt. Insoweit stehen die in der Bilanz ausgewiesenen Guthaben bei Kreditinstituten nicht für operative Zwecke zur Verfügung.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag 2019 beläuft sich auf -65 T€ und hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund des gesunkenen Materialaufwandes leicht um 1 T€ verbessert. Die Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen Eintrittsgelder mit 8 T€ und Standgebühren von 4 T€. Das Jahresergebnis bleibt insgesamt unter dem geplanten Zuschussbedarf von 72 T€. Wie in den Vorjahren lag der Schwerpunkt auf dem Berger Markt und dem Stadtschreiberfest. Der Personalaufwand umfasst Aufwendungen für Aushilfen sowie kurzfristig und geringfügig Beschäftigte. Diese werden für Werbemaßnahmen sowie die Mithilfe beim Berger Markt und Stadtschreiberfest eingestellt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. AO. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die der Gesellschaft zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks zur Verfügung stehenden Geldmittel stammen überwiegend aus Zuschüssen der Stadt. Der Ortsbeirat 16 ist verfügungsberechtigt und stellte der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 Mittel von 56 T€ (Einzahlung in die Kapitalrücklage) bereit.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung ist nebenamtlich für die Gesellschaft tätig und erhält keine Bezüge. Auf der Grundlage des Aufsichtsratsbeschlusses vom 29.09.2009 erhielt die bis zum 30.04.2020 nebenamtlich tätige Geschäftsführerin Frau Grebe eine Aufwandsentschädigung von jährlich 5 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2019 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplanunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplangesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche für die Planjahre 2021 und 2022 fanden aufgrund einer Sonderregelung telefonisch statt. Das Abschlussgespräch 2021 wurde noch nicht durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2019 der
Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH**

Bilanz	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	59	66	-7	-10,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3	3	-0	-15,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	57	63	-6	-10,0
Bilanzsumme	59	66	-7	-10,2
PASSIVA				
Eigenkapital	42	51	-9	-17,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	81	91	-10	-11,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-65	-66	1	-1,7
Rückstellungen	3	4	-0	-8,0
Verbindlichkeiten	14	11	3	23,4
Bilanzsumme	59	66	-7	-10,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2019	31.12.2018	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	14	19	-4	-23,1
Gesamtleistung	14	19	-4	-23,1
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	-
Materialaufwand	-44	-48	4	-8,8
Personalaufwand	-9	-9	-0	3,2
Abschreibungen	0	-0	0	-
sonstige betriebliche Aufwendungen	-22	-23	0	-1,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-61	-61	1	-1,3
Finanzergebnis	0	0	0	11,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-61	-61	1	-1,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0	11,6
Ergebnis nach Steuern	-61	-61	1	-1,3
Sonstige Steuern	-4	-5	0	-6,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-65	-66	1	-1,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-65	-66	1	-1,7
Kennzahlen	2019	2018	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

4.4 Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH

Anschrift: Waldschmidtstraße 4 60316 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/40 58 95-0	E-Mail/Internet: info@mousonturm.de www.mousonturm.de
Gründung: 22.05.2001	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch den Betrieb der Einrichtung Künstlerhaus Mousonturm. Entwicklung und Durchführung sonstiger kultureller Aktivitäten. Gastspiele und Teilnahme an Koproduktionen im In- und Ausland.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 35.500 € = 100,00 % 35.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Matthias Pees		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Thomas Böppler-Wolf Frau Daniela Cappelluti Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr Stv Peter Thoma	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Carsten Schrauff (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 60,00 %		

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft ist als Veranstalterin von Kulturveranstaltungen im Frühjahr/Sommer 2022 weitgehend in einen postpandemischen Modus zurückgekehrt, in dem Veranstaltungen ohne größere Einschränkungen für das Publikum stattfinden. Weitergehende Sicherheitsmaßnahmen verpflichten Belegschaft und Produktionsbeteiligte jedoch teilweise zu strengeren Maßnahmen als dies gesetzlich vorgesehen ist, um den (Spiel-)Betrieb nicht zu gefährden. Aufgrund der noch nicht absehbaren Entwicklung der Corona-Pandemie im Herbst sowie der signifikanten Steigerung von Energie- und anderen Kosten infolge des Kriegs in der Ukraine ist im Sommer 2022 noch nicht absehbar, ob das geplante Ergebnis erreicht werden kann. Zum September 2022 steht ein Wechsel in der Geschäftsführung an.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Das Künstlerhaus Mousonturm wurde 1988 als Spiel- und Produktionsstätte für (inter)nationale freischaffende Künstler:innen aus den Bereichen Tanz, Theater, Performance, Musik, Literatur und Bildende Kunst geschaffen und zählt heute international zu den wichtigsten und erfolgreichsten freien Produktionszentren. Angesiedelt ist das Künstlerhaus im denkmalgeschützten Turm der ehemaligen Mouson-Seifenfabrik. 2001/2002 erfolgte die Ausgliederung aus der Kulturgesellschaft Frankfurt mbH (heute: Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH) in die Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH.

Das Geschäftsjahr 2021 war zum einen durch einen langen Lockdown im ersten Halbjahr und Zuschauer:innen-Begrenzungen in der Folgezeit, zum anderen durch das Projekt des Sommerbaus (temporäres Freilicht-Logentheater am Kaiserlei von Juli bis Oktober) gekennzeichnet. Seit dem 02.11.2020 war

der klassische Präsenzbetrieb eingestellt und konnte erst am 06.11.2021 wieder aufgenommen werden – bei nur minimalen zulässigen Zuschauer:innenkapazitäten und eingeschränkten Veranstaltungsformaten.

Die Zahl der vom Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH durchgeführten Veranstaltungen stieg im zweiten Jahr der Corona-Pandemie aufgrund des Sommerbau-Projekts von 286 im Vorjahr auf 417 im Berichtsjahr, davon 168 Theater-Vorstellungen (Vj. 115). Die Anzahl der Besucher:innen konnte auf 20.307 (Vj. 12.458 Besucher:innen) gesteigert werden, davon 14.526 Theater-Besucher:innen (Vj. 8.798).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme zeigt sich mit 1,36 Mio. € gegenüber dem Vorjahr fast unverändert (+22 T€).

Da das Gebäude nicht dem Mousonturm sondern der Frankfurter Aufbau AG gehört, weist die Gesellschaft ein relativ geringes Anlagevermögen (284 T€; Vj. 291 T€) aus.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag konnte von 206 T€ auf 122 T€ reduziert werden. Die Zuführung zur Kapitalrücklage durch die Gesellschafterin entsprach mit 4,47 Mio. € dem bewilligten Wirtschaftsplan.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -4,38 Mio. € (Vj. -4,18 Mio. €). Das Ergebnis liegt im Rahmen der Planvorgaben.

Der deutliche Anstieg der Erträge und Aufwendungen ist vor allem auf das Sommerbau-Projekt und die zugehörigen Erträge und Fördermittel zurückzuführen. Die Beschäftigtenzahl schwankt von Jahr zu Jahr in Abhängigkeit von der Projektsituation und den drittmittelfinanzierten Stellen. Der Personalstand hat sich projektbedingt gegenüber dem Vorjahr von 35 auf 38 erhöht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abga-

benordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2021 Mittel von 4,47 Mio. € zur Verfügung, die als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge von Herrn Pees betragen im Geschäftsjahr 143 T€.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betragen im Geschäftsjahr 550 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 29.10.2020 für das Planjahr 2021 und am 29.10.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 08.06.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	284	291	-7	-2,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	3	2	83,2
Sachanlagen	279	288	-10	-3,4
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	934	808	126	15,6
Vorräte	3	3	-0	-12,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	515	305	210	68,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	417	500	-83	-16,7
Rechnungsabgrenzungsposten	19	32	-13	-41,4
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	122	206	-84	-40,7
Bilanzsumme	1.359	1.337	22	1,6
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	36	36	0	0,0
Kapitalrücklage	4.466	4.238	229	5,4
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.624	-4.479	-145	3,2
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	122	206	-84	-40,7
Rückstellungen	161	109	52	47,9
Verbindlichkeiten	1.167	1.190	-23	-1,9
Rechnungsabgrenzungsposten	31	39	-7	-18,8
Bilanzsumme	1.359	1.337	22	1,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.256	1.512	2.744	181,6
Gesamtleistung	4.256	1.512	2.744	181,6
sonstige betriebliche Erträge	185	281	-96	-34,2
Materialaufwand	-4.624	-1.991	-2.632	132,2
Personalaufwand	-2.445	-2.188	-258	11,8
Abschreibungen	-103	-75	-28	36,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.644	-1.702	58	-3,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.375	-4.164	-211	5,1
Finanzergebnis	-7	-7	0	-5,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-4.382	-4.171	-211	5,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-3	3	-
Ergebnis nach Steuern	-4.382	-4.174	-207	5,0
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.382	-4.175	-207	5,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.382	-4.175	-207	5,0
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-4.479	-4.389	-90	2,1
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	4.238	4.085	153	3,7
Bilanzergebnis	-4.624	-4.479	-145	3,2
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	38	35	3	8,6
Theater-Besucher:innen	14.526	8.798	5.728	65,1
Theater-Veranstaltungen	168	115	53	46,1

4.5 MuseumsBausteine Frankfurt GmbH

Anschrift: Brückenstraße 3-7 60594 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12 – 73 833	E-Mail/Internet: info@museumsbausteine.de www.museumsbausteine.de
Gründung: 15.05.2012	Unternehmensgegenstand: Planung und Bau städtischer kultureller Einrichtungen, insbesondere des Museums der Weltkulturen sowie die Erweiterung des Jüdischen Museums Frankfurt und des Zentraldepots für die städtischen Museen der Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Andreas Schröder		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
Mandatsträger der Stadt:	Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
	Frau Stv Julia Frank-Millman	
	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
	Frau Stv Sylvia Momsen	
	Frau Brigitte Helene Reifschneider-Groß	
	Frau StRin Sylvia Weber	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %		

A. Ausblick 2022

Die derzeitige Auftragslage sichert die Auslastung der Gesellschaft mindestens bis ins Jahr 2022. Die Umsatzerlöse 2022 werden voraussichtlich auf dem Niveau von rund 685 T€ liegen. Bei gleichzeitig geringerer Inanspruchnahme von Fremdleistungen von rund 250 T€ und nahezu konstanter Mitarbeiteranzahl wird ein Jahresüberschuss von rund 6 T€ erwartet. Bedeutende Auswirkungen aus der Corona-Pandemie oder aus den Folgen des Krieges in der Ukraine auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft werden zurzeit nicht erwartet. Es ist aber nicht auszuschließen, dass eingeplante Projekte dadurch verschoben werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH (MBF) hat mit der Stadt Frankfurt am Main einen Geschäftsbesorgungsvertrag über den Bezug von Sachleistungen vom Kulturamt sowie mit der Frankfurter Aufbau

AG einen Vertrag über den Bezug von Dienstleistungen im Bereich Rechnungswesen und Personalabrechnung abgeschlossen.

Das neue Jüdische Museum Frankfurt am Main ist seit dem 23.10.2020 vollständig in Betrieb gegangen. Alle rechtsgeschäftlichen Abnahmen konnten im Wesentlichen bereits im zweiten Halbjahr 2020 vorgenommen werden. Die unter den Corona-Auflagen stark leidenden, verminderten Öffnungszeiten des Museums wurden durch die Baufirmen und betreuenden Architekten und Architektinnen in 2021 genutzt, um Mängelbeseitigungen und Ergänzungswünsche des Nutzers unter organisatorischer Anleitung der MBF kompakt umzusetzen. Parallel dazu führte die MBF Abschlussverhandlungen zu nahezu allen Abrechnungen der Bauunternehmen. Für das Projekt Zentraldepot wurde in der Borsigallee ein geeignetes städtisches Grundstück gefunden, das aber durch eine anderweitige städtische Nutzung mittelfristig noch nicht freigezogen werden kann. Daher wird parallel mit Unterstützung des

Amtes für Bau- und Immobilien nach weiteren Grundstücksoptionen gesucht.

Für die Sanierung des Liebieghauses wurden in 2021 auf Wunsch des Nutzers erneut weitere verschiedenste alternative technische Lösungskonzepte untersucht. Im September 2021 wurde der bis dahin ermittelte Status Quo der optimalsten Planungsentscheidungen als Basis für die fortzuschreibende Sanierungsplanung des Hochbauamtes aus den Jahren 2011 bis 2014 festgelegt. Alle architektonischen und technischen Themenbereiche wurden auf die bis dahin vorliegenden konzeptionellen Vorstellungen des Staedelschen Kunstinstituts als Betreiber der Liebieghaus Skulpturensammlung abgestellt. Die Planer:innen wurden beauftragt, die Dokumentation der planerischen Arbeitsergebnisse zusammen zu tragen und gemeinsam mit der erarbeiteten Kostenberechnung als Grundlage für die Bau- und Finanzierungsvorlage dem Kulturamt und der MBF bis Ende Mai 2022 zu übergeben.

Für das Projekt des Kinder- und Jugendtheaters im Zoogesellschaftshaus (ZGH) wurden das Nutzungs- und Betriebskonzept des neuen Theaters und der Nutzungseinheit der gesamten Zooverwaltung in 2020 erarbeitet, sowie das Raum- und Funktionsprogramm durch die MBF auf dieser Basis weiterentwickelt. Gemeinsam mit den erforderlichen Untersuchungen der Bausubstanz des ZGH sowie dem Restaurierungskonzept des denkmalgeschützten Gebäudes wurden somit alle inhaltlichen Voraussetzungen für einen Architektenwettbewerb geschaffen. Die MBF bereitete in Zusammenarbeit mit der Projektleitung des Kulturamtes den Architekturwettbewerb vor. Die Preisgerichtssitzung fand am 07.07.2021 im ZGH statt. Alle Planungsergebnisse wurden in einer kleinen Ausstellung im ZGH und über einen Internetlink der Öffentlichkeit vorgestellt. Aus dem Architektenwettbewerb ging der Entwurf des Berliner Architekturbüros Ortner und Ornter als Siegerentwurf hervor. Die Vergabe der Architekturleistungen und die Auslobung der öffentlichen Vergabeverfahren für die zur Ermittlung der Bau- und Finanzierungsvorlage erforderlichen Fachingenieurleistungen sollen in 2022 beginnen.

Für das Projekt „Frankfurt Conservation Center“ im Ostteil des Frankfurter Zoos hat die MBF das Kul-

turdezernat mit Beratungsleistungen zur weiteren Projektentwicklung und bei der Erstellung eines Letter of Intent mit der Zoologischen Gesellschaft (ZGF) unterstützt. Der Grundsatzbeschluss für das Projekt wurde am 13.12.2020 vom Magistrat gefasst. Das Projekt wird zurzeit in Zusammenarbeit mit dem Kulturdezernat, dem Zoo und der ZGF weiter aufgesetzt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 171 T€ auf 285 T€ verringert. Die Vermögenslage ist auf der Aktivseite geprägt durch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (62 % der Bilanzsumme) und die Guthaben bei Kreditinstituten (31 % der Bilanzsumme), denen auf der Passivseite kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen (rund 75 % der Bilanzsumme) gegenüberstehen. Das Eigenkapital beträgt 70 T€ (Eigenkapitalquote: 25 %).

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2021 hat die Gesellschaft einen um 15 T€ unter der Prognose liegenden Jahresfehlbetrag in Höhe von -6 T€ erwirtschaftet.

Den gegenüber dem Vorjahr niedrigen Umsatzerlösen von 754 T€ standen insbesondere Personalaufwendungen von 324 T€ und Aufwendungen für bezogene Leistungen von 369 T€ gegenüber. Gegenüber der Prognose haben sich vor allem niedrigere Nettoerlöse sowie höhere sonstige betriebliche Aufwendungen ergebnisverringend ausgewirkt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der MuseumsBausteine Frankfurt GmbH, die Tätigkeiten zur Deckung des Eigenbedarfs auf den Gebieten der Kultur wahrnimmt, handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten von der Gesellschaft keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststel-

lungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 23.10.2020 für das Planjahr 2021 sowie am 02.11.2021 telefonisch für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 11.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
MuseumsBausteine Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	0	0	0	-
Sachanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	285	456	-171	-37,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	198	341	-143	-42,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	87	115	-28	-24,4
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	285	456	-171	-37,6
PASSIVA				
Eigenkapital	70	76	-6	-7,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	51	10	41	423,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-6	41	-47	-113,9
Rückstellungen	44	65	-21	-32,9
Verbindlichkeiten	170	315	-144	-45,8
Bilanzsumme	285	456	-171	-37,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	754	1.015	-261	-25,7
Gesamtleistung	754	1.015	-261	-25,7
sonstige betriebliche Erträge	0	0	-0	-68,8
Materialaufwand	-369	-556	188	-33,7
Personalaufwand	-324	-336	12	-3,7
Abschreibungen	-1	-0	-1	1.196,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-67	-62	-6	9,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-7	61	-68	-111,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-7	61	-68	-111,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	-20	21	-105,6
Ergebnis nach Steuern	-6	41	-47	-113,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-6	41	-47	-113,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6	41	-47	-113,9
Bilanzergebnis	-6	41	-47	-113,9
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	5	5	0	0,0

4.6 Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH

Anschrift: Römerberg 60311 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/29 98 82-1 12	E-Mail/Internet: welcome@schirn.de www.schirn.de
Gründung: 23.01.1985	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch die Unterhaltung und Führung der Schirn Kunsthalle sowie die Durchführung von Kunstausstellungen und kulturellen Veranstaltungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 245.140 € = 100,00 % 245.140 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Philipp Demandt		
Aufsichtsrat:	7 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
Mandatsträger der Stadt:	Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
	Frau StRin Gabriele C. Klug	
	Herr Frank Maiwald	
	Frau Stv Sylvia Momsen	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Laura Heeg (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)		
66,67 %		

A. Ausblick 2022

Für 2022 rechnet die Gesellschaft aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie sowie der unsicheren politischen Gesamtlage in Europa mit weiterhin reduzierten Besucherzahlen.

Trotz der gelockerten Auflagen bleiben viele Menschen vorsichtig; eine Normalisierung der Situation ist noch nicht absehbar, die Entwicklung der Pandemie vor allem im Herbst schwerlich einzuschätzen. Die Nachrichten vom Krieg in der Ukraine drücken nicht nur auf die Stimmung, sondern es ist mit erhöhten Kosten aufgrund der Inflation zu rechnen, insbesondere durch steigende Transportpreise, steigende Preise für Materialien wie Holz, Aluminium und Papier.

Im Sommer 2022 kommt es zu einem Wechsel in der Geschäftsführung. Erstmals seit 2006 steht das Haus dann nicht mehr unter derselben Leitung wie das Städel Museum.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Gebäudekomplex der Schirn Kunsthalle stellt seit den 1980er Jahren eine moderne Verbindung zwischen Dom und Römer her und grenzt unmittelbar an die neue Altstadt. Der Name der Kunsthalle leitet sich historisch ab: bis weit in das 19. Jahrhundert befanden sich „an der Schern“ die Verkaufsstände der Frankfurter Metzgerzunft. Das Ausstellungshaus verfügt über keinen eigenen Bestand.

In den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres 2021 war die Kunsthalle Corona-bedingt überwiegend geschlossen (mit einer kurzen Unterbrechung vom 11.03. bis zum 28.03.); die Wiedereröffnung erfolgte am 27.05.2021. Der Betrieb fand im Anschluss unter Hygieneauflagen mit limitierten Einlasszahlen statt. Unter den einschränkenden Bedingungen der Corona-Pandemie belief sich die Zahl der Besucher:innen im Berichtsjahr auf 101.463,

was etwa einem Drittel des durchschnittlichen Werts der letzten Jahre entspricht.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Da das Gebäude der Stadt gehört und die Schirn Kunsthalle über keinen eigenen Bestand an Kunstwerken verfügt, weist die Vermögensseite der Bilanz nur ein relativ geringes Anlagevermögen auf, das im Berichtsjahr leicht von 143 T€ auf 167 T€ angestiegen ist (bei Investitionen von 78 T€ und Abschreibungen von 54 T€). Der Anstieg der Bilanzsumme um 1,51 Mio. € auf 4,31 Mio. € hängt im Wesentlichen mit der Kapitaleinlage zusammen, die den Jahresfehlbetrag aufgrund der Ergebnisverbesserung übersteigt. Aktivisch führt dies zu einem erhöhten Bestand liquider Mittel, passivisch zu einem erhöhten Eigenkapital. Über eine Rückzahlung wird die Gesellschafterin zusammen mit der Feststellung des Jahresabschlusses entscheiden.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Fehlbetrag von -4,82 Mio. €. Das Ergebnis ist in starkem Maße von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt und nur eingeschränkt mit dem Vorjahr (-4,03 Mio. €) und dem Wirtschaftsplan (-6,46 Mio. €) vergleichbar. So konnten 2021 nur vier von sechs geplanten Ausstellungen eröffnet werden (Magnetic North, Gilbert & George, Paula Modersohn-Becker, Kara Walker).

Die geringeren Umsatzerlöse 2021 und die geringeren Materialaufwendungen gehen auf die Pandemie bedingten Beschränkungen (Schließzeiten, weniger Ausstellungen, geringere Besucher:innen-Zahlen) zurück. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten November- und Dezemberhilfen von rund 200 T€. Beim Personalaufwand wirkten sich der erhöhte Kontrollbedarf durch 3G, 2G, 2GPlus sowie ein erhöhter Verwaltungsaufwand durch den Einsatz von Zeitfenstertickets aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2021 Mittel von knapp 5,35 Mio. € sowie Reste von 1,20 Mio. € zur Verfügung, hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 6,20 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Der Geschäftsführer, der hauptamtlich Direktor des Städel Museums ist, übt die Tätigkeit ohne Bezüge seitens der Schirn aus. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgeld 50 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 600 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 27.10.2020 für das Planjahr 2021 und am 26.10.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 10.05.2022 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	167	143	24	16,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	167	143	24	16,8
Umlaufvermögen	4.124	2.658	1.466	55,1
Vorräte	45	10	35	334,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	153	206	-53	-25,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.925	2.442	1.484	60,8
Rechnungsabgrenzungsposten	18	0	18	-
Bilanzsumme	4.309	2.801	1.508	53,8
PASSIVA				
Eigenkapital	2.044	662	1.382	208,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	245	245	0	0,0
Kapitalrücklage	6.620	4.449	2.171	48,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.821	-4.032	-789	19,6
Rückstellungen	578	389	189	48,5
Verbindlichkeiten	1.300	1.704	-403	-23,7
Rechnungsabgrenzungsposten	387	46	341	741,6
Bilanzsumme	4.309	2.801	1.508	53,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.253	2.315	-1.061	-45,9
Gesamtleistung	1.253	2.315	-1.061	-45,9
sonstige betriebliche Erträge	1.923	2.056	-132	-6,4
Materialaufwand	-2.377	-2.771	394	-14,2
Personalaufwand	-2.624	-2.588	-36	1,4
Abschreibungen	-54	-133	79	-59,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.927	-2.889	-38	1,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.805	-4.011	-794	19,8
Finanzergebnis	-1	-0	-1	259,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-4.806	-4.011	-795	19,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-14	-21	7	-32,9
Ergebnis nach Steuern	-4.820	-4.032	-788	19,5
Sonstige Steuern	-1	0	-1	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.821	-4.032	-789	19,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.821	-4.032	-789	19,6
Bilanzergebnis	-4.821	-4.032	-789	19,6
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	40	40	0	0,0
Besucher:innen	101.463	162.562	-61.099	-37,6

4.7 Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH

Anschrift: Untermainanlage 11 60311 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 70 00	E-Mail/Internet: info@buehnen-frankfurt.de www.buehnen-frankfurt.de
Gründung: 25.01.2001	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch Opern-, Ballett- und Theateraufführungen sowie Konzertaufführungen in der Oper Frankfurt, im Schauspiel Frankfurt und an anderen von Gesellschaft festzulegenden Orten mit Schwerpunkt in Frankfurt und Umgebung. Außerdem: Vorträge, Diskussionen, Kulturveranstaltungen aller Art, soweit sie in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit Oper, Ballett, Schauspiel und verwandten dramatisierten Darstellungsformen stehen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Bernd Loebe Herr Anselm Weber		
Aufsichtsrat:	7 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Thomas Böppler-Wolf	
	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
	Frau Stv Mirriane Mahn	
	Herr StR Stefan Majer	
	Herr Stv Uwe Paulsen	
	Herr Stv Peter Thoma	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Roland Sittner (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)		
33,33 %		

A. Ausblick 2021/2022

Auch das Geschäftsjahr 2021/2022 wird durch die Corona-Pandemie belastet. Aufgrund des abweichenden, an der Spielzeit orientierten Geschäftsjahres handelt es sich bereits um das dritte Corona-Geschäftsjahr in Folge. Anders als in den beiden Vorjahren zeichnet sich 2021/2022 eine Ergebnisverschlechterung ab, denn den coronabedingten Ertragseinbußen stehen bei vollem Spielbetrieb keine Einsparungen aus Kurzarbeit mehr gegenüber.

Aufgrund des abweichenden Geschäftsjahres werden die Risiken aus Energiekostensteigerungen, Lieferkettenproblemen und allgemeinen Preissteigerungen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg die Gesellschaft voraussichtlich erst im Geschäftsjahr 2022/2023 in vollem Maße treffen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2020/2021

Allgemeines

2004 ging der Betrieb der Städtischen Bühnen vom städtischen Regiebetrieb auf die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (SBF) über. Die Oper Frankfurt und das Schauspiel Frankfurt spielen vor allem am Willy-Brandt-Platz in der sogenannten Theaterdoppelanlage von 1963 sowie im Bockenheimer Depot.

Die 2016 durchgeführte Bestandsaufnahme zur Bausubstanz des Bühnengebäudes, das sich im Eigentum der Stadt Frankfurt am Main befindet, ergab einen erheblichen Sanierungsbedarf. Aufgrund der vertiefenden Ergebnisse der 2018 eingerichteten „Stabsstelle Städtische Bühnen“ hat die Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2020 beschlossen, eine Sanierung der Theaterdoppelan-

lage am Willy-Brandt-Platz nicht weiterzuverfolgen. Der Magistrat wurde gebeten, auf Basis der Ergebnisse der „Stabsstelle Städtische Bühnen“ einen Verfahrensvorschlag für die weitere Vorgehensweise für einen Neubau von Schauspiel und Oper zu erarbeiten. Am 04.11.2021 fand eine Pressekonferenz statt, bei der fünf von der Stabsstelle „Zukunft Städtische Bühnen“ erarbeitete Alternativen für einen möglichen Neubau der Spielstätten der Städtischen Bühnen vorgestellt wurden, insbesondere eine „Spiegelösung“ von Oper und Theater am Willy-Brandt-Platz, eine „Kulturmeile“ mit einem Theater am Willy-Brandt-Platz und einer Oper an der Neuen Mainzer Straße auf dem Grundstück der jetzigen Sparkasse sowie ein Neubau der Theaterdoppelanlage am jetzigen Standort. Unabhängig von der letztlich gewählten Alternative wird im Abschlussbericht für die Realisierung dieses Neubauprojekts ein Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren genannt. Da das Bühnengebäude im Eigentum der Stadt Frankfurt am Main steht, handelt es sich um eine städtische Maßnahme und nicht um ein Projekt der GmbH.

Die Publikumszahlen sind im Berichtsjahr aufgrund der Schließphasen und Einschränkungen durch die Corona-Pandemie nicht mit normalen Geschäftsjahren (zuletzt 2018/19) vergleichbar. Während das Geschäftsjahr 2019/2020 nur teilweise (ab März 2020) durch die Pandemie belastet war, ist das Geschäftsjahr 2020/2021 vollständig durch die Pandemie geprägt; von November 2020 bis zum Spielzeitende war das Haus (abgesehen von einzelnen Veranstaltungen im Juni 2021) geschlossen. Die Zuschauer:innen Zahlen sanken Lockdown-bedingt in der Oper von 215 Tsd. in der Spielzeit 2018/19 über 134 Tsd. im Vorjahr auf nunmehr 17 Tsd.; im Schauspiel gingen sie von 167 Tsd. in 2018/19 über 101 Tsd. im ersten Corona-Geschäftsjahr auf nur noch 9 Tsd. im Berichtsjahr zurück.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Das abweichende Geschäftsjahr orientiert sich an der Spielzeit und beginnt jeweils im September. Die Bilanzsumme 2020/2021 steigt mit 71,82 Mio. € deutlich um 9,05 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (62,77 Mio. €). Dies hängt vor allem zusammen mit

der nicht liquiditätswirksamen Zuführung zur Rückstellung im Zusammenhang mit der Kurzarbeit und schlägt sich passivisch in höheren Rückstellungen und aktivisch in einem Anstieg des Stadtkassenkontos (Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main) nieder.

Neben diesen Kurzarbeit-Rückstellungseffekten verringert sich auf der Aktivseite abschreibungsbedingt bei niedriger Investitionstätigkeit (1,10 Mio. €) das Anlagevermögen. Hintergrund für die geringe Investitionstätigkeit sind die anstehenden Neubaumaßnahmen. Auf der Passivseite steigt durch die Ergebnisverbesserung das Eigenkapital um 2,30 Mio. € auf 24,52 Mio. €. Über eine Rückzahlung hat die Gesellschafterin zusammen mit der Feststellung des Jahresabschlusses entschieden. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse verringert sich plangemäß auf 7,82 Mio. € (Vj. 8,27 Mio. €) und die sonstigen Verbindlichkeiten fallen geringer aus.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2020/2021 ist in noch stärkerem Maße als das Vorjahr durch die Corona-Pandemie geprägt. Die SBF schließt das Geschäftsjahr zum 31.08.2021 mit einem Verlust von -75,07 Mio. € (Vj. -75,34 Mio. €) ab. Der Wirtschaftsplan ging ursprünglich von einem Betrag in Höhe von -79,26 Mio. € aus, der somit um 4,19 Mio. € unterschritten wurde.

In Folge der umfänglichen Einstellung des Spielbetriebs im Lockdown und durch Publikumsbeschränkungen ist es zu deutlichen Umsatzeinbußen (bei einem dramatischen Einbruch der Publikumszahlen) gekommen. Diese Erlöseinbrüche konnten aber durch Einsparungen mehr als ausgeglichen werden, so dass es wie im Vorjahr im Vergleich zum Plan zu einer Ergebnisverbesserung gekommen ist. Einsparungen resultieren aus der Verschiebung von Produktionen in nachfolgende Spielzeiten, der Absage von geplanten Produktionen und von Vorstellungen, der Nichtbesetzung von freien Planstellen sowie vor allem aus der Kurzarbeit.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2021 Betriebsmittel von 78,46 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 77,37 Mio € erfolgt.

Aufgrund des abweichenden Geschäftsjahres betrafen diese Zahlungen teilweise das Bühnengeschäftsjahr 2020/2021 und teilweise 2021/2022.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2020/2021 betragen die Bezüge von Herrn Loebe 388 T€ und von Herrn Weber 266 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betragen im Geschäftsjahr 1 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2020/2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt im März 2020 für das Planjahr 2020/2021 (coronabedingt digital) und am 19.04.2021 für das Planjahr 2021/2022. Das Abschlussgespräch 2020/21 fand am 01.04.2022 statt.

Jahresabschluss zum 31.08.2021 der Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH

Bilanz	31.8.2021	31.08.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	20.601	22.505	-1.904	-8,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	85	123	-38	-30,6
Sachanlagen	20.516	22.383	-1.866	-8,3
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	50.808	39.961	10.847	27,1
Vorräte	1.937	1.765	172	9,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48.787	38.105	10.682	28,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	84	91	-7	-7,6
Rechnungsabgrenzungsposten	407	300	107	35,7
Bilanzsumme	71.816	62.766	9.050	14,4
PASSIVA				
Eigenkapital	24.523	22.224	2.299	10,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	99.568	97.537	2.031	2,1
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-75.070	-75.339	269	-0,4
Sonderposten	7.815	8.267	-452	-5,5
Rückstellungen	18.927	9.830	9.097	92,6
Verbindlichkeiten	20.483	22.078	-1.595	-7,2
Rechnungsabgrenzungsposten	67	367	-300	-81,7
Bilanzsumme	71.816	62.766	9.050	14,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.8.2021	31.8.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.504	9.154	-7.650	-83,6
Gesamtleistung	1.504	9.154	-7.650	-83,6
sonstige betriebliche Erträge	4.195	2.547	1.648	64,7
Materialaufwand	-25.669	-31.100	5.431	-17,5
Personalaufwand	-42.267	-43.926	1.659	-3,8
Abschreibungen	-2.994	-3.042	48	-1,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.876	-8.074	-802	9,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-74.107	-74.440	334	-0,4
Finanzergebnis	-905	-833	-73	8,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-75.012	-75.273	261	-0,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-28	-35	7	-21,2
Ergebnis nach Steuern	-75.040	-75.308	269	-0,4
Sonstige Steuern	-30	-30	-0	0,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-75.070	-75.339	269	-0,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-75.070	-75.339	269	-0,4
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	1.137	1.151	-14	-1,2
davon Arbeitnehmer:innen GmbH	829	833	-4	-0,5
davon gestellte Mitarbeitende	308	318	-10	-3,1
Aufführungen Oper	64	203	-139	-68,5
Aufführungen Schauspiel	102	321	-219	-68,2
Besucher:innen Oper	17.170	133.895	-116.725	-87,2
Besucher:innen Schauspiel	8.673	100.502	-91.829	-91,4

5.1 Frankfurt Ticket RheinMain GmbH

Anschrift: Hanauer Landstraße 417 60314 Frankfurt am Main		Telefon: 0 69/13 40-4 00	E-Mail/Internet: info@frankfurt-ticket.de www.frankfurt-ticket.de
Gründung: 10.11.1997		Unternehmensgegenstand: Marketing, Vertrieb und Verkauf von Eintrittskarten für kulturelle, künstlerische, sportliche oder sonstige Veranstaltungen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, sowie von damit zusammenhängenden oder damit verbundenen Leistungen.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main		7.800 € = 30,00 %	
Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main		5.200 € = 20,00 %	
Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v.d. Höhe		3.250 € = 12,50 %	
Stadt Hanau		2.470 € = 9,50 %	
TriWiCon Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden		2.100 € = 8,08 %	
Stadt Bad Vilbel		1.300 € = 5,00 %	
Stadt Dreieich		1.300 € = 5,00 %	
Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH		650 € = 2,50 %	
Offenbacher Stadtinformation GmbH		650 € = 2,50 %	
Stadt Neu-Isenburg		520 € = 2,00 %	
Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH		500 € = 1,92 %	
Centralstation Veranstaltungs-GmbH		260 € = 1,00 %	
		26.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Feda			
Aufsichtsrat:		7 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr OB Claus Kaminsky	
Mandatsträger der Stadt:		Herr Frank Maiwald	
		Herr StR Claus Möbius	
		Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Martin Michel	
		Herr Dr. OB a. D. Helmut Müller	
		Herr Holger Reuter	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %			

A. Ausblick 2021/2022

Mit zunehmend sinkenden Inzidenzzahlen Ende Mai/Anfang Juni 2021 und den damit einhergehenden Lockerungen konnte ein leichter Anstieg der Nachfrage nach Tickets für Veranstaltungen verzeichnet werden. Die weitergehenden Lockerungsmaßnahmen ab Ende Juli 2021 wirkten sich positiv auf das Geschäft aus. Die Nachfrage nach Tickets für Veranstaltungen, die zurzeit unter Berücksichtigung spezieller Hygienekonzepte durchgeführt wurden, stieg deutlich. Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat eine Wirtschaftsplanung für das

Geschäftsjahr 2021/2022 vorgelegt. Die Planung für das Geschäftsjahr 2021/2022 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -67 T€ ab und legt operative Unternehmenserträge in Höhe von 2,61 Mio. € zu Grunde. Die operativen Unternehmenserträge setzen sich aus den Vorverkaufgebühren, den Systemgebühren und den Versandgebühren sowie den sonstigen Erlösen zusammen. Im Dezember 2021 wurden wieder strenge Schutzmaßnahmen erlassen, die auch das Veranstaltungsgeschäft und Kulturangebote (zum Beispiel Theater, Opern, Kinos und Konzerte) betrafen. Ab

Februar 2022 wurden die Maßnahmen sukzessive wieder gelockert, so dass verstärkte Angebote möglich waren. Nach wie vor bestehen Unsicherheiten hinsichtlich des Verkaufs von Tickets für Veranstaltungen. So konnten z. B. Tickets für die Burgfestspiele in Bad Vilbel sowie der Brüder Grimm Festspiele in Hanau, die in 2021 jeweils unter Pandemiebedingungen stattfanden, verkauft werden.

Die weitere Dauer und Intensität der Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Folgen für die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft lassen sich derzeit nicht verlässlich abschätzen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2020/2021

Allgemeines

Die Gesellschaft hat ein abweichendes Geschäftsjahr jeweils vom 01.07. bis zum 30.06.

Der Geschäftsverlauf der Frankfurt Ticket RheinMain GmbH im Geschäftsjahr 2020/2021 wurde durch die Ausbreitung der Corona-Pandemie und die von der Bundesregierung verhängten Kontaktsperrungen zur Eindämmung der Pandemie sowie die von der hessischen Landesregierung ausgesprochenen Auflagen für die Durchführung von Großveranstaltungen stark beeinflusst. Die Absagen von für die Frankfurt Ticket RheinMain GmbH wirtschaftlich bedeutenden Großereignissen im Jahr 2020 – wie zum Beispiel der Hessentag in Bad Vilbel und die Brüder Grimm Festspiele in Hanau – haben sich negativ auf die Geschäftsentwicklung ausgewirkt. Im Sommer 2020 hat die Gesellschaft durch den Verkauf von personalisierten Eintrittskarten für den Frankfurter Zoo und für die Schwimmbäder in Frankfurt am Main, Hanau, Bad Vilbel, Friedrichsdorf und Bad Soden neue Kunden gewonnen und entsprechende Umsätze generiert. Es folgten ein Teil-Lockdown in November 2020, der später noch verschärft wurde. Daraufhin wurden am 16.12.2020 sämtliche Vorverkaufsstellen geschlossen. Die Umsatzerlöse aus Ticketverkäufen sind durch die Absage von Veranstaltungen in dem Zeitraum von Anfang November 2020 bis Ende Mai 2021 eingebrochen. Um die Umsatzausfälle zu kompensieren, hat die Gesellschaft Gemeinkosten weiter reduziert und Kosteneinsparungen u. a. durch die Reduzie-

rung von Werbemaßnahmen und Anzeigenschaltungen sowie ein umfassendes Kostenmanagement in allen Bereichen betrieben. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurde im Geschäftsjahr 2020/2021 die Kurzarbeit auf fast alle Abteilungen der Frankfurt Ticket RheinMain GmbH ausgeweitet. Ab Mitte Mai wurde die Kurzarbeit auf die gesamte Belegschaft ausgeweitet, die Mitarbeitenden bauten Überstunden und Urlaub ab.

Um Umsatzausfälle zu kompensieren, wurden Werbemaßnahmen ausgesetzt sowie ein umfassendes Kostenmanagement in allen Bereichen eingeführt, um die Gemeinkosten zu reduzieren und die Liquidität zu sichern. Außerordentliche Wirtschaftshilfen für November und Dezember 2020 wurden beantragt, für den November die Hilfen bewilligt und im Februar 2021 ausgezahlt, für den Dezember im März 2021.

Ab Ende Mai 2021 öffnete die Vorverkaufsstelle in Oberursel wieder, gefolgt von Hanau, Neu-Isenburg und der Alten Oper Frankfurt im Juni 2021. Die Vorverkaufsstelle in der B-Ebene der Hauptwache wurde nicht mehr eröffnet und der Mietvertrag zum 31.10.2021 gekündigt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 517 T€ auf 1,99 Mio. € erhöht (Vj. 1,47 Mio. €). Das Anlagevermögen hat im Geschäftsjahr 2020/2021 um 25 T€ auf 49 T€ (Vj. 74 T€) abgenommen, bedingt durch planmäßige Abschreibungen bei gleichzeitigen Investitionen von 16 T€. Das Umlaufvermögen stieg um 543 T€ auf 1,93 Mio. € (Vj. 1,39 Mio. €). Dabei sind insbesondere der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten (+554 T€) ausschlaggebend. Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2020/2021 in Höhe von 71 T€ auf 399 T€ erhöht; damit ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 20,0 % (Vj. 22,3 %). Die Rückstellungen nahmen um 52 T€ auf 281 T€ zu. Auch die Verbindlichkeiten stiegen um 396 T€ auf 1,31 Mio. € (Vj. 915 T€). Die Verbindlichkeiten gegen Gesellschaften stiegen um 304 T€, hauptsächlich bedingt durch ein Darlehen der Gesellschafterin Frankfurt am Main. Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten

(995 T€, Vj. 887 T€) ist im Wesentlichen auf den gestiegenen Bestand der ausgegebenen Gutscheine zurückzuführen.

Der in der Bilanz ausgewiesene Finanzmittelbestand ist zum Bilanzstichtag 30.06.2021 um 554 T€ auf 1,74 Mio. € (Vj. 1,18 Mio. €) gestiegen. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr durch den vorhandenen Finanzmittelbestand gewährleistet. Das Darlehen der Stadt Frankfurt am Main von 300 T€ wurde im Geschäftsjahr vollständig abgerufen.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse sind um 1,38 Mio. € auf 1,09 Mio. € gesunken (Vj. 2,46 Mio. €). Der Umsatzrückgang ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen auf die coronabedingten Absagen von Veranstaltungen zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge nahmen um 797 T€ auf 950 T€ zu (Vj. 153 T€). Der Zuwachs geht auf die ertragswirksamen Vereinnahmung der von der Bundesregierung ausbezahlten Überbrückungshilfen für Unternehmen im Rahmen der „Novemberhilfe“ und der „Dezemberhilfe“ zurück. Der Materialaufwand sank um 196 T€ auf 559 T€ (Vj. 755 T€), analog zu den geringeren Umsätzen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich insbesondere durch Einsparungen im Werbeaufwand um 96 T€ auf 422 T€ (Vj. 518 T€). Der Personalaufwand sank um 303 T€ (917 T€, Vj. 1,22 Mio. €), bedingt durch eine geringere durchschnittliche Beschäftigtenzahl, den Abbau von Personalrückstellungen und die

Kurzarbeit über alle Abteilungen. Die Abschreibungen verringerten sich um 10 T€ auf 42 T€ (Vj. 52 T€). Das Finanzergebnis verschlechterte sich leicht um 5 T€ (-24 T€, Vj. -19 T€).

Damit ergab sich ein Jahresüberschuss von 71 T€ bei einem geplanten Jahresfehlbetrag von -495 T€. Die hohe Abweichung zum Plan ergibt sich aus den November- und Dezemberhilfen des Bundes, die zusammen mit dem Kurzarbeitergeld die Ausfälle im Geschäftsjahr 2020/2021 kompensieren konnten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Stadt Frankfurt am Main hat der Gesellschaft ein Darlehen von 300 T€ gewährt (Stand 30.06.2021).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Gesamtbezüge von Herrn Feda betragen im Geschäftsjahr 17 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 600 €.

**Jahresabschluss zum 30.06.2021 der
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH**

Bilanz	30.6.2021	30.06.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	49	74	-25	-34,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	20	33	-13	-38,4
Sachanlagen	27	40	-13	-32,0
Finanzanlagen	2	2	0	0,0
Umlaufvermögen	1.932	1.389	543	39,1
Vorräte	28	26	2	6,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	169	182	-12	-6,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.735	1.181	554	46,9
Rechnungsabgrenzungsposten	9	9	-1	-8,3
Bilanzsumme	1.990	1.473	517	35,1
PASSIVA				
Eigenkapital	399	328	71	21,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	143	143	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	159	108	52	47,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	71	52	19	37,1
Rückstellungen	281	228	52	22,8
Verbindlichkeiten	1.310	915	396	43,3
Rechnungsabgrenzungsposten	0	2	-2	-
Bilanzsumme	1.990	1.473	517	35,1
Gewinn- und Verlustrechnung	30.6.2021	30.6.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.085	2.463	-1.378	-56,0
Gesamtleistung	1.085	2.463	-1.378	-56,0
sonstige betriebliche Erträge	950	153	797	520,3
Materialaufwand	-559	-755	196	-26,0
Personalaufwand	-917	-1.220	303	-24,8
Abschreibungen	-42	-52	10	-19,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-422	-518	96	-18,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	95	70	24	34,4
Finanzergebnis	-24	-19	-5	27,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	71	52	19	37,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	-
Ergebnis nach Steuern	71	52	19	37,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	71	52	19	37,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	71	52	19	37,1
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	38	42	-4	-9,5

5.2 Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)

Anschrift: Zeil 5 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-4 84 81	E-Mail/Internet: kitafrankfurt@stadt-frankfurt.de www.kitafrankfurt.de
Gründung: 01.01.2008	Unternehmensgegenstand: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab 8 Wochen bis zum Ende der Grundschulzeit in Kindertageseinrichtungen und/oder in Schulen unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen gemäß SGB VIII sowie auf Grundlage des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans in Kooperation mit Schulen sowie den im Land Hessen geltenden Bestimmungen und städtischen Vorgaben.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 3.000.000 € = 100,00 % 3.000.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Frau Gabriele Bischoff		
Betriebskommission:	15 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Frau StRin Sylvia Weber	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Frau Stv Ayse Dalhoff	
	Frau Stv Sabine Fischer	
	Frau Stv Julia Frank-Millman	
	Frau StRin Ina Hauck	
	Frau Stv Dana Kube	
	Frau Stv Sylvia Kunze	
	Herr Stv Peter Thoma	
	Frau StRin Elke Voitl	
	Frau StRin Sylvia Weber	
	Frau StRin Stephanie Wüst	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder:	Herr Ralf Burger (AN)	
	Herr Ralf Fröhlich (AN)	
	Frau Gaby Hagmans	
	Frau Prof. Dr. Ute Schaich	

A. Ausblick 2022

Die Corona-Pandemie wirkt sich auch in 2022 unmittelbar auf die Arbeit in den Einrichtungen und in der Zentrale des Eigenbetriebes Kita Frankfurt aus. In seiner Risikobetrachtung für das Krisenjahr 2022 schließt der Eigenbetrieb nicht aus, dass im Herbst erneut hohe Ausfallzeiten von Personal und besondere Hygieneverordnungen das Tagesgeschäft bestimmen. Inwieweit dies auch mit höheren Aufwendungen und geringeren Erlösen verbunden ist, lässt sich aktuell schwer prognostizieren.

Für das Wirtschaftsplanjahr 2022 erwartet der Eigenbetrieb bei geplanten externen Erlösen von rd. 61 Mio. € einen Jahresverlust von -149 Mio. €. Die Höhe des Zuschusses der Stadt Frankfurt am

Main beläuft sich auf 148,06 Mio. € und basiert auf dem vorliegenden Haushaltsplan 2022. Mögliche Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Kostenentwicklung sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Der Eigenbetrieb rechnet damit, dass die weiteren Auswirkungen der Corona-Pandemie, die multiplen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sowie die steigenden Energie- und Heizkosten auch Einfluss auf den Eigenbetrieb haben werden, welcher zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden kann. Es ist zu befürchten, dass sich die Energie- und Heizkosten, insbesondere in den Einrichtungen, 2022 derart verteuern, dass sie sich mit den Kalkulationen im Wirtschaftsplan 2022 nicht

decken. Sie müssen im Jahresverlauf genauestens beobachtet werden, um rechtzeitig auf die Kostenentwicklung und die wirtschaftliche Steuerung entsprechend Einfluss nehmen zu können. Der Eigenbetrieb geht derzeit davon aus, dass der Wirtschaftsplan 2022 insgesamt eingehalten wird. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zum städtischen Haushalt 2022 steht noch aus. Aufgrund der städtischen Konsolidierungsvorgaben sollen dem Eigenbetrieb zur Aufrechterhaltung des Betriebes die nicht verausgabten Restmittel aus 2021 nach 2022 übertrogen werden.

Aufgrund der Corona-Pandemie zeichnet sich ein zunehmender Aufwand, insbesondere für die Corona-Testungen von Kindern, ab. Zur Deckung dieser Mehraufwendungen für den Zeitraum bis einschließlich April 2022 hat der Eigenbetrieb über die Stadt Frankfurt am Main anteilige Landesmittel für Corona-Schutzmaßnahmen beantragt.

Der exorbitant gestiegene Fachkräftemangel in den Kitas der Rhein-Main-Region resultiert u. a. aus den steigenden Betreuungsbedarfen und der damit verbundenen zunehmenden Anzahl an Kinderbetreuungseinrichtungen verschiedener Träger. Zudem hat der Fachkräftemangel, insbesondere in den Ballungsgebieten, aufgrund der Corona-Pandemie besonders in 2021 zugenommen, so dass aufgrund personeller Engpässe im Berichtsjahr häufig Zeitarbeits- und Aushilfskräfte in den Einrichtungen eingesetzt werden mussten. Der enorme Fachkräftemangel dürfte sich erwartungsgemäß weiter verschärfen, da immer mehr Einrichtungen in Frankfurt am Main entstehen müssen, gleichzeitig aber 20 % der pädagogischen Belegschaft in Rente gehen wird und für das Jahr 2025 der Rechtsanspruch auf Schulkinderbetreuung postuliert ist. Die größte Herausforderung besteht für Kita Frankfurt weiterhin darin, dem demografischen Wandel zu begegnen und für die Zukunft genügend Personal auszubilden und zu rekrutieren.

Aufgrund des steigenden Mangels an sozialpädagogischen Fachkräften und des damit verbundenen starken Wettbewerbs unter den Trägern in Frankfurt am Main wird die Personalgewinnung von neuen Mitarbeitenden und Auszubildenden weiterhin von zentraler Bedeutung sein und weiterhin ein großes

Engagement von Personalentwicklung, Marketing und Personal Recruiting erfordern. Das seit 2021 angewandte neue Recruiting- und Auswahlverfahren hat maßgeblich zu einem schnellen und erfolgreichen Auswahlverfahren für pädagogische Fachkräfte in den Einrichtungen beigetragen.

Die abnehmende Tendenz an Bewerbungen von Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten hat sich in 2021 erwartungsgemäß weiter fortgesetzt. Das vom Eigenbetrieb rechtzeitig erkannte Erfordernis, mehr „Quereinsteiger:innen“ im dualen System zum Erzieher:innen Beruf auszubilden, hat sich bereits gelohnt und wurde 2021 durch Corona nicht ausgesetzt.

Kita Frankfurt macht seit über vier Jahren durchweg gute Erfahrungen mit dem Einsatz von spanischen Fachkräften. Die bewährte Kooperation zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland soll zukünftig fortgesetzt werden. Die duale Ausbildung in Kooperation mit inzwischen vier Berufsfachschulen in Frankfurt sowie Schulen außerhalb Frankfurts wird in 2022 weiter intensiviert, die Ausbildungsverläufe sollen zunehmend weiter im Betrieb eng abgestimmt und verbessert werden.

Da geplante Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Berichtsjahr teilweise nicht im avisierten Zeitraum umgesetzt werden konnten, sieht der Eigenbetrieb auch zukünftig das Risiko, das nicht genügend gute und attraktive Betreuungsplätze angeboten werden können. Kita Frankfurt rechnet damit, dass sich geplante Baumaßnahmen, hauptsächlich aufgrund der starken Auslastung des Amtes für Bau und Immobilien, weiterhin verzögern und damit notwendige Verbesserungsmaßnahmen in alten Einrichtungen ebenfalls. Es ist zu befürchten, dass auch die geplanten Arbeiten zum Thema verbesserte Sicherheit aufgrund der langwierigen Baubeauftragung sowie voller Auftragsbücher bei den meisten Handwerksfirmen nicht in der erwünschten Geschwindigkeit umgesetzt werden. Um diese Situation zu verbessern, sollen erfahrene Fachfirmen im Umfeld der Stadt den Eigenbetrieb unterstützen.

Durch die personelle Erweiterung sowie die Besetzung vakanter Stellen im Fachbereich Liegenschaften soll die Projektsteuerung und -umsetzung weiter verbessert werden.

Das vom Bundestag in 2019 beschlossene „Gute-Kita-Gesetz“ soll die Länder mit insgesamt 5,5 Mrd. € bei Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der Kinderbetreuung unterstützen. Von den insgesamt zehn auszuwählenden Handlungsfeldern hat sich das Land Hessen für Investitionsmaßnahmen zwecks „verbesserter personeller Ausstattung in Kitas“ und „verbesserter Sachmittelausstattung“ im Bereich Sprachförderung und Inklusion entschieden. Im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes hat Kita Frankfurt eine Beschlussvorlage zur verbesserten Personalausstattung in den Einrichtungen – unter Einbeziehung der Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe zum Thema Personalkostenentwicklung mit dem Stadtschulamt – erarbeitet, die nach Beschluss der Betriebskommission am 05.04.2022 noch von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden muss. Zu den beiden wesentlichen Maßnahmen für eine verbesserte Personalbemessung zählen – in Anlehnung an das verbesserte Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetz – die Erhöhung kalkulierter Ausfallzeiten von Fachkräften von 15 % auf 22 % sowie die Freistellung von Leitungen auf 20 % (maximal 1,5 Stellen pro Einrichtung).

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Eigenbetrieb hat seit 01.10.2008 die Betriebs-trägerschaft für alle städtischen Einrichtungen für Kinder von null bis zwölf Jahren mit der entsprechenden pädagogischen und organisatorischen Verantwortung inne. Die durch den Eigenbetrieb erbrachten Leistungen tragen dazu bei, das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gemäß § 5 SGB VIII sicherzustellen. Zu diesen Leistungen gehören die Sicherung und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards für die Arbeit mit Kindern und ihren Familien ebenso wie die anforderungsgerechte, personelle und materielle, betriebliche Ausstattung und Organisation, weiterhin die Bereitstellung von hierzu benötigten Räumen und Flächen, einschließlich deren Instandhaltung und Wartung. Insgesamt betreibt der Eigenbetrieb elf Krippen, 19 Kindergärten (teilweise mit U3-Erweiterung), 101 Doppelbetriebe (gemischte Kindergärten und Horte, teilweise mit U3-Erweiterung), elf Horte und

fünf erweiterte schulische Betreuungen in eigenen und teils in angemieteten Räumlichkeiten bzw. in Schulgebäuden. In nunmehr 147 Kindertagesstätten wurden im Berichtszeitraum durchschnittlich 13.024 Plätze für Kinder im Alter von acht Wochen bis zwölf Jahren vorgehalten, davon 1.282 Plätze für Unter-Dreijährige, 6.425 Kindergartenplätze und 5.317 Hortplätze.

Auch in 2021 haben Eltern Kinder pandemiebedingt früher vom Platzangebot abgemeldet, sei es aufgrund der Notwendigkeit Geld zu sparen oder aufgrund der Vorsicht Kinder wegen Corona lieber zu Hause zu behalten. Die Zahl der Plätze und der Auslastung der unterschiedlichen Einrichtungsformen entwickelte sich im Jahresdurchschnitt dennoch gut. Zudem wurden auch in 2021 - für die Monate Januar bis Mai - Elternentgelte für Betreuung und Essen teilweise oder ganz erlassen. Dies führte zu Einnahmefällen beim Eigenbetrieb und bedeutete einen hohen Verwaltungsaufwand

Vor dem Hintergrund des steigenden Drucks auf den Fachkräftemarkt in Frankfurt am Main waren die Personalentwicklung und Personalgewinnung – insbesondere von pädagogischen Fachkräften – auch im Jahr 2021 von großer Bedeutung. Im Vergleich zum Vorjahr fanden jedoch deutlich weniger Aktionen und Veranstaltungen zur Personalgewinnung, Potentialentwicklung, Ausbildung und Qualifizierung statt, weil Corona dies nicht ermöglichte.

Zur Unterstützung der pädagogischen Qualitätsentwicklung wurden digitale Fortbildungsformate beworben und die Ausstattung der Einrichtungen optimiert, um die digitalen Formate wahrnehmen zu können.

Die Anzahl der Auszubildenden und Berufspraktikanten/Berufspraktikantinnen hat sich gegenüber dem Vorjahr erneut erhöht und beläuft sich auf 177 Personen. Zudem hat Kita Frankfurt weitere 104 Personen in pädagogischer Ausbildung begleitet: 63 Praktikanten/Praktikantinnen im freiwilligen sozialen Jahr, 35 Sozialassistenten/Sozialassistentinnen und sechs Praktikanten/Praktikantinnen zur Sozialen Arbeit.

Bezogen auf die Ausbildungsmodelle zeigt sich weiterhin eine abnehmende Tendenz bei der vollschulischen Ausbildung mit dem Berufspraktikum,

während das duale Ausbildungsformat (mit Gehalt über drei Jahre) zunehmend gewählt wird.

Das Jahr 2021 war weiterhin von der Corona-Pandemie geprägt, welche die Arbeit und die Gesamtlage des Betriebes stark beeinflusste. Kita Frankfurt arbeitete eng mit der Stadt sowie diversen Ämtern und der Politik zusammen, um diese schwere Krise gut zu bewältigen. Der Betrieb der Einrichtungen konnte mit Ausnahme von Schließungen und Teilschließungen im ersten Halbjahr 2021 aufrecht gehalten werden. Dies erforderte einen permanent hohen Kommunikations- und Unterweisungsbedarf, Gefährdungsbeurteilungen, die Ausstattung mit zahlreichen Hilfsmitteln sowie eine intensive Beratung und Unterstützung der Einrichtungen.

Darüber hinaus wurde die Organisation des Betreuungsangebots durch den Ausfall von vielen Mitarbeitenden, die als Zugehörige der Risikogruppe ihre Erziehtätigkeit nicht mehr ausüben durften, aber v. a. auch verhängte Quarantänemaßnahmen oder die Corona-Infektion sowie die Maßgabe, nur noch in festen Gruppen mit stabilem Personal zu arbeiten, enorm erschwert.

Hauptschwerpunkt des Unterstützungsangebotes bildete das Thema Zusammenarbeit mit Familien unter Pandemiebedingungen. Da sich Eltern aufgrund der Pandemie kein eigenes Bild von der Atmosphäre und den Abläufen in der Einrichtung machen konnten, wurden hierzu digitale Formate weiterentwickelt. Neben der Zusammenarbeit mit Familien stellte der Kinderschutz 2021 und v. a. das Thema Beteiligung der Kinder als eine Form des präventiven Kinderschutzes ein wichtiges Schwerpunktthema dar.

Die fortschreitende Digitalisierung von Arbeitsprozessen der zumeist sehr großen Organisationseinheiten als auch die Corona-Pandemie erforderten eine gute Ausstattung der Einrichtungen mit Hard- und Software. Folglich wurde die zeitgemäße IT-Ausstattung in allen 147 Einrichtungen von Kita Frankfurt auch in 2021 weiter vorangetrieben. Neben dem Bereich der Medienpädagogik findet die PC-Nutzung auch für die pädagogische Vorbereitung statt. Die eingesetzte Kita-Verwaltungssoftware NH-Kita, ein betriebseigenes Intranet und Füh-

rungskräfteportal als auch die digitalisierte Bewerberplattform REXX sowie die AZE in allen Einrichtungen zeugen von der zunehmenden Professionalisierung der IT des Eigenbetriebs und waren zugleich hilfreiche Instrumente zur Bewältigung der Arbeit in Pandemiezeiten.

Des Weiteren hat sich das Thema Social Media zu einem wichtigen Bestandteil von Branding, Kommunikation und Marketing des Eigenbetriebs entwickelt. Insbesondere Facebook wurde intensiv von der Stabsstelle Öffentlichkeit und dem Bereich Personalentwicklung genutzt, um Eltern über Entwicklungen und Entscheidungen während der Corona-Krise zu informieren. Neben Kommunikationszwecken wird der Social-Media Bereich auch zur Außendarstellung des Eigenbetriebs und zur Werbung von Fachkräften eingesetzt.

Daneben zählte der Eigenbetrieb die zeitgerechte Realisierung von wichtigen Bauvorhaben zu den schwierigsten Herausforderungen für Kita Frankfurt in 2021. Trotz der verlangsamten Bevölkerungszunahme in Frankfurt ist zukünftig – auch wegen einer steigenden Anzahl an Flüchtlingen – mit einem Bedarfsanstieg an Kinderbetreuungsplätzen zu rechnen.

Gleichzeitig werden umfängliche Investitionen in Bau- und Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Die weiterhin große Anzahl alter Liegenschaften und damit einhergehend die Sanierungsbedürftigkeit oder die Notwendigkeit für Ersatzneubauten – unter Berücksichtigung von Brandschutzauflagen, Barrierefreiheit, technischer Standards – führen zu einem hohen Umsetzungsdruck auf den Eigenbetrieb. Neben dem Umbau und der Sanierung bestehender Kinderbetreuungseinrichtungen liegt der Schwerpunkt auf der Suche nach Liegenschaften, Bauplätzen und (neuen) Immobilien. Durch die enorme Bautätigkeit der Stadt Frankfurt am Main, auch an Schulen und anderen städtischen Gebäuden, ist das Amt für Bau und Immobilien stark ausgelastet, so dass eine zeitgerechte Umsetzung aller dringend erforderlichen Baumaßnahmen nicht erfolgen konnte.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen sowie dem Sanierungsbedarf bestehender Liegenschaften wurden auch in

2021 umfangreiche Bau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Hierzu zählen u. a. der Abriss und Ersatzneubau des Kinderzentrums Lauterbacher Straße (KiZ 75), der Abriss und Neubau der Kinderzentren Kelsterbacher Straße (KiZ 122) und Rohmerplatz (KiZ 142), sowie die Sanierung und der Erweiterungsbau des Kinderzentrums Hügelsstraße (KiZ 52). Viele weitere Liegenschaften mussten zur energetischen Ertüchtigung saniert und den heutigen baulichen Standards angepasst werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 9,49 Mio. € auf 187,37 Mio. € gestiegen. Auf der Aktivseite haben neben der Zunahme der im Anlagevermögen erfassten geleisteten Anzahlungen im Bau um 1,48 Mio. € insbesondere der Anstieg der Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main im Bereich des Umlaufvermögens um 9,25 Mio. € dazu beigetragen. Letztere betreffen hauptsächlich das Guthaben bei der Stadtkasse. Die Erhöhung des Anlagevermögens erklärt sich im Wesentlichen durch die Fertigstellung von Neu-, Erweiterungs- und Umbauten.

Auf der Passivseite betrifft die Bilanzzunahme insbesondere die drei Positionen Eigenkapital, Sonderposten für Investitionszuschüsse sowie die Rückstellungen. Die größte Steigerung ist beim Eigenkapital zu verzeichnen, welches sich um 5,44 Mio. € auf 57,43 Mio. € erhöht hat. Die Veränderung des Eigenkapitals ergibt sich als Saldo aus der Zunahme der Kapitalrücklage um 6,24 Mio. € auf 325,07 Mio. €, der Abnahme des Verlustvortrags um 1,65 Mio. € auf 134,11 Mio. € sowie des um 2,45 Mio. € höheren Jahresfehlbetrags.

Der Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse - im Wesentlichen bestehend aus Zuschüssen für Neubau- oder Erweiterungsmaßnahmen bei den Kinderzentren sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung - hat sich um 1,95 Mio. € auf 90,07 Mio. € erhöht (als Saldo aus Auflösung (6,67 Mio. €) und Zugängen (8,63 Mio. €) sowie Abgängen (-160 T€)). Des Weiteren haben sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen auf Basis der Berechnungen der Stadt Frankfurt am Main um 1,99 Mio. € auf 17,84 Mio. €

sowie die Rückstellung für Altersteilzeit Flex um 401 T€ auf 1,79 Mio. € erhöht.

Der Eigenbetrieb verfügt aufgrund der jährlichen Einlage der Stadt Frankfurt am Main (auf Grundlage des Wirtschaftsplans) über ausreichend Liquidität, um jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von -136,56 Mio. € (Vj. -134,11 Mio. €) ab. Der Jahresfehlbetrag wird durch eine Teilauflösung der Kapitalrücklage aus Einlagen durch die Stadt Frankfurt am Main ausgeglichen. Die im Jahr 2021 geleisteten städtischen Einlagen betragen 142,00 Mio. €. Trotz einer signifikanten Verbesserung der Gesamtleistung um 4,26 Mio. € konnten die im Berichtsjahr deutlich höheren Betriebsaufwendungen nicht kompensiert werden, wodurch sich das Betriebsergebnis um 2,49 Mio. € auf -136,11 Mio. € gegenüber dem Vorjahr verschlechtert hat.

Auf der Ertragsseite wurden um 4,35 Mio. € auf 60,06 Mio. € gestiegene Umsatzerlöse realisiert. Die deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus um 3,44 Mio. € höheren Zuschüssen aus Fördermaßnahmen des Landes und des Bundes von insgesamt 40,3 Mio. €. Von den Mehrerlösen entfallen 2,28 Mio. € auf Erstattungen des Landes für Gebührenauffälle, 508 T€ Erstattungen aus dem Landesprogramm Fachkräfteoffensive sowie 449 T€ auf höhere Pauschalen für die entgeltfreie Betreuung von Kita-Kindern.

Der Anstieg des Betriebsaufwandes von 190,43 Mio. € auf 197 Mio. € ist maßgeblich auf einen höheren Aufwand für Material (-4,64 Mio. €) und Personal (-2,66 Mio. €) zurückzuführen. Die Zunahme des Materialaufwands von 40,56 Mio. € auf 45,20 Mio. € und damit um 11,4 % wird überwiegend durch Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen (2,14 Mio. €) verursacht. Der Mehraufwand im Vorjahresvergleich betrifft mit 1,4 Mio. € die Bauunterhaltung sowie mit 560 T€ die Prüfungen von technischen Anlagen nach technischer Prüfverordnung inkl. deren Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen.

Der im Berichtsjahr von 144,16 Mio. € auf 146,81 Mio. € gestiegene Personalaufwand resultiert insbesondere aus den Tariferhöhungen für Beamte um 1,4 % zum 01.01.2021 und für Beschäftigte um 1,4 % zum 01.04.2021 sowie eine gestiegene Anzahl von 31,6 Vollbeschäftigten.

Im Jahr 2021 waren bei Kita Frankfurt durchschnittlich 2.686 (Vj. 2.620) Mitarbeitende (ohne Honorar- und Zeitarbeitskräfte) beschäftigt.

Die gegenüber dem Vorjahr um 822 T€ auf 4,35 Mio. € gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergeben sich insbesondere aus Wertberichtigungen auf Forderungen (107 T€) und Forderungsverlusten (407 T€) sowie periodenfremden Aufwendungen (124 T€).

Bei der Darstellung der Abschreibungen wurde die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 6,67 Mio. € (Vj. 6,50 Mio. €) saldiert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 30.04.2020 für das Planjahr 2021 und am 25.02.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 15.06.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	156.605	155.122	1.482	1,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	379	544	-166	-30,4
Sachanlagen	156.226	154.578	1.648	1,1
Umlaufvermögen	30.729	22.735	7.995	35,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29.473	21.429	8.044	37,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.256	1.306	-50	-3,8
Rechnungsabgrenzungsposten	33	25	8	30,6
Bilanzsumme	187.367	177.882	9.485	5,3
PASSIVA				
Eigenkapital	57.429	51.985	5.444	10,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	3.000	3.000	0	0,0
Kapitalrücklage	325.069	318.829	6.240	2,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	27	27	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-134.110	-135.760	1.650	-1,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-136.556	-134.110	-2.446	1,8
Sonderposten	90.069	88.117	1.952	2,2
Rückstellungen	26.942	24.697	2.245	9,1
Verbindlichkeiten	12.719	12.881	-162	-1,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	841	1.207	-366	-30,3
Rechnungsabgrenzungsposten	209	202	6	3,2
Bilanzsumme	187.367	177.882	9.485	5,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	60.057	55.706	4.350	7,8
Gesamtleistung	60.057	55.706	4.350	7,8
sonstige betriebliche Erträge	7.501	7.591	-90	-1,2
Materialaufwand	-45.196	-40.561	-4.635	11,4
Personalaufwand	-146.814	-144.159	-2.655	1,8
Abschreibungen	-7.306	-7.025	-281	4,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.354	-5.175	822	-15,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-136.112	-133.622	-2.490	1,9
Finanzergebnis	-441	-484	43	-8,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-136.553	-134.106	-2.447	1,8
Ergebnis nach Steuern	-136.553	-134.106	-2.447	1,8
Sonstige Steuern	-3	-4	1	-18,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-136.556	-134.110	-2.446	1,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-136.556	-134.110	-2.446	1,8
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.686	2.620	66	2,5
Plätze in Kinderkrippen (8 Wochen bis i.d.R. 3 Jahre)	1.282	1.214	68	5,6
Auslastung der Kinderkrippen (in %)	88	86	2	2,1
Plätze in Kindergärten (3 bis i.d.R. 6 Jahre)	6.425	6.439	-14	-0,2
Auslastung der Kindergärten (in %)	98	97	2	1,6
Plätze in Horten (6 bis i.d.R. 10 bzw. 12 Jahre)	5.317	5.367	-50	-0,9
Auslastung der Horte (in %)	94	96	-2	-2,0

5.3 Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH

Anschrift: Mörfelder Landstraße 362 60528 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/67 80 40	E-Mail/Internet: info@sportparkstadion.de www.sportparkstadion.de
Gründung: 25.10.1985	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports durch Bereitstellung des Stadions und weiterer Sporteinrichtungen für die Bevölkerung der Stadt Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main. Daneben sollen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen sportliche und kulturelle - auch internationale - Großveranstaltungen durchgeführt werden.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 255.750 € = 100,00 % 255.750 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Clarissa Böckl		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Mike Josef	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Herr StR Mike Josef	
	Frau Stv Natascha Kauder	
	Herr Stv Jan Klingelhöfer	
	Herr StR Claus Möbius	
	Frau StRin Stephanie Wüst	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2022

Seit Beginn der Corona-Pandemie waren der Bundesliga-Spielbetrieb und die Durchführung von Veranstaltungen im Stadion immer wieder hinsichtlich der zugelassenen Zuschauer:innen-Zahlen eingeschränkt. Letztmals gab es sogenannte „Geisterspiele“ in der Wintersaison 2021/2022. In solchen Fällen leistet die Eintracht Frankfurt Stadion GmbH (EFS), wie auch im vergangenen Jahr, nur die vertraglich vereinbarte reduzierte „Pandemiemiete“. Für die zweite Jahreshälfte hat die Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH (SSF) im modifizierten Wirtschaftsplan 2022 angenommen, dass ein Stadionsommer mit Konzerten und anderen Veranstaltungen stattfinden kann und dass ab der neuen Bundesliga-Saison 2022/2023 unbeschränkte Zuschauer:innen-Zahlen möglich bleiben, so dass die reguläre Stadionmiete fällig würde. Hier bleibt abzuwarten, in welchem

Umfang die Pandemielage dies zulässt. Aufgrund von bestehenden Festpreisverträgen für Strom bzw. Gas/ Wärme haben die Energiepreissteigerungen noch keine umfänglichen Auswirkungen auf die Gesellschaft.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Mit Laufzeitbeginn 01.07.2020 wurde mit der EFS ein gewerblicher Stadionmietvertrag über die Nutzung des „Deutsche Bank Park“ für die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen. Die Nutzung erfolgt zu 80 % durch die EFS und zu 20 % durch die Stadt Frankfurt am Main bzw. die SSF. Die SSF ist für die Erbringung des technischen Gebäudemanagements zuständig, die EFS für das infrastrukturelle Gebäudemanagement. Darüber hinaus ist die SSF für die Sportanlage am Bornheimer Hang mit der PSD-Bank Arena verantwortlich, für die ein Nutzungs-

und Betreuungsvertrag mit dem FSV Frankfurt besteht. Die SSF betreibt zudem die Wintersporthalle und die Sportanlage Louisa.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 121,54 Mio. € auf 118,92 Mio. € zurückgegangen (-2,61 Mio. €). Ursächlich für den Rückgang sind auf der Aktivseite die fortschreitenden Abschreibungen auf das Anlagevermögen, während sich das Umlaufvermögen bei den Kassenbeständen/Guthaben Kreditinstituten gegenüber Vorjahr wieder leicht erholt hat. Auf der Passivseite wirken sich das coronabedingt negative Jahresergebnis und der wegen des Vorjahresergebnisses deutlich höhere Verlustvortrag aus, ferner der ratierlich reduzierte Sonderposten für Investitionszuschüsse sowie abnehmende Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Das Eigenkapital ist wegen der höheren städtischen Zuzahlungen in die Kapitalrücklage (6,22 Mio. €) um 1,28 Mio. € auf 64,16 Mio. € gestiegen, trotz des abermals deutlichen Jahresfehlbetrags von -4,94 Mio. €.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis zeigt sich mit -4,94 Mio. € um 3,58 Mio. € gegenüber dem Vorjahr verbessert. Dies ist in erster Linie auf höhere Umsatzerlöse (+5,01 Mio. €) zurückzuführen. Anders als im Vorjahr gab es zeitweise keine oder weniger strenge pandemiebedingte Beschränkungen für die Stadionnutzung, so dass die spieltagsbezogene Pauschalmiete mit der genehmigten Zuschauer:innen-Kapazität entsprechend höher ausfiel. Im Materialaufwand wirken sich vor allem höhere Energiekosten sowie höhere Aufwendungen für das technische Gebäudemanagement aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2021 Mittel von rund 1,49 Mio. € zzgl. 4,74 Mio. € Reste zur Verfügung, welche vollständig ausgezahlt wurden.

Weiterhin hat die Stadt Frankfurt am Main Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) von 31,03 Mio. € (Stand 31.12.2021, Restschuld ohne Zinsen) übernommen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge von Frau Böckl betragen im Geschäftsjahr 156 T€.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr 1,4 T€ Sitzungsgelder (100 € pro Sitzung und Mitglied) ausgezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 05.11.2020 für das Planjahr 2021 sowie am 09.11.2021 und 07.04.2022 für den (modifizierten) Wirtschaftsplan für das Planjahr 2022. Das Jahresabschlussgespräch 2021 wurde am 08.04.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	115.490	118.792	-3.302	-2,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0,0
Sachanlagen	115.490	118.792	-3.302	-2,8
Umlaufvermögen	3.362	2.685	677	25,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	297	391	-94	-24,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.065	2.294	771	33,6
Rechnungsabgrenzungsposten	71	61	10	16,0
Bilanzsumme	118.924	121.538	-2.614	-2,2
PASSIVA				
Eigenkapital	64.163	62.881	1.282	2,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	108.621	102.398	6.224	6,1
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-39.772	-31.252	-8.520	27,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.942	-8.520	3.578	-42,0
Sonderposten	12.143	12.662	-520	-4,1
Rückstellungen	1.886	1.863	23	1,2
Verbindlichkeiten	40.732	44.081	-3.350	-7,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.264	33.892	-2.628	-7,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	50	-50	-
Bilanzsumme	118.924	121.538	-2.614	-2,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.435	1.426	5.009	351,3
Gesamtleistung	6.435	1.426	5.009	351,3
sonstige betriebliche Erträge	1.945	1.077	868	80,6
Materialaufwand	-3.002	-1.500	-1.501	100,1
Personalaufwand	-976	-1.040	65	-6,2
Abschreibungen	-4.818	-5.174	356	-6,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.951	-1.672	-1.280	76,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-3.367	-6.884	3.517	-51,1
Finanzergebnis	-1.297	-1.357	60	-4,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-4.664	-8.241	3.577	-43,4
Ergebnis nach Steuern	-4.664	-8.241	3.577	-43,4
Sonstige Steuern	-278	-278	0	-0,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.942	-8.520	3.578	-42,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.942	-8.520	3.578	-42,0
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	9	11	-2	-18,2

5.4 Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Sonnemannstraße 13 60314 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-7 15 01 0 69/2 12-7 15 00	E-Mail/Internet: vhs@frankfurt.de www.vhs.frankfurt.de
Gründung: 01.01.1999	Unternehmensgegenstand: Durch Weiterbildungsangebote allen Erwachsenen und Heranwachsenden im Sinne lebenslangen Lernens die Möglichkeit zu bieten, ihre individuelle Bildung zu vertiefen und erweitern, den Lebensalltag aktiv und kreativ zu gestalten, Berufsqualifikationen zu erwerben sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse und Zusammenhänge zu beurteilen und interessenorientiert mitgestalten zu können.	
Gründung: 01.01.1999	Unternehmensgegenstand: Durch Weiterbildungsangebote allen Erwachsenen und Heranwachsenden im Sinne lebenslangen Lernens die Möglichkeit zu bieten, ihre individuelle Bildung zu vertiefen und zu erweitern, den Lebensalltag aktiv und kreativ zu gestalten, Berufsqualifikationen zu erwerben sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse und Zusammenhänge zu beurteilen und interessenorientiert mitgestalten zu können.	
Betriebsleitung: Herr Danijel Dejanovic		
Betriebskommission:	16 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Frau StRin Sylvia Weber	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Dimitrios Bakakis	
	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Frau Stv Monika Christann	
	Frau StRin Anna Grundel	
	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
	Frau Stv Claudia Korenke	
	Frau Stv Dana Kube	
	Frau Stv Sylvia Kunze	
	Frau StRin Dr. Renate Sterzel	
	Herr Stv Peter Thoma	
	Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder:	Herr Prof. Dr. Diether Döring	
	Frau Dr. Brigitte Scheuerle	
	Frau Ute Schlagehan (AN)	
	Herr Thomas Winhold	
	Frau Gabriele Wörrlein (AN)	

A. Ausblick 2022

Die Volkshochschule Frankfurt am Main (VHS) bietet jährlich über 6.000 Kurse an und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum Zusammenhalt in der Stadt Frankfurt am Main.

Die Corona-Pandemie hat weiterhin starken Einfluss auf das Kursgeschehen der VHS und wird zugleich vom Eigenbetrieb als das größte Risiko eingestuft. Seit dem 31.05.2021 ist der Präsenzbetrieb der VHS nur unter Einhaltung strenger Auflagen möglich. Dazu gehören u. a. die Einhaltung der Abstandsregeln, die Absenkung der maximalen Teilnehmendenzahl pro Kurs und damit verbundene erheblich reduzierte Raumressourcen. Die VHS hat

im Zuge der Pandemie gelernt, flexibel auf Unterbrechungen zu reagieren, beispielsweise durch die Umwandlung von Präsenzkursen in digitale Angebote. Gleichwohl ist eine Vielzahl von Aktivitäten mit physischen Kontakten verbunden, so dass Online-Angebote nicht das komplette Angebot kompensieren können.

Die Betriebsleitung stuft die wirtschaftliche Situation der VHS im zweiten Jahr der Pandemie als noch stabil ein, betont jedoch zugleich, dass die Auswirkungen der Pandemie auf die VHS noch nicht in Gänze absehbar sind. Die Rücklagen wurden in 2021 weiter gemindert, so dass der Eigenbetrieb vor neuen strukturellen Herausforderungen steht. Die

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg des Eigenbetriebs ist, dass Kursteilnehmende zeitnah an die VHS zurückkehren und Kursleitende sich nicht durch die Krise beruflich anderweitig orientieren. Weitere Risiken sieht die Betriebsleitung in der Entwicklung der Personalkosten durch Tarifsteigerungen sowie in den steigenden Fixkosten bei Miete und überproportional steigenden Energie- und Nebenkosten. Die Betriebsleitung wertet zudem die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine als ein weiteres erhebliches Risiko. Die sich in der Realwirtschaft niederschlagenden Effekte wie verschärfte Lieferkettenrisiken, höhere Energiebezugskosten und Absatz- und Kreditrisiken betreffen erwartungsgemäß auch unmittelbar die Zielgruppen der Volkshochschulen. In der Folge sind ein erhöhtes Risiko von Buchungsrückgängen und erhöhten Kursausfällen nicht auszuschließen, so dass negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs möglich sind. Aussagen zur zeitlichen Dimension und dem Umfang der Risikoausprägungen der Ukraine-Krise sind aktuell kaum möglich.

Die Weiterentwicklung des neuen Fachbereichs „Sozialer Zusammenhalt“, die Gründung der Akademie des Alters, der Ausbau inklusiver Angebote, die Neuausrichtung der Jungen VHS sowie die Verstetigung des Querschnittsthemas Bildung für nachhaltige Entwicklung sollen das Kursangebotsspektrum der VHS weiter entfalten. Die Fachbereiche planen, bis zum Jahr 2023 einen Unterrichtsumfang ungefähr auf dem Niveau vor der Pandemie zu erreichen. Zudem fokussiert sich die VHS darauf, ihr Angebot im Süden der Stadt auszubauen. Daneben liegt der Fokus der VHS zunehmend auf inklusiven Angeboten, um in diesem Bereich neue Angebotsgruppen zu erschließen.

Das Bildungsangebot hat pandemiebedingt deutlich schneller mehr Digitalisierungsformate erhalten als geplant. Die VHS hat im Berichtsjahr insgesamt fast 30 % ihres Angebotes auf Online-Lernen ausgerichtet. Gleichwohl kennzeichnen der Präsenzunterricht und Vor-Ort-Veranstaltungen weiterhin das Hauptgeschehen der VHS. Der Austausch und die Begegnung beim gemeinsamen Lernen - physisch

oder digital - bleiben das Erkennungsmerkmal der VHS.

Der Zuschuss der Stadt Frankfurt am Main ist für das Jahr 2022 auf 12,33 Mio. € festgelegt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Seit Beginn des Jahres 2021 bis Ende Mai war die VHS aufgrund der Corona-Pandemie durch einen städtischen Beschluss für den Präsenzbetrieb gesperrt. Von dieser Regelung ausgenommen waren lediglich die BAMF-Kurse mit den dazugehörigen Test- und Sprachberatungsterminen, prüfungsvorbereitende und abschlussbezogene Kurse im schulischen und berufsqualifizierenden Bereich. Auch die Integrationskurse konnten in der Zeit vom 26.04. bis 14.05.2021 nicht in Präsenz durchgeführt werden. Insgesamt war die Volkshochschule in 2021 deutlich länger für große Teile des Präsenzbetriebes geschlossen als im Jahr 2020. Die ab Juni durchgeführten Präsenzangebote konnten aufgrund der Rahmenbedingungen und Schutzauflagen nur in kleinen Gruppen mit geringeren Teilnehmendenzahlen stattfinden, so dass die genutzte Raumkapazität lediglich 50 % der vorhandenen Ressourcen betrug. Insgesamt wurden 3.297 Kurse (Vj. 3.502) im Jahr 2021 durchgeführt. Die durchgeführten Teilnehmer:innen-Unterrichtseinheiten (TN-UE) sind im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 % auf 1.031.063 zurückgegangen. Den prozentual stärksten Rückgang im Vorjahresvergleich verzeichnete mit 28 % der Bereich Arbeit und Beruf. Dort waren insbesondere der EDV- und der kaufmännische Bereich stark von Nachfrageausfällen betroffen. Absolut betrachtet sind im Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ (DaF) die TN-UE am stärksten zurückgegangen. Aufgrund der pandemiebedingten Einhaltung von Abstandsregelungen konnten die BAMF-Kurse nicht mit der vollen Teilnehmendenzahl durchgeführt werden. Im Gegenzug dazu verzeichnete der Bereich Fremdsprachen eine deutliche Zunahme: hier wurden 62 % der Kurse online durchgeführt oder im laufenden Kurs auf Online-Unterricht umgestellt. Die Teilnehmer:innenbelegungen sind gegenüber dem Vorjahr von 36.374 auf 34.364 und damit um 5,5 %

gesunken. Im Jahr 2019 lagen sie noch bei 62.235. Die Belegungen entwickeln sich nicht proportional zu den TN-UE, da sie unabhängig von der Kursdauer ermittelt werden. Während der Schließzeit zwischen Januar und Mai 2021 mussten viele Kurse gekürzt werden, was sich auf die TN-UE auswirkt, nicht jedoch auf die Belegungszahl. In 2021 wurden verstärkt Einzelveranstaltungen nachgefragt, da für die Teilnehmenden während der Corona-Pandemie durch die Kurzfristigkeit mehr Planungssicherheit gegeben war als in längeren Kursen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt über 1.700 Kurse online - und damit erheblich mehr als im Vorjahr (340) - angeboten; die Durchführungsquote im Online-Bereich lag bei 71 %.

Im Jahr 2021 wurden eine Reihe von drittmittelfinanzierten Projekten weitergeführt: das Projekt „Ankommen“, die Servicestelle „Modellregion Inklusive Bildung“ (MIB), sowie das in 2018 begonnene Projekt „1 zu 1 BASIC“ zur Basisbildung für den Alltag, soziale Integration und Chancen. An Letzteres wurde nach dessen Ende zum 30.09.2021 direkt das dreijährige Projekt „1 zu 1 BASIC plus“ abgeschlossen.

Neu gestartet im Jahr 2021 sind zwei weitere Projekte im Rahmen des hessischen Weiterbildungspaktes: „Inklusion an hessischen vhs – Kurs auf Inklusion, Entwicklung und Erprobung inklusiver Lernangebote in Frankfurt am Main“ sowie „Demokratiewerkstätten - Diskursive, partizipative und selbstbestimmte politische Bildung“. Darüber hinaus erhielt die VHS Drittmittel u. a. vom Stadtschulamt für die Bildungsberatung sowie Zuschüsse der Stabsstelle Inklusion für inklusive Projekte und die Fortführung des Wegeleitsystems in Bildungszentrum Ostend (BZO).

Im Berichtsjahr erhielten rund 75 Kursleitende den Status der Arbeitnehmerähnlichkeit gemäß § 12 a TVG, sofern sie ihr überwiegendes Einkommen aus der Honorartätigkeit an der VHS Frankfurt erzielen. Mit dieser Anerkennung wird ein wichtiger Beitrag zur sozialen Absicherung von Kursleitenden geleistet. Die Personalsituation der VHS war im Berichtsjahr dadurch gekennzeichnet, dass im Mai 2021 fast zeitgleich drei Führungskräfte gekündigt hatten und die bisherige Betriebsleiterin Anfang Juli

um Freistellung von ihren Aufgaben gebeten hat. Bereits zum August/September wurden zwei der drei Leitungsstellen kommissarisch besetzt. Zudem ist seit dem 15.12.2021 die Stelle der Betriebsleitung wieder besetzt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Vorjahresvergleich um 155 T€ auf 16,66 Mio. € verringert. Auf der Aktivseite erklärt sich die Abnahme aus den um 496 T€ geringeren Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main (14,88 Mio. €). Diese Reduzierung betrifft im Wesentlichen das Stadtkassenkonto. Zudem haben sich die flüssigen Mittel um 59 T€ verringert. Demgegenüber steht eine Zunahme von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 435 T€ auf 1,02 Mio. €.

Die Abnahme des Bilanzvolumens auf der Passivseite resultiert vornehmlich aus geringeren Rückstellungen (-455 T€) und dem geringeren Eigenkapital (-161 T€). Gegenläufig haben sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (+191 T€) entwickelt, die im Wesentlichen Verbindlichkeiten für Honorare und Kursleiter (860 T€; Vj. 789 T€) beinhalten. Die Abnahme der Rückstellungen erklärt sich anhand der Inanspruchnahme von Rückstellungen für Raumanmietungen in den ehemaligen Flächen der Frankfurt School im BZO, da die angepasste Mietvereinbarung in 2021 unterzeichnet und Miet- und Nebenkosten ab dem Jahr 2018 überwiesen wurden.

Der geplante städtische Zuschuss 2021 für den Eigenbetrieb in Höhe von 12,58 Mio. € setzt sich aus dem Zuschuss für den Betrieb (12,06 Mio. €) sowie dem Zuschuss für Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen (516 T€) zusammen. Letztere werden in Höhe des tatsächlich angefallenen Aufwands ausgeglichen und fielen in 2021 244 T€ höher aus als geplant. Zudem erhielt die VHS für den entfallenen Eigenanteil am Jobticket einen Zuschuss von 45 T€. Im Gegensatz dazu hat die VHS einen Beitrag zur städtischen Konsolidierung in Höhe von 101 T€ geleistet.

Der Jahresfehlbetrag 2021 von -12,93 Mio. € liegt um 161 T€ über der Einstellung in die Kapitalrücklage durch die Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2021

in Höhe von 12,77 Mio. €. Im Wirtschaftsplan 2021 war ein Verlust von -12,58 Mio. € ausgewiesen, der um 346 T€ überschritten worden ist. Die Überschreitung des Wirtschaftsplanes ist – wie bereits im Vorjahr – durch die Corona-Pandemie verursacht, die erneut zu erheblichen Kursausfällen und folglich zu drastischen Erlöseinbrüchen geführt hat. Trotz dieser erschwerten Rahmenbedingungen ist es der VHS durch erhebliche Einsparbemühungen gelungen, den größten Teil an Erlösausfällen zu kompensieren.

Der Cashflow aus Finanzierung liegt insbesondere aufgrund des geringeren städtischen Zuschusses um 569 T€ unter dem Vorjahreswert (13,34 Mio. €). Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von -12,62 Mio. € sowie aus der Investitionstätigkeit von -204 T€ konnte durch die Kapitaleinlage von 12,77 Mio. € nicht vollständig kompensiert werden, so dass sich der Finanzmittelfonds (ohne Stadtkassenguthaben) von 112 T€ auf 53 T€ reduziert hat.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -12,93 Mio. € (Vj. -13,81 Mio. €) ab. Massive Erlösschmälerungen konnten durch Aufwandsminderungen in Form von intensiven Einsparungen mehr als kompensiert werden, wodurch sich gegenüber dem Vorjahr ein um 880 T€ geringerer Jahresverlust ergibt.

Die Umsatzerlöse aus dem Unterrichtsbetrieb sind aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Kursabsagen erheblich eingebrochen. Während die VHS in 2019 noch ein Umsatzvolumen von nahezu rund 10 Mio. € erreicht hatte, wurden im Berichtsjahr „nur noch“ 6,07 Mio. € Umsatz erzielt. Der realisierte Umsatz bewegt sich zwar nahezu auf Vorjahresniveau, liegt jedoch um 1,63 Mio. € unterhalb des für 2021 geplanten Umsatzes.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind mit 1,38 Mio. € quasi unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Die im Materialaufwand erfassten Aufwendungen für bezogene Leistungen fielen mit 5,86 Mio. € um 785 T€ geringer aus als im Vorjahr. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die gesunkenen Aufwendungen für Honorare an Kursleitende. An Kursleitende wurde für Angebote, für die vertragliche Verpflichtungen bestanden und die coronabedingt abgesagt werden mussten, auch in 2021 ein Ausfallhonorar bezahlt, jedoch nicht in dem Maße wie im Vorjahr.

Die Personalaufwendungen liegen mit 9,46 Mio. € um rund 115 T€ unter dem Vorjahresaufwand. Hierbei machen sich v. a. die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Aufwendungen für die Pensions- und Beihilferückstellungen bemerkbar (-282 T€). Im Gegensatz dazu entstanden Mehraufwendungen von 167 T€ durch die Tarifsteigerungen in Höhe von 1,4 % ab dem 01.04.2021 sowie aus durchschnittlich einem zusätzlichen Vollzeitäquivalent in 2021. Die leicht gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 4,57 Mio. € ergeben sich aus Einsparungen aufgrund der Pandemie und der vorläufigen Haushaltsführung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangesprache haben am 07.09.2020 für das Planjahr 2021 und am 29.09.2021 für das Planjahr 2022 stattgefunden. Das Abschlussgespräch 2021 ist am 19.05.2022 durchgeführt worden.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	680	709	-29	-4,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	32	-21	-64,8
Sachanlagen	669	678	-9	-1,3
Umlaufvermögen	15.971	16.086	-115	-0,7
Vorräte	13	13	0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.905	15.961	-56	-0,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	53	112	-59	-52,9
Rechnungsabgrenzungsposten	12	22	-10	-46,6
Bilanzsumme	16.663	16.817	-155	-0,9
PASSIVA				
Eigenkapital	2.576	2.737	-161	-5,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	154	154	0	0,0
Kapitalrücklage	15.350	16.390	-1.040	-6,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-12.928	-13.807	880	-6,4
Rückstellungen	11.857	12.312	-455	-3,7
Verbindlichkeiten	2.032	1.624	408	25,1
Rechnungsabgrenzungsposten	197	144	53	36,9
Bilanzsumme	16.663	16.817	-155	-0,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.074	6.131	-57	-0,9
Gesamtleistung	6.074	6.131	-57	-0,9
sonstige betriebliche Erträge	1.384	1.380	3	0,2
Materialaufwand	-5.894	-6.680	786	-11,8
Personalaufwand	-9.463	-9.578	115	-1,2
Abschreibungen	-233	-225	-9	3,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.571	-4.600	30	-0,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-12.704	-13.571	867	-6,4
Finanzergebnis	-224	-236	12	-5,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-12.928	-13.807	880	-6,4
Ergebnis nach Steuern	-12.928	-13.807	880	-6,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-12.928	-13.807	880	-6,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-12.928	-13.807	880	-6,4
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	145	147	-2	-1,4
Teilnehmer:innen-Unterrichtseinheiten	1.031.063	1.102.432	-71.369	-6,5
Teilnehmer:innenbelegungen	34.364	36.374	-2.010	-5,5
davon in den Stadtteilen	6.754	9.495	-2.741	-28,9

6.1 Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH und Konzern

Anschrift: Gotenstraße 6 - 8 65929 Frankfurt am Main		Telefon: 0 69/31 06-0	E-Mail/Internet: info@kliniken-fmt.de www.varisano.de
Gründung: 18.02.2016		Unternehmensgegenstand: Strategische Dachgesellschaft für die angeschlossenen Krankenhäuser und weiterer auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätiger Unternehmen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Landkreis Main-Taunus		Kapitalanteile: 100.000 € = 50,00 % 100.000 € = 50,00 % 200.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Martin Menger Herr Stefan Schad			
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsräger der Stadt:		11 Mitglieder Herr Harald Schmidt Herr StR Stefan Majer Frau Stv Almuth Meyer Herr Nico Strott	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr KrBg Johannes Baron Herr LRat Michael Cyriax Herr Ralf Greiner (AN) Frau Carmen Meinhold-Bentzien (AN) Frau KrBg Madlen Overdick Herr Peter Seres (AN) Frau Monika Thiex-Kreye	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %			
Beteiligungen: Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH Klinikum Frankfurt Höchst GmbH		Kapitalanteile: 13.630.000 € = 94,00 % 9.400.000 € = 94,00 %	

A. Ausblick 2022

Die Kliniken Frankfurt Main Taunus GmbH (KFMT) steht als Holding-Gesellschaft des Klinikverbunds Frankfurt-Main-Taunus entsprechend mit der weiteren Entwicklung der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH und der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH in unmittelbarem Zusammenhang. Die Corona-Pandemie wird auch im Geschäftsjahr 2022 den gesamten Konzern und das deutsche Krankenhauswesen merklich beeinflussen. Da Einrichtungen des Gesundheitswesens für die Bewältigung der Pandemie systemrelevant sind, ist von Unterstützungsleistungen seitens der Bundesregierung auszugehen. Folglich ist von keiner Bestandsgefähr-

dung für die KFMT und ihre Tochtergesellschaften auszugehen. Ob im Jahr 2022, dem dritten Pandemiejahr, ausreichende Ausgleichszahlungen geleistet werden, um zusätzliche Einnahmeverluste aus anderen Bereichen bzw. die coronabedingten Mehrkosten zu kompensieren, bleibt abzuwarten.

Die 2021 in Kraft getretenen Regularien für Freihaltetepauschalen und Corona-Ausgleiche sind am 18.03.2022 ausgelaufen. Die Anschlusshilfen wurden erst nach der Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2022 bundesrechtlich beordnet. Durch diese Rechtsverordnung und die vorgesehenen Ausgleichs erhalten die Krankenhäuser eine gewisse wirtschaftliche und finanzielle Sicherheit.

Chancen für die Gesellschaft bestehen insbesondere in der weiteren Förderung von Synergien in den Tochtergesellschaften.

Im deutschen Pflegeberufegesetz, welches überwiegend zum 01.01.2020 in Kraft getreten ist, werden die drei bisherigen Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einem künftig einheitlichen Ausbildungsberuf zusammengeführt. Der KFMT-Konzern sieht durch das Pflegeberufegesetz die Chance, eine Pflege-Ausbildungsoffensive zu starten und dadurch auch dem Pflegekräftemangel entgegenzuwirken. Der Klinikverbund geht Kooperationen mit Altenpflegeheimen und ambulanten Diensten ein. In den kommenden Jahren soll die Gesamtzahl der Schüler:innen verdreifacht werden. Perspektivisch ist zudem geplant, dass aus den aktuell noch getrennten Schulen eine Pflegeschule mit zwei Standorten (in Höchst und im Main-Taunus-Kreis) geschaffen wird. Der Klinikverbund präsentiert sich seit 25.11.2021 unter der Dachmarke varisano. Dadurch soll insbesondere den Patientinnen und Patienten, deren Angehörigen sowie den zuweisenden Ärztinnen und Ärzten die umfassende Leitungskompetenz aus einer Hand klarer erkennbar werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Mit Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main vom 17.12.2015 wurde der Zusammenschluss des Klinikums Höchst mit den Kliniken des Main-Taunus-Kreises in der mit Wirkung zum 01.01.2016 gegründeten Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH beschlossen. Sie soll als strategisch agierende Dachgesellschaft der Krankenhausbetriebsgesellschaften Klinikum Höchst und der Kliniken des Main-Taunus-Kreises (MTK) in Hofheim und Bad Soden eine qualitativ hochwertige patienten- und bedarfsgerechte stationäre sowie ambulante medizinische Versorgung der Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis und in der Stadt Frankfurt am Main sichern. 94,0 % der Krankenhausbetriebsgesellschaften Klinikum Frankfurt Höchst GmbH (KFH) und Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH wurden von der Stadt Frank-

furt am Main bzw. dem Main-Taunus-Kreis in die KFMT eingebracht. Die jeweils übrigen 6,0 % werden weiterhin direkt gehalten. Ferner wurde die bisher von der Stadt Frankfurt am Main direkt gehaltene Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH, die den Ersatzneubau des Klinikums in Höchst durchführen soll, zu 100 % unter der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH angesiedelt. Die Leistungen des Konzerns blieben im Jahr 2021 auf dem niedrigen Vorjahresniveau stabil. In der Somatik sank die Patient:innenzahl um 755 (-1,5 %) auf 49.004 und die abrechenbaren Casmix-Punkte um 981 (-2,3 %) auf 42.383. An der Optimierung der Fallcodierung zur Erlössteigerung pro Patient:in wird gearbeitet.

In der Psychiatrie stieg die Zahl der Patient:innen um 97 (+4,5 %) auf 2.240 und die abrechenbaren Bewertungsrelationen um 169 (0,3 %) auf 55.673. Auch hier ist der Erlös pro Patient:in zurückgegangen. Im KFMT Konzern waren im Jahresdurchschnitt 4.222 Mitarbeitende beschäftigt. Problematisch ist die Besetzung von freien Pflegepersonalstellen bzw. von Stellen in den Bereichen, wo hochspezialisierte Fachkräfte benötigt werden, beispielsweise auch in der Leistungscodierung für die Abrechnung. Aufgrund des wachsenden Fachkräftemangels und der zunehmend schwieriger werdenden Personalbesetzung im pflegerischen Bereich wurde weiterhin auch auf die Anwerbung ausländischer Fachkräfte gesetzt und zusätzlich die Ausbildung zum/zur Medizinischen Fachangestellten aufgenommen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der KFMT GmbH ist zum Bilanzstichtag um 280 T€ auf 2,07 Mio. € gesunken. Auf der Aktivseite resultiert dieser Rückgang im Wesentlichen aus gesunkenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 1,83 Mio. € (-304 T€), darunter fallen Forderungen aus zentralen Holding-Leistungen, Umsatzsteuer und Lieferungen und Leistungen. Auf der Passivseite verminderten sich die Verbindlichkeiten um 319 T€ auf 398 T€, hauptsächlich im Bereich der Lieferungen und Leistungen (-357 T€).

Zur Erfolgslage

Das Ergebnis der KFMT bewegt sich mit 7 T€ auf dem Niveau des Vorjahres (7 T€). Die Umsatzerlöse erhöhten sich insbesondere aufgrund höherer Weiterberechnungen für Konzerndienstleistungen um 741 T€ auf 4,34 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 50 T€ enthalten periodenfremde Sachverhalte in Höhe von 9 T€, insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen. Der Personalaufwand ist insbesondere aufgrund der Einstellung weiterer Mitarbeitender für konzernweite Tätigkeiten um 114 T€ auf 2,54 Mio. € gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Aufwendungen für Verwaltungsbedarf in Höhe von 1,41 Mio. € (Vj. 1,06 Mio. €), welche sich wiederum hauptsächlich aus Aufwendungen für Beratungskosten sowie Aufsichtsratsvergütungen und EDV-Kosten zusammensetzen.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der Konzern besteht insgesamt aus drei Krankenhausstandorten in Frankfurt-Höchst, Bad Soden und Hofheim und verfügt dort über ca. 1.400 stationäre und 75 teilstationäre Betten. Die Krankenhäuser behandeln ganzjährig fast 60.000 stationäre und über 130.000 ambulante Patienten und Patientinnen im Jahr. In den Konzernabschluss der Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH (KFMT) wurden neben dem Einzelabschluss der KFMT die zwei Teilkonzerne Klinikum Frankfurt Höchst (KFH) sowie die Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH (KdMTK) miteinbezogen. Der Teilkonzern KFH besteht aus der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH und ist Alleingesellschafterin an der Medizinischen Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH (MVZ) sowie an der Zentralen Errichtungs-

gesellschaft mbH (ZEG). Der Teilkonzern KdMTK besteht aus der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH als Obergesellschaft und sechs Tochtergesellschaften Main-Taunus Privatklinik GmbH, Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH, Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH, Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus gGmbH, MTK Hofheim Leasing GmbH & Co KG (94%-Anteil), MTK Hofheim Verwaltungs GmbH und einer 50%igen Beteiligung an der MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis.

Die Konzernbilanzsumme beträgt zum Berichtsjahr 609,36 Mio. € (Vj. 585,49 Mio. €). Der Konzernjahresfehlbetrag des Jahres 2021 in Höhe von -10,2 Mio. € hat sich gegenüber dem Vorjahr (-83 T€) vervielfacht. Der Konzernbilanzverlust beträgt bedingt durch die Verlustvorträge aus Vorjahren -21,52 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO**Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung. Ein Bezügebericht konnte bis zum Redaktionsschluss nicht vorgelegt werden. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten für ihre Tätigkeit Bezüge in Höhe von 165 T€.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	58	23	34	149,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	37	0	37	-
Sachanlagen	21	23	-2	-9,7
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	1.930	2.329	-399	-17,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.841	2.242	-401	-17,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	89	87	2	1,8
Rechnungsabgrenzungsposten	85	0	85	-
Bilanzsumme	2.073	2.352	-280	-11,9
PASSIVA				
Eigenkapital	230	222	7	3,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	22	15	7	45,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	7	7	0	0,5
Rückstellungen	444	456	-12	-2,7
Verbindlichkeiten	398	718	-319	-44,5
Rechnungsabgrenzungsposten	1.001	956	45	4,7
Bilanzsumme	2.073	2.352	-280	-11,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.340	3.598	741	20,6
Gesamtleistung	4.340	3.598	741	20,6
sonstige betriebliche Erträge	50	102	-52	-50,8
Materialaufwand	-92	-40	-52	132,5
Personalaufwand	-2.544	-2.430	-114	4,7
Abschreibungen	-9	-8	-1	8,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.707	-1.191	-516	43,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	38	32	6	20,3
Finanzergebnis	0	0	0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	38	32	6	20,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-31	-25	-6	25,9
Ergebnis nach Steuern	7	7	0	1,4
Sonstige Steuern	-0	-0	-0	61,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	7	7	0	0,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	7	7	0	0,5
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	22	19	3	15,8

Konzernabschluss zum 31.12.2021 der Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH

Bilanz Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	416.872	402.101	14.771	3,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.005	2.701	305	11,3
Sachanlagen	413.861	399.395	14.466	3,6
Finanzanlagen	5	5	0	0,0
Umlaufvermögen	191.453	182.797	8.656	4,7
Vorräte	4.366	7.038	-2.672	-38,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	180.515	150.021	30.494	20,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	6.572	25.738	-19.167	-74,5
Rechnungsabgrenzungsposten	1.033	594	439	73,9
Bilanzsumme	609.357	585.491	23.866	4,1
PASSIVA				
Eigenkapital	17.095	27.918	-10.822	-38,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Kapitalrücklage	37.447	37.447	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-21.516	-11.284	-10.232	90,7
Anteile anderer Gesellschafter	964	1.555	-591	-38,0
Sonderposten	412.866	398.796	14.069	3,5
Rückstellungen	46.160	43.731	2.428	5,6
Verbindlichkeiten	132.388	114.010	18.378	16,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.168	63.599	-1.431	-2,3
Rechnungsabgrenzungsposten	849	1.036	-187	-18,1
Bilanzsumme	609.357	585.491	23.866	4,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	354.350	352.563	1.787	0,5
Bestandsveränderung UE / FE	-186	-1.036	850	-82,1
Gesamtleistung	354.164	351.527	2.637	0,8
sonstige betriebliche Erträge	77.080	38.665	38.416	99,4
Materialaufwand	-87.172	-86.518	-654	0,8
Personalaufwand	-242.391	-230.781	-11.610	5,0
Abschreibungen	-13.131	-12.009	-1.122	9,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-95.878	-58.347	-37.531	64,3
Betriebsergebnis	-7.328	2.536	-9.865	-388,9
Finanzergebnis	-1.694	-1.738	45	-2,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-9.022	798	-9.820	-1.230,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-410	-676	266	-39,3
Ergebnis nach Steuern	-9.432	121	-9.554	-7.864,2
Sonstige Steuern	-270	-204	-67	32,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-9.703	-82	-9.620	11.684,4
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-529	-1	-528	73.781,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-10.232	-83	-10.149	12.219,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-11.284	-11.201	-83	0,7
Bilanzergebnis	-21.516	-11.284	-10.232	90,7
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	4.222	3.950	272	6,9

6.1.1 Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Anschrift: Gotenstraße 6 - 8 65929 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/31 06-0	E-Mail/Internet: info-frankfurt@varisano.de www.varisano.de
Gründung: 03.08.2006	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten, stationären, teilstationären, vor- und nachstationären und sonstigen Krankenhausleistungen durch den Betrieb eines Krankenhauses in Frankfurt am Main-Höchst und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen.	
Gesellschafter: Kliniken Frankfurt Main-Taunus GmbH Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 9.400.000 € = 94,00 % 600.000 € = 6,00 % 10.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Martin Menger		
Beteiligungen: Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %	

A. Ausblick 2022

Die Corona-Pandemie birgt insbesondere für Krankenhäuser ein enormes Risiko von Ergebnis- und Liquiditätsrückgängen. Auf Basis des 2020 verabschiedeten COVID-19-Krankenhausesentlastungsgesetzes reduzierte der Medizinische Dienst seine Prüfqualitäten und es wurde ein Materialbonus für Schutzausrüstung gewährt. Am 09.04.2021 trat die „Verordnung zur Regelung weiterer Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser“ in Kraft. Durch sie wurden bis 15.06.2021 Freihaltel-pauschalen gewährt sowie eine inzwischen bis 31.12.2022 zugesagte verkürzte Zahlungsfrist geregelt und Ausgleiche für Erlösrückgänge bis zum Jahresende 2021 geregelt. Durch diese Rechtsverordnung erhalten die Krankenhäuser einen bedeutenden finanziellen Ausgleich, wobei die Planungssicherheit wegen der oft auf wenige Monate befristeten Laufzeiten der Regelungen die Wirtschaftsplanning erheblich erschwert. Die Geschäftsführung geht insgesamt von keiner Bestandsgefährdung aus. Ob im Jahr 2022 tatsächlich ausreichende Ausgleichszahlungen durch die Bundesregierung geleistet werden, um zusätzliche Einnahmeverluste aus anderen Bereichen bzw. die coronabedingten Mehrkosten zu kompensieren, bleibt abzuwarten. Zum Ende des Jahres 2021 wurde die Klinikapotheke am Standort Höchst im Rahmen eines Aus-

schreibungsverfahrens (analog den Klinikstandorten Bad Soden und Hofheim) an einen externen Apothekendienstleister vergeben. Dies beinhaltet den Übergang des Apothekenpersonals der Klinik zu dem externen Dienstleister.

Das KFH ist ein akademisches Lehrkrankenhaus der Johann Wolfgang von Goethe-Universität Frankfurt am Main. Die mit dem Fachbereich Humanmedizin bestehenden Verträge regeln in den Kliniken die Ausbildung von derzeit 81 (Vj. 74) Medizinstudierenden im Praktischen Jahr.

Rund 470 Mitarbeitende waren seit dem Betriebsübergang vom Eigenbetrieb auf die (Städtisches) Klinikum Höchst GmbH weiter bei der Stadt angestellt und arbeiten im Wege der Personalgestellung im Krankenhaus Höchst. Ab dem 01.01.2023 werden Personalgestellungen auch für öffentliche Unternehmen umsatzsteuerpflichtig. Um diese Steuerpflicht zu minimieren, wurde allen betroffenen Mitarbeitenden ein Angebot zum Wechsel in die KFH bis zum Jahresende 2022 gemacht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Zum 01.01.2010 hat die Klinikum Frankfurt Höchst GmbH den Betrieb des Krankenhauses vom Eigenbetrieb Städtische Kliniken Frankfurt am Main - Höchst übernommen. Der Eigenbetrieb hat ab die-

sem Tag nur noch die nicht gewerbliche Personalstellung jener Mitarbeitenden zum Gegenstand, die der Überleitung in die Gesellschaft widersprechen haben.

Im KFH waren im Jahresdurchschnitt 2.485 Mitarbeitende (Vj. 2.428) beschäftigt. In 2021 stiegen die Tarifgehälter nach TVöD für das nicht-ärztliche Personal ab dem 01.03.2021 um durchschnittlich 1,4 %. Für das ärztliche Personal ergaben sich nach TV-Ärzte ab 01.01.2021 Tarifsteigerungen von 2,0%. Im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) wurde eine finanzielle Anerkennung an die Pflegekräfte und andere Mitarbeitende des Krankenhauses gezahlt, die aufgrund der Versorgung von infizierten Patientinnen und Patienten besonders belastet waren („Coronaprämie“).

Aufgrund des wachsenden Fachkräftemangels und der diesbezüglich zunehmend schwieriger werdenden Personalbesetzung im pflegerischen Bereich - welche durch die Pflegepersonaluntergrenzenverordnung (PpUGV) weiter verschärft wurde - wurde verstärkt auf die Anwerbung ausländischer Fachkräfte gesetzt. So konnte in 2021 in Zusammenarbeit mit externen Partnern insbesondere Pflegepersonal für das KFH gewonnen werden.

Die Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH (vormals Service-Gesellschaft der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH) hat innerhalb des KFMT Konzerns im Jahr 2020 die Reinigungsdienstleistungen und die Speisenversorgung im Klinikum Frankfurt Höchst übernommen. Durch Begründung der Gemeinnützigkeit für alle Leistung beziehenden Konzerngesellschaften im Jahr 2021 werden diese Leistungen umsatzsteuerfrei erbracht.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Das Anlagevermögen hat sich um 2,88 Mio. € auf 18,82 Mio. € erhöht. Investitionen (in Einrichtungen und Ausstattungen sowie immaterielle Vermögensgegenstände) von 7,04 Mio. € standen Abschreibungen von 4,05 Mio. € gegenüber. Die Investitionen erfolgten in Höhe von 6,57 Mio. € über Fördermittel, der verbleibende Anteil aus Eigenmitteln und Spenden. Die kurzfristigen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr um 13,64 Mio. € auf

99,54 Mio. € erhöht. Das Eigenkapital beträgt 21,45 Mio. € (Vj. 25,93 Mio. €). Die Eigenkapitalquote in Bezug auf die um den krankenhausspezifischen Sonderposten bereinigte Bilanzsumme hat sich mit 21,0 % gegenüber dem Vorjahr (29,3 %) verringert. Insgesamt ist die Bilanz- und Finanzstruktur als solide zu bezeichnen. Zum Stichtag sind die langfristigen Vermögenswerte durch langfristiges Kapital und Fördermittel finanziert und die kurzfristigen Verpflichtungen durch kurzfristige Vermögenswerte bedienbar. Die Forderungsreichweite (DSO) bezogen auf Erlöse aus Krankenhausleistungen lag zum 31. Dezember 2021 bei 39 Tagen (Vj. 37 Tage).

Die Zahlungsfähigkeit des KFH war jederzeit durch ausreichend liquide Mittel sichergestellt.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis 2021 hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,35 Mio. € auf -4,49 Mio. € verschlechtert. Der Wirtschaftsplan 2021 ist von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -9,99 Mio. € ausgegangen und konnte aufgrund von nicht einkalkulierten Corona-Unterstützungsleistungen übertroffen werden. Gemäß Konsortialvertrag ist die mittelfristige Zielgröße für das KFH eine betriebliche Rendite (EBITDA) von mindestens 4 %, um die langfristige Investitionsfähigkeit sicherzustellen. Ursächlich für den Jahresfehlbetrag sind außerplanmäßige hohe Kosten für die Aufrechterhaltung des Altbaus. Die Umsatzerlöse inkl. Bestandsveränderung sind gegenüber dem Vorjahr um 4,03 Mio. € auf 221,28 Mio. € gestiegen, wobei die Krankenhausleistungen sanken und der positive Effekt von durchlaufenden Zuwendungen ausgelöst wird. Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge führten Erstattungen im Zusammenhang mit Interims- und Instandhaltungsmaßnahmen aufgrund der Bauzeitverzögerung des Neubaus zu einem Anstieg um 9,98 Mio. € auf 35,25 Mio. €. Wesentliche Einflussfaktoren sind die geringeren staatlichen Corona-Unterstützungsleistungen und gesunkene Casemix-Punkte.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 4,09 Mio. € auf 143,67 Mio. €. Neben Tarifsteigerungen führten die tarifbedingte Umstellung von Arbeitszeitmodel-

len im ärztlichen Dienst (Marburger Bund) sowie die coronabedingten Prämienzahlungen zu dem Anstieg. Die Vollkräftezahl stieg um 1,0 %. Die Personalaufwandsquote betrug 64,5 % (Vorjahr 62,5 %). Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig um 589 T€ (+0,9 %) auf 66,37 Mio. € gestiegen. Die Materialaufwandsquote betrug im Berichtsjahr 30,0 % (Vorjahr 29,4 %). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 12,55 Mio. € auf 46,58 Mio. € gestiegen. Die Veränderung umfasst im Wesentlichen höhere Zuführungen aus der Auflösung von Sonderposten (+13,03 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen 2021 Mittel von 12,26 Mio. € aus Budgetüberträgen zur Verfügung. Hiervon wurden 758 T€ für Personalmaßnahmen verbraucht. Aufgrund der liquiditätsorientierten Auszahlung für die betrauten Bereiche sind im Jahr 2021 keine weiteren Auszahlungen erfolgt. Somit

konnten 11,50 Mio. € in das Jahr 2022 übertragen werden.

Gemäß § 10 des Konsortialvertrags des Klinikums Frankfurt Höchst, der Kliniken des Main-Taunus-Kreises und der Dachgesellschaft Kliniken Frankfurt Main-Taunus GmbH haben der Main-Taunus-Kreis und die Stadt Frankfurt am Main die Finanzierung des Konzerns und der Tochtergesellschaften geregelt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Ein Bezügebericht konnte bis zum Redaktionsschluss nicht vorgelegt werden.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche für die Planjahre 2020 und 2021 erfolgten am 25.11.2019 sowie am 08.11.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 25.05.2022 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	18.815	15.937	2.878	18,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.151	830	320	38,6
Sachanlagen	16.438	13.792	2.647	19,2
Finanzanlagen	1.226	1.315	-89	-6,8
Umlaufvermögen	98.718	85.437	13.281	15,5
Vorräte	2.524	5.449	-2.926	-53,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	91.898	66.880	25.018	37,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.296	13.108	-8.811	-67,2
Rechnungsabgrenzungsposten	818	463	356	76,9
Bilanzsumme	118.351	101.836	16.514	16,2
PASSIVA				
Eigenkapital	21.445	25.934	-4.490	-17,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.000	10.000	0	0,0
Kapitalrücklage	67.539	67.539	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	227	227	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-51.831	-50.694	-1.137	2,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.490	-1.137	-3.352	294,8
Sonderposten	15.989	13.186	2.803	21,3
Rückstellungen	33.584	31.966	1.619	5,1
Verbindlichkeiten	47.332	30.723	16.609	54,1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	27	-27	-
Bilanzsumme	118.351	101.836	16.514	16,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	221.485	217.936	3.549	1,6
Bestandsänderung UE / FE	-204	-686	482	-70,2
Gesamtleistung	221.281	217.250	4.031	1,9
sonstige betriebliche Erträge	35.246	25.266	9.981	39,5
Materialaufwand	-66.372	-65.784	-589	0,9
Personalaufwand	-143.674	-139.579	-4.094	2,9
Abschreibungen	-4.054	-3.839	-214	5,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-46.580	-34.033	-12.547	36,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.153	-719	-3.433	477,2
Finanzergebnis	-233	-170	-63	37,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-4.386	-890	-3.496	393,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-100	0	-100	-
Ergebnis nach Steuern	-4.487	-890	-3.597	404,3
Sonstige Steuern	-3	-248	245	-98,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.490	-1.137	-3.352	294,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.490	-1.137	-3.352	294,8

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.485	2.428	57	2,3
Patientenzahlen (Somatik)	31.374	30.703	671	2,2
Casemix-Punkte (Somatik)	26.724	27.490	-766	-2,8
Patientenzahlen (Psychiatrie)	1.278	1.253	25	2,0
Bewertungsrelationen (Psychiatrie)	31.706	30.692	1.014	3,3

6.1.1.1 Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Anschrift: Gotenstraße 41 65929 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/31 26-80	E-Mail/Internet: info-frankfurt@varisano.de www.varisano.de/mvz-hoechst
Gründung: 28.10.2005	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten medizinischen Leistungen, die Sicherstellung der vertragsärztlichen ambulanten Versorgung sowie die Ausübung von ärztlichen Tätigkeiten unter Berücksichtigung des ärztlichen Berufsrechts, vertragsärztlicher Vorschriften und des Grundsatzes der freien Arztwahl, durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V als fachübergreifend ärztlich geleitete Einrichtung in Frankfurt am Main-Höchst.	
Gesellschafter: Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Manuel Zelle		

A. Ausblick 2022

Der Wirtschaftsplan für 2022 sieht Umsatzerlöse in Höhe von 2,36 Mio. € und ein Jahresergebnis in Höhe von 21 T€ vor. Die Umsatzerlöse von 2,15 Mio. € im Jahr 2021 haben sich durch die Praxiszukäufe in 2020 und neu besetzte KV-Arztstühle im Vergleich zum Vorjahr um 53 T€ deutlich erhöht. Zum 01.07.2022 wurde die Praxis für Nuklearmedizin in Frankfurt-Höchst mit einem halben Versorgungsauftrag gekauft. Dies bietet neben wirtschaftlichen Chancen auch gute Weiterbildungsmöglichkeiten im Fachgebiet der Nuklearmedizin sowie eine gestärkte Patientenbindung.

Operative Risiken des Unternehmens liegen hauptsächlich in der ärztlichen Besetzung, da sich bei nicht adäquater oder fehlender Besetzung entsprechende Umsatzeinbußen ergeben. Sowohl die andauernde Corona-Pandemie als auch der Ukraine-Konflikt können sich wegen Kostensteigerungen beim medizinischen Bedarf und bei der Energie negativ auf das Ergebnis und die Liquidität des Medizinischen Versorgungszentrums am Klinikum Höchst (MVZ) auswirken. Zum Jahresende 2022 muss aufgrund bereits bekannter Personalkostensteigerungen und periodenfremdem Aufwand mit einem Fehlbetrag von -187 T€ gerechnet werden. Auf Basis des durch Bundestag und Bundesrat am 25.03.2020 verabschiedeten „COVID-19-Krankenhausesentlastungsgesetzes“ zum Ausgleich finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer

Gesundheitseinrichtungen durch die Corona-Pandemie und darauf aufbauender Verordnungen geht die Geschäftsführung davon aus, dass keine Bestandsgefährdung vorliegt. Diese Annahme ergibt sich auch vor dem Hintergrund, dass Einrichtungen des Gesundheitswesens für die Bewältigung der Pandemie systemrelevant sind und die Politik bereits angekündigt hat, weitere Unterstützungen zu tätigen, wenn dies erforderlich ist.

Herr Manuel Zelle war seit 11.09.2020 alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft, er hat sein Anstellungsverhältnis im Klinikverbund am 31.05.2022 beendet. Neuer Geschäftsführer ist Herr Martin Menger.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Das MVZ wird von der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH als einziger Gesellschafterin betrieben. Mit einer Zulassung als MVZ gem. § 95 Abs. 1 SGB V werden die Leistungsangebote Innere Medizin, allgemeine Medizin, Kardiologie, Labormedizin, Gynäkologie und Psychiatrie erbracht. Invasive Tätigkeiten der Kardiologie sowie die Labormedizin werden mithilfe der Einrichtungen des Klinikums in den dortigen Räumen erbracht.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 112 T€ auf 1,64 Mio. €. Auf der Aktivseite

te waren dies im Kern die Abschreibungen auf Geschäftswerte der Praxen mit 198 T€. Die Nutzungsdauer der Praxiswerte liegt bei 15 Jahren und orientiert sich dabei an der mit dem Praxiskauf übernommenen und weitergeführten Patientenklientel. Während sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 242 T€ erhöht haben, sind die flüssigen Mittel um 93 T€ gesunken.

Das Absinken auf der Passivseite resultiert im Wesentlichen aus der Eigenkapitalverringerung durch das Jahresergebnis in Höhe von -235 T€ auf 83 T€. Die Eigenkapitalquote hat sich deutlich verringert und beträgt 5 % (Vj. 18%). Die Erhöhung der Verbindlichkeiten um 43 T€ fiel dagegen relativ gering aus.

Die Liquidität zur Erfüllung aller finanziellen Verpflichtungen war jederzeit ausreichend.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis in Höhe von -235 T€ (Vorjahr -59 T€) blieb hinter dem prognostizierten Ergebnis (-104 T€) zurück. Die Umsatzerlöse haben sich maßgeblich durch die Praxiszukäufe in 2020 sowie aufgrund der neu besetzten KV-Arztstühle im Vergleich zum Vorjahr um 527 T€ auf 2,15 Mio. € erhöht.

Insbesondere überproportional gestiegene Personalkosten (+500 T€), krankheitsbedingte Ausfälle und gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen (+132 T€) führten zu dem negativen Jahresergebnis. Auch der Materialaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 30 T€ auf 115 T€ erhöht und damit den Stand von 2019 wieder erreicht (114 T€).

Angesichts des Trends der Patient:innen, ambulante Behandlungen einer stationären Aufnahme vorzuziehen, war die unternehmerische Ausgangslage sehr gut. Durch Kostensteigerungen und Engpässe

beim Personal konnte dieses wirtschaftliche Potenzial aber nicht voll genutzt werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, und die Gesellschafterversammlung.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätte. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch für die Planjahre 2020 und 2021 erfolgte am 25.11.2019 sowie am 08.11.2021 für das Planjahr 2022. Das Abschlussgespräch 2021 wurde am 25.05.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.083	1.295	-213	-16,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	989	1.188	-199	-16,7
Sachanlagen	93	107	-14	-13,1
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	557	457	100	21,8
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	551	358	193	53,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	6	99	-93	-93,5
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	-
Bilanzsumme	1.641	1.753	-112	-6,4
PASSIVA				
Eigenkapital	83	318	-235	-73,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	293	353	-59	-16,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-235	-59	-175	294,9
Rückstellungen	125	45	80	176,3
Verbindlichkeiten	1.433	1.390	43	3,1
Bilanzsumme	1.641	1.753	-112	-6,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.148	1.621	527	32,5
Gesamtleistung	2.148	1.621	527	32,5
sonstige betriebliche Erträge	101	128	-26	-20,6
Materialaufwand	-115	-85	-30	35,5
Personalaufwand	-1.546	-1.046	-500	47,9
Abschreibungen	-230	-217	-14	6,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-594	-461	-132	28,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-235	-59	-175	294,8
Finanzergebnis	-0	-0	-0	841,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-235	-59	-175	294,9
Ergebnis nach Steuern	-235	-59	-175	294,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-235	-59	-175	294,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-235	-59	-175	294,9
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	33	28	5	17,9

6.1.1.2 Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH

Anschrift: Peter-Fischer-Allee 23 65929 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/93 49 33 5-0	E-Mail/Internet: info@zeg-ffm.de www.neubau-klinikum-frankfurt.de
Gründung: 05.06.2009	Unternehmensgegenstand: Die Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie gegebenenfalls die Instandhaltung der Gebäude am Klinikum Frankfurt Höchst. Dies umfasst auch ein nachhaltiges Energiecontracting bzw. auch die Betreuung der Energiezentrale für den Neubau im Passivhausstandard, die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung und das Projektcontrolling der Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen. Die Gesellschaft wird Eigentümerin der Neu-Immobilien.	
Gesellschafter: Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Martin Menger		

A. Ausblick 2022

Als neuer Umzugstermin in den 1. Bauabschnitt des Neubaus in Höchst wurde seitens der Gesellschaft nunmehr der Herbst 2022 genannt.

Nach Erhalt der Baugenehmigung und des Förderbescheides des Landes Hessen Ende 2015, startete die ZEG mbH die Auswahl eines Generalunternehmers (GU) für den Klinikneubau. Im Februar 2016 erfolgte der Zuschlag an einen GU über 232,7 Mio. €. Vereinbart war der Beginn der Arbeiten am 30.06.2016 und die Gesamtfertigstellung am 29.04.2019. Im Januar 2018 wurde ein neuer Fertigstellungstermin auf den 15.10.2019 vereinbart. Der Meilenstein „Gebäudehülle dicht“ zum Beginn Innenausbau wurde am 30.04.2018 erfüllt. Anfang November 2018 hat der GU gegenüber der Geschäftsführung der ZEG mbH erklärt, dass der Gesamtfertigstellungstermin zum 15.10.2019 nicht eingehalten werden kann. Für diese Verzögerung machte der Generalunternehmer den Auftraggeber verantwortlich. Die ZEG mbH hat diese Vorwürfe mit Hilfe der baubegleitenden Rechtsberatung und der Projektsteuerung/Bauberleitung auch im Jahr 2021 permanent analysiert und zurückgewiesen. Es wurde daraufhin ein:e Moderator:in eingebunden, um aus neutraler Position Lösungsansätze für die aufgebauten Konflikte zu erhalten und spätere gerichtliche Streitigkeiten zu vermeiden.

Die ZEG bereitet die Ausschreibungen für den Zweiten Bauabschnitt (Funktionsbau) vor. Der derzeitige Terminplan sieht einen Baubeginn (Ausschreibung) um den Jahreswechsel 2022/2023 vor.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Aufgrund der Neubaupläne für das Klinikum Höchst wurde im August 2013 beschlossen, den Gesellschaftszweck der ZEG um Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie ggf. die Instandhaltung der Gebäude der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH (KFH) zu erweitern. Dieser umfasst auch die Finanzierung, Vergabe, Durchführung und das Projektcontrolling der Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen. Die sich im Eigentum der Stadt Frankfurt am Main befindlichen Immobilien des Klinikums Frankfurt Höchst (Altbau) wurden an die ZEG zur Nutzung übergeben. Die ZEG hat ein Erbbaurecht an den für den Neubau des Klinikums Frankfurt Höchst betriebsnotwendigen Grundstücken und soll nach dem Neubau auch die Eigentümerin der Immobilien werden. Die ZEG ist vertraglich verpflichtet, Grund und Boden der KFH zur betrieblichen Nutzung unentgeltlich zu überlassen. Für die Nutzungsüberlassung des fertiggestellten Neubaus wird die KFH einen Mietzins an die ZEG entrichten. Die Höhe ist abhängig von den bei der ZEG entstehenden Fremdkapitalkosten, Abschreibungen und laufenden Kosten der Betriebsführung zuzüglich eines

Gewinnaufschlags. Im Hinblick auf die Anforderungen des EU-Beihilferechtes erfolgten die Zustimmungen zur Betrauung der ZEG mit gemeinwirtschaftlichen Aufgaben und zu den hierzu erforderlichen Ausgleichszahlungen durch die Stadt Frankfurt am Main. Mit dem Abschluss des GU-Vertrages im Februar 2016 über rund 233 Mio. € wurden die Gesamtfertigstellung und die Abnahme des Neubaus sowie der Beginn des medizinischen Probebetriebes ursprünglich auf den 29.04.2019 vertraglich festgelegt. Mit einer Vereinbarung zur Abgeltung der beiderseitigen Forderungen vom 23.01.2018 wurde sodann ein neuer Fertigstellungstermin auf den 15.10.2019 vereinbart. Im November 2018 erklärte der GU gegenüber der ZEG dann, diesen Fertigstellungstermin nicht einzuhalten zu können, erst ein Jahr später, 15.10.2020 sei dies möglich. Nach mehrfachen Hinweisen auf verschiedene Planungs- und Qualitätsmängel in den Jahren 2019 bis 2022 ist als neuer Umzugstermin in den 1. BA des Neubaus in Höchst nunmehr der Herbst 2022 genannt. Für den Neubau Funktionsgebäude (zweiter Bauabschnitt) wurden im Geschäftsjahr vorbereitende Maßnahmen zur Schaffung eines bebauungsfähigen Grundstückes auf der Fläche der Kinderklinik vorgenommen. Die aktuelle Kostenberechnung für diesen Bauabschnitt beläuft sich auf 58,77 Mio. € und soll mit 48,17 Mio. € über die im Haushalt der Stadt Frankfurt am Main verfügbaren Mittel und mit 10,60 Mio. € über pauschale Fördermittel des Klinikums Frankfurt Höchst finanziert werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme betrug zum Stichtag 266,76 Mio. € (Vj. 253,04 Mio. €). Die Aktivseite ist im Wesentlichen durch das Anlagevermögen in Höhe von 264,14 Mio. € (Vj. 251,32 Mio. €) geprägt. Die Zugänge betreffen vor allem die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau. Die Passiva ergeben sich vorrangig durch den Sonderposten von 264,34 Mio. € (Vj. 249,09 Mio. €) aufgrund von Investitionskostenzuschüssen der Stadt Frankfurt am Main und des Landes Hessen. Die Erhöhung der Sonderposten im Jahr 2021 ergibt sich vollständig aus geleisteten Zuschüssen der Stadt Frankfurt am Main. Die Zuschüsse werden in Abhängigkeit

vom Baufortschritt bzw. in Höhe der benötigten Liquidität zum Ausgleich der Verbindlichkeiten aus der Bautätigkeit durch die Geschäftsführung angefordert. Von der Stadt Frankfurt am Main wurden im Berichtsjahr 15,3 Mio. € (insgesamt 209,8 Mio. €) abgerufen. Die Liquidität der Gesellschaft und somit die Finanzierung der Planungen zur Errichtung eines Ersatzneubaues am Klinikum Frankfurt Höchst waren im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet. Im Berichtsjahr wurden von der ZEG 12,83 Mio. € in die Rohbaumaßnahmen, die Planung der technischen Gebäudeausrüstung sowie für Medizin- und Fernmeldetechnik investiert.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2021 endet mit einem Jahresüberschuss von 10 T€ (Vj. 3 T€). Gemäß Nutzungsvertrag mit der KFH erfolgt die Weiterberechnung aller tatsächlichen Kosten an die KFH zuzüglich eines Gewinnaufschlags von 1,0 %, so dass die ZEG ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Die Umsatzerlöse resultieren im Berichtsjahr fast ausschließlich aus den Weiterverrechnungen der Betriebskosten an die KFH (866 T€). Der Personalaufwand ergibt sich aus den Aufwendungen für die Geschäftsführung und drei Angestellte. Der Rückgang in Höhe von 121 T€ begründet sich vor allem mit dem Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsführung. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 282 T€ resultiert aus externen Dienstleistungen wie z. B. Bauprojektmanagement, Beratung und Campuserwicklung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, und die Gesellschafterversammlung. Auf die Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird in Anwendung von § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Frankfurt am Main in der Fassung vom 25.03.2010

unter Beachtung des von der Stadt Frankfurt am Main zur Verfügung gestellten Fragebogens „Überprüfung der Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex im Rahmen der Abschlussprüfung“ keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätte. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft fand am 18.11.2020 für das Planjahr 2021 und für das Planjahr 2022 am 08.11.2021. Das Jahresabschlussgespräch 2021 wurde am 25.05.2022 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Zentralen Errichtungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	264.143	251.315	12.828	5,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0	3	-
Sachanlagen	264.140	251.315	12.825	5,1
Umlaufvermögen	2.621	1.727	894	51,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.019	570	449	78,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.603	1.157	445	38,5
Bilanzsumme	266.764	253.042	13.722	5,4
PASSIVA				
Eigenkapital	59	49	10	19,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	24	21	3	14,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	10	3	7	220,9
Sonderposten	264.337	249.087	15.250	6,1
Rückstellungen	487	401	87	21,6
Verbindlichkeiten	1.880	3.505	-1.625	-46,4
Bilanzsumme	266.764	253.042	13.722	5,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	866	648	218	33,7
Gesamtleistung	866	648	218	33,7
sonstige betriebliche Erträge	160	215	-55	-25,7
Materialaufwand	-1	0	-1	-
Personalaufwand	-139	-261	121	-46,6
Abschreibungen	-6	-3	-2	67,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-764	-483	-282	58,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	115	116	-1	-0,5
Finanzergebnis	-0	-8	8	-99,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	115	108	7	6,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	-3	-1	19,5
Ergebnis nach Steuern	111	104	7	6,3
Sonstige Steuern	-101	-101	0	-0,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	10	3	7	220,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	10	3	7	220,9
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	3	3	0	0,0

6.2 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Bleichstraße 10 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 88 99	E-Mail/Internet: info.kjfh@stadt-frankfurt.de www.kommunale.jugendhilfe.frankfurt.de
Gründung: 01.01.1999	Unternehmensgegenstand: Förderung der Jugendhilfe durch den Aufbau, das Betreiben und Unterhalten dezentraler städtischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 511.292 € = 100,00 % 511.292 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Frau Angela Stock		
Betriebskommission:	15 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Frau StRin Elke Voitl	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Beatrix Baumann	
	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Frau Stv Ayse Dalhoff	
	Herr Stv Abdenassar Gannoukh	
	Frau StRin Ina Hauck	
	Herr Stv Yanki Pürsün	
	Frau Stv Christina Ringer	
	Herr Stv Dr. Christoph Rosenbaum	
	Frau StRin Dr. Renate Sterzel	
	Frau StRin Elke Voitl	
	Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder:	Frau Cornelia Klatte (AN)	
	Herr Werner Krone (AN)	
	Herr Benjamin Landes	
	Herr Manfred Oschkinat	

A. Ausblick 2022

Die Corona-Pandemie hat derzeit keine gravierenden finanziellen Auswirkungen auf den Eigenbetrieb. Gleichwohl ist festzustellen, dass sowohl die Arbeitsformen im Eigenbetrieb als auch die Beratungs- und Angebotsformen der einzelnen Geschäftsbereiche im Zuge der Corona-Pandemie eine starke Veränderung erfahren haben.

Sowohl in der Verwaltung des Eigenbetriebes als auch in den einzelnen Aufgabenfeldern der beratenden und pädagogischen Arbeit wurden das Home-Office stark ausgebaut und digitale Formate etabliert. Die Fachkräfte der Beratungsstellen haben alternative Kommunikationsformen wie Telefonberatung, Telefonkonferenzen und Onlineberatung im Kontakt mit den Klienten und Klientinnen und der

internen Kommunikation eingesetzt. Diese Neuerungen haben sich bewährt und sollen beibehalten werden.

Das Thema „Medien“ ist in vielen Bereichen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit von maßgeblicher Bedeutung. Im Arbeitskreis „Medien“ des Geschäftsbereichs Offene Kinder- und Jugendarbeit werden die entsprechenden Themen, Angebote und Fortbildungen bearbeitet, koordiniert und kommuniziert. Des Weiteren beschäftigt sich der Arbeitskreis „Medien“ mit den Nutzungsregeln für W-LAN, den digitalen Angeboten, fachlichen Standards, technischen Voraussetzungen und Nutzungsregeln im Bereich Social Media-Accounts.

Die seit 2018 begonnene strategische Ausrichtung des Betriebes umfasst die Bereiche Vernetzung,

Professionalisierung, Wirtschaftlichkeit sowie Innovation und Image. Im Rahmen der Strategieumsetzung zur innerbetrieblichen Steuerung wurde der Führungsprozess der Betriebsleitung, der Stabsstelle Controlling sowie der Geschäftsbereichsleitungen im September 2021 mit einem Wechsel der externen Moderation wieder aufgenommen. Die aus dem Jahr 2020 verschobenen Workshops zur Implementierung des Controlling-Moduls wurden im Oktober und Dezember 2021 fortgesetzt und für 2022 terminiert.

Ein formalisiertes Risikomanagement war bisher aufgrund der Größe und geringen Komplexität des Eigenbetriebs nicht eingerichtet. Mit der neubesetzten Controlling-Stelle wurde jedoch eine Risikoinventur begonnen, um die Basis für ein zu implementierendes Risikomanagement zu schaffen. Im Bereich Liegenschaften konnte eine systematische Mehrjahresplanung auf den Weg gebracht werden, die zukünftig die Bedarfe im Rahmen der Wirtschaftsplanung passgenauer abbilden wird.

Im Bereich der IT zielt der Eigenbetrieb auf die Ein-Geräte-Strategie, um eine Ressourcen- und Kosteneffizienz mit höherer Flexibilität zu kombinieren. Darüber hinaus ist die Anbindung der drei Inobhutnahme-Einrichtungen an die AZE im Prozess und soll nach erfolgter Umsetzung die bisherige händische Arbeit maßgeblich verringern.

Der pädagogische Mittagstisch, der in neun beteiligten Einrichtungen des Eigenbetriebes neben einer verlässlichen Mittagessenversorgung auch Fachkompetenz für Kinder und Teenies mit speziellem Förderbedarf bietet, genießt in den Stadtteilen eine hohe Akzeptanz.

Der sich in den Stellenbesetzungsverfahren weiterhin abzeichnende Bewerber:innen-Mangel, die lange Wiederbesetzungsdauer von Führungsstellen sowie eine Teilzeitquote von über 50 % führen dazu, dass die Themen Personalakquise und Personalentwicklung weiterhin an Bedeutung zunehmen werden.

Um den Dienstbetrieb in den stationären Einrichtungen bei coronabedingten Personalausfällen aufrechterhalten zu können, erarbeitete der Eigenbetrieb geschäftsbereichsübergreifend den „Corona-

Personal-Pool“ als Instrument zur Umsteuerung von Mitarbeitenden.

Der Betrieb arbeitet seit 2019 an dem systematischen Ausbau barrierefreier bzw. -armer Einrichtungen. Der in Frankfurt am Main erste inklusive Abenteuerspielplatz konnte im September 2021 offiziell eröffnet werden. Der Ausbau der inklusiven Infrastruktur wird in den beiden Geschäftsbereichen Jugend- und Erziehungshilfe sowie Offene Kinder- und Jugendarbeit fortgesetzt.

Auf Basis des Stadtverordnetenbeschlusses vom 29.03.2012 „Zukunft Frankfurter Kinder sichern“ wurden den Erziehungsberatungsstellen der Träger der freien Jugendhilfe ab 2017 im Bereich psychologische Präventionsberatung zusätzliche Mittel für Personalkosten bereitgestellt. Zwecks einer ausgewogenen Versorgung der Sozialräume in Frankfurt am Main und zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen beabsichtigt der Eigenbetrieb eigene Präventionsstellen zu schaffen und wird – die bis dato nicht genehmigten – zusätzlichen Stellen für Sozialarbeiter:innen bzw. Sozialpädagoginnen und -pädagogen im Wirtschaftsplan 2023 erneut als Mehrbedarf anmelden.

Der Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode in Hessen formuliert mit dem „Pakt für den Nachmittag“ das Ziel für Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 bis 17.00 Uhr. Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie auch der Tagesgruppe Hermann-Luppe-Haus werden von diesen landespolitischen Zielvorgaben tangiert und haben sich planerisch und konzeptionell dazu positioniert. Auch der von den Regierungsparteien auf Bundesebene bis zum Jahr 2025 einzuführende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkin- der wird Auswirkungen auf die Offene Arbeit mit Kindern haben und wird konzeptionell bei der Angebotsgestaltung berücksichtigt werden.

Am 10.06.2021 trat das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) in Kraft. Das Gesetz zielt auf eine verbesserte Rechtsstellung von jungen Menschen und Eltern im SGB VIII ab. Das neue Regelangebot im Kinderheim Rödelheim in Form der erweiterten Elternarbeit im Kinderheim ist damit ausgesprochen innovativ und setzt den Rechtsan-

spruch der Beteiligten bereits jetzt um. Das KJSG wird aber in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe und in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu Veränderungen in Konzepten und fachlichen Haltungen führen müssen.

Für das Wirtschaftsjahr 2022 rechnet der Eigenbetrieb bei steigenden Umsätzen aus der Erhöhung der Pflegesätze mit einem aufgabenbedingten Verlust von -15,20 Mio. €. Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind im Wirtschaftsplan nicht berücksichtigt, da diese zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts nicht hinreichend verlässlich prognostizierbar waren.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Aufgabe des Eigenbetriebes ist es, in enger partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien im Stadtteil beizutragen und individuelle Problemlagen lindern bzw. lösen zu helfen. Dies beinhaltet die Mitwirkung bei der Verwirklichung einer präventiven, regional orientierten Jugendhilfe in der Stadt Frankfurt am Main. Dabei entwickelt der Betrieb, angepasst an den sich verändernden Bedarf, seine Angebots- und Hilfskonzepte ständig weiter.

Die Zahl der bearbeiteten Fälle in der Kinder-, Jugend- und Elternberatung ist von 1.964 auf 2.071 gestiegen.

Während der gesamten Corona-Pandemie hatten die kommunalen Beratungsstellen durchgehend geöffnet. Mindestens eine Fachkraft war stets vor Ort, so dass in dieser Zeit gewünschte Präsenztermine mit Klienten und Klientinnen durchgeführt wurden. In Kinderschutzfällen wurde stets auf die Wahrnehmung von Präsenzterminen hingewirkt. Ebenfalls wurden Jugendlichen bei der Kontaktaufnahme Präsenztermine angeboten. Für die Präsenztermine und den Betrieb der Beratungsstellen wurde ein differenziertes Hygienekonzept eingeführt.

Mit dem Einsatz digitaler Beratungsformen ist es gelungen, die Anzahl der durchgeführten Beratungstermine auch unter Corona-Bedingungen weit-

gehend aufrechtzuerhalten und in 2021 auf 10.474 Sitzungen (Vj. 8.750) auszubauen.

Im Berichtsjahr haben die kommunalen Beratungsstellen erneut die Zertifizierung durch den Fachverband Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. erhalten. Die Zertifizierung bestätigt die Einhaltung einheitlicher fachlicher Standards und wird für vier Jahre verliehen.

Nachdem die im ehemaligen Zentrum für Erziehungshilfe verortete Kooperation zwischen Förder-schullehrkräften der Berthold-Simonsohn-Schule und Sozialarbeiter:innen bzw. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen des Eigenbetriebs nicht fortgesetzt werden konnte, arbeitet dort seit Sommer 2019 das neu konzeptionierte Beratungs- und Vermittlungszentrum für schulnahe Hilfen (BVSH). Das Ziel des BVSH ist es, die spezifisch auf schulnahe Unterstützung ausgerichtete Expertise der Fachkräfte des Eigenbetriebes als besondere Ressource der Jugendhilfe zu entwickeln. Die Zielgruppe von BVSH bilden Kinder mit emotionalen und sozialen Entwicklungsproblemen, für deren schulische Integration außerschulische Unterstützungssysteme erforderlich sind.

Die entgeltfinanzierten Einrichtungen waren im Berichtsjahr im Durchschnitt zu 88 % (Vj. 91 %) ausgelastet. Dabei ist die Auslastung der Tagesgruppen im Vorjahresvergleich einerseits durch eine hohe Personalfuktuation, verbunden mit einer geringen Stellenbesetzungsquote, und andererseits durch eine geringere Anfrage seitens des Jugendamtes gesunken. Das Kinderheim Rödelheim, die Inobhutnahme Höchst und die Inobhutnahme Bornheim halten ihre Leistungen exklusiv für das Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main vor und erhalten im Gegenzug dazu Vorhaltegelder für nicht belegte Plätze. Bezogen auf die Kostendeckung ist daher eine Vollauslastung gegeben.

Um Personalausfälle in den Inobhutnahmeeinrichtungen (Schichtbetrieb an 365 Tagen im Jahr) besser abzufangen, wurden Rufbereitschaften mit geringfügigen Beschäftigten – im Wesentlichen Werkstudierende – eingerichtet.

Im Kinderheim Rödelheim wurde das Konzept einer Erweiterten Elternarbeit mit einem Personalumfang von 1,5 Stellen eingeführt. Durch die intensive El-

ternarbeit soll die Verweildauer der Kinder in der Einrichtung reduziert und eine bessere Perspektivplanung ermöglicht werden.

Die Angebote der aufsuchenden Sozialarbeit werden weiterhin stark nachgefragt. Eine zunehmende Psychiatrisierung der Klienten und Klientinnen ist zu beobachten. Hinzu kommt die nach wie vor sehr schwierige Versorgung mit Wohnraum. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit müssen Jugendliche häufig vorübergehend in Hotels untergebracht werden. Stark zugenommen hat die Anzahl der ratsuchenden Migrant:innen aus dem europäischen Ausland.

Darüber hinaus hält der Betrieb Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit vor, in denen die Kinder und Jugendlichen Möglichkeiten für Selbstentfaltungs-, Erprobungs- und Lernprozesse vorfinden. In diesem Geschäftsbereich unterhält der Eigenbetrieb 17 Kinder- und Jugendhäuser. Die Einrichtungen waren jedoch sowohl in 2020 als auch in 2021 durch die Corona-Pandemie eingeschränkt, so dass ausschließlich mobile und digitale Angebote stattfinden konnten. Seit der Öffnung ab Mitte Mai 2020 konnten die Prinzipien der offenen Angebote nicht fachgerecht umgesetzt werden, da sowohl die Kontaktbeschränkungen als auch die Hygiene- und Abstandsvorschriften sowie das Führen von Anwesenheitslisten stark den Betrieb der Einrichtungen eingeschränkt haben.

Neben der Umsetzung der strukturellen Vorgaben waren Gefährdungsbeurteilungen und Hygienekonzepte zu erstellen. Die digitale Ausstattung der Einrichtungen (sowohl für die Angebote mit den Kindern, Jugendlichen und Familien als auch für die interne Kommunikation im Geschäftsbereich) musste priorisiert umgesetzt werden und die Rahmenbedingungen sowie die inhaltlich-fachliche Ausgestaltung der digitalen Angebote waren zu entwickeln. Die geplanten Maßnahmen konnten im Jahr 2021 weitgehend umgesetzt werden. Dazu zählen die Gestaltung des inklusiven Abenteuerspielplatzes Nordweststadt unter partizipativer Einbeziehung der Zielgruppe und die Sammlung der Daten zur Auswertung und Qualitätssicherung im Medien-Studio Bornheim. Das zum Abenteuerspielplatz Nordweststadt zugehörige Kinderhaus Nordweststadt wurde

2020/2021 umgebaut und mit einem barrierefreien Zugang ausgestattet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 13,21 Mio. € auf 14,16 Mio. € erhöht. Ursächlich für die Zunahme sind im Wesentlichen die um 953 T€ auf 11,33 Mio. € gestiegenen Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main. Zudem sind die liquiden Mittel um 98 T€ auf 613 T€ gestiegen. Demgegenüber steht eine leichte Abnahme des immateriellen Vermögens und der Sachanlagen von insgesamt 121 T€, resultierend aus Abschreibungen von 285 T€, Investitionen von 172 T€ und Abgängen von 8 T€.

Die Zunahme auf der Passivseite betrifft im Wesentlichen die beiden Positionen Eigenkapital und Rückstellungen. Der Anstieg im Bereich des Eigenkapitals um 550 T€ auf 2,43 Mio. € ergibt sich aus einer gegenüber dem Vorjahr höheren Kapitalrücklage (+378 T€) sowie einem geringeren Jahresfehlbetrag (+171 T€). Im Berichtsjahr 2021 wurde per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Jahresverlust des Wirtschaftsjahres 2020 in Höhe von -14,87 Mio. € durch die entsprechende Teilauflösung der Kapitalrücklage aus Einlagen durch die Stadt vollständig ausgeglichen. Somit werden über den 31.12.2021 hinaus keine Verlustvorträge als „Verluste aus Vorjahren“ ausgewiesen und auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Jahresverlust 2021 unterschreitet um 549 T€ die geleistete Einlage in die Kapitalrücklage (15,25 Mio. €) und fällt um 540 T€ besser aus als im Wirtschaftsplan 2021 (-15,24 Mio. €) kalkuliert.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind im Vorjahresvergleich um 523 T€ auf 7,68 Mio. € angestiegen. Ursächlich für die höhere Zuführung (1,16 Mio. €) war die im Berichtsjahr andauernde negative Zinsentwicklung.

Die langfristigen sonstigen Rückstellungen - bestehend aus den Beihilfeverpflichtungen, den Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten, für Aktenaufbewahrung, Rückbauverpflichtungen sowie den Jubiläumsverpflichtungen - minderten sich um 105 T€ auf 1,67 Mio. €, was sich insbesondere durch die Inanspruchnahme der Zeitkonten durch zwei Angestellte begründet. Die zuvor unter dem

Posten „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ ausgewiesene Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen (1,32 Mio.€) wurde im Berichtsjahr in die sonstigen Rückstellungen umgliedert. Zwecks Vergleichbarkeit wurde auch der Vorjahresausweis (1,34 Mio. €) angepasst.

Der Finanzmittelfonds hat sich zum Bilanzstichtag um rund 933 T€ auf 10,26 Mio. € erhöht und besteht aus dem Bestand bei der Stadtkasse von 9,65 Mio. € und flüssigen Mitteln von 613 T€.

Zur Erfolgslage

Im Berichtsjahr hat der Eigenbetrieb einen Jahresverlust von -14,70 Mio. € erzielt, der um 171 T€ unterhalb des Vorjahresverlustes liegt. Maßgeblich für das verbesserte Ergebnis ist ein Anstieg der Erträge um 162 T€ auf 9,38 Mio.€, denen um 10 T€ rückläufige Aufwendungen von 24,08 Mio. € gegenüberstehen.

Die Umsatzerlöse sind im Vorjahresvergleich um 62 T€ auf 8,87 Mio. € gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die im Berichtsjahr um 94 T€ gestiegenen Erträge aus den Einrichtungen der Jugend- und Erziehungshilfe begründet, welche aus der Anpassung der Entgeltsätze im Inobhutnahme-Verbund, den Tagesgruppen und der Lernwerkstatt an die allgemeinen Preis- und Lohnsteigerungen resultieren. Im Bereich der Inobhutnahme konnte die Anzahl der rückläufigen Pflage tage durch die Zahlung der Vorhaltegelder sowie die gestiegenen Entgelte überkompensiert werden.

Die von 412 T€ auf 512 T€ gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträge ergeben sich aus höheren Erträgen aus Spenden und Zuschüssen (+113 T€), was einerseits auf die Verwendung eines Teils von einem erhaltenen Erbe (27 T€) sowie andererseits auf eine Ausweisänderung der Zuschüsse für Energiemanagement und Inklusion zurückzuführen ist, die im Vorjahr unter den Umsatzerlösen ausgewiesen wurden. Der Anstieg der übrigen Erträge in Höhe von 109 T€ ist durch eine vermehrte Anzahl

von Mitarbeiterinnen im Beschäftigungsverbot und Mutterschutz und die damit verbundenen Erstattungen der Krankenkassen begründet.

Der Personalaufwand stellt mit 74 % der Gesamtaufwendungen den größten Aufwandsposten des Eigenbetriebs dar und ist im Berichtsjahr um 373 T€ auf 17,78 Mio. € gesunken. Ursächlich hierfür sind die im Vorjahr gezahlte Corona-Prämie sowie ein geringerer Personaleinsatz (- 6,52 VZÄ).

Aufgrund der Zunahme von Mitarbeiterinnen in Mutterschutz und Beschäftigungsverboten sowie aufgrund von Stellenvakanzen musste in größerem Umfang als im Vorjahr externes Personal bezogen werden, wodurch der Materialaufwand um 257 T€ auf 535 T€ gestiegen ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen aufgrund von Mehraufwendungen für Lizenzgebühren der vertraglichen EDV-Wartung, Instandhaltungen sowie Energiekosten für Heizung, Strom und Gas um insgesamt 166 T€ über dem Vorjahresaufwand in Höhe von 5,13 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 26.05.2020 für das Planjahr 2021 und am 05.10.2021 für das Planjahr 2022. Das Jahresabschlussgespräch 2021 wurde am 01.06.2022 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.928	2.049	-121	-5,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	39	53	-14	-26,2
Sachanlagen	1.889	1.996	-107	-5,4
Umlaufvermögen	11.980	10.939	1.041	9,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.367	10.424	943	9,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	613	515	98	19,1
Rechnungsabgrenzungsposten	256	217	38	17,6
Bilanzsumme	14.164	13.206	958	7,3
PASSIVA				
Eigenkapital	2.430	1.881	550	29,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	511	511	0	0,0
Kapitalrücklage	16.619	16.240	378	2,3
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-14.700	-14.871	171	-1,2
Rückstellungen	10.800	10.336	464	4,5
Verbindlichkeiten	934	977	-43	-4,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	566	692	-126	-18,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0	12	-12	-
Bilanzsumme	14.164	13.206	958	7,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.868	8.806	62	0,7
Gesamtleistung	8.868	8.806	62	0,7
sonstige betriebliche Erträge	512	412	100	24,2
Materialaufwand	-535	-278	-257	92,5
Personalaufwand	-17.773	-18.146	373	-2,1
Abschreibungen	-285	-305	20	-6,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.292	-5.126	-166	3,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-14.505	-14.637	131	-0,9
Finanzergebnis	-195	-235	40	-17,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-14.700	-14.871	171	-1,2
Ergebnis nach Steuern	-14.700	-14.871	171	-1,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-14.700	-14.871	171	-1,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-14.700	-14.871	171	-1,2
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	307	311	-4	-1,3
Kinder-, Jugend- u. Elternberatung (bearb. Fälle)	2.071	1.964	107	5,4
Belegung entgeltfinanzierte Einrichtungen (Auslast. in %)	88	91	-3	-3,0

6.3 Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH

Anschrift: Christa-Maar-Straße 2 60488 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/95 80 26-0	E-Mail/Internet: geschaeftsstelle@pw-ffm.de www.pw-ffm.de
Gründung: 06.09.1983	Unternehmensgegenstand: Verfolgung mildtätiger Zwecke durch Unterstützung hilfebedürftiger Personen im Sinne des § 53 Ziff. 1 Abgabenordnung (AO) insbesondere durch Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung. Die Eingliederungshilfe umfasst die Bereiche "Arbeit", "Wohnen" und "Freizeit" mit dem Ziel, behinderten Menschen eine aktive Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Weiterer Gegenstand der Gesellschaft ist die gemeinnützige Förderung der Wohlfahrtspflege.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e.V. Verein Lebenshilfe für geistig Behinderte e. V. Verein Lebenshilfe für geistig Behinderte, Kreisvereinigung Main-Taunus e.V.	Kapitalanteile: 13.294 € = 49,06 % 12.271 € = 45,28 % 1.023 € = 3,77 % 511 € = 1,89 % 27.098 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Andreas Schadt Herr Thomas Schmitter		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	9 Mitglieder Frau StRin Elke Voitl Herr Dr. Dimitrios Gotsis Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch Frau StRin Sylvia Weber Frau Jenny Grünewald Herr Volker Liedtke-Bösl Frau Julia Reister Herr StR Stephan Siegler Herr Rainer Wolf	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 66,67 %		
Beteiligungen: Cook Company gemeinnützige GmbH Kontexte Frankfurt gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kapitalanteile: 12.100 € = 48,40 % 25.000 € = 25,00 %	

A. Ausblick 2022

Der Bedarf an Betreuungsleistungen der Gesellschaft steigt weiter und differenziert sich zunehmend aus. Die Suche nach geeigneten Wohnformen, die sowohl dem Konzept der Inklusion genügen als auch den individuellen Assistenzaufwand für die betreuten Menschen berücksichtigen, wird die nächsten Jahre prägen. In den Werkstätten wirkt sich der Umstand aus, dass immer mehr, besonders schwerbehinderte, Menschen aufgenommen werden, während gleichzeitig leistungsstarke Klienten und Klientinnen außerhalb der Werkstätten beschäf-

tigt werden können. Darüber hinaus werden umfangreiche strukturelle und systematische Änderungen an den Vorgaben für die Leistungsplanung, Leistungssteuerung und Leistungserbringung eintreten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Praunheimer Werkstätten gGmbH (pw) ist der größte Arbeitgeber für Menschen mit geistiger Behinderung in Frankfurt am Main. Sie gehört zum

bundesweiten und flächendeckenden Betreuungsangebot „Werkstätten für behinderte Menschen“.

Die Gesellschaft betreibt und unterhält neben den drei Werkstätten (Praunheim, Fechenheim und Höchst) Wohnanlagen und Wohngruppen für Menschen mit geistiger Behinderung. Zu den Aufgaben gehören daneben betreutes Wohnen, ambulante Assistenz sowie Integrationsassistenz an Frankfurter Schulen sowie die sozialpädagogische Familienhilfe. Die Hohemarktstraße wurde zum 31.12.2021 geschlossen.

Die Leistungsentgelte der Rehabilitationsträger stellen die Haupteinnahme der Gesellschaft dar. Neben den regulär 582 Beschäftigten (Vj. 585) und sechs Praktikantinnen und Praktikanten leisteten 5 Freiwillige ein soziales Jahr (Vj. 8) bei der pw ab. In geschützten Arbeitsverhältnissen befanden sich im Jahresdurchschnitt 765 Beschäftigte (Vj. 783).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 751 T€ auf 38,34 Mio. € verringert. Die Eigenkapitalquote (einschließlich der Sonderposten) beträgt 64,2 % (Vj. 62,9 %). Auf der Aktivseite haben sich die Sachanlagen u. a. aufgrund der planmäßigen Abschreibung um 732 T€ auf 29,55 Mio. € reduziert. Die Gesellschaft hat 2021 Ersatzinvestitionen in Höhe von 559 T€ getätigt.

Während sich die Forderungen zum Bilanzstichtag um 1,21 Mio. € erhöhten, reduzierte sich das Guthaben bei Kreditinstituten um 1,29 Mio. €, was im Ergebnis zu einem um 25 T€ gestiegenen Umlaufvermögen führt.

Auf der Passivseite sank der Sonderposten für Investitionszuschüsse um 443 T€, während die Verbindlichkeiten aufgrund von planmäßigen Tilgungen gegenüber Kreditinstituten und bei Darlehensverbindlichkeiten geringer ausfielen.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 496 T€ ab. Gegenüber dem Vorjahr (Jahresfehlbetrag in Höhe von -178 T€) stellt dies eine Verbesserung um 674 T€ dar. Die gestiegenen Personalkosten, die im Ergebnis mit 29,56 Mio. € um 912 T€ höher ausfielen als im Vorjahr, konnten durch um 1,46 Mio. € gestiegene Umsatzerlöse i. H. v. 33,56 Mio. € kompensiert werden. Bei dem Anstieg sind auch periodenfremde Umsatzerlöse von 915 T€ enthalten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung hilfebedürftiger Personen auf dem Gebiet der Berufsbildung und der Erziehung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	29.739	30.506	-768	-2,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	37	51	-13	-26,2
Sachanlagen	29.546	30.278	-732	-2,4
Finanzanlagen	155	178	-23	-12,8
Umlaufvermögen	8.555	8.530	25	0,3
Vorräte	432	322	110	34,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.342	4.134	1.208	29,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.780	4.073	-1.293	-31,7
Rechnungsabgrenzungsposten	47	55	-8	-15,3
Bilanzsumme	38.340	39.091	-751	-1,9
PASSIVA				
Eigenkapital	14.734	14.238	496	3,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	12.467	12.467	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.041	2.041	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-297	-119	-178	149,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	496	-178	674	-378,8
Sonderposten	9.895	10.338	-443	-4,3
Rückstellungen	1.622	1.834	-212	-11,6
Verbindlichkeiten	12.089	12.681	-592	-4,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.863	8.284	-421	-5,1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	38.340	39.091	-751	-1,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	33.556	32.095	1.461	4,6
Bestandsänderung UE / FE	49	-8	57	-733,6
Gesamtleistung	33.606	32.087	1.519	4,7
sonstige betriebliche Erträge	6.705	5.992	713	11,9
Materialaufwand	-1.466	-1.334	-132	9,9
Personalaufwand	-29.557	-28.645	-912	3,2
Abschreibungen	-1.303	-1.262	-41	3,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.184	-6.699	-485	7,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	802	139	662	476,2
Finanzergebnis	-302	-315	13	-4,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	500	-176	676	-383,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	0	-0	-393,5
Ergebnis nach Steuern	499	-176	675	-383,8
Sonstige Steuern	-3	-2	-1	48,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	496	-178	674	-378,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	496	-178	674	-378,8

Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	582	585	-3	-0,5
Belegte Plätze Tagesförderstätten (Durchschnittswerte)	183	186	-3	-1,6
Belegte Plätze Wohnheime (Durchschnittswerte)	121	138	-17	-12,3
Belegte Plätze Betreutes Wohnen (Durchschnittswerte)	122	105	17	16,2
Belegte Plätze Schulintegration (Durchschnittswerte)	158	168	-10	-6,0

III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse („Naspa“)

Anschrift: Rheinstraße 42-46 65185 Wiesbaden	Telefon/Fax: 0 611/364-0	E-Mail/Internet: info@naspa.de www.naspa.de
Vorstand: Günter Högner (Vorsitzender) Michael Baumann Bertram Theilacker Frank Diefenbach	Träger: Sparkassenzweckverband Nassau	Anteile: 100,00 %
Verwaltungsrat: 27 Mitglieder, davon 9 Vertreter der Arbeitnehmer		
Mandatsträger der Träger und Beteiligten: OB Gert-Uwe Mende (Vorsitzender) Herr Burkhard Alberts Herr Michael Cyriax Herr Carsten Filges Herr Dr. Oliver Franz Frau Sabine Häuser-Eltgen Herr Prof. Lorenz Jarass Herr Michael Köberle Herr Ulrich Krebs Herr Roger Podstatny Herr Frank Puchtler Herr Udo Rau Herr Harald Schindler Herr Dr. Hendrick Schmehl Herr Achim Schwickert (stellv. Vorsitzender) Herr Andre Stolz Herr Dr. Stephan Wetzel	AN-Vertreter: Herr Markus Geis Frau Rita Gröschel Herr Patrick Hannappel Frau Karima Khabbach Herr Markus Molitor Herr Jens Prange-Wegmann Herr Andreas Sommerfeld Frau Anna Wagner	
Anteilsbesitz: Naspa-Direkt-Service GmbH, Wiesbaden Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden Schloss Vollrads GmbH, Oestrich-Winkel Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden S-Servicepartner Rhein-Main	Kapitalanteile: 100,00 % 100,00 % 100,00 % 100,00 % 100,00 % 100,00 % 100,00 % 75,00 % 70,00 %	

Darüber hinaus ist die Naspa u. a. unmittelbar mit 10,4 % am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen („SGVHT“) und mittelbar mit durchgerechnet rd. 7 % an der Landesbank Hessen-Thüringen („Helaba“) sowie jeweils mit rd. 1,2 % an der DekaBank und der Landesbank Berlin beteiligt.

Unternehmenszweck, Träger und Organe

Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Organe der Naspa sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Letzterer hat sich nach den hessischen Kommunalwahlen 2021 neu konstituiert.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs.

Das Mittelaufkommen von Kunden wuchs 2021 um 6,9 %. Dabei konnte sich auch die Naspa nicht dem - infolge des Niedrigzinsumfeldes - anhaltenden

Trend zu kurzfristigen Einlagen mit entsprechend veränderter Struktur des Kontenbestandes entziehen. Das Kundenkreditvolumen konnte die Naspa – im Stichtagsvergleich um 4,3 %, bei unverändert risikobewusster Vergabepolitik, ausweiten.

Die Anzahl der Girokonten insgesamt blieb annähernd konstant; die Anzahl der Kundendepots und deren Bestände haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöht.

Anzahl bzw. Mio. €	2019	2020	2021
Anzahl Privatgirokonten	308.622	308.410	305.871
Anzahl Geschäftsgirokonten	45.628	43.249	45.881
Anzahl Kundendepots*	55.016	55.141	56.094
Forderungen an Kunden	9.335	9.665	10.033
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	9.414	10.466	11.187
Depotbestand*	3.148	3.248	3.839
Stiftungskapital Naspa Stiftung	27	27	27

*) inkl. S-Broker-Depots sowie DekaBank-Depots

Im rd. 4.200 km² umfassenden Geschäftsgebiet mit z. T. überdurchschnittlich attraktivem Kaufkraftumfeld und über 2 Mio. Einwohnern stehen den Kunden aktuell

- stationär nach der im April 2022 gebotenen Anpassung des Filialnetzes an das sich branchenweit v. a. digitalisierungsbedingt verändernde Kundenverhalten insgesamt 73 (Vj. 84) Geschäftsstellen sowie 15 Private Banking-Center, sechs (Vj. sieben) Finanzierungs-Center, drei Firmenkunden-Center, sowie 33 (Vj. 37) Selbstbedienungs-Center offen. Darüber hinaus betreibt die Naspa 208 Geldautomaten. Ferner berät die Naspa ihre Kunden individuell nach Vereinbarung auch außerhalb der Öffnungszeiten am gewünschten Ort.

- digital „rund um die Uhr“ die Internetfiliale und die Sparkassen-Apps zur Verfügung. Mit dem Business-Center (BC) für Gewerbe- und Geschäftskunden steht den Kunden seit 2021 ein Kanal für die Beratung und den Abschluss via Telefon oder Videokonferenz zur Verfügung. Im Februar 2022 startete zudem das Direkt-Beratungs-Center (DBC) für Privatkunden.

Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalen, sozialen und kulturellen Bereich zu fördern. Eventuelle Ausschüttungen der Naspa, die aus bankbetrieblichen Gründen derzeit unverändert nicht geboten sind, wären vom Verwaltungsrat zu beschließen und satzungsgemäß vom Sparkassen-

zweckverband an die Naspa Stiftung weiter zu leiten.

Im Berichtsjahr hat die Naspa selbst abermals zahlreiche Vereine, Einrichtungen und Projekte in Höhe von insgesamt rd. 1,4 Mio. € finanziell unterstützt. Seit Gründung der Naspa Stiftung „Initiative und Leistung“ vor gut 25 Jahren wurden fast 13.000 Projekte und Aktivitäten in der Region unterstützt und Fördergelder von fast 20,0 Mio. € ausgeschüttet, davon alleine 0,7 (Vj. 0,8) Mio. € in 2021.

Darüber hinaus hat die Naspa CSR-Grundsätze (Corporate Social Responsibility) erarbeitet und in die drei Säulen der Nachhaltigkeit - Ökonomie, Ökologie und Soziales - unterteilt. Nachhaltigkeitsbezogene Informationen nichtfinanzieller Art werden im sogenannten „Nichtfinanziellen Bericht der Nassauischen Sparkasse“ veröffentlicht. Diese Berichtserstattung erfolgt gesondert vom Lagebericht und ist unter

<https://www.naspa.de/de/home/ihre-naspa/presse-center/infomaterial.html?n=true&stref=hnav>

im Internet veröffentlicht.

Geschäfts- und Risikoentwicklung

Bestimmender Faktor der Geschäftsentwicklung 2021 war die Corona-Pandemie – neben den unverändert vielfältigen branchentypischen Herausforderungen - insbesondere resultierend aus Niedrig- bzw. Negativzinsumfeld / demographischer Entwicklung / verändertem Kundenverhalten / Digitalisierung / fortschreitender Regulierungsdichte / BGH-Urteile zum AGB-Änderungsmechanismus und zu Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen / wettbewerbsgetriebenem Margendruck / auch geopolitisch-ausgelöster Unsicherheiten an den Finanzmärkten mit entsprechend höheren Volatilitäten. Die Pandemie-Auswirkungen waren weniger gravierend als dies zum von großer Unsicherheit und Unwägbarkeiten gekennzeichneten Zeitraum der Planerstellung für 2021 zu erwarten war. Dank großen Engagements und Umsicht von Mitarbeitenden und Vorstand konnten die Herausforderungen gut bewältigt werden.

Das Geschäftsjahr 2021

- verlief besser als erwartet. Dabei wurde die margen- und risikoorientierte Geschäftspolitik ebenso fortgesetzt wie die Anstrengungen zur Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierung. Als umfassendes Programm für Wachstum und Effizienzverbesserung wurde das Strategieprogramm „Naspa 4.0“ fortgeführt. Dank der sehr guten Qualität des Kreditportfolios, staatlicher Maßnahmen zur Abfederung der Pandemie-Effekte und besonnenem Risikomanagement auch in der Vergangenheit lagen die Neubildungen und Wertberichtigungsverbräuche der nach unverändert konservativen Maßstäben ermittelten laufenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft – anders als im Vorjahr – wieder unter den Auflösungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen. Dem Ertragsüberhang stand eine geplante Netto-Risikovorsorge von 25 Mio. € gegenüber. Dies ist auch auf die unverändert hohe Qualität des Kundenkreditportfolios zurückzuführen. So beträgt am Stichtag der Kreditprüfung der Anteil mit einem DSGVO-Rating von 1-5, d. h. mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 0,1-0,4 %, 77,1 % (Vj. 74,3 %) des Kreditvolumens gegenüber 74,0 % im Durchschnitt der hessischen Sparkassen.

- erlaubt eine Stärkung des Eigenkapitals und der Reserven um insgesamt rd. 57 Mio. € (Vj. 48 Mio. €) (geplant rd. 19 Mio. €).
- zeigte insgesamt erneut zufriedenstellende wirtschaftliche Verhältnisse. In ordentlicher Rechnung lag die Naspa gemessen am Ergebnis nach Bewertung abermals deutlich besser als die Großsparkassen und 2021 knapp unter dem Durchschnitt der hessischen Sparkassen. Dieses Bild ergibt sich auch beim Betriebsergebnis vor Bewertung. Dabei ist zu sehen, dass die Durchschnittsbilanzsumme der Naspa aufgrund der großvolumigen Teilnahme an Refinanzierungsgeschäften der EZB deutlich (+ 13 % auf 14,8 Mrd. €) stärker als bei den Vergleichsgruppen gestiegen ist. Die Prüfungsstelle des SGVHT beurteilt die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkas-

se als insgesamt zufriedenstellend bei einer noch verbesserungswürdigen (Vj. weiter verbesserungsbedürftigen) Vermögenslage. Es gab abermals keine berichtspflichtigen Anlässe nach § 29 Abs. 3 KWG (= u. a. solche, die den Bestand eines Institutes gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können). Die Vermögenslage ist geordnet, die Finanzlage gibt keinen Anlass zu besonderen Feststellungen, die Mindest-Liquiditäts-

anforderungen wurden übertroffen, die Risikotragfähigkeit ist derzeit gegeben. Wegen des Ausbruchs des Ukraine-Krieges zum Abschluss der Prüfungshandlungen war mit Blick auf 2022 eine Nachtragsberichterstattung erforderlich (s. u.).

Die Zahl der Beschäftigten zum Jahresende 2021 betrug 1.590 (Vj. 1.609).

Gewinn- und Verlustrechnung

	2019	2020	2021
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsüberschuss	200,5	190,0	196,7
Provisionsüberschuss	88,0	87,5	92,4
Personal-/Sachaufwand	197,5	192,8	191,1
Sonstiger ordentlicher Aufwand	1,7	1,6	2,4
Handelsergebnis	1,3	1,2	1,6
Betriebsergebnis vor Bewertung	90,6	84,3	97,2
Bewertungsergebnis	-6,7	-17,6	-17,5
Betriebsergebnis nach Bewertung	83,9	66,7	79,7
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-21,2	-16,7	-23,9
Steuern	-22,4	-13,8	-16,4
Bilanzgewinn	40,3	36,2	39,4

Der Anstieg des Zinsüberschusses lag um 15,2 Mio. € über dem Planwert, dank höherer Erträge aus den aufgestockten Eigenanlagen und Beiträgen aus der Teilnahme an längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO = targeted longer-term refinancing operations) der EZB. Das stärker als erwartete Aktivwachstum trug ebenfalls zu dieser Entwicklung bei. Im Einlagengeschäft insgesamt lässt sich – trotz der Vereinnahmung von Verwahrergelten fast ausschließlich im Firmenkundenbereich - unverändert kein passiver Kundenkonditionsbeitrag erwirtschaften. Der Provisionsüberschuss übertraf ebenfalls die Erwartungen. Die Mehrerlöse aus Wertpapiergeschäft und Zins-/Währungsmanagement überkompensieren die Mindereinnahmen infolge des BGH-Urteils zum AGB-Änderungsmechanismus.

Der Verwaltungsaufwand lag v. a. bei unverändert stringentem Kostenmanagement in Summe leicht unter dem Vorjahr und war niedriger als geplant. Dies ging nicht zu Lasten von Investitionen in die personelle und technische Zukunftsfähigkeit der Naspa.

Bei einem Vergleich mit anderen Sparkassen ist zu berücksichtigen, dass bei der Naspa die Altersversorgungsverpflichtungen größtenteils ausfinanziert sind. Systembedingt entstehende stille Lasten werden im Anhang veröffentlicht (insg. rd. 145 ggü. 184 Mio. € im Vorjahr, dav. entfallen auf den Pensionsfonds 115 nach 147 Mio. €). Der Rückgang erklärt sich aus der Anpassung des Renteneintrittsalters an die tatsächlichen Gegebenheiten und der Wertentwicklung des Pensionsfonds in 2021). Da-

gegen hat die weit überwiegende Zahl der Sparkassen nur indirekte Zusagen auf niedrigerem Versorgungsniveau. Diese werden per (aufgrund der Rahmenbedingungen steigenden) Umlagen von zentralen Versorgungskassen abgewickelt („ZVK-Sparkassen“).

In dem ggü. Vorjahr nahezu unveränderten Bewertungsübergang gab es strukturell deutliche Verschiebungen:

- 2021 wurden 18 (Vj. rd. 12) Mio. € den Vorsorgereserven nach § 340f HGB zugeführt. Diese werden als Vorsorge für die sogenannten „besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute“ mit den Forderungen an Kunden verrechnet. Damit wurde v. a. die nach den Kreditrisiko-Modellen erwartete, tatsächlich aber (noch) nicht erforderliche Kreditrisikovorsorge (ohne den vorjährigen Management-Zuschlag) ergebnismäßig neutralisiert.

- im Berichtsjahr hat sich das reine Bewertungsergebnis für Wertpapiere bedingt durch die strategische Aufstockung des Depot A-Bestandes um fast 8 Mio. € verschlechtert und für das Kreditgeschäft (bereinigt um die o. g. Vorsorge nach § 340f HGB) von insgesamt -4 Mio. EUR auf +8 Mio. € gedreht (s. o.). Ursächlich hierfür waren unerwartet deutlich erhöhte Auflösungen von Einzelwertberichtigungen. Diese lagen 2021 um 5 Mio. € unter den Neubildungen. Im Saldo aus neutraler Rechnung sind - neben Aufwendungen zur Altersversorgung der Mitarbeitenden und Rückstellungsaufösungen - verrechnet
 - 5,1 Mio. € für die vorgezogene Dotierung des Sparkassenunterstützungsfonds.
 - 4,1 Mio. € Zuführungen zu Rückstellungen für Prämienparverträge wegen des vorgenannten BGH-Urteils.

Bilanzstruktur

	2019 Mio. €	2020 Mio. €	2021 Mio. €
Aktiva			
- Forderungen an Kreditinstitute	795	776	653
- Forderungen an Kunden	9.335	9.665	10.033
- Wertpapiere	1.126	1.518	1.805
- Finanzanlagen	106	106	107
- Übrige Aktiva	857	2.228	2.439
Bilanzsumme	12.219	14.293	15.037
Passiva			
- Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.332	2.312	2.280
- Verbindlichkeiten ggü. Kunden	9.414	10.466	11.187
- Verbriefte Verbindlichkeiten	187	168	162
- Eigene Mittel (nach Thesaurierung)	1.211	1.247	1.286
- Übrige Passiva	75	100	122
Gesamt	12.219	14.293	15.037
Eventualverbindlichkeiten	209	219	261

Im Berichtsjahr stieg das Kundenkreditgeschäft insgesamt dank über Plan liegender Wohnbau- und gewerblicher Finanzierungen. Rd. 58 % (59 %) der Forderungen an Kunden hatten eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren. Hierin spiegelt sich v. a. das Immobiliengeschäft und der Kundenwunsch nach langfristigen Finanzierungen zu den aktuell niedrigen Zinsen wider. Die Wertpapierbestände wurden unter Risiko-/Ertragsgesichtspunkten im kurz- bis

mittelfristigen Laufzeitbereich stärker erhöht als zunächst geplant. Die Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten liegen leicht unter dem durch die Teilnahme an den von der Deutschen Bundesbank angebotenen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems (TLTRO) geprägten Vorjahresniveau. Das Wachstum der Verbindlichkeiten ggü. Kunden lag über den Erwartungen. Von den der Naspa anvertrauten Kundengeldern sind

rechtlich 8.990 Mio. € (Vj. 8.291 Mio. €) bzw. inzwischen 80 % (Vj. 79 %) des Gesamtbestandes täglich fällig.

Die sich aus den fristeninkongruenten Finanzierungen ergebenden, gem. Risikostrategie als wesentlich eingestufte Risiken (insbesondere Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiko), sind aus heutiger Sicht steuerbar durch

- abgeschlossene Zins-Swaps (Nominalwerte 4,1 Mrd. € nach 4,2 Mrd. € im Vorjahr) und
- das allen aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht werdende Risikomanagementsystem der Naspa. Nach der aufsichtlich relevanten „Zinsschock-Kennzahl“ würde eine ad-hoc Zinserhöhung um 200 Basispunkte zu einem barwertigen Eigenkapital-Verlust von 12,5 % (Vj. 12,5 %) führen. Dieser liegt damit deutlich unter dem (aufsichtlichen) Beobachtungswert von 20 %.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich inzwischen v. a. durch die Thesaurierung des mit dem Jahresüberschuss identischen Bilanzgewinns 2020 auf 1,29 Mrd. € (Vj. 1,25 Mrd. €) erhöht. Die bankaufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen (einschließlich des 1%igen SREP Zuschlages) von insgesamt 11,51 % für 2021 werden bei einer Gesamtkennziffer von 16,1 % per 31.12.2021 überschritten. Aufsichtlich betrachtet, also v. a. im Hinblick auf Risikotragfähigkeit und Geschäftspotential, besteht kein Kapitalmangel.

Historisch bedingt (im Rahmen der Rekommunalisierung in Zeiten der Gewährträgerhaftung hatte die Eigenkapitalausstattung keine große Bedeutung) ist die Eigenkapitalausstattung der Naspa im Vergleich zu den Sparkassen in Hessen und Thüringen zwar unterdurchschnittlich und damit weiter verbesserungswürdig, was institutstypisch nur durch Innenfinanzierung/Gewinneinbehalt gelingt. Im Zeitvergleich hat sich die Eigenkapitalausstattung, relativ betrachtet, verbessert.

Quoten:

Per 31.12.	Naspa	Ø hess. Spk's	Δ Naspa zum Ø
Kernkapital CRR			
2017	14,52 %	18,63 %	-4,11%-Pkte.
2021	14,02 %	16,96 %	-2,94%-Pkte
Gesamtkapital CRR			
2017	16,63 %	20,61 %	-3,98%-Pkte
2021	16,09 %	18,24 %	-2,15 %-Pkte
Wirtschaftl. EK			
2017	17,5 %	22,7 %	-5,20%-Pkte
2021	16,9 %	20,2 %	-3,30%-Pkte

Dabei ist zu sehen, dass im wirtschaftlichen Eigenkapital die stille Einlage von 100 Mio. € vollständig berücksichtigt wird, nach CRR dagegen Restlaufzeitbedingt mit 80 Mio. € (jährlich um 20 Mio. € abschmelzend) und ferner 30 Mio. € nicht gebundene Reserven nach § 340f HGB in dieser Position erfasst werden. Um die Lücke beim wirtschaftlichen Eigenkapital (Δ) aufzuholen, benötigt die Naspa pro Prozent-Punkt c. p. rd. 75 Mio. € Gewinneinbehalt. Diese Kennzahlen sind nicht um die Auswirkungen

der unterschiedlichen Altersversorgungssysteme bereinigt (Pensionsverpflichtungen bei Naspa 2015 ausfinanziert; bei den ZVK-Sparkassen Umlageverfahren). Auch ist zu sehen, dass sich durch planmäßigen Auslauf der o. g. langfristigen Refinanzierungsgeschäfte von rd. 1,4 Mrd. € in 2023 die Bezugsbasis für die Eigenmittelquote c, p. vermindert, die EK-Quoten damit tendenziell steigen. Die für die 2022 geplante Geschäftsentwicklung erforderlichen Eigenmittel können, bei einem unterstellt normalen

Geschäftsverlauf, aus eigener Geschäftstätigkeit erwirtschaftet werden. Gemäß Kapitalplanung bis 2024 nebst Ausblick 2025 und 2026 werden die Eigenmittelanforderungen im Normalzenario auch

unter Berücksichtigung des reaktivierten antizyklischen Kapitalpuffers und des geplanten Systemrisikopuffers für Wohnimmobilienbesicherte Risikopositionen eingehalten.

Kennzahlen 2019 - 2021

Mio. € bzw. %	2019	2020	2021
Eigenmittel gem. CRR	1.242	1.299	1.355*
* nach Feststellung JA			
Kernkapitalquote (%)	14,2	14,4	14,0
Gesamtkennziffer (%)	16,7	16,9	16,1
Eigenkapitalrentabilität nach HGB (%)	6,7	5,7	6,6
Cost-Income-Ratio (%)	68,6	69,6	66,3

Im Rahmen des Risikomanagements baut die Naspa auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risiko-(früh-)erkennung, zur Risikomessung und –bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf. Diese Instrumente werden – nicht zuletzt auch im Rahmen bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben – kontinuierlich weiterentwickelt und geprüft. Die Prüfungsstelle des SGVHT hat wiederum bestätigt, dass das installierte Risikotragfähigkeitskonzept nebst den Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken den Anforderungen der MaRisk entspricht.

Demzufolge werden der Verwaltungsrat und sein Kredit- und Risikoausschuss mindestens vierteljährlich über die Risikosituation schriftlich informiert. Ferner werden mit dem Verwaltungsrat die Geschäfts- und die Risikostrategie erörtert.

Die Vorsorge für akute, latente Risiken und allgemeine Bankrisiken (im Sinne von §§ 340f und g HGB) im Kundenkreditgeschäft ist volumenbedingt gemessen an der Vorsorgequote, bei unverändert konservativer Vorsorgepolitik, nahezu konstant.

Mio. € bzw. %	2019	2020	2021
Kundenkreditvolumen (nach Risikovorsorge)	9.551	9.924	10.347
Bestand EWB und Rückstellungen	49	49	38
Bestand PWB	11	14	14
Vorsorge gem. §§ 340 f und g HGB	212	224	242
„Vorsorgequote insg. (%)“	2,9	2,9	2,8

Die Prüfungsstelle des SGVHT beurteilt die Risikotragfähigkeit der Naspa als gegeben. Weitere Einzelheiten zum Risikomanagement finden sich auch im Risikobericht des Lageberichts der Naspa.

Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die Prüfungsstelle des SGVHT hat zu keinen Einwendungen geführt. Das uneingeschränkte Testat wurde unter dem 29.03.2022 erteilt.

Nachtrags- und Prognosebericht

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges stellt ein Ereignis mit wertbegründendem Charakter dar, das geeignet ist, die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage der Naspa wesentlich zu beeinflussen. Das Ausmaß dieser und anderer aktueller Entwicklungen in Wirtschaft, Geld- und Kapitalmärkten und deren eventuell negativen Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2022 lässt sich derzeit nicht verlässlich abschätzen. Zum Aufstellungszeitpunkt des Jahresabschlusses 2021 geht die Naspa für 2022 von einem erhöhten Bewertungsbedarf bei den Eigenanlagen aus. Stand April 2022 zeigt sich im Kreditportfolio keine Betroffenheit, die Anlass zu einer höheren Risikovorsorge gewesen wäre.

Für das Jahr 2022 rechnet die Naspa auf Basis der im Herbst 2021 aufgestellten Planung mit

- einem Ergebnis vor Bewertung von 83 Mio. € (Ist 2021 97 Mio. €),
- einem planerischen Bewertungsbedarf von 28 Mio. € (Ist 2021: 0,5 Mio. €),
- einem Jahresüberschuss von 27 Mio. € (Ist 2021: 39 Mio. €),
- einer Verschlechterung der Cost-Income-Ratio auf 70,2 % (Ist 2021: 66,3 %). Damit würde die strategische Zielgröße von unverändert ≤ 75 % eingehalten.

Gesamtbeurteilung

Der Naspa ist es in den letzten Jahren gelungen,

- die wirtschaftlichen Verhältnisse auf einem auch lt. Prüfungsstelle insgesamt zufriedenstellenden Niveau zu halten – v. a. dank guter Ertragslage in ordentlicher Rechnung und niedriger als ge-

planter Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei überdurchschnittlich guter Qualität des Kreditportfolios;

- externe, durch Marktzinsveränderungen ausgelöste, damit vom Management nicht steuerbare Ergebnisschwankungen in der Altersversorgung durch deren – im Rahmen des rechtlich Möglichen – Ausfinanzierung aus den Jahresabschlüssen zu minimieren;
- Leistungskennzahlen zu erreichen, die besser sind als im Durchschnitt der strukturell am ehesten vergleichbaren Großsparkassen;
- das Eigenkapital durch Stärkung der Vorsorgen für Bankrisiken nach § 340f und § 340g HGB sowie Thesaurierung der Bilanzgewinne zu stärken und somit auch in aufsichtlicher Betrachtung einen Risikopuffer aufzubauen. Gleichwohl ist die Eigenkapitalausstattung im Vergleich zum Durchschnitt der hessischen Sparkassen bekanntlich noch unterdurchschnittlich.

Aufgrund der bekannten strukturellen Herausforderungen und der Corona-Pandemie sowie der geopolitischen Konflikte ist 2022 wie auch mittelfristig von einer ungünstigeren Geschäfts- und Ertragsentwicklung auszugehen. Die quantitativen Auswirkungen lassen sich derzeit nicht verlässlich abschätzen. Vorstand und Gremien beobachten und begleiten die Entwicklung zeitnah und eng, u. a. anhand der krisenunabhängig ohnehin regelmäßig erstellten Risiko- und Ergebnis-(hoch-)rechnungen.

Vor diesem Hintergrund, dem guten Jahresstart und der vorhandenen – wenn auch etwas knappen - Risikovorsorgepuffer im Vergleich zu den hessischen Sparkassen sowie dem Sicherungssystem der Sparkassenorganisation als weitere „Brandmauern“, sehen wir derzeit auf Basis der vorliegenden Informationen keine akuten Risiken für die Gewährträger.

Die Verzinsung der bis 31.12.2025 laufenden stillen Einlage über insgesamt 100 Mio. € erscheint gesichert.

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ABG	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
ADV	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e. V.
AG	Aktiengesellschaft
AJH	Ambulante Jugendhilfe
AktG	Aktiengesetz
Alte Oper	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH
AMI	Anteilsbesitz-, Management- und Informationssystem
AN	Arbeitnehmervertreter:in
ARA	Abwasserreinigungsanlagen
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ARS	argentinischer Peso
AVA	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH
AZE	automatisierte Zeiterfassung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BallrG	Hessisches Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Bäderbau GmbH	Bäderbaugesellschaft mbH
Bäderbau KG	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG
BäderBetriebe	BäderBetriebe Frankfurt GmbH
Beka GmbH	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGF	Bruttogeschossfläche
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BiLRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BM	Bürgermeister:in
BKRZ GmbH	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH
BKRZ KG	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH und Co. KG
BNetzA	Bundesnetzagentur
BPNV	Buspersonennahverkehr
BQS	Bundeseinheitliche Qualitätsstandards
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRL	brasilianischer Real
BSMF	Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung
bspw.	Beispielsweise
BVsH	Beratungs- und Vermittlungszentrum für schulnahe Hilfen
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa

cbm	Kubikmeter
CNY	chinesischer Yuan
CSR	Corporate Social Responsibility
DaF	Deutsch als Fremdsprache
d. h.	das heißt
DFI	Dynamische Fahrgastinformation
Dipl.-Ing.	Diplom-Ingenieur:in
Dipl.-Verw.	Diplom-Verwaltungswirt:in
DomRömer	Dom Römer GmbH
Dr.	Doktor:in
DRK BSD	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH
DYNAMO	dynamische, nahtlose Mobilitätsinformation
DZM	Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft
EB	Eigenbetrieb
EBA	Europäischen Bankenaufsicht
EBIT	Ergebnis vor Zinsen und Steuern
EBITDA	Ergebnis vor Zinsen und Steuern und Abschreibungen
EBT	Ergebnis vor Steuern
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EFM	Elektronisches Fahrgeldmanagement
EFS	Eintracht Frankfurt Stadion GmbH
EigBGes	Eigenbetriebsgesetz
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EMEA	Europe, Middle East, Africa
EMS	Energieversorgung Main Spessart GmbH
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
e. V.	eingetragener Verein
EU	Europäische Union
EU-KOM	Kommission der Europäischen Union
Exhibition	Messe Frankfurt Exhibition GmbH
EZB	Europäische Zentralbank
FAAG	Frankfurter Aufbau-AG
FAAG Technik	FAAG Technik GmbH
Fahma GmbH	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH
FAS	FES Abfallmanagement- und Service GmbH
FES	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
ff.	fortfolgende
FH	Fachhochschule
FinTech	FinTech Community Frankfurt GmbH
FIZ	Frankfurter Innovationszentrum
FIZ GmbH	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH
FMC	Fresenius Medical Care
FMT	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH
Frankfurt Ticket	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH
Fraport	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide
Frischezentrum	Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH

FRM	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region
FSG	Flughafen-Service GmbH
G ³	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH
Garagenbau	Garagen- Bau und Betriebs Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
Gesa	Gewerbeabfall- und Sperrmüllsortierungsanlage
GewO	Gewerbeordnung
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GGP	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GRI	Global Reporting Initiative
GU	Generalunternehmer
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GWp	Giga Watt Peak
Helaba	Landesbank Hessen-Thüringen
HFM	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
Hippodrom	Frankfurter Hippodrom Gesellschaft mbH i. L.
HK\$	Hongkong-Dollar
HMWEVL	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HOLM	House of Logistic and Mobility GmbH
IAA	Internationale Automobil-Ausstellung
IATA	International Air Transport Association
ICB	In-der-City-Bus GmbH
ICT	Information and Communications Technology
i. d. R.	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IFFA	Internationale Fleischerei-Fachausstellung
IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Committee
IFRS	International Financial Reporting Standards
i. G.	in Gründung
i. L.	in Liquidation
i. R.	im Ruhestand
IHK	Industrie- und Handelskammer
inkl.	inklusive
INR	indische Rupie
ISA	International Standards on Auditing
IV	Individualverkehr
ivm	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

JPY	japanischer Yen
KAG	Gesetz über kommunale Abgaben
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KBE	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mit beschränkter Haftung
KdMTK	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH
KEG	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH
KFH	Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH
KFMT	Kliniken Frankfurt Main-Taunus
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kommanditgesellschaft
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHZG	Krankenhauszukunftsgesetzes
KiJu	Kinder- und Jugendtheater
Kita	Kindertagesstätte
Kita Frankfurt	Eigenbetrieb Kita Frankfurt
KKJF	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
km	Kilometer
KrBg	Kreisbeigeordnete:r
KRW	koreanischer Won
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KStG	Körperschaftsteuergesetz
Künstlerhaus Mousonturm	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH
Kulturfonds	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH
Kulturregion	Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
kWh	Kilowattstunde
KWG	Kreditwesengesetz
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
kWp	Kilo Watt Peak
LGF	Landesgeschäftsführung
LHO	Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer
LAbg.	Landtagsabgeordnete:r
LRat/LRätin	Landrat/Landrätin
Ltd.	Leitender
Ltd.	Limited
Mainova	Mainova Aktiengesellschaft Frankfurt am Main
MBF	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH
MBG	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MdL	Mitglied des Landtags
MED	Mainova EnergieDienste GmbH
Messe Frankfurt	Messe Frankfurt GmbH
MET	Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH
MFNE	Messe Frankfurt New Era Business Media Ltd.
MHKW	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH
MIBAU	MIBAU GmbH

MinDirigent	Ministerialdirigent
MinR	Ministerialrat:rätin
Mio.	Million/-en
MMF	Main Mobil Frankfurt GmbH
MP	Ministerpräsident
Mrd.	Milliarden
MSD	Mainova Service-Dienst Gesellschaft mbH
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH
MWh	Megawattstunde
MWp	Mega Watt Peak
MXN	mexikanischer Peso
Nassauische Heimstätte	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
n. F.	neue Fassung
NIG	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH
Nr.	Nummer
NRM	Netzdienste Rhein-Main GmbH
NVP	Nahverkehrsplan
Nwkm	Nutzwagenkilometer
OB	Oberbürgermeister:in
o. g.	oben genannt
ÖKOPROFIT	Ökologisches Projekt für integrierte Umwelttechnik
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen
OVB	Offenbacher Verkehrsbetriebe GmbH
OV	Ortsvorsteher:in
p. a.	per anno
PBG	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH
PEN	peruanischer Nuevo Sol
PFA	Planfeststellungsausschuss
PHP	philippinischer Peso
PPP	Public Private Partnership
PpSG	Pflegepersonalstärkungsgesetz
PpUGV	Pflegepersonaluntergrenzenverordnung
PR	Personalrat
Präs	Präsident:in
Prof.	Professor:in
PVA	Photovoltaikanlage
PW	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH
qm	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
rd.	rund
Rebstock	Rebstock Projektgesellschaft mbH
RegD	Regierungsdirektor:in
RegPräs	Regierungspräsident:in
RMA	RMA Rhein-Main Abfall GmbH
RMB	Rhein-Main-Biokompost GmbH
RMD	RMD Rhein-Main Deponie GmbH

RMJ	Rhein-Main Jobcenter GmbH
rms	Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH
RMV	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Ts.
RNVP	Regionaler Nahverkehrsplan
ROFRA	Return on Fraport Assets
RP	Regierungspräsidium
RP Ballungsraum	Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
RP Südwest	Regionalpark Rhein-Main Süd-West Gesellschaft mit beschränkter Haftung
RP Taunushang	Regionalpark Rhein-Main Taunushang Gesellschaft mit beschränkter Haftung
RUB	russischer Rubel
RTW	RTW Planungsgesellschaft mbH
SAALBAU	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH
SB	Sustainability Board
SBEV	SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH
SBF	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH
Schirn Kunsthalle	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH
SEVA	Schlammmentwässerungs- und Verbrennungsanlage
SEF	Stadtentwässerung Frankfurt am Main
SFM	Stadion Frankfurt Management GmbH
SGB	Sozialgesetzbuch
SGC	Sustainability Governance Codex
SGVHT	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
sog.	sogenannt
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
SSF	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH
SRM	Straßenbeleuchtung Rhein Main GmbH
Staatsmin	Staatsminister:in
Städtische Kliniken	Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst (Eigenbetrieb)
StK	Stadtkämmerer/Stadtkämmerin
StR/StRin	Stadtrat/Stadträtin
StS	Staatssekretär:in
Stv	Stadtverordnete:r
StvVorst	Stadtverordnetenvorsteher:in
Süwag	Süwag Energie AG
SWD	Stadtwerke Dreieich GmbH
SWFH	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH
SWG	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
T	Tausend
t	Tonnen
T t	Tausend Tonnen
T t/a	Tausend Tonnen pro Jahr
TEU	twenty-foot equivalent unit (Schiffscontainerumschlag)
TCF	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main
TN-UE	Teilnehmer-Unterrichtseinheiten
traffiQ	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
TRL	türkische Lira

TSM	technisches Sicherheitsmanagement
TVöD	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst
TWh	Tera Watt Stunde/n
u. a.	unter anderem
ÜKK	Überkompensationskontrolle
US\$	U.S.-Dollar
USP	Unique Selling Proposition
usw.	und so weiter
UVS	Umweltverträglichkeitsstudie
v. a.	vor allem
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
Venue	Messe Frankfurt Venue GmbH & Co. KG
Verb.dir.	Verbandsdirektor:in
VGf	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
vgl.	vergleiche
VHS	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
Vj.	Vorjahr
VKU	Verband kommunaler Unternehmen
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VVRM	Veolia Verkehr Rhein-Main
VZÄ	Vollzeitäquivalente
WHO	World Health Organization
Wifö	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH
WOHNHEIM	WOHNHEIM GmbH
WOHNSTADT	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH
z. B.	zum Beispiel
ZEG	Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
ZGH	Zoogesellschaftshaus
ZGF	Zoologische Gesellschaft
ZKRD	Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gemeinnützige GmbH
zzgl.	zuzüglich
z. Zt.	zur Zeit

Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Hauptteil oder Nebenteil

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
0	Stadt Frankfurt am Main				
1	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
2	ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
3	ABG Riedberg GmbH & Co. KG	0,00	94,90%		X
2	ABG Riedberg GmbH & Co. KG	94,90	94,90%		X
2	ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
2	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
2	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	89,00	100,00%	X	
2	Bäderbaugesellschaft mbH	100,00	100,00%		X
2	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	33,00	57,82%		X
3	HEAG book-n-drive Carsharing GmbH	50,00	28,91%		X
3	Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH	50,00	28,91%		X
2	CP Campus Projekte GmbH	50,00	50,00%		X
2	EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH Wiesbaden	50,00	50,00%		X
2	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	96,80	100,00%	X	
3	ABG Projekte GmbH	100,00	100,00%		X
3	FAAG Technik GmbH	100,00	100,00%		X
3	Hofgarten Projektgesellschaft mbH	50,00	50,00%		X
3	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%		X
2	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	53,73%		X
2	Hellerhof GmbH	86,83	86,83%		X
3	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	53,73%		X
2	Merton-Wohnprojekt GmbH	50,00	50,00%		X
2	MIBAU GmbH	92,09	94,25%		X
2	Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	94,00	94,00%		X
2	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH	50,00	50,00%		X
2	WOHNHEIM GmbH	98,81	99,91%	X	
1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	11,00	100,00%	X	
1	Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG	0,15	0,15%		X
1	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz - und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	0,00	100,00%	X	
1	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	100,00	100,00%	X	

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
1	Dom Römer GmbH	100,00	100,00%	X	
1	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gGmbH	7,73	7,73%		X
2	DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH, Dresden	99,83	7,71%		entfällt
3	ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gemeinnützige GmbH	100,00	7,71%		entfällt
2	Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH	75,10	5,80%		entfällt
2	Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immunogenetik Ulm gGmbH	75,10	5,80%		entfällt
2	Klinik Dr. Becker gGmbH	100,00	7,73%		entfällt
3	Medizinisches Versorgungszentrum Dr. Becker gGmbH, Bad Krotzingen	100,00	7,73%		entfällt
3	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst Frankfurt gGmbH, Frankfurt	100,00	7,73%		entfällt
3	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst gGmbH, Ulm	100,00	7,73%		entfällt
2	Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gGmbH, Ulm	100,00	7,73%		entfällt
2	Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH	75,10	5,80%		entfällt
1	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	51,00	51,00%	X	
2	FES Abfallmanagement- und Service GmbH	100,00	51,00%		X
2	FFR GmbH	100,00	51,00%		X
3	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	0,00	51,00%		X
2	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	100,00	51,00%		X
2	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%		X
2	RMB Rhein-Main Biokompost GmbH	100,00	51,00%		X
2	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%		X
2	TRAPP Handelsgesellschaft mbH	50,00	25,50%		X
1	FinTech Community Frankfurt GmbH	25,00	25,00%	X	
1	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	40,00	40,00%	X	
1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	30,00	50,00%	X	
1	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	3,20	100,00%	X	
1	Frankfurter Hippodrom Gesellschaft mbH i. L.	100,00	100,00%	HT, I. 3	
1	Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG	0,02	0,02%		X
1	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	37,50	37,50%	X	
2	FrankfurtRheinMain Corp.	100,00	37,50%		X
1	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	50,00	53,45%	X	
1	Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG	0,20	0,20%		X
1	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	23,08	23,08%	X	
1	Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG	20,00	30,00%		NT, 1.9.
1	Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
2	Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH	25,00	25,00%	X	
1	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH	12,50	12,50%		X
1	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	25,10	25,56%	X	
1	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	50,00	50,00%	X	
2	Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG	20,00	30,00%		NT, 1.9.

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
1	Kita Frankfurt	100,00	100,00%	X	
1	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH	50,00	50,00%	X	
2	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	94,00	47,00%		X
3	Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus gGmbH	100,00	47,00%		X
3	Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus-Kreises mbH	100,00	47,00%		X
4	MTK Hofheim Leasing GmbH & Co. KG	94,00	44,18%		X
4	MTK Hofheim Verwaltungsgesellschaft mbH	100,00	47,00%		X
5	MTK Hofheim Leasing GmbH & Co. KG	0,00	44,18%		X
3	Main-Taunus-Privatklinik GmbH	100,00	47,00%		X
3	Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH	100,00	47,00%		X
3	MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis	50,00	23,50%		X
2	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	94,00	53,00%	X	
3	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	100,00	53,00%	X	
3	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	100,00	53,00%	X	
1	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	6,00	53,00%	X	
1	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	60,00	60,00%	X	
1	Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	16,93	16,93%		X
1	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	60,00	60,00%	X	
2	ISF Internationale Schule Frankfurt-Rhein-Main GmbH & Co. KG	0,42	0,45%	entfällt	
2	Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%	X	
3	fairnamic GmbH	49,00	29,40%		X
3	Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	85,00	51,00%		X
3	MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	100,00	60,00%		X
4	SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongreß GmbH & Co. oHG Nürnberg	75,00	45,00%		X
3	Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt (H.K.) Limited Honkong/China	100,00	60,00%		X
5	Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co.Ltd.Guangzhou/PR China	50,00	30,00%		X
5	Guangzhou Litong Messe Frankfurt Co. Ltd.	55,00	33,00%		X
5	Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd. Shanghai/China	100,00	60,00%		X
5	Messe Frankfurt Shenzhen Co Ltd.	100,00	60,00%		X
5	Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co., Ltd., Beijing	70,00	42,00%		X
4	Messe Frankfurt Japan Ltd.	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt Korea Ltd. Seoul/Südkorea	80,00	48,00%		X
4	Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt.Ltd. Mumbai/Indien	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt France S. A. S., Paris	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Inc., Atlanta	100,00	60,00%		X
4	PAACE Automechanika Mexico LLC Georgia USA	50,00	30,00%		X
4	PE Events LLC, Atlanta	50,00	30,00%		X

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
3	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	99,99	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Middle East GmbH	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau	99,99	60,00%		X
4	ITEMF Expo O.O.O., Moskau	50,00	30,00%		X
3	Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd., Johannesburg	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt UK Limited, Godalming	100,00	60,00%		X
3	nmedia GmbH	20,00	12,00%	entfällt	
2	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	0,01	60,00%		X
2	Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau	0,01	60,00%		X
2	Messe Frankfurt Venue GmbH	100,00	60,00%	X	
3	Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
1	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	27,28	27,28%	X	
2	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,10%	entfällt	
2	Bauland-Offensive Hessen GmbH	99,00	27,01%		X
2	Butzbacher Wohnungsgesellschaft mbH	4,34	1,18%	entfällt	
2	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	60,00	53,73%		X
2	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Rüsselsheim mbH	0,02	0,01%	entfällt	
3	TDG Technik und Dienstleistungs-GmbH Rüsselsheim	100,00	0,01%	entfällt	
2	Gewobau Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Wetzlar	1,60	0,44%	entfällt	
2	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,33	0,20%	entfällt	
2	MIBAU GmbH	7,91	94,25%	X	
2	NH ProjektStadt GmbH	100,00	27,28%		X
2	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	1,00	0,39%	entfällt	
3	ASW-Südwest Frankfurt	25,00	0,10%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Thüringer Wohnungswirtschaft (TTW) Erfurt	31,00	0,12%	entfällt	
2	Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	5,10	1,39%	entfällt	
2	WOHNHEIM GmbH	0,12	99,91%	X	
2	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	88,95	24,27%		X
3	AarealBank AG Wiesbaden	0,01	0,00%	entfällt	
3	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,10%	entfällt	
3	Baugenossenschaft Frankenberg	0,06	0,01%	entfällt	
3	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Marburg	0,23	0,06%	entfällt	
3	gem.Wohnungs- und Siedlungsbaugenossenschaft f.d.Landkreis Marburg/Kappel	0,03	0,01%	entfällt	
3	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,44	0,20%	entfällt	
3	MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel	100,00	24,27%		X
4	DNMG Deutsche Netzmarketing GmbH Bonn	3,25	0,79%	entfällt	

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
3	Sparda Bank Kassel e.G.	0,00	0,00%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	0,50	0,39%	entfällt	
2	Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH	33,33	9,09%	entfällt	
3	Grundstücksverwertungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Dietzenbach	33,33	3,03%	entfällt	
1	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	49,06	49,06%	X	
2	Cook Company gemeinnützige GmbH	48,40	23,74%		X
2	Kontexte Frankfurt gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	25,00	12,26%	entfällt	
1	Rebstock Projektgesellschaft mbH	50,00	50,00%	X	
1	Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige GmbH	6,67	6,67%		X
1	Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH	5,88	5,88%		X
1	Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	10,00	10,00%		X
1	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	3,70	3,70%		X
2	CityBahn GmbH	10,00	0,37%	entfällt	
2	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH	25,00	0,93%	entfällt	
2	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	12,45	25,56%	X	
2	Mobility Inside Holding GmbH & Co. KG	24,26	0,90%	entfällt	
3	Mobility Inside Plattform GmbH	100,00	0,90%	entfällt	
2	Mobility Inside Verwaltungs GmbH	20,02	0,74%	entfällt	
3	Mobility Inside Holding GmbH & Co. KG	0,00	0,90%	entfällt	
2	Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH	100,00	3,70%		X
3	Mobilligence GmbH	100,00	3,70%	entfällt	
2	RTW Planungsgesellschaft mbH	16,67	33,95%	X	
2	VDV eTicket Service GmbH & Co. KG	10,13	0,38%	entfällt	
1	RMA Rhein-Main Abfall GmbH	19,23	19,23%		X
1	RTW Planungsgesellschaft mbH	33,33	33,95%	X	
1	SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH	49,00	100,00%	X	
1	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	100,00	100,00%	X	
1	Stadtentwässerung Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Kliniken Frankfurt am Main - Höchst	100,00	100,00%	X	
1	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	100,00%	X	
2	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	BäderBetriebe Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	20,71	20,71%	X	
3	Afriport S. A., Luxemburg	100,00	20,71%		X
4	Daport S. A., Dakar/ Senegal	100,00	20,71%		X
3	AirIT Services GmbH, Lautzenhausen	100,00	20,71%		X
3	AirIT Systems GmbH	50,00	10,36%	entfällt	
4	ANS Active Network Solutions GmbH	100,00	10,36%	entfällt	

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
4	Topsonic Systemhaus GmbH	100,00	10,36%	entfällt	
3	Airmail Center Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	40,00	8,28%	entfällt	
3	Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,71%		X
4	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	0,07	20,71%		X
4	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	0,07	20,71%		X
5	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	99,93	20,71%		X
5	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	10,00	20,71%		X
4	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	0,00	20,71%		X
3	Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,71%		X
3	ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	49,00	10,15%	entfällt	
3	Delhi International Airport Private Limited	10,00	2,07%	entfällt	
3	FCS Frankfurt Cargo Services GmbH	49,00	10,15%	entfällt	
3	Flughafen Parken GmbH	16,66	3,45%	entfällt	
3	FRA - Vorfeldkontrolle GmbH	100,00	20,71%		X
3	FraCareServices GmbH	51,00	10,56%	entfällt	
3	FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH	100,00	20,71%		X
3	Frankfurt Airport Retail GmbH & Co. KG	50,00	10,36%	entfällt	
3	Frankfurt Airport Retail Verwaltungs GmbH	50,00	10,36%	entfällt	
3	Fraport Antalya Havalimani Isletme ve Yatirim A.S., Istanbul/Türkei	100,00	20,71%		X
3	Fraport Asia Ltd., Hong Kong	100,00	20,71%		X
4	Pantares Tradeport Asia Ltd., Hongkong/China	50,00	10,36%	entfällt	
5	Tradeport Hongkong Ltd.	37,50	3,88%	entfällt	
4	Xi'an Xianyang International Airport Co Ltd.	24,50	5,07%	entfällt	
3	Fraport Ausbau Süd GmbH	100,00	20,71%		X
3	Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	20,71%		X
3	Fraport Beteiligungs-Holding GmbH	100,00	20,71%		X
4	Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH	100,00	20,71%		X
4	Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH	100,00	20,71%		X
3	Fraport Brasil Holding GmbH	100,00	20,71%		X
3	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza	100,00	20,71%		X
3	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre	100,00	20,71%		X
3	Fraport Casa Commercial GmbH	100,00	20,71%		X
3	Fraport Casa GmbH	100,00	20,71%		X
3	Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	20,71%		X
4	Fraport Objekt Mönchhof GmbH	100,00	20,71%		X
4	Fraport Objekt 162 163 GmbH	100,00	20,71%		X
4	Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co KG	100,00	20,71%		X
5	D-Port Logistik GmbH	50,00	10,36%	entfällt	
5	M-Port GmbH & Co. KG	50,00	10,36%	entfällt	
5	M-Port Verwaltungs GmbH	50,00	10,36%	entfällt	

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
4	Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co KG	100,00	20,71%		X
3	Fraport Malta Investment Ltd.	100,00	20,71%		X
4	Fraport Bulgaria EAD	100,00	20,71%		X
3	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	99,93	20,71%		X
3	Fraport Passenger Services GmbH	100,00	20,71%		X
3	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	100,00	20,71%		X
3	Fraport Philippines Services Inc. i. L. , Manila/ Philippinen	100,00	20,71%		X
3	Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,71%		X
3	Fraport Regional Airports of Greece A S.A.	73,40	15,20%	entfällt	
3	Fraport Regional Airports of Greece B S.A.	73,40	15,20%	entfällt	
3	Fraport Regional Airports of Greece Management Company S.A.	73,40	15,20%	entfällt	
3	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	90,00	20,71%		X
3	Fraport Slovenija	100,00	20,71%		X
3	Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	38,56	10,56%	entfällt	
3	Fraport TAV Antalya Yatirim, Yapim ve Isletme A.S., Istanbul/Türkei	49,00	10,15%	entfällt	
3	Fraport Turkey Havalimani Yatirimlan A.S., Antalya/Türkei	100,00	20,71%		X
4	Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	12,44	10,56%	entfällt	
3	Fraport Twin Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	60,00	12,43%	entfällt	
3	Fraport USA, Inc.	100,00	20,71%		X
4	Airmall Inc.	100,00	20,71%		X
5	Airmall Boston Inc.	100,00	20,71%		X
5	Airmall Cleveland Inc.	100,00	20,71%		X
5	Airmall USA Inc.	100,00	20,71%		X
5	Fraport Maryland Inc.	100,00	20,71%		X
5	Fraport New York, Inc.	100,00	20,71%		X
5	Fraport Pittsburgh Inc.	100,00	20,71%		X
5	Fraport Tennessee Inc.	100,00	20,71%		X
4	Fraport Newark LLC	100,00	20,71%		X
3	FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,71%		X
4	FraSec Flughafensicherheit GmbH	100,00	20,71%		X
4	FraSec Luftsicherheit GmbH	100,00	20,71%		X
4	FraSec Services GmbH	100,00	20,71%		X
4	FraSec VG GmbH	100,00	20,71%		X
3	GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG	100,00	20,71%		X
3	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	6,90%	entfällt	
4	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	50,00	53,45%		X
3	Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,14%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,14%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,14%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Teneriffa U.T.E., Santa Cruz/Spanien	20,00	4,14%	entfällt	

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
3	ISF Internationale Schule Frankfurt-Rhein-Main GmbH & Co. KG	0,95	0,45%		entfällt
3	Lima Airport Partners S. R. L. (LAP), Lima/Peru	80,01	16,57%		entfällt
3	Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	51,00	10,56%		entfällt
3	Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	50,00	10,36%		entfällt
3	NICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	52,00	10,77%		entfällt
3	operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	10,36%		entfällt
3	Perishable-Center Verwaltungs-GmbH Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt	10,00	2,07%		entfällt
4	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	60,00	2,07%		entfällt
3	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	4,00	2,07%		entfällt
3	Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	50,00	10,36%		entfällt
3	Terminal for Kids gGmbH	50,00	10,36%		entfällt
3	Thalita Trading Limited	25,00	5,18%		entfällt
4	Northern Capital Gateway LLC	100,00	5,18%		entfällt
3	THE SQUAIRE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,10	1,06%		entfällt
3	VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH, Frankfurt am Main	100,00	20,71%		X
2	In-der-City-Bus GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Main Mobil Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Mainova AG	75,22	75,22%	X	
3	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
3	ABO Wind Aktiengesellschaft	10,53	7,92%		entfällt
4	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	32,40	24,23%		X
3	Aufwind Energiegenossenschaft Lahn-Dill-Bergland Süd eG	0,88	0,66%		entfällt
3	Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	90,00	67,70%		X
3	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	33,00	57,82%		X
4	HEAG book-n-drive Carsharing GmbH	50,00	28,91%		X
4	Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH	50,00	28,91%		X
3	CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG, Hamburg	30,00	22,57%		X
3	Chargemaker GmbH	50,00	37,61%		X
3	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
3	ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH i. L., Eisenach	50,00	37,61%		X
3	Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg	100,00	75,22%		X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
3	Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	100,00	75,22%		X
3	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen	100,00	75,22%		X
4	Eisenacher Versorgungsbetriebe GmbH	23,90	17,98%		entfällt
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
5	EVB Netze GmbH	100,00	17,98%		entfällt
5	Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG	7,14	3,92%		entfällt
4	Ohra Energie GmbH	49,00	36,86%		X
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
5	EDW Energiedienste GmbH	100,00	36,86%		X
5	Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG	7,14	3,92%	entfällt	
4	Werraenergie GmbH	49,00	36,86%		X
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
5	Energieversorgung Schmalkalden GmbH	49,90	18,39%	entfällt	
5	Immo.Serv. GmbH	49,00	18,06%	entfällt	
5	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,80%		X
5	Werra Energiedienste GmbH	100,00	36,86%		X
3	Ferme Eolienne de Migé SARL	100,00	75,22%		X
3	Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	50,00	37,61%		X
4	Energiedienst Main-Kinzig GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Kurbetrieb Kraft-Wärme GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Main-Kinzig Netzdienste GmbH	100,00	37,61%		X
3	Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	50,10	56,41%		X
3	Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	50,10	56,41%		X
3	Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	15,60	11,73%	entfällt	
3	Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	36,36	27,35%		X
4	IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH Mülheim a.d.Ruhr	15,00	4,10%	entfällt	
3	Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	36,33	27,33%		X
3	Hotmobil Deutschland GmbH, Gottmadingen	100,00	75,22%		X
3	Infranova Bioerdgas GmbH	49,90	37,53%		X
3	Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	20,00	15,04%	entfällt	
3	Lorenz Energie GmbH	49,90	37,53%		X
3	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	75,22%		X
4	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt	
5	CONTIGAS Deutsche Energie-Aktiengesellschaft	100,00	15,44%	entfällt	
6	Thüga Aktiengesellschaft	18,90	15,44%	entfällt	
7	badenova AG & CO. KG	42,88	6,62%	entfällt	
7	Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG	24,80	3,83%	entfällt	
7	Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-Aktiengesellschaft	24,80	3,83%	entfällt	
7	DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH	10,00	1,54%	entfällt	
7	eins energie in sachsen GmbH & Co. KG	39,85	6,15%	entfällt	
7	EKO2 GmbH	39,97	6,17%	entfällt	
8	Energieversorgung Mittelrhein GmbH	83,14	5,13%	entfällt	
7	E-MAKS GmbH & Co. KG	26,50	4,09%	entfällt	
7	E-Maks Verwaltungs-GmbH	25,00	3,86%	entfällt	
7	Energie Südbayern GmbH	50,00	7,72%	entfällt	
7	Energie- und Wassergesellschaft mbH	49,90	7,71%	entfällt	

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
8	Gasversorgung Lahn-Dill GmbH	50,00	3,85%		entfällt
7	Energie Waldeck-Frankenberg GmbH	32,89	5,08%		entfällt
7	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	30,00	5,23%		entfällt
7	Energieversorgung Lohr-Karlstadt und Umgebung GmbH & Co. KG	49,00	7,57%		entfällt
7	Energieversorgung Rudolstadt GmbH	25,10	3,88%		entfällt
7	Energieversorgung Selb-Marktredwitz GmbH	43,37	6,70%		entfällt
7	Energieversorgung Sylt GmbH	47,00	7,26%		entfällt
7	energy COLLECT GmbH & Co. KG	33,33	5,15%		entfällt
7	Erdgas Mittelsachsen GmbH	48,17	7,44%		entfällt
7	erdgas schwaben gmbh	64,86	10,02%		entfällt
7	ESWE Versorgungs AG	49,38	7,63%		entfällt
7	EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG	25,20	3,89%		entfällt
7	EVI Energieversorgung Hildesheim Verwaltungs-GmbH	25,20	3,89%		entfällt
7	e-werk Sachsenwald GmbH	19,64	3,03%		entfällt
7	EWR Aktiengesellschaft	1,25	0,19%		entfällt
7	EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG	25,00	3,86%		entfällt
7	EWR GmbH	20,00	3,09%		entfällt
7	Freiberger Erdgas GmbH	40,50	6,25%		entfällt
7	FREITALER Stadtwerke GMBH	15,00	2,32%		entfällt
7	Gasstadtwerke Zerbst GmbH	49,00	7,57%		entfällt
7	Gasversorgung Görlitz GmbH	37,50	5,79%		entfällt
7	Gasversorgung Pforzheim Land GmbH	31,00	4,79%		entfällt
7	Gemeindewerke Haßloch GmbH	25,10	3,88%		entfällt
7	GEW Wilhelmshaven GmbH	49,00	7,57%		entfällt
7	Halberstadtwerke GmbH	25,00	3,86%		entfällt
7	Harz Energie GmbH & Co. KG	50,79	7,84%		entfällt
7	Hegauwind GmbH & Co. KG - Verenafohren	9,09	1,40%		entfällt
7	Hegauwind Verwaltungs GmbH	9,09	1,40%		entfällt
7	High-Tech Gründerfonds III GmbH & Co. KG	0,94	0,15%		entfällt
7	homeandsmart GmbH	50,00	7,72%		entfällt
7	KALA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	18,40	2,84%		entfällt
7	KOM-DIA GmbH	25,10	3,88%		entfällt
7	Licht-, Kraft- und Wasserwerke Kitzingen GmbH	40,00	6,18%		entfällt
7	Licht- und Kraftwerke Sonneberg GmbH	40,00	6,18%		entfällt
7	Mainova AG	24,47	75,22%	X	
7	N-ERGIE Aktiengesellschaft	39,80	6,15%		entfällt
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%		entfällt
7	REGAB GmbH, Herxheim bei Landau	49,50	7,64%		entfällt
7	Rheinhessische Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	37,05	5,72%		entfällt
7	RhönEnergie Fulda GmbH	17,46	2,70%		entfällt

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
7	smartlab Innovationsgesellschaft mbH	30,10	4,65%		entfällt
7	Städtische Werke AG, Kassel	24,90	3,85%		entfällt
7	Stadtwerk Tauberfranken Beteiligungsgesellschaft mbH	56,00	8,65%		entfällt
8	Stadtwerk Tauberfranken GmbH	8,74	6,92%		entfällt
7	Stadtwerk Tauberfranken GmbH	39,90	6,92%		entfällt
7	Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH	49,00	7,57%		entfällt
7	Stadtwerke Ansbach GmbH	40,00	6,18%		entfällt
7	Stadtwerke Aue - Bad Schlema GmbH	24,50	3,78%		entfällt
7	Stadtwerke Bad Harzburg GmbH	49,00	7,57%		entfällt
7	Stadtwerke Bad Hersfeld GmbH	25,10	3,88%		entfällt
7	Stadtwerke Elbtal GmbH	19,00	2,93%		entfällt
7	Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	20,00	3,09%		entfällt
7	Stadtwerke Essen AG	20,00	3,09%		entfällt
7	Stadtwerke Frankenthal GmbH	20,00	3,09%		entfällt
7	Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG	20,00	3,09%		entfällt
7	Stadtwerke Germersheim GmbH	25,10	3,88%		entfällt
7	Stadtwerke Greven GmbH	24,50	3,78%		entfällt
7	Stadtwerke Grünstadt GmbH	20,10	3,10%		entfällt
7	Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	24,00	3,71%		entfällt
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%		entfällt
7	Stadtwerke Heide GmbH	49,00	7,57%		entfällt
7	Stadtwerke Homburg GmbH	24,23	3,74%		entfällt
7	Stadtwerke Ilmenau GmbH	49,00	7,57%		entfällt
7	Stadtwerke Kelheim Beteiligungs-GmbH	35,00	5,40%		entfällt
7	Stadtwerke Kelheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%		entfällt
7	Stadtwerke Langenfeld GmbH	20,00	3,09%		entfällt
7	Stadtwerke Lindenberg GmbH	39,97	6,17%		entfällt
7	Stadtwerke Meerane GmbH	24,50	3,78%		entfällt
7	Stadtwerke Mühlhausen GmbH	25,10	3,88%		entfällt
7	Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH	15,00	2,32%		entfällt
7	Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG	32,65	5,04%		entfällt
7	Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH	25,12	3,88%		entfällt
7	Stadtwerke Pirna Energie GmbH	25,09	3,87%		entfällt
7	Stadtwerke Radolfzell GmbH	49,00	7,57%		entfällt
7	Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH	24,50	3,78%		entfällt
7	Stadtwerke Sondershausen GmbH	25,10	3,88%		entfällt
7	Stadtwerke Stade GmbH	20,00	3,09%		entfällt
7	Stadtwerke Villingen-Schwenningen GmbH	30,00	4,63%		entfällt
7	Stadtwerke Wertheim GmbH	38,93	6,01%		entfällt
7	Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft	24,99	3,86%		entfällt

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
7	Stadtwerke Zittau GmbH	14,90	2,30%		entfällt
7	Stadtwerke Zweibrücken GmbH	25,10	3,88%		entfällt
7	SWE Energie GmbH	10,00	1,54%		entfällt
7	SWE Netz GmbH	10,00	1,54%		entfällt
7	SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG	25,10	3,88%		entfällt
7	SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%		entfällt
7	Syneco GmbH & Co. KG i.L., München	4,34	15,95%		entfällt
7	Syneco Trading GmbH	90,00	13,90%		entfällt
8	SK Verbundenergie AG	12,50	1,74%		entfällt
7	TAP Steuerungsgesellschaft mbH & Co. KG	100,00	15,44%		entfällt
8	TAP Steuerungsgesellschaft Verwaltungs-GmbH	100,00	15,44%		entfällt
7	Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH	100,00	15,44%		entfällt
7	Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	15,44%		entfällt
7	Thüga Energie GmbH	100,00	15,44%		entfällt
8	DEH Deutsche Energiehandels GmbH	100,00	15,44%		entfällt
8	inCITI Singen GmbH	100,00	15,44%		entfällt
8	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,52	1,57%		entfällt
9	Batteriespeicher Chemnitz GmbH & Co. KG	49,00	0,77%		entfällt
9	Batteriespeicher Chemnitz Verwaltungs GmbH	49,00	0,77%		entfällt
9	Breite First Nord Wind GmbH & Co. KG	50,00	0,78%		entfällt
9	Buchenau Wind GmbH & Co. KG	50,00	0,78%		entfällt
9	EE Repowering GmbH & Co. KG i.L.	70,00	1,10%		entfällt
9	EE Repowering Verwaltungs GmbH i. L.	70,00	1,10%		entfällt
9	evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co.KG	33,40	0,52%		entfällt
9	evm Windpark Verwaltungs GmbH	33,40	0,52%		entfällt
9	Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH & Co. KG	20,00	0,31%		entfällt
9	Gemeinschaftswindpark Kandrich Verwaltungs GmbH	20,00	0,31%		entfällt
9	Infrastruktur Windpark Vogelsberg GbR	40,20	0,63%		entfällt
9	Lahnwind Limburg GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Neue Energien Zernsee GmbH & Co. OHG	80,00	1,25%		entfällt
9	Osthessen Wind Verwaltungs GmbH	50,00	0,78%		entfällt
9	Regio Nord Wind GmbH	50,00	0,78%		entfällt
9	Rheinhessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG	40,00	0,63%		entfällt
9	Rheinhessische Windpark Beteiligungs-Verwaltungs-GmbH	40,00	0,63%		entfällt
9	Stadtwerke Wind Kaiserslautern GmbH & Co. KG	33,30	0,52%		entfällt
9	Stadtwerke Wind Kaiserslautern Verwaltungs GmbH	33,30	0,52%		entfällt
9	Tauberfranken Wind GmbH	25,00	0,39%		entfällt
9	THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG	66,70	1,04%		entfällt
9	THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH	66,70	1,04%		entfällt
9	THEE PE Verwaltungs GmbH	100,00	1,57%		entfällt

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
9	THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	THEE 2. Projekt GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	THÜGA BOREAS Wind Verwaltungs GmbH	74,90	1,17%		entfällt
9	Thüga Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	1,57%		entfällt
9	Thüga Erneuerbare Energien Windparkbeteiligungs GmbH	100,00	1,57%		entfällt
10	WP Sachsen-Anhalt Süd Neun GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Umspannwerk Kirchberg 2 GmbH & Co. KG	44,40	0,70%		entfällt
9	Umspannwerk Lingelbach GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	UW Nessa GmbH & Co. KG	21,90	0,34%		entfällt
9	UW Nessa Verwaltungs GmbH	21,90	0,34%		entfällt
9	Windkraft Olbersleben I GmbH & Co. KG	74,90	1,17%		entfällt
9	Windkraft Wangenheim GmbH & Co. KG	74,90	1,17%		entfällt
9	Windpark Alsfeld GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Apfelbacher Höhe GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Arpke GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. Infrastruktur KG	66,67	1,04%		entfällt
9	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Biebersdorf GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Calau GmbH & Co. KG	66,70	1,04%		entfällt
9	Windpark Dedenbach GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Fahrenwalde GmbH & Co. KG	66,70	1,04%		entfällt
9	Windpark Frauenmark II GmbH & Co. KG	66,70	1,04%		entfällt
9	Windpark Gehau GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Hohen Birken GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Kilsheim GmbH & Co. KG	45,00	0,70%		entfällt
9	Windpark Massenhausen GmbH & Co. KG	66,70	1,04%		entfällt
9	Windpark Neuerkirch GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Rastenbergring GmbH & Co. KG	66,70	1,04%		entfällt
9	Windpark Rimberg GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark TEWI GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark THEE Kölsa II GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark THEE Nessa GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark THEE Unzenberg GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark THEE Wansleben GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	Windpark Vogelsberg GmbH & Co. KG	66,70	1,04%		entfällt
9	Windpark Weißenfels GmbH & Co. KG	66,70	1,04%		entfällt
9	Windpark Willmersdorf III GmbH & Co. KG	100,00	1,57%		entfällt
9	WinT Windkraft Tauberfranken GmbH	45,00	0,70%		entfällt
9	WP Fahrenwalde Infrastruktur GbR	29,21	0,46%		entfällt
7	Thüga Energienetze GmbH	100,00	15,44%		entfällt

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
8	Energie Dannstadter Höhe GmbH & Co. KG	35,00	5,40%		entfällt
8	Gasnetze Linzgau GmbH & Co. KG	35,00	5,40%		entfällt
8	Gasnetze Linzgau Verwaltungs GmbH	35,00	5,40%		entfällt
8	Kommunale Energienetze Rielasingen-Worblingen-Gottmadingen GmbH & Co. KG	40,00	6,18%		entfällt
9	Kommunale Energienetze Rielasingen-Worblingen Verwaltungs GmbH	100,00	6,18%		entfällt
7	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	6,02	1,57%		entfällt
7	Thüga EVK Beteiligungs GmbH	100,00	15,44%		entfällt
7	Thüga SmartService GmbH	100,00	15,44%		entfällt
8	Geospin GmbH	100,00	15,44%		entfällt
7	Thüringer Energie AG	15,19	2,35%		entfällt
7	Veolia Stadtwerke Braunschweig Verwaltungs-GmbH i.L.	33,11	5,11%		entfällt
7	Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz GmbH	25,10	3,88%		entfällt
7	WEMAG AG	25,10	3,88%		entfällt
7	Zwickauer Energieversorgung GmbH	23,00	3,55%		entfällt
5	Thüga Aktiengesellschaft	81,10	15,44%		entfällt
5	Thüga Management GmbH	100,00	15,44%		entfällt
3	Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	SEBG Energiepark GmbH	25,00	18,80%		entfällt
3	Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	100,00	75,22%		X
4	Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
3	Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
3	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	85,00	65,80%		X
3	Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	100,00	75,22%		X
4	Service4EVU GmbH	50,00	37,61%		X
3	Mainova WebHouse GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova WebHouse Management GmbH	100,00	75,22%		X
4	Mainova WebHouse GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
3	Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	28,80	24,23%		X
3	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%		X

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
3	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	26,03	19,58%	entfällt	
4	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH	100,00	19,58%	entfällt	
5	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	0,00	19,58%	entfällt	
3	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	100,00	75,22%		X
4	Hanau Netz GmbH	10,00	41,30%		X
3	Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	50,00	37,61%		X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
4	Oberhessengas Netz GmbH Friedberg	100,00	37,61%		X
3	REmain GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	REmain Management GmbH	100,00	75,22%		X
4	REmain GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
3	SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	100,00	75,22%		X
3	Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich	26,25	19,74%	entfällt	
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
4	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%		X
3	Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau	49,90	37,53%		X
4	BGS Beteiligungsgesellschaft Strombezug mbH	18,85	7,08%	entfällt	
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
4	Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	49,90	56,41%		X
4	Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	49,90	56,41%		X
4	Hanau Netz GmbH	90,00	41,30%		X
4	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,80%		X
4	PionierWerk Hanau GmbH	49,90	18,73%	entfällt	
4	Syneco GmbH & Co. KG i.L., München	1,26	15,95%	entfällt	
3	Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	29,90	22,49%		X
3	SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG München	12,50	9,40%	entfällt	
3	Syneco GmbH & Co. KG i.L., München	19,69	15,95%	entfällt	
3	Syneco Verwaltungs GmbH i.L. München	25,10	18,88%	entfällt	
3	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,74	1,57%	entfällt	
3	WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	100,00	75,22%		X
4	WP Fischborn GmbH & Co. KG	33,33	25,07%		X
4	WP Fischborn Verwaltungs GmbH	33,33	25,07%		X
3	Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	75,22%		X
3	Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
3	8KU Renewables GmbH Berlin	12,50	9,40%	entfällt	
4	SolarRegion RengsdorferLAND eG	1,68	0,25%	entfällt	
2	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
2	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%		X
2	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
3	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH	0,16	0,16%	entfällt	

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
3	SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH	51,00	100,00%	X	
2	Süwag Energie AG	5,98	5,98%		entfällt
3	Bionenergie Bad Wimpfen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%		entfällt
3	Bionenergie Bad Wimpfen Verwaltungs GmbH	100,00	5,98%		entfällt
3	Bionenergie Kirchspiel Anhausen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%		entfällt
3	Bionenergie Kirchspiel Anhausen Verwaltungs GmbH	100,00	5,98%		entfällt
3	Bürgerenergie Untermain eG	1,31	0,08%		entfällt
3	Energie BOL GmbH	49,90	2,98%		entfällt
3	Energiegesellschaft Leimen GmbH & Co. KG	74,90	4,48%		entfällt
3	Energiegesellschaft Leimen Verwaltungs GmbH	74,90	4,48%		entfällt
3	EnergieRegion Taunus Goldener Grund GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
4	EnergieRegion Taunus Goldener Grund Verw. GmbH	100,00	2,93%		entfällt
3	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	10,00	5,23%		entfällt
3	KAWAG AG & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
3	KAWAG Netze GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
3	KAWAG Netze Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%		entfällt
3	KEVAG Telekom GmbH	50,00	2,99%		entfällt
3	Kommunale Netzgesellschaft Steinheim a.d. Murr GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
4	Kommunale Netzgesellschaft Steinheim a.d. Murr Verwaltungs-GmbH	100,00	2,93%		entfällt
3	Kommunalwerk Rudersberg GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Kommunalwerk Rudersberg Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%		entfällt
3	MAINGAU Energie GmbH, Obertshausen	20,50	1,23%		entfällt
3	Murrhardt Netz AG & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
3	Naturstrom Betriebsgesellschaft Oberhonnefeld mbH, Koblenz	25,00	1,49%		entfällt
3	Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart	12,50	0,75%		entfällt
3	Netzgesellschaft Bühlertal GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe	45,70	2,73%		entfällt
4	Netzgesellschaft Bad Homburg Verwaltungs-GmbH	100,00	2,73%		entfällt
3	Netzgesellschaft Korb GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Korb Verwaltungs GmbH	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Lauf GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Leutenbach GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Leutenbach Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%		entfällt
3	Netzgesellschaft Ottersweier GmbH & Co. KG	49,90	2,98%		entfällt
3	SolarRegion RengsdorferLAND eG	1,54	0,25%		entfällt
3	Stadtwerke Oberkirch GmbH, Oberkirch	33,30	1,99%		entfällt
3	Stadtwerke Weilburg GmbH, Weilburg	20,00	1,20%		entfällt
3	Stromnetz Diez GmbH & Co. KG	25,10	1,50%		entfällt
3	Stromnetz Diez Verwaltungs GmbH	25,10	1,50%		entfällt
3	Stromnetz Hofheim GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt

Stadt Frankfurt am Main - Beteiligungsbericht 2022

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
3	Stromnetz Hofheim Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%		entfällt
3	Stromnetz Neckargemünd GmbH	49,90	2,98%		entfällt
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%		entfällt
3	Stromnetz VG Diez GmbH & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
3	Stromnetz VG Diez Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%		entfällt
3	Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	5,98%		entfällt
4	Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH	25,10	1,50%		entfällt
4	pro regionale energie eG	1,10	0,07%		entfällt
4	SolarProjekt Mainaschaff GmbH	50,00	2,99%		entfällt
4	Untermain Erneuerbare Energien GmbH	25,00	1,49%		entfällt
4	Wärmeversorgung Limburg GmbH	50,00	2,99%		entfällt
4	Wasserversorgung Main-Taunus GmbH	49,00	2,93%		entfällt
4	Windenergiepark Heidenrod GmbH	45,00	2,69%		entfällt
4	Windpark Mengerskirchen GmbH	15,00	0,90%		entfällt
3	Süwag Vertrieb AG & Co. KG	99,00	5,98%		entfällt
4	enermarket GmbH, Frankfurt am Main	30,00	1,79%		entfällt
3	Süwag Vertrieb Management GmbH	100,00	5,98%		entfällt
4	Süwag Vertrieb AG & Co. KG	1,00	5,98%		entfällt
3	Syna GmbH	100,00	5,98%		entfällt
4	Netzgesellschaft Kelkheim GmbH & Co, KG	49,00	2,93%		entfällt
5	Netzgesellschaft Kelkheim Verwaltungs-GmbH	100,00	2,93%		entfällt
3	Überlandwerk Mittelbaden GmbH & Co. KG	37,80	2,26%		entfällt
3	Überlandwerk Mittelbaden Verwaltungs-GmbH	37,80	2,26%		entfällt
3	Untermain EnergieProjekt AG & Co. KG	49,00	2,93%		entfällt
1	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
2	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	20,00	50,00%	X	
1	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
1	Volks-, Bau- und Sparverein eG	0,16	0,16%		X
2	Umland Wohnungsbau-Gesellschaft mbH	100,00	0,16%		entfällt
1	Volkshochschule Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Kompass - Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main - gemeinnützige GmbH	100,00	100,00%	X	
1	WOHNHEIM GmbH	1,06	99,91%	X	

Erläuterungen und Begriffsdefinitionen

Abschreibungen

Wertminderung von Vermögensgegenständen, die im Laufe der Nutzungsdauer durch deren (Ab-)Nutzung eintritt. Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand ausgewiesen und wirken sich mindernd auf den Gewinn aus. Handelsrechtlich wird zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen unterschieden. Methodisch werden Abschreibungen verschieden umgesetzt, wobei die am häufigsten vorkommende Methode die lineare Abschreibung ist. Dabei werden die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig (linear) über eine fixe Nutzungsdauer (abhängig vom Vermögensgegenstand) abgesetzt. Die degressive Methode splittet die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in fallende Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst die Vermögensteile, die dauerhaft dem Geschäftszweck dienen und die nicht zur Veräußerung bestimmt sind, z. B. Produktionsanlagen oder Immobilien. Je nach Branche ist das Anlagevermögen in Relation zur Bilanzsumme höher (Infrastruktur und Produktion) oder niedriger (Dienstleistung). Das Anlagevermögen in der Bilanz teilt sich in Sachanlagen (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen), langfristige Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere) und immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen).

at equity

Eine Methode zur Bilanzierung bestimmter langfristiger Beteiligungen im Konzernabschluss einer Gesellschaft, die am stimmberechtigten Kapital einer anderen Gesellschaft beteiligt ist. Ausgehend von den Anschaffungskosten der Beteiligung zum Erwerbszeitpunkt wird der Buchwert der Beteiligung laufend an die Entwicklung des Eigenkapitals der Beteiligung angepasst. Diese Methode ist das Gegenstück zur Bewertung von Beteiligungen nach dem Anschaffungskostenprinzip (Cost Value Me-

thod), bei der Zuschreibungen über die Anschaffungskosten der ausgewiesenen Beteiligung hinaus nicht möglich sind. Im Einzelabschluss (Jahresabschluss) ist die Bewertung von Beteiligungen nach der Equity-Methode unzulässig. Im Konzernabschluss ist die Equity-Methode für die Bewertung von Beteiligungen an sog. assoziierten Unternehmen (§ 312 HGB; vgl. Konzernabschluss) vorgeschrieben. Des Weiteren können Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von § 310 HGB als assoziierte Unternehmen nach § 311 ff. HGB einbezogen und somit *at equity* bewertet werden. Die Konsolidierung ist verpflichtend nach der Buchwertmethode vorzunehmen (§ 312 HGB). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Anschaffungswert und dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens sowie der darin enthaltene Geschäfts- oder Firmenwert oder passiver Unterschiedsbetrag sind demnach im Konzernanhang anzugeben.

Bilanz

Stichtagsbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Das Vermögen auf der Aktivseite zeigt die konkrete Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel (Anlage- und Umlaufvermögen), während die Passivseite die Mittelherkunft aus Eigen- und Fremdkapital beschreibt. Die Bilanz wird stichtagsbezogen erstellt und kann deshalb nur bedingt zu Prognosezwecken herangezogen werden. § 247 HGB schreibt die Mindestgliederung einer Bilanz vor; das Anlage- und das Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten sind gesondert auszuweisen und hinreichend aufzugliedern. Eine Bilanz erfüllt gleichzeitig Dokumentationspflichten.

Bilanzergebnis

= Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

+/- Gewinnvortrag/Verlustvortrag

+ Entnahme aus der Kapitalrücklage

+/- Entnahme/Einstellung in Gewinnrücklagen

Die Bilanz darf auch unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt werden. Wird die

Bilanz unter Berücksichtigung der teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt, so tritt an die Stelle der Posten "Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag" und "Gewinnvortrag/Verlustvortrag" der Posten "Bilanzgewinn/Bilanzverlust"; ein vorhandener Gewinn- oder Verlustvortrag ist in den Posten "Bilanzgewinn/Bilanzverlust" einzubeziehen und in der Bilanz gesondert anzugeben. Die Angabe kann auch im Anhang gemacht werden, (vgl. § 268 Abs. 1 HGB).

Cashflow

Finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angeben soll. Er wird abgeleitet aus den Daten des Jahresabschlusses, insbesondere aus der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV). Der Cashflow ist Ausdruck (Indikator) der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens (Innenfinanzierung).

Eigenkapitalrendite

Aus der Kennzahl (Jahresüberschuss / durchschnittliches Eigenkapital * 100) lässt sich die Rendite (Vorteilhaftigkeit) des eingesetzten Eigenkapitals ablesen. Die Kennzahl sagt aus, mit wie viel Prozent das gesamte im Unternehmen während einer Periode gebundene Eigenkapital verzinst wird. Damit zeigt diese Kennzahl die Profitabilität des in diesem Unternehmen gebundenen Eigenkapitals an.

durchschnittliches Eigenkapital

Die Kennzahl wird ermittelt, indem man das Eigenkapital am Ende des Berichtsjahres und am Ende des Vorjahres (alternativ Anfang des Berichtsjahres) addiert und dann durch zwei dividiert.

Gesamtleistung

Als Gesamtleistung bezeichnet man in der GuV (Erfolgsrechnung) das Zwischenergebnis aus Summe aller betrieblichen Erlöse eines Unternehmens (Umsatzerlöse plus Bestandsveränderungen plus andere aktivierte Eigenleistungen).

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

In der Gewinn- und Verlustrechnung (Erfolgsrechnung) werden alle Aufwendungen und Erträge einer Periode zur Ermittlung des Unternehmensergebnisses zusammengetragen. Bei der Erstellung nach HGB ist der Periodenerfolg mit der Differenz aus Vermögensbeständen der aktuellen und der Bilanz der Vorperiode identisch. Bei Kapitalgesellschaften muss die GuV in Staffelform erstellt werden (§ 275 Abs. 1 HGB). Die erforderlichen Bestandteile einer GuV sind ebenfalls vorgegeben (§ 275 Abs. 2 und Abs. 3 HGB).

Gewinn-/Verlustvortrag

Der Gewinn-/Verlustvortrag zeigt die kumulierten Ergebnisse der Vorjahre, die weder ausgeschüttet, in die Rücklagen eingestellt noch durch Rücklagenauflösung ausgeglichen wurden.

Investitionen

Langfristige (auf über ein Jahr angelegte) Kapitalbindung in Anlagevermögen zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Die Kapitalverschiebung in das Sachanlagevermögen wird als Realinvestition (z. B. in Gebäude oder Maschinen), die in Finanzanlagen als Finanzinvestition (z. B. Wertpapiere oder Beteiligungen) und die in immaterielle Vermögensgüter als immaterielle Investition (z. B. in Rechte oder Konzessionen) bezeichnet.

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich als positive/negative Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen des betreffenden Geschäftsjahres. Bei der Ermittlung des Jahresüberschusses/-fehlbetrages werden Gewinn- oder Verlustvortrag, Entnahmen und Einstellungen aus/in offene/n Rücklagen nicht berücksichtigt.

Mitarbeiter:innen im Jahresdurchschnitt

Die Angabe der durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen richtet sich nach der Angabe im Anhang des Jahresabschlusses gemäß §§ 267 Abs. 5 und 285 Nr. 7 HGB. Auszubildende werden nicht einbezogen.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Ist das Eigenkapital durch Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten, so ist dieser Betrag am Schluss der Bilanz auf der Aktivseite gesondert unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen (§ 268 Abs. 3 HGB).

Der Betrag gehört als letzter Punkt auf die Aktivseite, während das ausgewiesene Eigenkapital mindestens 0,00 € sein muss.

Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten erfassen zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen.

Rückstellungen

Rückstellungen sind passivierte Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer

Entstehung und/oder Höhe ungewiss sind. Sie werden gebildet, wenn in einer Periode die Voraussetzungen für das Entstehen einer Verbindlichkeit liegen, deren Eintritt oder Höhe aber noch ungewiss ist. Somit ist eine spätere wirtschaftliche Zurechnung zur Entstehungsperiode möglich. Rückstellungen werden z. B. für Pensionen und Steuern gebildet. Konkretisiert sich eine ungewisse Verbindlichkeit oder entfällt sie endgültig, wird die Rückstellung aufgelöst. § 249 HGB regelt die Pflichten und Verbote bei der Bildung von Rückstellungen.

Umlaufvermögen

Das Pendant zum Anlagevermögen bei den Vermögensgegenständen, hier sind alle Positionen zu Vermögensgegenständen aufgeführt, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, die also relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgeschlagen werden (z. B. Vorräte, kurzfristige Forderungen und Bankguthaben).

Erläuterungen zu den Kennzahlen aus Kapitel 4 Allgemeiner Teil

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Aus der Kennzahl zur Anlagenintensität sollen Hinweise über die zukünftige Zahlungsfähigkeit gewonnen werden. Der Wert der Anlagenintensität ist branchenabhängig. Eine zu hohe Anlagenintensität ist eher kritisch zu bewerten, weil der erwartete Mittelrückfluss des Anlagevermögens in der ferneren Zukunft liegt.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (= Bilanzsumme) dargestellt. Es gilt der Grundsatz: Je größer die Eigenkapitalquote, desto größer sind die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. In der Praxis spielt aufgrund des öffentlich-rechtlichen Anteilseigners die Eigenkapitalquote bei kommunalen Unternehmen in der Regel eine untergeordnete Rolle.

$$\text{Produktivität} = \frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Ø Mitarbeiter:innen}}$$

Die Produktivität ist der Maßstab für die Ergiebigkeit des Einsatzes eines Produktionsfaktors (hier der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter:innen).

$$\begin{aligned} \text{Gesamtleistung} &= \text{Umsatzerlöse} \\ &+ \text{Bestandsveränderungen} \\ &+ \text{aktivierte Eigenleistungen} \end{aligned}$$

Eine Bestandsveränderung ist beispielsweise die Aktivierung fertiggestellter, zum Verkauf stehender Wohnungen bzw. deren Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Unter aktivierten Eigenleistungen versteht man z. B. selbst durchgeführte Modernisierungsmaßnahmen. Die betriebswirtschaftliche Gesamtleistung stellt die monetäre Bewertung der abgesetzten Produkte und geschaffenen Werte der Unternehmen dar.

Gesetzestexte, Internetfundstellen

Ergänzend zu den Ausführungen über die „Gesetzlichen Grundlagen“ im ersten Kapitel des Beteiligungsberichts werden im Folgenden die für den Beteiligungsbericht wichtigsten Rechtsvorschriften im Wortlaut wiedergegeben. Die Angaben sind keineswegs abschließend, sondern beschränken sich vielmehr auf die Kernvorschriften der für den

Beteiligungsbericht maßgeblichen Vorschriften. Die gesellschafts- und bilanzrechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des GmbH-Gesetzes und des Aktiengesetzes sowie steuerrechtliche und weitere kommunalrechtliche Vorschriften wie die Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik werden hier nicht gesondert aufgeführt.

Hessische Gemeindeordnung (HGO) (§§ 121 bis 127b HGO)

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(1a) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betä-

tigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.

(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbstständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.

(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn

1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu

bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.

(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 Unterrichts- und Prüfungsrechte

(1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in der Fassung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398), bezeichneten Umfang beteiligt, so hat sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
2. sicherzustellen, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den § 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist

§ 123a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Der Bericht ist innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzu-

führungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,

1. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 124 Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder eines wirtschaftlichen Unternehmens sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für Einrichtungen im Sinne des § 121 Abs. 2.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden und Gemeindeverbände mit mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, Veräußerungen sowie andere Rechtsgeschäfte im Sinne des Abs. 1 vornehmen will.

§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften

(1) Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eigentumsunternehmen) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstandes vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstandes sind an die Weisungen des Gemeindevorstandes gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstandes jederzeit niederzulegen. Sofern Beamte der Gemeinde von den Gesellschaften für ihre Tätigkeit eine finanzielle Gegenleistung erhalten, zählt diese zu den abführungspflichtigen Nebentätigkeitsvergütungen im Sinne von § 2 der Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. I S. 492).

(2) Abs.1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden; bei den Aufsichtsgremien soll der Gemeindevorstand darauf hinwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten wird. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstandes führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Dies gilt nicht, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.

(3) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit bei einer Gesellschaft haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn die Vertreter der Gemeinde nach Weisung gehandelt haben.

§ 126 Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung

Die Vorschriften des § 122 Abs. 1 und 2 mit Ausnahme des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, der §§ 124 und 125 gelten auch für andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Für die Mitgliedschaft in kommunalen Interessenverbänden gelten nur die Vorschriften des § 125.

§ 126a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 122 Abs. 1 Nr. 1 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten. Die Gemeinde hat die Satzung und deren Änderungen bekannt zu machen. § 127a gilt entsprechend.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 19 Abs. 2 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 5 gilt entsprechend. Die Anstalt kann

sich nach Maßgabe der Satzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn der öffentliche Zweck der Anstalt dies rechtfertigt. Die §§ 123a und 125 gelten entsprechend.

(4) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(5) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen.

(6) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über:

1. den Erlass von Satzungen nach Abs. 3 Satz 2,
2. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungnehmer,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. die Ergebnisverwendung,
6. die Beteiligung oder die Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen.

Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. Entscheidungen nach Satz 3 Nr. 1 bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Satzung im Sinne von Abs. 2 Satz 1 kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung dem Verwaltungsrat in bestimmten Fällen Weisungen erteilen kann oder bei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich ist.

(7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vor-

sitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(8) Der Anstalt kann durch Satzung die Dienstherrnfähigkeit verliehen werden. Die Satzung bedarf insoweit der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde. Wird die Anstalt aufgelöst, hat die Gemeinde die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.

(9) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4) entsprechend. Der Haushalt der Anstalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Kredite der Anstalt bedürfen entsprechend den §§ 103 und 105 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ist die Anstalt überwiegend wirtschaftlich tätig, so kann sie in ihrer Satzung bestimmen, für die Wirtschafts- und Haushaltsführung die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Anstalt. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 131 Abs. 1 auftreten, unmittelbar zu unter-

richten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einzusehen.

(10) § 14 Abs. 2, § 25 sowie die Bestimmungen des Sechsten Teils über die Gemeindegewirtschaft und die des Siebenten Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

(11) Die Anstalt ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt wie die Gemeinde, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Abs. 3 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.

(12) Abs. 1 bis 11 finden auf Anstalten des öffentlichen Rechts nach § 2c des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 318), keine Anwendung.

§ 127 Eigenbetriebe

(1) Die Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) sind so einzurichten, dass sie eine vom übrigen Gemeindevermögen abgeordnete Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Betriebsleitung eine ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen.

(3) Die näheren Vorschriften über die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung einschließlich des Rechnungswesens der Eigenbetriebe bleiben einem besonderen Gesetz vorbehalten.

§ 127a Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,
2. die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die we-

sentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,

3. den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
4. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1 sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG) **(§§ 53 und 54 HGrG)**

§ 53 Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 entsprechend.

§ 127b Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach [§ 44](#) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

Hessisches Eigenbetriebsgesetz (EigBGes)

(§§ 1 und 5 bis 8 EigBGes)

§ 1 Rechtsgrundlagen für den Eigenbetrieb

(1) Die Gemeinde führt ihre wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit als Eigenbetriebe nach den Vorschriften dieses Gesetzes sowie nach einer von ihr zu erlassenden Satzung (Betriebssatzung).

(2) Die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) bleiben unberührt, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt.

§ 5 Aufgaben der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung entscheidet unter Beachtung der § 121 Abs. 8 und § 127 HGO über die Grundsätze, nach denen die Eigenbetriebe der Gemeinde gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden sollen. Sie ist zuständig für:

1. Erlass und Änderung der Betriebssatzung;
2. wesentliche Aus- und Umgestaltung oder Auflösung des Eigenbetriebs;
3. Verschmelzung mit anderen Eigenbetrieben oder Umwandlung in eine andere Rechtsform;
4. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan nach [§ 15](#);
5. Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
6. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen und zu Mehrausgaben nach Maßgabe des [§ 16](#) Abs. 3 und des [§ 17](#) Abs. 8;
7. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen ([§ 10](#) Abs. 1) gehören, soweit sie der Gemeindevertretung durch die Betriebssatzung besonders zugewiesen ist;
8. Entscheidung über die Verminderung des Eigenkapitals nach [§ 11](#) Abs. 4;
9. Übernahme von neuen Aufgaben, insbesondere Angliederung sonstiger Unternehmen und Einrichtungen der Gemeinde, die nicht als wirtschaftliche Unternehmen gelten, jedoch wirtschaftlich oder technisch mit dem Eigenbetrieb im Zusammenhang stehen;

10. Übernahme von Bürgschaften und Bestellung anderer Sicherheiten;

11. Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes sowie über den Ausgleich von Verlustvorträgen;

12. Genehmigung der Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern oder den Betriebsleitern nach Maßgabe des [§ 3](#) Abs. 6 und des [§ 6](#) Abs. 9;

13. Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss. In der Betriebssatzung kann sich die Gemeindevertretung die Entscheidung weiterer Angelegenheiten vorbehalten, soweit sie nicht nach [§ 7](#) der Entscheidung der Betriebskommission unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.

§ 6 Betriebskommission

(1) Der Gemeindevorstand beruft eine Betriebskommission; für mehrere Eigenbetriebe einer Gemeinde kann eine gemeinsame Betriebskommission gebildet werden.

(2) Der Betriebskommission gehören an:

1. Mitglieder der Gemeindevertretung, die von ihr für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte gewählt werden; die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung;
2. kraft ihres Amtes der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder in seiner Vertretung ein von ihm bestimmtes Mitglied des Gemeindevorstandes sowie zwei weitere Mitglieder des Gemeindevorstandes; darunter muss der für das Finanzwesen zuständige Beigeordnete sein. Die Betriebssatzung kann bestimmen, dass und wie viele weitere Mitglieder der Gemeindevorstand aus seinen Reihen in die Betriebskommission entsendet;
3. zwei Mitglieder des Personalrates des Eigenbetriebes, die auf dessen Vorschlag von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates gewählt werden.

(3) Der Betriebskommission sollen weitere wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen angehören, die von der Gemeindevertretung

nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt werden. Die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung; sie darf ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder der Betriebskommission nicht übersteigen.

(4) In der Betriebssatzung kann geregelt werden, dass die Mitglieder der Betriebskommission sich vertreten lassen können. Die Vertreter sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu wählen oder zu berufen, die für die Wahl oder Berufung der Mitglieder der Betriebskommission gelten.

(5) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission bleiben nach Ablauf ihrer Wahlzeit solange Mitglieder der Betriebskommission, bis ihre Nachfolger nach Abs. 7 berufen worden sind.

(6) Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder in Wettbewerb mit dem Eigenbetrieb steht oder für Betriebe tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied der Betriebskommission sein, es sei denn, dass diese Tätigkeit im Auftrage der Gemeinde ausgeübt wird.

(7) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission und deren Stellvertreter müssen ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben; sie können durch Beschluss der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter vorzeitig abberufen werden.

(8) Den Vorsitz in der Betriebskommission führt der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder ein von ihm bestimmter Vertreter. An den Sitzungen der Betriebskommission nimmt die Betriebsleitung teil. Sie ist auf Verlangen zu dem Gegenstand der Verhandlungen zu hören. Sie ist verpflichtet, der Betriebskommission auf Anfordern Auskünfte zu den Beratungsgegenständen zu erteilen.

(9) Verträge von Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern mit der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebs bedürfen der Genehmigung der Gemeindevertretung, es sei denn, dass es sich um Verträge nach feststehendem Tarif oder um Geschäfte der laufenden Be-

triebsführung handelt, die für die Gemeinde unerheblich sind.

§ 7 Aufgaben der Betriebskommission

(1) Die Betriebskommission überwacht die Betriebsleitung und bereitet die nach diesem Gesetz erforderlichen Beschlüsse der Gemeindevertretung vor. Sie kann Auskunft sowie Akteneinsicht verlangen.

(2) Die Betriebskommission hat einer Maßnahme der Betriebsleitung zu widersprechen, wenn sie das Recht verletzt oder das Wohl der Gemeinde oder des Eigenbetriebs gefährdet. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Über die strittige Angelegenheit entscheidet der Gemeindevorstand.

(3) Die Betriebskommission ist, unbeschadet der Bestimmung in Abs. 1, für folgende Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören:

1. Stellungnahme zum Wirtschaftsplan und Vorlage an den Gemeindevorstand zur Weiterleitung an die Gemeindevertretung;
2. Stellungnahme zu den Vorschlägen der Betriebsleitung für die Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
3. Genehmigung von Geschäften aller Art im Rahmen des Wirtschaftsplans, deren Wert einen angemessenen, in der Betriebssatzung festzulegenden Vomhundertsatz des Stammkapitals (§ 10 Abs. 2) übersteigt; trifft die Betriebssatzung keine Bestimmung, so unterliegen alle Geschäfte der Genehmigung, deren Wert zwei vom Hundert des Stammkapitals übersteigt;
4. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen (§ 10 Abs. 1) gehören, insbesondere Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, Schenkungen und Darlehnsingaben, soweit sie nicht wegen der Bedeutung der Angelegenheit oder wegen des Wertes des Vermögensgegenstandes durch die Betriebssatzung der Gemeindevertretung zugewiesen ist;

5. Stellungnahme zum Jahresabschluss, zum Lagebericht und zum Vorschlag für die Gewinnverwendung;
6. Stellungnahme zur Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten und leitenden Angestellten;
7. Vorschlag für den Prüfer für den Jahresabschluss;
8. Entscheidung über die Führung eines Rechtsstreites und den Abschluss von Vergleichen, wenn sie größere Bedeutung haben;
9. Zustimmung zu Verträgen von größerer Bedeutung, insbesondere über den Bezug von Energie und Wasser durch den Eigenbetrieb;
10. Verzicht auf Forderungen und Stundung von Zahlungsverpflichtungen nach Maßgabe der Betriebssatzung.

Die Betriebssatzung kann der Betriebskommission die Entscheidung in weiteren Angelegenheiten zuweisen, soweit sie nicht nach § 5 der Entscheidung der Gemeindevertretung oder nach § 8 der Entscheidung des Gemeindevorstands unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.

(4) Die Betriebskommission hat den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebs rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

(5) In den in Abs. 3 genannten Angelegenheiten kann die Betriebsleitung in dringenden Fällen, wenn

die vorherige Entscheidung der Betriebskommission nicht eingeholt werden kann, die erforderlichen Maßnahmen von sich aus anordnen. Hiervon hat sie dem Vorsitzenden der Betriebskommission unverzüglich Kenntnis zu geben.

§ 8 Aufgaben des Gemeindevorstands

(1) Der Gemeindevorstand sorgt dafür, dass die Verwaltung und Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs mit den Planungen und Zielen der Gemeindeverwaltung im Einklang stehen. Erfüllt die Betriebskommission eine ihr durch dieses Gesetz oder die Betriebssatzung zugewiesene Aufgabe nicht, so fordert sie der Gemeindevorstand unter Bestimmung einer angemessenen Frist zur Erfüllung der Aufgabe auf; nach ergebnislosem Ablauf der Frist übernimmt der Gemeindevorstand die Aufgabe und entscheidet an Stelle der Betriebskommission.

(2) Der Gemeindevorstand hat einen Beschluss der Betriebskommission nach Anhörung der Betriebskommission aufzuheben, wenn dieser das Recht verletzt; er kann ihn ändern, soweit er gegen die Planung und Ziele der Gemeindeverwaltung verstößt.

(3) Der Gemeindevorstand regelt das Verfahren und den Geschäftsgang der Betriebskommission durch eine Geschäftsordnung.

Glossar zu wichtigen Begriffen des EU-Beihilfenrechts

Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung

In der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) werden Rahmenbedingungen definiert, innerhalb derer die Mitgliedsstaaten ohne vorherige Notifizierung Beihilfen gewähren können. Sie beinhaltet die umfassendste Sammlung von Ausnahmetatbeständen zum grundsätzlichen Beihilfenverbot des Art. 107 Abs. 1 AEUV für ganz unterschiedliche Bereiche des Wirtschaftslebens.

Die unter die AGVO fallenden Beihilfen dürfen zwar ohne vorherige Notifizierung gewährt werden, sie müssen dazu jedoch den Anforderungen der AGVO entsprechen, was von der Kommission kontrolliert werden kann.

Dass gewisse Mittelgewährungen von der Notifizierungspflicht freigestellt sind, beinhaltet im Umkehrschluss aber auch die Bestätigung, dass die in der AGVO umschriebenen Sachverhalte den Beihilfen-tatbestand erfüllen. Das gilt zum Beispiel für die Förderung kultureller Einrichtungen.

Am 01.07.2014 trat die neu überarbeitete AGVO in Kraft. Die wesentlichen Änderungen sind:

- Die Anhebung der Schwellenwerte: Die Beihilfen-Obergrenzen („Schwellenwerte“) für verschiedene Maßnahmen wurden angehoben. Für einige Beihilfegruppen wurde der Anwendungsbereich durch flexiblere Förder-voraussetzungen, günstigere Beihilfen-höchstintensitäten und höhere Beihilfebeiträge erweitert.
- Die neue AGVO umfasst zusätzliche Gruppen von Beihilfen: Es wurden neue Gruppen von Beihilfen von der Anmeldepflicht freigestellt, z.B. Beihilfen für lokale Infrastruktur, für Breitband-, Forschungs- und Energieinfrastrukturen, Innovationscluster, regionale Stadtentwicklungsfonds, für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes, für audiovisuelle Werke, Sport- und Freizeitinfrastruktu-

ren sowie Beihilfen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen.

Die AGVO umfasst nunmehr zwölf statt bisher neun Beihilfegruppen, die sich wiederum in mehrere Beihilfekategorien unterteilen.

Erlaubt sind gemäß Art. 5 AGVO nur transparente Beihilfen, deren Bruttosubventionsäquivalent sich im Voraus genau berechnen lässt, wie beispielsweise Zuschüsse. Entsprechend nicht erlaubt sind nicht transparente Beihilfen, wie Risikokapitalbeihilfen.

Die in der alten Fassung (a.F.) verankerten „Verfahrensgrundsätze“ der Transparenz (Art. 9 AGVO a.F.), der Beihilfenkontrolle (Art. 10 AGVO a.F.), sowie der Berichterstattung (Art. 11 AGVO a.F.) sind ebenfalls in der neuen Fassung an anderer Stelle wieder zu finden. Gemäß Art. 11 a) AGVO muss innerhalb von 20 Tagen nach Gewährung einer Beihilfe ein Kurzbericht an die Kommission übermittelt werden. Unterlagen, die zur Gewährung einer Beihilfe angelegt wurden, sind in ausführlicher Form zehn Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der Kommission vorzulegen (Art. 12 AGVO). Zudem ist ein Jahresbericht vorzulegen (Art. 11 b) AGVO).

Almunia-Paket

Das Paket der EU-Kommission vom 20.12.2011, das das Maßnahmenpaket vom 15.07.2005 (sog. Monti-Paket) ersetzt und weiterentwickelt hat, beinhaltet Regelwerke für die Behandlung von Beihilfen im Bereich der DAWI:

- Beschluss der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 AEUV auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen – Freistellungsbeschluss - zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (K(2011) 9380 endgültig).

- Mitteilung der Kommission: Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (K(2011) 9406 endgültig).
- Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (K(2011) 9404 endgültig).
- Verordnung der Kommission 360/2012 über die Anwendung der Art.107 und 108 AEUV auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen („DAWI-De-minimis-Verordnung“).

„Altmark Trans“ - Rechtsprechung

Falls zur beihilferechtlichen Absicherung von Ausgleichszahlungen die Regelungen des Beschlusses vom 20.12.2011 nicht eingreifen (bspw. aufgrund einer höheren Ausgleichszahlung an den Begünstigten als 15 Mio. €), kann u.U. eine Betrauung nach den Altmark Trans-Kriterien erfolgen.

Hierzu ist jedoch die zusätzliche Anforderung des „durchschnittlich gut geführten Unternehmens“ zu erfüllen (vgl. auch 4. Altmark Trans-Kriterium).

Ultima Ratio stellt die Durchführung eines Notifizierungsverfahrens bei der EU-Kommission dar.

Art. 6 des Beschlusses der Kommission (siehe oben) sieht eine regelmäßige Kontrolle der Höhe der Ausgleichszahlungen, die begünstigte Unternehmen erhalten, vor.

Hiernach haben alle Verwaltungsebenen im Rahmen ihrer Zuständigkeit sicherzustellen, dass die im oben genannten Art. 5 und 6 vorgesehenen Kontrollen durchgeführt werden, damit keine Ausgleichszahlungen erfolgen, die über die in Art. 5 des Beschlusses der Kommission bestimmte Höhe hinausgehen (Überkompensation).

Im kommunalen Bereich kommen für diese Kontrollen eigens mit dieser Aufgabe betraute Organisationseinheiten der Kommune in Betracht.

Durch die Kontrollen soll (auch) sichergestellt werden, dass keine Überkompensation, d.h. dass die Unternehmen keine Ausgleichszahlungen erhalten, die über die erforderlichen Beträge hinausgehen, erfolgt. Gleichwohl darf eine Überkompensation von maximal 10% der jährlichen Ausgleichssumme auf die Zuwendungen in der nächstfolgenden Ausgleichsperiode angerechnet werden.

Das frühere Monti-Paket, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011 (oder „Almunia“- Paket).

Beihilfe

Eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare - und somit verbotene - Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV liegt vor, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Maßnahme zu Gunsten eines Unternehmens
2. aus öffentlichen Mitteln, gleich welcher Art (*Haushaltsmittel, Förderzusagen oder Verlustausgleiche von Bund, Ländern, Kommunen oder öffentlichen bzw. privaten Einrichtungen unter staatlicher Kontrolle*)
3. mit begünstigender (*Vorteil gegenüber Wettbewerbern*) und
4. selektiver Wirkung (*Einfluss auf das Verhältnis Beihilfeempfänger und Wettbewerber - keine Beihilfe bei bspw. Infrastrukturmaßnahmen, die Unternehmen eine allgemeine, gleichberechtigte Nutzung ermöglichen*), die die
5. Gefahr der Verfälschung des Wettbewerbs sowie die Beeinträchtigung des grenzüberschreitenden Handels (*lokaler Bezug genügt nicht*) begründen kann.

Ausnahmsweise sind folgende staatliche Beihilfen zulässig:

1. Gesetzlich erlaubte Beihilfen, Art. 107 Abs. 2 AEUV, bspw. Beihilfen sozialer Art oder Beihilfen bei Katastrophen oder

2. möglicherweise mit dem Binnenmarkt vereinbare Beihilfen, Art. 107 Abs. 3 AEUV, bspw. Beihilfen zur Förderung notleidender Gebiete, wichtiger Vorhaben oder der Kultur.

Art. 106 Abs. 2 AEUV sieht eine Einschränkung der EU-Wettbewerbsregeln für Dienstleistungen in allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) vor. D.h. die Erfüllung der DAWI-Aufgaben darf nicht durch die Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts verhindert werden.

Betrauung

Nach der Kommissionsentscheidung 2005/842/EG vom 28.11.2005 (Teil des früher sog. Monti-Pakets, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011,) kann die Legitimation einer tatbestandmäßigen Beihilfe mittels eines Betrauungsakts erreicht werden.

Ziel des Betrauungsverfahrens ist es, eine Überkompensation bzw. einer Quersubventionierung anderer erwerbswirtschaftlicher Unternehmensbereiche zu verhindern. Dementsprechend wichtig sind Dokumentation und Kontrolle.

Der Betrauungsakt muss an ein bestimmtes Unternehmen gerichtet und rechtlich verbindlich sein.

Inhaltlich muss durch den Betrauungsakt sichergestellt werden, dass das Unternehmen die Leistung, für die die Ausgleichszahlung gewährt wird, tatsächlich erbringt. Ferner müssen folgende Regelungen enthalten sein (Beschluss der Kommission vom 20.12.2011, K(2011) 9380 endgültig, Art. 2. und 4):

1. Art und Dauer der Gemeinwohlverpflichtungen (*Erbringung von DAWI-Tätigkeiten* - vgl. auch 1. Altmark Trans-Kriterium),
2. das beauftragte Unternehmen und der geografische Geltungsbereich,
3. Art und Dauer der dem Unternehmen ggf. gewährten ausschließlichen und besonderen Rechte,
4. die Parameter für die Berechnung, Überwachung und etwaige Änderung der Aus-

gleichszahlungen (vgl. auch 2. Altmark Trans-Kriterium),

5. die Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensation entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden (vgl. auch 3. Altmark Trans-Kriterium),
6. Beschränkung der Betrauung auf einen Zeitraum von 10 Jahren und
7. Verweisung auf den Beschluss der Kommission vom 20.12.2011, K(2011) 9380 endgültig.

Die Ausgleichszahlung darf nicht mehr als 15 Mio. € betragen (Ausnahmen Bereiche Soziales, Krankenhäuser und Wohnungsbau).

Es gibt keinen „Standard-Betrauungsakt“. Die Kommission nennt in ihrem Leitfaden als mögliche Beispiele für Betrauungsakte:

- Konzessionsverträge und öffentliche Leistungsaufträge,
- Vereinbarungen zwischen der staatlichen Verwaltung und Unternehmen über die Durchführung von Vorhaben in spezifischen Bereichen,
- ministerielle Anweisungen,
- Gesetze und Verordnungen,
- jährliche oder mehrjährige Leistungsverträge,
- Rechtsverordnungen und
- jede Art von hoheitlicher und kommunaler Verfügung oder Entscheidung.

Neben einer vertraglichen Gestaltung - durch öffentlich-rechtlichen oder zivilrechtlichen Vertrag - kommt also die Betrauung durch Verwaltungsakt, durch eine (Betriebs-) Satzung oder durch einen Gesellschaftsvertrag in Verbindung mit einem Beschluss der kommunalen Vertretungskörperschaft bzw. der Gesellschafterversammlung in Betracht.

Geht es um die Betrauung einer kommunalen Eingengesellschaft kann diese auch durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (Gemeindevertretung) - oder des Magistrats (Gemeindevorstands) - in Verbindung mit einer gesellschaftsrechtlichen Weisung, die in der Gesellschaf-

terversammlung der kommunalen Eigengesellschaft umgesetzt wird, erfolgen (sogenannte „gesellschaftsrechtliche Lösung“).

DAWI - Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Unter Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse versteht das primäre EU-Recht (vgl. Art. 106 AEUV) bestimmte Tätigkeiten, die zwar entgeltliche Leistungen, die im Rahmen eines Marktgeschehens erbracht werden, darstellen, die allerdings zusätzlich einen engen Bezug zum Gemeinwohl aufweisen. Diese weisen eine enge Verwandtschaft zu Aufgaben der Daseinsvorsorge auf. Es handelt sich in der Regel um die Bereitstellung der für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen.

Was im Einzelfall hierzu gehört, dürfen die Mitgliedsstaaten weitgehend selbst festlegen (Beurteilungsspielraum). Zu den DAWI zählen auch Leistungen, bei denen Unternehmen sog. gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen übernehmen, da die hieran gestellten Anforderungen nicht kostendeckend erfüllt werden können und somit eine öffentliche Ko-Finanzierung erforderlich ist.

Kennzeichnend für DAWI-Tätigkeiten sind somit folgende Attribute:

Defizitär: Grundsätzlich sind die konkreten Leistungen der Daseinsvorsorge unwirtschaftlich und werden von privaten Marktteilnehmern nicht oder nicht in gleicher Form und in gleichem Umfang angeboten.

Öffentliches Interesse: Leistungen der Daseinsvorsorge sind von besonderem öffentlichen Interesse für ein funktionierendes Gemeinwesen und können vom Einzelnen in der Regel nicht beschafft werden.

Besondere Pflicht: Für die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge besteht eine am Gemeinwohl orientierte Pflicht, die regelmäßig unwirtschaftlich ist, aber jedem Einzelnen ein Mindestangebot bestimmter Leistungen zur Verfügung stellt.

Öffentlicher Zweck: Der öffentliche Zweck im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung ist ein Indiz für eine Leistung der Daseinsvorsorge.

Die Tätigkeiten der Daseinsvorsorge lassen sich in vier Bereiche einteilen:

1. Beihilfeirrelevante Daseinsvorsorge,
2. Beihilferelevante Daseinsvorsorge,
3. nichtwirtschaftliche Tätigkeit (d.h. ausschließlich hoheitliches oder solidarisch-soziales Handeln) und
4. wirtschaftliche Tätigkeit (d.h. marktbezogenes Handeln).

Wirtschaftlich ist jede Tätigkeit, die darin besteht, Güter oder Dienstleistungen auf einem bestimmten Markt anzubieten. Dabei muss sie grundsätzlich auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung ausgeübt werden können.

Wirtschaftlich und damit beihilferelevant sind u.a.: Energie-, Wasser- und Verkehrsversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Betrieb von Bädern, medizinische und soziale Dienste, Wohnbau oder Management der Transportinfrastruktur.

Bei Gesellschaften, die gemischt - d.h. innerhalb und außerhalb des DAWI-Bereichs tätig werden - gilt wie vorliegend auch, dass eine strikte Trennung zwischen den beiden Bereichen zu erfolgen hat (vgl. auch Art. 5 Beschluss der Kommission vom 20.12.2011, K(2011) 9380 endgültig (Früher Monti-Paket, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011). Dabei sollte der Nicht-DAWI-Bereich kostendeckend arbeiten.

Drei-Jahres-Betrachtung und 10%-Schwelle

Im Rahmen der beihilfenrechtlichen Überkompensationskontrolle spielt es eine Rolle, ob bei einer Überschreitung des geplanten DAWI-Kostenausgleichs (Soll-Ausgleichs) in den vorhergehenden oder nachfolgenden Jahren Unterschreitungen festgestellt werden, so dass im Durchschnitt eines Dreijahreszeitraums keine Überkompensation vorliegt. Dabei darf die Überkompensation bezogen auf ein (Wirtschafts-) Jahr max. 10% der jährlichen Ausgleichssumme betragen. Andernfalls kann die

Rückgewähr der zu viel geleisteten Beihilfe nicht vermieden werden.

Finanzieller Netto-Effekt

Der finanzielle Netto-Effekt meint die im Freistellungsbeschluss, in der Verordnung 1370/2007 und in der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung enthaltene beihilfenrechtliche Vorgabe, dass eine zu planende oder zu gewährende Ausgleichsleistung für DAWI-Tätigkeiten nicht nur durch Heranziehung der hierdurch verursachten Aufwendungen ermittelt werden darf. Daneben müssen die hiermit verbundenen Erträge saldierend berücksichtigt werden.

Freistellungsbeschluss

Die Europäische Kommission hat am Ende des Jahres 2011 ein Vorschriftenpaket verabschiedet, welches die damalige Revision der Beihilferegelungen über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) – sog. „Almunia-Paket“ oder „Altmark-Paket“, zuvor „Monti-Paket“ – abschloss. Es umfasst u.a. den Freistellungsbeschluss [ABl. L 7 vom 11.01.2012], der das zentrale Dokument des Vorschriftenpakets darstellt und regelt, unter welchen Voraussetzungen Ausgleichsleistungen für bestimmte Kategorien von Dienstleistungen von der Pflicht zur Anmeldung (Notifizierung) bei der Europäischen Kommission freigestellt sind, weil sie als nicht oder nur unerheblich wettbewerbsbeeinträchtigend gelten. Aufgrund dieser Regelungen entfällt eine Meldepflicht (Notifizierung), wenn Beihilfen von bis zu 15 Mio. € zugunsten von Unternehmen gewährt werden, wenn diese DAWI erbringen. Zudem sind Zahlungen an Krankenhäuser und für Sozialwohnungen zuständige Unternehmen sowie für Maßnahmen sozialen Bedarfs von der Notifizierungspflicht freigestellt, unabhängig von ihrem Finanzvolumen. Grundvoraussetzung ist allerdings, dass solche Ausgleichszahlungen für die Erbringung von DAWI auf einem klar umrissenen öffentlichen Versorgungsauftrag basieren (Betrabung) und keine Überkompensation vorliegt.

Die Voraussetzungen im Einzelnen:

1. Höhe der Beihilfe von weniger als 15 Mio. € p.a., ausgenommen bestimmte Bereiche (s.o.).
2. Vorliegen einer Betrauung (z. B. *durch Gesetz, Vertrag, Verwaltungsakt, Ratsbeschluss, Gesellschaftsvertrag, Gesellschafterbeschluss*) sowie
3. Regelungen zu den Kostenparametern, zur Trennungsrechnung, zur Überkompensation und zur Laufzeit der Betrauung.

Gewinnzuschlag

Der Gewinnzuschlag ist ein Begriff der Kalkulation. Dieser ist ein bestimmter Wert, der häufig als Bruchteil oder Prozentsatz der Selbstkosten eines Unternehmens (oder anderer Basiswerte, z. B. des betriebsnotwendigen Kapitals) ausgedrückt wird. Der Ansatz eines Gewinnzuschlags fußt auf der Einsicht, dass ein Unternehmen seine Tätigkeit nur fortführen wird, wenn es Aussichten hat damit nicht nur seine für die Leistungserstellung benötigten Kosten zu refinanzieren, sondern darüber hinaus noch einen Gewinn erwirtschaften kann.

Ausgehend von diesem Gedanken, darf bei der Bestimmung des DAWI-Ausgleichs neben den „Nettokosten“ noch ein „angemessener Gewinn“ hinzugerechnet werden. Darunter ist nach dem Freistellungsbeschluss in erster Linie eine Kapitalrendite („interner Ertragssatz“/“internal rate of return“) zu verstehen, den das Unternehmen während des Betrauungszeitraums mit seinem investierten Kapital erziele. Der Aufschlag dient unter anderem als Ausgleich für Liquiditätsrisiken im Zusammenhang mit der Bindung von Kapital für die Erbringung einer Dienstleistung während des Betrauungszeitraums (unternehmerisches Risiko).

Zur Bemessung der Kapitalrendite werden von der Kommission mittlerweile laufend „Swap-Sätze“ ermittelt und veröffentlicht, die verbunden mit einem Aufschlag von 100 Basispunkten eine Orientierung für die Bemessung der Rendite bilden sollen. Daneben ist es „bei besonderen Umständen“ möglich, den Gewinnzuschlag nicht als Kapitalrendite sondern auf andere Weise zu ermitteln (z. B. als durch-

schnittliche Eigenkapitalrendite, Gesamtkapitalrendite oder als Umsatzrendite.)

Insofern sind jeweils unternehmensindividuell Überlegungen und Festlegungen zu einem angemessenen Gewinn zu treffen. Bei den Unternehmen, die für die Stadt Frankfurt am Main dauerdefizitäre gemeinwirtschaftliche Aufgaben erbringen wurde bislang in der Regel auf die DAWI-bezogenen Gesamtaufwendungen als Bezugspunkt einer angemessenen Rendite gewählt, wobei der Prozentsatz unter Berücksichtigung langjähriger Zins- und Renditebetrachtungen bezogen auf den jeweiligen Betrachtungszeitpunkt mit 4% angesetzt wurde.

Ist-Ausgleich

Unter Ist-Ausgleich ist der Geldbetrag zu verstehen, der einem betrauten Unternehmen vom Beihilfengeber (von einer mittelgewährenden Stelle) für einen bestimmten Zeitraum (in der Regel: das Wirtschaftsjahr) als Ausgleichsleistung für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen (DAWI-Tätigkeiten) tatsächlich gewährt wird. Dessen Festlegung erfolgt in der Regel zusammen mit der Feststellung des Jahresabschlusses und errechnet sich aus den tatsächlichen Aufwendungen und Erträgen für die betrauten Tätigkeiten. Bei einem Unternehmen, das nur betraute Tätigkeiten ausführt, entspricht der Ist-Ausgleich in der Regel dem (negativen) Ergebnis des Unternehmens, das noch durch einen (fiktiven) Gewinnzuschlag erhöht werden darf. Die Mittelgewährung über den Ist-Ausgleich darf jedoch nicht höher sein, als der Soll-Ausgleich, der zuvor geplant wurde.

Notifizierung

Grundsätzlich sieht Art. 108 AEUV ein generelles Notifizierungsgebot (Meldepflicht) für geplante staatliche Beihilfen vor. Die Kommission prüft dann auf Grundlage ihrer Mitteilungen und Beschlüsse (Früher Monti-Paket, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011), ob die Beihilfe ausnahmsweise ohne Notifizierung gewährt werden kann. Mit der Notifizierungspflicht ist ein Durchführungsverbot

verbunden, d.h. bis zum Abschluss der Prüfung (und positiven Bescheid) durch die Kommission darf eine Beihilfe nicht ausbezahlt werden. Im Rahmen der Notifizierung beschließt der Rat auf Antrag über die Vereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt.

Im vereinfachten Notifizierungsverfahren (Abl C 136/3 vom 16.06.2008) erfolgt die Entscheidung binnen eines Monats, wenn die Beihilfemaßnahme nach bestehendem Gemeinschaftsrahmen bereits Gegenstand einer Grundprüfung war und nicht bereits unter die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) fällt und die Beihilfemaßnahme der gefestigten Entscheidungspraxis der Kommission entspricht, bspw. Förderung des kulturellen Erbes oder lokale Infrastruktur.

Das vereinfachte Verfahren gliedert sich in folgende Schritte:

- Vorabkontakte zwischen Kommission und dem anmeldenden Mitgliedstaat,
- Anmeldung durch den Mitgliedstaat,
- Bekanntmachung der Anmeldung,
- Kurzenscheidung,
- Veröffentlichung der Kurzenscheidung.

Im normalen Notifizierungsverfahren entsprechend VO (EG) Nr. 659/1999 erfolgt die Entscheidung möglichst innerhalb von vier Monaten ab Eingang der letzten Stellungnahme in der Sache im Rahmen des förmlichen Verfahrens.

Grundsätzlich dürften anmeldungspflichtige Beihilfen nicht gewährt werden, bevor die Kommission eine diesbezügliche Genehmigungsentscheidung erlassen hat oder die Beihilfe als genehmigt gilt.

Der betreffende Mitgliedstaat übermittelt hierbei der Kommission in seiner Anmeldung (Anmeldeformular in Anhang I Teil I der Verordnung (EG) Nr. 794/2004) alle sachdienlichen Auskünfte, damit diese eine Entscheidung erlassen kann. Änderungen an bereits angemeldeten oder genehmigten Beihilfen werden mit dem Formular im Anhang II der genannten Verordnung beantragt.

Stellt die Kommission nach einer vorläufigen Prüfung fest, dass die angemeldete Maßnahme Anlass zu Bedenken hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt gibt, so beschließt sie, das Verfahren nach Artikel 108 Abs. 2 AEUV zu eröffnen (förmliches Verfahren).

Im Rahmen des förmlichen Verfahrens können alle Beteiligten Bemerkungen vortragen. Die Entscheidung der Kommission erfolgt danach. Hat die Kommission ernsthafte Bedenken, ob ihre Entscheidungen - Entscheidung, keine Einwände zu erheben, Positiventscheidungen oder mit Bedingungen und Auflagen verbundene Entscheidungen - nicht befolgt werden, so gestattet der betreffende Mitgliedsstaat der Kommission die Nachprüfung vor Ort.

In Negativentscheidungen über rechtswidrige Beihilfen entscheidet die Kommission, dass der betreffende Mitgliedsstaat alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen hat, um die Beihilfe vom Empfänger zurückzufordern.

Parameter (zur Berechnung, Überwachung und etwaigen Änderungen der Ausgleichszahlungen)

Diese Anforderung an die Betrauung bedeutet, dass bereits vorab im Sinne einer Budgetierung festzulegen ist, für welche Daseinsvorsorge-Verpflichtungen ein Kostenausgleich auf der Grundlage welcher Parameter und in welcher Form gewährt wird. Eine ergänzende nachträgliche Verlustabdeckung für den Fall, dass die vorab kalkulierten und zur Verfügung gestellten Fördermittel nicht ausreichen, lassen die Regelungen des Pakets der Kommission vom 20.12.2011 nicht zu.

Empfehlenswert ist die Methode der *Fehlbedarfsfinanzierung*: Hiernach werden Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines Teils der Ausgaben gewährt. Gleichzeitig wird der Zuwendungsempfänger verpflichtet, einen überschüssigen Zuwendungsbetrag zurückzuerstatten.

Eine Überkompensation (vgl. auch 3. Altmark Trans-Kriterium) ist damit ausgeschlossen; gleichzeitig ist diese Methode als Ergänzung zum Kontrollsystem

nach dem Paket der Kommission vom 20.12.2011 geeignet.

Der Wirtschaftsplan - der im Rahmen der Zuwendungsgewährung einzureichen ist - enthält die Parameter, die für die Berechnung der Ausgleichszahlung notwendig sind. Er ist insofern beihilferechtlich verbindlich und abschließend. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans sind die Vorgaben des Art. 5 des Beschlusses vom 20.12.2011 (K(2011) 9406 endgültig) zur Berechnung des Kostenausgleichs anhand allgemein akzeptierter Rechnungslegungsgrundsätze zu beachten.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen (vgl. auch Art. 5 Beschluss vom 20.12.2011 (K(2011) 9406 endgültig)):

- Soweit das Unternehmen nur DAWI-Tätigkeiten erbringt, können zur Bestimmung der Ausgleichszahlung dessen Gesamtkosten herangezogen werden.
- Soweit neben DAWI-Tätigkeiten auch Leistungen auf anderen Gebieten erbracht werden, dürfen nur die den DAWI-Tätigkeiten zurechenbaren Kosten bei der Ermittlung der Ausgleichszahlung der Ausgleichszahlung herangezogen werden.
- Die der DAWI-Tätigkeit zurechenbaren Kosten umfassen sämtliche durch die Erbringung der Tätigkeit verursachten variablen Kosten, einen angemessenen Beitrag zu den sowohl dienstleistungsbezogenen als auch im Rahmen sonstiger Tätigkeit anfallenden Fixkosten und eine angemessene Rendite.
- Kosten für Investitionen, vor allem in die Infrastruktur, können berücksichtigt werden, wenn sie für das Funktionieren der DAWI-Tätigkeit erforderlich sind.
- Auf der Einnahmeseite sind sämtliche mit der DAWI-Tätigkeit erwirtschafteten Erträge zu berücksichtigen, ferner die Erträge, die mit den gewährten besonderen Rechten im Zusammenhang stehen.

- Unter der "angemessenen Rendite" ist ein angemessener Kapitalertrag unter Berücksichtigung des von dem Unternehmen aufgrund des staatlichen Eingreifens eingegangenen Risikos bzw. unter Berücksichtigung des fehlenden Risikos zu verstehen.

In der Regel darf die Rendite die in dem betreffenden Sektor in den Jahren zuvor erzielte durchschnittliche Rendite nicht übersteigen.

- Wenn die DAWI-Tätigkeiten nur einen Teil eines Unternehmens ausmachen, müssen die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI- und Nicht-DAWI-Tätigkeiten in den Büchern getrennt ausgewiesen werden. Ferner sind die Parameter der Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben anzugeben.

Rechtsfolgen

Rechtsfolgen von Beihilferechtsverstößen sind zum einen die Rückgewährpflicht, d.h. die Beihilfe muss vom Beihilfeempfänger zurückgezahlt werden und die beihilfegewährende Behörde wird zur Rückforderung verpflichtet (Verordnung (EG) 659/1999). Die Verjährungsfrist beläuft sich dabei auf zehn Jahre ab Beihilfegewährung. Zum anderen wird nach der BGH-Rechtsprechung das beihilferechtswidrige Geschäft nach § 134 BGB nichtig. Folgende Konsequenzen können sich daraus ergeben:

- Der Beihilfeempfänger wird insolvent.
- Schadensersatzansprüche von Mitbewerbern aus UMG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) werden geltend gemacht.
- Mitbewerber haben ein Klagerecht auf Feststellung (siehe BVerwGE v. 16.12.2010, Az.: 3 C 44.09).
- Organe des Beihilfeempfängers haften gemäß § 43 Abs. 2 GmbHG (Geschäftsführer) bzw. §§ 93 (Vorstand), 116 AktG (Aufsichtsrat) persönlich. Dazu wird auf S. 24 der Anwendungsbeihilfe zum Beihilferecht der VKU verwiesen. Dort wird dem Organ des Beihilfeempfängers bei Zweifel bzgl. der beihilfe-

rechtlichen Vereinbarkeit einer Maßnahme geraten wird, sich von der Kommune anweisen zu lassen, die fragliche Maßnahme durchzuführen, sodass ihm zumindest in persönlicher Hinsicht ein möglicher Beihilferechtsverstoß nicht vorgeworfen werden kann. Die Haftung der Gesellschafter richtet sich nach der Rechtsform der Gesellschaft. Beispielsweise haften die Gesellschafter einer GmbH für Verbindlichkeiten der Gesellschaft grundsätzlich nicht persönlich, sondern den Gläubigern der Gesellschaft haftet nur das Gesellschaftsvermögen (vgl. § 13 Abs. 2 GmbHG).

- Im Rahmen der Ahndung des Beihilferechtsverstößes durch die EU-Kommission werden Bußgelder verhängt.
- Wirtschaftliche Konsequenzen: Im Rahmen der Rückforderung europarechtswidrig gewährter Beihilfen sind die Vorschriften des deutschen Kapitalerhaltungs- und Insolvenzrechts zu beachten, soweit hierdurch nicht der Zielsetzung des Beihilfenverbots zuwider gehandelt wird. Ist der Beihilfeempfänger aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Rückforderung einer Beihilfe verpflichtet, ist diese Rückforderung eine einfache Insolvenzforderung im Rang des § 38 InsO; dem Umstand, dass sie den Regeln über eigenkapitalersetzende Darlehen unterliegt, kommt keine Bedeutung zu.

Rückstellungen wegen unrechtmäßiger Beihilfengewährung

Wird einem betrauten Unternehmen mehr an DAWI-Kostenausgleich gewährt, als nach den Parametern der Betrauung zulässig ist („Überkompensation“) muss der überschießende Betrag von dem Unternehmen - dem Grundsatz nach zwingend - zurückgewährt werden. Hiervon kann unter bestimmten Umständen abgesehen werden, sofern die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10% überschreitet und die Betrauung eine entsprechende Regelung enthält. In diesem Fall kann die Überkompensation auf

den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden (siehe Überkompensationskontrolle, Dreijahresbetrachtung).

Da der Überkompensationsbetrag zu einer Forderung führt, die sich gegen das Unternehmen richtet, muss diese möglicherweise in der Bilanz zur Ausweisung einer Rückstellung führen. Rückstellungen sind im Rechnungswesen Passivpositionen in der Bilanz, die dem Grunde und der Höhe nach ungewiss sind, jedoch mit hinreichend großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Den Umgang mit beihilferechtlichen Risiken in der Jahresabschlussprüfung regelt IDW Prüfungsstandard (PS) 700 (Prüfung von Beihilfen nach Artikel 107 AEUV, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen).

Soll-Ausgleich

Unter Soll-Ausgleich ist der Geldbetrag zu verstehen, der von einem Beihilfengeber (einer mittelgewährenden Stelle) als Ausgleichsleistung für ein betrautes Unternehmen vorgesehen ist, weil es gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen übernimmt. Die Festlegung erfolgt in der Regel zusammen mit der Aufstellung des Wirtschaftsplans und ergibt sich aus der Zusammenschau von (geplanten) Aufwendungen und Erträgen aus den betrauten Tätigkeiten. Bei einem Unternehmen, das nur betraute Tätigkeiten ausführt, entspricht der Soll-Ausgleich in der Regel dem nach dem Wirtschaftsplan erwarteten (negativen) Ergebnis des Unternehmens, das noch durch einen (fiktiven) Gewinnzuschlag erhöht werden darf.

Spezialregelungen Verkehrsbereich

Das Beihilfeverbot gilt mangels näherer Eingrenzung in Art. 107 Abs. 1 AEUV umfassend und damit für alle Unternehmen und Produktionszweige, welche durch die Begünstigung Einzelner von ihnen einen Nachteil erleiden können. Eine Ausnahme besteht dann, wenn Sondervorschriften bestehen, welche das allgemeine Beihilfenverbot verdrängen bzw. überlagern. Für den Verkehrsbereich enthält

das Verkehrskapitel (Art. 90-100 AEUV) umfassende Spezialregelungen. Dem allgemeinen Verkehrstitel unterliegen allerdings gemäß Art. 100 Abs. 1 AEUV nur die Beförderung im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffverkehrsverkehr. Für den Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffverkehrsverkehr greift die Sonderregelung des Art. 93 AEUV. Danach sind Beihilfen gemeinschaftsrechtskonform, die den Erfordernissen der Koordinierung des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen. Im Verkehrsbereich kann die Legitimation einer tatbestandsmäßigen Beihilfe nicht mittels eines Betrauungsaktes, sondern mittels eines öffentlichen Dienstauftrages erreicht werden. Die VO (EG) Nr. 1370/2007 regelt abschließend, in welcher Weise zuständige Behörden in den Nahverkehrsmarkt eingreifen dürfen.

Trennungsrechnung

Um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten einem Unternehmen nur die der Daseinsvorsorge-Aufgabe zurechenbaren Kosten ausgleichen, müssen sich diese zweifelsfrei identifizieren lassen. Das bedeutet, dass Beihilfeempfänger, die neben dem geförderten Angebot auch wirtschaftlich tätig sind, eine Trennungsrechnung durchführen müssen. Dabei sind die Kosten und Einnahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit separat von den Kosten und Einnahmen der geförderten Tätigkeit zu erfassen und auszuweisen. Es sind daher getrennte Konten zu führen. Dies dient dem Nachweis des Beihilfeempfängers, dass keine verbotene Quersubventionierung der kommerziell-wettbewerblichen Tätigkeit durch die Beihilfe stattfindet.

Überkompensationskontrolle

Mit Überkompensationskontrolle bezeichnet man die Gesamtheit der Maßnahmen, die dazu dienen, dass ein betrautes Unternehmen nicht mehr an Ausgleichsleistungen erhält als dies die jeweilige Betrauung nach beihilfenrechtlichen Vorgaben erlaubt. Sie dient dem Beihilfengeber dazu, die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses dau-

erhaft einzuhalten und auf diese Weise von beihilfenrechtlichen Notifizierungspflicht entbunden zu bleiben. In der Betrauung ist darauf einzugehen, wie sichergestellt wird, dass dem Unternehmen nicht mehr öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, als ihm nach dieser Methodik gebühren („Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen“). Dabei besteht – sofern die Betrauung das entsprechend regelt - die Möglichkeit, weitergehend noch zu prüfen, ob die der vorgesehene Ausgleich erheblich überschritten wurde. Übersteigt die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10%, so kann sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden (Art. 6 Nr. 2 des Freistellungsbeschlusses; Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 29.04.2013, SWD(2013) 53 final/2, S.78, Nr. 141; Mitteilung der Kommission 2012/C 8/02, Art. 6).

Wirtschaftsplan

Man unterscheidet zwischen Wirtschaftsplänen privater Haushalte oder Unternehmen und Wirtschaftsplänen öffentlicher Haushalte. Ein Wirtschaftsplan privater Haushalte oder Unternehmen ist ein am Beginn einer Wirtschaftsperiode von dem einzelnen Wirtschaftssubjekt aufgestellter Plan über die in dieser Periode beabsichtigte Konsumption bzw. Produktion und deren Finanzierung. Ein Wirtschaftsplan öffentlicher Haushalte ist ein spezielles Instrument öffentlicher Unternehmen in einer öffentlich-rechtlichen Rechtsform und tritt an die Stelle des Haushaltsplans. Er gliedert sich in einen Erfolgs- und einen Finanzplan. Im Rahmen des Erfolgsplans werden alle voraussehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres ausgewiesen; die Erfassung hat sich mindestens an der GuV bzw. der Jahreserfolgsrechnung zu orientieren. Im Rahmen des Finanzplans müssen die voraussichtlich vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben sowie die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthalten sein; die Ausgaben sind hierbei übertragbar.

Links zu Internetfundstellen:

Bundesgesetze:

<http://www.gesetze-im-internet.de/>

Bundesgesetzblatt I und II:

<https://www.bgbl.de/>

Bundesanzeiger:

<https://www.bundesanzeiger.de/>

Verwaltungsvorschriften des Bundes:

<http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/erlassstellen.html>

Kommunalrechtliche Vorschriften und Landesrecht Hessen:

<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe>

Staatsanzeiger Hessen:

<https://www.staatsanzeiger-hessen.de/>

Stadt Frankfurt am Main:

<http://www.frankfurt.de>

Dezernat VI - Finanzen, Beteiligungen und Personal

<https://frankfurt.de/service-und-rathaus/stadtpolitik/magistrat/dezernate/dezernat-vi---stadtkaemmerer-finanzen-beteiligungen-und-personal>

Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main:

<https://beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de/>

Deutscher Städtetag:

<http://www.staedtetag.de/>

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt):

www.kgst.de

1. Übersicht über die direkten Beteiligungen unter 20 %

1. DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern	351
2. House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH	357
3. Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	361
4. Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH	365
5. Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH	369
6. Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	373
7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	376
8. RMA Rhein-Main Abfall GmbH	382
9. Genossenschaften	387

1. DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern

Anschrift: Gunzenbachstr. 35 76530 Baden-Baden	Telefon: 07221 214-0	E-Mail/Internet: info@blutspende.de www.blutspende.de
---	--------------------------------	---

Gründung: 26.01.1956	Unternehmensgegenstand: Sammlung, Aufbereitung (Konservierung) und Verteilung von menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen Blutes sowie deren Anwendung am Menschen und Abgabe an Krankenanstalten und anderer öffentlicher und privater Einrichtungen der Gesundheitspflege für Heilzwecke sowie alle damit verbundenen ärztlichen und transfusionsmedizinischen Dienstleistungen im Rahmen des Zweckbetriebs; Werbung freiwilliger, unbezahlter Blutspender sowie Mitwirkung bei der Vermittlung von Stammzellenspendern; Mitwirkung am Katastrophenschutz durch Versorgung mit menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen Blutes; Betrieb eines Institutes für Transfusionsmedizin und Immunhämatologie. Erbringung von ärztlichen Leistungen im Bereich der Labormedizin und Transfusionsmedizin (z. B. durch MVZ) im Rahmen der Sicherung der Blutversorgung und des Transplantationswesens im Sinne des DRK-Blutspendewesens.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V.	44.146.828 € = 38,39 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hessen e.V.	22.213.424 € = 19,32 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Badisches Rotes Kreuz e.V.	18.920.048 € = 16,45 %
Stadt Frankfurt am Main	8.885.496 € = 7,73 %
Gesundheit Nordhessen Holding AG	8.885.496 € = 7,73 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Sachsen e.V.	5.687.013 € = 4,95 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Brandenburg e.V.	3.305.463 € = 2,87 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Schleswig-Holstein e.V.	2.838.432 € = 2,47 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hamburg e.V.	117.800 € = 0,10 %
	115.000.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Peter Mein
Herr Dipl.-Wirtsch.-Ing. Wolfgang Rüstig
Herr Prof. Dr. med. Erhard Seifried

Aufsichtsrat:	12 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Barbara Bosch
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Stefan Majer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Thomas Börner (AN)
	Herr Jochen Glaeser
	Herr Holger Löser
	Frau Sieglinde Ristau-Müller-Nestler (AN)
	Herr Werner Ritzinger (AN)
	Herr Volker Rump (AN)
	Herr BM a.D. Norbert Södler
	Herr Axel Strunk
	Herr André Urmann (AN)
	Herr Knut Werner (AN)

Frauenquote:	Frauenquote:	Zielgröße hierfür:
(bezogen auf städtische Mandate)	(bezogen auf AR gesamt)	(nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
0,00 %	16,67 %	16,67 %

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Klinik Dr. Becker gGmbH	500.000 € = 100,00 %
Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gGmbH, Ulm	26.000 € = 100,00 %
DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH, Dresden	46.921.568 € = 99,83 %
Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immungenetik Ulm gGmbH	2.253.000 € = 75,10 %
Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH	1.126.500 € = 75,10 %
Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH	187.750 € = 75,10 %

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 geht die Geschäftsleitung für den DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern (DRK BSD) von Umsatzerlösen auf Vorjahresniveau aus. Die höheren Personalkosten und steigenden Abschreibungen führen zu einem stark zurückgehenden Ergebnis. Versorgungsengpässe in der internationalen Warenlogistik und der Ukrainekrieg schlagen sich insbesondere im Bereich der Energiekosten nieder. Die zunehmende allgemeine Unsicherheit in der Wirtschaft ist bei den Finanzanlagen mit deutlichen Kursschwankungen verbunden. Auch die deutlich angestiegene Inflation lässt eine Zinswende an den Finanzmärkten in naher Zukunft erwarten und dies kann ebenfalls zu erheblichen Schwankungen an den Finanzmärkten führen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft nimmt wichtige Versorgungsaufgaben auf dem Gebiet der Transfusionsmedizin wahr. Sie versorgt Kliniken und Krankenhäuser sowie niedergelassene Fachärzt:innen in Baden-Württemberg und Hessen und als Konzern auch in den übrigen Bundesländern, in denen die Tochtergesellschaften aktiv sind, mit Blut- und Blutbestandteilkonserven. Dank der positiven Einstellung von weiten Teilen der Bevölkerung zur Blutspende und der ehrenamtlichen DRK-Mitglieder ist die Versorgung der Patienten und Patientinnen mit lebensnotwendigen Blut- und Plasmabestandteilen trotz der durch die Corona-Pandemie erschwerten Rahmenbedingungen gelungen. Im Berichtsjahr haben die Kunden des DRK BSD teilweise Operationen nachholen können, welche einen erhöhten Konservenbedarf ausgelöst haben, die der DRK BSD im Rahmen seiner Aufgabe erfüllen konnte. Weiterhin

konnten zusätzliche Aufträge von behördlichen Institutionen hinsichtlich der Corona-Pandemie Infektionsfällen bearbeitet werden, womit die Gesellschaft einen Beitrag zur Eindämmung der Corona-Pandemie leisten konnte.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme stieg um 8,3 % auf 328,04 Mio. €. Im Wesentlichen haben sich dabei auf der Aktivseite die sonstigen Wertpapiere und Finanzanlagen erhöht, während der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten gegenläufig gesunken sind. Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital um 9,60 Mio. € durch die Einstellung vom Jahresergebnis in die Gewinnrücklagen. Die Eigenkapitalquote betrug 59,5 % (Vj. 61,2 %) und ist wegen des stärkeren Bilanzsummenwachstums um -1,7 %-Punkte zurückgegangen. Der Anstieg der Verbindlichkeiten ist im Wesentlichen auf höhere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit dem Cash-Pooling zurückzuführen.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2021 Investitionen in Sachanlagen, wie Gebäude und Anlagen im Bau (z. B. Fahrzeuge) sowie in IT-Software und Laboranlagen in Höhe von 7,67 Mio. € getätigt. Die Wertpapiere des Umlaufvermögens erhöhten sich um 32,92 Mio. € und beinhalten Fonds, die im Rahmen von Wertsicherungskonzepten gesteuert werden. Für Forschung und Entwicklung sind 4,83 Mio. € angefallen, denen Erlöse von 1,36 Mio. € gegenüberstanden. Die für den Geschäftsbetrieb erforderlichen Finanzmittel standen ohne Beanspruchung von Fremdmitteln jederzeit zur Verfügung. Die Liquidität war gesichert, sodass Investitionstätigkeiten aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Im Geschäftsjahr 2021 ist der Cashflow (Jahresüberschuss zuzüglich Abschrei-

bungen) im Vergleich zum Vorjahr um 1,89 Mio. € gestiegen.

Zur Erfolgslage

Im Berichtszeitraum wurde ein Jahresüberschuss von 9,60 Mio. € erzielt, der um 1,11 Mio. € über dem Vorjahr liegt und auch über dem geplanten Ergebnis. Der Jahresüberschuss 2021 wurde zuzüglich des vorhandenen Gewinnvortrags größtenteils in die Gewinnrücklagen eingestellt, so dass nur ein Bilanzergebnis von 1 T€ ausgewiesen wird.

Die Gesamtleistung der Gesellschaft ist im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 9,3 % gestiegen. Die für das Jahr 2021 getroffenen Planumsätze konnten mit den stark gestiegenen Präparateumsätzen und den erneut gestiegenen Laborleistungen deutlich überschritten werden. Die Umsatzerlöse setzen sich zusammen aus: Blutpräparate und Blutnebenleistungen mit 125,12 Mio. € (Vj. 109,46 Mio. €), Laborleistungen 27,24 Mio. € (Vj. 26,29 Mio. €) und sonstige Umsätze mit 13,82 Mio. € (Vj. 16,26 Mio. €). Die Kostensteigerungen bei den Material-, Personalkosten sowie Abschreibungen war unterproportional zur Umsatzsteigerung. Der Anstieg bei den sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Wesentlichen auf höhere periodenfremde Erträge (Auflösung von Rückstellungen und Einzelwertberichtigung) und Aufwendungen (Nachzahlung an AOK Hessen) zurückzuführen.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der Konzernabschluss bezieht neben der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH auch folgende Unternehmen mit ein: DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gemeinnützige GmbH, Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immungenetik Ulm gemeinnützige GmbH, Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gemeinnützige GmbH, Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gemeinnützige GmbH, Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gemeinnützige GmbH (ZKRD) sowie als assoziiertes Unternehmen die ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zell-

therapie Berlin gemeinnützige GmbH, die eine Beteiligung des DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gemeinnützige GmbH ist. In 2021 sind neu hinzugekommen, die Klinik Dr. Becker GmbH, Bad Krotzingen (nachfolgend Klinik), die eine 100 % Tochtergesellschaft des DRK Blutspendedienstes Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH ist. Die Klinik wiederum hält jeweils 100 % der Anteile an der Medizinisches Versorgungszentrum DRK Blutspendedienst Ulm gemeinnützige GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum DRK Blutspendedienst Frankfurt gemeinnützige GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Dr. Becker GmbH, Bad Krotzingen. Alle Gesellschaften haben in 2021 ein positives Jahresergebnis erzielt.

Die Umsatzerlöse des Konzerns sind im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 8,4 % gestiegen; neben den Gründen wie beim Einzelabschluss ist auch der Kauf der Klinik Dr. Becker dafür verantwortlich. Beim ZKRD hingegen sind die Vermittlungsleistungen leicht zurückgegangen.

Der Materialaufwand ist um 5,8 %, die Abschreibungen um 16,7 % und der Personalaufwand um 7,0 % gestiegen. Der Personalkostenanstieg ist auf die Tarifsteigerung, den zusätzlichen Personalaufbau zur Bewältigung der Corona Untersuchungen und das zusätzlichen Klinikpersonal zurückzuführen. Die durchschnittliche Mitarbeitendenzahl im Konzern hat sich um 249 auf 2.500 erhöht. Hierin enthalten sind gestellte Mitarbeitende der Universität Tübingen und des Universitätsklinikums Heidelberg von insgesamt 46. Höhere periodenfremde Effekte und der Klinikerwerb sind im Wesentlichen für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen verantwortlich. Von dem Konzernjahresüberschuss (exklusive Anteile Minderheiten am Jahresergebnis) von 16,15 Mio. € (+28,6 %) zuzüglich Gewinnvortrag von 7,67 Mio. € wurden 16,54 Mio. € in die Gewinnrücklage eingestellt und daraus resultierte ein Bilanzgewinn von 7,28 Mio. €. Die Planerwartungen (Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau bei leicht rückgängigem Ergebnis) konnten übertroffen werden. Die Geschäftsführung war mit dem Geschäftsverlauf in einem sehr schwierigen Umfeld sehr zufrieden.

Die Konzernbilanzsumme ist um 7,1 % auf 397,18 Mio. € angestiegen. Es gelten im Wesentlichen die Aussagen wie beim Einzelabschluss zu den Veränderungen der Aktiva und Passiva. Daneben stiegen die Immateriellen Vermögensgegenstände, da aus dem Kauf der Klinik Dr. Becker ein Geschäfts- und Firmenwert entstand, der über fünf Jahre abgeschrieben wird.

Die liquiden Mittel reduzierten sich im Wesentlichen aufgrund der gegenläufigen Erhöhung der Wertpapiere des Umlaufvermögens. Die Eigenkapitalquote ist dieses Jahr von 75,3 % auf 74,5 % zurückgegangen. Der Konzernjahresüberschuss dient ausschließlich zur Finanzierung von Investitionsvorhaben, die zur Sicherung künftiger Aufgaben sowie den ständig steigenden Anforderungen an Qualität und Sicherheit der Blutpräparate und der damit verbundenen Labordiagnostik notwendig sind. Investitionen ins Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände wurden im Umfang von 16,20 Mio. € getätigt. Die erforderlichen Finanzmittel für die Investitionen und den Geschäftsbetrieb wurden ohne Aufnahme von zusätzlichen Fremdmitteln bewältigt. Für Forschung und Entwicklung sind im Jahr 2021 Kosten in Höhe von 7,63 Mio. € angefallen, welchen Erlöse in Höhe von 2,19 Mio. € gegenüberstanden. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen für Forschung und Entwicklung für Therapeutika (z. B. Stammzellen) und für die Weiterentwicklung der Qualitätssicherung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und des Wohlfahrtswesens sowie der Wissenschaft, Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Transfusionsmedizin und verwandten Gebieten. Bei der DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gGmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	128.057	119.789	8.268	6,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	181	420	-239	-56,9
Sachanlagen	63.404	62.699	705	1,1
Finanzanlagen	64.472	56.670	7.802	13,8
Umlaufvermögen	199.437	182.817	16.620	9,1
Vorräte	14.137	13.340	797	6,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.634	20.090	-455	-2,3
Wertpapiere	146.055	113.128	32.927	29,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	19.610	36.260	-16.650	-45,9
Rechnungsabgrenzungsposten	547	197	350	177,4
Bilanzsumme	328.041	302.804	25.237	8,3
PASSIVA				
Eigenkapital	195.063	185.461	9.602	5,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	115.000	115.000	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	80.062	70.452	9.610	13,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1	9	-8	-90,2
Rückstellungen	17.747	17.492	254	1,5
Verbindlichkeiten	112.331	98.238	14.093	14,3
Rechnungsabgrenzungsposten	2.900	1.612	1.288	79,9
Bilanzsumme	328.041	302.804	25.237	8,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	166.184	152.014	14.170	9,3
Bestandsänderung UE / FE	1.144	1.105	39	3,5
Gesamtleistung	167.327	153.119	14.209	9,3
sonstige betriebliche Erträge	2.566	1.955	611	31,3
Materialaufwand	-50.074	-45.060	-5.014	11,1
Personalaufwand	-65.830	-61.987	-3.844	6,2
Abschreibungen	-7.104	-6.315	-788	12,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-36.779	-33.086	-3.692	11,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	10.108	8.625	1.483	17,2
Finanzergebnis	62	159	-97	-60,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	10.170	8.784	1.386	15,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-568	-288	-280	97,1
Ergebnis nach Steuern	9.602	8.496	1.106	13,0
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	9.602	8.496	1.106	13,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	9.602	8.496	1.106	13,0
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	9	3	6	224,3
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-9.610	-8.490	-1.120	13,2
Bilanzergebnis	1	9	-8	-90,2
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	1.141	1.080	61	5,6

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	163.319	155.025	8.294	5,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.805	916	3.889	424,5
Sachanlagen	109.235	105.383	3.852	3,7
Finanzanlagen	49.279	48.726	553	1,1
Umlaufvermögen	232.139	213.896	18.243	8,5
Vorräte	26.413	25.293	1.121	4,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.483	38.385	97	0,3
Wertpapiere	146.055	113.128	32.927	29,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	21.188	37.090	-15.902	-42,9
Rechnungsabgrenzungsposten	772	467	305	65,2
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	953	1.426	-473	-33,2
Bilanzsumme	397.183	370.814	26.369	7,1
PASSIVA				
Eigenkapital	295.990	279.300	16.691	6,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	115.000	115.000	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	169.679	153.143	16.536	10,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	7.284	7.674	-389	-5,1
Anteile anderer Gesellschafter	4.027	3.483	544	15,6
Rückstellungen	67.798	62.245	5.554	8,9
Verbindlichkeiten	30.115	27.639	2.476	9,0
Rechnungsabgrenzungsposten	3.279	1.631	1.648	101,1
Bilanzsumme	397.183	370.814	26.369	7,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	336.212	310.202	26.011	8,4
Bestandsveränderung UE / FE	1.453	2.100	-647	-30,8
Gesamtleistung	337.665	312.301	25.364	8,1
sonstige betriebliche Erträge	5.969	2.920	3.049	104,4
Materialaufwand	-119.810	-113.254	-6.556	5,8
Personalaufwand	-129.319	-120.834	-8.485	7,0
Abschreibungen	-13.914	-11.922	-1.992	16,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-61.995	-55.063	-6.932	12,6
Betriebsergebnis	18.597	14.148	4.448	31,4
Finanzergebnis	-507	-161	-346	215,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	18.090	13.988	4.102	29,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.399	-759	-640	84,4
Ergebnis nach Steuern	16.691	13.229	3.462	26,2
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	16.691	13.228	3.462	26,2
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-544	-669	125	-18,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	16.147	12.559	3.587	28,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	7.674	7.285	389	5,3
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-16.536	-12.170	-4.366	35,9
Bilanzergebnis	7.284	7.674	-389	-5,1
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	2.500	2.251	249	11,1

2. House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH

Anschrift: Bessie-Coleman-Str. 7, Gateway Gardens 60549 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/24 00 70 - 0	E-Mail/Internet: info@frankfurt-holm.de www.frankfurt-holm.de
Gründung: 29.06.2010	Unternehmensgegenstand: Unterstützung der Entwicklung der Logistik und Mobilitätswirtschaft, die Förderung und Erhaltung von vorhandenen Logistik- und Mobilitätspotentialen, die Verfügbarmachung von Räumen für Hochschulen und Unternehmen für die Zwecke von Lehre, Forschung, Transfer und Weiterbildung im Bereich Logistik und Mobilität durch den Aufbau und Betrieb eines interdisziplinären Forschungs- und Entwicklungs- sowie Bildungs- und Wissenstransferzentrums für Logistik und Mobilität.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Land Hessen	173.000 € =	86,50 %
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € =	12,50 %
HOLM (House of Logistics and Mobility) e. V.	2.000 € =	1,00 %
	200.000 € =	100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Kadow		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Staatssekr Jens Deutschendorf	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Stefan Majer Frau StRin Stephanie Wüst	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Staatssekrin Ayse Asar Herr Prof. Knut Ringat Herr Staatssekr Dr. Martin Worms	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		

A. Ausblick 2022

Für die zu erwartende Entwicklung wird die Corona-Pandemie in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 2022 weiterhin eine Rolle spielen. Ebenso ist mit (mittelbaren) Auswirkungen durch den Krieg in der Ukraine, insbesondere im Hinblick auf steigende (insbesondere Energie-) Kosten, zu kalkulieren. Die Ausfälle der Gesellschaft sollen nach jetzigem Stand durch die Fehlbedarfsfinanzierung abgedeckt werden. Gemäß Wirtschaftsplan 2022 wird für das Geschäftsjahr 2022 mit einem Fehlbedarf in Höhe von rund 3 Mio. € gerechnet. Es wird davon ausgegangen, dass dieser nicht überschritten wird. Eine abschließende Beurteilung der aus der Corona-Pandemie weiterhin bestehenden sowie durch den Krieg in der Ukraine gegebenenfalls hinzukommenden, resultierenden Risiken sowie deren Quantifizierung für das Geschäftsjahr 2022 ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Auf Basis des Geschäftsmodells der Gesellschaft (Erbringung von Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse) und vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wird die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft insgesamt als gut bewertet.

Risiken liegen insbesondere in der Langfristigkeit der Auswirkungen der Pandemie begründet. Kurzfristig besteht weiterhin das Risiko einer schwachen Auslastung des Veranstaltungsmanagements aufgrund der Corona-Pandemie. Aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie heraus und durch geplante gesetzliche Vorgaben besteht weiterhin das mittel- bis langfristige Risiko einer Veränderung der Kundenbedürfnisse in der Vermietung. Grundsätzlich zeichnet sich (über das HOLM hinaus) die steigende Einführung und Beibehaltung von Homeoffice-Regelungen und damit das Risiko eines Rückgangs an Flächennachfrage allgemein ab. Dieser Entwick-

lung gilt es weiterhin mit einem breiten Service- und Vernetzungsangebot entgegenzutreten. Weitergehend besteht die Chance, das HOLM mit hybriden Formaten, unter Einbeziehung digitaler Instrumente wie der Innovationsplattform „Innoversum“ oder dem „Trendradar“, in neu entstehenden Feldern zu etablieren. Eine weitere Entwicklung, die es zu verfolgen gilt, ist das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) geplante „Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft (DZM)“. Nach aktueller Kenntnis stellt dieses sowohl eine Chance, wie auch ein Risiko für das HOLM dar. So weist das DZM inhaltliche und strukturelle Parallelen auf, welche Kooperationsmöglichkeiten eröffnen.

Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wird aufgrund der Finanzierungszusage des Landes Hessen in 2022 weiterhin sichergestellt sein. Die Verpflichtung zur Zahlung der Annuitäten aus der Finanzierung des Kaufs der „HOLM-Immobilie“ ist durch eine Garantieerklärung des Landes Hessen abgesichert.

Eine neue Finanzierungsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern wurde mit Datum vom 25.06.2021 abgeschlossen und beinhaltet eine Fortführung des finanziellen Engagements der Stadt Frankfurt am Main.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Ziel der Gesellschaft ist es, den Wirtschaftsstandort Hessen als Innovationstreiber für Logistik und Mobilität zu unterstützen und mittels Öffentlichkeitsarbeit nationale wie internationale Sichtbarkeit für die Standortattraktivität zu generieren.

Die HOLM GmbH stützt ihre Leistungen dabei auf drei Säulen, welche miteinander verzahnt ein Gesamtkonstrukt zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks und der Betrauungen ergeben. Bei diesen drei Säulen handelt es sich um die „Vermietungs- und Gebäudeverwaltung“, das „Veranstaltungsmanagement“ sowie das „Innovations- und Netzwerkmanagement“.

Das Geschäftsjahr 2021 war wie das Vorjahr durch die Corona-Pandemie gekennzeichnet.

Obwohl das Bruttoinlandsprodukt um 2,7 % gestiegen ist, mussten einige Bereiche der (insbesondere

kontaktintensiven) Dienstleistungen pandemiebedingt zu Beginn und auch wieder gegen Ende des Jahres schmerzhaft Einschränkungen ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten verkraften.

Der Geschäftsverlauf in 2021 war in großen Teilen maßgeblich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geprägt. Das operative Geschäft verlief abhängig von den über das Jahr unterschiedlich ausgeprägten Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen (insbesondere zu Beginn und gegen Ende des Jahres). So verringerte sich die physische Präsenz im HOLM phasenweise deutlich auf ein Minimum. Mieter:innen verlagerten ihre Arbeit erkennbar ins Homeoffice, soweit nicht vom Instrument der Kurzarbeit Gebrauch gemacht wurde. Das Veranstaltungsmanagement kam parallel zu den Phasen der Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen nahezu vollständig zum Erliegen. Ferner wurde auch die klassische Vernetzung im "Innovations- und Netzwerkmanagement" zeitweise dadurch, dass branchenübergreifend viele Termine und Vernetzungsveranstaltungen verschoben oder abgesagt wurden, stark eingeschränkt. Cluster-, Premium- und Projektpartner:innen waren wie im Vorjahr noch stark auf die Konsolidierung des eigenen Geschäfts fokussiert und somit für Vernetzungsaktivitäten nicht oder nur in geringem Maße zu gewinnen. Dadurch blieb auch die (insbesondere mehrjährige) Verlängerung sowie der Neuabschluss von Cluster- und Premiumpartnerverträgen deutlich eingeschränkt. Die Umsetzung des HOLM-Auftrages war durch die Lage mithin, zumindest in physischer Hinsicht, nur eingeschränkt möglich. Einen wirtschaftlichen Anker für die Gesellschaft bildete jedoch die durchschnittliche Infrastrukturauslastung, welche, auf Basis des Wirtschaftsplans 2021 und bezogen auf die maximal vermietbaren Flächen, bei über 95 % lag.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beträgt 74,01 Mio. € (Vj. 76,27 Mio. €). Der Rückgang der Bilanzsumme in Höhe von 2,26 Mio. € begründet sich auf der Aktivseite im Wesentlichen durch die Abnahme bei „Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden

Grundstücken“ in Höhe von 2,09 Mio. € auf 71,11 Mio. € (Vj. 73,20 Mio. €).

Der Rückgang der Bilanzsumme erklärt sich auf der Passivseite im Wesentlichen aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten von 73,46 Mio. € auf 71,69 Mio. € sowie aus dem von 2,30 Mio. € auf 1,82 Mio. € geminderten Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote liegt im Berichtsjahr bei 2,5 %.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres in Höhe von -2,76 Mio. € hat sich zum Vorjahr zwar um 439 T€ erhöht, liegt jedoch deutlich unter der für das Geschäftsjahr durch den Aufsichtsrat beschlossenen Wirtschafts- und Finanzplanung (geplanter Jahresfehlbetrag -3,27 Mio. €). Die Ertragsseite ist weiterhin durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen geprägt, was sich wie bereits im Vorjahr insbesondere auf Events mit einem auf 223 T€ reduzierten Umsatz (Vj. 270 T€) auswirkt. Die Erlöse „Premiumpartner und Leistungen aus Kooperationsverträgen“ in Höhe von 1,28 Mio. € liegen unter dem Vorjahreswert (1,49 Mio. €). Auch hier zeigen sich die Auswirkungen der Pandemie, welche seitens der Unternehmen zu einer deutlichen Zurückhaltung beim Abschluss neuer sowie der Verlängerung von bestehenden Premiumpartnerschaften führte. Die Aufwandsseite mit 8,52 Mio. € (Vj. 8,38 Mio. €) konnte durch gezielte Einsparungen auch in 2021 deutlich unter der Planung gehalten werden. Der gegenüber dem Vorjahr um 124 T€ erhöhte Materialaufwand resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg von Betriebs- und Instandhaltungs- sowie Fremdleistungskosten rund um die HOLM Immobilie.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage abzudecken.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Stadt Frankfurt am Main hat sich für den Zeitraum 2021 bis 2025 für die Zahlung eines jährlichen Zuschusses von bis zu 200 T€ verpflichtet. Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft von der Stadt Frankfurt am Main eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage von 196 T€ erhalten.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Aufsichtsräte erhalten keine Bezüge.

Ein Ausweis der Bezüge der Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	71.617	73.698	-2.081	-2,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	50	66	-15	-23,5
Sachanlagen	71.567	73.632	-2.066	-2,8
Umlaufvermögen	2.334	2.462	-127	-5,2
Vorräte	589	540	49	9,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	333	385	-52	-13,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.413	1.537	-124	-8,1
Rechnungsabgrenzungsposten	59	107	-48	-45,0
Bilanzsumme	74.010	76.267	-2.256	-3,0
PASSIVA				
Eigenkapital	1.824	2.297	-474	-20,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Kapitalrücklage	4.383	26.975	-22.591	-83,7
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	-22.557	22.557	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.760	-2.321	-439	18,9
Rückstellungen	108	97	11	11,3
Verbindlichkeiten	71.694	73.459	-1.764	-2,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	70.815	72.506	-1.691	-2,3
Rechnungsabgrenzungsposten	384	414	-29	-7,1
Bilanzsumme	74.010	76.267	-2.256	-3,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.571	5.882	-311	-5,3
Bestandsänderung UE / FE	49	54	-5	-9,8
Gesamtleistung	5.619	5.936	-317	-5,3
sonstige betriebliche Erträge	138	120	18	14,6
Materialaufwand	-1.598	-1.473	-124	8,4
Personalaufwand	-2.422	-2.375	-47	2,0
Abschreibungen	-2.300	-2.274	-26	1,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-783	-813	30	-3,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.345	-879	-466	53,0
Finanzergebnis	-1.409	-1.441	33	-2,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-2.754	-2.321	-433	18,7
Ergebnis nach Steuern	-2.754	-2.321	-433	18,7
Sonstige Steuern	-6	-0	-6	2.379,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.760	-2.321	-439	18,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.760	-2.321	-439	18,9
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	39	42	-3	-7,1

3. Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH

Anschrift: Poststraße 16 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69 /25 77-17 00	E-Mail/Internet: info@krfrm.de www.krfrm.de
Gründung: 21.12.2005	Unternehmensgegenstand: Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	6.000 € =	16,93 %
Eigene Anteile	4.650 € =	13,12 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.800 € =	7,90 %
Landkreis Offenbach	2.800 € =	7,90 %
Landkreis Groß-Gerau	1.700 € =	4,80 %
Landkreis Main-Taunus	1.700 € =	4,80 %
Landkreis Hochtaunus	1.600 € =	4,51 %
Landkreis Wetterau	1.500 € =	4,23 %
Landkreis Rheingau-Taunus	1.450 € =	4,09 %
Stadt Darmstadt	1.300 € =	3,67 %
Stadt Offenbach am Main	1.100 € =	3,10 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1.000 € =	2,82 %
Stadt Hanau	800 € =	2,26 %
Stadt Aschaffenburg	600 € =	1,69 %
Stadt Rüsselsheim	550 € =	1,55 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	500 € =	1,41 %
Stadt Dreieich	400 € =	1,13 %
Stadt Maintal	350 € =	0,99 %
Stadt Bad Vilbel	300 € =	0,85 %
Stadt Langen	300 € =	0,85 %
Stadt Bingen	250 € =	0,71 %
Stadt Friedberg	250 € =	0,71 %
Stadt Friedrichsdorf	250 € =	0,71 %
Stadt Ingelheim	250 € =	0,71 %
Stadt Alzenau	200 € =	0,56 %
Stadt Büdingen	200 € =	0,56 %
Stadt Eschborn	200 € =	0,56 %
Stadt Hattersheim	200 € =	0,56 %
Stadt Seligenstadt	200 € =	0,56 %
Gemeinde Bischofsheim	150 € =	0,42 %
Markt Großostheim	150 € =	0,42 %
Stadt Eltville	150 € =	0,42 %
Stadt Erlensee	150 € =	0,42 %
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	150 € =	0,42 %
Stadt Kelsterbach	150 € =	0,42 %
Stadt Kronberg	150 € =	0,42 %
Stadt Raunheim	150 € =	0,42 %
Gemeinde Niederdorfelden	100 € =	0,28 %
Gemeinde Wölfersheim	100 € =	0,28 %
Stadt Bad Orb	100 € =	0,28 %
Stadt Geisenheim	100 € =	0,28 %
Stadt Miltenberg	100 € =	0,28 %

Stadt Ortenberg	100 € =	0,28 %
Stadt Wächtersbach	100 € =	0,28 %
Gemeinde Brachttal	50 € =	0,14 %
Gemeinde Glauburg	50 € =	0,14 %
Stadt Lorch	50 € =	0,14 %
	35.450 € =	100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Sabine von Bebenburg

Aufsichtsrat:

20 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Frau StRin Dr. Ina Hartwig

Mandatsträger der Stadt:

Frau StRin Dr. Ina Hartwig

Herr StR Dr. Bernd Heidenreich

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr BM Dirk Antkowiak

Herr Jörg Fabig

Frau StRin Irina Gerybadze-Haesen

Herr BM Dennis Grieser

Herr OB Claus Kaminsky

Herr LRat Frank Kilian

Herr Joachim Kolbe

Herr KrBg Wolfgang Kollmeier

Herr Erster Bg Rouven Kötter

Herr LRat Ulrich Krebs

Herr OB Jochen Partsch

Herr LRat Oliver Quilling

Herr LRat Klaus Peter Schellhaas

Herr OB Dr. Felix Schwenke

Herr Erster StR Karl-Heinz Spengler

Herr BM Dr. Thomas Stöhr

Herr LRat Jan Weckler

Herr LRat Thomas Will

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

50,00 %

A. Ausblick 2022

Die Herausforderungen der Corona-Pandemie erfordern weiterhin große Anpassungsleistungen der Akteure im kulturellen Bereich in Sachen digitaler Wandel. Um unter Pandemiebedingungen mit mobilem Arbeiten und digitalen Veranstaltungsformaten dauerhaft arbeitsfähig zu sein, wurden Hard- und Software angeschafft.

Um möglichst viele Menschen in der KulturRegion zu erreichen, sollen die kulturellen Bildungsangebote ausgebaut werden und um das Thema Gartenkultur und Umweltbildung erweitert werden. Im Mittelpunkt des Projektes Geist der Freiheit steht das Thema Vereine - auch hier gibt es mobile Angebote

wie Lesungen in Freibädern und Workshops mit Akteur:innen vor Ort. Auch ein Infomobil ist angedacht, das durch die Region touren kann und in dem bzw. in dessen Umfeld auch Workshops veranstaltet werden können.

Zum 01.01.2022 wurde die Stadt Michelstadt (Odenwaldkreis) neue Mitgesellschafterin der Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH (KulturRegion). Im Jahr 2022 werden Gespräche mit der Landeshauptstadt Wiesbaden über einen Beitritt zum Jahresbeginn 2023 geführt.

Der genehmigte Wirtschaftsplan 2022 geht von einem negativen Jahresergebnis von -137 T€ aus. Aufgrund der Corona-Krise und den vorstehend

beschriebenen Einschränkungen der Aktivitäten kann es zu Anpassungen an die neue Situation kommen. Dies wird ggf. mit den Aufsichtsratsvorsitzenden besprochen und bei der nächsten Gesellschafterversammlung thematisiert.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

2021 war für die KulturRegion geprägt von den Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen im Veranstaltungsbereich, die sich durch alle Projekte zogen. Corona-bedingt konnte nur ein Teil der geplanten Vorhaben im Bereich Projekte, Kulturelle Bildung und Veranstaltungen vor Ort durchgeführt werden, was zu Minderausgaben führte.

Der Fokus der Gesellschaft lag auf der kulturellen Vernetzung, die im Wesentlichen durch die Weiterführung der bestehenden vier Projekte erfolgte: „GartenRheinMain (Ins Grüne – 119 Parks und Gärten)“, „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes (Kleidung, Freiheit, Identität)“, „Route der Industriekultur Rhein-Main (Junior)“, und „Starke Stücke (Internationales Kinder- und Jugendtheaterfestival Rhein-Main)“. Daneben wurde weiterhin die Museumsbroschüre erstellt und publiziert und unter dem Motto „Sharing Heritage“ das neue Jahresprogramm „Kulturerbe Rhein-Main“ eröffnet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr (496 T€) auf 595 T€ gestiegen. Die Vermögensseite ist weiterhin durch ein hohes Umlaufvermögen, insbesondere hohe liquide Mittel (557 T€, Vj. 415 T€) geprägt. Insbesondere durch den Anstieg der flüssigen Mittel hat sich Umlaufvermögen gegenüber dem Vorjahr um 114 T€ erhöht.

Auf der Kapitalseite ist das Eigenkapital auf 545 T€ (Vj. 420 T€) gestiegen. Dies resultiert aus dem Jahresüberschuss 2021. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 91,6 % (Vj. 84,8 %).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 125 T€ (Vj. 335 T€). Die Ergebnisverminderung von 210 T€ resultiert vor allem aus ge-

sunkenen Gewinnen im ideellen Bereich, einem gestiegenen Verlust im Bereich sonstige Zweckbetriebe sowie einem gesunkenen Gewinn im Bereich sonstige Geschäftsbetriebe. Der Verlustanstieg um 186 T€ im Bereich sonstige Zweckbetriebe resultiert in Höhe von 157 T€ aus der Verminderung der periodenfremden Erträge. Infolge des Jahresüberschusses hat sich der Eigenkapitalbestand im Vergleich zum Vorjahr auf 545 T€ erhöht und gefestigt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge von 0,12 € pro Einwohner:innen und Jahr bei. Im Jahr 2021 hat die Stadt Frankfurt am Main einen Beitrag von rund 92 T€ gezahlt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	0	16	-16	-99,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	-0	-53,1
Sachanlagen	0	16	-16	-99,9
Umlaufvermögen	594	480	114	23,9
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38	65	-27	-42,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	557	415	142	34,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0,0
Bilanzsumme	595	496	99	19,9
PASSIVA				
Eigenkapital	545	420	125	29,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	35	35	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	5	5	0	0,0
Kapitalrücklage	126	126	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	265	-70	335	-475,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	125	335	-210	-62,8
Rückstellungen	13	12	1	6,5
Verbindlichkeiten	31	59	-27	-46,5
Rechnungsabgrenzungsposten	5	4	1	13,6
Bilanzsumme	595	496	99	20,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	910	894	16	1,8
Gesamtleistung	910	894	16	1,8
sonstige betriebliche Erträge	1	162	-161	-99,6
Materialaufwand	-187	-153	-34	22,2
Personalaufwand	-376	-333	-43	12,8
Abschreibungen	-25	-4	-21	504,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-199	-231	32	-14,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	125	335	-210	-62,8
Finanzergebnis	0	-0	0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	125	335	-210	-62,8
Ergebnis nach Steuern	125	335	-210	-62,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	125	335	-210	-62,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	125	335	-210	-62,8
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	12	11	1	9,1

4. Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH

Anschrift: Frankfurter Straße 76 65439 Flörsheim am Main	Telefon: 0 61 45/9 36 36 20	E-Mail/Internet: information@regionalpark-rheinmain.de www.regionalpark-rheinmain.de
---	---------------------------------------	---

Gründung: 15.07.2003	Unternehmensgegenstand: Förderung des Projekts "Regionalpark RheinMain" durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, Koordination und Steuerung der Projekte im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und die Definition von Gestaltungsstandards.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	12.500 € = 6,67 %
Land Hessen	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Groß-Gerau	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Hochtaunus	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Main-Kinzig	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Main-Taunus	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Offenbach	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Rheingau-Taunus	12.500 € = 6,67 %
Landkreis Wetterau	12.500 € = 6,67 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	12.500 € = 6,67 %
Stadt Hanau	12.500 € = 6,67 %
Stadt Offenbach am Main	12.500 € = 6,67 %
Stadt Rüsselsheim	12.500 € = 6,67 %
Stadt Wiesbaden	12.500 € = 6,67 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	12.500 € = 6,67 %
	187.500 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Kjell Schmidt
--

Aufsichtsrat:	15 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Erste KrBg Claudia Jäger
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr KrBg Hansjörg Bathke Herr MinR Matthias Bergmeier Herr LRat Michael Cyriax Herr Verb.dir. Thomas Horn Herr BM Oliver Jedynak Herr StR Andreas Kowol Herr StR Nils Kraft Herr StR Thomas Morlock Herr Erste KrBg Thorsten Schorr Frau Erste KrBg Susanne Simmler Herr KrBg Matthias Walther Herr StR Paul-Gerhard Weiß Herr LRat Thomas Will

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %

A. Ausblick 2021

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2021 noch nicht vor. Daher erfolgt eine Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres. Mit der Strategie aus Projektförderung und einer auf der Fläche präsenten Öffentlichkeitsarbeit ist der Regionalpark zu einer festen Institution in der Gestaltung und Bewerbung des Freiraums und der Landschaft im Ballungsraum Rhein-Main geworden. Finanziell steht die Gesellschaft auf festen Füßen, da es eine Zusage des Landes Hessens gibt, die entfallene Finanzierung der Fraport AG ab 2022 zu kompensieren. Die Gesellschafter sind zudem nach der Satzung verpflichtet, jährliche gesellschaftsrechtliche Zuschüsse in Höhe von 1,50 Mio. € zu leisten. Es wird eine stabile Entwicklung der Gesellschaft trotz der Pandemie für 2022 und 2023 erwartet

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2020

Allgemeines

Der Geschäftszweck der Gesellschaft ist die Förderung des Projekts Regionalpark RheinMain in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Landkreisen, dem Regionalverband und dem Land Hessen. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Im Geschäftsjahr wurden 15 Einzelprojekte (Vj. 13) mit knapp 874 T€ gefördert (Vj. 713 T€). Zu den Projekten zählen u. a. das „Projekt Regionalpark Süd-West“, welches unterstützt wurde durch die Fraport AG, „Fischerpunkt“ in Maintal, „Wasser formt Landschaft“ in Wiesbaden, „Spielpark Hochheim“, „Entree am Aussichtsturm Mainhafen Kostheim“ sowie „Hardtbergturm“ in Königstein. Daneben wurden projektübergreifende Förderungen in Höhe von 215 T€ (Vj. 204 T€) vorgenommen; dazu zählt die Öffentlichkeitsarbeit mit 44 T€.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beträgt 2,97 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 653 T€ erhöht. Zwar reduzierte sich auf der Aktivseite das Anlagevermögen um 44 T€, aber gleichzeitig erhöhte sich das Umlaufvermögen um 696 T€ aufgrund gestiegener liquider

Mittel. Auf der Passivseite ist der Anstieg in erster Linie auf die Erhöhung des Eigenkapitals auf 2,05 Mio. € (Vj. 1,64 Mio. €) zurückzuführen, da die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 411 T€ erzielte. Die Eigenkapitalquote beträgt 69,0 % (Vj. 70,7 %). Der Finanzmittelbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 600 T€ erhöht und beträgt 2,48 Mio. € (Vj. 1,88 Mio. €). Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 706 T€ und hat sich nur marginal gegenüber dem Vorjahr vermindert. Der Geldmittelzufluss resultiert insbesondere aus dem Jahresüberschuss, den Abschreibungen und aus der Erhöhung der Rückstellungen. Dem gegenüber stehen Auszahlungen für Investitionen von rund 105 T€.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2020 schloss mit einem Jahresüberschuss von 411 T€ (Vj. 520 T€) ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Durch Zuschüsse der Gesellschafter und von dritter privater Seite konnten betriebliche Erträge von 2,46 Mio. € (Vj. 2,34 Mio. €) erwirtschaftet werden. Von diesen Mitteln und der vorhandenen Liquidität wurden Einzelprojekte im Wert von knapp 874 T€ (Vj. 713 T€) gefördert. Daneben fielen betriebliche Aufwendungen von knapp 1,0 Mio. € an. Im Vergleich zum Vorjahr waren insbesondere höhere Personalaufwendungen zu verzeichnen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Ziffer 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Gemäß § 7 Absatz 1 der Satzung wurde in 2020 als Gesellschafterbeitrag ein jährlicher Zuschuss von 100 T€ an die Gesellschaft gezahlt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und

Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2020 der
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	340	384	-44	-11,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	-1	-54,3
Sachanlagen	340	383	-44	-11,4
Umlaufvermögen	2.622	1.926	696	36,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	142	46	96	210,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.480	1.880	600	31,9
Rechnungsabgrenzungsposten	6	4	1	34,6
Bilanzsumme	2.968	2.315	653	28,2
PASSIVA				
Eigenkapital	2.047	1.636	411	25,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	188	188	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.449	929	520	56,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	411	520	-109	-21,0
Rückstellungen	892	668	224	33,5
Verbindlichkeiten	29	10	19	188,0
Bilanzsumme	2.968	2.315	653	28,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.377	2.309	68	2,9
Gesamtleistung	2.377	2.309	68	2,9
sonstige betriebliche Erträge	80	29	51	177,7
Materialaufwand	-1.089	-917	-172	18,7
Personalaufwand	-627	-541	-86	16,0
Abschreibungen	-149	-161	12	-7,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-181	-199	19	-9,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	412	520	-108	-20,8
Finanzergebnis	-1	-0	-1	889,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	411	520	-109	-21,0
Ergebnis nach Steuern	411	520	-109	-21,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	411	520	-109	-21,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	411	520	-109	-21,0
Kennzahlen	2020	2019	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	9	8	1	12,5

5. Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH

Anschrift: c/o Stadt Kelsterbach Mörfelder Straße 33 65451 Kelsterbach	Telefon: 0 61 07/77 32 26	E-Mail/Internet: info@regionalpark-rheinmain.de www.regionalpark-rheinmain.de
---	-------------------------------------	---

Gründung: 27.05.1998	Unternehmensgegenstand: Realisierung des Regionalparks Rhein-Main im Gebiet des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Regionalverband FrankfurtRheinMain	10.400 € = 11,76 %
Stadt Frankfurt am Main	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Egelsbach	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Nauheim	5.200 € = 5,88 %
Stadt Dreieich	5.200 € = 5,88 %
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	5.200 € = 5,88 %
Stadt Kelsterbach	5.200 € = 5,88 %
Stadt Langen	5.200 € = 5,88 %
Stadt Mörfelden-Walldorf	5.200 € = 5,88 %
Stadt Neu-Isenburg	5.200 € = 5,88 %
Stadt Raunheim	5.200 € = 5,88 %
Stadt Rüsselsheim	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Bischofsheim	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Trebur	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Büttelborn	5.200 € = 5,88 %
Stadt Groß-Gerau	5.200 € = 5,88 %
	88.400 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Manfred Ockel Herr Klaus Wichert
--

Aufsichtsrat:	17 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Herbert Hunkel
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr BM Martin Burlon Herr BM Jochen Engel Herr BM Jan Fischer Herr Verb.dir. Thomas Horn Herr BM Thomas Jühe Herr Ingo Kalweit Herr Erster Bg Rouven Kötter Herr StR Nils Kraft Herr StR Kurt Linnert Herr BM Marcus Merkel Herr BM Thies Puttnins-von Trotha Herr BM Erhard Walther Herr BM Jan Werner Herr BM Tobias Wilbrand Herr BM Thomas Winkler

Frauenquote:Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

100,00 %

A. Ausblick 2021

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2021 noch nicht vor. Daher erfolgt wie bereits in den letzten Jahren eine Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres. Die langfristige Entwicklung der Gesellschaft, d. h. die weitere Durchführung gesellschaftsvertraglich fixierter Aufgaben, wird weiterhin wesentlich vom Umfang der Zuwendungen privater Dritter beeinflusst. Die Fraport AG wird ab dem Jahr 2021 nur noch projektbezogene Mittel zur Verfügung stellen. Aufgrund dessen wurde die Erhöhung der jährlichen Umlagen von 75 T€ auf 100 T€ beschlossen. Die zukünftige Finanzierung ist somit gesichert. Die Geschäftsführung rechnet in 2021 mit einem leicht rückläufigen Jahresergebnis.

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2020**Allgemeines**

Das Konzept der Regionalparkidee zielt darauf ab, in den Freiflächen im Verdichtungsraum zwischen Städten und Gemeinden ein Netz aus landschaftlich reizvollen Wegen, Regionalparkrouten und Anlagen entstehen zu lassen. Die GmbH entwickelte mit den Gesellschaftern einen gemeinsamen Rahmenplan, in dem der grobe Verlauf der Routen festgelegt ist und der seither immer wieder fortgeschrieben wird. Das Netz verknüpft im engeren Umfeld des Flughafens die Freiflächen zwischen den Kommunen und schließt vor allem auch den südlichen Abschnitt des Grüngürtels Frankfurt in Schwanheim und den Stadtwald ein.

Das Geschäftsjahr 2020 war das zweiundzwanzigste volle Geschäftsjahr der Gesellschaft nach ihrer Gründung.

Für folgende Projekte sind im Geschäftsjahr 2020 Planungen oder Maßnahmen durchgeführt bzw. fortgeführt worden:

- Aussichtspunkt Wageninger Straße
- Regionalparktrasse zw. Nauheim und Königstädten

- Platz an der Stangenpyramide, Dreieich
- Opelvillen Rüsselsheim, 2. BA
- Aussichtspunkt Bauschh. Kalkhügel/Rundweg
- Konzeption Opel-Rennbahn, Rüsselsheim
- Planung Routenverlauf
- Direktweg Frankfurt - Darmstadt
- Beschilderung 2020

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich zum 31.12.2020 um 1,30 Mio. € auf 11,09 Mio. € (Vj. 9,79 Mio. €) vergrößert. Die Aktivseite ist im Wesentlichen durch das Anlagevermögen von 4,80 Mio. € (Vj. 5,38 Mio. €) geprägt. Der Anteil an der Bilanzsumme lag bei 43 %. Das Umlaufvermögen (6,30 Mio. €; Vj. 4,41 Mio. €) bildet das Projekt Raddirektverbindung Frankfurt am Main – Darmstadt ab. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital zum 31.12.2020 aufgrund des Jahresüberschusses auf 1,50 Mio. € (Vj. 1,16 Mio. €) erhöht. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse beträgt 4,23 Mio. € (Vj. 4,84 Mio. €) und spiegelt die erhaltenen Zuschüsse zu den Herstellungskosten wider. Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen (5,34 Mio. €) betreffen die bislang vereinnahmten Mittel der kommunalen Auftraggeber und Zuschüsse des Landes Hessen für das Projekt Raddirektverbindung Frankfurt am Main – Darmstadt.

Zur Erfolgslage

Das Jahr 2020 schloss mit einem Jahresüberschuss von 338 T€ (Vj. 158 T€) ab. Die Bestandsveränderungen betreffen ausschließlich den Raddirektweg Frankfurt am Main – Darmstadt und liegen im Berichtsjahr bei 1,86 Mio. € (Vj. 3,49 Mio. €). Demgegenüber stehen Aufwendungen für bezogene Leistungen in gleicher Höhe (Projektkosten).

Die sonstigen Projektzuschüsse (398 T€) beinhalten den Fraport AG Zuschuss und die Investitions- und Verwaltungskostenpauschalen der Gesellschafter. Die sonstigen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, Ab-

schluss- und Prüfungskosten sowie Projektzuschüsse. Die Abweichung zu 2019 umfasst außergewöhnliche Aufwendungen im Jahr 2019 infolge der geänderten Bilanzierung des Projektes Raddirektweg Frankfurt am Main – Darmstadt und Anlagenabgänge.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Ziffer 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

2020 wurden als Gesellschafterbeitrag Leistungen von 15 T€ von der Stadt Frankfurt am Main gezahlt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2020 der Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH

Bilanz	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	4.799	5.379	-580	-10,8
Sachanlagen	4.799	5.379	-580	-10,8
Umlaufvermögen	6.295	4.409	1.886	42,8
Vorräte	6.232	4.376	1.856	42,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	63	33	30	89,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	-1	-
Bilanzsumme	11.094	9.789	1.304	13,3
PASSIVA				
Eigenkapital	1.502	1.163	338	29,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	88	88	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.075	917	158	17,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	338	158	180	114,0
Sonderposten	4.226	4.840	-614	-12,7
Rückstellungen	20	12	7	58,8
Verbindlichkeiten	5.346	3.774	1.573	41,7
Bilanzsumme	11.094	9.789	1.304	13,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Bestandsänderung UE / FE	1.856	3.485	-1.629	-46,7
Gesamtleistung	1.856	3.485	-1.629	-46,7
sonstige betriebliche Erträge	1.038	1.821	-782	-43,0
Materialaufwand	-1.856	-3.485	1.629	-46,7
Abschreibungen	-614	-629	15	-2,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-86	-1.034	948	-91,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	338	158	180	114,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	338	158	180	114,0
Ergebnis nach Steuern	338	158	180	114,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	338	158	180	114,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	338	158	180	114,0
Kennzahlen	2020	2019	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

6. Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH

Anschrift: c/o Stadt Bad Homburg Rathausplatz 1 61343 Bad Homburg	Telefon: 0 61 72/1 00 61 00	E-Mail/Internet: holger.heinze@bad-homburg.de www.regionalpark-rheinmain.de
--	---------------------------------------	---

Gründung: 22.03.2001	Unternehmensgegenstand: Realisierung des Regionalparks RheinMain im Gebiet der Städte, die Gesellschafter sind.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 11,11 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	25.000 € = 11,11 %
Stadt Friedrichsdorf	25.000 € = 11,11 %
Stadt Kronberg	25.000 € = 11,11 %
Stadt Oberursel	25.000 € = 11,11 %
Stadt Schwalbach	25.000 € = 11,11 %
Stadt Steinbach	25.000 € = 11,11 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	25.000 € = 11,11 %
Stadt Eschborn	25.000 € = 11,11 %
	225.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Peter Dommermuth Herr Holger Heinze Frau Anja Littig Herr Ulrich Nützel Frau Yvonne Richter
--

Aufsichtsrat:	10 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Alexander Hetjes
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr BM Steffen Bonk Frau Stv Bärbel Grade Herr BM Leonhard Helm Herr Verb.dir. Thomas Horn Herr BM Alexander Immisch Herr BM Lars Keitel Frau BM Antje Runge Herr Erster StR Robert Siedler

Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %

A. Ausblick 2021

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2021 noch nicht vor. Daher erfolgt die Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres. Für 2021 ist ein Verlust von - 277 T€ geplant. Projektkosten sind mit 280 T€ angesetzt. Diesen Kosten stehen, neben den vorhandenen liquiden Mittel, Einzahlungen von Nebenleistungen der Gesellschafter (271 T€) zur Finanzie-

rung gegenüber Risiken, die eine Bestandsgefährdung der Gesellschaft bedeuten würden, sind derzeit nicht erkennbar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2020

Allgemeines

Zu den zahlreichen, im Jahr 2020 durchgeführten Projekten, zählen u. a. die „Wanderbienen am

Taunushang“, „Mittelaltergarten“, und das Projekt „Zeitgarten Keltenzeit“.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 2,31 Mio. € auf 2,41 Mio. € angestiegen (+101 T€). Auf der Aktivseite ist dies primär auf die Zunahme der liquiden Mittel um 198 T€ zurückzuführen, vor allem bedingt durch die Einzahlungen der Gesellschafter aus den gesellschaftsvertraglich vorgesehenen Verpflichtungen (271 T€). Dem Anstieg der liquiden Mittel steht ein Rückgang der Sachanlagen um 97 T€ auf 915 T€ gegenüber. Hier stehen den Zugängen aus Investitionen in neue und abgeschlossene Projekte Abschreibungen in Höhe von 98 T€ gegenüber. Die größten Investitionen erfolgten in die Projekte Wanderbienen am Taunushang mit 7 T€, Landschafts-lotsen am Alten Flughafen Bonames mit 6 T€ sowie für die Machbarkeitsstudie Heiligenstock mit 5 T€. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital zum einen durch die Einzahlungen der Nebenleistungsverpflichtungen in die Kapitalrücklage um 271 T€ erhöht; zum anderen hat die Gesellschaft ein negatives Jahresergebnis (-160 T€) erzielt, das durch die Einzahlungen der Gesellschafter mehr als kompensiert werden konnte. Die Stadt Frankfurt am Main hat, wie in den Jahren zuvor, 75 T€ geleistet. Die Eigenkapitalquote beträgt 99,5 % (Vj. 98 %). Dies ist auch auf die bereits im Dezember 2019 geleistete Einzahlung der Stadt Königstein im Taunus zurückzuführen.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf -160 T€ (Vj. -172 T€) und wird durch die Nebenleistungen der Gesellschafter (271 T€) vollständig ausgeglichen. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im

Berichtsjahr um 12 T€ erhöht, worin ein Aufwandszuschuss der Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main GmbH enthalten ist. Der Jahresfehlbetrag wird durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in entsprechender Höhe ausgeglichen, sodass sich ein Bilanzergebnis von 0 € ergibt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und ist als solche steuerlich vom Finanzamt anerkannt.

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung; die Realisierung des Regionalparks dient insbesondere den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Ziffer 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

2020 wurden als Gesellschafterbeitrag Nebenleistungen von 75 T€ von der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingezahlt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2020 der
Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH**

Bilanz	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	915	1.013	-97	-9,6
Sachanlagen	915	1.013	-97	-9,6
Umlaufvermögen	1.494	1.296	198	15,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.494	1.296	198	15,3
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	0	0,0
Bilanzsumme	2.412	2.311	101	4,4
PASSIVA				
Eigenkapital	2.400	2.264	136	6,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	250	225	25	11,1
Kapitalrücklage	2.150	2.039	111	5,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	0	25	-25	-
Rückstellungen	12	12	0	0,0
Verbindlichkeiten	0	10	-10	-97,5
Bilanzsumme	2.412	2.311	101	4,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	18	7	12	173,9
Abschreibungen	-98	-99	2	-1,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-80	-79	-1	1,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-160	-172	12	-6,8
Finanzergebnis	0	0	-0	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-160	-172	12	-6,8
Ergebnis nach Steuern	-160	-172	12	-6,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-160	-172	12	-6,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-160	-172	12	-6,8
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	160	172	-12	-6,8
Bilanzergebnis	0	0	0	-
Kennzahlen	2020	2019	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Anschrift: Alte Bleiche 5 65719 Hofheim am Taunus	Telefon: 0 61 92/2 94 -0	E-Mail/Internet: info@rmv.de www.rmv.de
Gründung: 30.06.1994	Unternehmensgegenstand: Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV).	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	25.565 €	= 3,70 %
Land Hessen	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Fulda	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Gießen	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Groß-Gerau	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Hochtaunus	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Lahn-Dill	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Limburg-Weilburg	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Main-Kinzig	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Main-Taunus	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Marburg Biedenkopf	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Odenwald	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Offenbach	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Rheingau-Taunus	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Vogelsberg	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Wetterau	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Darmstadt	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Fulda	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Gießen	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Hanau	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Marburg	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Offenbach am Main	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Rüsselsheim	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Wetzlar	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Wiesbaden	25.565 €	= 3,70 %
	690.244 €	= 100,00 %
Geschäftsführung:		
Herr Dr. Andre Kawai		
Herr Prof. Knut Ringat		

Aufsichtsrat:	28 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Erster KrBg Walter Astheimer
	Herr KrBg Johannes Baron
	Herr Staatssekr Jens Deutschendorf
	Herr KrBg Günter F. Döring
	Herr LRat Manfred Görig
	Frau StRin Sabine Groß
	Herr OB Alexander Hetjes
	Frau Erste KrBg Claudia Jäger
	Herr LRat Michael Köberle
	Herr KrBg Lutz Köhler
	Herr StR Michael Kolmer
	Herr StR Norbert Kortlüke
	Herr StR Andreas Kowol
	Herr StR Nils Kraft
	Herr LRat Ulrich Krebs
	Herr LRat Frank Matiaske
	Herr StR Thomas Morlock
	Herr KrBg Winfried Ottmann
	Herr LRat Wolfgang Schuster
	Herr OB Dr. Thomas Spies
	Herr LRat Jan Weckler
	Frau StRin Gerda Weigel-Greilich
	Herr OB Dr. Heiko Wingenfeld
	Herr LRat Bernd Woide
	Herr Staatssekr Dr. Martin Worms
	Herr Erster KrBg Marian Zachow
	Herr KrBg Christian Zuckermann

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

0,00 %

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH	125.000 € = 100,00 %
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH	25.000 € = 25,00 %
Mobility Inside Holding GmbH & Co. KG	3.260.000 € = 24,26 %
Mobility Inside Verwaltungs GmbH	10.010 € = 20,02 %

A. Ausblick 2021

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lag der testierte Jahresabschluss 2021 noch nicht vor. Daher erfolgt die Darstellung des vorangegangenen Geschäftsjahres. Bedingt durch die Corona-Pandemie zeichnen sich für das Geschäftsjahr 2021 anhaltende Nachfragerückgänge im Vergleich zur Vorpandemiezeit ab, welche die Finanzierung des ÖPNV wie im Vorjahr vor Herausforderungen stellt.

Durch die fehlenden Fahrgeldeinnahmen bei gleichem Angebot werden erhöhte Abschlagszahlungen an die Verkehrsunternehmen erforderlich. Dies hat zur Folge, dass im Treuhandbereich der Verbundgesellschaft zum einen eine angespannte Liquiditätslage entsteht und zum anderen eine entsprechende Gegenfinanzierung bzw. ein höherer Zuschussbedarf erforderlich ist.

Die derzeit gültige Finanzierungsvereinbarung 2017 bis 2021 für die Gesellschaft inkl. Treuhandbereich

läuft zum 31.12.2021 aus. Das Land Hessen und die Verkehrsverbände führen seit Februar 2020 Gespräche zum weiteren Vorgehen. Die entsprechenden Mittelbedarfe der kommenden Jahre wurden im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Land angemeldet und begründet. Aufgrund der pandemiebedingten Unsicherheiten bei den Einnahmen und der Situation der öffentlichen Haushalte präferierte die Geschäftsführung des RMV eine Verlängerung der bestehenden Vereinbarung um ein Jahr (Laufzeit bis Ende 2022). Dabei sollte inhaltlich möglichst wenig an der bestehenden Vereinbarung geändert werden.

Der ÖPNV steht in Zukunft vor großen Herausforderungen. Zwar hat die Corona-Pandemie die Erwartungen im Geschäftsjahr 2020 gehemmt, aber die Diskussionen um Emissionsreduktion im Rahmen der nationalen Klimaziele lassen die Anforderungen an den ÖPNV zugleich kontinuierlich steigen. Die Akteure im ÖPNV sind gemeinsam gefordert, für diese Anforderungen und Kapazitätserweiterungen kurz- bzw. mittelfristig Lösungsmöglichkeiten zu schaffen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2020

Allgemeines

Die Finanzierung der RMV GmbH erfolgt für die Regiekosten sowie für die bezogenen Leistungen nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter gemäß Wirtschaftsplan.

Der Verkehrssektor hat in den letzten Jahren einen Anstieg der Fahrgastzahlen sowie eine erhöhte Infrastrukturauslastung verzeichnen können. Zusätzlich hat der ÖPNV durch Themen wie die Verkehrswende, Klima- und Umweltaspekte profitiert. Diese positive Entwicklung wurde im Geschäftsjahr 2020 mit dem Ausbruch der weltweiten Corona-Pandemie abrupt gestoppt und die Fahrgastzahlen gingen massiv zurück. Als wesentliche Säule der Daseinsvorsorge wurde seitens der Politik beschlossen, das bestehende Leistungsangebot des ÖPNV unverändert aufrecht zu erhalten. Es wurden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, wie Hygiene- und Abstandsregelungen und teilweise

zusätzliche Kapazitäten zur Wahrung möglichst großer Abstände umgesetzt.

Mit Abschluss der Finanzierungsvereinbarung vom 22.11.2016 für die Jahre 2017 - 2021 ist die Finanzierung der RMV GmbH für diesen Zeitraum gesichert. Zu einer Weiterführung der Finanzierungsvereinbarung für die Folgejahre finden bereits Gespräche zwischen dem RMV und den Ministerien statt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Stichtag um 10,78 Mio. € auf 54,61 Mio. €. Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die Erhöhung des Bestandes des Anlagevermögens und der sonstigen Forderungen und auf der Passivseite auf die Erhöhung des Sonderpostens des Anlagevermögens, der Rückstellungen für Pensionen und der Sonstigen Rückstellungen zurückzuführen.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 32,6 % (Vj. 33,4 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 67,4 % (Vj. 66,6 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen ist vollständig durch nicht rückzahlbare Zuschüsse finanziert. Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2020 jederzeit gewährleistet.

Zur Ertragslage

Das Jahresergebnis war wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen. Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2020 im Vergleich zu 2019 um 3,51 Mio. € auf 63,69 Mio. € gestiegen (Vj. 60,18 Mio. €). Im Wesentlichen betraf dies die Mehraufwendungen für bezogene Leistungen, die um 1,70 Mio. € auf 38,07 Mio. € (Vj. 36,37 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. Des Weiteren hat sich die Zuführung zum Sonderposten des Anlagevermögens i. H. v. 1,68 Mio. € auf 6,40 Mio. € (Vj. 4,72 Mio. €) erhöht. Ferner erhöhte sich der Personalaufwand um 303 T€ auf 14,63 Mio. € (Vj. 14,33 Mio. €).

Die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger:innen sowie die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinba-

runge betragen 57,45 Mio. € (Vj. 54,21 Mio. €) und wurden in der folgenden GuV unter den sonstigen betrieblichen Erträgen verbucht. Hinzu kamen weitere sonstige betriebliche Erträge und Erträge aus Projektzuwendungen von insgesamt 4,74 Mio. € (Vj. 4,66 Mio. €).

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen von insgesamt 1,84 Mio. € (Vj. 1,70 Mio. €) betreffen die übernommenen Ergebnisse der Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma GmbH) sowie der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms GmbH). Das Zinsergebnis ist negativ i. H. v. -387 T€ (Vj. -400 T€) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Insgesamt ergibt sich ein Finanzergebnis in Höhe von 1,50 Mio. € (Vj. 1,31 Mio. €).

Ergebnisse der Beteiligungen

Die rms GmbH schloss das Geschäftsjahr 2020 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung gemäß Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH wies die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 487 T€ (Vj. 493 T€) aus. Die Gesellschaft bietet umfassende Serviceleistungen, Dienstleistungen und Beratungsleistungen im Bereich des ÖPNV, des schienengebundenen Fernverkehrs sowie von Dienstleistungen an der Schnittstelle zwischen ÖPNV und dem motorisierten Individualverkehr. Das Jahresergebnis der fahma GmbH für das Geschäftsjahr 2020 betrug 1,35 Mio. € (Vj. 1,21 Mio. €). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt. Der fahma GmbH wurde 1,00 Mio. € (gemäß dem Beschluss des Aufsichtsrates der RMV GmbH) eigenkapitalstärkend in Form einer Kapitalrücklage zugeführt. Gegenstand der Gesellschaft ist die Finanzierung, Beschaffung und Vorhaltung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs und die Bereitstellung dieser Fahrzeuge an Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Die Mobility inside Holding GmbH & Co. KG hat in ihrem ersten Geschäftsjahr 2020 einen Jahresfehlbetrag von -1,67 Mio. € erzielt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag der Fokus auf dem Gesellschaftsaufbau und der Aufnahme der Geschäftstätigkeiten.

Gegenstand der Mobility inside Holding GmbH & Co. KG ist das Halten und Verwalten der Beteiligung an einer Gesellschaft, die eine Mobilitätsplattform entwickelt und betreibt bzw. in diesem Zusammenhang Dienstleistungen anbietet, welche im Interesse der Allgemeinheit an der Versorgung der Bevölkerung mit einer ausreichenden Verkehrsbedienung im öffentlichen Personenverkehr liegen. Der RMV hält an der Gesellschaft einen Kommanditanteil von 24,3 %.

Die Mobility inside Plattform GmbH erzielte in ihrem Gründungsjahr einen Jahresfehlbetrag von -444 T€. Gegenstand der Mobility inside Plattform GmbH ist die Entwicklung und der Betrieb einer Mobilitätsplattform sowie die Erbringung von Dienstleistungen, die im Interesse der Allgemeinheit an der Versorgung der Bevölkerung mit einer ausreichenden Verkehrsbedienung im öffentlichen Personenverkehr liegen, insbesondere im Zusammenhang mit der Ertüchtigung der für den Betrieb einer Mobilitätsplattform erforderlichen technischen Infrastruktur bei den Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern sowie die Betreuung der Kunden durch einen professionellen Kundenservice. Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag der Fokus auf dem initialen Gesellschaftsaufbau (Gesellschaftsgründung, Bestellung Geschäftsführung) und der operativen Aufnahme der administrativen (Personal- und Ressourcenplanung, Einführung Sitzungsstrukturen, Erarbeitung gesellschaftlicher Themen) und finanziellen (Vorlage Wirtschaftsplan, Einführung Lohn- und Finanzbuchhaltung, Start Einkaufs- und Beschaffungsprozesse, Aufnahme Bankgeschäfte) Geschäftstätigkeiten. In diesem Kontext wurden, unter anderem durch Einbindung externer Expertinnen und Experten Spezialthemen fokussiert erarbeitet und der Personalaufbau für Produktentwicklung, Flächenertüchtigung und Unterstützung der Geschäftsführung gestartet. Die Mobility inside Holding GmbH & Co. KG ist 100 %ige Gesellschafterin dieser Beteiligung.

Die Mobility inside Verwaltungs GmbH hat in ihrem ersten Geschäftsjahr 2020 ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwirtschaftet. Der RMV ist an dieser Gesellschaft mit einem Anteil von 20,0 % beteiligt. Gegenstand der Mobility inside Verwaltungs

GmbH ist die Geschäftsführung und Vertretung der Mobility inside Holding GmbH & Co. KG sowie die Beteiligung an dieser Gesellschaft als persönlich haftende Gesellschafterin. Darüber hinaus ist keine wesentliche Geschäftstätigkeit vorgesehen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag der Fokus auf dem Gesellschaftsaufbau und der Aufnahme der Geschäftstätigkeiten als Geschäftsführung und Vertretung der Mobility inside Holding GmbH & Co. KG.

Die RTW Planungsgesellschaft mbH schloss das Geschäftsjahr 2020 systembedingt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab. Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen. Die RMV GmbH ist mit 16,7 % an der Gesellschaft beteiligt.

Die ivm GmbH, zu 12,4 % im Besitz der RMV GmbH, hatte ebenfalls ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Weiterhin ist die RMV GmbH mit 10,1 % an der VDV eTicket Service GmbH & Co. KG und mit 10 % an der CityBahn GmbH beteiligt.

Die Mobilligence GmbH ist eine 100%ige Tochter der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH und wurde im Mai 2017 mit Sitz in Berlin gegründet. Die Mobilligence tritt wie die Muttergesellschaft als Beratungs- und Serviceunternehmen am Markt auf. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Themen Digitalisierung und Vernetzung der Mobilitätsbranche. Die Mobilligence GmbH schloss mit einem Jahresfehlbetrag im Geschäftsjahr 2020 von

-52 T€ (Vj. 96 T€) ab. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte im Berichtsjahr aus den Zahlungen aus Kundenaufträgen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft langfristige Verbindlichkeiten gegenüber der Muttergesellschaft von insgesamt 100 T€. Das Anlagevermögen ist zu 241,8 % mit Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt 23,9 %. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2020 durchgängig gewährleistet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der RMV GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2020 der
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH**

Bilanz	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	17.790	14.647	3.143	21,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	9.328	7.990	1.338	16,7
Sachanlagen	526	546	-20	-3,6
Finanzanlagen	7.937	6.112	1.825	29,9
Umlaufvermögen	36.622	28.639	7.982	27,9
Vorräte	250	197	53	26,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.325	27.678	7.648	27,6
Wertpapiere	230	230	0	0,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	816	535	282	52,7
Rechnungsabgrenzungsposten	201	545	-344	-63,1
Bilanzsumme	54.613	43.831	10.782	24,6
PASSIVA				
Eigenkapital	2.172	2.172	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	690	690	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.481	1.481	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	17.790	14.647	3.143	21,5
Rückstellungen	24.706	21.823	2.884	13,2
Verbindlichkeiten	9.931	5.190	4.741	91,4
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0	14	-
Bilanzsumme	54.613	43.831	10.782	24,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	65.449	62.076	3.373	5,4
Materialaufwand	-38.068	-36.371	-1.697	4,7
Personalaufwand	-14.630	-14.327	-303	2,1
Abschreibungen	-3.256	-3.201	-55	1,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.995	-9.482	-1.513	16,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.500	-1.305	-195	14,9
Finanzergebnis	1.502	1.306	196	15,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2	1	1	44,1
Ergebnis nach Steuern	2	1	1	44,1
Sonstige Steuern	-2	-1	-1	44,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2020	2019	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	147	147	0	0,0
Anzahl der Linien im Verbundgebiet (lokal und regional)	1.000	1.000	0	0,0
Angebotskilometer (lokal. Verkehr, in TNutzkm)	147.842	146.211	1.631	1,1
Angebotskilometer (region. Verkehr, TNutzkm)	71.777	68.635	3.142	4,6
Haltestellen (beide Richtungen)	12.000	12.000	0	0,0

8. RMA Rhein-Main Abfall GmbH

Anschrift: Ludwigstraße 44 63067 Offenbach am Main	Telefon: 0 69/8 00 52-0	E-Mail/Internet: info@rmaof.de www.rmaof.de
Gründung: 21.12.1998	Unternehmensgegenstand: Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	53.050 € = 19,23 %	
Landkreis Hochtaunus	53.050 € = 19,23 %	
Landkreis Main-Taunus	53.050 € = 19,23 %	
Landkreis Offenbach	53.050 € = 19,23 %	
Stadt Offenbach am Main	53.050 € = 19,23 %	
Stadt Maintal	10.650 € = 3,86 %	
	275.900 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Jens Will		
Aufsichtsrat:	26 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Erster KrBg Uwe Kraft	
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig	
	Herr Dr. Manfred Kircher	
	Frau Stv Anna Pause	
	Herr Stv Thomas Schlimme	
	Herr Stv Omar Shehata	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr MinR Matthias Bergmeier	
	Herr BM Dr. Frank Blasch	
	Herr LRat Michael Cyriax	
	Herr BM a.D. Peter Freier	
	Herr Dr. Joachim Glasenapp	
	Herr BM a.D. Hartmut Haibach	
	Frau Erste KrBg Claudia Jäger	
	Herr Erster StR Karl-Heinz Kaiser	
	Herr StR Adolf Kannengießler	
	Herr Thomas Kaus	
	Herr Carsten Müller	
	Herr Robert Müller	
	Herr Werner Müller	
	Frau KrBg Madlen Overdick	
	Herr LRat Dirk-Oliver Quilling	
	Herr Erste KrBg Thorsten Schorr	
	Frau Dr. Sybille Schumann	
	Herr BM Gregor Sommer	
	Herr Peter Walther	
	Herr StK Martin Wilhelm	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 40,00 %		

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Entwicklung der entgeltrelevanten und überlassenen Abfallmengen aus den Gebietskörperschaften und die Entwicklung der Entsorgungsstrukturen im RMA-Gebiet sind die bestimmenden Größen der künftigen Erlössituation der RMA Rhein-Main Abfall GmbH (RMA).

Eine wirksame interne Steuerung und Kontrolle wird durch eine permanente Überwachung und aktive Beeinflussung der Mengenströme im Stoffstrommanagement durchgeführt. Die Erlössituation und die Entwicklung des Materialaufwandes werden kontinuierlich überwacht. Die notwendigen Instrumente des Controllings sind durch eine Kostenrechnung erweitert, die auch jederzeit die Anforderungen des Kommunalen Abgabengesetzes und des öffentlichen Preisrechts abbilden kann. Als wichtige Instrumente der Risikoerkennung und der daraus folgenden etwaigen Notwendigkeit zur Reaktion dienen Wochen-, Monats- und Quartalsanalysen. Ein formalisiertes Risikofrüherkennungssystem ist vorhanden. Hierfür wird regelmäßig eine Risikoinventur durchgeführt. Die Ergebnisse werden in einem Risikobericht zusammengeführt. Die vorgehaltenen Bereitstellungskapazitäten in den MHKW's und auf den Deponien entsprechen der zu erwartenden Menge an Beseitigungsabfällen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Die Fortführung der Gesellschaft und die interkommunale Kooperation zwischen den Gesellschaftern bis zum 31.12.2033 ist durch die Gremien der Gesellschafter im Geschäftsjahr 2020 beschlossen worden und notariell beurkundet. Hiernach ist sichergestellt, dass die RMA GmbH den ihr erteilten Generalentsorgungsauftrag als beauftragter Dritter gemäß § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) auch weiterhin erfüllen kann.

Das Hauptziel der RMA ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle. Die Entgeltstabilität sowie die Auslastung vorhandener Müllheizkraftwerke und anderer Entsorgungsanlagen sind die Ziele der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach, Stadt Maintal und den Landkreisen Kreis

Offenbach, Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis. Diese beiden Ziele sind nachhaltig sozial (Entgeltstabilität) und ökonomisch (Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit) sinnvoll zu erreichen. Die Entgelte der RMA für brennbare Abfälle wurden zum 01.04.2021 um 7,82 % gesenkt.

Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung decken, ist eine weitere wesentliche Aufgabe der RMA. Es wird von weiteren politischen Entscheidungen abhängig sein, ob die Abfallentsorgung aufgrund des gewollten Beitrags zum Klimaschutz eine Teuerung erfahren muss. Hier sind die Aufwendungen für die Schaffung von Deponieraum und die Einführung von Lenkungssteuern zentrale Themen der nahen Zukunft. In den letzten Jahren ist eine intensive öffentliche und politische Diskussion um die Vorhaltung von Deponieraum im RMA-Gebiet geführt worden.

In der aktuellen Abfallwirtschaftskonzeption 2021 bis 2026 hat die RMA frühzeitig eine Deponiebedarfsprognose erstellt. Bis zum Jahr 2023 sind ausreichend Deponiekapazitäten für die andienungspflichtigen und ablagerungsfähigen Abfälle im Rahmen der Kooperation mit der Landeshauptstadt Wiesbaden gesichert. Die Deponie Dyckerhoffbruch befindet sich in der finalen Genehmigungsstufe für den Ausbau bzw. der Erweiterung des verfügbaren Deponievolumens für die kommenden 25 Jahre. Allerdings handelt es sich hier um ein Genehmigungsverfahren für die Deponieklasse I. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die RMA nach 2023 ein entsprechendes Verfüllvolumen der Deponieklasse I nutzen wird. Unsicherheiten bestehen derzeit ab 2024 hinsichtlich eines Verfüllvolumens der Deponieklasse II, hier sind die zukünftigen Entsorgungswege zu prüfen.

Seit Einführung der flächendeckenden Getrennsammlung von Bioabfällen im RMA-Gebiet ist eine Verringerung der zu beseitigenden Hausmüllmengen zu verzeichnen. Im ersten Jahr der Einführung hat sich das Hausmüllaufkommen zum Vorjahr um 10,49 % deutlich verringert. In den Folgejahren bis 2019 reduzierte sich das Hausmüllaufkommen nur marginal zwischen 0,4 bis 0,9 %. Die Zuwanderung in das Rhein-Main Gebiet begründet die Stagnation

des Abfallaufkommens bis zu diesem Zeitpunkt. Im Jahr 2020 stieg das Hausmüllaufkommen allerdings um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr. Nach einem Anstieg der Bioabfallmengen im Jahr 2019 haben auch im Jahr 2020 erwartungsgemäß die Bioabfallmengen zugenommen. Durch das verstärkte mobile Arbeiten, die Kontaktbeschränkungen und das veränderte Konsumverhalten in der weiterhin aktuellen Corona-Pandemie ist auch für das Geschäftsjahr 2021 das Abfallaufkommen aus privaten Haushalten weiterhin auf einem hohen Niveau, aber etwas geringer als 2020. Nach einem Anstieg der Bioabfallmengen im Jahr 2020 haben auch im Jahr 2021 erwartungsgemäß die Bioabfallmengen zugenommen.

Im Berichtsjahr wurden der RMA 342.250 t (Vj. 345.330 t) zzgl. 20.000 t (Vj. 20.000 t) Abfälle aus der Landeshauptstadt Wiesbaden angedient. Das Hausmüllaufkommen aus den beteiligten Gebietskörperschaften betrug im Geschäftsjahr 301.625 t und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (304.413 t) um 2.788 t gesunken. Die Sperrmüllmengen in Höhe von 24.797 t verzeichneten im Geschäftsjahr 2021 einen Rückgang von 7,0 % (Vj. 26.689 t). Im Geschäftsjahr 2021 sind die Kleinanlieferermengen an den zentralen Wertstoffhöfen der RMA gegenüber dem Vorjahr von 8.392 Mg um 34,9 % auf 11.321 Mg gestiegen. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2021 ist die RMA zusätzlich für die Entsorgung des Bauschutts aus privaten Haushalten der Stadt Frankfurt am Main von 2 Wertstoffhöfen zuständig. Dies begründet den hohen Anstieg der Kleinanlieferermengen im RMA Gebiet. Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr ist insgesamt als positiv zu beurteilen. Die Ziele der RMA, die verlässliche Entsorgungssicherheit im RMA-Gebiet zu gewährleisten sowie die Auslastung der Verbrennungsanlagen, sind auch bei reduzierten Entgelten erreicht worden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der RMA erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,60 Mio. € auf 18,67 Mio. €. Das Anlagevermögen ist von 373 T€ auf 319 T€ gesunken bei Abschreibungen, die auf 84 T€ gestiegen

sind. Der Bestand an flüssigen Mitteln ist von 8,14 Mio. € auf 10,85 Mio. € gestiegen.

Auf der Passivseite stiegen die Verbindlichkeiten um 1,32 Mio. € auf 8,35 Mio. € (Vj. 7,04 Mio. €). Hauptursache hierfür ist eine Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, insbesondere der Betreibervergütungen für die beiden Verbrennungsanlagen. Die Rückstellungen haben sich um 1,02 Mio. € auf 6,47 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (5,45 Mio. €) erhöht. Ursächlich ist hier eine Rückstellung in Höhe von 850 T€ für Entsorgungsmehrkosten der Hausmüllverbrennungsschlacke und Rauchgasreinigungsrückstände aufgrund erschwelter Bedingungen bei der Ablagerung dieser Rückstände der beiden MHKW's Das Eigenkapital betrug 3,85 Mio. € (Vj. 3,58 Mio. €). Die Eigenkapitalquote betrug 20,62 % (Vj. 22,26 %).

Zur Erfolgslage

Mit einem Jahresüberschuss von 273 T€ lag das Ergebnis um 119 T€ über dem Vorjahresniveau (153 T€). Die Umsatzerlöse (61,74 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr (65,25 Mio. €) um 3,51 Mio. € (5,4 %) reduziert. Hauptursache hierfür ist hier die Entgeltensenkung für brennbare andienungspflichtige Abfälle zum 01.04.2021. Beim Materialaufwand ist ein Rückgang von 3,74 Mio. € auf 58,51 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (62,25 Mio. €) zu verzeichnen. Ursächlich hierfür sind vor allem die geltenden vertraglichen Regelungen zwischen der FES und der RMA bezüglich der Betreibervergütung für das MHKW Frankfurt. Dagegen sind geringfügig höhere Aufwendungen für die Betreibervergütung des MHKW Offenbach sowie für die Fremdentorgung aufgrund einer ungeplanten Betriebseinschränkung im MHKW Frankfurt entstanden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der RMA handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2021 der
RMA Rhein-Main Abfall GmbH**

Bilanz	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	319	373	-54	-14,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	33	30	3	8,8
Sachanlagen	286	342	-56	-16,5
Umlaufvermögen	18.194	15.555	2.639	17,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.347	7.415	-68	-0,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	10.847	8.140	2.706	33,2
Aktive latente Steuern	126	106	20	19,1
Rechnungsabgrenzungsposten	32	33	-1	-2,7
Bilanzsumme	18.670	16.066	2.604	16,2
PASSIVA				
Eigenkapital	3.849	3.577	273	7,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	276	276	0	0,0
Kapitalrücklage	0	0	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	3.301	3.147	153	4,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	273	153	119	78,0
Rückstellungen	6.469	5.452	1.017	18,7
Verbindlichkeiten	8.352	7.038	1.315	18,7
Bilanzsumme	18.670	16.066	2.604	16,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2021	31.12.2020	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	61.735	65.248	-3.513	-5,4
Gesamtleistung	61.735	65.248	-3.513	-5,4
sonstige betriebliche Erträge	15	31	-16	-50,7
Materialaufwand	-58.509	-62.246	3.737	-6,0
Personalaufwand	-1.721	-1.702	-19	1,1
Abschreibungen	-84	-43	-41	93,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-983	-1.010	27	-2,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	453	277	176	63,7
Finanzergebnis	-55	-50	-5	9,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	398	227	172	75,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-125	-73	-52	71,5
Ergebnis nach Steuern	273	154	119	77,7
Sonstige Steuern	-0	-0	0	-0,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	273	153	119	78,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	273	153	119	78,0
Kennzahlen	2021	2020	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	20	20	0	0,0
Abfallmenge in t	342.250	345.330	-3.080	-0,9

9. Genossenschaften

Die Stadt Frankfurt am Main ist Mitglied in vier Wohnungsgenossenschaften (Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG, Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG, Volks-, Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG, Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG).

Im Folgenden werden Angaben zum Genossenschaftsanteil der Stadt, zur Haftsumme, Mitgliederanzahl und Anzahl der Geschäftsanteile gemacht.

Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG

Genossenschaftsanteil: 4.805 € (31 Anteile á 155 €)
Haftsumme: keine
Mitgliederanzahl: 1.790
Anzahl der Geschäftsanteile: 20.162

Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG

Genossenschaftsanteil: 320 € (ein Anteil)
Haftsumme: keine
Mitgliederanzahl: 1.295
Anzahl der Geschäftsanteile: 4.959

Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG (Stand: 31.12.2020)

Genossenschaftsanteil: 440 € (zwei Anteile á 220 €)
Haftsumme: 216.260 €
Mitgliederanzahl: 343
Anzahl der Geschäftsanteile: 983

Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG

Genossenschaftsanteil: 18.750 € (750 Anteile á 25 €)
Haftsumme: 4.658.125 €
Mitgliederanzahl: 7.453
Anzahl der Geschäftsanteile: 476.451

Darüberhinaus hat sich die Stadt Frankfurt am Main an der am 12.11.2021 neu gegründeten Genossenschaftlichen Immobilienagentur Frankfurt am Main eG (GIMA Frankfurt eG) beteiligt. Das anteilige Stammkapital von 2.000 € wurde erst 2022 eingezahlt.

Nachrichtlich:

Die Stadt Frankfurt am Main ist ferner Mitglied in einer genossenschaftlichen Regionalbank.

Frankfurter Volksbank eG

Genossenschaftsanteil: 250 € (fünf Anteile á 50 €)
Haftsumme: 94.557.950 €
Mitgliederanzahl: 245.697
Anzahl der Geschäftsanteile: 1.891.159

2. Übersicht über die weiteren mittelbaren Beteiligungen

1. Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region (siehe Bericht 1.5)

1.1	FrankfurtRheinMain Corp.	393
-----	--------------------------	-----

2. Messe Frankfurt GmbH (siehe Bericht 1.11)

2.1	Messe Frankfurt Exhibition GmbH (siehe Bericht 1.11.1)	
2.1.1	fairnamic GmbH	395
2.1.2	Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	396
2.1.3	MESAGO Messe Frankfurt GmbH	397
2.1.3.1	SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongress GmbH & Co. oHG, Nürnberg	398
2.1.4	Messe Frankfurt Asia Holding Limited	399
2.1.4.1	Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Hongkong/China	400
2.1.4.1.1	Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co. Ltd.	401
2.1.4.1.2	Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd.	402
2.1.4.1.3	Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd., Shanghai	403
2.1.4.1.4	Messe Frankfurt Shenzen Co. Ltd.	404
2.1.4.1.5	Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co. Ltd., Beijing	405
2.1.4.2	Messe Frankfurt Japan Ltd.	406
2.1.4.3	Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul	407
2.1.4.4	Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt. Ltd., Mumbai	408
2.1.5	Messe Frankfurt France S.A.S.	409
2.1.6	Messe Frankfurt Inc., Atlanta	410
2.1.6.1	PAACE Automechanika Mexiko LLC	411
2.1.6.2	PE Events LLC, Atlanta	412
2.1.7	Messe Frankfurt Istanbul L.S.	413
2.1.8	Messe Frankfurt Italia Srl.	414
2.1.9	Messe Frankfurt Mexiko S. de R.L. de C.V., Mexico-City	415
2.1.10	Messe Frankfurt Middle East GmbH	416
2.1.11	Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau	417
2.1.11.1	ITEMF Expo O.O.O.	418
2.1.12	Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd.	419
2.1.13	Messe Frankfurt UK Ltd. Godalming	420
	Messe Frankfurt Istanbul L.S. (siehe 2.1.7)	413
	Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau (siehe 2.1.11)	417
2.2	Messe Frankfurt Venue GmbH (siehe Bericht 1.11.2)	
2.2.1	Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	421
2.2.2	Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	422

3. FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (siehe Bericht 2.1)

3.1	FES Abfallmanagement- und Service GmbH	423
3.2	FFR GmbH	425
3.3	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	427
3.4	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	428
3.5	RMB Rhein-Main Biokompost GmbH	430
3.6	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	432

3.7	TRAPP Handelsgesellschaft mbH	434
4. Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern (siehe Bericht 2.6)		
4.1	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	435
4.2	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	436
5. Fraport AG (siehe Bericht 2.6.3)		
5.1	Afriport S.A.	437
5.1.1	Daport S.A.	438
5.2	AirIT Services GmbH	439
5.3	Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	440
5.3.1	Fraport Malta Business Services Ltd.	441
	Fraport Malta Ltd. (siehe 5.19)	
	Fraport Peru S.A.C. (siehe 5.21)	
5.4	Airport Cater Service GmbH	442
5.5	FRA–Vorfeldkontrolle GmbH	443
5.6	FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH	444
- 5.7	Fraport Antalya Havalimanı İşletme ve Yatırım A.S.	445
5.8	Fraport Asia Ltd.	446
5.9	Fraport Ausbau Süd GmbH	447
5.10	Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	448
5.11	Fraport Beteiligungs-Holding GmbH	449
5.11.1	Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH	450
5.11.2	Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH	451
5.12	Fraport Brasil Holding GmbH	452
5.13	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza	453
5.14	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre	454
5.15	Fraport Casa Commercial GmbH	455
5.16	Fraport Casa GmbH	456
5.17	Fraport Immobilienservice und –entwicklungs GmbH & Co. KG	457
5.17.1	Fraport Objekt Mönchhof GmbH	458
5.17.2	Fraport Objekt 162 163 GmbH	459
5.17.3	Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG	460
5.17.4	Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG	461
5.18	Fraport Malta Investment Ltd.	462
5.18.1	Fraport Bulgaria EAD	463
5.19	Fraport Malta Ltd.	464
	Fraport Malta Business Services Ltd. (siehe 5.3.1)	
5.20	Fraport Passenger Services GmbH	465
5.21	Fraport Peru S.A.C.	466
5.22	Fraport Philippines Services Inc. i.L.	467
5.23	Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH	468
5.24	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd. i.L.	469
5.25	Fraport Slovenija d.o.o. Zgornji Brnik	470
5.26	Fraport Turkey Havalimani Yatirimlan A. S., Antalya/Türkei	471
5.27	Fraport USA Inc	472

5.27.1	Airmall Inc.	473
5.27.1.1	Airmall Boston Inc.	474
5.27.1.2	Airmall Cleveland Inc.	475
5.27.1.3	Airmall USA Inc.	476
5.27.1.4	Fraport Maryland. Inc.	477
5.27.1.5	Fraport New York, Inc.	478
5.27.1.6	Fraport Pittsburgh Inc.	479
5.27.1.7	Fraport Tennessee Inc.	480
5.27.2	Fraport Newark LLC	481
5.28	FraSec Fraport Security Services GmbH	482
5.28.1	FraSec Flughafensicherheit GmbH	484
5.28.2	FraSec Luftsicherheit GmbH	485
5.28.3	FraSec Services GmbH	486
5.28.4	FraSec VG GmbH	487
5.29	GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG	488
5.30	VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH	489

6. Mainova AG (siehe Bericht 2.6.4)

6.1	ABGnova GmbH	490
6.2	Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	491
6.3	book´n´drive mobilitätssysteme GmbH	492
6.3.1	HEAG book-n-drive Carsharing GmbH	493
6.3.2	Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH	494
6.4	CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG	495
6.5	Chargemaker GmbH	496
6.6	Dynega Energiehandel GmbH	497
6.7	ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH i. L.	498
6.8	Energieversorgung Main-Spessart GmbH	499
6.9	Energy Air GmbH	500
6.10	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	501
6.10.1	Ohra Energie GmbH	502
6.10.1.1	EDW Energiedienste GmbH	504
6.10.2	Werraenergie GmbH	505
6.10.2.1	WerraEnergiedienste GmbH	507
6.11	Ferme Eolienne de Migé SARL	508
6.12	Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	509
6.12.1	Main-Kinzig Netzdienste GmbH	511
6.13	Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	512
6.14	Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	513
6.15	Hessenwasser GmbH & Co. KG	514
6.16	Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	515
6.17	Hotmobil Deutschland GmbH	517
6.18	Infranova Bioerdgas GmbH	519
6.19	Lorenz Energie GmbH	520
6.20	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	521
6.21	Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	523
6.22	Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	524

6.23	Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	525
6.24	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	526
6.25	Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	527
6.26	Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	528
6.27	Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	529
	6.27.1 Service4EVU GmbH	530
6.28	Mainova WebHouse GmbH & Co. KG	531
6.29	Mainova WebHouse Management GmbH	532
6.30	Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	533
6.31	Mainova Windpark Hohenlohe GmbH Co. KG	534
6.32	Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	535
6.33	Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	536
6.34	Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	537
6.35	Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	538
	6.35.1 ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	539
6.36	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	540
	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (siehe 3.4)	438
6.37	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	541
	6.37.1 Hanau Netz GmbH	542
6.38	Oberhessische Gasversorgung GmbH	544
	Dynega Energiehandel GmbH (siehe 6.6)	497
	6.38.1 Oberhessengas Netz GmbH	546
6.39	REmain GmbH & Co. KG	547
6.40	REmain Management GmbH	548
6.41	SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	549
6.42	Stadtwerke Hanau GmbH	550
	Dynega Energiehandel GmbH (siehe 6.6)	497
	Hanau Netz GmbH (siehe 6.37.1)	542
	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG (siehe 6.24)	526
6.43	Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	552
6.44	WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	553
	6.44.1 WP Fischborn GmbH & Co. KG	554
	6.44.2 WP Fischborn Verwaltungs GmbH	555
6.45	Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	556
6.46	Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	557
7.	ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	
	(siehe Bericht 3.1)	
7.1	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	558
7.2	ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	559
7.3	ABG Riedberg GmbH & Co. KG	560
7.4	ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	561
	ABGnova GmbH (siehe 6.1)	490
7.5	Bäderbaugesellschaft mbH	562
	book´n´drive mobilitätssysteme GmbH (siehe 6.3)	492
	HEAG book-n-drive Carsharing GmbH (siehe 6.3.1)	493
	Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH (siehe 6.3.2)	494

7.6	CP Campus Projekte GmbH	563
7.7	EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH	564
7.8	Hellerhof GmbH	566
	Garagen, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH (siehe 9.2)	579
7.9	Merton-Wohnprojekt GmbH	568
7.10	MIBAU GmbH	569
7.11	Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	570
7.12	Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH	571
8. Frankfurter Aufbau AG (siehe Bericht 3.1.2)		
8.1	ABG Projekte GmbH	572
8.2	FAAG Technik GmbH	573
8.3	Hofgarten Projektgesellschaft mbH	575
8.4	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	576
9. Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (siehe Bericht 3.2)		
9.1	Bauland - Offensive Hessen GmbH	577
9.2	Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	579
9.3	NH ProjektStadt GmbH	581
9.4	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	583
9.4.1	MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel	586
10. Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH (siehe Bericht 6.3)		
10.1	Cook Company gemeinnützige GmbH	(590)
11. Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH (siehe Bericht 6.1)		
11.1	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	592
11.1.1	Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus-Kreis gGmbH	593
11.1.2	Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH	594
11.1.2.1	MTK Hofheim Leasing GmbH & Co. KG	595
11.1.2.2	MTK Hofheim Verwaltungsgesellschaft mbH	596
	MTK Hofheim Leasing GmbH & Co. KG (s. 11.1.2.1)	595
11.1.3	Main-Taunus-Privatklinik GmbH	597
11.1.4	Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH	598
11.1.5	MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis	599

1.1 FrankfurtRheinMain Corp.

Gründung: 14.10.2009	Unternehmensgegenstand: Internationales Standortmarketing des Wirtschaftsraums FrankfurtRheinMain in Amerika. Aktive Ansprache von Firmen, die sich potentiell in der Region geschäftlich niederlassen wollen und Unterstützung, in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften bei der konkreten Ansiedlung in FrankfurtRheinMain.
Gesellschafter: FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	Kapitalanteile: 10.000 USD = 100,00 %
Vice President: Herr Julius Bosak seit 13.09.2021	
Board of Directors: 2 Mitglieder Herr Eric Menges (Sole Director) Herr Klaus U. Thiedmann (Assistant Secretary)	

A. Ausblick 2022

Da sich das Geschäft seit der Firmengründung 2009 positiv entwickelt hat und US-Firmen nach wie vor die Notwendigkeit einer globalen Expansion sehen, ist trotz der aktuellen Corona-Pandemie sowie der angespannten Lage rund um Russlands Krieg in der Ukraine der Ausblick für die FrankfurtRheinMain Corp. auch für das Jahr 2022 durchaus positiv. Deutschland bleibt, insbesondere durch den pandemiebedingten Digitalisierungsschub, weiterhin ein attraktiver Standort für US-Firmen in Europa. Die Region FrankfurtRheinMain kann sich weiterhin als Standort Nr. 1 in Deutschland behaupten. Die zentrale Lage, die hochqualifizierten Arbeitskräfte, die Lebensqualität sowie die stabile wirtschaftliche Entwicklung werden immer wieder für FrankfurtRheinMain als Auswahlkriterien genannt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die FrankfurtRheinMain Corp. in Chicago vermarktet seit 2009 in den USA die Region FrankfurtRheinMain gegenüber potentiellen US-Investor:innen. Seit der Firmengründung verlaufen die Aktivitäten in den USA sehr positiv. Die Aktivitäten des in Chicago ansässigen Vice President der FrankfurtRheinMain Corp. umfassten Firmenbesuche, Veranstaltungen von Seminaren für Investor:innen, Kongress- und Messeteilnahmen, Akquise von potentiellen Investor:innen sowie Gespräche mit Investor:innen etc. Geographisch konzentrierten sich diese Maßnahmen pandemiebedingt auf den Mittleren Westen. Aufgrund der eingeschränkten Reisemöglichkeiten wurden zudem einige Online-

Veranstaltungen sowie zwei digitale Marketingkampagnen in Nordamerika durchgeführt. Branchenschwerpunkte bei der proaktiven Ansprache von US-Firmen bilden die Informationstechnologie (IT), die Finanzwirtschaft, die Logistik und Beratungsdienstleistungen sowie alle Firmen, die sog. Headquarter-Funktionen oder Research-, Development-, Sales- oder Distributionskapazitäten in Europa aufbauen wollen. Grundsätzlich finanziert sich die FrankfurtRheinMain Corp. durch Zuschüsse der Muttergesellschaft. Daher wird der Buchwert der Beteiligung an der FrankfurtRheinMain Corp. in der Bilanz der Muttergesellschaft von 1 € als Erinnerungswert beibehalten. Zudem besteht eine Kooperationsvereinbarung der Gesellschafterin mit der Hessen Trade & Invest GmbH, die sich mit Finanzmitteln am dort ansässigen Büro beteiligt. Die nachstehenden Zahlen geben den Jahresabschluss 2021 wieder.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung (Vice President) und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4	10	1

2.1.1 fairnamic GmbH, Friedrichshafen

Gründung: 28.07.2021	Unternehmensgegenstand: Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen im In- und Ausland und allen mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft zusammenhängenden Tätigkeiten; insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Veranstaltungen EUROBIKE und AERO
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH Messe Friedrichshafen GmbH	Kapitalanteile: 24.500 € = 49,00 % 25.500 € = 51,00 % 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Stefan Mittag Herr Stefan Reisinger	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr und einem Jahresüberschuss ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen. Insgesamt wurden 2021 Umsatzerlöse in Höhe von 0,3 Mio. € erzielt. Der Jahresfehlbetrag beträgt 0,3 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.973	-251	4

2.1.2 Indexport Messe Frankfurt S.A., Buenos Aires

Gründung: 28.02.2003	Unternehmensgegenstand: Organisation und Durchführung von Messen, Veranstaltungen und Kongressen und diesbezügliche Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH Herr Fernando Pablo Gorbarán	Kapitalanteile: 127.500 ARS = 85,00 % 22.500 ARS = 15,00 % 150.000 ARS = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Fernando Pablo Gorbarán	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 einen Anstieg bei den Umsatzerlösen und einen Jahresüberschuss.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1,0 Mio. € erwirtschaftet, die um 0,7 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 0,3 Mio. € und liegt um 0,4 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.488	-267	32

2.1.3 MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart

<p>Gründung: 24.06.1982</p>	<p>Unternehmensgegenstand: Beratung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Tagungen, Kongressen im Eigen- und Fremdauftrag, EDV-Dienstleistungen für Fremdgesellschaften und Übernahme von Vertretungen im Bereich des Gegenstands des Unternehmens, Vermittlung von Media- und Agenturleistungen, jegliche Tätigkeiten im Bereich einer Werbeagentur sowie Tätigkeiten auf dem Gebiet des Verlagswesens.</p>
<p>Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH</p>	<p>Kapitalanteile: 77.000 € = 100,00 %</p>
<p>Geschäftsführung: Frau Petra Haarburger Herr Martin Roschkowski</p>	
<p>unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongreß GmbH & Co. oHG, Nürnberg</p>	<p>Kapitalanteile: 75.000 € = 75,00 %</p>

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr und einem Ergebnis vor Gewinnabführung ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen. Insgesamt wurden 2021 Umsatzerlöse in Höhe von 8,9 Mio. € erzielt, die um 3,8 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 8,7 Mio. € und wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Muttergesellschaft Messe Frankfurt Exhibition GmbH übernommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.986	-8.727	142

2.1.3.1 SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongress GmbH & Co. oHG, Nürnberg

Gründung: 01.04.1992	Unternehmensgegenstand: Durchführung der internationalen Fachmesse- und Kongressveranstaltung SMT/ASIC/Hybrid.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
MESAGO Messe Frankfurt GmbH	75.000 € = 75,00 %
Nürnberg Messe Service GmbH	25.000 € = 25,00 %
	100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Frau Petra Haarbürger
Herr Walter Hufnagel
Herr Martin Roschkowski

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet für 2022 die gleichen Werte bei den Umsatzerlösen und dem Jahresergebnis wie in den Jahren vor Corona.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch das Halten der Marken- und Titelrechte an der Fachmesse und dem Kongress SMT Hybrid Packaging. Die Gesellschaft beschäftigt kein Personal und erhält nur die Einnahmen aus der Nutzung der Messerechte durch die MESAGO Messe Frankfurt GmbH. Aufgrund der coronabedingten Absage der Veranstaltung erzielt die Gesellschaft 2021 keine Umsatzerlöse. Ausgewiesen wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 8 T€.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
121	-8	0

2.1.4 Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong

Gründung: 19.12.2003	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren und anderen Veranstaltungen in Hongkong und außerhalb, Förderung der ausländischen, internationalen und sonstigen Industrien und der Wirtschaft sowie alle damit verbundenen Aktivitäten.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 389.727.618 HKD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Stephan Buurma	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):	Kapitalanteile:
Messe Frankfurt (H.K.) Ltd., Hongkong	200.000 HKD = 100,00 %
Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt. Ltd., Mumbai	6.300.000 INR = 100,00 %
Messe Frankfurt Japan Ltd.	12.500.000 JPY = 100,00 %
Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul	71.736.000 KRW = 80,00 %

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 eine Verbesserung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse aufgrund ihrer Holding-Funktion im Wesentlichen durch konzerninterne Verrechnungen. Darüber hinaus weist die Gesellschaft Beteiligungserträge aus ihren asiatischen Tochtergesellschaften aus. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 563 T€ erwirtschaftet. Beteiligungserträge wurden keine erwirtschaftet, das ist eine Abweichung von -1,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Der Jahresfehlbetrag beträgt 2,7 Mio. € und liegt um 5,4 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
79.768	-2.735	3

2.1.4.1 Messe Frankfurt (H.K.) Ltd., Hongkong

Gründung: 08.03.1994	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren sowie jegliche andere Arten von Veranstaltungen weltweit.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.	Kapitalanteile: 200.000 HKD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Stephan Buurma Herr Hubert Duh	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd., Schanghai Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co., Ltd. Beijing Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou	Kapitalanteile: 4.138.250 CNY = 100,00 % 70.000 CNY = 70,00 % 20.044.625 CNY = 50,00 % 1.100.000 CNY = 55,00 %

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und einem niedrigeren Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und das Vertriebsgeschäft. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 13,7 Mio. € erwirtschaftet, die um 22,0 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 11,6 Mio. € und liegt um 20,8 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
45.061	-11.560	197

2.1.4.1.1 Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou

Gründung: 09.01.2006	Unternehmensgegenstand: Entwicklung, Bewerbung, Organisation und Durchführung aller Arten von internationalen Ausstellungen und Erbringung entsprechender Dienstleistungen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Guangzhou Guangya Exhibition & Trade Co. Ltd.	Kapitalanteile: 20.044.625 CNY = 50,00 % 20.044.625 CNY = 50,00 % 40.089.250 CNY = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Hubert Duh	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 einen Rückgang der Umsatzerlöse und des Ergebnisses.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 19,5 Mio. € erwirtschaftet, die um 2,4 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 5,2 Mio. € und liegt um 4,7 Mio. € unter dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 26,8 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
18.979	5.208	39

2.1.4.1.2 Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou

Gründung: 14.11.2014	Unternehmensgegenstand: Entwicklung, Vermarktung, Organisation und Durchführung von internationalen Messen.
--------------------------------	---

Gesellschafter: Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Guangdong Toy Association	Kapitalanteile: 1.100.000 CNY = 55,00 % 900.000 CNY = 45,00 % 2.000.000 CNY = 100,00 %
--	--

Geschäftsführung: Herr Cheng Huang Man Herr Li Zhou Ming Frau Wilmet Shea Frau Wendy Wen

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 eine Steigerung bei den Umsatzerlösen und einen gleichbleibenden Jahresüberschuss im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 5,0 Mio. € erwirtschaftet, die um 144 T€ unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 1,8 Mio. € und liegt 2,3 Mio. € unter Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 35,8 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.466	1.803	10

2.1.4.1.3 Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd., Shanghai

Gründung: 08.11.2001	Unternehmensgegenstand: Beratungsleistungen für internationale Handelsunternehmen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt (H.K.) Limited	Kapitalanteile: 4.138.250 CNY = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Richard Li	

A Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 eine Steigerung der Umsatzerlöse und im Ergebnis.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 5,7 Mio. € erwirtschaftet, die coronabedingt um 10,4 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 4,3 Mio. € und liegt um 1,5 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
12.585	-4.314	157

2.1.4.1.4 Messe Frankfurt Shenzhen Co. Ltd., Shenzhen

Gründung: 19.12.2012	Unternehmensgegenstand: Gestaltung, Erzeugung, Vermittlung und Herausgabe von inländischem und länderübergreifendem Anzeigengeschäft.
Gesellschafter: Messe Frankfurt (H.K.) Limited	Kapitalanteile: 9.298.650 CNY = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Carol Quan	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse bei einem höheren Jahresfehlbetrag ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 2,1 Mio. € erwirtschaftet, die 1,2 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 53 T€ und liegt um 60 T€ unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.062	-53	24

2.1.4.1.5 Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co. Ltd., Peking

Gründung:

28.02.2018

Unternehmensgegenstand:

Organisator und Dienstleistungsanbieter in der chinesischen Messeindustrie im Bereich Kfz-Service, -Instandhaltung und -Reparatur. Internet-Informationsservices, Organisation von Messen und Ausstellungen innerhalb und außerhalb Chinas, Beratungsdienstleistungen für Messen, Unternehmensmanagement, Investment, internationale Wirtschaftsinformationen, Handelsinformationen, Verkauf von Maschinenzubehör, Kfz-Ersatzteile, Bespannungen und Motorenöle.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt (H.K.) Ltd.
Peng Qingzhi
Wang Xu
Wang Yanyan
Zhan Yi

Kapitalanteile:

2.450.000 CNY = 70,00 %
462.000 CNY = 13,20 %
409.500 CNY = 11,70 %
94.500 CNY = 2,70 %
84.000 CNY = 2,40 %
3.500.000 CNY = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Fiona Chiew
Herr Steven Wang

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 eine Steigerung der Umsatzerlöse und des Jahresergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 2,5 Mio. € erwirtschaftet die um 2,3 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 1,4 Mio. € und liegt um 4,0 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
294	-1.358	15

2.1.4.2 Messe Frankfurt Japan Ltd., Tokio

Gründung: 29.08.2000	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen, sowie diesbezügliche Marktuntersuchungen und Werbung.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.	Kapitalanteile: 12.500.000 JPY = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jasushi Kajiwara	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 wie geplant eine Steigerung der Umsatzerlöse und im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 10,7 Mio. € erwirtschaftet, die um 6,5 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 1,5 Mio. € und liegt um 2,7 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
13.929	1.490	31

2.1.4.3 Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul

Gründung: 14.05.2001	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen sowie diesbezügliche Marktuntersuchungen und Werbung.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Asia Holding Ltd. Herr Yong-Joon Jin	Kapitalanteile: 71.736.000 KRW = 80,00 % 17.934.000 KRW = 20,00 % 89.670.000 KRW = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Yong-Joon Jin	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 einen Rückgang bei den Umsatzerlösen und eine Steigerung im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse in den geraden Jahren durch das Vertriebsgeschäft. Die einzige Messe RailLog Korea wird zweijährlich in den ungeraden Jahren durchgeführt. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 618 T€ erwirtschaftet, die 137 T€ über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 325 T€ und liegt um 108 T€ unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.149	-325	10

2.1.4.4 Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt. Ltd., Mumbai

Gründung: 01.07.1998	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Events, Konferenzen und Symposien im In- und Ausland.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.	Kapitalanteile: 6.300.000 INR = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Rajul Manek	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 wie geplant eine Steigerung der Umsatzerlöse und des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen und durch Vertriebsaktivitäten. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1,6 Mio. € erwirtschaftet, die um 1,3 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 0,9 Mio. € und liegt um 0,4 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
12.368	-886	94

2.1.5 Messe Frankfurt France S.A.S., Paris

Gründung:

12.02.2002

Unternehmensgegenstand:

Erwerb und Durchführung von Messen, Salons und Ausstellungen in Frankreich und im Ausland, Durchführung von Kongressen und Seminaren sowie sämtliche damit verbundene Aktivitäten, die Beteiligung an Gesellschaften, die in ähnlichen oder komplementären Bereichen tätig sind, der Erwerb oder die Nutzung von Lizenzen, Industrie- und sonstigen Rechten im Rahmen des Aktivitätenbereichs.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frédéric Bougeard

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 einen Anstieg bei den Umsatzerlösen und einen Rückgang beim Jahresüberschuss.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 0,7 Mio. € erwirtschaftet, die coronabedingt um 12,7 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 1,7 Mio. € und liegt um 1,2 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.684	-1.681	24

2.1.6 Messe Frankfurt Inc., Atlanta

Gründung: 21.08.1991	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Kongressen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 30.000 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Konstantin von Vieregge	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): PAACE Automechanika Mexico LLC, Atlanta PE Events LLC	Kapitalanteile: 500 USD = 50,00 % 5.200.000 USD = 50,00 %

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 wie geplant eine Steigerung der Umsatzerlöse und des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1,7 Mio. € erwirtschaftet, die aufgrund von coronabedingten Absagen von fünf Veranstaltungen um 1,8 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 3,6 Mio. € und liegt um 1,6 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.008	- 3.643	31

2.1.6.1 PAACE Automechanika Mexico LLC, Mexico-City

Gründung: 22.03.2006	Unternehmensgegenstand: Durchführung der Veranstaltung PAACE Automechanika.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Messe Frankfurt Inc.	500 USD = 50,00 %
Automotive Parts Remanufacturers Association	166 USD = 16,67 %
Motor and Equipment Manufacturers Association	167 USD = 16,67 %
Specialty Equipment Market Association	167 USD = 16,66 %
	1.000 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Konstantin von Vieregge	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 einen Anstieg bei den Umsatzerlösen und einen Rückgang beim Jahresüberschuss.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation von einer Veranstaltung (INA PAACE Automechanika), die coronabedingt nur digital stattgefunden hat. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 0,1 Mio. € erwirtschaftet, die um 0,1 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt vor Ergebnisabführung an die Anteilseigner 36 T€ und liegt um 0,2 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
815	36	0

2.1.6.2 PE Events LLC, Atlanta

Gründung: 01.07.2020	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Kongressen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Inc., Atlanta Food Processing Suppliers Association, Delaware	Kapitalanteile: 5.200.000 USD = 50,00 % 5.200.000 USD = 50,00 %
Geschäftsführung: Herr Matthew Malott Herr David Seckman Herr Konstantin von Vieregge Herr Nader Youssef	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die Gesellschaft wie geplant einen turnusbedingten Rückgang bei den Umsatzerlösen und im Ergebnis gegenüber dem Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation der zweijährlichen Veranstaltung Process Expo, die in den ungeraden Jahren stattfindet. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 4,2 Mio. € erwirtschaftet, die aufgrund des veranstaltungsfreien Vorjahres um 4,2 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt vor Ergebnisabführung an die Anteilseigner 0,1 Mio. € und liegt um 0,8 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.775	105	0

2.1.7 Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul

Gründung: 31.10.2000	Unternehmensgegenstand: Durchführung, Veranstaltung, Planung, Organisation, Management und Verwaltung aller Arten von Fachmessen, Ausstellungen und ähnlichen Aktivitäten, Organisation von Reisen zu Messen und Ausstellungen in der Türkei und im Ausland.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH Messe Frankfurt GmbH	Kapitalanteile: 370.000 TL = 99,99 % 25 TL = 00,01 % 370.025 TL = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Işın Sağlam Herr Tayfun Yardım	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 einen Anstieg bei den Umsatzerlösen und einen Rückgang beim Jahresüberschuss.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation von Veranstaltungen sowie durch Vertriebsaktivitäten. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 2,1 Mio. € erwirtschaftet, die um 0,6 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 0,5 Mio. € und liegt um 0,4 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 2,1 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.436	482	12

2.1.8 Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand

Gründung:

09.12.1998

Unternehmensgegenstand:

Durchführung und Förderung, Planung, Leitung und Verwaltung jeder Art von Messeveranstaltung sowie jegliche andere gleichartige Tätigkeit, die Beteiligung an jeder Art von Werbung und Öffentlichkeitsarbeit sowie hiermit verbundene Tätigkeiten und die Organisation von Reisen zu jeglicher in Italien oder im Ausland stattfindenden Messeveranstaltung.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

11.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Donald Wich

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 wie geplant eine Steigerung der Umsatzerlöse und des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch Vertriebstätigkeiten sowie durch die Organisation von Veranstaltungen, Kongressen und Foren. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1,0 Mio. € erwirtschaftet, die coronabedingt um 1,7 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 0,2 Mio. € insbesondere infolge nicht rückzahlungswirksamer staatlicher Zuschüsse und liegt damit um 2,0 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 21,5%.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.490	209	43

2.1.9 Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexico-City

Gründung: 07.12.2001	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen sowie diesbezügliche Marktforschung, Werbung und Vertrieb.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 8.290.714 MXN = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Konstantin von Vieregge	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft wird 2022 planmäßig stillgelegt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft organisiert keine Veranstaltungen mehr. Die Geschäftstätigkeit ruht und die Stilllegung ist vorgesehen. Umsatzerlöse wurden keinen erzielt. Der Jahresfehlbetrag beträgt 60 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
277	- 60	0

2.1.10 Messe Frankfurt Middle East GmbH, Frankfurt am Main

Gründung:

12.12.2001

Unternehmensgegenstand:

Ausrichtung, Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Kongressen, Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen, insbesondere in den Vereinigten Arabischen Emiraten und im Nahen Osten.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

75.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Wolfgang Marzin

Herr Simon Mellor

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 wie geplant eine Steigerung der Umsatzerlöse und des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen durch eine Betriebsstätte in Dubai. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 19,4 Mio. € erwirtschaftet, die um 6,2 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 1,5 Mio. € und liegt um 4,0 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.755	- 1.473	103

2.1.11 Messe Frankfurt RUS O.O.O., Moskau

Gründung: 12.09.2002	Unternehmensgegenstand: Durchführung von Vertretungen, Organisation von Ausstellungen, Messen und wissenschaftlichen Konferenzen sowie anderer, damit in Zusammenhang stehender Tätigkeiten.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH Messe Frankfurt GmbH	Kapitalanteile: 23.518.000 RUB = 99,99 % 2.000 RUB = 00,01 % 23.520.000 RUB = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Eugen Alles	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): ITEMF Expo A.O.	Kapitalanteile: 5.000 RUB = 50,00 %

A. Ausblick 2022

Der seit Februar 2022 bestehende Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat Sanktionen der westlichen Staaten zur Folge. In diesem Zusammenhang hat die Messe Frankfurt GmbH entschieden, sich aus dem russischen Markt zurückzuziehen und die Anteile an der russischen Tochtergesellschaft zu verkaufen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 5,5 Mio. € erwirtschaftet, die um 5,1 Mio. € über dem

Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 0,3 Mio. € und liegt um 1,1 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.273	- 268	45

2.1.11.1 ITEMF Expo O.O.O.,Moskau

Gründung:

11.03.2015

Unternehmensgegenstand:

Durchführung von Vertretungen, Organisation von Ausstellungen, Messen und wissenschaftlichen Konferenzen sowie anderer, damit in Zusammenhang stehender Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt RUS O.O.O.

ITE Russland

Kapitalanteile:

5.000 RUB = 50,00 %

5.000 RUB = 50,00 %

10.000 RUB = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr M. Basheliashvily

Frau Anna Manvelova

A. Ausblick 2022

Der seit Februar 2022 bestehende Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat Sanktionen der westlichen Staaten zur Folge. In diesem Zusammenhang hat die Messe Frankfurt GmbH entschieden, sich aus dem russischen Markt zurückzuziehen und die Anteile an der russischen Tochtergesellschaft zu verkaufen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 4,3 Mio. € erwirtschaftet, die um 4,2 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt

0,5 Mio. € und liegt um 1,1 Mio. € über dem Vorjahr.

Die Nachsteuerrendite beträgt 10,7 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.284	467	13

2.1.12 Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd., Johannesburg

Gründung: 01.07.2014	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen sowie diesbezügliche Marktuntersuchungen und Werbung.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 26.763.502 ZAR = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Dehn (ab Oktober 2021)	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 wie geplant eine Steigerung der Umsatzerlöse und des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen, die coronabedingt abgesagt wurden. Die Umsatzerlöse in Höhe von 0,2 Mio. € liegen um 27 T€ unter dem Vorjahr. Der Jahresfehlbetrag beträgt 1,1 Mio. € und liegt um 0,3 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.000	- 1.102	27

2.1.13 Messe Frankfurt UK Ltd., Guildford

Gründung: 28.02.2018	Unternehmensgegenstand: Durchführung von Messen und Veranstaltungen in Großbritannien sowie Erbringung aller damit verbundenen Serviceleistungen
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 100 GBP = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Simon Albert	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet 2022 wie geplant eine Steigerung der Umsatzerlöse und des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Messe Automechanika Birmingham, die zweijährlich in den ungeraden Jahren durchgeführt werden soll, hat 2021 coronabedingt nicht stattgefunden. In veranstaltungsfreien Jahren generiert die Gesellschaft ihre Umsatzerlöse durch das Vertriebsgeschäft und durch eine digitale Plattform. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 0,4 Mio. € erwirtschaftet, die um 0,2 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 1,6 Mio. € und liegt um 0,3 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.277	-1.600	14

2.2.1 Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main

Gründung:

14.12.1959

Unternehmensgegenstand:

Unterhaltung bzw. Betrieb von Gaststätten auf dem Gelände des Konzerns Messe Frankfurt am Standort Frankfurt, eines Catering- und Bankettservices innerhalb und außerhalb des Messegeländes, die Tätigkeit eines Personalverleihers im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, der Betrieb eines Möbel- und Teppichmanagements sowie die Ausübung eines Bewachungsgewerbes für bzw. auf Veranstaltungen des Konzerns Messe Frankfurt.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Venue GmbH

Kapitalanteile:

260.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Holger Heinrich Schuster

Herr Johann Thoma

A. Ausblick 2022

Planerisch war für 2022 ein volles Veranstaltungsjahr beginnend mit der Messe Heimtextil im Januar vorgesehen. Die Veranstaltungen des ersten Quartals mussten allerdings infolge der anhaltenden Corona-Pandemie im Wesentlichen abgesagt oder verschoben werden bzw. fanden in kleinerem Format statt. Für 2022 wird daher eine wesentliche Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet. Das Ergebnis nach Steuern wird daher voraussichtlich deutlich unter den Jahren 2020 und 2021 liegen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Unterhaltung bzw. den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen auf dem Gelände des Messe Frankfurt Konzerns und eines Catering- und Bankett-Services innerhalb und außerhalb des Messegeländes. Die Corona-Pandemie hat 2021 bereits im zweiten Jahr in Folge massive negative Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf. Aufgrund des faktischen Veranstaltungsverbotes fanden

2021 keine wesentlichen Veranstaltungen auf dem Messegelände Frankfurt statt. Im Berichtsjahr wurden Umsatzerlöse in Höhe von 6,39 Mio. € nach 9,99 Mio. € im Vorjahr erzielt. Dies führte zu einem negativen Ergebnis vor Verlustübernahme von -2,41 Mio. € nach einem Ergebnis vor Verlustübernahme von -6,38 Mio. € im Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.110	-2.409	265

2.2.2 Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main

Gründung:

20.07.1984

Unternehmensgegenstand:

Anbieten von Leistungen für Aussteller und Besucher im Zusammenhang mit der Beteiligung an Messerveranstaltungen am Messeplatz Frankfurt am Main wie an anderen Orten, insbesondere das Anbieten eines umfassenden Standservice, sowie von Marketing-Dienstleistung auch und insbesondere im Zusammenhang mit Messebeteiligungen, auch und insbesondere durch digitale Medien, Internet etc., Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft, insbesondere Planung, Vorbereitung, Durchführung, Kontrolle und Abrechnung von Werbe- und Promotion-Aufgaben im Inland und Ausland, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, die Durchführung von Messen und Ausstellungen im Ausland, das Durchführen von Messen im Internet („virtuelle Messe“) inklusive electronic-commerce-Geschäfte.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Venue GmbH

Kapitalanteile:

26.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Martina Bergmann

Herr Klaus Reinke

A. Ausblick 2022

Planerisch war für 2022 ein volles Veranstaltungsjahr beginnend mit der Messe Heimtextil im Januar vorgesehen. Die Veranstaltungen des ersten Quartals mussten allerdings infolge der anhaltenden Corona-Pandemie im Wesentlichen abgesagt oder verschoben werden bzw. fanden in kleinerem Format statt. Für 2022 wird daher eine wesentliche Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet. Das negative Ergebnis nach Steuern wird daher voraussichtlich auf dem Niveau der Jahre 2020 und 2021 liegen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch das Anbieten von Leistungen für Aussteller/-innen und Besucher/-innen im Zusammenhang mit der Beteiligung an Messerveranstaltungen, insbesondere Standservices und Marketingdienstleistungen. Die Corona-Pandemie hat 2021 bereits im zweiten Jahr in Folge massive negative Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf. Aufgrund

des faktischen Veranstaltungsverbotes fanden 2021 keine wesentlichen Veranstaltungen auf dem Messegelände Frankfurt statt. Im Berichtsjahr wurden Umsatzerlöse in Höhe von 9,07 Mio. € nach 21,23 Mio. € im Vorjahr erzielt. Dies führte zu einem negativen Ergebnis vor Verlustübernahme von -5,79 Mio. € nach einem Ergebnis vor Verlustübernahme von -4,26 Mio. € im Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.903	-5.786	84

3.1 FES Abfallmanagement- und Service GmbH

Gründung: 14.10.2002	Unternehmensgegenstand: Die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt-, Flächen- und sonstigen Reinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag.
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dirk Remmert Herr Benjamin Scheffler	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 122 T€ und Umsätze von 13,2 Mio. €. Für Investitionen sind 2022 Mittel von 40 T€ für Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine 100%-Tochter der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) und auf zwei Geschäftsfeldern tätig: der Durchführung von Logistikleistungen im Bereich der Entsorgung und dem Betrieb von Entsorgungsanlagen. Die Gesellschaft wird innerhalb der FES-Gruppe für Logistikleistungen eingesetzt, die nicht dem Kommunalgeschäft mit der Stadt Frankfurt am Main zuzurechnen sind. Zum Auftragsumfang zählen die Sammlung von Verkaufsverpackungen, Logistikleistungen im Rahmen von kommunalen Entsorgungsaufträgen im Frankfurter Umland und die Großbehälterabfuhr. Die Gesellschaft ist teilweise als Nachunternehmer von Unternehmen der FES-Gruppe und teilweise auf eigene Rechnung tätig. Für die Entsorgungsbranche wurde auch das Geschäftsjahr 2021 von einem anhaltend hohen Wettbewerbsdruck geprägt. Entsorgungskapazitäten für Abfälle aus Haushalten und Gewerbe waren nach wie vor knapp. Die durch die Corona-Pandemie ausgelösten Störungen der globalen Lieferketten und die damit eingehende Verknappung von Rohstoffen und Produkten wirkten sich auf den Entsorgungsmarkt aus. So stiegen auf der einen Seite die Beschaffungskosten, z. B. für Kraftstoffe und Abfallsammelbehälter, während auf der anderen Seite die Marktpreise und damit die Erlöse für Sekundärrohstoffe wie Altpapier, Almetalle

und Altholz ebenfalls deutlich anzogen. Zahlreiche Entsorgungsunternehmen nutzen das Wiederaufleben der Inflation, um bei ihren Kunden Preiserhöhungen durchzusetzen, die im Einzelfall bei mehr als 10% lagen.

Die Menge der von FAS im Frankfurter Stadtgebiet eingesammelten Leichtverpackungen (LVP) liegt mit ca. 14.800 t (Vj. ca. 14.600 t) ca. 1,4% über dem Vorjahresniveau.

Die von der Gesellschaft im Auftrag von FES betriebene Aktenvernichtungsanlage hatte 2021 einen Jahresdurchsatz von ca. 4.100 t (Vj. ca. 3.900 t). Außerdem wurden c. 1.600 t (Vj. ca. 1.800 t) Kunststoffabfälle überwiegend für die stoffliche Verwertung vorbereitet.

Die Corona-Pandemie, die als die größte Krisensituation in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gilt, hat die Leistungserbringung durch die Gesellschaft auch 2021 nicht wesentlich negativ beeinflusst.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von 179 T€ (Vj. -55 T€ Jahresfehlbetrag) erzielt. Das erzielte Ergebnis lag damit über dem für 2021 geplanten Jahresüberschuss von 95 T€.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 7,9 Mio € (Vj. 7,7 Mio. €). Darin enthalten ist eine Gewinnrücklage aus dem erstmalig per 31.12.2010 erfolgten Ausweis von aktiven latenten Steuern. Die Eigenkapitalquote beträgt 87,4 % (Vj. 89,4 %). Die Umsätze sind im Geschäftsjahr 2021 geringfügig auf 13.359 T€ (Vj. 12.327 T€) gestiegen. Die Umsatzerlöse entfallen überwiegend auf den Geschäftsbereich Entsorgungslogistik.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von 3 T€ getätigt (Vj. 8 T€). Das Anlagevermögen ist auf 7 T€ verringert (Vj. 9 T€).

Der Cashflow beträgt 185 T€ (Vj. -49 T€). Damit konnte die Gesellschaft die laufende Geschäftstätigkeit vollständig mit eigenen Mitteln finanzieren.

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende über insgesamt 160 Mitarbeiter/-innen (Vj. 157), davon 15 Angestellte (Vj. 14) und 145 Arbeiter/-innen (Vj. 143). Die Aufgaben der Berufsausbildung werden von der FES zentral wahrgenommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8.979	Jahresüberschuss: 179	160

3.2 FFR GmbH

Gründung:

14.10.2002

Unternehmensgegenstand:

Die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt-, Flächen- und sonstigen Reinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag sowie das Halten von Beteiligungen an Unternehmen, die einen entsprechenden Unternehmensgegenstand verfolgen.

Gesellschafter:

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Rolf Niermann
Herr Dirk R Emmert
Herr Benjamin Scheffler

Unmittelbare Beteiligungen:

Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin ohne Kapitaleinlage der FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG mit Sitz in Frankfurt am Main.

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von rd. 1,04 Mio. € und Umsätze von 28,7 Mio. €.

Für Investitionen sind Mittel von 4,7 Mio. € vorgesehen, überwiegend für Nutzfahrzeuge.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine 100%-Tochter der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES). Sie ist Marktführerin im Rhein-Main-Gebiet für gewerblichen Winterdienst und private Flächenreinigung. Darüber hinaus bietet die Gesellschaft Dienstleistungen in den Bereichen Verkehrssicherung, Veranstaltungsservice, Grünpflege, Innen- und Industriereinigung sowie Abfallbehälterstandplatzbewirtschaftung sowie Logistik an.

Für all diese Marktsegmente bietet das Rhein-Main-Gebiet nach wie vor großes Potential. Dabei ist die Wettbewerbssituation in Abhängigkeit von der jeweiligen Marktentwicklung und der Anzahl und Größe der Mitbewerber/-innen unterschiedlich. Im Reinigungsgewerbe, das seit Jahren stagniert und von einem Trend zur Konzentration auf große Unternehmen geprägt wird, herrscht ein ausgeprägter Preiskampf. In den übrigen Tätigkeitsfeldern, die z.T. noch Marktwachstum bieten, trifft die Gesellschaft dagegen auf weniger und überwiegend kleinere Wettbewerber. Allerdings nimmt auch hier der Wettbewerbsdruck zu, vor allem von Unternehmen, die zuvor nicht im Großraum Frankfurt am Main tätig waren.

Die Gesellschaft hat im Laufe des Geschäftsjahrs ihre führende Marktposition im Rhein-Main-Gebiet, insbesondere in den Geschäftsfeldern Winterdienst, Flächenreinigung und Verkehrssicherung, in einem von zunehmendem Wettbewerb gekennzeichneten Umfeld behaupten können. Trotz erheblicher, durch die Corona-Pandemie bedingte Umsatzeinbußen aus dem Wegfall von Großveranstaltungen, z. B. Hessentag, Ironman, Dippemess und Museumsuferfest, konnte die Geschäftstätigkeit nicht nur auf dem Vorjahresniveau gehalten, sondern sogar noch geringfügig ausgebaut werden.

Hierzu haben insbesondere zusätzliche Reinigungsaufträge der Stadt Frankfurt am Main beigetragen, die als Reaktion auf die stark gestiegene Verschmutzung des öffentlichen Raums vor allem durch To-Go-Verpackungen erforderlich wurden. Außerdem hat FES die Gesellschaft mit der Reinigung der Grünflächen unterbeauftragt.

Im Zuge von Ausschreibungen hat die Gesellschaft im Laufe des Geschäftsjahrs u. a. die Ausführung von Reinigungsarbeiten und Winterdienst im Industriepark Höchst und an allen Objekten der Goethe-Universität gewinnen können sowie die Bewirtschaftung des Wertstoffhofes Kelsterbach.

Die Niederlassung Wiesbaden wurde von der Landeshauptstadt Wiesbaden u. a. mit Heckenschnittarbeiten und von den Mainzer Stadtwerken mit Winterdienst beauftragt.

Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 besser als geplant entwickelt. Die wirtschaftlichen Aussichten werden als stabil beurteilt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 1,21 Mio. € (Vj. 992 T€) erzielt. Das erzielte Ergebnis liegt damit über dem Vorjahresergebnis. Die positive Ergebnisentwicklung ist in erster Linie auf diverse Maßnahmen zur Optimierung der betrieblichen und administrativen Prozesse zurückzuführen, die die Gesellschaft in den zurückliegenden Jahren umgesetzt hat.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 12,7 Mio. € (Vj. 11,5 Mio. €). Darin enthalten ist eine Gewinnrücklage von 25 T€ (Vj. 25 T€) aus dem erstmalig zum 01.01.2010 erfolgten Ausweis von aktiven latenten Steuern. Die Eigenkapitalquote beträgt 72,6 % (Vj. 73,8 %).

Die Umsätze stiegen um 14,3 % auf 30,3 Mio. € (Vj. 26,5 Mio. €) und liegen damit über dem Planansatz von 24,9 Mio. €. Zu diesem Umsatzwachstum trugen fast alle Geschäftsbereiche der Gesellschaft bei. Lediglich die Verkehrssicherung, der bedingt durch die Corona-Pandemie wichtige Aufträge weggebrochen sind, konnte den Vorjahresumsatz nicht ganz erreichen. Der umsatzstärkste Geschäftsbereich war wiederum Reinigung und Grünpflege (36 %, Vj. 37 %) gefolgt von Winterdienst (27 %, Vj. 23 %), der Niederlassung Mainz/Wiesbaden (21%, Vj. 21%), Verkehrssicherung (9 %, Vj. 11 %) und der Niederlassung Darmstadt (11 %, Vj. 8 %). Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr insgesamt 2,8 Mio. € (Vj. 3,2 Mio. €) investiert. Der überwiegende Teil dieser Investitionen entfällt auf die Ausweitung und Modernisierung des Fuhrparks. Ein weiterer Investitionsschwerpunkt waren Ausstattungen für die Verkehrssicherung und die EDV-Ausstattung. Der Wertansatz

des Anlagevermögens ist auf 8,7 Mio. € (Vj. 9,1 Mio. €) gesunken. Der Cashflow beträgt 4,3 Mio. € (Vj. 3,6 Mio. €) und hat es der Gesellschaft ermöglicht, neben der laufenden Geschäftstätigkeit auch alle Investitionen mit eigenen Mitteln zu finanzieren.

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende über insgesamt 277 eigene Mitarbeiter/-innen (Vj. 279), davon 69 Angestellte (Vj. 62) und 208 Arbeiter/-innen (Vj. 216). Darüber hinaus wurden in Abhängigkeit vom jeweiligen Auftragsbestand sowohl Aushilfen als auch Subunternehmer mit eigenem Personal eingesetzt. Die Zahl der Mitarbeiter/-innen konnte trotz der durch die Corona-Pandemie verursachten Umsatzausfälle in etwa auf Vorjahresniveau gehalten werden. Auch musste nicht auf Kurzarbeit zurückgegriffen werden.

Der Fuhrpark bestand zum Bilanzstichtag aus 535 Fahrzeugen (Vj. 509 Fahrzeuge) und 17 Kehrmaschinen (Vj. 16 Kehrmaschinen).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
17.493	1.206	277

3.3 FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/ Wiesbaden KG

Gründung: 19.07.2010	Unternehmensgegenstand: Die Verwaltung, die Verpachtung und die Entwicklung des Grundstücks Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7 in Wiesbaden.
Gesellschafter (Kapitalanteile Kommanditist): FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 1.200.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: FFR GmbH (Vertreten durch Herrn Rolf Niemann, Herr Dirk Remmert, Herr Benjamin Scheffler)	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 36 T€ und Umsatzerlöse von 100 T€. Investitionen sind in 2022 nicht vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Pächterin des im Unternehmensgegenstand genannten Grundstücks ist die Remondis GmbH & Co. KG, Region Südwest. Remondis ist 49 %-Gesellschafter der FES.

Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr wie erwartet entwickelt. Die wirtschaftlichen Aussichten werden als stabil beurteilt. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 50 T€ (Vj. 49 T€) erzielt. Das Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 1,2 Mio. €, die Eigenkapitalquote ging auf 65,5 % (Vj. 67,7%) zurück. Die Umsätze, die aus der Verpachtung des Grundstückes stammen, betragen

im Geschäftsjahr 2021 100 T€. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 wiederum keine Investitionen getätigt. Der Wertansatz des Anlagevermögens betrug zum Bilanzstichtag 1,0 Mio. € (Vj. 1,0 Mio. €). Die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte über den Cashflow, der im Geschäftsjahr 65 T€ (Vj. 65 T€) betrug. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter/-innen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.833	50	0

3.4 MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH

Gründung: 06.01.2003	Unternehmensgegenstand: Der Betrieb, die Unterhaltung und Instandhaltung des Müllheizkraftwerks (MHKW) in Frankfurt am Main-Nordweststadt, nämlich die Müllverbrennung sowie die Erzeugung und Lieferung von Wärme (Heizwasser) und elektrischem Strom.
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Mainova AG	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dirk Remmert Herr Winand Zeggel	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2022 ein ausgeglichenes Jahresergebnis nach Steuern und Umsätze von 46,0 Mio. €.

Für Investitionen sind in 2022 Mittel von insgesamt 7,0 Mio. € vorgesehen. Der überwiegende Teil dieses Betrags entfällt auf die Ergänzung bzw. Erneuerung von technischen Anlagen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Das Unternehmen agiert in zwei voneinander unabhängigen Branchen, zum einen im Entsorgungsmarkt und zum anderen im Versorgungsmarkt.

Die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA GmbH) ist Eigentümerin des Verbrennungsteils (AVA), Mainova ist Eigentümerin des Heizkraftwerksteils (HKW). Die AVA GmbH hat das HKW von der Mainova gepachtet und die Gesellschaft hat die Gesamtanlage von der AVA GmbH gepachtet.

Der Entsorgungsmarkt war auch im Geschäftsjahr 2021 von einer hohen Auslastung der Entsorgungskapazitäten für Abfälle aus Haushalten und Gewerbe gekennzeichnet. Diese Situation hatte eine stabilisierende Wirkung auf das Preisniveau bei der thermischen Abfallbehandlung. Insbesondere die Sperrmüllmengen, die im Juli bei der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen anfielen, haben in der zweiten Jahreshälfte über diese Bundesländer hinaus zur Vollausslastung von Abfallverbrennungsanlagen beigetragen.

Der Versorgungsmarkt umfasst sowohl den lokalen Markt für Fernwärme als auch den bundesweiten

Strommarkt. Im Fernwärmeversorgungsmarkt hat das MHKW die Wärmeversorgung für mehrere Frankfurter Stadtteile sicherzustellen. Daher hat die Produktion von Heizwasser Vorrang vor der Stromerzeugung, dem anderen Teilmarkt.

Der Betrieb des MHKW verlief im Geschäftsjahr 2021 weitgehend stabil. Der überwiegend durch Betriebsstörungen verursachte Produktionsausfall bei der Müllverbrennung lag – gemessen an der möglichen Verbrennungsleistung – mit 21.060 t über dem Vorjahreswert (Vj. 18.198 t). Dieser Wert entspricht 4,0 % (Vj. 3,5 %) der genehmigten Verbrennungskapazität. Am stärksten zum Verlust von Verbrennungsleistung beigetragen hat ein Brandschaden an der Ölstation einer der vier Verbrennungslinien. Die Anzahl der Entschlackerstörungen ist zwar auf 16 (Vj. 8) gestiegen, liegt damit aber immer noch deutlich unter dem Niveau der Vergangenheit, d. h. vor der diesbezüglichen Optimierung der Anlagentechnik.

Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr bei der Vermarktung von Strom über die Strombörse EEX einen durchschnittlichen Preis von 50,27 €/MWh (Vj. 45,31 €/MWh) Erlösen.

Die Witterung spielt für die Nachfrage von Fernwärme eine wesentliche Rolle. Im Jahr 2021 lagen die Gradtagszahlen im Rhein-Main-Gebiet während der Heizperiode über dem Erwartungswert. Dies trug dazu bei, dass der Fernwärmeabsatz um rund 17 % über dem Planansatz lag (Vj. rd. 9 % unter Plan).

Die Corona-Pandemie, die als die größte Krisensituation in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gilt, hat den Anlagenbetrieb auch 2021 nicht wesentlich negativ beeinflusst.

Aufgrund der Verpflichtung von FES, sämtliche notwendigen und nachgewiesenen Kosten der MHKW GmbH auszugleichen, soweit sie nicht durch Energieerlöse gedeckt werden, sind die Kosten und die Energieerlöse wesentliche Steuerungsgrößen der Gesellschaft.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr ein Jahresergebnis von 0 € (Vj. 0 €) erzielt. Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag unverändert 39 T€ (Vj. 39 T€).

Im Geschäftsjahr 2021 wurden insgesamt 509.454 t (Vj. 510.737 t) Abfälle verbrannt. Damit konnte zwar die mit 514.037 t geplante Durchsatzmenge nicht realisiert, wohl aber die Vorjahresmenge fast erreicht werden. Der Verlust an Verbrennungsleistung durch den Brandschaden Anfang Juli 2021 wurde durch den temporären 4-Linien Betrieb zum Ende des Geschäftsjahres weitgehend kompensiert.

Das MHKW speiste 529.585 MWh (Vj. 433.245 MWh) Heizwasser in das Fernwärmesystem der Mainova und 211.087 MWh (Vj. 234.670 MWh) Strom in das Mittelspannungsnetz der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH ein. Der Heizwasserabsatz erreichte einen historischen Höchstwert, da es im Frühjahr 2021 gelungen ist, das Heizwasserverbundsystems weiter zu optimieren. Der Rückgang der Stromeinspeisung ist in erster Linie auf den Vorrang der Heizwassererzeugung zurückzuführen.

Die Umsätze erreichten 56,4 Mio. € (Vj. 61,0 Mio. €) und liegen damit über dem Planansatz für 2021 von 55,0 Mio. €. Die Umsätze entfallen zum überwiegenden Teil auf den Abfalllieferungsvertrag mit FES. Die restlichen Umsätze betreffen die Veräußerung von Heizwasser und Strom an Mainova. Im Jahre 2021 hat eine Sonderpachtzahlung an die AVA GmbH zu einem höheren Verbrennungsentgelt und damit zu höheren Umsatzerlösen geführt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 insgesamt 321 T€ (Vj. 472 T€) investiert. Der wesentliche Teil dieser Investitionen entfällt auf Modifikationen der Anlagentechnik. Das Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag 1,7 Mio. € (Vj. 1,7 Mio. €). Der Cashflow betrug im Geschäftsjahr 2021 288 T€ (Vj. 267 T€).

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende über 81 Mitarbeiter/-innen (Vj. 76), davon 18 Angestellte (Vj. 17) und 62 Arbeiter/-innen (Vj. 59) und 1 Auszubildender (Vj. 0 Auszubildende). Das übrige für die Betriebsführung erforderliche Personal wird von FES zur Verfügung gestellt. Der Anstieg der Beschäftigtenzahl resultiert daraus, dass alle bisher von FES und Mainova zur Verfügung gestellten Mitarbeiter/-innen, die im Rahmen der Fluktuation ausscheiden, durch neue Mitarbeiter/-innen ersetzt werden, die direkt von der Gesellschaft beschäftigt werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
19.061	0	81

3.5 RMB Rhein-Main Biokompost GmbH

Gründung: 30.06.1995	Unternehmensgegenstand: Die Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Behandlung und Verwertung organischer Abfälle und anderer geeigneter Materialien sowie die Vermarktung der Erzeugnisse.
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	Kapitalanteile: 51.129 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Peter Dumin Herr Aloys Oechtering Herr Benjamin Scheffler	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 0,9 Mio. € und Umsätze von 10,1 Mio. €. Für Investitionen sind 2022 Mittel von insgesamt 0,9 Mio. € vorgesehen. Annähernd die Hälfte dieser Mittel entfallen Ersatzbeschaffungen für Anlagentechnik und Fahrzeuge.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt im Frankfurter Osthafen im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main eine Bioabfallbehandlungsanlage. Diese Anlage wird vorrangig mit organischen Abfällen aus dem Stadtgebiet Frankfurt am Main ausgelastet. Seit 2018 kann nunmehr auch Biogas in Erdgasqualität ins Netz eingespeist werden. Zusätzlich werden noch weitere organische Abfälle verwertet, z. B. Grünschnitt aus dem Koffer- raumservice für Frankfurter Bürgerinnen und Bürger. Das am 01.06.2012 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) schreibt vor, dass überlassungspflichtige Bioabfälle spätestens ab dem 01.01.2015 getrennt zu sammeln sind. Dies hat eine deutliche Ausweitung der kommunalen Bioabfallsammlung und einen Anstieg der Verwertungsmenge von Bioabfällen aus Haushalten bewirkt.

Diese Entwicklung betrifft auch das Rhein-Main-Gebiet: Seitdem haben dort zahlreiche weitere Kommunen die flächendeckende Bioabfallsammlung eingeführt, von denen einige ihre Bioabfälle bei der Gesellschaft zur Verwertung anliefern. Der Beschluss der Bundesrepublik Deutschland, im Rahmen der Energiewende beschleunigt aus der Stromerzeugung mittels Kernkraft auszusteigen und bis 2038 auch die

Verstromung von Kohle zu beenden, machen es notwendig, die regenerativen Energieerzeugung massiv auszubauen. Dies verbessert die Marktchancen für die Produzenten von Biogas sowie von Strom aus Windenergie, Sonneneinstrahlung und Biomasse.

Seit Anfang des Geschäftsjahres gilt zwischen der Stadt Frankfurt am Main und FES ein neuer Vertrag über Bioabfallverwertung. Bestandteil dieses Vertrages, der eine Laufzeit von zwanzig Jahren hat, ist die Verpflichtung von FES, die Gesellschaft als Nachunternehmer mit der Verwertung der Frankfurter Bio- und Grünabfällen zu beauftragen.

Der Betrieb der Bioabfallbehandlungsanlage der Gesellschaft verlief auch im Geschäftsjahr 2021 stabil. Insgesamt wurden der Anlage 70.915 t (Vj. 69.507 t) Bio-, Grün- und andere organische Abfälle angeliefert, dies entspricht einem Anstieg um 2,0 % (Vj. 5,8 %). Die Anlage war auch im Geschäftsjahr 2021 gut ausgelastet. Der Anteil der Störstoffe ist auf 1.871 t (Vj. 1.978 t) zurückgegangen und liegt mit 5,4% unter dem Vorjahresniveau (Vj. + 11,4%). Die Menge der angelieferten Bioabfälle aus der Hausmüllsammlung in Frankfurt am Main hat um 7,3 % auf 30.412 t (Vj. 28.353 t) zugenommen. Im Geschäftsjahr wurden auf dem von der Gesellschaft betriebenen Biomasseaufbereitungsplatz insgesamt 9.987 t (Vj. 10.898 t) Grünabfälle behandelt und je nach Eignung entweder zu Brennstoff für Biomasseanlagen, zu Erds substrat oder zu Strukturmaterial verarbeitet bzw. weitervermarktet. Die Vermarktungsmenge, die sich aus dem in der Anlage in verschiedenen Qualitäten erzeugten Kompost und aus Handelsware zusammensetzt, betrug insgesamt 30.579 t (Vj. 32.805 t). Dies entspricht einem Rückgang des Absatzes als lose Ware um 6,8%. Der Absatz von

Kompost und Dünger der Marke RETERRA als Sackware ab Bioabfallbehandlungsanlage nahm gegenüber dem Vorjahr um 6,2 % auf 8.767 Stück (Vj. 9.342 Stück) zu.

Mit dem im Rahmen des Vergärungsprozesses produzierten Biogas wurden von der Gesellschaft insgesamt ca. 2.293 MWh (Vj. 2.207 MWh) elektrischer Strom erzeugt. Damit konnte die Bioabfallbehandlungsanlage den gesamten Eigenbedarf an Strom selbst erzeugen und darüber hinaus per Saldo 453 MWh (Vj. 589 MWh) Strom ins öffentliche Netz einspeisen. Der überwiegende Teil des Biogases wurde auf einem benachbarten Grundstück durch einen Vertragspartner zu Erdgasqualität aufbereitet und anschließend in das lokale Erdgasversorgungsnetz eingespeist: 23.836 MWh (Vj. 21.444 MWh). Die Gesellschaft betreibt auf den Dachflächen der Bioabfallbehandlungsanlage eine Photovoltaikanlage (PVA) mit einer Nennleistung von 236 kWp. Die PVA hat im Geschäftsjahr insgesamt 231 MWh (Vj. 240 MWh) ins öffentliche Netz eingespeist.

Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr positiver als geplant entwickelt. Die wirtschaftlichen Aussichten werden als stabil beurteilt. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 1,2 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €) erzielt. Dieses Ergebnis liegt deutlich über dem geplanten Jahresüberschuss von 0,9 Mio. €. Der Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr ist unter dem Strich auf eine Preisanpassung zurückzuführen.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 3,0 Mio. € (Vj. 3,1 Mio. €), davon sind 114 T€

(Vj. 136 T€) ausschüttungsgesperrt. Die Eigenkapitalquote stieg auf Grund des Rückganges der Bilanzsumme auf 33,0 % (Vj. 31,1 %). Die Umsätze lagen mit 10,4 Mio. € um 3,6 % unter dem Vorjahresniveau (10,8 Mio. €). Der überwiegende Teil der Umsatzerlöse entfällt auf die Verwertung der Bioabfälle aus der kommunalen Bioabfallsammlung in Stadt Frankfurt am Main. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 insgesamt 0,3 Mio. € (Vj. 0,8 Mio. €) investiert. Der überwiegende Teil dieses Betrags entfällt auf Maßnahmen zur Ertüchtigung des BHKW. Dank des hohen Cashflows von 2,3 Mio. € konnten neben der laufenden Geschäftstätigkeit auch die Investitionen mit eigenen Mitteln finanziert werden. Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende 2021 über insgesamt 16 Mitarbeiter/-innen (Vj. 18), davon 5 Angestellte (Vj. 5) und 11 Arbeiter/-innen (Vj. 13). Die Organisation der Berufsausbildung wird von der FES zentral wahrgenommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.096	1.248	16

3.6 RMS Rhein-Main Solarpark GmbH

<p>Gründung: 10.01.2011</p>	<p>Unternehmensgegenstand: Der Betrieb der Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Deponie Dreieich-Buchsschlag sowie die Errichtung, der Betrieb und der Erwerb von Eigentum an Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie.</p>
<p>Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Stadtwerke Dreieich GmbH</p>	<p>Kapitalanteile: 50.000 € = 50,00 % 50.000 € = 50,00 % 100.000 € = 100,00 %</p>
<p>Geschäftsführung: Herr Steffen Arta Herr Benjamin Scheffler</p>	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 40 T€ und Umsatzerlöse von 2,1 Mio. €. Investitionen sind 2022 nicht vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Joint Venture der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES), Frankfurt am Main, und der Stadtwerke Dreieich GmbH (SWD), Dreieich.

Die Photovoltaikanlage (PVA) Dreieich-Buchsschlag hat eine Nennkapazität von 8,2 MWp und wurde im Jahr 2011 von der FES errichtet. Die Gesellschaft hat im Jahr 2012 Anlagenteile mit einer Nennleistung von ca. 4 MWp von der FES erworben. Die übrigen Anlagenanteile wurden von der FES an 175 Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet, drei regional ansässige Energieversorgungsunternehmen, zwei Energiegenossenschaften sowie ein Unternehmen veräußert, das mit dem Generalübernehmer für den Bau der PVA verbunden ist. Seit Anfang April 2012 wird der von der PVA erzeugte Solarstrom in das Versorgungsnetz der SWD eingespeist.

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag aller Eigentümer/-innen die gesamte technische und kaufmännische Geschäftsbesorgung sowie die Stromvermarktung und die Abrechnung der auf die einzelnen Eigentümer/-innen entfallenden Erträge und Aufwendungen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft im Auftrag des Grundstückseigentümers, des Landesbetriebes Hessenforst, bzw. der für die Deponienach-

sorge verantwortlichen Stadt Frankfurt am Main weitere Aufgaben übernommen, z. B. Grünpflege und Anlagensicherung. Zur Durchführung der diversen Aufgaben bedient sich die Gesellschaft, die selbst keine Mitarbeiter/-innen beschäftigt, der Leistungen Dritter und hat zu diesem Zweck u. a. Geschäftsbesorgungsverträge mit der FES und SWD abgeschlossen.

Im Jahr 2021 wurden in Deutschland geschätzte 51 TWh Solarstrom produziert. Damit trug Solarenergie mit 9,1 % (Vj. 9 %) zur Stromerzeugung in Deutschland bei.

Für den Zeitraum Januar bis Dezember 2021 wurde eine Gesamtromeinspeisung von 7.885 MWh erwartet, die tatsächliche Solarstromerzeugung 2021 betrug 8.368 MWh (Vj. 8.783 MWh), d. h. der Planwert wurde um 483 MWh (+ 6,1 %), (Vj. 882 MWh, + 11,2 %) überschritten. Während in den Monaten Januar, August, November und Dezember des Geschäftsjahres die Sonneneinstrahlung unter dem Erwartungswert lag, wurde der Planwert in allen anderen Monaten des Jahres übertroffen, besonders im März um 28,2 %. Im Februar und im September wurden 25,8% bzw. 27,4% mehr als erwartet produziert. Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr besser als geplant entwickelt, die wirtschaftlichen Aussichten werden als weiterhin stabil beurteilt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 185 T€ (Vj. 222 T€) erzielt. Dieses Ergebnis liegt über dem für 2021 geplanten Jahresüberschuss von 158 T€. Ursachen sind u.a. höher als erwartete Erlöse aus der Stromvermarktung.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 2,2 Mio. € (Vj. 2,0 Mio. €). Die Eigenkapitalquote liegt bei 36,5 % (Vj. 32,7 %).

Die Umsätze betragen 2,0 Mio. € (Vj. 2,1 Mio. €) und entfallen überwiegend auf den Verkauf des von der PVA erzeugten Solarstroms. Die Überschreitung des geplanten Umsatzes von 1,9 Mio. € ist auf eine witterungsbedingt höhere Einspeisung von Solarstrom zurückzuführen.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 wiederum keine Investitionen getätigt.

Die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte über den Cashflow, der im Geschäftsjahr 548 T€ (Vj. 585 T€) betrug. Die Finanzierung der von der Gesellschaft erworbenen Anlagenteile der PVA erfolgt über ein langfristiges Schuldscheindarlehen.

Die Gesellschaft beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter/-innen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
5.949	185	0

3.7 TRAPP Handelsgesellschaft mbH

Gründung: 14.12.2010	Unternehmensgegenstand: Die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfall- und Recyclingwirtschaft sowie auf dem Gebiet des Handels von Wert- und Rohstoffen, insbesondere des Altpapierhandels und der Altpapiervermarktung.
--------------------------------	---

Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH KG Ludwig Melosch Vertriebs GmbH & Co., Ahrensburg	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
---	---

Geschäftsführung: Herr Dr. Christian Werner Dommermuth Herr Gerhard-Bülent Orkunt Herr Lars Sievers

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft konzentriert sich auf den internationalen Handel mit hochwertigen Altpapiersorten. Altpapier ist ein weltweit gehandelter Sekundärrohstoff, dessen Marktpreise von globalen Entwicklungen, z.B. der Nachfrage aus Fernost und dem Ende 2020 schlussendlich vollzogenen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union beeinflusst werden. Die Weltmarktpreise für Altpapier unterliegen unterjährig erheblichen Schwankungen. Die Corona-Pandemie hat weltweit auch die Rohstoffmärkte massiv beeinflusst. Auch in 2021 konnte die Gesellschaft ihr Handelsvolumen weiter ausbauen. Alle angestrebten kommunalen PPK-Ausschreibungen (Papier, Pappe und Kartonagen) konnten gewonnen werden.

Die Umsätze im Geschäftsjahr betragen 29.744 Mio. € (Vj. 17,3 Mio. €). Die Umsatzerlöse entfallen auf den Verkauf von hochwertigen Altpapierchargen, die zuvor sowohl im Inland als auch europäischen Ausland angekauft wurden.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 1.293 T€ (Vj. 7.077 T€). Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 516 T€ (Vj.

412 T€) erzielt. Die Gesellschaft beschäftigte zum Bilanzstichtag 5 Mitarbeiter/-innen (Vj. 5).

Ausblick

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 290 T€ und Umsätze von 14 Mio. €. Für Investitionen sind Mittel von 20 T€ vorgesehen. Die wirtschaftlichen Aussichten werden als stabil beurteilt.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)
5.027	516	5

4.1 Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Gründung: 12.12.2003	Unternehmensgegenstand: Bereitstellung von Infrastruktur für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Raasch	

A. Ausblick 2022

Aufgrund der Vereinbarung mit der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) über die Nutzung der Gebäude für die Gleichrichterwerke und der damit verbundenen Kostenerstattung, geht die Geschäftsführung für die kommenden Jahre von Ergebnissen in Höhe des Berichtsjahres aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft (NIG) wurde am 12.12.2003 als Vorratsgesellschaft gegründet, um die Option zu wahren, Teile der Verkehrsinfrastruktur (U-Bahn-Tunnel und Trassen) in die NIG einzulegen. Im Geschäftsjahr 2004 hatte die Gesellschaft lediglich Gebäude und Grundstücke von Gleichrichteranlagen (für rund 1,5 Mio. €) erworben. Über die bestehende wirtschaftliche Tätigkeit – die Bereitstellung von Gleichrichterwerken für den öffentlichen Personennahverkehr – hinaus, hat die NIG auch im Jahr 2021 keine weiteren Tätigkeiten aufgenommen. Die geschäftlichen Aktivitäten begrenzten sich im Geschäftsjahr 2021 auf die, von der SWF Holding abgewickelte, laufende Verwaltung der Gesellschaft. Die hieraus resultierende Überdeckung summiert sich zu einem Gewinn von rund 1 T€ (Vj. 1 T€), der gemäß Gewinnabführungsvertrag mit der SWF Holding vollständig an diese abgeführt wird. Der in der Gewinn- und Verlustrechnung - vor Ge-

winnabführung - ausgewiesene Jahresgewinn resultiert daraus, dass den betrieblichen Erträgen in Höhe von 74 T€ (Vj. 72 T€) insgesamt betriebliche Aufwendungen und sonstige Steuern von 73 T€ (Vj. 71 T€) entgegenstehen. Zum Bilanzstichtag ergaben sich gegenüber dem Vorjahr nur geringe Veränderungen bei den Kapitalstruktur- und Bilanzrelationen. Die Bilanzsumme hat sich um 93 T€ auf 1.106 T€ verringert. Das Anlagevermögen, welches ausschließlich Grundstücke und Gebäude für Gleichrichterwerke enthält, hat sich aufgrund von planmäßigen Abschreibungen um 34 T€ auf 1.105 T€ verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt um 5 % höher als im Vorjahr und beträgt 100 %.

Die Eigenkapitalquote liegt unverändert bei 2 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.106	1	0

4.2 Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Gründung:

11.12.1996

Unternehmensgegenstand:

Bereitstellung von Energiedienstleistungen. Die Gesellschaft ist tätig als Energiedienstleistungsunternehmen auf dem Energiemarkt. Die Gesellschaft betätigt sich in folgenden Bereichen: Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie und Wärme/Kälte sowie der Errichtung der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energiedienstleistungen erforderlich ist; Durchführung von Energiesparprogrammen, Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Verminderung des Bedarfs an Energie.

Gesellschafter:

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

Kapitalanteile:

25.565 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Thomas Raasch

A. Ausblick 2022

Auf Grund des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags wird die Gesellschaft auch zukünftig ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die geschäftlichen Aktivitäten begrenzten sich im Geschäftsjahr 2021 auf die von der SWF Holding abgewickelte, laufende Verwaltung der Gesellschaft. Im Berichtsjahr wurde, wie im Vorjahr, erwartungsgemäß ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt. Zum Bilanzstichtag beträgt die Bilanzsumme unverändert 26 T€. Die Eigenkapitalquote liegt weiterhin bei 100 % der Bilanzsumme. Die gemeinsame Disposition von liquiden Mitteln erfolgt seit dem Jahr 2012 über das Konzern-Cash-Pooling bei der SWF Holding.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
26	0	0

5.1 Afriport S.A.

Gründung: 20.10.2006	Unternehmensgegenstand: Investitionen in Flughafenprojekte in Afrika.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 1.850.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Siehe Aufsichtsrat	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	4 Mitglieder Herr Christian Bühlmann Herr Grégoire Mure Herr Guido Hanebrink Herr Kai Zobel
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %): Daport S.A.	Kapitalanteile: 1.452.499 € = 100,00 %

A. Ausblick 2022

Die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft wird derzeit geprüft.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Derzeit keine Aktivitäten, da das Tochterunternehmen von Afriport nicht wie ursprünglich angedacht den Betrieb eines Flughafens im Senegal übernehmen wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und das Board of Directors (Aufsichtsrat).

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6	-42	0

5.1.1 Daport S.A., i. L.

Gründung: 07.12.2006	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Aéroport International Blaise Diagne in Dakar, Senegal.
Gesellschafter: Afriport S. A.	Kapitalanteile: 1.452.499 EUR = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Ulrich Heppe	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	2 Mitglieder Herr Christoph Nanke Herr Alexander Zinell

A. Ausblick 2022

Da die Gesellschaft nicht wie ursprünglich angedacht den Betrieb des Flughafens im Senegal übernimmt wird derzeit die Liquidation der Gesellschaft angestrebt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Daport S.A. wird nicht - wie ursprünglich angedacht - den Betrieb eines neuen Flughafens im Senegal übernehmen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors (Aufsichtsrat) und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.485	-4	0

Die Gesellschaft ist inaktiv beziehungsweise in Liquidation

5.2 AirIT Services GmbH

Gründung: 18.02.2000	Unternehmensgegenstand: Lieferung und Errichtung von Informations- und Kommunikationsanlagen auf den Liegenschaften von Flughäfen (u. a. Flughafen Hahn und Flughafen Frankfurt und Umgebung) sowie die Erstellung von Softwareprogrammen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 500.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Fritz Oswald Herr Klaus Schultz-Fademrecht	

A. Ausblick 2022

Das Jahresergebnis entwickelt sich in Abhängigkeit der Auftragslage bezüglich der IT-Dienstleistungen. Es wird damit gerechnet, dass sich der am Standort Hahn erwirtschaftete Umsatzanteil weiterhin reduzieren wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Sowohl der Umsatz als auch der Jahresüberschuss konnten im vergangenen Geschäftsjahr gesteigert werden, im Wesentlichen bedingt durch negative Corona-Effekte im Vorjahr. Weiterhin wurden vergleichsweise mehr neue Projekte durchgeführt, die durch die notwendige Beschaffung von Hardware mit höherem Materialaufwand verbunden sind.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
5.355	863	24

5.3 Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH

Gründung: 22.12.1989	Unternehmensgegenstand: Vermittlung/Verwaltung von Versicherungen und Beteiligungen. Vergabe, Verwaltung, Abtretung, Veräußerung und Versicherung von Darlehen an mit der Fraport AG verbundene Unternehmen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 52.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Hans Jörg Schill	

A. Ausblick 2022

Für 2022 ist bei einem konstanten Prämien- und Courtagevolumen im Versicherungsgeschäft mit Umsatzerlösen und einem Jahresüberschuss in Höhe des Vorjahres zu erwarten. Aufgrund des ab 2016 geltenden Ergebnisabführungsvertrages wird dieser in voller Höhe an die Fraport AG abgeführt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft ist als Makler zwischen verschiedenen Versicherungsgesellschaften und dabei primär für ihre alleinige Gesellschafterin, die Fraport AG, tätig. Aufgrund vorgezogener Courtagezahlungen im Vorjahr liegen die Erlöse aus der Versicherungsver-

mittlung wie auch der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung im Berichtsjahr 2021 leicht unter dem des Vorjahres.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
169.582	3.126	10

5.3.1 Fraport Malta Business Services Ltd.

Gründung: 25.11.2005	Unternehmensgegenstand: Vergabe von Darlehen an Gesellschaften/Beteiligungen der Fraport AG.
Gesellschafter: Fraport Malta Ltd. Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	Kapitalanteile: 1.499 € = 99,93 % 1 € = 00,07 % 1.500 € = 100,00 %
Board of Directors (Geschäftsführung): Herr Patrick B. Brown Herr Achim Gaydos Herr Dirk Klaus Harant Herr Michael Schütt	

A. Ausblick 2022

Das Jahresergebnis hängt primär von Darlehensvergaben an andere Konzern-Gesellschaften und Joint Ventures / Minderheitsbeteiligungen ab sowie von der Entwicklung der Zinsen am Kapitalmarkt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Finanzierungstätigkeiten für Unternehmen des Fraport-Konzerns und Joint Ventures / Minderheitsbeteiligungen getätigt. Die positive Entwicklung des Jahresüberschusses resultiert aus einer erfolgten Steuergutschrift im Berichtsjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung sowie das Board of Directors (Geschäftsführung).

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
451.918,47	8.413,16	5

5.4 Airport Cater Service GmbH

Gründung: 01.01.1997	Unternehmensgegenstand: Bewirtschaftung von Verpflegungseinrichtungen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.565 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dirk Glasner	

A. Ausblick 2022

Aufgrund des erholenden Verkehrsaufkommens nach den Einbrüchen bedingt durch die Corona-Pandemie und des dadurch am Standort Frankfurt auch zusätzlichen erforderlichen Personaleinsatzes ist im Geschäftsjahr 2022 mit einem positiven Geschäftsverlauf zu rechnen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Airport Cater Service GmbH (ACS) generieren sich aus den gegenüber der Fraport AG abgerechneten Aufwendungen und der Bewirtschaftungsvergütung. Grundlage hierfür ist der Kantinenbewirtschaftungsvertrag vom 01.06.2001. Aufgrund der auch im Jahr 2021 erforderlichen Einsparungen im Material- wie auch Personaleinsatz bedingt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie

liegen die Umsätze in 2021 unter denen des Vorjahres.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.710	90	108

5.5 FRA-Vorfeldkontrolle GmbH

Gründung:

05.12.2011

Unternehmensgegenstand:

Erbringung von Vorfeldkontrolldienstleistungen, insbesondere die Steuerung der Luftfahrzeuge zwischen der Schnittstelle Rollfeld/Vorfeld und Flugzeugpositionen, und sonstige damit zusammenhängenden flughafenbezogenen Dienstleistungen auf dem Flughafen Frankfurt am Main sowie auch auf anderen internationalen Flughäfen im In- und Ausland einschließlich der Personalvermittlung auf Grundlage des AUG.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jörn Muthmann

Frau Susanne Schocher

A. Ausblick 2022

Aufgrund der prognostizierten Erholung des Luftverkehrs ordnet die Arbeitgeberin in 2022 keine Kurzarbeit an. In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft wurde für 2022 ein neuer Manteltarifvertrag mit u.a. Arbeitszeitabsenkung auf 35h/Woche und Verzicht auf Entgeltsteigerungen vereinbart. So kann die Vorfeldkontrolle betriebsbedingte Kündigungen ausschließen und die Arbeitsplätze zusichern. Auch in dieser Planungsphase wird die Inbetriebnahme des Terminal 3 in 2026 erwartet, was eine Anpassung der langfristigen Personal- und Wirtschaftsplanung zur Folge hat.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Einbrüchen der Verkehrsmengen war das Auftragsvolumen der FRA – Vorfeldkontrolle GmbH auch in 2021 weiterhin auf niedrigem Niveau. In Anbetracht des geringen Verkehrsaufkommens befanden sich alle Mitarbeitenden über das gesamte Jahr in Kurzarbeit. Vom Frühjahr bis in den Sommer lag die Quote zwischen 40-60 % und reduzierte sich mit steigendem Verkehr gegen Ende des Jahres. Zudem wurde auf eine Besetzung der „Vorfeldkontrolle Ost“ als zweiten Standort partiell verzichtet.

Die Ausbildung der Trainees wurde in 2021 eingestellt und 100%ige-Kurzarbeit angeordnet. Es kam im Einvernehmen mit einzelnen Trainees zu einer vorzeitigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Die von der Auftraggeberin (Fraport AG) nachgefragten Vorfeldkontrolldienstleistungen konnten in 2021 entsprechend der vertraglichen Regelungen erbracht werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Das Organ der Gesellschaft ist die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.619	20	97

5.6 FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH (vormals FraGround Fraport Ground Services GmbH)

Gründung: 27.10.2003	Unternehmensgegenstand: Arbeitnehmerüberlassung
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Mira Fischer Herr Josef Weber	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: weitere Aufsichtsratsmitglieder:	12 Mitglieder Herr Siegfried Pasler Herr Devrim Arslan Herr Serkan Basakli Herr Octay Celik Frau Sabine Debener Herr Mathias Dudek Herr Peter Dudenhöfer Frau Lisa Gneiße Frau Monika Kohler Herr Ronald Laubrock Frau Cornelia Wächter Herr Özgür Yalcinkaya

A. Ausblick 2022

Die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie und damit eine eventuelle Erholung des Flugverkehrs ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht absehbar und daher auch nicht realistisch bewertbar. Die Geschäftsführung sieht derzeit keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Da der Verkehr im Jahr 2021 gegenüber 2020 wieder angestiegen ist, bestand auch eine erhöhte Nachfrage nach den Personalleistungen der FraGround. Die Umsatzerlöse liegen um +11,7 Mio. € über dem Vorjahreswert. Das Jahresergebnis hat sich um +2,0 Mio. € verbessert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.446	-19.888	2.480

5.7 Fraport Antalya Havalimanı İşletme ve Yatırım A.S.

Gründung: 12.11.2021	Unternehmensgegenstand: Betrieb von Flughäfen in der Türkei und im Ausland.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 7.351.200 TRL = 100,00 %
Geschäftsführung: Siehe Board of Directors	
Board of Directors:	2 Mitglieder Herr Holger Schaefers Frau Denitza Weismantel

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft verfügt derzeit über keine operative Geschäftstätigkeit und wird als potentielle Investmentholding für die neue Antalya Betriebsgesellschaft aufrechterhalten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft wurde im November 2021 gegründet und verzeichnete keine Geschäftstätigkeit.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
500	0	0

5.8 Fraport Asia Ltd.

Gründung: 09.03.2007	Unternehmensgegenstand: Beteiligungsholding im Bereich Betrieb und Unterhaltung von Flughäfen sowie der damit zusammenhängenden Dienstleistungen und Aufgaben.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 10.000 HK\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Matthias Engler Frau Denitza Weismantel	
unmittelbare Beteiligungen: Pantares Tradeport Asia Ltd., Hong Kong/China Xi'an Xianyang International Airport Co. Ltd.	Kapitalanteile: 0,0 € = 50,00 % 103.922.776 € = 24,50 %

A. Ausblick 2022

Das Ergebnis der Fraport Asia Ltd. ist abhängig von der Entwicklung der beiden unmittelbaren Beteiligungen. Es besteht eine Veräußerungsabsicht an der Xi'an Xianyang International Airport Co. Ltd.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft verzeichnet keine Umsatzerlöse, da sie in ihrer Hauptfunktion lediglich die Holdinggesellschaft der Anteile von 24,5 % an der Xi'an Xianyang International Airport Co. Ltd. ist.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
103.985	957	0

5.9 Fraport Ausbau Süd GmbH

Gründung: 04.08.2016		Unternehmensgegenstand: Gesamthafte oder teilweise Projektleitung, Planung, Bauüberwachung und Realisierung des Baus des Terminal 3 am Flughafen Frankfurt.	
Gesellschafter: Fraport AG		Kapitalanteile: 25.000,00 € = 100 %	
Geschäftsführung: Frau Stephanie Pudwitz Herr Harald Rohr			
Aufsichtsrat: Vorsitzender		5 Mitglieder Herr Dr. Stefan Schulte Frau Anke Giesen Herr Michael Müller Herr Dr. Pierre Dominique Prümm Herr Dr. Mathias Zieschang	

A. Ausblick 2022

Die FAS GmbH übernimmt weiterhin die gesamthafte oder teilweise Projektleitung, Planung, Bauüberwachung und Realisierung des Baus des Terminal 3 am Flughafen Frankfurt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2021 bestand in der bauherrenseitigen Projektleitung des Baus des Terminal 3 inklusive der dazugehörigen Maßnahmen. Die Fraport Ausbau Süd GmbH blieb von den Auswirkungen der Corona-Pandemie auch in 2021 weitestgehend unberührt, da der Bau von Terminal 3 und weiteren Bauprojekten im Süden des Frankfurter Flughafens nach wie vor priorisiert wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
5.898	7	13

5.10 Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung:

09.12.2013

Unternehmensgegenstand:

Beteiligung an Gesellschaften gleich welcher Art, die Verwaltung eigenen Vermögens sowie jede erlaubte Tätigkeit für die keine Genehmigung nach dem Kreditwesengesetz erforderlich ist.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

75.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Martin Glock

Herr Bastian Mueller

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie in 2021 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine reine Holdinggesellschaft. Ihre Geschäftstätigkeit in 2021 bestand entsprechend in der Verwaltung der von ihr gehaltenen Beteiligungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
64	-1	0

5.11 Fraport Beteiligungs-Holding GmbH

Gründung: 13.10.2015	Unternehmensgegenstand: Gründung, Verwaltung und Veräußerung von Gesellschaften sowie die Bereitstellung von Geschäftsführungs- und Betriebsleistungsdienstleistungen für weitere Gesellschaften.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jürgen Scheuring Herr Thomas Schmidt	
unmittelbare Beteiligungen: Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %

A. Ausblick 2022

Bei der Fraport Beteiligungs-Holding GmbH handelt es sich um die Holding für die Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH sowie der Frankfurter-Kanalreinigungsgesellschaft mbH. Da letztere beiden Gesellschaften in 2022 in die Fraport Facility Services GmbH (bis 31.03.2022: GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG) integriert werden sollen, wird die Fraport Beteiligungs-Holding GmbH voraussichtlich aufgelöst werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Da es sich bei der Fraport Beteiligungs-Holding GmbH lediglich um eine Holding für die Flughafen-

Kanalreinigungsgesellschaft mbH sowie der Frankfurter-Kanalreinigungsgesellschaft mbH handelt, ergibt sich kein eigener operativer Geschäftsverlauf.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
69	-1	0

5.11.1 Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH

Gründung:

12.11.2015

Unternehmensgegenstand:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Kanal- und Rohrreinigung, Abscheiderreinigung und -entsorgung, Kanal-TV-Untersuchungen, Kanalortung, GGVS / ADR Transporten, 24h-Notdiensten, Industrieabwasser- und Schlammabreinigung, Rückhaltebecken- und Hebeanlagenreinigung und die Erbringung von Sanitär- und weiteren artverwandten Dienstleistungen sowie der Bereitstellung von Personal und Gerät für andere Entsorgungsbetriebe. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit ist die Erbringung von Dienstleistungen für Gesellschaften des Fraport-Konzerns.

Gesellschafter:

Fraport Beteiligungs-Holding GmbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jürgen Scheuring

Herr Thomas Schmidt

A. Ausblick 2022

Die Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH soll im Jahre 2022 in die Fraport Facility Services GmbH (bis 31.03.2022: GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG) integriert werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Tätigkeitsschwerpunkt ist die Kanal- und Rohrreinigung sowie Entsorgungsleistungen für den Fraport-Konzern. Im Geschäftsjahr 2021 ist ein Umsatz in Höhe von 3,8 Mio. € (Vj. 2,8 Mio. €) und ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 0,6 Mio. € (Vj. 0,4 Mio. €) erzielt worden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.699	578	29

5.11.2 Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH

Gründung:

12.11.2015

Unternehmensgegenstand:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Kanal- und Rohrreinigung, Abscheiderreinigung und –entsorgung, Kanal-TV-Untersuchungen, Kanalortung, GGVS / ADR Transporten, 24h-Notdiensten, Industrieabwasser- und Schlammabreinigung, Rückhaltebecken- und Hebeanlagenreinigung, und die Erbringung von Sanitär- und weiteren artverwandten Dienstleistungen sowie der Bereitstellung von Personal und Gerät für andere Entsorgungsbetriebe. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit ist die Erbringung von Dienstleistungen für Gesellschaften außerhalb des Fraport-Konzerns.

Gesellschafter:

Fraport Beteiligungs-Holding GmbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jürgen Scheuring

Herr Thomas Schmidt

A. Ausblick 2022

Die Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH soll im Jahre 2022 in die Fraport Facility Services GmbH (bis 31.03.2022: GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG) integriert werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Tätigkeitsschwerpunkt ist die Kanal- und Rohrreinigung außerhalb des Fraport-Konzerns. Im Geschäftsjahr 2021 ist ein Umsatz in Höhe von 0,7 Mio. € (Vj. 0,6 Mio. €) und ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 0,1 Mio. € (Vj. 0,1 Mio. €) erzielt worden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
171	125	0

5.12 Fraport Brasil Holding GmbH

Gründung: 23.10.2018	Unternehmensgegenstand: Finanzierung, Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen an Flughafenkonzessionen in Brasilien
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 EUR = 100 %
Geschäftsführung Herr Alexander Köhnen Herr Balint Szentivanyi	

A. Ausblick 2022

Die Fraport AG beabsichtigt, im Falle von aufkommenden Opportunitäten zur Finanzierung, dem Erwerb oder der Verwaltung von neuen Beteiligungen an Flughafenkonzessionen in Brasilien, diese über die Gesellschaft Fraport Brasil Holding GmbH abzuwickeln.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft ist derzeit inaktiv und betrieb im Jahr 2021 keine Geschäfte.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
24	0	0

5.13 Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza

Gründung: 20.04.2017	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Pinto Martins, Fortaleza (Brasilien)
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 205.042.692,91 EUR = 100 %
Geschäftsführung Herr Jocel Gadens CFO Frau Andreea Pal CEO Frau Sabine Trenk, COO	

A. Ausblick 2022

Durch die Aufhebung der Reiserestriktionen und die hohe Impfquote wird im Geschäftsjahr 2022 mit einer weiteren Verkehrserholung gerechnet. Die Wiederaufnahme des LATAM-Hubs im November 2021 sowie die geographisch günstige Lage Fortalezas in relativer Nähe zu Europa und Nordamerika bieten auch weiterhin Chancen für den internationalen Passagier- und Frachtverkehr. Zu erwarten ist, dass das Verkehrsaufkommen das Vorkrisenniveau in den Jahren 2023/2024 erneut erreicht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Flughafen Fortaleza wurde auch im Jahr 2021 stark von der Corona-Pandemie beeinträchtigt. Im zweiten Quartal sank die Nachfrage aufgrund von wieder stark gestiegenen Infektionszahlen auf einen Tiefpunkt. Seitdem zeigte der Inlandsverkehr jedoch einen kontinuierlichen Aufwärtstrend, der sich durch eine rasch steigende Impfquote der brasilianischen Bevölkerung verstetigte. In der zweiten Jahreshälfte profitierte der Verkehr zusätzlich auch durch den Wegfall internationaler touristischer Ziele von einer starken Nachfrage nach inländischen Urlaubsdestinationen wie Fortaleza in der lokalen Sommersaison. International blieb Lissabon im Jahresdurchschnitt die einzige reguläre Flugverbindung. Im Oktober nahm Air France die Verbindung zwischen Paris und

Fortaleza wieder auf. Im Gesamtjahr begrüßte der Flughafen 4,0 Mio. Passagiere, was einem Zuwachs von +31 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Durch die Kostensenkungsmaßnahmen und insbesondere die im Konzessionsvertrag enthaltene Ausgleichszahlung konnte das Unternehmen das Geschäftsjahr mit einem operativen Überschuss von rund 17,3 Mio. € abschließen, was einem leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Jahresfehlbetrag ist im Wesentlichen auf das negative Finanzergebnis zurückzuführen, welches von der stark gestiegenen Inflation und der daran angepassten Konzessionsverbindlichkeit und Finanzierung beeinträchtigt wird.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
295.650	-13.624	143

5.14 Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre

Gründung: 20.04.2017	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Salgado Filho, Porto Alegre (Brasilien)
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 227.662.391,76 € = 100 %
Geschäftsführung Herr Jocel Gadens, CFO Frau Andreea Pal, CEO Frau Sabine Trenk, COO	

A. Ausblick 2022

Durch die Aufhebung der Reiserestriktionen und die hohe Impfquote wird im Geschäftsjahr 2022 mit einer weiteren Verkehrserholung gerechnet. Die Inbetriebnahme der Verlängerung der Start- und Landebahn hebt in Porto Alegre die aktuellen Beschränkungen für Langstreckenflüge auf und bietet zusätzliche Chancen für den internationalen Passagier- und Frachtverkehr. Zu erwarten ist, dass das Verkehrsaufkommen das Vorkrisenniveau in den Jahren 2023/2024 erneut erreicht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Flughafen Porto Alegre wurde auch im Jahr 2021 stark von der Corona-Pandemie beeinträchtigt. Im zweiten Quartal sank die Nachfrage aufgrund von wieder stark gestiegenen Infektionszahlen auf einen Tiefpunkt. Seitdem zeigte der Inlandsverkehr jedoch einen kontinuierlichen Aufwärtstrend, der sich durch eine rasch steigende Impfquote der brasilianischen Bevölkerung verstetigte. In der zweiten Jahreshälfte profitierte der Verkehr zusätzlich auch durch den Wegfall internationaler touristischer Ziele von einer starken Nachfrage nach inländischen Urlaubsdestinationen wie der Sierra Gaúcha bei Porto Alegre in der lokalen Sommersaison. International blieb Panama-City im Jahresdurchschnitt die einzige reguläre Flugverbindung. Im Gesamtjahr begrüßte der

Flughafen 4,8 Mio. Passagiere, was einem Zuwachs von +36 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Durch die Kostensenkungsmaßnahmen und insbesondere die im Konzessionsvertrag enthaltene Ausgleichszahlung konnte das Unternehmen das Geschäftsjahr mit einem operativen Überschuss von rund 22,8 Mio. € abschließen, was einem leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Jahresfehlbetrag ist im Wesentlichen auf das negative Finanzergebnis zurückzuführen, welches von der stark gestiegenen Inflation und der daran angepassten Konzessionsverbindlichkeit und Finanzierung beeinträchtigt wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
364.609	-1.677	225

5.15 Fraport Casa Commercial GmbH

Gründung:

05.09.2013

Unternehmensgegenstand:

Erwerb, Besitz, Verwaltung und Verkauf von Immobilien, einschließlich des Immobilien- bzw. Real Estate Asset Managements, des Facility Managements, des Property Managements für eigene und fremde Immobilien, sowie allen anderen damit in Verbindung stehenden Dienstleistungen, jeweils unter Einschluss sowohl der gewerbsmäßigen Vermittlung und des gewerbsmäßigen Nachweises zum Abschluss von Verträgen über Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, gewerbliche Räume oder Darlehen als auch der Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr oder als Baubetreuer (§ 34c GewO).

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

250.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jörg Guderian

A. Ausblick 2022

Zukünftig wird erwartet, dass die Gesellschaft die Ausübung ihres Gesellschaftszwecks in oben beschriebener Weise weiter ausbaut. Neben dem Ankauf von gewerblich geprägten Wohnimmobilien, wird strategisch ebenfalls die Übernahme von Property Management Dienstleistungen angestrebt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die kommerziellen Aktivitäten (insbesondere die Verwaltung der Betriebsvorrichtungen) aus dem Casa Portfolio werden von der Fraport Casa Commercial GmbH wahrgenommen. In 2021 erfolgte ein Anteilsverkauf von 50 % am Joint Venture Coleman 10 GmbH.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.805	3.390	0

5.16 Fraport Casa GmbH

Gründung: 07.09.2011	Unternehmensgegenstand: An- und Verkauf von bebauten, oder unbebauten Grundstücken und Immobilien, sowie die Vermietung, Verpachtung, Verwaltung und Vermarktung eigener Immobilien.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 1.000.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jörg Guderian Herr Roland Schmidt	

A. Ausblick 2022

Das Wohnungsportfolio wird nachhaltig bewirtschaftet. Der Leerstand soll unter 5 % gehalten werden. Einzelne Zukäufe zur Arrondierung sind möglich. Am Außenwohnbereichsentschädigungsprogramm wird teilgenommen. Die Ergebnisse des Dachverklammerungsprogramm werden auch in den Folgejahren durch Kontrollen überwacht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Rahmen des Casa-Programms in Flörsheim erwirbt und verwaltet die Gesellschaft Wohnimmobilien. Zum 31.12.2015 wurde das Casa-Ankaufprogramm beendet. Es wurden 297 Wohnungen erworben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
45.063	1.379	2

5.17 Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG

Gründung: 02.06.2005	Unternehmensgegenstand: Erwerb und/oder die Betreuung, Entwicklung und Vermarktung eigener oder fremder gewerblicher und privater Immobilien innerhalb und außerhalb des Flughafens Frankfurt am Main sowie die damit verbundenen Nebengeschäfte zur Nutzung und Verwaltung (Vermietung/Verpachtung/Verkauf) des Gesellschaftsvermögens.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Fraport AG (Kommanditistin)	25.000 € = 100,00 %
Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH (persönlich haftende Gesellschafterin)	0 € = 0,00 %
	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Felix Kreutel
--

unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):	Kapitalanteile:
Fraport Objekt Mönchhof GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Objekt 162 163 GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG (Kommanditistin)	25.000 € = 100,00 %
Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG (Kommanditistin)	25.000 € = 100,00 %

A. Ausblick 2022

Das Ergebnis ist künftig weiterhin abhängig von den Beteiligungserträgen der Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG und Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Positiver Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2021, das mit einem Jahresüberschuss von 16,6 Mio. € abgeschlossen wurde. Das Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus den Beteiligungserträgen der Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG sowie der Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€ (Teilkonzern)	Jahresergebnis in T€ (Teilkonzern)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
62.320	16.582	0

5.17.1 Fraport Objekt Mönchhof GmbH

Gründung: 28.12.2005	Unternehmensgegenstand: Der Erwerb, die Veräußerung und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der Geschäftsführung und der persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Kommanditgesellschaften.
Gesellschafter: Fraport Immobilienservice und –entwicklungs GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Felix Kreutel	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie in 2021 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Geschäftsverlauf ist regelmäßig geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
32	1	0

5.17.2 Fraport Objekte 162 163 GmbH

Gründung: 09.12.2005	Unternehmensgegenstand: Der Erwerb, die Veräußerung und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der Geschäftsführung und der persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Kommanditgesellschaften.
Gesellschafter: Fraport Immobilienservice und - entwicklungs GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Bastian Mueller	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie in 2021 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Geschäftsverlauf ist regelmäßig geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
33	1	0

5.17.3 Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG

Gründung: 10.12.2005	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Errichtung, Veräußerung, Verwaltung, Vermietung und Verpachtung von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilien, insbesondere von Grundstücken des Mönchhof-Geländes in den Gemarkungen Raunheim und Kelsterbach, und das aktive Management des eigenen Immobilienbestandes.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG (Kommanditistin)	25.000 € = 100,00 %
Fraport Objekt Mönchhof GmbH (persönlich haftende Gesellschafterin, Komplementärin)	0 € = 0,00 %
	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Felix Kreutel
--

unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):	Kapitalanteile:
M-Port Verwaltungs GmbH	12.500 € = 50,00 %
M-Port GmbH & Co. KG	12.500 € = 50,00 %
D-Port Logistik GmbH	12.500 € = 50,00 %

A. Ausblick 2022

Für die kommenden Jahre sind weitere Grundstücksverkäufe sowie Investitionen in die Erschließung des Mönchhof-Geländes geplant. Die Geschäftsentwicklung ist abhängig von konjunkturellen Entwicklungen und der daraus resultierenden Nachfrage nach großflächigen Gewerbe- und Logistikflächen.

Fortsetzung der Veräußerung von Grundstücken sowie Fortführung der Erschließungsmaßnahmen auf dem Mönchhof-Gelände.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Das Nutzungskonzept des Mönchhofgeländes konzentriert sich vor allem auf Logistik, Büro und kleinteiligen Einzelhandel. Angesprochen werden flughafenaffine Unternehmen aber auch Firmen, die eine verkehrsgünstige Lage benötigen sowie Hotels und Restaurants. Im Geschäftsverlauf 2021 erfolgte die

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
29.345	12.490	0

5.17.4 Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG

Gründung: 06.12.2005	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Errichtung, Veräußerung, Verwaltung, Vermietung und Verpachtung von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilien, insbesondere der Gebäude 162 und 163 am Flughafen Frankfurt am Main, und das aktive Management des eigenen Immobilienbestandes.
Gesellschafter: Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG (Kommanditistin) Fraport Objekt 162 163 GmbH (persönlich haftende Gesellschafterin, Komplementärin)	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 0 € = 0,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Bastian Mueller	

A. Ausblick 2022

Es werden weiterhin konstante Mieterträge aus der Vermietung an die Fraport AG erwirtschaftet. Notwendige Sanierungsmaßnahmen werden der Fraport AG weiterberechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Konstanter Geschäftsverlauf durch Vermietung der Gebäude 162 und 163 an die Fraport AG zu gleichbleibenden Mietkonditionen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
34,555	4.711	0

5.18 Fraport Malta Investment Ltd.

Gründung: 31.10.2016	Unternehmensgegenstand: Vorbereitung der Bietung für künftige Ausschreibungen und Erwerbe von anderen Beteiligungen und Konzessionen
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.658.750 € = 100,00 %
Geschäftsführung Herr Achim Gaydos Frau Denitza Weismantel	
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %): Fraport Bulgaria EAD	Kapitalanteile: 25.565,15 € = 100,00 %

A. Ausblick 2022

Der Ausschreibungsprozess ist mit dem Gerichtsurteil zugunsten eines Konsortiums um den Fonds Meridiam und den Flughafen München beendet. Derzeit wird geprüft, ob die bei der Gesellschaft vorgehaltene Liquidität für andere Projekte verwendet werden kann.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Um an der Ausschreibung für die Konzession am Flughafen Sofia teilzunehmen, hat die Gesellschaft am 23.12.2016 sämtliche Anteile an der zuvor gegründeten Fraport Bulgaria EAD erworben. Eine weitergehende Kapitalisierung zur Erfüllung der bulgarischen Mindestkapitalanforderungen auf 25,7 Mio. € wurde am 19.01.2017 vorgenommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschaftervertreter.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25.632	-9	0

5.18.1 Fraport Bulgaria EAD

Gründung: 07.11.2016	Unternehmensgegenstand: <i>Beteiligung an Unternehmen und Projektzweckgesellschaft (ehemals Ausschreibung Konzession Sofia)</i>
Gesellschafter: Fraport Malta Investment Ltd.	Kapitalanteile: 25.565,15 € = 100.00 %
Geschäftsführung Herr Michael Reusch Herr Holger Schaefers Frau Denitza Weismantel	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erzielt keine Umsatzerlöse. Es fallen gegenwärtig nur administrative Verwaltungskosten an. Sie bleibt damit wie bisher voraussichtlich weiterhin inaktiv.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft wurde ursprünglich für die Teilnahme an der Ausschreibung der Konzession für den Flughafen Sofia gegründet und dient nun als Projektgesellschaft und Beteiligungsvehikel. Aktuell dient sie zudem als Managementgesellschaft für die Beteiligung Fraport Twin Star Airport Management (Konzession Flughäfen Varna und Burgas).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschaftervertreter.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4	-2	0

Die Gesellschaft ist inaktiv

5.19 Fraport Malta Ltd.

Gründung: 24.11.2005	Unternehmensgegenstand: Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft.
Gesellschafter: Fraport AG Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	Kapitalanteile: 1.499 € = 99,93 % 1 € = 0,07 % 1.500 € = 100,00 %
Board of Directors (Geschäftsführung): Herr Achim Gaydos Herr Dirk Klaus Harant Herr Michael Schütt Herr Klaus Vahsen	
Aufsichtsrat:	3 Mitglieder Herr Martin Budweth Herr Thorsten Korff Herr Hans-Jörg Schill
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %): Fraport Malta Business Services Ltd.	Kapitalanteile: 1.499 € = 99,93 %

A. Ausblick 2022

Das Jahresergebnis ist abhängig von den Dividendenausschüttungen der Fraport Malta Business Services Ltd. aus deren Finanzierungstätigkeit.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Fraport Malta Ltd. hält eine Beteiligung an Fraport Saudi Arabien sowie Fraport Malta Business Services Ltd. Letztere erwirtschaftet ihr Jahresergebnis im Wesentlichen aus Finanzierungstätigkeiten für Konzerngesellschaften und Joint Ventures / Minderheitsbeteiligungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors (Geschäftsführung) und das Supervisory Board (Aufsichtsrat).

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
453.389	14.151	5

5.20 Fraport Passenger Services GmbH

Gründung: 26.07.2006	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Passagierdienstleistungen sowie von sonstigen Dienstleistungen am Standort Frankfurt am Main.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Brigitte Press	

A. Ausblick 2022

Die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie und damit eine eventuelle Erholung des Flugverkehrs ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht absehbar und daher auch nicht realistisch bewertbar. Die Geschäftsführung sieht derzeit keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Da der Verkehr im Jahr 2021 gegenüber 2020 wieder angestiegen ist, liegen die Umsatzerlöse um +2,7 Mio. € über dem Vorjahreswert. Durch weiteres striktes Kostenmanagement und Kurzarbeit konnte ein positives Jahresergebnis erreicht werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.098	43	142

5.21 Fraport Peru S.A.C.

Gründung: 28.03.2001	Unternehmensgegenstand: Serviceleistungen für Flughäfen und luftfahrtbezogenen Bereich.
Gesellschafter: Fraport AG AAV	Kapitalanteile: 34.999 PEN = 99,997 % 1 PEN = 0,003 % 34.999 PEN = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Andreas Montag Frau Sabrina Hoppe (Bevollmächtigte)	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 werden auf Grund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie in 2021 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse werden dadurch generiert, dass Fraport Peru S.A.C. Manager an die Gesellschaft Lima Airport Partners (LAP) vermittelt und LAP die daraus entstehenden Kosten sowie eine Managementgebühr in Rechnung stellt. Dieser Sachverhalt ist für den Fraport-Konzern EBITDA-neutral.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.000	321	9

5.22 Fraport Philippines Services Inc. i.L.

Gründung: 19.09.2001	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Dienstleistungen (wie Beratung, Training, Project Management) mit Bezug zu Betrieb, Unterhaltung, Ausbau und Planung von Flughäfen auf den Philippinen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 26.180.300 PHP = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Aletta von Massenbach (President)	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	4 Mitglieder Herr Peter Henkel Herr Ferdinand M. Hidalgo Herr Cesar P. Manalaysay Frau Aletta von Massenbach

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft ist inaktiv beziehungsweise in Liquidation.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Das Unternehmen befindet sich in Liquidation und unterhält keine Geschäftstätigkeit mehr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors (Aufsichtsrat) und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
0	0	0

5.23 Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH

Gründung: 08.06.2005	Unternehmensgegenstand: Der Erwerb von Beteiligungen sowie die Übernahme der Geschäftsführung und persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Kommanditgesellschaften.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Felix Kreutel	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 werden auf Grund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie im Jahr 2021 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Geschäftsverlauf ist regelmäßig geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der Fraport Immobilienservice und -entwicklung GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
48	2	0

5.24 Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd. i.L.

Gründung: 29.04.2008	Unternehmensgegenstand: Airport Operations in Riyadh and Jeddah
Gesellschafter: Fraport AG Fraport Malta Ltd.	Kapitalanteile: 480.000 US\$ = 90,00 % 53.333 US\$ = 10,00 % 533.333 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Kai Zobel Herr Alexander Larisch	

A. Ausblick

Die Gesellschaft hat das ursprüngliche bis 2014 dauernde Projekt erfolgreich abgeschlossen und nach einigen Jahren mit geringer operativer Tätigkeit Ende 2020 wieder ein Consulting-Flughafenprojekt in Riad aufgenommen. Weitere Aktivitäten sind für die Zukunft geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Fraport AG hat die mehrjährigen Managementverträge mit den internationalen Flughäfen Jeddah King Abdulaziz (JED) und Riad King Khalid (RUH) in Saudi-Arabien erfüllt und erfolgreich abgeschlossen. Von Mitte Juni 2008 bis Mitte Juni 2014 war Fraport an den beiden saudi-arabischen Flughäfen mit Personal vertreten und hat mit umfangreicher Management- und Consultingkompetenz zur erfolgreichen Entwicklung der beiden Standorte beigetragen. Hierbei wurde die gesamte Bandbreite an Flughafenser-

vices abgedeckt. Insgesamt mehr als 17.100 Schultage im Bereich Consulting, rund 5.300 Kurzeinsätze von über 150 Fraport-Experten/-innen und circa 27.500 Ausbildungstage waren Bestandteil der Wissensvermittlung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.859	-286	1

5.25 Fraport Slovenija d.o.o. Zgornji Brnik

Gründung: 14.04.2015	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Jože Pučnik, Ljubljana (Slowenien)
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 15.842.626 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Dr. Babett Stapel	
Investors Committee:	3 Mitglieder
Gremienvertreter:	Herr Holger Schaefers Herr Alexander Laukenmann Frau Tamara Weyer

A. Ausblick 2022

Die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht absehbar und daher auch nicht realistisch bewertbar, es sind aber deutlich negative Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf, die Ertragslage und finanziellen Kennzahlen zu erwarten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Fraport Slovenija d.o.o. ist Betreiberin des Flughafens Jože Pučnik der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete der Flughafen Ljubljana mit rund 422 Tsd. Passagieren einen Anstieg von +46,4%. Nachdem der Flughafen im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie zeitweise für den Passagierverkehr geschlossen war, konnte im Jahr 2021 eine Verkehrserholung aufgrund der Lockerung der Reisebeschränkungen und Quarantänevorschriften sowie der steigenden Immunisierungsraten beobachtet werden. Dementsprechend stiegen auch die Flugbewegungen um +34,5%

gegenüber dem Vorjahr. Auch das Cargo-Aufkommen, das von den Auswirkungen der Corona-Pandemie weniger betroffen war, stieg im Vergleich zum Vorjahr um +8,0%. Darüber hinaus erhielt Fraport Slovenija eine staatliche Kompensation in Höhe von 5,0 Mio €, um die entgangenen Umsatzerlöse als Folge der Flughafenschließung im Geschäftsjahr 2020 teilweise zu kompensieren.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Investors Committee.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
232.919	-2.558	376

5.26 Fraport Turkey Havalimani Yatirimlari A.S.

Gründung: 18.03.1996	Unternehmensgegenstand: Betrieb von Flughäfen in der Türkei und im Ausland.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 68.372.538 TRL = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Bilgihan Yilmaz	
Board of Directors: <i>2 Mitglieder</i> Frau Denitza Weismantel Herr Holger Schaefers	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft hat zum 14.09.2007 ihre operative Tätigkeit eingestellt, wird jedoch als Investmentholding und zur Verrechnung von Personalkosten mit der aktuellen Antalya Betriebsgesellschaft aufrechterhalten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Anteile der Fraport AG an der (alten) Antalya Betriebsgesellschaft wurden am 15.10.1999 erworben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
13.265	3.617	10

5.27 Fraport USA Inc.

Gründung: 26.07.2010		Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen an verschiedenen Flughäfen in den USA.	
Gesellschafter: Fraport AG		Kapitalanteile: 3.000.000 US\$ = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Michael Mullaney (President & CEO) Herr Deno Emili (Secretary) Frau Rosa Beckett (CAO)			
Board of Directors:		2 Mitglieder	
Gremienvertreter:		Herr Karl-Heinz Dietrich Herr Balint Szentivanyi	
unmittelbare Beteiligungen:		Kapitalanteile:	
Airmall Inc.		100 US\$ = 100,00 %	
Fraport Newark LLC		10 US\$ = 100,00 %	

A. Ausblick 2022

Für die Unternehmensgruppe Fraport USA Inc. wird im Geschäftsjahr 2022 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach der Corona-Pandemie bedingten Verkehrsrückgang in 2020 und 2021 wird eine Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Fraport USA Inc. ist die Holding der Unternehmensgruppe. Sie hält 100 % an der Fraport Newark LLC sowie an der Airmall Inc., die ihrerseits jeweils 100 % an den operativen Gesellschaften Fraport Maryland Inc., Airmall Boston Inc., Fraport Pittsburgh Inc., Fraport Cleveland Inc., Fraport New York Inc.,

Fraport Tennessee Inc. sowie der Entwicklungsgesellschaft Airmall USA Inc. hält.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
66.869	-1.624	0

5.27.1 Airmall Inc.

Gründung: 17.07.1991	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen an verschiedenen Flughäfen in den USA.
Gesellschafter: Fraport USA Inc.	Kapitalanteile: 100 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung Michael Mullaney Deno Emili	
Board of Directors:	2 Mitglieder
Gremienvertreter:	Herr Michael R. Mullaney (President and Chief Executive Officer) Herr Deno P. Emili (Secretary)
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):	Kapitalanteile:
Fraport New York Inc..	100 US\$ =100,00 %
Fraport Tennessee Inc.	10 US\$ =100,00 %
Airmall Boston Inc.	1.000 US\$ =100,00 %
Fraport Cleveland Inc.	1.000 US\$ =100,00 %
Fraport Maryland Inc.	100 US\$ =100,00 %
Fraport Pittsburgh Inc.	100 US\$ =100,00 %
Airmall USA Inc.	100 US\$ =100,00 %

A. Ausblick 2022

Für die Unternehmensgruppe Fraport USA wird im Geschäftsjahr 2022 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem Covid-19 bedingten Verkehrsrückgang in 2020 und 2021 wird im Jahr 2022 eine Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Airmall Inc. hält jeweils 100 % an den operativen Gesellschaften Fraport Maryland Inc., Airmall Boston Inc., Fraport Pittsburgh Inc., Fraport Cleveland Inc., Fraport New York Inc., Fraport Tennessee Inc. sowie der Entwicklungsgesellschaft Airmall USA Inc.

Die Fraport USA-Gruppe ist operativ an den Flughäfen Baltimore, New York JFK (Terminal 5), Pittsburgh, Cleveland, Newark (Terminal B) und Nashville tätig.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
64	0	0

5.27.1.1 Airmall Boston Inc.

Gründung: 28.01.2000	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Boston.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 1.000 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jamie Luis Daly Herr Kevin Romango Herr Jay Kruisselbrink Herr Mike Caro	
Board of Directors:	4 Mitglieder Herr Jamie Luis Daly Herr Kevin Romango Herr Jay Kruisselbrink Herr Mike Caro
Gremienvertreter:	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft Airmall Boston Inc. befindet sich in der finalen Abwicklung und Auflösung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im April 2017 hat sich die Massachusetts Port Authority (Massport) gegen die Fraport USA für das Management der F&B sowie Retailflächen aller vier Terminals am Boston Logan International Airport, Boston entschieden.

Mit dem Nichtgewinn der Ausschreibung endete damit die Konzessionslaufzeit von Airmall Boston zum 31. Oktober 2017.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (US GAAP)	Jahresergebnis in T€ (US GAAP)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
0	0	0

Die Gesellschaft ist inaktiv beziehungsweise in Liquidation
Aktueller Abschluss liegt nicht vor

5.27.1.2 Fraport Cleveland Inc.

Gründung: 26.02.2008	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Cleveland.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 1.000 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Michael Mullaney Deno Emili	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Michael Mullaney Deno Emili

A. Ausblick

Für Fraport Cleveland Inc. wird im Geschäftsjahr 2022 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem Corona-Pandemie bedingten Verkehrsrückgang in 2020 und 2021 wird eine Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Fraport Cleveland Inc. plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Cleveland.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
17.570	1.213	5

5.27.1.3 Airmall USA Inc.

Gründung: 11.03.1993	Unternehmensgegenstand: Geschäftsentwicklung für die Fraport USA Gruppe.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 100 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael R. Mullaney Herr Deno P. Emili	
Board of Directors:	2 Mitglieder Herr Michael R. Mullaney Herr Deno P. Emili
Gremienvertreter:	

A. Ausblick 2022

Auch zukünftig sollen Kosten, die für Geschäftsentwicklungsaktivitäten (z. B. Akquisitionsprojekte) anfallen sowie sämtliche Kosten für Personal, welches nicht den operativen Gesellschaften zugeordnet ist, in der Airmall USA Inc. verbucht werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

In der Vergangenheit wurden Kosten, die für Geschäftsentwicklungsaktivitäten (z. B. Akquisitionsprojekte) anfielen, in der Airmall USA Inc. verbucht. Für das Geschäftsjahr 2021 fielen keine derartigen Kosten aufgrund der Pandemie an. Darüber hinaus werden in der Gesellschaft sämtliche Kosten für

Personal, das nicht den operativen Gesellschaften zugeordnet ist (z. B. die Finanzabteilung), erfasst.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
38.570	-4.336	21

5.27.1.4 Fraport Maryland Inc.

Gründung: 03.02.2004	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Baltimore.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 100 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Mullaney (President & CEO) Herr Deno Emili (Secretary) Herr Gary Gilliard (Treasurer)	
Board of Directors:	2 Mitglieder Herr Michael Mullaney (President & CEO) Herr Deno Emili (Secretary)
Gremienvertreter:	

A. Ausblick

Für Fraport Maryland Inc. wird im Geschäftsjahr 2022 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem Corona-Pandemie bedingten Verkehrsrückgang in 2020 und 2021 wird im Jahr 2021 eine Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet. Der Konzessionsvertrag wurde um ein weiteres Jahr, d. h. bis März 2023, verlängert. Eine neue Ausschreibung wird voraussichtlich im Jahr 2022 veröffentlicht werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Fraport Maryland Inc. plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Baltimore.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
46.481	5.738	7

5.27.1.5 Fraport New York Inc.

Gründung: 27.01.2017	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am John F. Kennedy Flughafen (Terminal 5) in New York.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 100 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Mullaney Herr Deno Emili	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Herr Michael Mullaney Herr Deno Emili

A. Ausblick 2022

Für Fraport New York Inc. wird im Geschäftsjahr 2022 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem Corona-Pandemie bedingten Verkehrsrückgang in 2020 und 2021 wird im Jahr 2022 eine Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet. Ein Investitionsprogramm i.H.v. 25 Mio. US\$ wird voraussichtlich im Jahr 2022 anlaufen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Fraport New York Inc. wurde gegründet, um die Planung, den Bau und die Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am John F. Kennedy Flughafen (Terminal 5) in New York aufzunehmen. Die Gesellschaft plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen

am John F. Kennedy Flughafen (Terminal 5) in New York.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (US GAAP)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
132.685	9.197	5

5.27.1.6 Fraport Pittsburgh Inc.

Gründung: 17.07.1991	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Pittsburgh.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 100 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Mullaney Herr Deno Emili	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Herr Michael Mullaney Herr Deno Emili

A. Ausblick 2022

Für Fraport Pittsburgh Inc. wird im Geschäftsjahr 2022 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem Corona-Pandemie bedingten Verkehrsrückgang in 2020 und 2021 wird im Jahr 2022 eine Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet. Die Zusammenarbeit mit der Port Authority of Pittsburgh wird voraussichtlich weiterhin eine herausfordernde Aufgabe sein

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Fraport Pittsburgh Inc. plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Pittsburgh.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
30.729	391	4

5.27.1.7 Fraport Tennessee Inc.

Gründung: 10.08.2018	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Nashville International (Tennessee).
Gesellschafter: Fraport Tennessee Inc.	Kapitalanteile: 10 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Mullaney Herr Deno Emili	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglied Herr Michael Mullaney Herr Deno Emili

A. Ausblick 2022

Für Fraport Tennessee Inc. wird im Geschäftsjahr 2022 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem Corona-Pandemie bedingten Verkehrsrückgang in 2020 und 2021 wird im Jahr 2022 eine Erholung des Verkehrsaufkommens prognostiziert.

Das Bauprogramm wird im Jahr 2022 fortgesetzt. Es wird erwartet, dass 19 Mieteinheiten innerhalb dieses Jahres eröffnet werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Fraport Tennessee Inc. wurde 2018 gegründet, um die Planung, den Bau und die Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am

Flughafen Nashville International in Tennessee aufzunehmen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
106.852	-774	7

5.27.2 Fraport Newark LLC

Gründung: 16.0.2020	Unternehmensgegenstand: Management von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Newark Liberty International Airport Terminal B
Gesellschafter: Fraport USA Inc.	Kapitalanteile: 10 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Mike Mullaney	
Board of Directors:	2 Mitglieder
Gremienvertreter:	Frau Rosa Beckett Herr Mike Mullaney

A. Ausblick 2022

Für Fraport Newark LLC wird im Geschäftsjahr 2022 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Die Gesellschaft hat mit der Flughafenbehörde einen mindestens kostendeckenden Managementvertrag geschlossen, welcher einen Sockelbetrag nicht unterschreiten kann.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Fraport Newark LLC wurde 2020 gegründet, um das Management von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Newark Liberty International Airport Terminal B im Geschäftsjahr 2020 (Februar) aufzunehmen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (IFRS)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.580	690	4

5.28 FraSec Fraport Security Services GmbH

Gründung: 13.03.2007	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Overhead-Dienstleistungen und Schulungsmaßnahmen für Sicherheitspersonal am Frankfurter Flughafen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 470.450 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Budweth Herr Frank Haindl	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	12 Mitglieder Herr Dr. Ulrich Kipper Herr Anas Ahmad Herr Jan Eisbrenner Frau Rosi Haus Herr Friedhelm Jungbluth Herr Guido Jurock Herr Dr. Markus Kleiner Frau Ann-Katrin Niedermeyer Frau Silke Niehaus Frau Ulrike-Monika Schmidt Frau Nezihe Taysi Herr Michael Waldmann

A. Ausblick 2022

Im Jahr 2022 wird mit einer stetigen Erholung des Luftverkehrs gerechnet, was sich positiv bei der Academy bemerkbar machen wird. Bereits in den Wintermonaten 2021 wurde in Hinblick auf eine höhere Anforderung begonnen, vermehrt Personal für die Luftsicherheitskontrollen § 5 auszubilden. Eine Thematik des Overheads wird die Neuausrichtung der Luftsicherheit in Frankfurt für 2023 ff. bilden. Die Sasse AG als neuer Anteilseigner ab dem 01.01.2023 und die Neuausschreibung am Frankfurter Flughafen wird das Gewerk neu prägen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Unter der Zielsetzung einer gesamtwirtschaftlichen Optimierung des FraSec-Unternehmens, sowie der Bündelung von Fachkompetenzen und Knowhow ging die FraSec Fraport Security Services GmbH zum Halbjahreswechsel als Holding der Unternehmensgruppe in Betrieb. Ihre Hauptthemenfelder umfasst den Overhead für alle Gewerke und alle externen Standorte, sowie die Academy, die die Ausbil-

dung und Schulung der Sicherheitskräfte verantwortet. Die Academy hat in 2021 einen Rückgang erlebt, da die Ausbildung für die Luftsicherheit nach § 5 und die Flughafensicherheit nach § 8 aufgrund des geringen Betriebs lediglich in geringerem Maße erforderlich war.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
10.119	-2.312	138

5.28.1 FraSec Flughafensicherheit GmbH

Gründung: 31.12.2020	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Personal- und Warenkontrollen sowie Sicherheitsdienstleistungen nach § 8 LuftSiG an und auf Flughäfen.
Gesellschafter: FraSec Fraport Security Services GmbH	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Budweth Frau Ruth Evers, Herr Frank Haindl	
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Sarah Meyer
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Mohamed Anakhrouch Herr Thomas Diekmann Frau Christina Natsikou Herr Steffen Seipp Herr Werner Thum

A. Ausblick 2022

Die FraSec Flughafensicherheit GmbH wird auch im Jahr 2022 an den Standorten Frankfurt, Berlin und Köln die Personal- und Warenkontrolle, sowie weitere Sicherheitsdienstleistungen nach § 8 (LuftSiG) erbringen. Unter der Annahme von langsam wieder steigenden Verkehrsmengen wird auch die Flughafensicherheit langsam mit dem Personalaufbau beginnen, um der Anforderung gerecht zu werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Unter der Zielsetzung einer gesamtwirtschaftlichen Optimierung des FraSec-Unternehmens, sowie der Bündelung von Fachkompetenzen und Knowhow ging die Flughafensicherheit GmbH zum Halbjahreswechsel als Tochter der FraSec Fraport Security Services GmbH in Betrieb. Das Jahr 2021 war im Wesentlichen durch ein weiterhin geringes Auftragsvolumen aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie geprägt.

Bis in die Sommermonate hatte der Arbeitgeber Kurzarbeit verordnet, jedoch mit Ausblick auf eine steigende Verkehrsentwicklung in den Folgejahren wurde auf einen umfangreichen Personalabbau verzichtet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
20.078	7	1.513

5.28.2 FraSec Luftsicherheit GmbH

Gründung: 31.12.2020	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Luftsicherheitskontrollen nach § 5 LuftSiG an und auf Flughäfen.
Gesellschafter: FraSec Fraport Security Services GmbH	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Budweth Frau Nicole Ebner Herr Frank Haindl	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	6 Mitglieder Herr Michael Reusch Herr Roberto Di Benedetto Herr Qadeer Rana Herr Stefan Rüter Herr Steffen Seipp Herr Werner Thum

A. Ausblick 2022

Die FraSec Luftsicherheit GmbH hat für 2022, neben den Standorten Frankfurt und Stuttgart, auch am Hamburger Flughafen einen Auftrag für die Luftsicherheitskontrollen für sich gewinnen können. Unter der Annahme von langsam wieder steigenden Verkehrsmengen wird die Luftsicherheit langsam mit dem Personalaufbau beginnen. Ein hoher Gewinnanteil wird von der Station Stuttgart erwartet, da im Jahr 2020 zu guten Bedingungen neuverhandelt wurde.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Unter der Zielsetzung einer gesamtwirtschaftlichen Optimierung des FraSec-Unternehmens, sowie der Bündelung von Fachkompetenzen und Knowhow ging die Luftsicherheit GmbH zum Halbjahreswechsel als Tochter der FraSec Fraport Security Services GmbH in Betrieb. Das Jahr 2021 war im Wesentlichen durch die Einigung zwischen der Fraport AG und der Bundespolizei zu Ausgleichszahlungen der

vergangenen Jahre (21 Mio. € anteilig an die FraSec Luftsicherheit GmbH) und durch ein weiterhin geringes Auftragsvolumen aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie geprägt.

Ergänzend entwickelte sich das Ergebnis der Station Stuttgart aufgrund der neuen Abrechnungsmodalität (Verrechnung pro Kontrollvorgang) deutlich positiv.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
27.659	25.041	1.525

5.28.3 FraSec Services GmbH

Gründung: 31.12.2020	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Serviceleistungen am Frankfurter Flughafen.
Gesellschafter: FraSec Fraport Security Services GmbH	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Budweth Herr Sascha Marx Herr Frank Haindl	
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Martina Zimmermann
Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Janine Sieling Herr Werner Thum Frau Phyllis Winkler Herr Steffen Seipp Herr Yücel Asihan

A. Ausblick 2022

Im Jahr 2022 wird mit einer stetigen Erholung des Luftverkehrs gerechnet, was auch die Services GmbH positiv beeinflussen wird. Insbesondere der Mobile Terminalservice (Mitarbeitende sind Ansprechpartner für Passagiere und lenken die Passagierströme, um einen gleichmäßigen Betrieb zu gewährleisten) ist hierbei verkehrsabhängig.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Unter der Zielsetzung einer gesamtwirtschaftlichen Optimierung des FraSec-Unternehmens, sowie der Bündelung von Fachkompetenzen und Knowhow ging die Services GmbH zum Halbjahreswechsel als Tochter der FraSec Fraport Security Services GmbH in Betrieb. Das Jahr 2021 war im Wesentlichen durch einen weiterhin geringen Betrieb aufgrund der Schließung von Terminal 2 bis zum 01.06. und durch

angeordnete Kurzarbeit bis Ende Juli geprägt. Ergänzend ist der Betriebsübergang des Gepäckwagenmanagements an die GCS Gesellschaft für Cleaning Service GmbH & Co. KG zu nennen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.176	12	262

5.28.4 FraSec Vorratsgesellschaft GmbH

Gründung: 31.12.2020	Unternehmensgegenstand: Verwaltung eigenen Vermögens
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Budweth Herr Frank Haindl	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	

A. Ausblick 2022

Der Betrieb der VG GmbH ist noch nicht in Planung. Sie wurde vorsorglich gegründet, um bei Bedarf ohne Verzögerung ihren Zweck zu erfüllen.

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25		

5.29 GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG

Gründung: 19.12.1997	Unternehmensgegenstand: Gebäude- und Flächenreinigung am Standort Flughafen Frankfurt/Main und an anderen Flughafenstandorten im In- und Ausland sowie die technische Reinigung und Instandhaltungstätigkeiten und die Erbringung artverwandter Service- und Dienstleistungen für den Betreiber des Flughafens Frankfurt am Main und Andere.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 1.025.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Holger Gottschling	
Aufsichtsrat:	5 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Mathias Müller
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Zafer Memisoglu Herr Patrick Schäfer Herr Thomas Schäfer Herr Meydan Simsek

A. Ausblick 2022

Die GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG ist zum 01.04.2022 zur Fraport Facility Services GmbH umfirmiert worden. Neben den Infrastrukturellen Services, welche das Geschäft der Reinigung, der Spezialservices und der Logistik Services umfassen, soll das Geschäftsfeld der Technischen Services weiter ausgebaut werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse lagen im Jahre 2021 bei 30,8 Mio. € und damit um +1,1 Mio. € über dem Vorjahr. Dieser Anstieg ist auf Steigerungen beim Technischen Service (Übernahme weiterer Tätigkeiten zur Brandlastreinigung, Filterwechsel und Brandschutzklappenwartung), Neugeschäft beim Gepäckwagenmanagement (seit 01.03.2021) sowie bei der Schädlingsbekämpfung (seit 01.08.2021) zurückzuführen. Umsatzmindernd wirkt sich eine Preissenkung bei der Gebäudereinigung aus. Der Personalaufwand steigt in 2021 um +1,2 Mio. € aufgrund der zum 05.07.2021

beendeten Kurzarbeit und der Tarifsteigerung in Höhe von +2,9 %. Der Materialaufwand steigt um +1,0 Mio. €, da seit dem 05.07.2021 wieder auf den Einsatz von Fremdpersonal zurückgegriffen worden ist und sich der Reinigungsmaterialverbrauch erhöht hat.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.007	1.849	592

5.30 VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH

<p>Gründung: 19.12.1997</p>	<p>Unternehmensgegenstand: Der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an Dienstleistungs- und Handelsunternehmen, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftender Gesellschafter an der Kommanditgesellschaft unter der Firma GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt / Main KG.</p>
<p>Gesellschafter: Fraport AG</p>	<p>Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %</p>
<p>Geschäftsführung: Herr Holger Gottschling</p>	

A. Ausblick 2022

Die Kommanditgesellschaft GCS ist zum 01.04.2022 zur Fraport Facility Services GmbH umfirmiert worden. Aufgrund der Rechtsformänderung ist vorgesehen, in 2022 die VCS mit der Fraport Facility Services GmbH zu verschmelzen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Geschäftsverlauf ist geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG. Die Kostenerstattungen durch die GCS für die Geschäftsführungsleistungen führten bei der VCS im Geschäftsjahr 2021 zu Umsatzerlö-

sen in Höhe von 0,2 Mio € (Vj. 0,2 Mio €). Das Jahresergebnis der VCS liegt auf dem Niveau des Vorjahres.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
101	1	1

6.1 ABGnova GmbH

Gründung: 09.07.2009	Unternehmensgegenstand: Die Erbringung von Beratungsleistungen und Lobbyarbeit im Bereich des Innovationsmanagements und der Energieeffizienz bei Gebäuden für Gesellschafter und Dritte.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Mainova AG	Kapitalanteile: 50.000 € = 50,00 % 50.000 € = 50,00 % 100.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Herbert Kratzel Herr Bernd Utesch	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die Geschäftsführung, dass die Wirtschaftsplanung mit einem Jahresüberschuss von 55 T€ erreicht wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die ABGnova GmbH ist an der Planung und Umsetzung verschiedener Projekte in Zusammenarbeit mit ihren Gesellschafterinnen Mainova AG und ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH sowie Partnern und Dritten beteiligt. Im Geschäftsjahr 2021 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 62 T€ (Vj. 69 T€) erzielt. Die Umsatzerlöse resultieren aus Verrechnungen an die beiden Gesellschafterinnen in Höhe von 520 T€ (Vj. 599 T€), aus Dritterlösen 89 T€ (Vj. 120 T€) sowie aus Mieterträgen durch Untervermietung 33 T€ (Vj. 33 T€). Der Personalaufwand be-

trägt 322 T€ (Vj. 381 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 256 T€ leicht unter dem Vorjahresniveau (Vj. 260 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
660	62	3

6.2 Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH

Gründung: 12.07.2002	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb eines Biomasse-Heizkraftwerks in Frankfurt am Main-Fechenheim sowie die Lieferung von in diesem Heizkraftwerk erzeugtem Dampf und elektrischem Strom an Dritte. Darüber hinaus die Planung, Entwicklung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen, die der Erzeugung von Energie aus regenerativen Energien dienen. Dies umfasst unter anderem auch die Erstellung und Umsetzung von Energiekonzepten für Dritte und die Erbringung sonstiger Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem vorgenannten Geschäftszweck.
Gesellschafter: Mainova AG WISA Wiederverwertungsgesellschaft für Sperrmüll und Altholz mbH	Kapitalanteile: 5.740.200 € = 90,00 % 637.800 € = 10,00 % 6.378.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Matthias Ertmer Herr Dennis Harold Smith	

A. Ausblick 2022

Die Planung für das Jahr 2022 sieht eine Betriebsstundenzahl von 8.000 Stunden und ein Ergebnis in Höhe von 3,1 Mio. € vor.

Eine Revision der Gesamtanlage ist für September 2022 vorgesehen. Der exakte Zeitpunkt wird in Abhängigkeit der Entwicklung des technischen Anlagenzustandes noch festgelegt. Der geplante Wärmepreis wurde in der Wirtschaftsentwicklung an die zum Planungszeitpunkt aktuellen Erwartungen der Gaspreisentwicklung angepasst.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Anlage ist im Jahr 2021 8.120 Stunden (Vj. 8.429 Stunden) im Betrieb gewesen.

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 2021 12,3 Mio. € (Vj. 9,0 Mio. €). Der Rekordumsatz resultiert wesentlich aus den Stromerlösen. Die Dampferlöse tragen aufgrund der an den Gaspreis gekoppelten Preisindizierung ebenfalls zu den gesteigerten Umsatzerlösen bei.

Den Erlösen steht ein Materialaufwand von 6,1 Mio. € (Vj. 4,0 Mio. €) gegenüber.

Nach Berücksichtigung von Zinsen und Steuern wird für das Berichtsjahr ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung in Höhe von 4,5 Mio. € (Vj. 3,0 Mio. €) ausgewiesen. Dieser wurde aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an den Mehrheitsgesellschafter abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Gesellschafterausschuss und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8.946	4.522	4

6.3 book-n-drive mobilitätssysteme GmbH

Gründung: 27.04.2000	Unternehmensgegenstand: Bereitstellung eines Angebots von Mobilitätsdienstleistungen aller Art sowie die Organisation gemeinschaftlicher Fahrzeugnutzung, insbesondere durch den Betrieb von Carsharing, sowie der An- und Verkauf von Mobilitätsdienstleistungen
Gesellschafter: Herr Udo Otto Mielke ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Mainova AG	Kapitalanteile: 17.383,93 € = 34,00 % 16.872,63 € = 33,00 % 16.872,63 € = 33,00 % 51.129,19 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Andreas Hornig Herr Martin Trillig	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): HEAG book-n-drive Carsharing GmbH Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 %

A. Ausblick 2022

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellten die book-n-drive mobilitätssysteme GmbH vor ihre größte Herausforderung seit ihrer Gründung. Steigende Kraftstoffkosten und die insgesamt stark steigende Inflation infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine stellen weitere Risiken dar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Nach dem Nachfrageeinbruch während der Corona-Krise stiegen die Umsatzerlöse im Jahr 2021 um 10,2 % von 8,6 Mio. € im Vorjahr auf 9,5 Mio. €. Der Materialaufwand (im Wesentlichen bezogene Leistungen) stieg um 4,5 % auf 6,5 Mio. €. Damit betrug die Materialkostenquote 68,8 % (Vj. 72,5 %). Die Verringerung der Materialkostenquote war im Wesentlichen auf Einsparungen und Effizienzgewinne zurückzuführen. Die Abschreibungen stiegen um

83 T€ auf 980 T€ (Vj. 897 T€). Das Jahresergebnis stieg nach Abklingen der Corona-Krise von -291 T€ im Vorjahr auf 276 T€ im aktuellen Geschäftsjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
5.548	276	34

6.3.1 HEAG book-n-drive Carsharing GmbH

Gründung: 13.04.2018	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung regionaler Mobilitätslösungen für den Personenindividualverkehr, insbesondere Carsharing, das Angebot von Mobilitätsdienstleistungen und -beratungen aller Art, ferner ist die Gesellschaft berechtigt, Carsharing-Stellplätze und sonstige Stellplätze zu mieten und zu vermieten.
Gesellschafter: book-n-drive mobilitätssysteme GmbH HEAG Holding AG – Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG)	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Reinhard Claus Becker Herr Ulrich Natterer	

A. Ausblick 2022

Der Ausbau der Kundenbasis sowie des Stationsnetzes hat 2022 höchste Priorität. Die Geschäftsführung der HEAG book-n-drive Carsharing GmbH geht davon aus, dass die Umsatzerlöse 2022 weiter ansteigen werden und ein leicht positives Ergebnis erwirtschaftet wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft wurde als Kooperation zwischen der book-n-drive mobilitätssysteme GmbH und der HEAG Holding AG – Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt gegründet. Ziel ist der gemeinsame Ausbau des Carsharing Angebots in Darmstadt und Umgebung. Hierzu gehören insbesondere der Ausbau des Stationsnetzes und die Gewinnung von Kunden.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft ergeben sich aus Provisionszahlungen der book-n-drive mobilitätssysteme GmbH für Carsharing-Fahrzeuge und aktive Kunden. Daneben erhebt die HEAG book-n-drive

Carsharing GmbH einen Aufschlag bei der Weitervermietung der Stellplätze an die book-n-drive mobilitätssysteme GmbH.

Der Materialaufwand ist geprägt durch den Aufwand aus der Anmietung der Stellplätze.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresüberschuss von 4 T€ ausgewiesen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
44	4	0

6.3.2 Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH

Gründung: 14.12.2018	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination und Bündelung der gemeinsamen Aktivitäten der Gesellschafter mit dem Ziel des Ausbaus des Carsharing Angebotes im Verkehrsgebiet der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH und dem angrenzenden Umland.
Gesellschafter: book-n-drive mobilitätssysteme GmbH Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Christian Hoffmann Herr Marco Zerban	

A. Ausblick 2022

Der Ausbau der Kundenbasis sowie des Stationsnetzes hat auch in 2022 höchste Priorität. Die Geschäftsführung geht davon aus, das Jahr 2022 positiv abschließen zu können. Für das Jahr 2022 wird mit einer gleichbleibenden Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr 2021 gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft wurde als Kooperation zwischen der book-n-drive mobilitätssysteme GmbH und der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH gegründet. Ziel ist der gemeinsame Ausbau des Carsharing Angebots in Mainz und Umgebung. Hierzu gehören insbesondere der Ausbau des Stationsnetzes und die Gewinnung von Kunden.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft ergeben sich aus Provisionszahlungen der book-n-drive mobilitätssysteme GmbH für Carsharing-Fahrzeuge und aktive Carsharing-Kunden. Daneben erzielt die Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH Umsatzerlöse aus der Weitervermietung der Stellplätze an die book-n-drive mobilitätssysteme GmbH.

Der Materialaufwand ist geprägt durch den Aufwand aus der Anmietung der Stellplätze.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresüberschuss von 6 T€ ausgewiesen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
45	6	0

6.4 CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG

Gründung: 30.07.2012	Unternehmensgegenstand: Betrieb von Windkraftanlagen
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
CEE Renewable Fund S.A., SICAV-FIS	2.625 € = 52,50 %
Mainova AG	1.500 € = 30,00 %
CEE Wind-Beteiligungen GmbH & Co. KG	875 € = 17,50 %
	5.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung:	
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	
CEE 1. Windpark Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christian Bertsch-Engel und Herrn Frank Graf)	

Der Jahresabschluss 2021 liegt noch nicht vor, so dass auf die Vorjahreserläuterungen abgestellt wird.

A. Ausblick 2021

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativen Strom ab. Sofern die gemäß Windgutachten prognostizierten Erträge erzielt werden, wird sich die Gesellschaft zukünftig wirtschaftlich solide entwickeln. Umgekehrt ergibt sich ein wirtschaftliches Risiko, sofern das erwartete Windaufkommen nicht eintritt und geringere Erlöse aus der Stromerzeugung generiert werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2020

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2020 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 457 T€ (Vj. 245 T€) aus. Wesentlicher Treiber für die Ergebnisentwicklung ist der Windertrag. Insgesamt erzielt die Gesellschaft in 2020 Umsatzerlöse von 2,99 Mio. € (Vj.

2,75 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen gegenüber dem Vorjahr unveränderte Abschreibungen von 1,05 Mio. € sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 771 T€ (Vj. 715 T€) gegenüber. Der sonstige betriebliche Aufwand beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Kirchhain. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 669 T€ (Vj. 712 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.746	457	0

6.5 Chargemaker GmbH

Gründung: 07.07.2020	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienst-, Werk- und Serviceleistungen im Bereich der Elektromobilität. Hierzu gehören insbesondere die Beschaffung, die Installation sowie Service- und Beratungsleistungen in Bezug auf Ladeinfrastruktur für alle Arten von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen sowie Dienstleistungen betreffend den Betrieb, die Abrechnung und das Kundenmanagement.
Gesellschafter: Dussmann Service Holding GmbH Mainova AG	Kapitalanteile: 15.000 € = 50,00 % 15.000 € = 50,00 % 30.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Björn Dethlefsen	

A. Ausblick 2022

Insgesamt kann aufgrund der Rahmenbedingungen und Entwicklungen von einer weiterhin dynamischen Entwicklung der Branche ausgegangen werden. Die Gesellschaft profitiert von einem eindeutigen Trend zur Umstellung von konventionellen Verbrennerfahrzeugen auf elektrisch betriebene Fahrzeuge. Dieser Trend wird sich in 2022 und den Folgejahren fortsetzen bzw. beschleunigen.

Die geplanten Zuwächse an Kundenprojekten in 2022 sollten mit einer deutlichen Umsatzsteigerung verbunden sein. Gleichzeitig muss durch die Erhöhung der umsatzbedingten Kosten und des geplanten organisatorischen Wachstums mit höheren betriebsbedingten Ausgaben gerechnet werden.

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2022 eine Erhöhung der Umsätze und ein negatives Jahresergebnis.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1,5 Mio. € resultieren aus dem Verkauf von Ladesäulen, aus der Wartung und Instandhaltung, aus Ladestrom, Pachterlösen

sowie übrigen Umsatzerlösen. Dem stehen der Materialaufwand in Höhe von 1,0 Mio. €, Personalaufwand in Höhe von 1,2 Mio. €, Abschreibungen in Höhe von 22 T€, sonstiger betrieblicher Aufwendungen in Höhe von 0,5 Mio. € sowie Zinsen aus den Gesellschafterdarlehen in Höhe von 24 T€ gegenüber. Daraus ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -1,3 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) <small>(Angabe ohne Geschäftsführung)</small>
3.575	-1.306	12

6.6 Dynega Energiehandel GmbH

Gründung: 11.08.2008	Unternehmensgegenstand: Die Beschaffung von Gas und Strom in eigenem Namen oder in Namen ihrer Gesellschafter, auf Rechnung ihrer Gesellschafter, sowie die Erbringung aller damit und mit dem Bezugsmangement mittelbar oder unmittelbar verbundenen Dienstleistungen. Die Gesellschaft kann auch den Handel mit Gas und/oder Strom auf eigene Rechnung betreiben.
--------------------------------	---

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Mainova AG	10.000 € = 6,67 %
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	10.000 € = 6,67 %
Energieversorgung Alzenau GmbH	10.000 € = 6,67 %
Energieversorgung Main-Spessart GmbH	10.000 € = 6,67 %
Oberhessische Gasversorgung GmbH	10.000 € = 6,67 %
Ohra Energie GmbH	10.000 € = 6,67 %
Stadtwerke Bad Homburg v.d.H.	10.000 € = 6,67 %
Stadtwerke Büdingen	10.000 € = 6,67 %
Stadtwerke Dreieich GmbH	10.000 € = 6,67 %
Stadtwerke Langen GmbH	10.000 € = 6,67 %
Stadtwerke Mühlheim am Main GmbH	10.000 € = 6,67 %
Stadtwerke Neu-Isenburg GmbH	10.000 € = 6,67 %
Werraenergie GmbH	10.000 € = 6,67 %
Eigene Anteile	20.000 € = 13,33 %
	150.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Harald Herzig Herr Hans-Ulrich Kimpel

A. Ausblick 2022

Die Entwicklung der Gesellschaft kann weiterhin positiv gesehen werden. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2022 einen stabilen Geschäftsverlauf und ein Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahres.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Dienstleistungstätigkeit konnte in 2021 weiterhin gesteigert werden. Bei den Zusatzdienstleistungen für die Gesellschafter konnte ein Volumen von ca. 243 T€ (Vj. 200 T€) erreicht werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich mit 179 T€ (Vj. 179 T€) auf gleichem Niveau. Das Jahresergebnis ist mit 5 T€ positiv (Vj. 5 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
442	5	3

6.7 ENAG/MAINGAS Energieanlagen GmbH i. L.

Gründung: 17.12.1991	Unternehmensgegenstand: Die Erzeugung von Wärme, Elektrizität und Druckluft sowie die Versorgung mit Wärme, Elektrizität, Druckluft, Gas, Brauchwasser, Trinkwasser und die Übernahme anderer versorgungswirtschaftlicher Betätigungen.
Gesellschafter: Mainova AG Thüringer Energie AG	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Benz (Liquidator) Herr Andreas Meyer (Liquidator)	

A. Ausblick 2022

Durch Auslaufen des Dienstleistungsvertrages mit OPEL per 30.09.2020 entfällt die Geschäftsgrundlage für ENAG/MAINGAS Energieanlagen GmbH (EMEG) i. L.. Daher haben die Gesellschafter mit Beschluss vom 17./21.09.2020 die Liquidation der EMEG zum 01.10.2020 beschlossen und zum 09.10.2020 im Handelsregister veröffentlicht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatte die EMEG i. L. kein operatives Geschäft. Der Verlust in Höhe von 35 T€ im laufenden Geschäftsjahr resultiert im Wesentlichen aus den im Liquidationsjahr weiterlaufenden Dienstleistungsverträgen mit den Gesellschaftern in Höhe von jeweils 25 T€, der Vergütung für die beiden Liquidatoren der EMEG i. L. in Höhe von 6 T€, die personenidentisch sind mit den beiden vormaligen Geschäftsführern der EMEG i.L. sowie Kosten für Wirtschaftsprüfung, Steuer- und Rechtsberatung. Dem stehen die Inanspruchnahme und Auflösung von Rückstellungen gegenüber.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung (Liquidatoren).

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
968	-35	3

6.8 Energieversorgung Main-Spessart GmbH

Gründung: 30.05.1975		Unternehmensgegenstand: Die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wärme, Wasser, Flüssig- gas sowie artverwandten Dienstleistungen der Versorgung, insbesondere Betriebsfüh- rung und Geschäftsbesorgungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Beteiligungen an Un- ternehmungen und Gesellschaften zu erwerben, die mit dem Gegenstand des Unterneh- mens zusammenhängen.	
Gesellschafter: Mainova AG		Kapitalanteile: 5.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Melanie Bauer			
Aufsichtsrat:		7 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Frau Diana Rauhut	
Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Peter Arnold	
		Herr Marcus Grimm	
		Herr Lothar Herbst	
		Herr Alexander Mench	
		Herr Bernhard Vogt	
		Herr Andreas Zenglein	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem Jahres-
überschuss vor Ergebnisabführung von 2,1 Mio. €
gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Absatzentwicklung der Gesellschaft im Ge-
schäftsjahr 2021 war im Vergleich zum Vorjahr wei-
terhin durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck
regionaler und bundesweiter Anbieter sowie Energie-
berater geprägt. Die verkaufte Erdgasmenge lag um
42,6 Mio. kWh über dem Vorjahr. Die Umsatzerlöse
haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. € auf
23,1 Mio. € erhöht. Die Erhöhung betraf sowohl den
Erdgas- als auch den Stromverkauf. Der Materialauf-
wand betrug 14,7 Mio. € (Vj. 12,5 Mio. €).

Das Jahresergebnis für 2021 vor Ergebnisabführung
in Höhe von 2,5 Mio. € entspricht einer Verzinsung
des Eigenkapitals von 28 %. Das im Vorjahr geplante
Ergebnis wurde damit insgesamt um 0,4 Mio. € über-
troffen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgaben-
stellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den
Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen
für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterver-
sammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsfüh-
rung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisverwendung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
23.208	2.538	37

6.9 Energy Air GmbH

Gründung: 30.12.1998	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie, die Versorgung der Kunden am Standort Flughafen Frankfurt Main mit Strom, Wärme und Kälte, die Erbringung von Energiedienstleistungen und die Beteiligung an versorgungswirtschaftlichen Infrastrukturprojekten für Verkehrsflughäfen und luftfahrtnahe Unternehmen.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 52.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Benz Herr Reiner Bergmann	

A. Ausblick 2022

Insgesamt erwartet die Geschäftsführung auch für das Geschäftsjahr 2022 bei einem Umsatzvolumen von rund 64 Mio. € ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 5,9 Mio. €. Die Ergebnisentwicklung steht unter dem Vorbehalt, dass die Folgen der Corona-Pandemie und der Ukraine-Krise im Jahr 2022 noch nicht verlässlich eingeschätzt werden können.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Umsatz der Energy Air beträgt im Geschäftsjahr 2021 63,3 Mio. € (Vj. 78,3 Mio. €) und liegt damit um 15,0 Mio. € unter dem des Vorjahres. Vom Umsatz entfielen auf das Segment Strom 29,1 Mio. € (Vj. 47,8 Mio. €), auf das Segment Wärme 25,7 Mio. € (Vj. 20,9 Mio. €) und auf das Segment Kälte 8,5 Mio. € (Vj. 9,6 Mio. €). Der Umsatzrückgang beim Strom erklärt sich unter anderem dadurch, dass der Kunde Fraport die EEG Umlage seit 01.01.2021 selbst mit dem Übertragungsnetzbetreiber abrechnet. Der Anstieg im Umsatz Wärme liegt zum einen in der Wiedereröffnung des Terminal 2 sowie der kühleren Witterung im 4. Quartal 2021 und zum anderen aus einem einmaligen Effekt aus Kundenabrechnungen für Vorjahre.

Den Erlösen stehen Aufwendungen (ohne Berücksichtigung der Zinsaufwendungen) in Höhe von 56,1 Mio. € (Vj. 74,3 Mio. €) gegenüber. Diese beinhalten im Wesentlichen die Energielieferungen und

Netzkosten. Auch hier führt die selbstständige Abrechnung der EEG Umlage von Fraport zu einer Reduzierung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 1,0 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €), wobei 0,9 Mio. € auf anteilige Verwaltungskosten im Rahmen des vereinbarten Service Level Agreement (SLA) mit der Mainova AG (Vorjahr zusätzlich mit der Fraport AG) entfallen. Nach Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Erträge von 0,4 Mio. €, Materialaufwendungen, der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie der Zinsaufwendungen weist die Energy Air ein Ergebnis nach Steuern und vor Ergebnisabführung an die Mainova AG in Höhe von 7,7 Mio. € (Vj. 4,0 Mio. €) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisverwendung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
13.691	7.652	0

6.10 Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung: 28.02.1991	Unternehmensgegenstand: Beteiligung an Energieversorgungsunternehmen im Land Thüringen einschließlich der Vertretung in den Organen dieser Unternehmen.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 7.300.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Kögler	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): Ohra Energie GmbH Werraenergie GmbH Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Kapitalanteile: 1.628.464 € = 49,00 % 3.773.000 € = 49,00 % 1.577.400 € = 23,90 %

A. Ausblick 2022

Die künftige Ertragslage der Gesellschaft als Beteiligungsholding ist von der operativen Ergebnisentwicklung der Beteiligungsgesellschaften abhängig. Anlässlich der von den Beteiligungen vorgelegten Unternehmensplanungen sowie eines Temperaturverlaufs entsprechend eines Normaljahres rechnet die Geschäftsführung in 2022 mit einem Ergebnis nach Steuern in Höhe von 3,7 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH (EWT) verfügt als Beteiligungsholding über keine operative Geschäftstätigkeit. Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus den Beteiligungserträgen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr liegen diese mit 3,8 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Nach Abzug der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (32 T€) weist die EWT ein Ergebnis nach Steuern von 3,7 Mio. € aus.

Die Vermögens- und Finanzlage der EWT zeigt sich analog zu den Vorjahren auch im abgelaufenen Geschäftsjahr positiv. Die Eigenmittel decken das langfristig gebundene Vermögen in vollem Umfang.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
42.263	3.742	0

6.10.1 Ohra Energie GmbH

Gründung: 27.05.1991		Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung, der Handel, der Transport und die allgemeine Versorgung mit Strom, Gas und Wärme auch aus erneuerbaren Energien sowie die Beratung Dritter und die Erbringung von Dienstleistungen in diesen Bereichen.	
Gesellschafter: Kommunalbeteiligung Ohra Energie GmbH Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH		Kapitalanteile: 1.694.933 € = 51,00 % 1.628.464 € = 49,00 % 3.323.397 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Michael Fischer			
Aufsichtsrat:		10 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr Klaus Reißig	
Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Dr. Constantin H. Alsheimer	
		Herr Peter Arnold	
		Herr Jürgen Beese	
		Herr Lothar Herbst	
		Herr Günther Jobst	
		Herr Jens Leffler	
		Herr Alexander Mench	
		Frau Diana Rauhut	
		Herr Jörg Schlothauer	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): EDW Energiedienste GmbH		Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	

A. Ausblick 2022

Die weitere Entwicklung der Ohra Energie wird sehr stark von den Entwicklungen in der Energiewirtschaft, dem Wettbewerb und den rechtlichen Rahmenbedingungen geprägt sein.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Jahresüberschüsse für die Geschäftsjahre 2022 und 2023 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2021 liegen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Ohra Energie erzielte im Berichtsjahr 2021 einen Gesamtumsatz von 31,6 Mio. € und damit 12,5 % mehr als im Vorjahr (28,1 Mio. €). Der Erdgasabsatz lag bei insgesamt 366,9 Mio. kWh. Dies sind 55,9 Mio. kWh oder 13,2 % weniger als im Vorjahr. Die Erlöse aus dem Erdgasverkauf betragen 22,2 Mio. €, 12,3 % mehr als im Vorjahr (19,8 Mio. €). Im Segment Strom konnten wiederum Kunden hinzugewonnen werden. Die Zuwächse, vor allem im Standardlastprofil-Bereich, führten zu einer

Steigerung der Absatzmenge um rund 0,6 Mio. kWh auf 14,1 Mio. kWh. Der Umsatz stieg auf 3 Mio. € (Vj. 2,8 Mio. €). Der Anstieg der Umsatzerlöse führte gleichzeitig zu einer Erhöhung des Materialaufwands (+17,5%). Dieser Anstieg ist auf die gestiegenen Preise für den Erdgas- und Strombezug sowie auf die Einführung der CO₂-Zertifikate zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen niedriger aus als im Vorjahr, da in 2020 eine Abschlagszahlung im Rahmen eines Insolvenzverfahrens enthalten war. Der Personalaufwand erhöhte sich durch Tarifierhöhung und Neueinstellungen auf 2,6 Mio. €. Unter Berücksichtigung der gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (1,7 Mio. €) und der planmäßigen Abschreibungen (2,3 Mio. €) wird ein im Vergleich zum Geschäftsjahr 2020 um 0,1 Mio. € höheres Betriebsergebnis von 4,2 Mio. € erreicht. Der Jahresüberschuss beträgt 3,0 Mio. € (Vj. 2,8 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
41.465	3.030	38

6.10.1.1 EDW Energiedienste GmbH

Gründung: 01.08.2012	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der allgemeinen Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Telekommunikation und des Gebäude- und Facilitymanagements und die Beratung Dritter in diesen Bereichen.
Gesellschafter: Ohra Energie GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Volkmar Braune Herr Michael Fischer	

A. Ausblick 2022

Die EDW Energiedienste GmbH bemüht sich weiterhin mit ihren Partnern um die Entwicklung und Vermarktung innovativer Produkte. Beispielsweise begleitet sie die Vermarktung von Quartiersplanungskonzepten. Kooperationsprojekte zur Realisierung von Kostenvorteilen nehmen immer mehr Raum ein. Die Jahresergebnisse werden in Zukunft auf dem Niveau des vergangenen Geschäftsjahres liegen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft erwirtschaftet in 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von 10 T€ (Vj. 10 T€). Insgesamt erzielt die Gesellschaft infolge von Dienstleistungsverträgen Umsatzerlöse von 203 T€ (Vj. 197 T€). Weiterhin werden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 4 T€ (Vj. 3 T€) ausgewiesen. Diesen Erträgen stehen Personalaufwendungen von

176 T€ (Vj. 169 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 30 T€ (Vj. 30 T€) gegenüber. Letztere enthalten vornehmlich Aufwendungen für Fremdleistungen von 18 T€ sowie Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten von 5 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
54	10	2

6.10.2 Werraenergie GmbH

Gründung: 28.05.1991	Unternehmensgegenstand: Die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wärme, Wasser, Flüssiggas, Telekommunikation sowie artverwandten Dienstleistungen der Ver- und Entsorgung.
Gesellschafter: Kommunalbeteiligungsgesellschaft mbH Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 3.927.000 € = 51,00 % 3.773.000 € = 49,00 % 7.700.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Hans Ulrich Nager	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	10 Mitglieder Herr Klaus Bohl Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Lothar Herbst Herr Ralf Holland-Nell Herr Thomas Kaminski Herr Alexander Mench Herr Martin Müller Frau Diana Rauhut Herr Ronny Römhild
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): WerraEnergiedienste GmbH Energieversorgung Schmalkalden GmbH Immo.Serv. GmbH	Kapitalanteile: 51.129 € = 100,00 % 12.475 € = 49,90 % 12.250 € = 49,00 %

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 geht die Geschäftsführung infolge der geopolitischen Entwicklungen von einem Jahresüberschuss aus, der unterhalb des Niveaus des Jahres 2021 liegen wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Berichtsjahr haben sich die Umsatzerlöse auf 43,8 Mio. € (Vj. 42,7 Mio. €) erhöht. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf witterungsbedingt höhere Absatzmengen im Gasvertrieb und Kundenzuwächse in diesem Segment zurückzuführen.

Der Materialaufwand in Höhe von 25,2 Mio. € (Vj. 26,0 Mio. €) hat sich im Wesentlichen wegen verbesserten Bezugskonditionen im Gas- und Stromsegment sowie infolge von Mengenrückgängen im Stromsegment reduziert.

Unter Berücksichtigung des Personalaufwands (5,6 Mio. €), der Abschreibungen (4,7 Mio. €), der

sonstigen Aufwendungen (4,0 Mio. €), des Finanz- und Beteiligungsergebnisses (-0,3 Mio. €) sowie der Ertragssteuern (1,8 Mio. €) ergibt sich ein Jahresüberschuss von 4,4 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
76.766	4.350	94

6.10.2.1 WerraEnergiedienste GmbH

Gründung: 04.11.2008	Unternehmensgegenstand: Die Entwicklung, das Angebot und die Durchführung von Energiedienstleistungen und artverwandten Tätigkeiten wie die Übernahme des Produktmanagements für standardisierbare Energiedienstleistungen, die Übernahme des Gesamtprojektmanagements für individuelle Energiedienstleistungen, die Übernahme von Mess- und Abrechnungsdienstleistungen und -abwicklung in kaufmännischer Hinsicht.
Gesellschafter: Werraenergie GmbH	Kapitalanteile: 51.129 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Hans Ulrich Nager	

A. Ausblick 2022

Für 2022 geht die Geschäftsführung der WerraEnergiedienste GmbH von einem Jahresüberschuss auf dem Niveau des Jahres 2021 aus. Durch die langfristig abgeschlossenen Verträge mit Großkunden kann weiterhin von einem operativen Geschäft auf einer stabilen Basis ausgegangen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1,1 Mio. € (Vj. 1,0 Mio. €) setzen sich im Wesentlichen aus Wärmelieferungen (712 T€), Contractingerlösen (304 T€) und Erlösen aus dem Stromverkauf (105 T€) zusammen. Der Materialaufwand (545 T€) beinhaltet mit 346 T€ vornehmlich den Bezug von Erdgas sowie mit 142 T€ die Instandhaltungsaufwendungen.

Unter Berücksichtigung des Personalaufwands (271 T€) und der Zinsaufwendungen für das Gesell-

schafterdarlehen (17 T€) ergibt sich ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung in Höhe von 136 T€ (Vj. 126 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.728	136	5

6.11 Ferme Eolienne de Migé SARL

Gründung: 22.01.2007	Unternehmensgegenstand: Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 100 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Patrick Bessière Herr Marc-Peter Nauheim	

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativen Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresfehlbetrag von -52 T€ (Vj. Jahresüberschuss von 276 T€) aus.

Wesentlicher Treiber für die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft ist der Windertrag. Die Umsatzerlöse betragen insgesamt 1,97 Mio. € (Vj. 2,36 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen gegenüber dem Vorjahr unveränderte Abschreibungen von 1,16 Mio. € sowie Materialaufwand von 413 T€ (Vj. 414 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den

Windpark Migé. Das Jahresergebnis wird wesentlich durch das negative Finanzergebnis von -344 T€ (Vj. -386 T€), bedingt durch Zinsaufwendungen für die Kreditfinanzierung und Gesellschafterdarlehen der Mainova AG, beeinflusst.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organ der Gesellschaft ist die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.404	-52	0

6.12 Gasversorgung Main-Kinzig GmbH

Gründung: 16.10.1979	Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Gas und Wärme
Gesellschafter: Mainova AG Kreiswerke Main-Kinzig GmbH	Kapitalanteile: 4.300.000 € = 50,00 % 4.300.000 € = 50,00 % 8.600.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Ivars Gludausis	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	12 Mitglieder Herr Lothar Herbst Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Frau Sabrina Banovsky Herr Daniel Glöckner Herr Oliver Habekost Herr Martin Henkel Herr Winfried Ottmann Frau Diana Rauhut Frau Astrid Rost Herr Thomas Schmidt Herr LRat Thorsten Stolz
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): Main-Kinzig Netzdienste GmbH Energiedienste Main-Kinzig GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 70.000 € = 50,00 %

A. Ausblick 2022

Für das Jahr 2022 wurde ein Ergebnis in Höhe rund 2,4 Mio. € geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse stiegen um 11,3 Mio. € auf 56,3 Mio. €. Im Gasgeschäft erhöhten sich diese vor allem durch den Kundenzuwachs bei den Privat- und Geschäftskunden sowie den günstigen Witterungsbedingungen und durch die an die Kunden weitergeleitete CO₂-Abgabe. Die Netzpachterlöse inklusive Ertragszuschüsse und der Materialverkauf stiegen um 0,2 Mio. € und die Wärmedienstleistungen verzeichneten eine Umsatzsteigerung von 0,3 Mio. €. Demgegenüber war ein Rückgang um 0,2 Mio. € bei den Dienstleistungen gegenüber der Netzgesellschaft und bei den sonstigen Umsatzerlösen zu verzeichnen.

Die Gesamtleistung belief sich auf 57,1 Mio. € und fiel damit um 11,0 Mio. € höher aus als im Vorjahr.

Der Materialaufwand betrifft hauptsächlich den Gaseinkauf und die Netzentgelte. Der Aufwand stieg um 8,9 Mio. € auf 34,5 Mio. €. Der Personalaufwand erhöhte sich um 0,1 Mio. € auf 8,2 Mio. €. Die Abschreibungen betragen unverändert 3,7 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 4,7 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Das Betriebsergebnis lag um 1,0 Mio. € höher und bezifferte sich auf 5,9 Mio. €. Das Finanzergebnis verbesserte sich um 1,1 Mio. €, ist aber mit -1,2 Mio. € weiter negativ. Diese Verbesserung ergab sich im Wesentlichen durch die Übernahme des gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. € geringeren Verlusts der Netztochtergesellschaft gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag.

Der Jahresüberschuss erhöhte sich auf 3,0 Mio. € und lag damit über Vorjahr (2,0 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
64.633	2.950	100

6.12.1 Main-Kinzig Netzdienste GmbH

Gründung:

13.06.2007

Unternehmensgegenstand:

Der Betrieb von Gasversorgungsnetzen. Hiervon umfasst sind die Aufgabe der Verteilung von Gas sowie die Verantwortung für den Betrieb, die Wartung und den Ausbau des Gasversorgungsnetzes. Die Gesellschaft ist Netzbetreiber im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes.

Gesellschafter:

Gasversorgung Main-Kinzig GmbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Andreas Barth

A. Ausblick 2022

Gemäß dem Wirtschaftsplan wird für 2022 mit einem Verlust in Höhe von 1,4 Mio. € gerechnet.

Für das Geschäftsjahr 2022 sind Bauleistungen in Höhe von 11,1 Mio. € geplant. Die Bautätigkeit betrifft sowohl die Erweiterung und Sanierung von Gas-transportleitungen und Ortsverteilungen als auch Netzanschlussleitungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse 2021 liegen mit 16,6 Mio. € um 1,4 Mio. € höher als im Vorjahr. Wesentliche Bestandteile sind die Durchleitungsentgelte der Gas-händler, Erlöse aus der Biogaswälzung und Dienstleistungen gegenüber Dritten und verbundenen Unternehmen. Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren aus höheren Durchleitungsentgelten, höheren Dienstleistungserlösen und gestiegenen Biogaserlösen. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 1,1 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Als Ergebnis 2021 hat die Gesellschaft einen Verlust von 1,0 Mio. € zu verzeichnen, der von der Gesellschafterin Gasversorgung Main-Kinzig GmbH im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags übernommen wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisverwendung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.836	-1.045	2

6.13 Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG (vormals: eserv GmbH & Co. KG)

Gründung: 05.08.2013	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die umfassende Erzeugung von und Versorgung mit Energie und Wärme sowie die Erbringung energienaher Dienstleistungen. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch alle Geschäfte, Maßnahmen und sonstigen Rechtshandlungen, die unmittelbar oder mittelbar mit dem Unternehmensgegenstand zusammenhängen.
Gesellschafter: Mainova AG Stadtwerke Hanau GmbH	Kapitalanteile: 20.040 € = 50,10 % 19.960 € = 49,90 % 40.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH (vertreten durch Herrn Matthias Fernitz, und Herrn Winand Zeggel)	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft wird auf dem Gelände der ehemaligen Großauheimkaserne in Hanau ein Gasmotorenkraftwerk errichten und nach Auslaufen des Fernwärmebezugs von Stadtwerke Hanau GmbH aus dem Kraftwerk Staudinger voraussichtlich ab der zweiten Jahreshälfte 2024 die Fernwärme für die Stadt Hanau erzeugen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von -6 T€ aus, der auf die Kommanditisten verteilt wird.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 87 T€ wurden im Wesentlichen durch die Erbringung von Dienstleistungen im Energiesektor bis September 2021 erzielt. Der Materialaufwand in Höhe von 41 T€ betrifft im Wesentlichen Dienstleistungen der Gas-Union GmbH bis September 2021.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 51 T€ beinhalten im Wesentlichen EDV-

Fremdlieferungen und -leistungen, die Aufwendungen für die kaufmännische Geschäftsbesorgung, Kosten für den Jahresabschluss sowie die Haftungsschädigung und den Auslagenersatz an die Komplementärin.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
644	-6	0

6.14 Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH (vormals: eserv Verwaltungsgesellschaft mbH)

<p>Gründung: 05.08.2013</p>	<p>Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG mit Sitz in Hanau, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszwecks der Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich die umfassende Erzeugung von und Versorgung mit Energie und Wärme sowie die Erbringung energienaher Dienstleistungen.</p>
<p>Gesellschafter: Mainova AG Stadtwerke Hanau GmbH</p>	<p>Kapitalanteile: 12.525 € = 50,10 % 12.475 € = 49,90 % 25.000 € = 100,00 %</p>
<p>Geschäftsführung: Herr Mathias Fernitz Herr Winand Zeggel</p>	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines und Ausblick

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 1 T€ aus. Als Komplementärin der Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG erhält die Gesellschaft von der Kommanditgesellschaft für ihre Aufwendungen eine Haftungsvergütung und Auslagenersatz.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
28	1	0

6.15 Hessenwasser GmbH & Co. KG

Gründung:

11.08.2004

Unternehmensgegenstand:

Die Wassergewinnung, der Wasserbezug sowie die Aufbereitung, die Speicherung, der Transport und die Lieferung von Wasser an die Gesellschafterkunden und sonstige Dritte, wasserver- und entsorgungsnahe Dienstleistungen, insbesondere Labordienstleistungen, Betriebsführungen und Beratungen, sowie die Entsorgung von Abwasser. Zu diesem Zweck kann sie eigene Anlagen zur Wassergewinnung, zum Transport von Wasser und zur Abwasserentsorgung betreiben.

Gesellschafter:

Mainova AG

ENTEKA AG

Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau

ESWE Versorgungs AG

Kapitalanteile:

6.000.000 € = 36,36 %

4.500.000 € = 27,28 %

3.000.000 € = 18,18 %

3.000.000 € = 18,18 %

16.500.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Hessenwasser Verwaltungs-GmbH (vertreten durch Frau Elisabeth Jreisat)

A. Ausblick 2022

Insgesamt rechnet die Gesellschaft für das Jahr 2022 mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 4,2 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 wurde ein überplanmäßiger Jahresüberschuss in Höhe von 5,2 Mio. € (Vj. 5,5 Mio. €) erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse beruhten im Wesentlichen auf den Umsätzen mit den Gesellschafterkunden und mit Dritten. Neben den Umsatzerlösen aus Wasserverkauf in Höhe von 82,2 Mio. € (Vj. 84,6 Mio. €) wurden Erträge aus Laborleistungen und Erträge aus Geschäftsführung, hier insbesondere der Geschäftsführung des Wasserverbands Hessisches Ried, von insgesamt 12,3 Mio. € (Vj. 11,9 Mio. €) erwirtschaftet. Die Verminderung der Umsatzerlöse aus Wasserverkauf ergab sich im Wesentlichen aus einer witterungsbedingt verminderten Wasserabgabemenge. Der Mate-

rialaufwand in Höhe von 46,2 Mio. € enthielt hauptsächlich die Aufwendungen für den Wasser- und Strombezug, die Beiträge für den Wasserverband Hessisches Ried sowie Instandhaltungsaufwendungen für die Anlagen. Der Personalaufwand in Höhe von 29,4 Mio. € hat sich im Vergleich zum Vorjahr vorwiegend aufgrund der Tarifsteigerungen erhöht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
140.291	5.180	355

6.16 Hessenwasser Verwaltungs-GmbH

Gründung: 11.08.2004		Unternehmensgegenstand: Der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften. Die Gesellschaft ist insbesondere berufen, bei der Kommanditgesellschaft unter der Firma Hessenwasser GmbH & Co. KG die Rechtsstellung einer persönlich haftenden Gesellschafterin einzunehmen und deren Geschäfte zu führen.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Mainova AG		11.100 € =	36,33 %
ENTEKA AG		8.350 € =	27,33 %
Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau		5.550 € =	18,17 %
ESWE Versorgungs AG		5.550 € =	18,17 %
		30.550 € =	100,00 %
Geschäftsführung: Frau Elisabeth Jreisat			
Aufsichtsrat:		16 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr Andreas Niedermaier	
Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Patrick Albert	
		Herr Dr. Constantin H. Alsheimer	
		Herr Dr. Jörg Becker	
		Herr Dennis Blessing	
		Herr Ronny Ehrlich	
		Frau Katja Fassoth	
		Herr Stefan Haas	
		Herr Jörg Höhler	
		Frau Anne-Rose Jung	
		Frau Dr. Julia Klinger	
		Herr Stefan Metzger	
		Herr Heiko Müller	
		Herr Ralf Schodlock	
		Herr Franz-Rudolf Urhahn	
		Frau Anja Weygand	

A. Ausblick 2022

Für das Jahr 2022 wird mit einem Jahresüberschuss auf unverändertem Niveau gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärgesellschaft der Hessenwasser GmbH & Co. KG und verfügt über kein eigenes operatives Geschäft. Sie erhält eine Haftungsvergütung im Rahmen ihrer Stellung als Komplementärin und sämtliche der Gesellschaft entstehenden Aufwendungen einschließlich der Steuern werden ihr in gleicher Höhe durch die Hessenwasser GmbH & Co. KG erstattet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
107	3	0

6.17 Hotmobil Deutschland GmbH

Gründung: 25.01.1996	Unternehmensgegenstand: Die Herstellung, Vermietung und der Vertrieb von Anlagen zur dezentralen Energie- und Medienversorgung (vor allem Anlagen zur Versorgung mit Wärme, Dampf, Kälte, Klima und Strom) sowie Dienstleistungen für Notfalllösungen auf dem Gebiet der Gebäudetechnik sowie von Produktionsprozessen, insbesondere der Abschluss von Dienstleistungsverträgen im Bereich der Sicherstellung von Wärme, Dampf, Kälte, Klima und Stromversorgung.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Bernd Becherer Herr Uwe Kettner	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die Geschäftsführung eine positive Entwicklung der Ergebnissituation. Durch geplante Investitionen in den eigenen Mietpark und die Erhöhung der Auslastung der Mietanlagen ist von einem Anstieg der Umsatzerlöse und in der Folge von einem deutlichen Anstieg des Ergebnisses vor Ergebnisabführung auszugehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft erwirtschaftet im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 2,4 Mio. €.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die geplante Betriebsleistung (Umsatzerlöse einschließlich Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) in Höhe von 17,8 Mio. € um 5,6 Mio. € übertroffen werden. Dies ist auf höhere Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge zurückzuführen, wobei im Bereich der aktivierten Eigenleistungen eine negative Vorjahresabweichung zu verzeichnen ist. Diese Abweichung ist auf ein geringeres Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

Aufgrund der gestiegenen Umsatzerlöse nahmen die Materialaufwendungen um 2,8 Mio. € (+51,4 %) auf 8,1 Mio. € zu. Im Wesentlichen stiegen die Materialaufwendungen im Bereich Heizöl und mobiler Elektrozentralen. Der Anstieg der Personalaufwendungen um 0,5 Mio. € (8,8 %) auf 6,4 Mio. € ist auf die steigende Mitarbeiterzahl im Geschäftsjahr

zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 3,8 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Durch die Gründung der Niederlassungen in der Schweiz und in Österreich sind die Aufwendungen für Raumkosten, Fahrzeugkosten sowie Werbung und Marketing gestiegen. Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr angestiegen, ursächlich hierfür sind die getätigten Investitionen in den eigenen Mietpark. Die Abschreibungen belaufen sich im Berichtsjahr auf 2,5 Mio. € (Vj. 2,1 Mio. €).

Der Jahresüberschuss wird im Rahmen des abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages in voller Höhe an die Mainova AG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.816	2.395	109

6.18 Infranova Bioerdgas GmbH

Gründung: 16.12.2009	Unternehmensgegenstand: Planung, Errichtung und der Betrieb von Biogas-Aufbereitungsanlagen und deren Nebenanlagen sowie die Lieferung von in diesen Aufbereitungsanlagen erzeugtem Bioerdgas an Dritte.
Gesellschafter: Infraside Beteiligungs GmbH Mainova AG	Kapitalanteile: 50.100 € = 50,10 % 49.900 € = 49,90 % 100.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Reiner Bergmann Herr Dr. Robert Schleich	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die Geschäftsführung Umsatzerlöse in Höhe von 5,5 Mio. € und ein Ergebnis aus Betriebstätigkeit in Höhe von 368 T€.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 5,8 Mio. € (Vj. 5,3 Mio. €). Den Umsatzerlösen steht Materialaufwand in Höhe von 4,1 Mio. € (Vj. 4,0 Mio. €) gegenüber, der hauptsächlich für den Bezug von Rohbiogas sowie für sonstige Betriebskosten, wie technische Betriebsführung und Hilfsenergien, anfiel. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (672 T€, Vj. 698 T€) sind die Kosten für die kaufmännische Betriebsführung, das Stellen der Geschäftsführer, Aufwendungen für Instandhaltungen und Versicherungen sowie sonstige Aufwendungen enthalten. Das Ergebnis aus Betriebstätigkeit beträgt 691 T€ (Vj. 281 T€).

Das Finanzergebnis beträgt -2 T€ (Vj. -12 T€) und betrifft Aufwendungen aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen. Nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beträgt der Jahresüberschuss der Infranova Bioerdgas GmbH 471 T€ (Vj. 185 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.416	471	0

6.19 Lorenz Energie GmbH

Gründung: 08.11.2010	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und Vertrieb von Umwelanlagen, Solaranlagen und ähnlichen Einrichtungen auf eigenen und fremden Gebäuden und damit zusammenhängende Rechtsgeschäfte.
Gesellschafter: Mike Lorenz Mainova AG	Kapitalanteile: 155.000 € = 50,10 % 154.500 € = 49,90 % 309.500 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Mike Lorenz	

A. Ausblick 2022

Aufgrund der aktuellen Situation an den Energiemärkten ist die Nachfrage gerade im Bereich Photovoltaik und Speichertechnik sowie Wärmepumpen sehr hoch. Dies führt auch in diesen Segmenten zu Lieferproblemen. Insgesamt geht die Gesellschaft von einer weiterhin positiven Entwicklung aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 6,9 Mio. € (Vj. 6,0 Mio. €) enthalten im Wesentlichen Erträge aus Photovoltaik, Heizung und Wärme, Elektrik, Stromtankstellen und Wartung. Der Materialaufwand beläuft sich auf 4,4 Mio. € und betrifft Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie bezogene Waren. Der Anstieg von 0,9 Mio. € ist insbesondere durch die Entwicklung der Umsatzerlöse verursacht. Der Anstieg des Personalaufwands um 0,3 Mio. € ist insbesondere auf die gestiegene Mitarbeiterzahl sowie auf allgemeine Tarifsteigerungen zurückzuführen.

Nach Abzug der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 0,7 Mio. €, Abschreibungen, des Finanzergebnisses und der Steuern ergibt sich ein Jahresergebnis von 0,2 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.804	173	47

6.20 Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung: 03.08.2009	Unternehmensgegenstand: Der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung von direkten oder indirekten Beteiligungen (einschließlich Minderheitsbeteiligungen) an anderen Unternehmen, insbesondere an Unternehmen, deren Gegenstand die Versorgung mit Energie und Wasser sowie artverwandte Dienstleistungen ist.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Martin Giehl Frau Diana Rauhut	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): Thüga Holding GmbH & Co. KGaA	Kapitalanteile 2.052.768 € = 20,53 %

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft als Beteiligungsholding ist insbesondere von der Ergebnisentwicklung und den damit verbundenen Ausschüttungen der operativen Beteiligungsgesellschaften der Thüga AG abhängig, welche wiederum über die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA gehalten wird. Aus den sich hieraus ableitenden Ergebnissen der Thüga AG werden zukünftig mittelbar Ausschüttungen durch die Mainova Beteiligungsgesellschaft vereinnahmt.

Für das Jahr 2022 erwartet die Gesellschaft ein Beteiligungsergebnis in Höhe von rund 50,3 Mio. € und einen leicht geringeren Jahresüberschuss als im abgelaufenen Geschäftsjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 42,6 Mio. € aus. Im Vorjahr wurde ein Jahresüberschuss von 39,5 Mio. € erwirtschaftet. Die in 2021 von Thüga Holding GmbH & Co. KGaA vereinnahmte Dividende war im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Mio. € niedriger und betrug 53,8 Mio. €. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus konnten keine Zinserträge aus der Anlage liquider Mittel erwirtschaftet werden.

Den vorgenannten Erträgen stehen in 2021 Zinsaufwendungen von 11,1 Mio. € (Vj. 15,5 Mio. €) und sonstige betriebliche Aufwendungen von 44 T€ gegenüber.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Zur Finanzierung des anteiligen Kaufpreises, den die Mainova Beteiligungsgesellschaft für Anteile an der Thüga-Gruppe zahlen musste, wurden langfristige Darlehensverträge abgeschlossen. Für insgesamt 80 % der Darlehenssumme bestehen modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Frankfurt am Main, die sich zum 31.12.2021 auf 224,8 Mio. € belaufen (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
701.308	42.597	0

6.21 Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Gründung:

29.09.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes, die Beteiligung an Unternehmen zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten und deren Verwaltung.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

1.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH (Herr Moritz Möller und Julia Völlmecke)

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

SEBG Energiepark GmbH

Kapitalanteile:

6.249 € = 25,00 %

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft soll zukünftig als Holding für die Beteiligungen der Mainova AG im Bereich Erneuerbare Energien fungieren. Die bestehenden Beteiligungen sollen auf die Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG übertragen werden. Danach wird mit positiven Jahresergebnissen gerechnet.

Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -42 T€ (Vj. -9 T€).

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 42 T€ (Vj. 9 T€) betreffen im Wesentlichen die kaufmännische Geschäftsbesorgung, Kosten für den Jahresabschluss sowie die Haftungsentschädigung und den Auslagenersatz an die Komplementärin.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.494	-42	0

6.22 Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH

<p>Gründung: 09.10.2020</p>	<p>Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszwecks der vorgenannten Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes.</p>
<p>Gesellschafter: Mainova AG</p>	<p>Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %</p>
<p>Geschäftsführung: Herr Moritz Möller Frau Julia Völlmecke</p>	

A. Ausblick 2022

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2022 die Geschäftsführung der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG wahrnehmen. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main. Sie ist darüber hinaus nicht operativ tätig.

Die Umsatzerlöse in Höhe von 18 T€ (Vj. 5 T€) resultieren aus der vertragsgemäßen Weiterverrechnung der Aufwendungen sowie der vertraglich festgelegten Haftungsvergütung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 17 T€ (Vj. 5 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführgestellung, für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie kaufmännische Geschäftsbesorgung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
29	1	0

6.23 Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

Gründung: 08.06.2011	Unternehmensgegenstand: Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Gases, die Beteiligung an Gesellschaften zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Christoph Hülse Herr Tobias Müller	

A. Ausblick 2022

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2022 die Geschäftsführung der vorgenannten Mainova Windparkgesellschaften wahrnehmen. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärgesellschaft der Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG sowie Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG und hat darüber hinaus kein operatives Geschäft.

Die Umsatzerlöse von 30 T€ (Vj. 29 T€) resultieren aus den mit den Windparkgesellschaften vertraglich festgelegten Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 22 T€ (Vj. 22 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführergestellung von der Mainova AG, kaufmännische Dienstleistungen durch die Mainova AG sowie die Zuführung zu den Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
67.067	6	0

6.24 Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG

Gründung:

03.11.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova AG

Stadtwerke Hanau GmbH

Stadtwerke Marburg GmbH

Stadtwerke Mühlheim am Main GmbH

Stadtwerke Neu-Isenburg GmbH

Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH

Werraenergie GmbH

Kapitalanteile:

4.250 € = 85,00 %

125 € = 2,50 %

125 € = 2,50 %

125 € = 2,50 %

125 € = 2,50 %

125 € = 2,50 %

5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

stehen der Materialaufwand in Höhe von 655 T€ (Vj. 732 T€), Abschreibungen in Höhe von 1,1 Mio. € (Vj. 1,5 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 339 T€ (Vj. 344 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinserträge von 135 T€ (Vj. 70 T€) und Zinsaufwendungen in Höhe von 463 T€ (Vj. 540 T€) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 900 T€ (Vj. 420 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die Anpassung der gewöhnlichen Nutzungsdauer der Windkraftanlagen und Laufzeit der Rückbauverpflichtung von 20 auf 25 Jahre. Durch die Verlängerung der Nutzungsdauer ergibt sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr eine um 445 T€ niedrigere Abschreibung und Auflösung der Rückbaurückstellung von 321 T€. Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 3,2 Mio. € (Vj. 3,6 Mio. €) erzielt. Den vorgenannten Erträgen

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.373	900	0

6.25 Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG

Gründung: 31.12.2012	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung, der Betrieb und die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes. Sie kann zur Erreichung des Gesellschaftszweckes auch Beteiligungen an anderen Gesellschaften eingehen.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 10.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort des PV-Parks jeweils zu verzeichnenden Solaraufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

stehen der Materialaufwand von 188 T€ (Vj. 267 T€), Abschreibungen von 1,0 Mio. € (Vj. 1,7 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 124 T€ (Vj. 110 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen von 90 T€ (Vj. 79 T€) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1,6 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die Anpassung der gewöhnlichen Nutzungsdauer und Laufzeit der Rückbauverpflichtung von 20 auf 25 Jahre. Durch die Verlängerung der Nutzungsdauer ergibt sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr eine um 705 T€ niedrigere Abschreibung und Auflösung der Rückbaurückstellung von 60 T€.

Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 3,2 Mio. € (Vj. 3,5 Mio. €) erzielt. Diesen

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
11.267	1.590	0

6.26 Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG

Gründung:

09.05.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung, der Betrieb und die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stroms bzw. die Einspeisung des erzeugten Stroms nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG).

Gesellschafter:

Mainova AG (Kommanditistin)

Kapitalanteile:

10.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort zu verzeichnenden Solaraufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

Den vorgenannten Erträgen stehen der Materialaufwand in Höhe von 385 T€ (Vj. 712 T€), Abschreibungen von 1,6 Mio. € (Vj. 2,3 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 325 T€ (Vj. 332 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 0,9 Mio. € (Vj. 1,0 Mio. €) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1,3 Mio. € (Vj. 0,8 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die Anpassung der gewöhnlichen Nutzungsdauer und Laufzeit der Rückbauverpflichtung von 20 auf 25 Jahre. Durch die Verlängerung der Nutzungsdauer ergibt sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr eine um 735 T€ niedrigere Abschreibung und Auflösung der Rückbaurückstellung von 64 T€.

Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 4,4 Mio. € (Vj. 5,3 Mio. €) erwirtschaftet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
28.023	1.277	0

6.27 Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH

Gründung: 21.04.2005	Unternehmensgegenstand: Die Übernahme von Abrechnungsprozessen für andere Unternehmen, insbesondere Energieversorgungsunternehmen und artverwandte Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Niki Becker Herr Bertram May Herr Martin Sattler	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): Service4EVU GmbH (bis 31.12.2021)	Kapitalanteile: 50.000 € = 50,00 %

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2022 mit Umsatzerlösen in Höhe von 66,0 Mio. €. Im Saldo rechnet sie mit einem negativem Geschäftsergebnis in der Größenordnung von ca. -4,6 Mio. €. Im Wesentlichen liegen die Ursachen hierfür in den gestiegenen Kosten für IT-Dienstleistungen und Fremunterstützung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Der Umsatz der Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH (MSD) betrug im Geschäftsjahr 2021 63,9 Mio. € (Vj. 71,9 Mio. €) und reduzierte sich damit um 11,1 %. Die Umsatzerlöse resultierten hauptsächlich aus Erlösen für die Erbringung von Mess-, Abrechnungs- und Servicedienstleistungen für die Mainova AG sowie die NRM GmbH. Wesentliche Treiber für den Rückgang waren der Wegfall von Dienstleistungen (Kundenbetreuung Privat- und Gewerbekunden, Beschwerdemanagement und Telefonzentrale) durch die Überführung in das Stammhaus. Daneben wurden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 0,8 Mio. € (Vj. 0,9 Mio. €) realisiert, die

sich aus periodenfremden Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen zusammensetzten. Nach Berücksichtigung von Materialaufwendungen in Höhe von 36,8 Mio. € (Vj. 41,6 Mio. €), Personalaufwendungen von 0,6 Mio. € (Vj. 0,3 Mio. €), planmäßigen Abschreibungen von 8 T€ (Vj. 5 T€) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 27,5 Mio. € (Vj. 32,3 Mio. €) wurde ein Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) von 0,2 Mio. € (Vj. -1,4 Mio. €) erzielt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.512	-187	0

6.27.1 Service4EVU GmbH

Gründung: 23.03.2011	Unternehmensgegenstand: Übernahme des Abrechnungsprozesses und Kundenbetreuung für andere Unternehmen, insbesondere Energieversorgungsunternehmen sowie artverwandte Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH (bis 31.12.2021) N-ERGIE Kundenservice GmbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 50,00 % 50.000 € = 50,00 % 100.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Rolf Grus Herr Klaus Reimann	

A. Ausblick 2022

Für das Jahr 2022 wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 12 T€ gerechnet.

Zum 1. Januar 2022 erfolgte von der Mainova ServiceDienste GmbH die Übertragung ihrer Geschäftsanteile an der Service4EVU GmbH an die Mainova AG.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Ertragslage der Gesellschaft ist unterhalb des genehmigten Wirtschaftsplans geblieben.

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft betragen insgesamt 14,1 Mio. € (Vj. 15,2 Mio. €) und betrafen Erlöse der Betriebsstätten Coburg (7,5 Mio. €) und Nürnberg (6,6 Mio. €). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 3,5 Mio. € (Vj. 3,5 Mio. €) betrafen im Wesentlichen die Inanspruchnahme von Service-Center-Dienstleistungen. Der Personalaufwand betrug 7,9 Mio. € (Vj. 7,9 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 2,8 Mio. € (Vj. 3,6 Mio. €) setzten sich maßgeb-

lich aus Miet- und Pacht aufwendungen, Fremdleistungen für den kaufmännischen Bereich und Kfz-Kosten zusammen.

Die Gesellschaft wies einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -242 T€ (Vj. Jahresüberschuss +27 T€) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.584	-242	257

6.28 Mainova WebHouse GmbH & Co. KG

Gründung:

03.06.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, Planung, Bau, Ausbau und Betrieb von Rechenzentren und Rechenzentrumsgebäuden bei Bereitstellung von elektrischer Energie, Kühlleistung, Sicherheit und weiterer Leistungen sowie Erwerb und Erschließung von Grundstücken zu diesem Zweck.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Mainova WebHouse Management GmbH (vertreten durch Herrn Oliver Schiebel und Herrn Ewald Winter)

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft wird auch im Jahr 2022 mit dem Aufbau und der Vermarktung von Rechenzentren in Frankfurt am Main beschäftigt sein. Dabei liegt der geplante Jahresverlust für das kommende Geschäftsjahr bei 2,74 Mio. €. Dies ist vor allem auf Personal- und Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen, denen in der Bau- und Entwicklungsphase noch keine Umsätze gegenüberstehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 354 T€ betreffen im Wesentlichen die Aufwands- und Haftungsvergütung für die Komplementärin, Beratungsleistungen, Kosten für die Jahresabschlussprüfung und für die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova AG sowie Verbandsbeiträge.

Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -384 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) <small>(Angabe ohne Geschäftsführung)</small>
6.611	-384	1

6.29 Mainova WebHouse Management GmbH

<p>Gründung: 28.07.2020</p>	<p>Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova WebHouse GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszweck der Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich Erwerb, Planung, Bau, Ausbau und Betrieb von Rechenzentren und Rechenzentrumsgebäuden bei Bereitstellung von elektrischer Energie, Kühlleistung, Sicherheit und weiterer Leistungen sowie Erwerb und Erschließung von Grundstücken zu diesem Zweck.</p>
<p>Gesellschafter: Mainova AG</p>	<p>Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %</p>
<p>Geschäftsführung: Herr Ewald Winter Herr Oliver Schiebel</p>	

A. Ausblick 2022

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2022 die Geschäftsführung der Mainova WebHouse GmbH & Co. KG wahrnehmen. Für ihre Tätigkeit und ihr Haftungsrisiko erhält die Gesellschaft neben dem Ersatz ihrer Aufwendungen jährlich eine Haftungsvergütung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 190 T€ resultieren aus der vertragsgemäßen Weiterverrechnung der Aufwendungen sowie der vertraglich festgelegten Haftungsvergütung.

Der Personalaufwand beträgt 174 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova AG, für die Prüfung des

Jahresabschlusses sowie Gründungskosten. Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
224	1	0

6.30 Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH

Gründung: 05.03.2012	Unternehmensgegenstand: Die Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Gases, die Beteiligung an Gesellschaften zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängenden Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Christoph Hülse Herr Tobias Müller	

A. Ausblick 2022

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH nimmt die Gesellschaft die Geschäftsführung der Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG und der CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG wahr.

Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärin der Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG sowie gemeinsam mit der CEE 1. Windpark Verwaltungs GmbH als Komplementärin der CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG.

Die Umsatzerlöse von rund 19 T€ (Vj. 19 T€) resultieren aus mit den Windparkgesellschaften vertraglich festgelegten Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen.

Der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt rund 16 T€ (Vj. 16 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführgestellung sowie kaufmännische Dienstleistungen durch die Mainova AG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
28	2	0

6.31 Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG

Gründung:

28.12.2007

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. der Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme Kopplungsgesetz (KWKG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

6.000 € = 100,00%

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 357 T€ (Vj. 331 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinserträge aus der Auflösung von Rückbaurückstellungen in Höhe von insgesamt 163 T€ (Vj. 0 T€) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 184 T€ (Vj. 243 T€) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 1,2 Mio. € (Vj. 1,0 Mio. €) aus.

Insgesamt hat die Gesellschaft in 2021 Umsatzerlöse in Höhe von 3,2 Mio. € (Vj. 3,6 Mio. €) erzielt. Ferner wurden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 256 T€ (Vj. 53 T€) verzeichnet, die sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen ergeben.

Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 686 T€ (Vj. 734 T€), Abschreibungen in Höhe von 1.371 T€ (Vj. 1,4 Mio. €) sowie

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
15.899	1.190	0

6.32 Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG

Gründung: 15.11.2019	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. der Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme Kopplungsgesetz (KWKG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 5.000 € = 100,00%
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt von der Genehmigung des Windparks Kaisten und nach Errichtung und Inbetriebnahme von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnendem Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

Sofern die gemäß Windgutachten prognostizierten Erträge erzielt werden, wird sich die Gesellschaft zukünftig wirtschaftlich solide entwickeln. Umgekehrt ergibt sich ein wirtschaftliches Risiko, sofern das erwartete Windaufkommen nicht eintritt und geringere Erlöse aus der Stromerzeugung generiert werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 27 T€ führen abzüglich der sonstigen betrieblichen Erträgen zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von

-25 T€ und beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für kaufmännische Dienstleistungen, die Weiterverrechnung von Kosten und Haftungsvergütung der Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aufwendungen für Gutachten und Beratung sowie Fremdleistungen für Verwaltung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
210	-25	0

6.33 Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG

Gründung: 02.01.2019	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 5.000 € = 100,00%
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnendem Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 183 T€ (Vj: 26 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die Anpassung der gewöhnlichen Nutzungsdauer und Laufzeit der Rückbauverpflichtung von 20 auf 25 Jahre. Durch die Verlängerung der Nutzungsdauer ergibt sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr eine um 142 T€ niedrigere Abschreibung und Auflösung der Rückbaurückstellung von 116 T€. Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 610 T€ (Vj. 701 T€) erzielt. Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in

Höhe von 140 T€ (Vj. 151 T€), Abschreibungen in Höhe von 256 T€ (Vj. 398 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 48 T€ (Vj. 43 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 38 T€ (Vj. 48 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.442	183	0

6.34 Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG

Gründung:

20.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00%

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

489 T€), Abschreibungen von 0,8 Mio. € (Vj. 1,2 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 308 T€ (Vj. 263 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Niederhambach. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 298 T€ (Vj. 357 T€) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 427 T€ (Vj. 442 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die Anpassung der gewöhnlichen Nutzungsdauer und Laufzeit der Rückbauverpflichtung von 20 auf 25 Jahre. Durch die Verlängerung der Nutzungsdauer ergibt sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr eine um 331 T€ niedrigere Abschreibung und Auflösung der Rückbaurückstellung von 306 T€.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 2,2 Mio. € (Vj. 2,6 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen der Materialaufwand von 417 T€ (Vj.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
16.682	427	0

6.35 Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG

Gründung: 31.08.2010	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 5.000 € = 100 %
Geschäftsführung: Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 1.440 € = 28,80 %

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 728 T€ (Vj. 343 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die Anpassung der gewöhnlichen Nutzungsdauer und Laufzeit der Rückbauverpflichtung von 20 auf 25 Jahre. Durch die Verlängerung der Nutzungsdauer ergibt sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr eine um 369 T€ niedrigere Abschreibung und Auflösung der Rückbaurückstellung von 310 T€.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 2,7 Mio. € (Vj. 3,0 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen der Materialaufwand von 412 T€ (Vj. 707 T€), Abschreibungen von 0,9 Mio. € (Vj.

1,3 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 800 T€ (Vj. 207 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Remlingen und anteilig für das Umspannwerk Uettingen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fallen wegen einer Vergleichszahlung höher aus. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 324 T€ (Vj. 407 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
16.589	728	0

6.35.1 ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG

Gründung:

07.02.2012

Unternehmensgegenstand:

Der Erwerb bzw. die Errichtung sowie der Betrieb eines gemeinsam genutzten Umspannwerks für die von den Gesellschaftern geplanten, errichteten und betriebenen Windenergieanlagen und Solarparks, insbesondere der Abschluss aller hierfür erforderlichen Verträge und Inanspruchnahmen aller hierfür erforderlichen Rechte, die Unterhaltung und Wartung dieser Umspannwerk-Infrastruktur sowie die Durchleitung der von den Gesellschaftern-WEA erzeugten elektrischen Energie und deren Einspeisung in das öffentliche Elektrizitätsnetz. Weiterhin gehören zum Unternehmensgegenstand die Abrechnung der von den Gesellschafter-WEA eingespeisten elektrischen Energie gegenüber dem örtlichen Netzbetreiber und die Verteilung der Stromerlöse an die Gesellschafter.

Gesellschafter:

ABO Wind AG
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG
ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG
Green City Energy Windpark Altertheim GmbH & Co. KG
SunTec Solarpark GmbH & Co. IV KG

Kapitalanteile:

1.620 € = 32,40 %
1.440 € = 28,80 %
720 € = 14,40 %
720 € = 14,40 %
500 € = 10,00 %
5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

B & F Windpark GmbH (vertreten durch Herrn Dr. Jochen Ahn und Herrn Matthias Bockholt)

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

aufwendungen von 49 T€ (Vj. 54 T€) gegenüber. Der Jahresüberschuss beträgt 1 T€ (Vj. 1 T€).

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Anlagen sowie die Infrastruktur des Umspannwerks wurden im Oktober 2012 mit dem Anschluss der SunTec Solarpark GmbH & Co. IV KG in Betrieb genommen. Mittlerweile speisen über das Umspannwerk drei Windparks und ein Solarpark ein. Die Infrastruktur-Nutzungsverträge sind darauf ausgelegt, die Betriebskosten, die Finanzierungskosten und die Betriebsführungskosten vollständig auf die Anschlussnehmer umzulegen. Im Geschäftsjahr 2021 wurden aus diesen Umlagen Umsatzerlöse von 275 T€ (Vj. 304 T€) erzielt. Den Umsatzerlösen stehen gegenüber dem Vorjahr unveränderte Abschreibungen von 97 T€, sonstige betriebliche Aufwendungen von 125 T€ (Vj. 144 T€) und Zins-

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.114	1	0

6.36 Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co KG

Gründung:

01.12.2009

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2022

Die zukünftige Ertragslage hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

234 T€ (Vj. 265 T€), Abschreibungen von 408 T€ (Vj. 595 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 121 T€ (Vj. 113 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs-, Betriebs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Siegbach. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 104 T€ (Vj. 213 T€) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2021 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 466 T€ (Vj. 205 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die Anpassung der gewöhnlichen Nutzungsdauer und Laufzeit der Rückbauverpflichtung von 20 auf 25 Jahre. Durch die Verlängerung der Nutzungsdauer ergibt sich im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr eine um 187 T€ niedrigere Abschreibung und Auflösung der Rückbaurückstellung von 134 T€.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 1,2 Mio. € (Vj. 1,4 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in Höhe von

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.627	466	0

6.37 NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH

Gründung: 21.04.2005	Unternehmensgegenstand: Das Pachten, Verwalten, Betreiben und die Instandhaltung von Elektrizitäts-, Gasversorgungs-, Fernwärme-, Wasserversorgungs- und Abwassernetzen nebst Zubehör und Telekommunikationslinien für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere für die Mainova AG, Frankfurt am Main.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 500.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Torsten Jedzini Herr Mirko Maier	

A. Ausblick 2022

Unter Abwägung der Chancen und Risiken erwartet die Gesellschaft für das Jahr 2022 einen Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) von rund 12,6 Mio. €. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie sind erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen auf das weltweite Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft steht unter dem Vorbehalt weiterer möglicher negativer Auswirkungen der Pandemie – insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der Netznutzungserlöse – auf ihr konjunkturelles Umfeld und die Marktentwicklung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft sind in 2021 um 6,5 Mio. € auf 586,9 Mio. € gestiegen. Diese setzen sich im Wesentlichen aus um 6,4 Mio. € auf 250,0 Mio. € gesunkenen Erlösen aus Netznutzung Strom, maßgeblich witterungsbedingt um 5,9 Mio. € auf 144,8 Mio. € erhöhten Erlösen aus Netznutzung Gas, um 24,0 Mio. € auf 130,8 Mio. € gestiegenen Erträgen aus Investitionsmaßnahmen, Auftragsabrechnung und sonstigen Leistungen sowie um 8,4 Mio. € auf 18,3 Mio. € verringerten Erlösen aus Betriebsführungsentgelten für Wasser- und sonstige Netze zusammen. Die Erlöse aus Verkäufen eingespeister Strommengen sind um 3,5 Mio. € auf

21,5 Mio. € gesunken. Den Erlösen stehen Aufwendungen für den Bezug der eingespeisten Strommengen gegenüber.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 3,3 Mio. € auf 6,3 Mio. €. Der Materialaufwand erhöhte sich um 12,2 Mio. € auf 516,1 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um 1,5 Mio. € auf 90,7 Mio. €. Im Geschäftsjahr ergab sich im Wesentlichen auf Grund der Abzinsung langfristiger Rückstellungen ein positives Finanzergebnis. Für das Berichtsjahr wird ein im Rahmen der Erwartungen liegender Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) in Höhe von -19,5 Mio. € (Vj. -15,8 Mio. €) ausgewiesen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
63.882	-19.492	25

6.37.1 Hanau Netz GmbH

Gründung:

15.10.2012

Unternehmensgegenstand:

Das Pachten, Verwalten, Betreiben und Instandhalten von Elektrizitäts-, Gasversorgungs-, Fernwärme-, Wasserversorgungs- und Abwassernetzen nebst Zubehör und Telekommunikationslinien für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere für die Stadtwerke Hanau GmbH mit Sitz in Hanau. Die Gesellschaft stellt Dritten die von ihr betriebenen Netze entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Energiewirtschaftsgesetzes, zur Verfügung, eröffnet ihnen den Netzzugang und schließt Dritte, insbesondere Letztverbraucher, in gleicher Weise an das von ihr betriebene Netz an und ermöglicht ihnen so den Netzanschluss. Die Gesellschaft ermittelt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben die wirtschaftlichen Bedingungen und Entgelte für Netzzugang und Netzanschluss und stellt die technischen Bedingungen für einen sicheren und zuverlässigen Transport von Energie und Wasser sicher.

Gesellschafter:

Stadtwerke Hanau GmbH

NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH

Kapitalanteile:

45.000 € = 90,00 %

5.000 € = 10,00 %

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Adrian Szabó

Aufsichtsrat:

18 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr OB Claus Kaminsky

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer

Herr Peter Arnold

Herr Günter Betz

Herr Jens Böhringer

Herr Thomas Christen

Herr Martin Giehl

Frau Angelika Gunkel

Herr Berthold Leinweber

Herr Thomas Morlock

Herr Michael Radtke

Herr Stv Oliver Rehbein

Herr Peter Schmidt

Herr Stv Thomas Straub

Herr Klaus Temmen

Herr Michael Truckenbrodt

Herr BM Axel Weiss-Thiel

Frau Dagmar Wolf

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft erwartet für das Jahr 2022 ein positives Ergebnis.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Hanau Netz GmbH betragen im Berichtsjahr 63,5 Mio. € (Vj. 58,1 Mio. €) und setzen sich im Wesentlichen zusammen aus der Netznutzung Strom und Gas, Erlösen aus der Abrechnung von Investitionsmaßnahmen, Erlösen aus der Betriebsführung der Netze, sowie Erträgen aus

Mehr- und Mindermengenabrechnung Strom und Gas. Den Erlösen steht ein Materialaufwand in Höhe von 46,6 Mio. € (Vj. 43,4 Mio. €) gegenüber. Wesentliche Kostenbestandteile sind die Aufwendungen für den Strom- und Gasbezug, Aufwendungen für die überlassene Infrastruktur sowie Material- und Fremdleistungseinsatz. Der Personalaufwand beträgt 10,0 Mio. € (Vj. 9,7 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 6,6 Mio. € (Vj. 6,3 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen die an die Stadtwerke Hanau GmbH abgeführten Konzessionsabgaben sowie Entgelte für Dienstleistungen von der Mainova ServiceDienste GmbH. Es wird ein

Jahresfehlbetrag in Höhe von -0,2 Mio. € (Vj. -1,4 T€) ausgewiesen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung sowie der Aufsichtsrat.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisverwendung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
12.915	-209	124

6.38 Oberhessische Gasversorgung GmbH

Gründung: 14.10.1977	Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Gas und Wärme.
Gesellschafter: Mainova AG Ovag Energie AG	Kapitalanteile: 1.800.000 € = 50,00 % 1.800.000 € = 50,00 % 3.600.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Stefan Hammer Herr Holger Reuss	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	10 Mitglieder Diana Rauhut Herr Joachim Arnold Herr Peter Arnold Herr Thorsten Hankel Herr Uwe Kettner Herr Dr. Jens Mischak Herr Dr. Hans-Jürgen Moog Herr Oswin Veith Herr Christian Weiße Herr Ernst Alfred Zang
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): Oberhessengas Netz GmbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %

A. Ausblick 2022

Für 2022 rechnet die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von ca. 20 Mio. € sowie einem Jahresüberschuss von 1,3 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Zum Ende des Geschäftsjahres betrug der Erdgasabsatz 350 GWh, was einer Steigerung um 2,5 % entspricht. Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 11,6 % auf 20,2 Mio. € erhöht. Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf die erstmalige Abrechnung der Brennstoffemissionshandels-gesetz-Kosten von 1,6 Mio. € bei witterungs- und preisbedingt leicht gestiegenen Gaserlösen zurückzuführen. Auch die Contractingerlöse stiegen weiter durch den Zubau.

Der Anstieg der Aufwendungen für den Erdgasbezug gegenüber dem Vorjahr um 29,6 % lag deutlich über der Erhöhung der Gaserlöse. Die Netznutzungsentgelte verminderten sich nur geringfügig. Zugleich

stiegen durch höhere Altersversorgungsaufwendungen der Personalaufwand und durch im Vorjahr getätigte Investitionen die Abschreibungen an.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr trotz niedrigerer Verlustübernahme für Oberhessengas Netz von 0,2 Mio. € (Vj. 0,3 Mio. €) wegen rückläufiger Zinserträge verschlechtert. Die Gesellschaft verzeichnet einen Jahresüberschuss auf Vorjahresniveau von 1,7 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
29.683	1.688	14

6.38.1 Oberhessengas Netz GmbH

Gründung: 06.12.2006	Unternehmensgegenstand: Das Pachten, Verwalten, Betreiben und Instandhalten von Gasversorgungsnetzen nebst Zubehör für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere für die Oberhessische Gasversorgung GmbH.
Gesellschafter: Oberhessische Gasversorgung GmbH	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Markus Summ	

A. Ausblick 2022

Für 2022 erwartet die Gesellschaft den Bau von ca. 125 neuen Netzanschlüssen und bei Umsatzerlösen von rd. 9,7 Mio. € ein Betriebsergebnis von ca. -1,2 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus Durchleitungsentgelten der Transportkunden und der erstatteten Biogasumlage. Die Netznutzungsentgelte und die Konzerndienstleistungen gingen leicht, die abgegrenzte Umlage der Biogas- und Marktraumumstellungsaufwendungen für 2021 gingen hingegen von 2,5 Mio. € auf 1,4 Mio. € deutlich zurück. Das verbesserte negative Ergebnis nach Steuern beruht überwiegend darauf, dass abweichend zum Vorjahr aus der Abrechnung der Netzkonten der Vertriebe periodenfremde sonstige betriebliche Erträge von 224 (Vorjahr Materialaufwand 109 T€) entstanden. Die Umsatzerlöse betragen nunmehr 8,8 Mio. € (Vorjahr 10,0 Mio. €) und liegen damit unter Berücksichtigung der Bestandsänderungen aus zum Jahresende abgeschlossenen und fakturierten Bauleistungen (-84 T€; Vorjahr -22 T€) unter Plan. Durch die

Aufstockung von Mitarbeitenden steigt der Personalaufwand leicht. Der Materialaufwand und der sonstige betriebliche Aufwand für die (abgeschlossene) Marktraumumstellung haben sich hingegen deutlich verringert. Das nach Steuern ausgewiesene Jahresergebnis vor Verlustausgleich von -163 T€ (Vj. -280 T€) wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Alleingeschafterin übernommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisübernahme)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.719	-163	19

6.39 REmain GmbH & Co. KG

Gründung:

08.06.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung von Immobiliarsachvermögen durch zum Beispiel Kauf, Verkauf, Vermietung, Projektierung der eingebrachten oder später vorhandenen Grundstücke und sonstigen Immobilien.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

REmain Management GmbH (vertreten durch Herrn Uwe Kettner und Herrn Michael Scholz)

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft wird auch im Jahr 2022 mit der Verwaltung und Vermietung von Grundstücken und der darauf errichteten Bauten tätig sein. Dabei liegen die geplanten Umsatzerlöse für das Geschäftsjahr 2022 mit 732 T€ über den erzielten Umsatzerlösen im Berichtsjahr. Für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einem Jahresüberschuss von 542 T€ gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 451 T€ (Vj. 2 T€) betreffen Mieteinnahmen aus einem anteilig vermieteten Grundstück.

Der Materialaufwand beinhaltet Instandhaltungskosten für Außenanlagen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 17 T€ betreffen im Wesentlichen die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova AG, die Haftungs- und

Aufwandsvergütung der Komplementärin sowie die Prüfung des Jahresabschlusses. Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 371 T€ (Vj. Jahresfehlbetrag -12 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.917	371	0

6.40 REmain Management GmbH

Gründung:

01.07.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der REmain GmbH & Co. KG mit Sitz in Frankfurt am Main, die Übernahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszwecks der Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich die Verwaltung des Immobiliarsachvermögens durch zum Beispiel Kauf, Verkauf, Vermietung, Projektierung der eingebrachten oder später vorhandenen Grundstücke und sonstige Immobilien.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Uwe Kettner

Herr Michael Scholz

A. Ausblick 2022

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2022 die Geschäftsführung der REmain GmbH & Co. KG wahrnehmen. Für ihre Tätigkeit und ihr Haftungsrisiko erhält die Gesellschaft neben dem Ersatz ihrer Aufwendungen jährlich eine Haftungsvergütung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 6 T€ resultieren aus der vertragsgemäßen Weiterverrechnung der Aufwendungen sowie der vertraglich festgelegten Haftungsvergütung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 4T€ betreffen im Wesentlichen die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova

AG, für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie für Steuerberatkosten. Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
29	1	0

6.41 SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH

Gründung: 02.11.2006	Unternehmensgegenstand: Planung, Betrieb, Instandhaltung, Erneuerung und Erweiterung von Beleuchtungseinrichtungen für öffentliche und private Beleuchtungsobjekte sowie das Angebot und die Durchführung von damit zusammenhängenden Energiedienstleistungen und artverwandten Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Erfert	

A. Ausblick 2022

Neben dem Geschäftsfeld der Betriebsführung für die öffentliche Straßenbeleuchtung liegt der Fokus auf der Planung und dem Bau von Beleuchtungsanlagen. Insgesamt plant die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2022 ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung von rund 1,9 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Rahmen des Betriebsführungsvertrages mit der Mainova AG erbringt die Gesellschaft Wartungs-, Inspektions- und Instandhaltungsdienstleistungen für rund 63.900 Elektroleuchten, rund 4.100 Gasleuchten sowie rund 5.200 U-Bahnleuchten.

Der Gesamtumsatz aus der Betriebsführung der Beleuchtungsanlagen der Stadt Frankfurt ist gegenüber dem Vorjahr um rund 17 % gestiegen. Die Umsatzerlöse aus den Betriebsführungen in den Städten Bürstadt und Lampertheim mit rund 5.870 Lichtpunkten liegen unter Vorjahresniveau.

Im Geschäftsfeld Planung und Bau von Beleuchtungsnetzen konnten die geplanten Maßnahmen nicht vollständig realisiert werden. Diese Umsatzerlöse liegen unter dem Vorjahresniveau.

Der Umsatz beträgt im Geschäftsjahr 18,0 Mio. € und liegt damit um 0,9 Mio. € unter dem des Vorjah-

res. Unter Einbeziehung der Bestandsveränderungen und sonstigen betrieblichen Erträge reduziert sich die Betriebsleistung um 1,1 Mio. € auf 18,4 Mio. €. Die Materialaufwendungen von 13,5 Mio. € (Vj. 13,9 Mio. €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, für bezogene Fremdleistungen sowie für die Personalgestellung durch die Mainova AG. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 1,8 Mio. € (Vj. 2,0 Mio. €).

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung an die Mainova AG von 2,9 Mio. € (Vj. 3,4 Mio. €) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8.334	2.907	0

6.42 Stadtwerke Hanau GmbH

Gründung: 04.12.1972		Unternehmensgegenstand: Die umfassende Versorgung mit Energie, insbesondere Strom, Gas und Fernwärme und Wasser, die Anbindung städtischer und anderer kommunaler Einrichtungen und Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hanau an Informationswege, der Betrieb des Mainhafens Hanau und öffentlicher Badeanstalten für Bürger/-innen der Stadt Hanau sowie die Beteiligung am öffentlichen Personennahverkehr durch Drittunternehmen.	
Gesellschafter: Beteiligungsholding Hanau GmbH Mainova AG		Kapitalanteile: 7.515.050 € = 50,10 % 7.485.000 € = 49,90 % 15.000.050 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Martina Butz			
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:		18 Mitglieder Herr OB Claus Kaminsky Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Günter Betz Herr Jens Böhringer Herr Thomas Christen Herr Martin Giehl Frau Angelika Gunkel Herr Berthold Leinweber Herr Thomas Morlock Herr Michael Radtke Herr Stv Oliver Rehbein Herr Peter Schmidt Herr Stv Thomas Straub Herr Klaus Temmen Herr Michael Truckenbrodt Herr BM Axel Weiss-Thiel Frau Dagmar Wolf	
Konsortialausschuss: Ausschussvorsitz: Ausschussmitglieder:		5 Mitglieder Herr OB Claus Kaminsky Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Ewald Desch Herr Thomas Morlock	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):		Kapitalanteile:	
Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG		19.960 € = 49,90 %	
Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH		12.475 € = 49,90 %	
Hanau Netz GmbH		45.000 € = 90,00 %	
PionierWerk Hanau GmbH		24.950 € = 49,90 %	

A. Ausblick 2022

Die Stadtwerke Hanau GmbH erwartet für das Geschäftsjahr 2022 bei Umsatzerlösen aus dem Energie- und Wassergeschäft von rd. 88,5 Mio. € ein Jahresergebnis von 6,9 Mio. €. Die Ergebnisent-

wicklung steht unter dem Vorbehalt, dass die Folgen der Corona-Pandemie und der Ukraine-Krise im Jahr 2022 noch nicht verlässlich eingeschätzt werden können.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Umsatzerlöse betragen insgesamt 111,5 Mio. € gegenüber 94,2 Mio. € im Vorjahr. Davon entfallen 100,1 Mio. € auf das Energie- und Wassergeschäft. Das bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 21,3 %. Hauptursache war hier der Mengentausch am Markt aufgrund eines Lieferantenwechsels bei der Energieversorgung mit einem Effekt von 11,7 Mio. €. Ebenso stiegen die Stromumsätze mit einem großen Industriekunden, als auch der Erdgas- und Fernwärmeumsatz aufgrund der kalten Witterung. Im Geschäftsfeld Wasserversorgung war ebenfalls ein etwas höherer Umsatz zu verzeichnen. Die sonstigen Umsatzerlöse sind mit 11,4 Mio. € um 0,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesunken. Ursächlich hierfür sind geringere Erträge aus Netz- und Zählerpachterlösen sowie Installationsarbeiten. Da der Materialaufwand im Wesentlichen Energiebeschaffungskosten beinhaltet, folgt dieser grundsätzlich der Entwicklung der Umsatzerlöse und betrug in 2021 77,7 Mio. €. Die Materialintensität bezogen auf die Gesamtleistung stieg im Berichtsjahr um 4,9 %-Punkte.

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter belaufen sich auf 11,0 Mio. €. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 2,5 %. Bei einer etwas gestiegenen Mitarbeiterzahl resultierten die Veränderungen aus der Tarifsteigerung.

Die Abschreibungen liegen mit 6,4 Mio. € geringfügig um 3,5 % über dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 0,5 Mio. € auf 12,1 Mio. € gestiegen.

Das Finanzergebnis ist mit -2,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. € verbessert. Hier schlägt sich das bessere Ergebnis der Beteiligung Hanau Netz GmbH nieder.

Aufgrund des mit der Beteiligungsholding Hanau GmbH (BHG) abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages wird das Jahresergebnis in Höhe von 7,0 Mio. € vollständig abgeführt. Die Mainova AG erhält von BHG eine fixe Ausgleichszahlung in Höhe von 2,1 Mio. € und ergebnisabhängig eine zusätzliche variable Ausgleichszahlung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, der Konsortialausschuss und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
126.875	7.020	130

6.43 Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH

Gründung: 17.12.1954		Unternehmensgegenstand: Der Bau, die Errichtung, der Betrieb, die Vermietung und Verpachtung von Anlagen, die der Fortleitung von Energien und Energieträgern aller Art, auch von Wasser und Abwasser, dienen, sowie erforderlichenfalls deren Miete und Pacht, der Tief- und Straßenbau, der Rohrleitungsbau (Gas, Trinkwasser, Fernwärme, Strom, Telekommunikation), die Beteiligung an solchen und ähnlichen Unternehmungen sowie die Erledigung aller den Geschäftszwecken mittelbar oder unmittelbar dienenden Geschäften, Entwicklungs- und Forschungsarbeiten auf den vorgenannten Gebieten.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
HOCHTIEF Infrastructure GmbH		463.500 € = 45,00 %	
Mainova AG		307.970 € = 29,90 %	
ENTEKA AG		258.530 € = 25,10 %	
		1.030.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dirk Heesen			
Aufsichtsrat:		6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr Walter Kubick	
Aufsichtsratsmitglieder:		Frau Olga Fabrizious	
		Herr Holger Klein	
		Frau Cordelia Müller	
		Herr Andreas Niedermaier	
		Herr Dirk Schenke	

A. Ausblick 2022

Für 2022 erwartet die Gesellschaft einen Umsatz von ca. 30 Mio. € und ein positives Ergebnis, aufgrund stark gestiegener Beschaffungspreise allerdings reduziert gegenüber den Vorjahren.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit einer Bauleistung von 31,9 Mio. € und somit 5,0 % über Vorjahresniveau (Vj. 30,4 Mio. €) abgeschlossen. Das Jahresergebnis erhöhte sich von 2,3 Mio. € auf 2,5 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.241	2.548	157

6.44 WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH

Gründung: 07.02.2012	Unternehmensgegenstand: Planung, Entwicklung und die Errichtung von Windparks an Land und der Verkauf von entwickelten und gegebenenfalls bereits errichteten Windparks sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Moritz Möller	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): WP Fischborn Verwaltungs GmbH WP Fischborn GmbH & Co. KG	Kapitalanteile: 8.350 € = 33,33 % 5.000 € = 33,33 %

A. Ausblick 2022

Die weitere Ergebnisentwicklung der Gesellschaft hängt in besonderem Maße von der Genehmigungsfähigkeit der Projektpipeline ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Seit ihrer Gründung ist die WPE in der Sicherung von Standorten für Windparks aktiv. Aufgrund der nicht gegebenen Genehmigungsfähigkeit der Projekte infolge eines zu geringen Abstands zu Drehfunkfeuern und der ablehnenden Haltung der Deutschen Flugsicherung (DFS) wurde die operative Tätigkeit der Gesellschaft vorerst eingestellt. Nach mehrjährigen Diskussionen verwendet die DFS seit 2020 eine neue Berechnungsmethode für die Störwirkung von Windkraftanlagen auf Doppler-Drehfunkfeuer, so dass in 2021 mit einer Wiederbelebung einzelner Projekte begonnen wurde. Hierzu wurde u.a. eine Kooperation mit der HessenEnergie Gesellschaft für regenerative und rationelle Energienutzung mbH und RENERTEC GmbH zur gemeinsamen Entwicklung des Windparks Fischborn

in Birstein eingegangen und eine gemeinsame Projektgesellschaft gegründet.

Der Jahresfehlbetrag von -4 T€ (Vj. -11 T€) resultiert im Wesentlichen aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich aus Fremdleistungen für die kaufmännischen Dienstleistungen der Mainova, Prüfungs- und Abschlusskosten sowie Steuerberatungskosten zusammensetzen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
57	-4	0

6.44.1 WP Fischborn GmbH & Co. KG

Gründung:

20.05.2021

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Einwerbung und Sicherung von Projektrechten sowie die Durchführung von Genehmigungsverfahren für die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. der Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

HessenEnergie Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH

RENERTEC GmbH Gesellschaft für regenerative und rationelle Energietechnik

WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH

Kapitalanteile:

5.000 € = 33,33%

5.000 € = 33,33%

5.000 € = 33,33%

Geschäftsführung:

WP Fischborn Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Fritz Gemmer)

A. Ausblick 2022

Zwischen den Projektpartnern wurden Meilensteine verabredet, zu denen die weitere Umsetzung des Projektes überprüft und entschieden werden muss. Meilensteine sind u.a. die Fertigstellung des Artenschutzgutachtens, die Entscheidung über den Anlagentyp und die Einreichung des Genehmigungsantrages. Sollte das Projekt die Baureife erreichen, wird mit einer Inbetriebnahme frühestens in 2024 gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft wurde als Kooperation mit der HessenEnergie Gesellschaft für regenerative und rationelle Energienutzung mbH und RENERTEC GmbH zur gemeinsamen Entwicklung des Windparks Fischborn in Birstein gegründet und am 10.08.2021 in das

Handelsregister eingetragen. Es liegen noch keine Jahresabschlusszahlen vor.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
-	-	0

6.44.2 WP Fischborn Verwaltungs GmbH

Gründung: 28.07.2021	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der geschäftsführenden Komplementärstellung der WP Fischborn GmbH & Co. KG.
Gesellschafter: HessenEnergie Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH RENERTEC GmbH Gesellschaft für regenerative und rationelle Energietechnik WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Kapitalanteile: 8.350 € = 33,33% 8.350 € = 33,33% 8.350 € = 33,33%
Geschäftsführung: Fritz Gemmer	

A. Ausblick 2022

In ihrer Funktion als Komplementärgesellschaft wird die Gesellschaft auch in 2022 die Geschäftsführung der WP Fischborn GmbH & Co. KG wahrnehmen. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft wurde als Kooperation mit der HessenEnergie Gesellschaft für regenerative und rationelle Energienutzung mbH und RENERTEC GmbH zur gemeinsamen Entwicklung des Windparks Fischborn in Birstein gegründet und am 28.07.2021 in das Handelsregister eingetragen. Die Gesellschaft fungiert als Komplementärgesellschaft der WP Fischborn GmbH & Co. KG und hat darüber hinaus kein

operatives Geschäft. Es liegt noch kein Jahresabschluss vor.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
-	-	0

6.45 Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung: 01.09.2021	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Gründung, der Erwerb, die Veräußerung, das Halten und Verwalten von Beteiligungen an Unternehmen, deren Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung, die Übernahme von zentralen Verwaltungs- und Kontrollaufgaben sowie die Beratung und Verrichtung von Dienstleistungen für Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Nutzung und Verwaltung von Schutzrechten aller Art sowie Finanzgeschäfte.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Uwe Kettner	

A. Ausblick 2022

Unter dem Dach der Zweiten Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH soll das Geschäftsfeld der mobilen Energiezentralen der Mainova Gruppe strategisch weiterentwickelt und ausgebaut werden. Hierzu werden die Geschäftsanteile an der mobiheat GmbH (Friedberg) erworben sowie die Geschäftsanteile an der Hotmobil Deutschland GmbH von der Mainova AG in die Gesellschaft eingelegt. Die Gesellschaft finanziert sich über die Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Tochtergesellschaften sowie deren Gewinnausschüttungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH (MBG2), Frankfurt am Main, wurde am 1. September 2021 im Handelsregister der Stadt Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 124389 mit der Firmierung Mainsee 1378. V V GmbH eingetragen. Am 27. Dezember 2021 wurde die Umfirmierung als

Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH eingetragen.

Der Jahresfehlbetrag von -69 T€ resultiert im Wesentlichen aus den Kosten für die Gründung der Gesellschaft (64 T€) und für die Prüfung des Jahresabschlusses (5 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
455	-69	0

6.46 Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

Gründung: 19.11.2010	Unternehmensgegenstand: Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Gases, die Beteiligung an Gesellschaften zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Christoph Hülse Herr Tobias Müller	

A. Ausblick 2022

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2022 die Geschäftsführung der Mainova PV-Parks wahrnehmen. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 13 T€ (Vj. 13 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführgestellung von der Mainova AG, kaufmännische Dienstleistungen durch die Mainova AG sowie die Zuführung zu den Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main und der Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main. Sie ist darüber hinaus nicht operativ tätig. Die Umsatzerlöse von 15 T€ (Vj. 15 T€) resultieren aus den vertraglich festgelegten Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
29	2	0

7.1 ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH

Gründung:

17.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein vergleichbares Jahresergebnis erwartet. Aus der Corona-Krise sind aufgrund der Geschäftstätigkeit als Komplementärin keine Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft zu erwarten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Als Komplementärin der Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG und der ABG Riedberg GmbH & Co. KG, jeweils ohne Kapitaleinlage, hat die ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH im Geschäftsjahr 2021 die Geschäfte der oben genannten zwei Kommanditgesellschaften geführt. Zudem war sie als persönlich haftende Gesellschafterin dieser Gesellschaften tätig.

Unternehmensgegenstand dieser Gesellschaften ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Frankfurt am Main, die Errichtung einer Immobilie sowie die langfristige Vermietung und Verwaltung der Liegenschaft. Die Gesellschaft ist bei diesen Unternehmen zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
30,3	-3,4	0

7.2 ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH

Gründung:

17.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines und Ausblick 2022

Die ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH war persönlich haftende Gesellschafterin der ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz, sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist, ohne Kapitalbeteiligung und Stimmrechte. Zum 31.12.2015 ist die ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG aus der Kommanditgesellschaft ausgeschieden. Seitdem ruht das operative Geschäft der Gesellschaft.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
24,1	-6,1	0

7.3 ABG Riedberg GmbH & Co. KG

Gründung: 22.06.2017	Unternehmensgegenstand: Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Verpachtung, Vermietung und Verwaltung von Gebäuden auf diesen Liegenschaften.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Groß & Partner Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 23.725 € = 94,90 % 1.275 € = 5,10 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein positives Jahresergebnis erwartet. Aus der Corona-Krise werden zurzeit aufgrund des grundsätzlich stabilen Vermietungsgeschäftes – zumindest im Wohnungsbereich – keine gravierenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Mit Kaufvertrag vom 30.06.2016 erwarb die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) mit Wirkung zum 01.01.2017 94,9 % der Kommanditanteile an der ABG Riedberg GmbH & Co. KG. Auf den der KG gehörenden Grundstücken wurden 97 Wohneinheiten, vier Gewerbeobjekte sowie eine Tiefgarage mit 204 Kfz-Stellplätzen errichtet. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft konzentriert sich nach Fertigstellung der Objekte auf die Bewirtschaftung der eigenen Liegenschaften. Mit der ABG besteht ein entsprechender Geschäftsbesorgungsvertrag.

Die Situation auf dem für die Gesellschaft relevanten Wohnungsmarkt ist nach wie vor durch eine zufriedenstellende Nachfrage gekennzeichnet. Eine Änderung dieser Lage ist zumindest kurz- und mittelfristig aufgrund des ständigen Zuzuges in das RheinMain-Gebiet nicht in Sicht. Aus der Corona-Krise haben sich keine bedeutenden Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf ergeben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
43.874,1	-121,5	0

7.4 ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH

Gründung:

17.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein negatives Jahresergebnis erwartet, verursacht im Wesentlichen durch steigende Zinsaufwendungen für die Finanzierung des Bauprojektes.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main, war persönlich haftende Gesellschafterin der ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist, ohne Kapitalbeteiligung und Stimmrechte. Zum 31.12.2015 ist die ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG aus der Kommanditgesellschaft ausgeschieden. Seitdem ruhte das operative Geschäft der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2021 hat die Gesellschaft ein Grundstück in Kriftel (Main-Taunus-Kreis) erworben. Es ist beabsichtigt, hier ein Wohnungsbauprojekt umzusetzen.

Im Geschäftsjahr 2021 war das Ergebnis durch Verwaltungskosten sowie Zinsaufwand für aufgenommene Darlehen geprägt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.223,9	-8,6	0

7.5 Bäderbaugesellschaft mbH

Gründung: 11.07.2017	Unternehmensgegenstand: Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung von Grundstücken einschließlich deren Bebauung ist.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker	

A. Ausblick 2022

Im Geschäftsjahr 2022 wird aufgrund der Weiterbelastung der anfallenden Kosten im Rahmen der Geschäftsbesorgungsvereinbarung ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 22.10.2018 erwarb die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) 100 % der Anteile der Gesellschaft von der Stadt Frankfurt am Main. Die Bäderbaugesellschaft mbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG, deren Unternehmensgegenstand der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Frankfurt am Main und die Errichtung eines Familienbades ist. Die Gesellschaft ist bei diesem Unternehmen zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

Die Bäderbaugesellschaft mbH hat im Geschäftsjahr 2021 die Geschäfte der Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG geführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21,7	-1,6	0

7.6 CP Campus Projekte GmbH

Gründung: 23.12.2010	Unternehmensgegenstand: Erwerb von Grundstücken, deren Entwicklung, Bebauung, Bewirtschaftung und Vermarktung sowie die Übernahme von Aufgaben, die im Bereich des Städtebaus und der Infrastruktur anfallen.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jürgen Braun Herr Harald Horstkotte	

A. Ausblick 2022

In den kommenden Jahren wird die Gesellschaft insbesondere die Restabwicklung der Bauträgermaßnahme übernehmen (Abwicklung von Gewährleistungsverpflichtungen etc.).

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Auf einem ca. 2.903 qm großen Grundstück wurden 79 Eigentumswohnungen durch eine gemeinsame Projektgesellschaft der GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen und der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH erstellt. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal und bedient sich zur Ausführung des Gesellschaftszwecks der Personalkapazitäten ihrer Gesellschafter.

Sämtliche Wohnungen sind bereits in 2015 an die Erwerber und Erwerberinnen übergeben worden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.801	-100	0

7.7 EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH

Gründung:

07.12.2017

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Wohnbauflächen in den Kommunen des Rhein-Main-Gebietes unter besonderer Berücksichtigung der Ausweisung von Wohnbauflächen für bezahlbaren Wohnraum. Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Förderung und Umsetzung von Wohnraumentwicklungskonzepten in den Kommunen der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main. Gegenstand ist zudem die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Baulandentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte. Hierzu gehören insbesondere die Besorgung der städtebaulichen Planung (einschließlich der damit zusammenhängenden Fachplanung), alle Maßnahmen der Grundstückssicherung und der Herstellung ihrer Baureife sowie die Übernahme der Aufgaben als Erschließungsträger.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden

Kapitalanteile:

12.500 €	=	50,00 %
12.500 €	=	50,00 %
25.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker
Herr Roland Stöcklin

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitz:

Mandatsträger der Stadt:

12 Mitglieder

Herr Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende
Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld

Herr Stv Christian Diers
Frau Stv Brigitte Forßbohm
Frau StRin Rosemarie Heilig
Herr Stv Dr. Albrecht Kochsiek
Frau Stv Konstanze Küpper
Frau Stv Sabine Ludwig-Braun
Herr Stv Bernhard Maier
Herr StR Sieghard Pawlik
Herr Stv Holger Tschierschke
Herr Stv André Weck

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

33,33 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines und Ausblick 2022

Im Geschäftsjahr 2021 konnten fünf Projektbeauftragungen erfolgreich abgeschlossen werden. Darüber hinaus erfolgten akquisitorische Aktivitäten. Weitere Projekte können voraussichtlich im Jahr 2022 abgeschlossen werden.

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafter-versammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
109	17	0

7.8 Hellerhof GmbH

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/26 08-10 00	E-Mail/Internet: post@abg-fh.de www.abg.de
Gründung: 20.05.1901	Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, die Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr im eigenen und fremden Namen. Vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Bei der Wohnungsversorgung sind im Besonderen auch Wohnungssuchende zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Deutsche Annington Vermögensgesellschaft mbH & Co. KG	Kapitalanteile: 13.238.050 € = 86,83 % 2.007.950 € = 13,17 % 15.246.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker		
Beteiligungen: Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 5.200 € = 20,00 %	

A. Ausblick 2022

Aufgrund des stabilen Vermietungsgeschäftes ist für das Geschäftsjahr 2022 wiederum ein positives Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres geplant. Aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine werden für das Jahr 2022 keine gravierenden Auswirkungen erwartet, wenngleich diese allerdings noch nicht vollständig einzuschätzen sind. Auch aus den Energiepreissteigerungen ergeben sich voraussichtlich noch keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft, da die Preise vertraglich für das Jahr 2022 weitgehend gesichert sind und im Wesentlichen die umlagefähigen Mietnebenkosten betreffen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) bestehen ein Beherrschungs- sowie ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Der Wohnungsbestand betrug per 31.12.2021 insgesamt 6.366 Wohnungen. 2.199 Wohnungen (34,5 %) sind preis- bzw. belegungsgebunden. Infolge des Geschäftsbesorgungsvertrags beschäftigt die Hellerhof GmbH kein eigenes Personal mehr.

Im Interesse einer nachhaltigen Vermietbarkeit des Bestandes bildeten die Instandhaltungs- und Modernisierungstätigkeit sowie Wohnumfeldverbesserungen den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit. Nennenswerte Auswirkungen aus der Corona-Krise auf den Geschäftsverlauf haben sich nicht ergeben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Bevölkerungsschichten. Bei der Wohnungsversorgung berücksichtigt sie im Besonderen auch Personen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
180.839,1	6.964,5	0

7.9 Merton-Wohnprojekt GmbH

<p>Gründung: 02.10.1969</p>	<p>Unternehmensgegenstand: Der Ankauf von Grundstücken, Gebäuden und grundstücksgleichen Rechten, deren Entwicklung, Erschließung, Beplanung und Bebauung mit Wohn- und Geschäftshäusern im eigenen Namen und für eigene Rechnung sowie deren Bewirtschaftung, Verwaltung, Vermietung, Verpachtung und Veräußerung, ohne Durchführung eigener handwerklicher Tätigkeiten. Es werden Tätigkeiten ausgeübt, die unter § 34c GewO fallen.</p>
<p>Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH GEA Real Estate GmbH, Frankfurt am Main</p>	<p>Kapitalanteile: 25.600 € = 50,00 % 25.600 € = 50,00 % 51.200 € = 100,00 %</p>
<p>Geschäftsführung: Herr Gerd Hofmann Herr Frank Junker</p>	

A. Ausblick 2022

Nach der Übergabe der letzten Wohnungen in 2017 wird die Gesellschaft die Restabwicklung der letzten Bauabschnitte übernehmen (Abwicklung von Gewährleistungsansprüchen etc.).

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Tätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Abwicklung der Gewährleistungsansprüche für die bereits in Vorjahren veräußerten Wohngebäude im Mertonviertel in Frankfurt am Main. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal und bedient sich zur Ausführung des Gesellschaftszwecks der Personalkapazitäten ihrer Gesellschafter.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.464	-28	0

7.10 MIBAU GmbH

Gründung: 06.10.1930	Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 4.285.050 € = 92,09 % 367.950 € = 7,91 % 4.653.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Frank Junker	

A. Ausblick 2022

Aufgrund des stabilen Vermietungsgeschäftes ist für das Geschäftsjahr 2022 wiederum ein positives Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres geplant. Aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine werden für das Jahr 2022 keine gravierenden Auswirkungen erwartet, wenngleich diese allerdings noch nicht vollständig einzuschätzen sind. Auch aus den Energiepreisteigerungen ergeben sich voraussichtlich noch keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft, da die Preise vertraglich für das Jahr 2022 weitgehend gesichert sind und im Wesentlichen die umlagefähigen Mietnebenkosten betreffen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) bestehen ein Beherrschungs- sowie ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Der Wohnungsbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert (1.955 Wohnungseinheiten, davon 84,3 % Stadtgebiet Frankfurt am Main und 15,7 % Stadt Eschborn). 21,1 % (Vj. 21,1 %) der Wohnungen sind preisgebunden. Hinzu kommt das an die Wohnheim GmbH verpachtete

Studentenwohnheim mit 84 Zimmern in 21 abgeschlossenen Wohnungen und 484 Garagen- und Kfz-Abstellplätze. Infolge des Geschäftsbesorgungsvertrags beschäftigt die MIBAU GmbH kein eigenes Personal mehr.

Im Interesse einer nachhaltigen Vermietbarkeit des Bestandes bildeten die Instandhaltungs- und Modernisierungstätigkeit sowie Wohnumfeldverbesserungen den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit.

Nennenswerte Auswirkungen aus der Corona-Krise auf den Geschäftsverlauf haben sich nicht ergeben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
34.047,7	3.219,9	0

7.11 Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG

Gründung:

21.12.2012

Unternehmensgegenstand:

Erwerb von zwei Grundstücken in der Hahnstrasse sowie die Bebauung, Sanierung, Renovierung, Vermietung, Verpachtung und Verwaltung dieser Grundstücke bzw. den darauf stehenden Gebäuden. Ebenfalls umfasst vom Unternehmensgegenstand ist die Tätigkeit nach § 34c Abs. 1 Ziffer 3. Lit. A) GewO. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch anderer Unternehmen bedienen.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Max Baum Speicherstraße GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

9.400 € = 94,00 %

600 € = 6,00 %

10.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main

A. Ausblick 2022

Der Wirtschaftsplan sieht für 2022 ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres vor. Aus der Corona-Krise werden zurzeit aufgrund des grundsätzlich stabilen Vermietungsgeschäftes – zumindest im Wohnungsbereich – keine gravierenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft erwartet.

Die Situation auf dem für die Gesellschaft relevanten Wohnungsmarkt ist nach wie vor durch eine zufriedenstellende Nachfrage gekennzeichnet. Eine Änderung dieser Lage ist zumindest kurz- und mittelfristig aufgrund des ständigen Zuzuges in das RheinMain-Gebiet nicht in Sicht. Aus der Corona-Krise haben sich keine bedeutenden Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf ergeben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Mit Wirkung zum 01.01.2015 hat die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) 94 % der Kommanditanteile an der Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG erworben. Die Bebauung umfasst 102 zur Vermietung bestimmte Wohneinheiten, drei Gewerbeobjekte sowie eine Tiefgarage mit insgesamt 181 Kfz-Stellplätzen. Der Bezug erfolgte ab Mai/Juni 2018. Die fertiggestellte Bauträgermaßnahme Hahnstraße mit 63 Eigentumswohnungen und 63 Kfz-Stellplätzen wurde 2018 vollständig an die Erwerber und Erwerberinnen übergeben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
39.744,5	291,8	0

7.12 Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH

Gründung: 22.02.2017	Unternehmensgegenstand: Die Errichtung und Verwaltung einer Tiefgarage in Frankfurt am Main sowie die Ausübung aller damit zusammenhängenden Geschäfte.
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Tower 90 Tiefgaragen GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jürgen Blankenberg (bis 09.12.2021) Herr Marcus Püttmer (ab 09.12.2021) Herr Frank Junker	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines und Ausblick 2022

Die Gesellschaft wurde in 2017 zu dem Zweck gegründet, eine Tiefgarage auf dem Gelände des Güterplatzes zu errichten. Die Fertigstellung ist für 2022 geplant.

Die technische und kaufmännische Betreuung erfolgt durch die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH in Abstimmung mit der zweiten Gesellschafterin.

Aus der Corona-Krise haben sich keine nennenswerten Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf ergeben.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
43.037	0	0

8.1 ABG Projekte GmbH

Gründung: 14.06.1999	Unternehmensgegenstand: Die Entwicklung von Grundbesitz, seine Baureifmachung, seine Planung und Bebauung mit Gebäuden nebst den dazugehörigen Verkehrseinrichtungen sowie die anschließende wirtschaftliche Verwertung (z. B. Vermietung, Vermarktung und Veräußerung). Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft Projektentwicklungs- und Projektsteuerungsleistungen, auch dienstleistend gegenüber Dritten. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, das Projekt Theodor-Stern-Kai kauf- und werkvertraglich abzuwickeln.
Gesellschafter: Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Eckert	

A. Ausblick 2022

Die Auslastung der Gesellschaft ist auch 2022 durch Aufträge aus dem ABG-Konzernverbund sowie externer Bauherren gesichert. Daher wird für das kommende Jahr wieder ein positives Jahresergebnis vor Gewinnabführung erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft erbringt vor allem Projektmanagementleistungen für den Konzern ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG). Darüber hinaus übernimmt sie auch den Vertrieb von Eigentumswohnungen des Konzerns und für Dritte. Im Jahr 2021 bestand Vollauslastung des Personals durch die Abwicklung der bestehenden Aufträge und durch die Akquisition neuer Aufträge.

Im Bereich Projektmanagement wurden diverse Baumaßnahmen der ABG in Form von Bauherrenmandaten durch Personalgestellung betreut. In diesem Rahmen wurden auch verschiedene Projektentwicklungen der ABG und das Neubaukostencontrolling unterstützt.

Im Geschäftsbereich Vertrieb werden vor allem Bau-trägermaßnahmen und Vertriebsaufgaben innerhalb des Konzernverbundes bearbeitet.

Aufgrund des mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages werden die Jahresergebnisse an die FAAG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) <small>(Angabe ohne Geschäftsführung)</small>
491	-48 (vor Verlustausgleich)	17

8.2 FAAG Technik GmbH

Gründung:

21.04.2004

Unternehmensgegenstand:

Das Erbringen von Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die Durchführung aller damit zusammenhängenden Aufgaben.

Die Gesellschaft ist auch zum Betrieb sonstiger Geschäfte berechtigt, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind, insbesondere zur Beteiligung an anderen Unternehmungen gleicher oder verwandter Art sowie zum Abschluss von Kooperations- u. a. Verträgen.

Die Gesellschaft ist weiterhin berechtigt zur Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr in eigenem Namen für eigene und fremde Rechnung unter Verwendung von Vermögenswerten von Erwerbern, Pächtern, sonstigen Nutzungsberechtigungen, von Bewerbern um Erwerbs- oder Nutzungsrechte, sowie zur wirtschaftlichen Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Baubetreuer im fremden Namen für fremde Rechnung.

Gesellschafter:

Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Kapitalanteile:

4.000.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jörg Dreisbach

Herr Andreas Schröder

A. Ausblick 2022

Besonders die weiterhin großen Auftragsbestände und Akquisen bei konzernfremden Bauherren sowie die laufenden und geplanten großen Investitionen des ABG-Konzerns in Neubau und Sanierung, aber auch die übertragenen Straßenbau-, Schul- und Kulturprojekte der Stadt Frankfurt am Main oder deren Eigenbetriebe sorgen aller Voraussicht nach auch in 2022 für eine gute Beschäftigungslage der FAAG Technik GmbH. Mit dem vorhandenen Resthonorarvolumen ist eine Auslastung des Personals für mindestens ein halbes Jahr gesichert.

Daher verspricht auch 2022 für die FAAG Technik GmbH zufriedenstellend zu verlaufen, stabile Umsätze und positive Ergebnisse zu bringen.

Durch die Corona-Pandemie könnten sich Verzögerungen bei der Bearbeitung von Projekten ergeben. Dies könnte auch negative Auswirkungen auf das Jahresergebnis haben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die FAAG Technik GmbH erbringt Architekten- und Ingenieurleistungen insbesondere in den Bereichen Flughafen, Messe, Gesundheitswesen, Tiefbau und kommunale Infrastruktur sowie im Wohnungsbau. Die Auftragslage der FAAG Technik GmbH war im Jahr 2021 positiv.

Für den ABG-Konzern wurden mit unterschiedlichsten Mandaten in den Aufgabenfeldern Planung, Bau-

und Projektmanagement und Qualitätskontrolle zahlreiche Projekte bearbeitet. Neben den Projekten für den ABG-Konzern war auch das Drittgeschäft mit Großprojekten im Bereich Hochbau sehr erfolgreich.

Im Bereich Tiefbau - Kommunale Infrastruktur wurden wieder zahlreiche Straßenerneuerungen und Neugestaltungen für das Amt für Straßenbau und Erschließung (ASE) zum Abschluss gebracht. Darüber hinaus wurden auch für private Auftraggeber:innen und für den ABG-Konzern Planungs-, Bauleitungs- und Projektsteuerungsleistungen übernommen.

Die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatoren der FAAG Technik GmbH haben im Berichtszeitraum eine Fülle von Konzernmaßnahmen und Projekte von Auftraggebern:innen außerhalb des Konzernverbundes wieder qualitativ und wirtschaftlich erfolgreich, ohne nennenswerte Störungen für den Baubetrieb - auch unter den erhöhten Anforderungen der Corona-Pandemie - betreuen können.

Die Jahresergebnisse werden aufgrund des mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die FAAG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
32.401	821 (vor Ergebnisabführung)	114

8.3 Hofgarten Projektgesellschaft mbH

Gründung:

23.03.2007

Unternehmensgegenstand:

Koordination von Planung und Errichtung von Wohnungsbauvorhaben sowie die Entwicklung, Verwaltung, Vermietung und Verwertung eigenen Grundbesitzes und der Erwerb von Grundbesitz für diese Zwecke, insbesondere eines Grundstücks nebst aufstehender Gebäude, gebucht im Grundbuch von Frankfurt Bezirk 21, Blatt 2290, Gemarkung 1, Flur 329, Flurstück 39/1, Richard-Wagner-Straße 7-13 in einer Größe von 13.301 qm. Erlaubnispflichtige Geschäfte nach § 34 c GewO und nach § 7 MaBV sind ebenfalls Gegenstand des Unternehmens.

Gesellschafter:

Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Groß & Partner Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 50,00 %

25.000 € = 50,00 %

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Thomas Eckert

Herr Peter Matteo

A. Ausblick 2022

Nachdem sich nun keine Wohnungen mehr im Bestand befinden und nach Abwicklung der Gewährleistungsansprüche der Käufer:innen ruht die Geschäftstätigkeit zurzeit.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Hofgarten Projektgesellschaft mbH hat das ehemalige Wiesenhüttenstift in Frankfurt am Main zu einer exklusiven Wohnanlage unter dem Projektnamen „The Allure of Frankfurt“ entwickelt. Zu diesem Zweck wurde das einstige Versorgungshaus für Senioren im Jahr 2007 durch die Hofgarten Projektgesellschaft mbH erworben. Unter Wahrung der denkmalschutzrechtlichen Anforderungen wurde das historische Gebäude inzwischen in 81 Eigentumswohnungen umgebaut. Zum Gesamtareal von ca. 12.000 qm gehört neben dem im 19. Jahrhundert errichteten Gebäude außerdem eine großzügige Parklandschaft. Die Vermarktung der Eigentumswohnungen wurde bereits im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
288	-2	0

8.4 Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH

Gründung: 06.07.1959	Unternehmensgegenstand: Betrieb und Verwaltung von Parkhäusern
Gesellschafter: Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Michael Bachmann	

A. Ausblick 2022

Für das Jahr 2022 ist weiter der Austausch der Parkierungstechnik in mehreren Parkgaragen geplant bzw. bereits terminiert. Der Einsatz der Kennzeichenerkennung als neues Parkmedium wird nach erfolgreicher Einführung 2019 weiter ausgebaut. Des Weiteren werden weitere digitale Bezahlmöglichkeiten eingeführt. Im Hinblick auf die Entwicklung der Elektromobilität wird zusammen mit dem strategischen Partner die Ausweitung der Ladeinfrastruktur in den Parkgaragen vorangetrieben.

Im Jahr 2022 werden durch die Corona-Krise wiederum Umsatzrückgänge im Kurzparkerbereich gegenüber dem Vorkrisenniveau zu verzeichnen sein. Hier wird allerdings eine leichte Verbesserung der Umsätze erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt 36 Parkgaragen, 41 Quartiersgaragen in der Nordweststadt und einen Parkplatz mit zusammen 18.763 Stellplätzen. Die Zahl der Kurzparkenden ist 2021 mit rund 4,7 Mio. Fahrzeugen gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Corona-Pandemie leicht um 2,4 % gesunken. Die von Kurz-

parkenden vereinnahmten Parkentgelte gingen gegenüber dem Vorjahr ebenfalls entsprechend zurück (-3,1 %). Auch die Einnahmen aus Dauermietverhältnissen sanken gegenüber dem Vorjahr um rund 2,3 %. Insgesamt entstand daher wie schon im Vorjahr ein negatives Jahresergebnis.

Aufgrund des mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages werden die Jahresergebnisse an die FAAG abgeführt bzw. Verluste ausgeglichen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
11.026	-201 (vor Verlustausgleich)	42

9.1 Bauland – Offensive Hessen GmbH

Gründung: 15.05.2017		Unternehmensgegenstand: Die Förderung des Städtebaus und die Entwicklung von Bauland in Gebieten mit Wohnraumdefiziten. Sie erbringt insbesondere alle notwendigen Leistungen mit dem Ziel, Baurecht für Quartiere und Wohnbauflächen für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie wird in der Phase 1 im Auftrag von Kommunen geeignete Flächen auf Entwicklungspotenziale untersuchen. In Phase 2 führt sie, nach Beauftragung durch die Kommunen, alle Leistungen zur Entwicklung von Bauland durch. Sie kann als Treuhänder im Sinne des Baugesetzbuches im Auftrag von Kommunen Grundstücke erwerben, belasten und veräußern, Erbbaurechte begründen, verwalten und beenden.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH		198.000 € = 99,00 %	
Stadt Bad Hersfeld		1.000 € = 0,50 %	
Stadt Bürstadt		1.000 € = 0,50 %	
		200.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung:			
Frau Monika Fontaine-Kretschmer Herr Dr. Thomas Hain Herr Dr. Constantin Westphal			
Aufsichtsrat:		6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr Staatsminister Tarek Al-Wazir	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Oliver Baltès Herr Jens Bersch Herr MinDirigent Elmar Damm Herr MinR Dr. Frank Roland	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 0,00 %			

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die Bauland-Offensive Hessen GmbH mit Umsatzerlösen von 296 T€. Den Erlösen stehen Aufwendungen von 293 T€ sowie Zinsaufwendungen von 1 T€ entgegen. Es wird eine Eigenkapitalquote auf Vorjahresniveau erwartet.

Gemäß aktueller Planung wird für das Geschäftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss von 2 T€ veranschlagt. Beeinträchtigungen der künftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ergeben sich durch die EU-Beschwerde eines anderen Marktteilnehmers und den unvorhersehbaren Pandemieverlauf.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Im Jahr 2021 wurden für 8 Flächen Machbarkeitsstudien (Phase 1) finalisiert. Aufgrund der im Jahr 2021

abgeschlossenen Projekte konnten Umsatzerlöse in Höhe von 318,4 T€ (Vj. 323,4 T€) erzielt werden. Der Gewinn beträgt 4,1 T€ (Vj. 10,8 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
502	4	0

9.2 Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH

Gründung: 13.01.1970	Unternehmensgegenstand: Das Errichten und Betreiben von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs im Bereich der Stadt Frankfurt am Main.
Gesellschafter: Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Hellerhof GmbH	Kapitalanteile: 15.600 € = 60,00 % 5.200 € = 20,00 % 5.200 € = 20,00 % 26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Helge Bitzer	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	5 Mitglieder Herr Dr. Thomas Hain Herr StR Stefan Majer Frau Monika Fontaine-Kretschmer Herr Frank Junker Herr Dr. Johannes Kalusche
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 0,00 %	

A. Ausblick 2022

Ein Erweiterungsbedarf des Parkversorgungsangebotes in den versorgten Wohngebieten zeichnet sich angesichts der fehlenden Nachfrage nach Abstellmöglichkeiten auch weiterhin nicht ab.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird gemäß dem Wirtschaftsplan mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Das ausgeglichene Ergebnis gegenüber dem Überschuss des Jahres 2021 wird infolge erhöhter Aufwendungen für die Instandhaltung (+35,0 T€) erwartet. Abschreibungen auf Sachanlagen (Plan: 58,0 T€), sonstige betriebliche Aufwendungen (Plan: 59,3 T€) und sonstige Steuern (Plan: 21,0 €) werden in ähnlicher Höhe wie in 2021 erwartet.

Es wird eine Eigenkapitalquote auf Vorjahresniveau erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Aufgrund der gegenüber dem Vorjahr weiterhin verbesserten Leerstandsquote von 5,6 % (Vj. 7,0 %) sind die Umsatzerlöse gestiegen. Infolge der in 2020 erfolgreich abgeschlossenen Sanierung eines Garagenhauses und dem damit verbundenen Wegfall im Vorjahr ausgesprochener Mietverzichten erhöhten sich die Mieterlöse auf 310,4 T€. Weiterhin verlief die Geschäftstätigkeit in 2021 erwartungsgemäß. Das Jahresergebnis ist gegenüber dem Vorjahr von -141,1 T€ auf +39,1 T€ gestiegen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.098	39	7

9.3 NH ProjektStadt GmbH

<p>Gründung: 23.03.1992</p>	<p>Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betrieb, Verwaltung und Veräußerung von Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen. Dies beinhaltet den Erwerb, die Belastung und Veräußerung von Grundstücken und die Vergabe von Erbbaurechten sowie Bereitstellung von Immobiliendienstleistungen. Die Gesellschaft soll durch die Betreuung von Projekten zur Weiterentwicklung der gegenwärtigen Formen des Wohnens und Bauens beitragen und darf auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens dienlich sind.</p>
<p>Gesellschafter: Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH</p>	<p>Kapitalanteile: 200.000 € = 100,00 %</p>
<p>Geschäftsführung: Frau Monika Fontaine-Kretschmer Herr Dr. Thomas Hain Herr Dr. Constantin Westphal</p>	

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird gemäß der aktuellen Planung des Unternehmens mit einem Jahresfehlbetrag nach Steuern vor Verlustübernahme durch die Alleingeschafterin Nassauische Heimstätte von 0,263 Mio. € gerechnet. Grund sind die laufenden Kosten aufgrund des Auslaufs des Bauträgergeschäftes auf Ebene der NH ProjektStadt GmbH (NHPS). Weiterhin wird mit keinen Umsatzerlösen aus dem Verkauf der Grundstücke aufgrund der in 2017 vorgenommenen Verlagerung der Geschäftstätigkeit auf die Muttergesellschaft gerechnet. Es wird eine Eigenkapitalquote von 68,2 % erwartet.

Des Weiteren ist der Projektstart von sogenannten Generalübernehmer (GÜ)-Leistungen für zwei Investoren in 2022 vorgesehen, die eigene Grundstücke vorhalten. Da es sich hierbei um Bauleistungen nach §13b UStG handelt, ist damit eine Umkehr der Umsatzsteuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger:innen verbunden. Derzeit vertritt die Finanzverwaltung die Auffassung, dass in Fällen, in denen nur ein Teil des Organkreises der Unternehmensgruppe - hier die NHPS - nachhaltig Bauleistungen erbringt, ein Überspringen auf einzelne andere Mitglieder der Organschaft oder den Organkreis insgesamt nicht in Betracht kommt. Das heißt, insbesondere die von der NHW für das Vermietungsgeschäft erforderlichen zu beziehenden Bauleistungen unterfielen weiter der Regelbesteuerung mit dem jeweils leistenden Handwerker als Steuerschuldner – eine Infizierung des Konzerns findet somit nicht statt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Seit 2017 werden Bauträgermaßnahmen wieder durch die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH wahrgenommen, da konzerninterne grunderwerbsteuerbefreite Grundstücksübertragungen nach § 6 a GrEStG nach Auffassung des BFH ggf. gegen das europäische Beihilferecht verstoßen. Mit Urteil vom 19. August 2018 hat der EuGH entschieden, dass § 6 a GrEStG keine verbotene staatliche Beihilfe mehr darstellt, weshalb vergangene wie auch künftige Grundstücksübertragungen von der Grunderwerbsteuer begünstigt bleiben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
53.429	12.831 (vor Gewinnabführung)	0

9.4 WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH

Gründung:

06.06.1930

Unternehmensgegenstand:

Errichtung, Betrieb, Verwaltung und Veräußerung von Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens dienlich sind.

Gesellschafter:

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
 SV Sparkassenversicherung
 Stadt Kassel
 Kreissparkasse Schwalm-Eder
 Kasseler Sparkasse
 Sparkasse Werra-Meißner
 Sparkasse Marburg-Biedenkopf
 Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg
 Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Marburg
 Stadt Kirchhain
 GAGFAH Invest GmbH & Co. KG, Essen
 Handwerkskammer Kassel
 Stadt Bad Wildungen
 Stadt Großalmerode
 Stadt Hessisch Lichtenau
 Stadt Homberg
 Stadt Wolfhagen
 Sparkasse Fulda
 Eigene Anteile

Kapitalanteile:

15.322.450 € = 41,72 %
 825.000 € = 2,25 %
 478.500 € = 1,30 %
 317.900 € = 0,87 %
 86.900 € = 0,24 %
 51.700 € = 0,14 %
 39.600 € = 0,11 %
 31.900 € = 0,09 %
 22.000 € = 0,06 %
 6.600 € = 0,02 %
 5.500 € = 0,02 %
 5.500 € = 0,02 %
 5.500 € = 0,02 %
 5.500 € = 0,02 %
 5.500 € = 0,02 %
 5.500 € = 0,02 %
 5.500 € = 0,02 %
 19.496.400 € = 53,09 %
 36.722.950 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Monika Fontaine-Kretschmer
 Herr Dr. Thomas Hain
 Herr Dr. Constantin Westphal

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.564,59 € = 100,00 %

A. Ausblick 2022

Das Bestandsinvestitionsprogramm wird auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau fortgesetzt und ausgeweitet. Im Jahr 2022 sind bei der Wohnstadt Fremdkosten für Instandhaltung in Höhe von 23 Mio. € und Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 13,9 Mio. € für 195 Wohnungen (reguläre Modernisierung inkl. energetisches Modernisierungsprogramm aus EK-Erhöhung der Muttergesellschaft der WOHNSTADT, der Nassauische Heimstätte) geplant. Die Investitionen werden den Ausstattungs- sowie Energiestandard der Wohnungen und damit

deren Vermietbarkeit weiter verbessern. Die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens und dessen wirtschaftliche Stabilität werden hierdurch gesichert. Flankiert werden die baulichen Erneuerungsinvestitionen durch Maßnahmen der sozialen Stabilisierung der Siedlungsstrukturen im Rahmen von Quartiersentwicklungen und möglicher Anwendung des Städtebauprogramms „Sozialer Zusammenhalt“.

Für das Anlagevermögen ist in Kassel für das Jahr 2022 eine Aufstockungsmaßnahme mit insgesamt 7

Wohneinheiten vorgesehen. Die kalkulierten Herstellungskosten für diese Investitionen belaufen sich auf rd. 1,2 Mio. € inklusive Eigenleistungen.

Mittelfristig ist die Veräußerung im Einzelvertrieb von ca. 142 Eigentumswohnungen in Kassel geplant.

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die Wohnstadt mit Umsatzerlösen aus der Hausbewirtschaftung von 91,2 Mio. € sowie aus dem Verkauf von Grundstücken von 4,1 Mio. €. Es wird gemäß aktueller Planung ein Jahresüberschuss von 1,8 Mio. € prognostiziert. Weiterhin wird eine Eigenkapitalquote von 25,8 % erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Wohnungsverwaltung

Schwerpunkt der Tätigkeit im Berichtsjahr war die Bewirtschaftung der 17.956 (Vorjahr 17.892) eigenen Verwaltungseinheiten, davon 15.652 Wohnungen. Die Tätigkeit der WOHNSTADT erstreckt sich fast ausschließlich auf die Regionen Nord- und Ostthessen.

Die durchschnittliche Fluktuationsquote von 6,7 % (Vorjahr 6,6 %) ist im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert.

Die Wohnungsbestände der 50er und 60er Jahre erfordern weiterhin hohe Bestandsinvestitionen. Im Berichtsjahr wurden 18,2 Mio. € für nicht mietwirksame und mietwirksame Instandhaltungsmaßnahmen aufgewandt, davon Fremdkosten in Höhe von 18,0 Mio. €. In aktivierungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen wurden darüber hinaus 6,1 Mio. € investiert. Dies waren zusammen 23,33 € pro qm Wohnfläche.

Im Leistungsbereich Verwaltung für Dritte betreut das Unternehmen 102 Wohnungen mit technischen und kaufmännischen Verwaltungsleistungen.

Portfolioentwicklung

Im Rahmen der Portfolioentwicklung wurden in 2021 veräußert:

Einzelverkäufe	32 Wohnungen
Blockverkäufe	167 Wohnungen
Somit insgesamt	199 Wohnungen

Im Rahmen der Portfoliostrategie erfolgte die Arrondierung des Bestandes und der Verkauf von Objekten mit technisch schlechtem Zustand. Hierdurch wurde neben der Generierung von Erträgen, insbesondere für Klimaschutzinvestitionen, eine zielgerichtete Steuerung der knappen Ressourcen und eine Optimierung der Bestandsbewirtschaftung erreicht. Dieses Programm wurde zum Ende des Jahres 2021 abgeschlossen. Restbestände an Einzelhäusern und -wohnungen (gesamt 109 Einheiten) werden in Abhängigkeit der Rahmenbedingungen weiterhin privatisiert.

Mit der Ende 2018 verabschiedeten Strategie 2018+ verfolgt die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) einen Wachstumskurs mit dem Ziel, mittelfristig einen Mietwohnungsbestand von 75.000 Einheiten zu erreichen. Hierbei wird die NHW über die beschlossene Neubautätigkeit hinaus auch Bestandsportfolien erwerben.

Im Jahr 2021 erwarb die WOHNSTADT 65 Wohnungen in Kassel, 48 in Fulda und 8 Wohneinheiten durch einen Grundstückstausch in Marburg.

Neubautätigkeit – Anlagevermögen

Im Berichtsjahr wurde eine Baumaßnahme mit 7 Mietwohnungen für den eigenen Bestand in Form von Gebäudeaufstockungen begonnen. Weiterhin wurden zwei Projekte mit insgesamt 92 Mietwohnungen fertiggestellt. Davon ein Projekt mit 21 Wohneinheiten in Marburg und ein Projekt mit 71 Mietwohnungen in Kassel.

Die Mietansätze für die bezogenen Wohnungen liegen zwischen 7,20 und 10,04 € pro qm Wohnfläche.

Ein Projekt in Kassel mit 59 Wohneinheiten, davon 13 öffentlich gefördert, sowie 3 Gewerbeeinheiten befindet sich in Bau.

Neubautätigkeit – Umlaufvermögen

Ein Projekt in Kassel mit ca. 45 Wohnungen zur Veräußerung im Einzelvertrieb befindet sich in der Vertriebsvorbereitung.

Stadtentwicklung

Die WOHNSTADT ist treuhänderisch oder beratend an den Standorten Kassel und Weimar in 71 Städten und Gemeinden tätig. Das Auftragsvolumen umfasst 104 (Vorjahr 106) Aufträge. Dazu zählen die städtebaulichen Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen, Maßnahmen in den Förderprogrammen „Sozialer Zusammenhalt“, „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ und „Lebendige Zentren“.

Für die von uns treuhänderisch durchgeführten Maßnahmen in allen Städtebauförderprogrammen und Entwicklungsmaßnahmen kamen im Geschäftsjahr 2021 Finanzierungsmittel von rd. 12,9 Mio. € (Vorjahr rd. 15,0 Mio. €) zur Verwendung.

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) <small>(Angabe ohne Geschäftsführung)</small>
499.558	9.487	0

9.4.1 MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel

Gründung:

14.06.1994

Unternehmensgegenstand:

Die Erbringung von Dienstleistungen in der Breitbandkabel- und Satelliteneingangstechnologie. Erbringung und Verkauf von Versorgungsleistungen im Wärme- und Energiebereich. Erbringung bzw. Organisation von Betreuungsdiensten für ältere und behinderte Mieter/innen im sozialen Wohnungsbau. Erbringung wohnungswirtschaftlicher Dienstleistungen als Geschäftsbesorgung für Vermieter, Wohnungsbaunternehmen und Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Gesellschafter:

WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH

Kapitalanteile:

25.564,59 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Monika Fontaine-Kretschmer

Herr Dr. Thomas Hain

Herr Dr. Constantin Westphal

A. Ausblick 2022

Für das Geschäftsjahr 2022 wird gemäß dem Wirtschaftsplan mit einem Überschuss vor Ergebnisabführung von 7,3 Mio. EUR (Ist 2021: 8,0 Mio. EUR) gerechnet.

Chancenbericht

Für 2022 sind in den Geschäftsfeldern Contracting und Messdienst/Abrechnung ein weiterer stetiger Ausbau sowie in den übrigen Geschäftsfeldern Fortentwicklungen geplant, so dass eine weiterhin erfolgreiche geschäftliche Entwicklung erwartet wird.

Die Abrechnung der Rundfunkversorgung (TV und Radio) bei Bestandsanlagen innerhalb des Konzerns sowie gegenüber Dritten durch die MET wird bis zum 30. Juni 2024 im Sammelinkasso erfolgen und innerhalb der Betriebskosten seitens des Vermieters abgerechnet.

Parallel entwickelt die MET mit Partnern entsprechende Geschäftsmodelle, um auch künftig durch entsprechende Inhalte und für den Endkunden günstigen Tarifen eine weiterhin hohe Akzeptanz zu sichern.

Die anhaltend angespannte Wohnungsmarktlage in bestimmten Ballungsräumen kann zu politischen Entscheidungen führen, die die Erweiterung der Wohnraum- oder Mietförderung beabsichtigen. Dies kann regional positive Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit haben.

Die Gesellschaft ist in das konzerninterne Cash-Pooling eingebunden. Die Finanzierungsbedingungen sind abhängig von den Bedingungen am Kapitalmarkt, die aufgrund des niedrigen Zinsniveaus für Unternehmen guter Bonität zurzeit sehr günstig sind.

Risikobericht

Veränderungen der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen, die sich auf das operative Geschäft beziehen oder eine nicht sachgerechte Anwendung bzw. Umsetzung steuerlicher Regelungen und Vorschriften im operativen Geschäft finden, könnten sich nachteilig auf die Ergebnisentwicklung auswirken. Hierzu gehören auch die eingerichteten ertragsteuerlichen und umsatzsteuerlichen Organschaften. Die Erfüllung der jeweiligen Organschaftsvoraussetzungen ist Gegenstand regelmäßig stattfindender bzw. laufender steuerlicher Betriebsprüfungen. Bei letztinstanzlicher Nichtanerkennung der Organschaften könnte dies zu einer wesentlichen bzw. hohen steuerlichen Mehrbelastung zuzüglich Verzinsung führen.

Zur frühzeitigen Identifizierung, Bewertung und Steuerung möglicher steuerrechtlich relevanter Risiken wurde mit Hilfe externer Unterstützung eine Risikoerfassung durchgeführt. Die relevanten Risiken wurden im Rahmen des Projektes zur Einführung des Tax-Compliancemanagement-Systems identifiziert und in einer Risikomatrix erfasst. Die relevanten Risiken

werden im Rahmen der Tax-Compliance laufend beobachtet und bewertet.

Das im Nov. 2016 in Kraft getretene DigiNetzGesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze greift als Artikelgesetz in den §§ 76 (Erweiterung des „Hausstichs“), 77k (Wohnungstich, Mitbenutzung der NE 4 und Ausbaupflichtung bei Neubau) in die Eigentumsrechte des Gebäudeeigentümers und der MET als konzerninterner Kabelnetzbetreiber ein. Weiterhin hat das nach umfangreicher Diskussion der unterschiedlichen Interessenträger am 23. Juni 2021 vom Bundestag beschlossene Telekommunikationsmodernisierungsgesetz (TKModG) umfängliche Auswirkungen auf das gesamte Geschäftsfeld Multimedia.

Die MET befindet sich in intensivem Austausch mit Vorlieferanten und Marktpartnern, um vor dem Hintergrund der ab Juli 2024 entfallenden Umlagemöglichkeit des Kabelanschlusses über die Betriebskosten der Wohnungsmiete ein angepasstes zukunftsfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln.

In 2021 waren vermehrte Anfragen von Glasfaseranbietern zur Anbindung der Wohnungsbestände der NHW und Versorgung von Mietern erkennbar.

Die von der Telekom in den vergangenen Jahren angekündigte Ausbaustrategie von Glasfaserkabeln bis in die Gebäude bzw. bis zum Mieter hat in 2021 in Folge der Verabschiedung des TKModG vermehrt zu Glasfaserversorgungsanfragen in den Konzernbeständen geführt. Des Weiteren haben auch alternative Glasfaseranbieter an einzelnen Standorten entsprechende Anfragen gestellt.

Aufgrund der weiterhin sehr dynamischen Verbreitung des Coronavirus/SARS-CoV-2/COVID-19 und der damit verbundenen teilweisen Lieferengpässe ist der Markt derzeit starken Unsicherheiten und preislichen Schwankungen ausgesetzt. Infolgedessen könnten der Gesellschaft Umsatzeinbußen entstehen.

Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind die erwarteten Unsicherheiten im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 durch den Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts gestiegen. Aktuell können wir nicht konkret einschätzen, wie sich die geopolitische Auseinandersetzung und etwaige wirtschaftliche Sanktionen auf die allgemeine europäische und globale Konjunktur auswirken können.

Die von der MET erstellte und stetig aktualisierte Planungs- und Ausführungsrichtlinie Multimedia stellt für die technische Infrastrukturerrichtung bei Neubau und Modernisierung eine technisch solide Vorgabe mit einer hohen Ausstattungsqualität dar. Es wird zu überprüfen sein, ob und wie die durch diesen Standard erzeugten hohen Errichtungskosten angesichts der zu entwickelnden Neuausrichtung des Geschäftsfeldes infolge des TKModG modifiziert werden müssen.

Insgesamt geht die Geschäftsleitung von keinen bestandsgefährdenden Risiken aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die geschäftliche Entwicklung ist im Jahr 2021 erfolgreich verlaufen. Der Gesamtumsatz des Unternehmens betrug 19.940,5 TEUR und der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung 7.961,3 TEUR.

Die Ertragslage der MET, die über ihre Alleingesellschafterin WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH, Kassel, zur Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt gehört, ist maßgeblich durch die positiven Deckungsbeiträge aus dem Multimediabereich als Kerngeschäft des Unternehmens und den Erträgen aus Wärmelieferungen geprägt. Weitere Geschäftsfelder der Gesellschaft sind Photovoltaik, Messdienst/Abrechnung von Wasser und Wärme, sowie Installation und Wartung von Rauchwarnmeldern.

Multimedia

Das Dienstleistungsangebot im Bereich Multimediaversorgung wurde im Jahr 2021 von 179 Auftraggebern in Anspruch genommen. Diese haben die MET beauftragt, einen Bestand von rd. 63.132 Wohnungen gebührenpflichtig an das Breitbandkabelnetz des jeweiligen Signalanbieters anzuschließen oder eine eigene Versorgung mit TV- und Hörfunksignalen zu gewährleisten.

Die MET hat zum 1. Juni 2015 die Signalversorgung des Wohnungsbestands der Nassauischen Heimstätte übernommen, so dass die MET seitdem konzentriert interner Kabelnetzbetreiber ist.

Der im November 2014 mit Unitymedia geschlossene Rahmenvertrag bildet die Grundlage für die strategische, wirtschaftliche, inhaltliche und operative Grundlage zur Weiterversorgung der Kunden der MET mit Multimediaprodukten.

Neben der Versorgung der Wohnungsbestände von Nassauischer Heimstätte und WOHNSTADT innerhalb des Konzerns ist die MET im Bereich Multimedia weiterhin erfolgreich im Drittgeschäft tätig. Hier konnte die MET mit mehreren Wohnungsbaugenossenschaften und Einzeleigentümern die Versorgung vertraglich weiterhin für die kommenden Jahre sichern.

Wärmelieferung

Im Geschäftsbereich Wärmelieferung betreibt die MET 91 Heizungsanlagen zur Versorgung von 5.443 Wohnungen mit Wärme und Warmwasser. Die Wärme wird überwiegend mittels umweltfreundlicher Gasbrennwerttechnik, drei BHKW sowie zwei Pellets- und einer Pellets-/Solaranlage vor Ort erzeugt und der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt verkauft.

Im Rahmen der Fokussierung des Immobilienmanagements auf Wohnquartiere und deren energetischer Optimierung wird die MET als Wärmecontractor durch gebäudeweise oder quartiersbezogene Heizanlagen die nachhaltige Wärme- und Warmwasser-

versorgung in einzelnen Wohnquartieren übernehmen. Konkret war die MET im Jahr 2021 bei zwei Quartiersmodernisierungen und einer Neubaumaßnahme als zukünftiger Wärmecontractor planerisch tätig.

Photovoltaik

Die bestehenden sechs Photovoltaikanlagen der MET aus den Errichtungsjahren 2004 bis 2012 auf Dächern von Wohngebäuden der Unternehmensgruppe haben eine Gesamtleistung von 170 kWp.

Aufgrund der weiter fallenden Einspeiseentgelte für Strom aus Photovoltaikanlagen gemäß EEG hat die MET auch in 2021 keine weiteren Photovoltaikanlagen zum Verkauf des erzeugten Stroms in das öffentliche Stromnetz errichtet.

Im Zuge der Unternehmensstrategie hat die MET insgesamt 14 PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 229 kWp von der NH erworben, um eine einheitliche Betreuung für den Konzern zu gewährleisten. Der produzierte Strom wird zu 100 % in das öffentliche Netz der Versorger eingespeist und per EEG -Einspeisevergütung abgerechnet.

Die von der MET betriebene gebäudeintegrierte PV-Anlage auf dem Dach und an der Fassade des stromgeführten Energiehauses Plus der Nassauischen Heimstätte in Frankfurt-Riedberg mit einer Leistung von 99,6 kWp (17 WE) konnte in 2021 ca. 83.100 kWh Strom erzeugen, der meistens im Gebäude genutzt wurde.

Messdienst/Abrechnung von Wasser und Wärme

Im Jahr 2021 wurde die Entwicklung des Geschäftsmodells Selbstabrechnung weiter vorangetrieben, dass die vollständige Wertschöpfungskette von Einkauf, Montage, Vermietung und Wartung von Messgeräten sowie Ablesung und Abrechnung von Wasser- und Wärmeverbräuchen bei der MET und damit im Konzern ermöglicht.

Hierzu wurden 2021 in ca. 10.200 Wohnungen im Bestand der Unternehmensgruppe ca. 32.930 Messgeräte getauscht, wodurch per Ende 2021 insgesamt 39.229 Wohnungen mit insgesamt 228.722 Messgeräten ausgestattet sind. Dieser Austausch von Geräten wird auch 2022 in ähnlichem Umfang weitergeführt. Durch den in den nächsten Jahren sukzessiv erfolgenden Austausch der bisherigen Messgeräte externer Abrechnungsdienstleister durch eigene Messgeräte wird die Selbstabrechnung auf den Gesamtbestand der Unternehmensgruppe ausgeweitet.

Innerhalb der bestehenden Rahmenverträge des Konzerns mit den für die Unternehmensgruppe tätigen Messdienstleistern hat die MET im Jahr 2021 die verbrauchsgerechte Abrechnung für ca. 45.000 WE erbracht. Von externen Dienstleistern werden lediglich plausibilisierte Daten von Wasser- und Wärmeverbräuchen geliefert und die MET erstellt durch weitere Verarbeitung in dem eigens hierfür angeschafften Abrechnungsprogramm die Abrechnungen.

Somit erstellte die MET in 2021 für den gesamten Wohnungsbestand der Unternehmensgruppe die verbrauchsgerechte Heiz- und/oder Wasserkostenabrechnung.

Installation und Wartung von Rauchwarnmeldern im Konzern

Die verbindliche Ausstattung der Wohngebäude mit Rauchwarnmeldern ist nach der Entscheidung der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt konzerneinheitlich durch Anmietung erfolgt. Die Kosten der Miete und Wartung der

Rauchwarnmelder werden auf die Betriebskosten der Wohnungsmiete umgelegt.

Im Auftrag der Unternehmensgruppe hat die MET im April 2013 einen entsprechenden Anmietungsvertrag mit Minol geschlossen.

In allen rund 59.500 auszustattenden Wohnungen der Unternehmensgruppe sind Rauchwarnmelder installiert.

Durch die jährliche Wartung aller Rauchwarnmelder wird die Funktionsfähigkeit überwacht, dokumentiert und gewährleistet.

**C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
23.970	5.719	0

10.1 Cook Company gemeinnützige GmbH

Gründung:

27.09.2005

Unternehmensgegenstand:

Schaffung und Sicherung zukunftsorientierter Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen. Die Gesellschaft verfolgt diesen Zweck durch die Gründung und den Betrieb von Integrationsprojekten im Sinne von § 215 SGB IX.

Gesellschafter:

Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH
Frankfurter Werksgemeinschaft e.V.
Lebenshilfe Frankfurt am Main e.V.

Kapitalanteile:

12.100 €	=	48,40 %
11.900 €	=	47,60 %
1.000 €	=	4,00 %
25.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Thomas Schmitter

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft will die vorhandenen Tätigkeitsfelder wieder neu aufbauen, sobald die pandemiebedingten Einschränkungen überwunden sind.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Das Geschäftsjahr 2021 schloss mit einem Verlust von -35 T€ ab (Vj. -63 T€).

Insgesamt ist die Gesellschaft Ende 2021 bilanziell überschuldet und zwar in Höhe von -64 T€. In 2021 wurde ein Jahresumsatz von 970 T€ (Vj. 920 T€) erzielt. Grund für das im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 (vor der Corona-Pandemie) schlechte Jahresergebnis sind die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung des neuartigen Corona-Virus. Die Cook Company gGmbH war in 2021 erneut pandemiebedingt von starken Umsatzeinbußen betroffen. Das gesamte Jahr über wurde Kurzarbeit bei der Agentur für Arbeit angemeldet. Die Mitarbeitenden werden in unterschiedlichem Beschäftigungsumfang beschäftigt, elf Personen sind Menschen mit Behinderungen. Damit übersteigt die Cook Company gGmbH die vom Integrationsamt geforderte Quote von mindestens 30 %-Anteil an Schwerbehinderten mit 61 % deutlich. Die Fernküche mit einer maximalen Produktionskapazität von ca. 1.200 Essen täglich war zu ca. 55 % ausgelastet. Die Cook Company gGmbH betreibt ein umfangreiches Qualitätsmanagementsystem in Anlehnung an die DIN ISO 9001:2015 und hat eine EU-Zulassung als fleischverarbeitender Betrieb. Die üblichen Parameter zur Bewertung der Leistungsfähigkeit des Betriebs sind

auch in 2021 nicht aussagekräftig. Am Standort im Bildungszentrum Ostend wird die Cafeteria „timeout“ mit angeschlossenem Kiosk betrieben. Der Standort war pandemiebedingt nur eingeschränkt geöffnet und teilweise musste der Gastraum durch Verordnung der Landesregierung komplett geschlossen werden. Im Stadtteil Gallus wird eine Produktionsküche mit Cafeteria im Gebäude zweier Frankfurter Ämter seit 2015 betrieben. Auch an diesem Standort wurde der laufende Betrieb durch Homeoffice-Regelungen der beiden Frankfurter Ämter eingeschränkt, wodurch der Umsatz stark zurückging.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
419	-35	18

11.1 Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Gründung:

29.08.1995

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch den Betrieb eines wirtschaftlich leistungsfähigen Krankenhauses verwirklicht, das für eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige stationäre und – soweit zweckmäßig – auch ambulante Versorgung der Bevölkerung sorgt und damit einen Beitrag für die Erfüllung des Sicherstellungsauftrages des Main-Taunus-Kreises nach § 3 Abs. 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes ("HKHG") und die Aufgaben des "Klinikverbundes Frankfurt-Main-Taunus" leistet sowie die Notfallversorgung sicherstellt. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere der Betrieb eines Krankenhauses der Schwerpunktversorgung mit den Standorten in Bad Soden und in Hofheim am Taunus einschließlich der Altenpflege- und Altenhilfeeinrichtungen sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe.

Gesellschafter:

Kliniken Frankfurt Main-Taunus-Kreis GmbH
Main-Taunus-Kreis

Kapitalanteile:

13.630.000 € = 94,00 %
870.000 € = 6,00 %
14.500.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Martin Menger
Herr Stefan Schad

A. Ausblick 2022

Zum Planungszeitpunkt wurde davon ausgegangen, dass mit Durchimpfung der Gesellschaft die Coronavirus-Pandemie zum Ende 2021 soweit eingedämmt werden kann, dass der Krankenhausbetrieb im Plan-Jahr 2022 wieder unter vorpandemischen Bedingungen stattfinden wird. Zwischenzeitlich hat das Kriegsgeschehen in der Ukraine zu deutlichen Kostensteigerungen geführt, deren finanzielle Auswirkungen auf das Berichtsjahr 2022 nicht abschließend bewertet werden können. Zudem belasten der weitere Pandemieverlauf und die hohe Inflationsrate das Geschäftsjahr 2022. Die strategische Zukunftsperspektive der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH (KdMTK) wird für das Geschäftsjahr 2022 daher als äußerst angespannt betrachtet. Über das Geschäftsjahr 2022 hinaus wird die Fortsetzung der Sanierungsarbeit mit dem Ziel einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Ergebnisse erfolgen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Eine wirtschaftliche Interpretation der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist aufgrund der zahlreichen internen Leistungsbeziehungen grundsätzlich nur im

Verbund und auf Ebene des Teilkonzerns der KdMTK sinnvoll. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -4.583 T€ (Vj. Jahresüberschuss 861 T€) ab und erreicht damit eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr. Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Gesellschaft mit Blick auf ihre Aufgaben im KdMTK-Teilkonzern im Geschäftsjahr 2021 als nicht zufriedenstellend.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
271.900	-4.583	288

11.1.1 Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus-Kreis gGmbH (vormals: Seniorenresidenz Main-Taunus-Kreis gGmbH)

Gründung:

19.01.2009

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Daseinsfürsorge. Dieser Zweck wird insbesondere durch den Betrieb des Seniorenpflegeheims Eppstein, weiterer Altenpflegeeinrichtungen und der nicht gewerbliche Betrieb der Fachklinik Hofheim im Main-Taunus-Kreis verwirklicht. Zweck der Gesellschaft ist auch, anderen steuerbegünstigten Körperschaften insbesondere zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Wissenschaft und Forschung, der Jugend- und Altenhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe Mittel nach Maßgabe des § 58 Abs. 1 AO zu beschaffen und weiterzuleiten. Die Gesellschaft ist eine karitative und gemeinnützige GmbH, die ohne gewerbliche Gewinnerzielungsabsicht betrieben wird.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Kapitalanteile:

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Stefan Schad

A. Ausblick 2022

Zum Planungszeitpunkt wurde davon ausgegangen, dass mit Durchimpfung der Gesellschaft die Coronavirus-Pandemie zum Ende 2021 soweit eingedämmt werden kann, dass der Krankenhausbetrieb im Plan-Jahr 2022 wieder unter vorpandemischen Bedingungen stattfinden wird. Im Wirtschaftsplang 2022 wurde ein negatives Jahresergebnis von -112 T€ kalkuliert. Zwischenzeitlich hat das Kriegsgeschehen in der Ukraine zu deutlichen Kostensteigerungen geführt, deren finanzielle Auswirkungen auf das Berichtsjahr 2022 nicht abschließend bewertet werden können. Zudem belasten der weitere Pandemieverlauf und die hohe Inflationsrate das Geschäftsjahr 2022. Die strategische Zukunftsperspektive der Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus-Kreis gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2022 daher als äußerst angespannt betrachtet. Über das Geschäftsjahr 2022 hinaus wird die Fortsetzung der Sanierungsarbeit mit dem Ziel einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Ergebnisse erfolgen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Gesellschaft mit Blick auf ihre Aufgaben im Teilkonzern der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH im Geschäftsjahr 2021 als nicht zufriedenstellend. Das im Vorjahr erzielte positive Jahresergebnis von 295 T€ konnte im Berichtsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 1.052 T€ nicht erreicht werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
16.096	-1.052	150

11.1.2 Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH

Gründung:

08.10.1997

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch die Unterstützung der Tätigkeit des Klinikverbundes Frankfurt-Main-Taunus durch die Erbringung von klinikbezogenen Dienstleistungen sowie der Betrieb von Krankenpflegeschulen des Main-Taunus-Kreises und ggf. weiterer Krankenpflegeschulen verwirklicht. Dazu gehört ebenfalls die innerbetriebliche Fortbildung von ärztlichem und Krankenpflegepersonal sowie die Wahrnehmung der Aufgaben einer Weiterbildungsstätte im Gesundheitswesen. Ferner gehört zum Gegenstand des Unternehmens die entgeltliche Überlassung von Arbeitnehmern (Pflegekräfte und Ärzte) an die Gesellschafterin Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH oder an Dritte.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Kapitalanteile:

100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Stefan Schad

A. Ausblick 2022

Die Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH trägt weiterhin zur Hebung von Synergiepotentialen innerhalb des Kliniken Frankfurt-Main-Taunus Konzerns bei. Diese Verbundlösung soll neben einer verbesserten Qualität zu Kostenreduzierungen und so zu verbesserten Ergebnissen im KFMT-Verbund führen. Zum Planungszeitpunkt wurde davon ausgegangen, dass mit Durchimpfung der Gesellschaft die Coronavirus-Pandemie zum Ende 2021 soweit eingedämmt werden kann, dass der Krankenhausbetrieb im Plan-Jahr 2022 wieder unter vorpandemischen Bedingungen stattfinden wird. Zwischenzeitlich hat das Kriegsgeschehen in der Ukraine zu deutlichen Kostensteigerungen geführt, deren finanzielle Auswirkungen auf das Berichtsjahr 2022 nicht abschließend bewertet werden können. Zudem belasten der weitere Pandemieverlauf und die hohe Inflationsrate das Geschäftsjahr 2022. Die strategische Zukunftsperspektive der Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH wird für das Geschäftsjahr 2022 daher als äußerst angespannt betrachtet. Über das Geschäftsjahr 2022 hinaus wird die Fortsetzung der Sanierungsarbeit mit dem Ziel einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Ergebnisse erfolgen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Gesellschaft mit Blick auf ihre Aufgaben im Teilkonzern der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH im Geschäftsjahr 2021 als nicht zufriedenstellend. Die Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -814 T€ (Vorjahr: -511 T€) ab. Die prognostizierten Gesamterlöse (75,0 Mio. €) wurden zwar übertroffen (79,2 Mio. €), dennoch verfehlte das Jahresergebnis deutlich die Prognose von 391 T€. Dies ist im Wesentlichen auf überproportional gestiegene Sach- und Personalkosten zurückzuführen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
59.351	-814	1.510

11.1.2.1 MTK Hofheim Leasing GmbH & Co. KG

Gründung:

16.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Hofheim am Taunus, der Umbau bzw. Neubau, die Finanzierung und Vermietung der in Hofheim am Taunus errichteten Krankenhausgebäude an die Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH sowie die Vornahme aller zur Erreichung dieses Zwecks erforderlichen Geschäfte.

Gesellschafter:

Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH
VAMED health project GmbH

Kapitalanteile:

70.500 € = 94,00 %
4.500 € = 6,00 %
75.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

MTK Hofheim Verwaltungsgesellschaft mbH (vertreten durch Herrn Stefan Schad)

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft ist konzeptionell als Dienstleister für die Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH (KdMTK) aufgestellt. Der Prognosebericht steht daher entsprechend mit der Entwicklung der KdMTK in unmittelbarem Zusammenhang.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Auch im Geschäftsjahr 2021 hat die Gesellschaft planmäßig ihre einzige Tätigkeit als Projektgesellschaft für den Neubau des Krankenhauses Hofheim wahrgenommen.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 117 T€ ab. (Plan: -11 T€). Hintergrund sind höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Vergleich zur ursprünglichen Prognose.

Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Gesellschaft mit Blick auf ihre Aufgaben im Teilkonzern der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH im Geschäftsjahr 2021 als zufriedenstellend.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
40.438	117	0

11.1.2.2 MTK Hofheim Verwaltungsgesellschaft mbH

Gründung: 13.07.2011	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der MTK Hofheim Leasing GmbH & Co. KG mit Sitz in Hofheim und Übernahme der Geschäftsführung.
Gesellschafter: Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Stefan Schad	

A. Ausblick 2022

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde vom 29.11.2021 mit Wirkung zum 01.01.2022 auf die Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH verschmolzen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Für das Geschäftsjahr 2021 konnte durch die Weiterberechnung der Kosten als Vollhafter, als einzige Tätigkeit der Gesellschaft, kein ausgeglichenes Jahresergebnis erreicht werden. Die Gesellschaft erhält als Komplementärin von der MTK Hofheim Leasing GmbH & Co. KG eine Vergütung. Da der Verwaltungsbedarf bzw. Beratungsaufwendungen die Erträge aus der Haftungsvergütung und der Auflösung von Rückstellungen übersteigen, schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 6 T€ ab. Es wird ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 19 T€ ausgewiesen.

Die Liquidität ist durch eine Einbindung in den zentralen Cash-Pool des Konzerns der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH sowie durch umfangreiche Kostensenkungen nachhaltig sichergestellt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
27	-6	0

11.1.3 Main-Taunus-Privatlinik GmbH

Gründung: 16.10.2001	Unternehmensgegenstand: Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch den Betrieb von Privatkliniken verwirklicht.
Gesellschafter: Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	Kapitalanteile: 100.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Stefan Schad	

A. Ausblick 2022

Vor dem Hintergrund der Aktualisierung der Konzession Ende 2020 und der Vereinbarung zur Abrechnung von privat versicherten Patienten:-innen rechnet die Geschäftsführung auch für das Geschäftsjahr 2022 mit steigenden Erlösen.

Zum Planungszeitpunkt wurde davon ausgegangen, dass mit Durchimpfung der Gesellschaft die Coronavirus-Pandemie zum Ende 2021 soweit eingedämmt werden kann, dass der Krankenhausbetrieb im Plan-Jahr 2022 wieder unter vorpandemischen Bedingungen stattfinden wird. Zwischenzeitlich hat das Kriegsgeschehen in der Ukraine zu deutlichen Kostensteigerungen geführt, deren finanzielle Auswirkungen auf das Berichtsjahr 2022 nicht abschließend bewertet werden können. Zudem belasten der weitere Pandemieverlauf und die hohe Inflationsrate das Geschäftsjahr 2022. Die strategische Zukunftsperspektive der Main-Taunus-Privatlinik GmbH wird für das Geschäftsjahr 2022 daher als äußerst angespannt betrachtet. Über das Geschäftsjahr 2022 hinaus wird die Fortsetzung der Sanierungsarbeit mit dem Ziel einer Konsolidierung der wirtschaftlichen Ergebnisse erfolgen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Main-Taunus-Privatlinik GmbH (PRIV) wurde konzipiert, voll privat versicherten Patient:-en:-innen sowie Selbstzahler:-n:-innen und ausländischen Patient:-en:-innen eine hochwertige medizinische Versorgung mit Hotelkomfort zu bieten. Aufgrund krankenhausrrechtlicher sowie umsatzsteuerlicher Vorschriften erfolgten seit 2011 deutliche Einschnitte in der Entwicklung der Privatlinik. Als Bestandteil des Gesundheitskonzerns Kliniken des Main-

Taunus-Kreises (KdMTK) erbringt die Privatlinik Leistungen innerhalb des Konzerns, zum Beispiel durch Zurverfügungstellung von Bettenkapazitäten an die KdMTK. Im Januar 2021 wurde das medizinische Leistungsspektrum der Privatlinik ausgeweitet. Dazu wurde am 16.12.2020 die Konzession nach § 30 Gewerbeordnung (GewO) aktualisiert und zum 01.01.2021 mit dem Verband der privaten Krankenversicherung eine Vereinbarung zur Behandlung von privat versicherten Patient:-innen getroffen. Die Abrechnung der Belegärzt:-e:-innen ist fortan ebenfalls über die Privatlinik möglich. Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Gesellschaft mit Blick auf ihre Aufgaben im KdMTK Teilkonzern im Geschäftsjahr 2021 als positiv.

Die PRIV hat ihr Jahresergebnis (1.459 T€) im Vergleich zum Vorjahr (732 T€) deutlich verbessert. Sowohl das Jahresergebnis (Prognose: -28 T€) als auch die erzielten Erlöse in Höhe von 8,5 Mio. € (Prognose: 5,4 Mio. €) lagen über den Erwartungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft:

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.165	1.459	34

11.1.4 Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH

Gründung: 29.09.2009	Unternehmensgegenstand: Ambulante medizinische Versorgung am Klinikum Hofheim gem. SGB V durch zugelassene Leistungserbringer, die an der Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten teilnehmen, in dem die Versorgungsaufgaben im Rahmen der vertragsärztlichen, bzw. der vertragspsychotherapeutischen fachübergreifenden Versorgung durch angestellte Ärzte oder Vertragsärzte verwirklicht werden.
Gesellschafter: Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Stefan Schad Herr Manuel Zelle	

A. Ausblick 2022

Der Wirtschaftsplan 2022 geht von einer Verbesserung des Jahresergebnisses 2021 aus, da erwartet wird, dass mit Durchimpfung der Gesellschaft die Coronavirus-Pandemie zum Ende 2021 soweit eingedämmt werden kann, dass der Betrieb im Plan-Jahr 2022 wieder unter vorpandemischen Bedingungen stattfinden wird. Zwischenzeitlich hat das Kriegsgeschehen in der Ukraine zu deutlichen Kostensteigerungen geführt, deren finanzielle Auswirkungen auf das Berichtsjahr 2022 nicht abschließend bewertet werden können. Zudem belasten der weitere Pandemieverlauf und die hohe Inflationsrate das Geschäftsjahr 2022.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Gesellschaft mit Blick auf ihre Aufgaben im Teilkonzern der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH im Geschäftsjahr 2021 als nicht zufriedenstellend. Der Jahresfehlbetrag aus 2020 hat sich im Berichtsjahr 2021 jedoch leicht verbessert, jedoch konnten trotz deutlichem Erlösanstieg nicht ausreichend Erlöse erwirtschaftet werden, um die Personalkosten zu decken.

Die Gesellschaft hat einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 300 T€ (Vj. -350 T€) erwirtschaftet und weist zum 31.12.2021 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von 1,32 Mio. € (Vj. 1,02 Mio. €) aus. Die Liquidität der Gesellschaft hing im Berichtsjahr von der Mittelbereitstellung der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH ab.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft:

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.406	-300	6

11.1.5 MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis

Gründung: 17.02.2006	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums.
--------------------------------	--

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	12.500 € = 50,00 %
Herr Dr. Maier	2.880 € = 11,52 %
Herr Dr. Köber	2.760 € = 11,04 %
Herr Prof. Dr. Müller-Schimpfle	2.760 € = 11,04 %
Herr Dr. Börtlein	1.040 € = 4,16 %
Herr Dr. Bayar	700 € = 2,80 %
Herr Dr. Capell	530 € = 2,12 %
Herr Dr. Flöter	530 € = 2,12 %
Herr Dr. Harzer	530 € = 2,12 %
Herr Dr. Lurz	120 € = 0,48 %
Herr PD Dr. McKenna-Küttner	120 € = 0,48 %
Herr Dr. Schlißke	120 € = 0,48 %
	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Dr. Thomas Maier Herr Stefan Schad
--

A. Ausblick 2022

Dem Unternehmen steht in vielerlei Hinsicht kein großer Gestaltungsspielraum zur Verfügung, denn es bewegt sich mit dem größten Teil seiner Umsätze entweder in einem planwirtschaftlich organisierten Vergütungssystem mit nur eingeschränkten Leistungsbezügen oder in Abhängigkeit von der Inanspruchnahme durch Kooperationspartner. Zusätzlich belasten der weitere Pandemieverlauf, Kostensteigerungen und die hohe Inflationsrate das Geschäftsjahr 2022.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021

Allgemeines

Die Geschäftsführung beurteilt die Entwicklung der Gesellschaft mit Blick auf ihre Aufgaben im Teilkonzern der Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH im Geschäftsjahr 2021 als positiv, da sich die Leistungen nach den starken Verschiebungen des Vorjahres stabilisiert haben. Dennoch liegt das Jahresergebnis 2021 mit 273 € leicht unter dem

Vorjahresniveau. Den im Vergleich zum Vorjahr relativ konstanten Umsatzerlösen stehen leicht gestiegene Personalaufwendungen und gestiegene Materialaufwendungen gegenüber.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

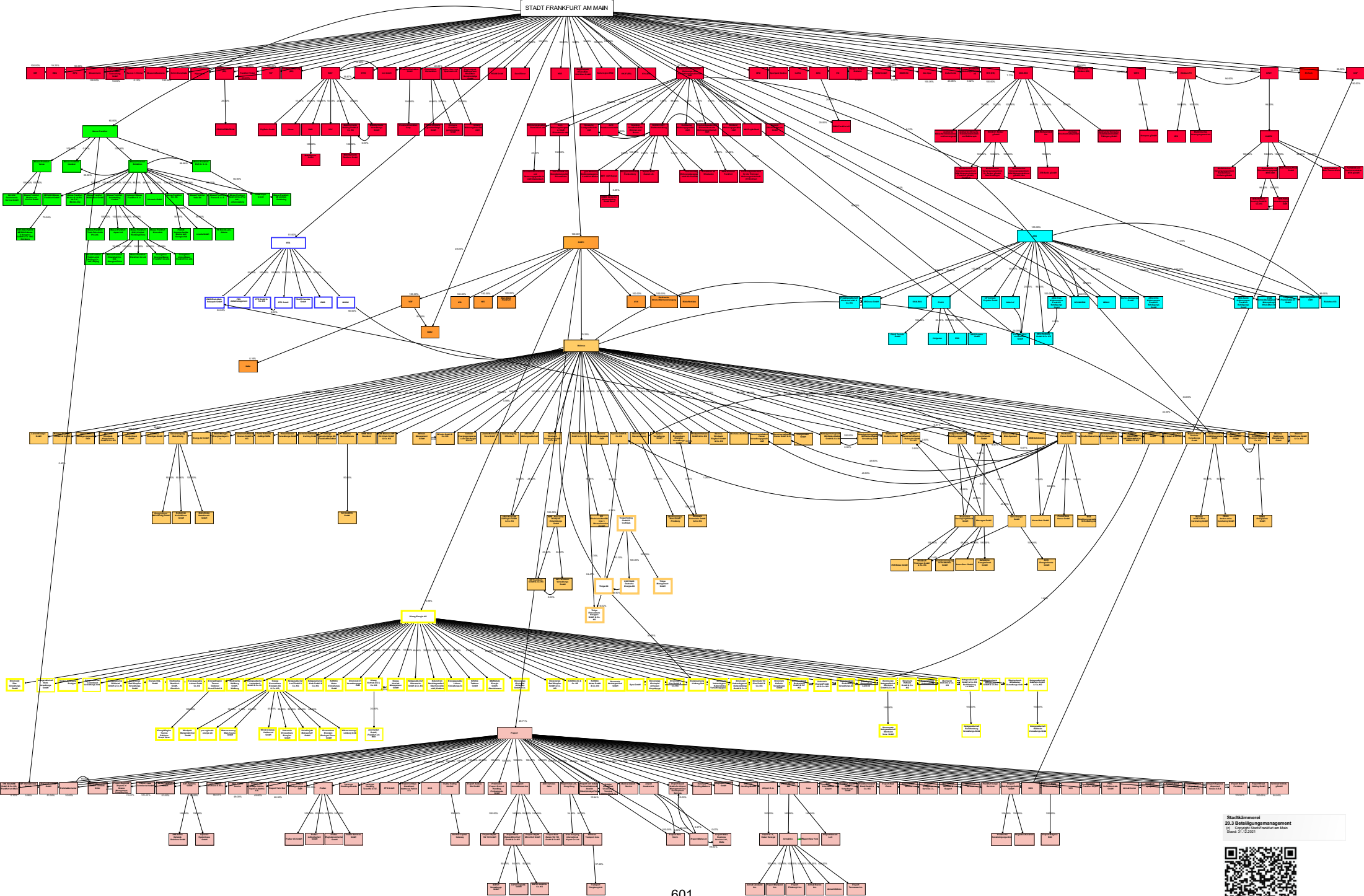
Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
672	0,3	35

3. Grafische Gesamtübersicht der Beteiligungen

- 3.1. Gesamtportfolio der Stadt Frankfurt am Main
- 3.2. Grafische Darstellungen der Einzelkonzerne
 - 3.2.1. Thüga Beteiligungen der Mainova AG
 - 3.2.2. Mainova-Konzern
 - 3.2.3. SÜWAG-Konzern
 - 3.2.4. Fraport-Konzern
 - 3.2.5. Stadtwerke-Konzern
 - 3.2.6. ABG-Konzern
 - 3.2.7. Messe-Konzern
 - 3.2.8. FES-Konzern

Beteiligungsportfolio der Stadt Frankfurt am Main

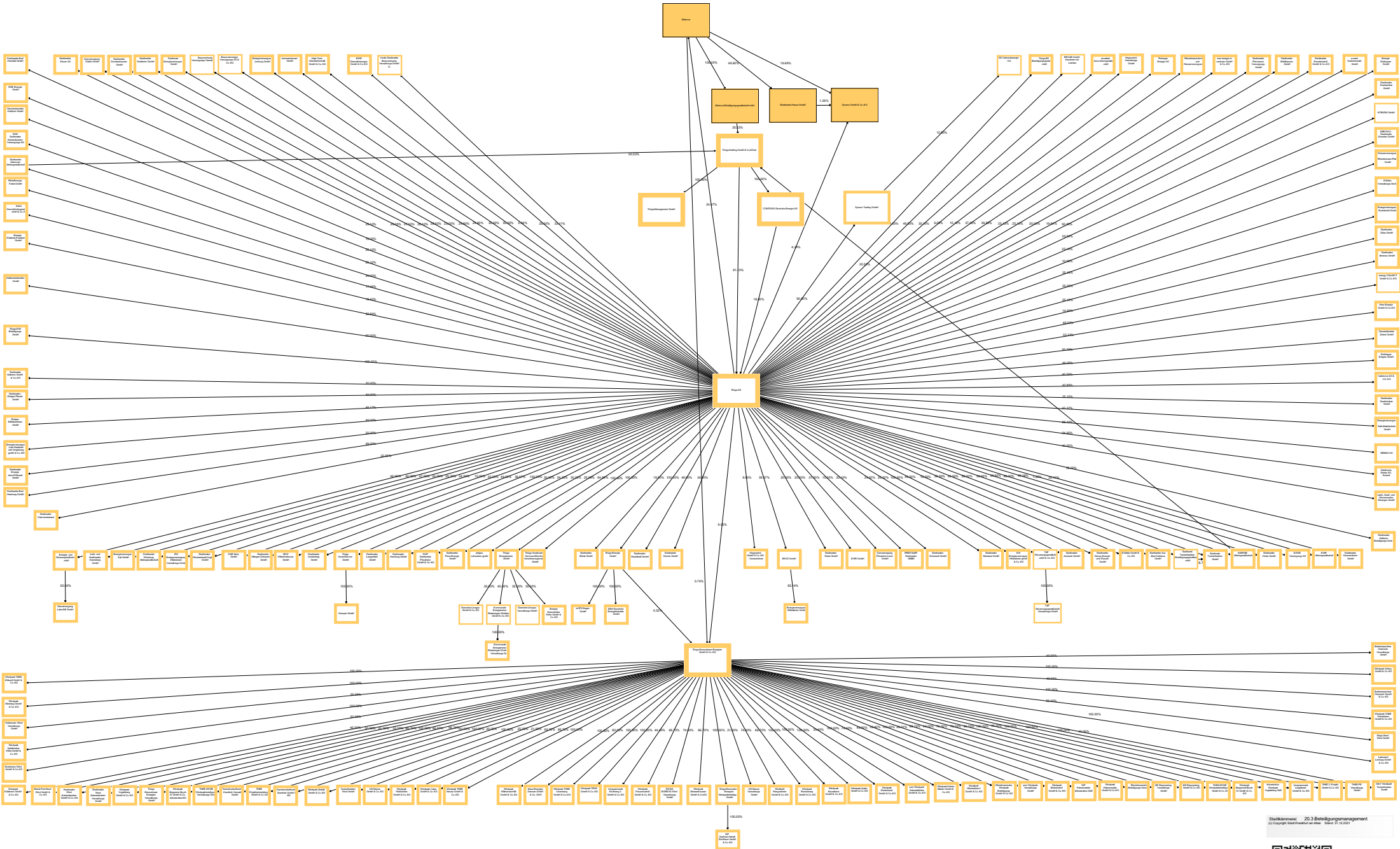
STADT FRANKFURT AM MAIN



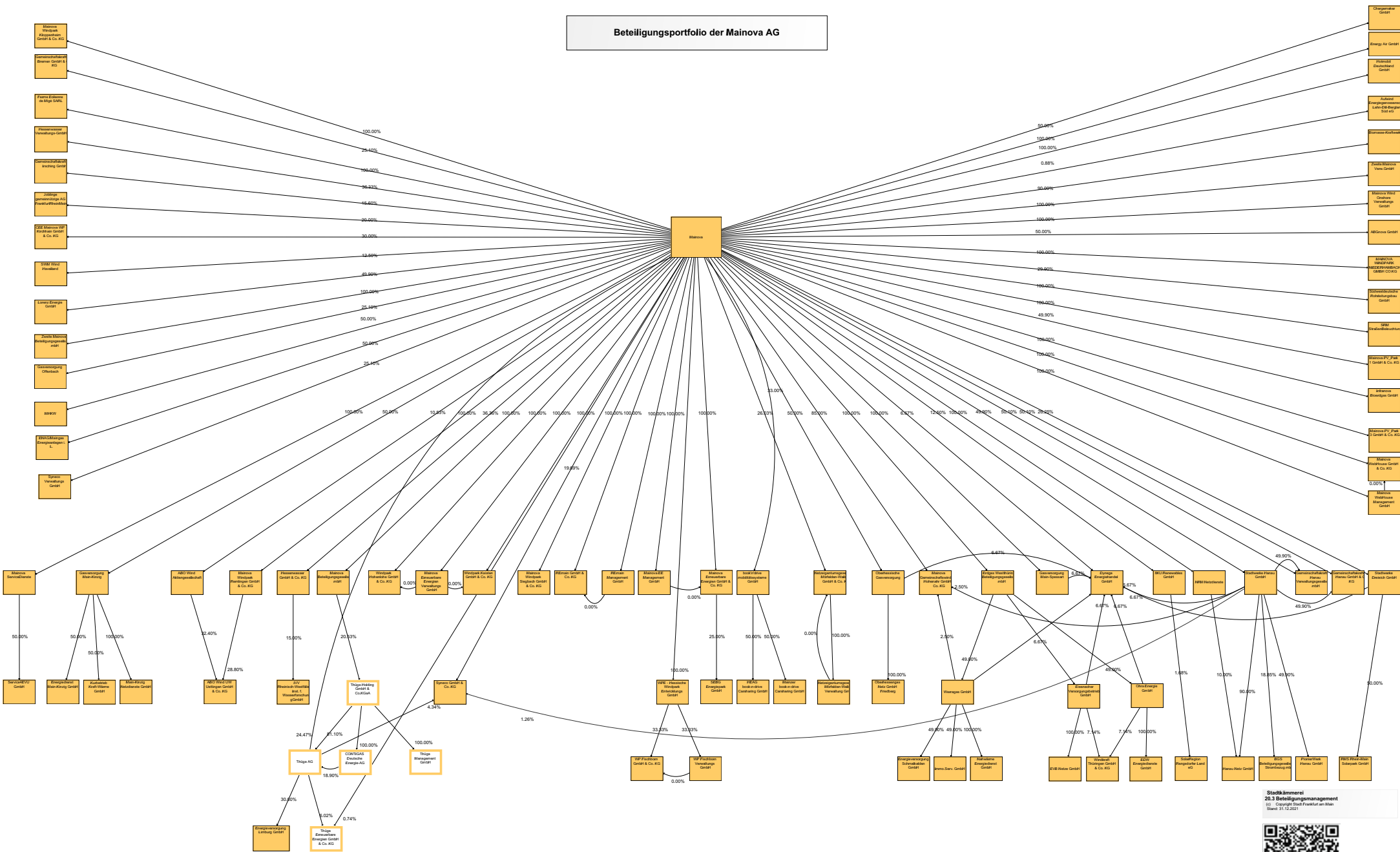
Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmanagement
St. - Gesamtstadt Frankfurt am Main
Stand: 31.12.2021



Thüga Beteiligungen der Mainova AG



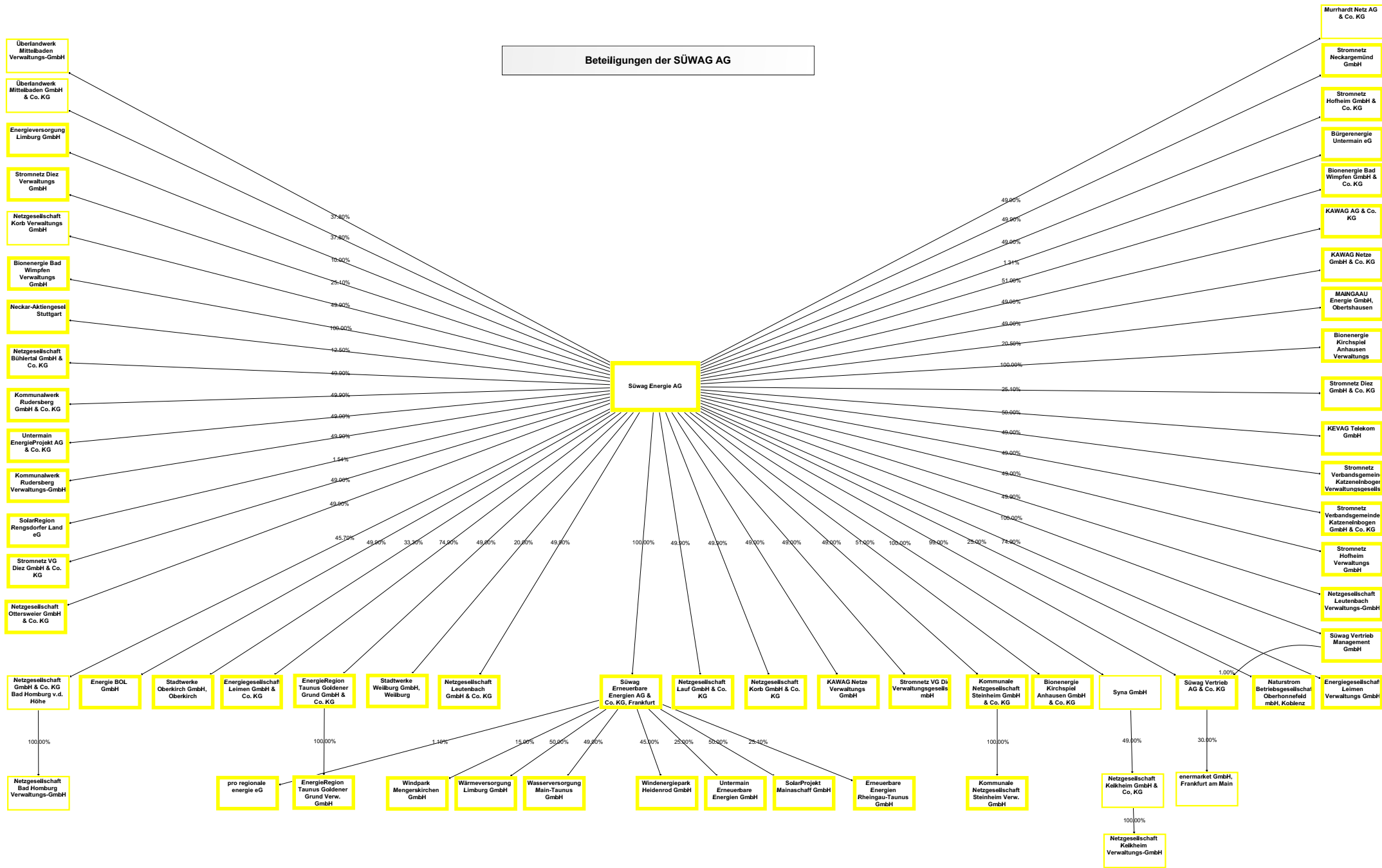
Beteiligungsportfolio der Mainova AG



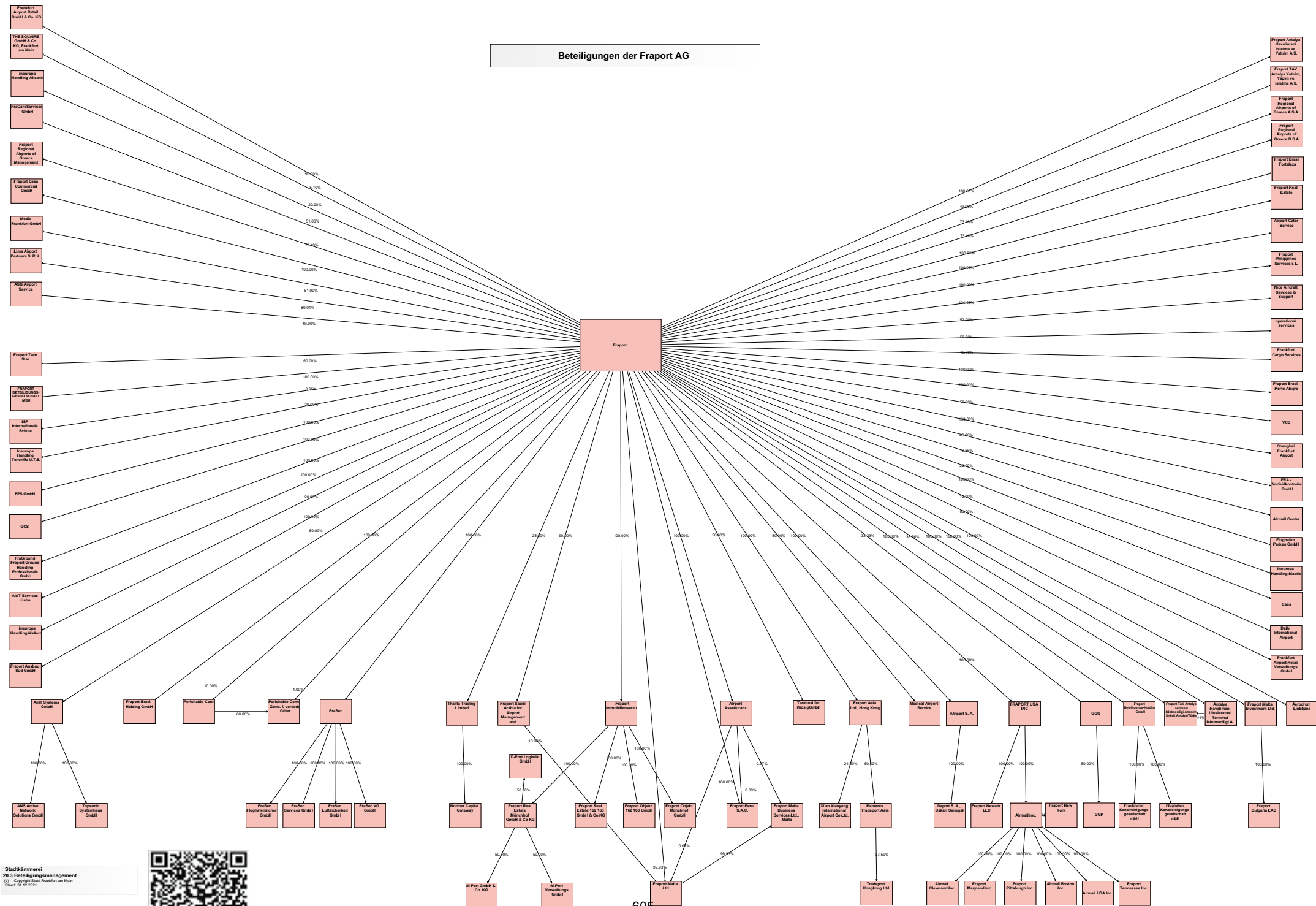
Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmanagement
©. Copyright Stadt Frankfurt am Main
Stand: 31.12.2021



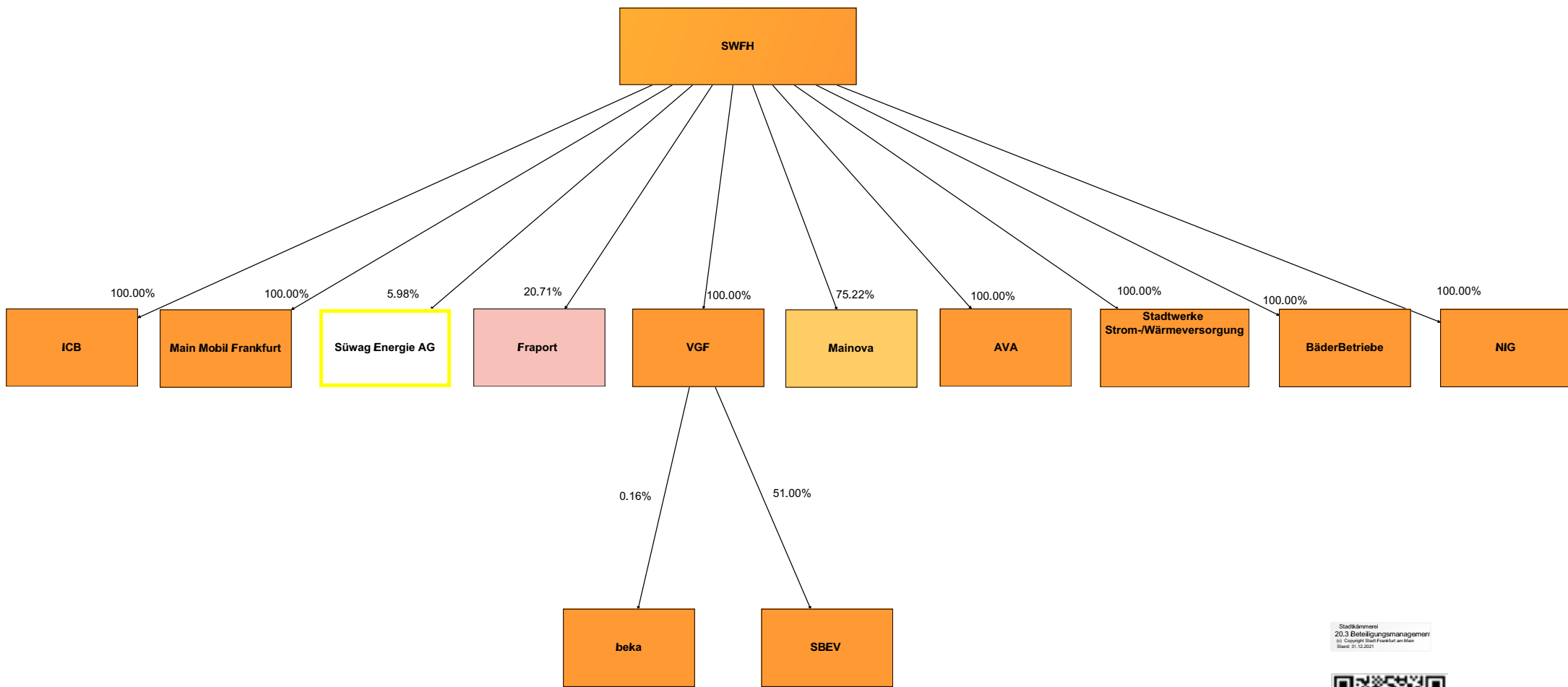
Beteiligungen der SÜWAG AG



Beteiligungen der Fraport AG



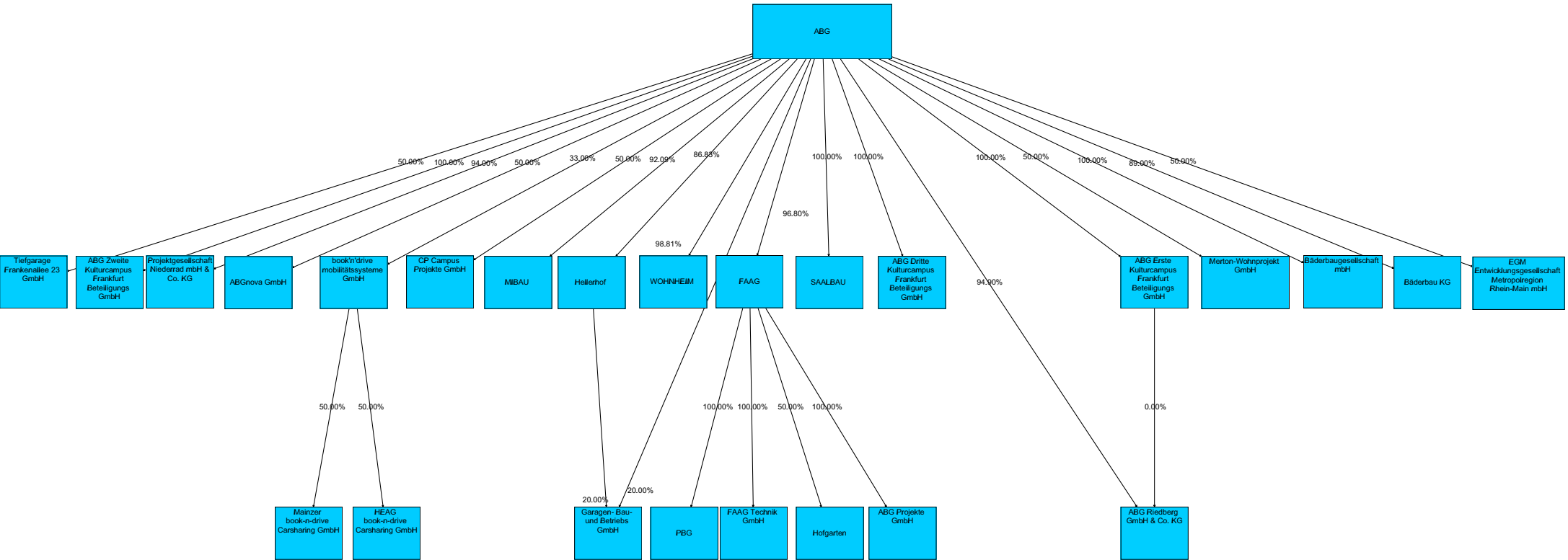
Beteiligungen von Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH



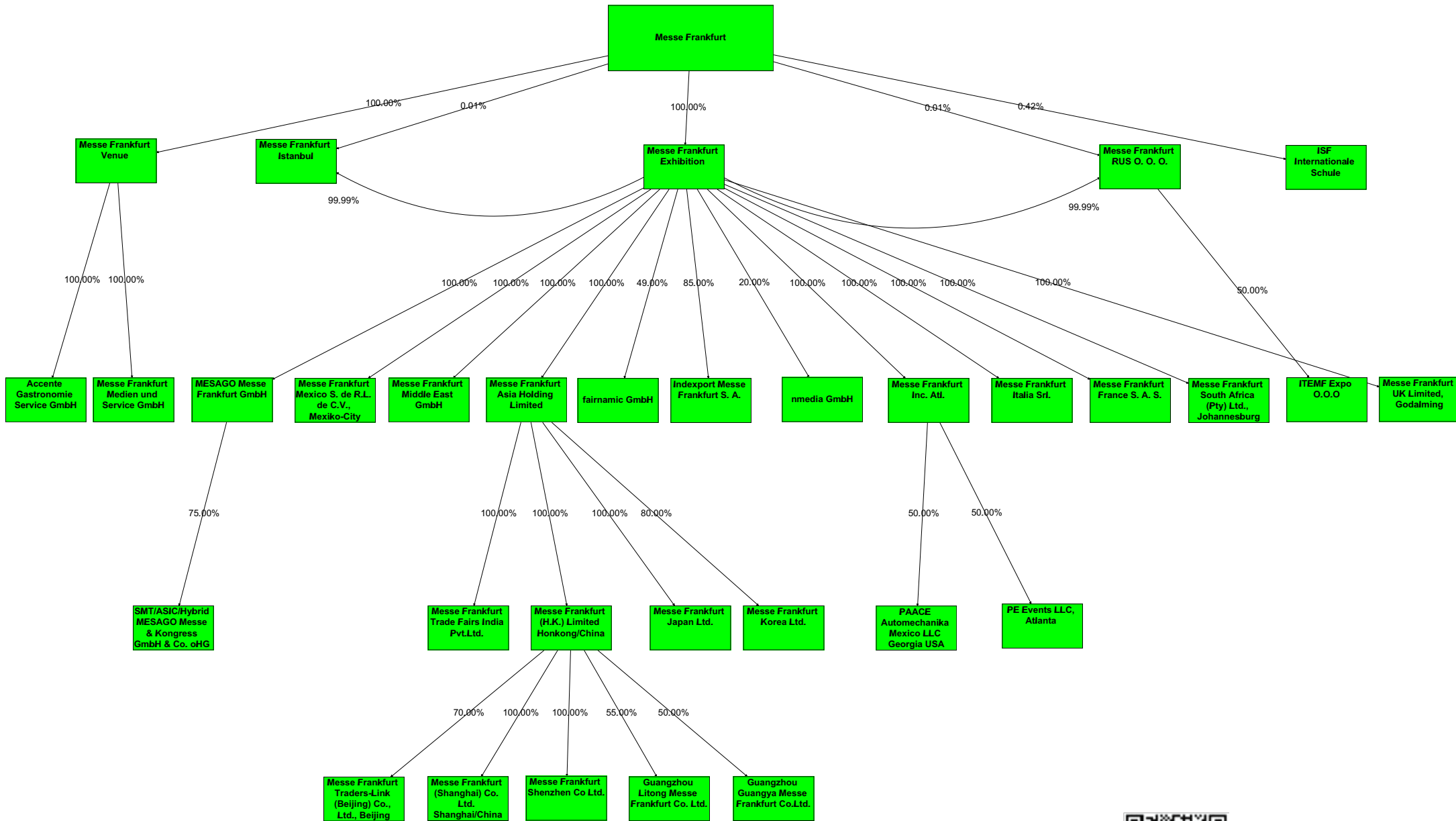
Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmanagement
10 Copyright Stadt Frankfurt am Main
Stand: 31.12.2021



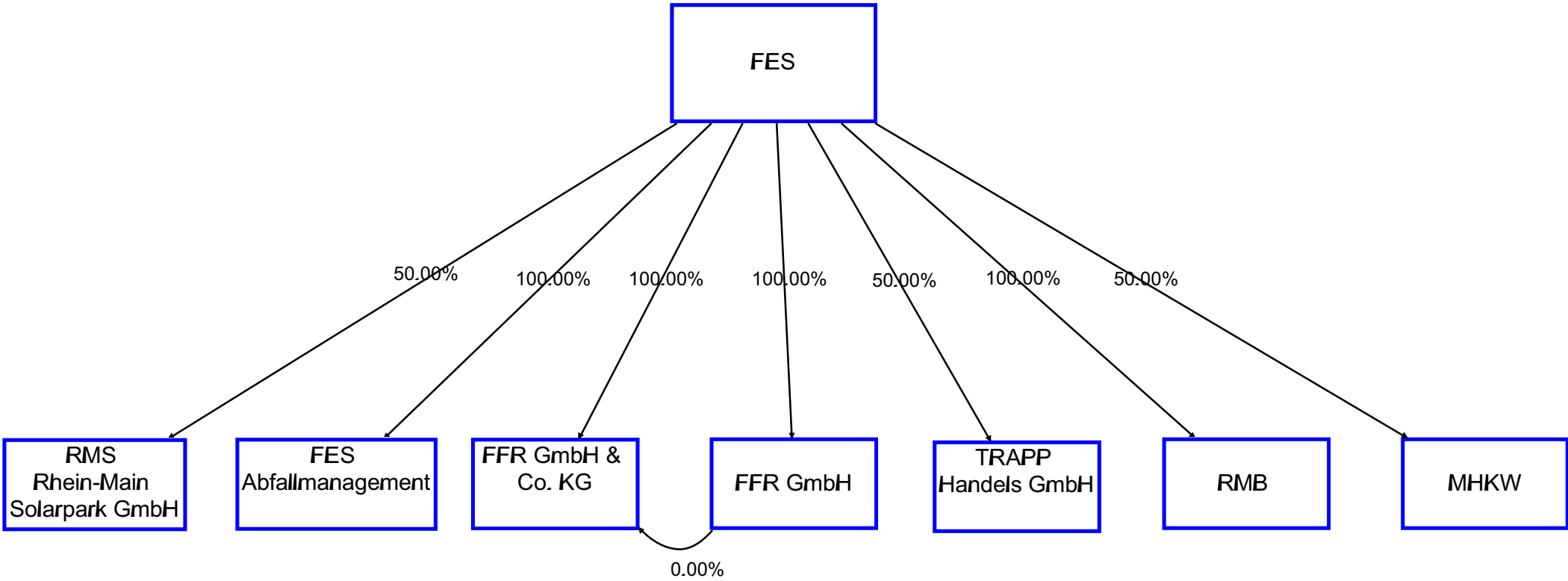
Beteiligungen der ABG



Beteiligungen der Messe Frankfurt GmbH



Beteiligungen der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH



Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmanagement
(c) Copyright Stadt Frankfurt am Main
Stand: 31.12.2021



